Stand: 13.06.2025 03:03:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25167

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023 - HG 2023)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25167 vom 02.12.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 14.12.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27950 des HA vom 13.02.2023
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27951 des HA vom 13.02.2023
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27952 des HA vom 14.02.2023
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27957 des HA vom 14.02.2023
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27944 des HA vom 16.02.2023
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27946 des HA vom 16.02.2023
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27949 des HA vom 16.02.2023
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27963 des HA vom 27.02.2023
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27945 des HA vom 28.02.2023
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27958 des HA vom 28.02.2023
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27959 des HA vom 28.02.2023
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27964 des HA vom 28.02.2023
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27955 des HA vom 01.03.2023
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27953 des HA vom 08.03.2023
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27962 des HA vom 08.03.2023
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27960 des HA vom 09.03.2023
19. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/28134 des HA vom 23.03.2023
20. Beschluss des Plenums 18/28160 vom 28.03.2023
21. Beschluss des Plenums 18/28162 vom 28.03.2023
22. Beschluss des Plenums 18/28164 vom 28.03.2023
23. Beschluss des Plenums 18/28166 vom 28.03.2023
24. Beschluss des Plenums 18/28168 vom 28.03.2023
25. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023 (EPL 14)
26. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023 (EPL 4)
27. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023 (EPL 2)
28. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023 (EPL 11)
29. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023 (EPL 1)
30. Beschluss des Plenums 18/28206 vom 29.03.2023
31. Beschluss des Plenums 18/28208 vom 29.03.2023
32. Beschluss des Plenums 18/28210 vom 29.03.2023
33. Beschluss des Plenums 18/28212 vom 29.03.2023
34. Beschluss des Plenums 18/28214 vom 29.03.2023
35. Beschluss des Plenums 18/28216 vom 29.03.2023
36. Beschluss des Plenums 18/28218 vom 29.03.2023
37. Beschluss des Plenums 18/28220 vom 29.03.2023
38. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 12)

39. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 9)
40. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 15)
41. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 5)
42. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 3)
43. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 10)
44. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 8)
45. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 7)
46. Beschluss des Plenums 18/28222 vom 30.03.2023
47. Beschluss des Plenums 18/28224 vom 30.03.2023
48. Beschluss des Plenums 18/28228 vom 30.03.2023
49. Beschluss des Plenums 18/28231 vom 30.03.2023
50. Plenarprotokoll Nr. 142 vom 30.03.2023 (EPL 13)
51. Plenarprotokoll Nr. 142 vom 30.03.2023 (EPL 16)
52. Plenarprotokoll Nr. 142 vom 30.03.2023 (EPL 6)
53. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.04.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 02.12.2022 **Drucksache** 18/**25167**

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2023
(Haushaltsgesetz 2023 – HG 2023)

Entwurf des Haushaltsgesetzes 2023

Einzelplan 01 (Landtag)
Einzelplan 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei)
Einzelplan 03 (Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration)
Einzelplan 04 (Staatsministerium der Justiz)
Einzelplan 05 (Staatsministerium für Unterricht und Kultus)
Einzelplan 06 (Staatsministerium der Finanzen und für Heimat)
Einzelplan 07 (Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie)
Einzelplan 08 (Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
Einzelplan 09 (Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr)
Einzelplan 10 (Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales)
Einzelplan 11 (Bayerischer Oberster Rechnungshof)
Einzelplan 12 (Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz)
Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung)
Einzelplan 14 (Staatsministerium für Gesundheit und Pflege)
Einzelplan 15 (Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst)
Einzelplan 16 (Staatsministerium für Digitales)

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Initiatoren.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Claudia Köhler
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Bernhard Pohl
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Harald Güller
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Hans Herold
Abg. Tim Pargent
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Georg Winter

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 6 a und 6 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2023) (Drs. 18/25166)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2023
(Haushaltsgesetz 2023 - HG 2023) (Drs. 18/25167)
- Erste Lesung -

Dazu erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Hochgeschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schönen guten Morgen! Ich danke, dass die Gelegenheit besteht, hier den Haushaltsentwurf vorzustellen und ganz formal in den Landtag einzubringen. Der Haushaltsentwurf muss sich leider erneut mit Krise und mit Krisenbewältigung beschäftigen. Wir hatten uns das ja alle anders vorgestellt. Nachdem aber COVID-19 mittlerweile zu COVID-22 geworden ist, fand in Europa auch noch ein schlimmes Ereignis statt, nämlich der Krieg. Russland hat die Ukraine völlig völkerrechtswidrig und unmenschlich überfallen. Die Folgen sind menschliches Leid unermesslichen Ausmaßes. Außerdem hat dies natürlich bedeutende Folgen für die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht nur in Europa, aber zumindest dort. Die Experten in Deutschland sagen, wir stünden am Beginn einer Rezession. Das macht mir als Finanzminister und Ihnen allen, uns als Land keine große Freude – im Gegenteil: Wir haben große Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung. Insbesondere

die Energiepreise, aber auch die Versorgungssicherheit haben uns in den letzten Monaten und Wochen intensiv beschäftigt.

Die hohen Energiepreise sind auch der Haupttreiber eines Problems, das in der Bevölkerung gerade mit hoher Virulenz unterwegs ist. Die Inflation und die überall steigenden Kosten bilden sich natürlich auch in diesem Haushalt ab. Auch der Staat ist auf der Ausgabenseite von Inflation und Kostensteigerungen betroffen – das ist völlig klar.

Daher brauchen wir erneut Krisenmanagement. Wir geben in Bayern mit diesem Haushalt alle Möglichkeiten, die Krise ordentlich zu bekämpfen. Wir machen das strukturiert, gleichmäßig, Schritt für Schritt, so wie Krisenmanagement eben erfolgen muss, nicht wie in Berlin, wo anstatt von Handlungen, die wir dringend bräuchten, vor allem der Streit und die Diskussion darüber dominieren, wie man denn ein Land durch eine Krise führen kann, indem man mit Geld möglichst alles repariert. Lassen Sie mich sagen: Wir haben ideologische Diskussionen um die Energieversorgung in Deutschland, und wir in Deutschland bemühen uns zurzeit, die Folgen der Energiemangelsituation fiskalpolitisch zu bekämpfen. Es werden 200 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, damit Energiepreise nach unten subventioniert werden können, weil zu wenig Energie zur Verfügung steht. In der Marktwirtschaft ist es immer so: Wenn es von etwas genügend gibt, dann ist es auch günstiger. Deswegen sage ich ganz sachlich: Wir werden nicht oft Energiepreise mit 200 Milliarden Euro nach unten subventionieren können. Wir müssen uns überlegen, wie wir in Deutschland wieder mehr Energie produzieren.

(Florian von Brunn (SPD): Da können wir in Bayern anfangen!)

– Ich weiß, dass wir noch mehr Windräder brauchen. Und wenn wir noch 3.000 Windräder mehr hätten, meine Damen und Herren: Wir brauchen noch viele Jahre auch Treibstoffe, Öle und fossile Brennstoffe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kenne mich da gut aus. Ich komme aus einem Landkreis, in dem 70 Windräder stehen. Ich bin mit dieser Materie längst und intensiv beschäftigt. 17 % der Primärenergie, die wir brauchen, werden regenerativ produziert. Man sollte nicht immer so tun, als könnte man physikalische Notwendigkeiten einfach ausblenden. Ich sage das nur deswegen, weil dies natürlich etwas mit dem Thema zu tun hat. Wir sagen ideologisch: Wir wollen Gas aus Amerika und aus Katar. Wir haben jetzt einen Vertrag geschlossen. Vor Kurzem haben wir uns verbeugt – nicht wir, sondern der eine oder andere Bundesminister –; aus Katar werden jetzt fossile Brennstoffe geholt, und man freut sich darüber: Wir in Deutschland sind ja sauber; wir holen kein Gas aus unserem Boden, weil wir das ablehnen. Ich will das nicht bewerten. Ich bin Finanzminister, nicht Energieminister.

Eines weiß ich aber schon, meine Damen und Herren: Man darf nicht auf Dauer glauben, dass alles, was dreckig ist, Schwierigkeiten macht und Belastungen hervorruft, irgendwo im Ausland geschehen soll, während wir dann quasi in Bullerbü ganz wohl leben. Wir werden uns noch alle miteinander wundern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen auch hier mein Aufruf: Wir müssen wieder Energiepolitik betreiben. Fiskalpolitik kann Energiepolitik nicht ersetzen. Dies belastet unseren Haushalt enorm. Wir haben völlig unausgereifte Maßnahmen, ungeklärte Finanzierungen, Sondervermögen vorgefunden. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich lese, dass wir klare Leitlinien und Grundsätze für unsere Haushaltspolitik brauchen. "Wir müssen die Haushaltspolitik neu ausrichten", habe ich gestern in der Veröffentlichung von einem großen Medienunternehmen gelesen – ich glaube, dpa hat dies getitelt. Ich dachte mir, Frau Köhler, Sie meinen Berlin.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie werden jetzt noch hören, weshalb es nicht notwendig ist, in Bayern die Ausrichtung der Haushaltspolitik neu erfinden zu wollen. Ich bin verwundert, mit welcher

Verve man unterwegs ist, das, was wir in Bayern glänzend tun, so schlechtzureden, und das, was in Berlin zum Schaden Bayerns geschieht und nicht geschieht, auch noch zu verteidigen.

Wir werden Energieproduktion statt Energiesubvention brauchen, sonst sehen bald alle Länderhaushalte so aus wie der Bundeshaushalt, nämlich null Konzept, null Perspektive und Schulden ohne Ende. Das Einzige, was darin ständig steigt, sind die Schulden, nicht aber die Krisenbewältigung. So etwas wollen wir in Bayern nicht.

Da auch die Einnahmenseite zum Haushalt und zur Finanzpolitik gehört, muss ich schon noch sagen: Ich habe mich in den letzten Tagen in Absurdistan gewähnt. Ich sage dies insbesondere auch an die Freunde der FDP gerichtet. Herr Hagen ist heute nicht da; er hat sich sehr in die Erbschaftsteuerdebatte eingebracht. Ich möchte Ihnen in aller Sachlichkeit sagen, damit es alle noch einmal hören: Der Freistaat Bayern kämpft seit Jahren für höhere Freibeträge und kämpft seit Jahren für regionalisierte Freibeträge. Der Freistaat Bayern in meiner Person hat das x-mal vorgetragen, nämlich schon 2020 in der Großen Koalition. Es heißt ja immer: Ihr habt 16 Jahre regiert. Es gab keine Chance, dies mit Herrn Scholz und der SPD, dem Koalitionspartner durchzusetzen. Trotzdem haben wir dies weiterverfolgt.

Im März 2022 kam dann das Schreiben des Bundesfinanzministers Lindner an den bayerischen Finanzminister, dass es bei der Erbschaftsteuer keine Änderungen geben wird; höhere Freibeträge werden nicht kommen; das wird abgelehnt; das steht nicht im Koalitionsvertrag der Ampel; ich solle endlich aufhören, mich in Sachen Erbschaftsteuer zu engagieren.

Im Jahressteuergesetz werden nun erhöhte Bewertungen abgebildet. Herr Hagen sagt dazu, dass dies noch aus der CSU-Zeit stamme und sich die CSU jetzt selbst kritisiert. – Nein, ich habe die höheren Bewertungen überhaupt nicht kritisiert. Man soll doch wenigstens lesen und richtig zitieren, was wir sagen. Dann wird behauptet, man wäre schon immer für höhere Freibeträge gewesen, und das sollen die Länder reparieren.

Wissen Sie: Wir haben die Dinge vor etwa 14 Tagen im Bundesrat vorgelegt und dort null Komma null Zustimmung dafür bekommen. Heute aber sagt die Ampel: Wir wären für höhere Freibeträge, wenn dies die Länder nur wollten.Jetzt sage ich Ihnen eines: Der Herr Lindner will die Freibeträge um 25 % erhöhen.

(Zuruf der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

Er weiß wohl nicht, dass sich die Preise für Immobilien in Bayern verdoppelt oder sogar verdreifacht haben. Wenn die Freibeträge steigen, dann müssen sie in Analogie zu den Wertzuwachsraten der Gebäude steigen und nicht um weniger.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt überschlagen sich im Bund die Experten. Das Jahressteuergesetz, mit dem die Erbschaftsteuer neu geregelt wird, ist ein Bundesgesetz. Wenn der Herr Bundesfinanzminister es ernst meint, dann schreibt er in dieses Bundesgesetz hinein, was er für richtig hält, und sagt nicht, das müssten die Länder tun.

Wir haben im Bundesrat einen Antrag eingebracht. Alle Länder können zustimmen. Am Freitag kommt es im Bundesrat zum Schwur.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Am Freitag können alle zustimmen; dann geht es in den Vermittlungsausschuss. Ich bin gespannt, ob die GRÜNEN, die SPD und die FDP im Vermittlungsausschuss das tun werden, was wir vorschlagen. Wir kämpfen weiter in Sachen Erbschaftsteuer, das heißt für höhere Freibeträge, wie wir es seit Jahren tun. Seit Jahren!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Arbeitsverweigerung in Berlin ist das, meine Damen und Herren. Die Ampelschaltungen in Berlin werden immer wilder. Die Haushaltsaufstellung wird immer schwieriger.

Übrigens hat bei alledem, was bisher in Berlin beschlossen wurde, der Herr Lindner die Länder niemals gefragt, ob sie gern mitzahlen wollen. Das gilt für alles, was wir in den letzten Monaten zu bezahlen hatten.

(Zuruf von der FDP)

Überall haben wir dann gehört: Was macht ihr in Bayern? – 4 Milliarden Euro kosten uns in Bayern bisher – –

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Der Herr von Brunn mit einem äußerst qualifizierten Zwischenruf.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben das Thema verfehlt!)

4 Milliarden Euro haben wir in Bayern von den bisherigen Entlastungspaketen, die in Berlin beschlossen wurden, mitbezahlt. Und was hat man beschlossen? – Bürokratische Monster. Ich erinnere nur an die Energiepreispauschale. Warum sage ich Ihnen das? – Ich werde Ihnen gleich erklären, warum: weil das auch Auswirkungen auf Bayern hat, und zwar nicht nur monetäre. Die Arbeitgeber müssen es ausbezahlen. Wer keinen Arbeitslohn bezieht, muss mit dem Finanzamt abrechnen. Zigtausende zusätzliche Steuererklärungen – völlig sinnlos! Immerhin musste man neun Steuerparagrafen einführen, um das exekutieren zu können.

Ein aktuelles Beispiel ist die Gaspreissoforthilfe. Die Ampel verteilt mit der Gießkanne, aber die Finanzämter sollen für Zielgenauigkeit sorgen. Das ist rechtlich fragwürdig; immerhin mussten wir dafür "nur" drei Einkommensteuerparagrafen schaffen.

Warum sage ich Ihnen das? – Weil ich lese, wir würden die Steuerverwaltung über Gebühr belasten. Eines stimmt: Die Steuerverwaltung ist sehr hoch belastet. – Ich bedanke mich auch bei der Steuerverwaltung; denn es ist wirklich eine herausragende Leistung, die dort seit Jahren erbracht wird, auch und gerade jetzt, bei der Umsetzung der Grundsteuerreform mit allem, was dazugehört.

Aber ein Witz ist es schon, dass die Ampel in Berlin Dinge beschließt, die die Steuerverwaltungen der Länder mit einem unglaublichen, irren Aufwand zu exekutieren haben, um sich dann in Bayern hinzustellen und zu sagen, die Steuerverwaltung sei überlastet, weshalb wir ein bisschen mehr für sie tun müssten. Ich bin gespannt, was da noch alles kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist übrigens die Meinung aller Länderfinanzminister. Wenn ich in der Länderfinanzministerkonferenz mit den Kollegen von den GRÜNEN und der SPD rede, dann bitten alle den Bund dringlich darum, Abstand zu nehmen von Dingen, die zwar in Berlin beschlossen werden, aber von den Steuerverwaltungen der Länder umzusetzen sind. Und dann weinen die Vertreter der Ampel vor Ort Krokodilstränen! Es ist wirklich skurril, was ich hier erlebe.

Der Bund will anschaffen, aber wir sollen zahlen und das Personal stellen. Das kann so nicht weitergehen. Das sage ich in aller Sachlichkeit. Ich weiß, was geleistet wird.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, ich weiß gar nicht, was Sie heute haben. Hatten Sie bei der gestrigen Weihnachtsfeier ein schlechtes Erlebnis, oder was? Ich weiß es nicht genau.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie können ja dann hier sprechen, wenn Sie wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Zu gegebener Zeit!)

– Das machen Sie zu gegebener Zeit; ich fände das wirklich sehr gut.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ich dachte, wir sprechen hier über unseren Haushalt? Können wir einmal über unseren Haushalt reden? – Zuruf von der CSU: Einfach mal zuhören! – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Herr Staatsminister hat das Wort.

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Kann man den Käfig irgendwie wieder schließen?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen bei der Betrachtung all dieser Fragen natürlich das Gesamte sehen. In einer solchen Phase einen Haushalt aufzustellen ist eine riesige Herausforderung.

Das Jahr 2024 ist aus meiner Sicht seriös leider noch nicht planbar. Deswegen haben wir auch in diesem Jahr wieder einen Einjahreshaushalt vorgelegt. Wir fahren in der Krise auf Sicht. Es hat sich in den vergangenen Jahren gut bewährt, dass wir die Krisenhaushalte so gestalten, dass sie gut "handlebar" sind und dass man auch in der Krise reaktionsfähig ist. Die Menschen und die Wirtschaft können sich auf die bayerische Haushaltspolitik verlassen. Bei uns gibt es kein ständiges Hin und Her, keine Intransparenz im Haushalt. Wir betreiben Politik mit Weitblick, das heißt auch für künftige Generationen. Wir bekämpfen die Krise, tätigen Zukunftsinvestitionen und kommen ohne Neuverschuldung aus.

Meine Damen und Herren, wie kann man das nicht anerkennen, sondern sagen, wir bräuchten hier eine völlige Umkehr der Haushaltspolitik? Wir schaffen es in dieser Zeit, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, während andere Schulden machen, Schuldenbremsen aussetzen oder "Sondervermögen" bilden. Das neue Lieblingswort der bundesdeutschen Haushaltspolitik lautet "Sondervermögen". Was da in Berlin gemacht wird, ist kein Vermögen, sondern sind Schulden. Über 400 Milliarden Euro neue Schulden werden dort gemacht – 300 Milliarden Euro in Form von Sondervermögen, 45 Milliarden Euro im Haushalt, 65 Milliarden Euro für das Klima.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Ampel-Parteien, was würden Sie sagen, wenn ich in Bayern einen Haushalt vorlegen würde mit mehreren unterschiedlichen Sondervermögen und unter Nutzung all dessen, was die verfassungsmäßig erlaubten – oder auch nicht erlaubten – Tricks zur Umgehung der Schuldenbremse hergeben? Ich möchte einmal hören, was Sie sagen würden. Würden Sie dann auch sagen, wir bräuchten eine Umkehr der bayerischen Haushaltspolitik? In dieser adventlichen, vorweihnachtlichen Phase kann ich stattdessen nach Berlin rufen: Kehret um, meine Damen und Herren!

Wir haben nichts umzukehren.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen die Menschen also nicht entlasten?)

Wir helfen. Der Härtefallfonds in Bayern wird mit eineinhalb Milliarden Euro aufgelegt. Zusätzliche Investitionen sind im Energie- und Klimapaket vorgesehen, und das alles ohne Kreditermächtigungen, meine Damen und Herren. Wir helfen mit Entschlossenheit und mit finanzpolitischer Verantwortung.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir helfen. Wir zahlen auch für in Berlin beschlossene Programme mit, auch wenn Herr von Brunn mir zum 24. Mal zuruft, dass wir nicht helfen wollten. Ja, wir wollen helfen, wir wollen entlasten.

(Florian von Brunn (SPD): Was haben Sie in Bayern denn bisher getan?)

Ich sage Ihnen voraus: Wenn der Energiepreis nicht nach unten gebracht werden kann, werden noch so viele Schulden in Berlin, noch so viele Hunderte Milliarden Sondervermögen nicht helfen, jedenfalls nicht auf Dauer. Die wichtigste Hilfe ist, den Energiepreis zu senken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist der Zwischenruf von Herrn von Brunn zwar interessant; er wird deswegen aber nicht richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Was haben Sie denn an Aggressionen heute dabei? Warum können Sie nicht einmal eine halbe Stunde zuhören, ohne zu schreien? Warum nicht?

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Können wir einmal über den bayerischen Haushalt reden? Themaverfehlung!)

Der Härtefallfonds ist nötig, weil die Bundeshilfen offensichtlich nicht alle Lücken schließen. Wir helfen natürlich, wenn Existenzen bedroht sind.

Die Umsetzung kann leider nicht schneller erfolgen. Fragen Sie einmal die Länderfinanzminister von SPD und den GRÜNEN, ob sie schon irgendein Hilfspaket ausbezahlt haben. Alle warten auf das, was der Bund entscheidet, damit eine Ergänzung ordentlich stattfinden kann. Der Bund hat zum Beispiel erst in der vergangenen Woche entschieden, dass er keine neuen Härtefallfonds auflegt, sondern lieber Geld an die Länder zahlt, damit diese mit Härtefällen umgehen können. Der Bund hat erst gestern oder vorgestern entschieden, auch für die Nutzer von Pellet- und Ölheizungen etwas zu machen. Dabei mahnen wir beim Bund seit Wochen an: Sagt uns doch, was ihr vorhabt!

(Toni Schuberl (GRÜNE): Können wir endlich über den bayerischen Haushalt reden?)

Liebe bayerische Öffentlichkeit, bitte glauben Sie nicht diese Mär. Alle Bundesländer, alle Länderfinanzminister und die Ministerpräsidenten haben das gleiche Problem wie wir. Alle warten darauf, was der Bund macht. Wenn dort entschieden ist, kommen die Ergänzungen der Länder. Wir sind nicht die Letzten, die einen Härtefallfonds auflegen, sondern wir werden zu den Ersten gehören, die das tun. Das ist die Wahrheit, die unabhängig von dem gilt, was immer wieder kolportiert wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Helfen Sie deswegen mit, dass es in Berlin weitergeht.

Wir legen neben den Hilfen ein Investitionspaket von 500 Millionen Euro auf. Viele zusätzliche Investitionen fließen in die regenerativen Energien. Auch hier gilt, liebe bayerische Öffentlichkeit: Glauben Sie nicht, wenn etwas anderes erzählt wird. Bayern ist bei dem Ausbau und der Nutzung regenerativer Energien spitze, und das seit Langem! In Bayern gibt es Landkreise, in denen 70 oder sogar über 100 Windräder stehen, auch wenn immer wieder behauptet wird, in Bayern gäbe es so etwas nicht. Das ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Haushaltspolitik neu ausrichten? – Ja, ich kann Ihnen sagen, dass wir das tun. Wir finanzieren solide. Wir hatten zwischen 2020 und 2022 Kreditermächtigungen von 20 Milliarden Euro. Davon haben wir nur 10 genutzt.

(Unruhe – Zurufe)

– Es wäre fair zuzuhören, aber das ist schwierig, wenn man immer dazwischenschreit. Aber das ist offenbar nicht der Plan. – Von diesen 10 Milliarden Euro Schulden, die wir gemacht haben, haben wir knapp 4 Milliarden für unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen den Kommunen zur Verfügung gestellt. Der Freistaat Bayern hat also für die Kommunen Schulden gemacht und zur Bewältigung der medizinischen Herausforderungen in besonderer Weise.

Wir haben unser Versprechen gehalten. Wir haben nicht 20 Milliarden Euro Schulden gemacht, sondern 10. Fast 4 davon waren für die Kommunen. Die Kreditermächtigung im Haushalt 2023 haben wir auf null gestellt. Wir haben keine Haushaltstricks, keine Sondervermögen, keine 400 Milliarden Euro Schulden. Wir haben all das eingehalten, was im Rahmen der Schuldenbremsen die verfassungsrechtlichen Grundvoraussetzungen sind.

Ich wundere mich oft, dass Kollege Lindner sagt, mit 400 Milliarden Euro neuer Schulden würden alle Schuldenbremsen eingehalten. Glauben Sie mir eines: Die Menschen durchschauen das. Die Menschen glauben nicht, dass alle Schuldenbremsen eingehalten sind, wenn man 400 Milliarden Schulden macht. Die Menschen sehen darin nicht eingehaltene Bremsen, sondern gebrochene Dämme. Das ist die Wahrheit.

Deswegen machen wir Krisenbewältigung mit Ausgabendisziplin. Weil wir in der Zeit gespart haben, können wir auch in der Not etwas tun. Wir können in der Not zum Beispiel 2 Milliarden Euro aus der Rücklage nehmen, um die Folgen der Ukrainekrise für uns in unserem Land, in Bayern, abzumildern. Wir haben aber nicht nur Ausgaben, sondern auch Beschränkungen im Haushalt, nämlich 700 Millionen Euro Konsolidierungsbeitrag der Ressorts.

Meine Damen und Herren, natürlich werden auch weiterhin bestehende Steuerungsinstrumente im Haushaltsvollzug eingesetzt: Sperren und globale Minderausgaben. All das tun wir, damit wir haushaltspolitisch solide bleiben.

Wie gesagt: Es sind 2 Milliarden Euro für die Folgen der Ukrainekrise und 1,5 Milliarden Deckung für die anderen Ausgaben im Haushalt, insbesondere im Bereich Asyl. Die Asylkosten müssen wir in 2023 mit knapp 500 Millionen höher veranschlagen. Wir haben im Asylbereich für Kost und Unterbringung insgesamt Ausgaben von 1,5 Milliarden kalkuliert. Die Energieausgaben steigen auch für uns. Wir haben auch für die COVID-Herausforderungen noch mal 300 Millionen im Haushalt, die wir dieses Mal aus der Rücklage zu bezahlen haben.

3,5 Milliarden Euro Rücklage-Entnahme, 2 Milliarden für die Folgen der Ukrainekrise, 1,5 Milliarden für Asyl, Ausgaben für Energie und COVID. Daran sehen Sie: Wir bekämpfen Krisen. Wir bekämpfen sie mit finanzieller Solidität, und das ist kein Widerspruch. Das sehen wir in diesem Haushalt mit knapp 71 Milliarden Euro wie im vorigen Jahr und 14,6 % Investitionsquote. Ich möchte mal ein Bundesland sehen, in dem es so etwas gibt: ohne neue Schulden eine Investitionsquote von 14,6 %.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir können auch hier beweisen, dass die Investitionen in den letzten Jahren und auch in Zukunft ein wesentliches Krisenbewältigungsinstrumentarium sein werden. Darauf legen wir großen Wert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Überall gibt es Steigerungen. Ich wurde vor Kurzem gefragt, wo wir denn jetzt sparen. – Nirgendwo! In ganz Deutschland wird nirgendwo gespart. Die Behauptung, wir würden Einsparungen zulasten einzelner Gruppen vornehmen, ist schlicht und ergreifend falsch. Für den kommunalen Finanzausgleich – für die Kommunen – sehen wir über 11 Milliarden Euro vor. Das sind 5,8 % Zuwachs, ein Rekord. 4,27 Milliarden Schlüsselzuweisung – Rekord! Über 20 Milliarden des gesamten Haushaltes des Freistaates Bayern gehen auf irgendeinem Weg an die Kommunen. 28 % dessen, was wir in Bayern ausgeben, geht auf irgendeinem Weg an die Kommunen. Das geht also weit über den kommunalen Finanzausgleich hinaus. Es gibt eine Milliarde Euro nach Artikel 10 FAG für die Unterstützung Baumaßnahmen, 643 Millionen für die Unterstützung Baumaßnahmen Krankenhäuser.

Hier wird immer behauptet, dass das nicht reicht. Fakt ist, dass die Abfinanzierung der Krankenhausbaumaßnahmen in Bayern inklusive des Haushaltes 2023 zeigt, dass es eben schon reicht. Wie kann man immer in die Welt setzen, das wäre alles unterfinanziert, wenn wir mit dem Geld, das wir zur Verfügung stellen, immer mit der Abfinanzierung dort hinterherkommen, wo investiert werden soll?

Ich finde das wirklich langsam infam, immer zu behaupten, es wäre zu wenig Geld da, wenn faktisch bei der tatsächlichen Abfinanzierung keine Wartezeiten entstehen. In den Gesprächen mit den Kommunen werden wir jedes Jahr festlegen, wie viel wir brauchen. Wenn es 2024 mehr sein sollte, werden wir darüber reden. Aber jetzt reden wir über den Haushalt 2023, und da haben wir im einvernehmlichen Gespräch mit den Kommunen eruiert, dass dieser Betrag passt.

Meine Damen und Herren, wir investieren in Bildung. Wir verbessern die digitale Bildung. Die Privatschulen bekommen mehr Geld. Ich verweise auf 1.602 zusätzliche Stellen im Bildungsbereich, 1.152 Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben rund 100.000 Lehrerstellen in diesem Land, und wir haben weit über 100.000 Damen und Herren, die ausgebildete Lehrer sind, die Dienst tun, damit diese 100.000 Stellen alle besetzt werden können. Man kann doch nicht dauernd behaupten, wir hätten zu wenige Lehrer.

(Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Vor Kurzem stand ich auf der Pressekonferenz neben Prof. Piazolo. Er hat dort gesagt – das habe ich mir gemerkt, das hat mich tief beeindruckt –, es gäbe im Jahr 2022 etwa genauso viele Schülerinnen und Schüler wie 2016. Seitdem haben wir 7.000 Lehrerstellen mehr. Für die gleiche Anzahl Schülerinnen und Schüler haben wir 7.000 Lehrerstellen mehr. – Das ist ein Zitat von Prof. Piazolo.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP))

Meine Damen und Herren, da möchte ich schon mal wissen, wo hier der Vorwurf ist. – Herr Dr. Kaltenhauser, regen Sie sich nicht so auf. Wir haben hier keinen Kardiologen. –

(Unruhe – Zurufe)

Wir haben Stellenhebungsprogramme vorgesehen. Von den 34 Millionen Euro Jahreskosten für Stellenhebungen werden schon im Haushalt 2023 in ganz großer Zahl Grund- und Mittelschullehrer profitieren.

Wir haben bei den Hochschulen Steigerungen, wohin das Auge blickt. Nirgendwo gibt es derartige Ausgaben im Bereich Forschung. Für die Hightech Agenda gibt es allein im Hochschulhaushalt 597 Millionen Euro. Wir haben erhebliche Aufwüchse bei Kunst und Kultur – Wolfgang Heubisch ist nicht da, der ja immer schimpft, dass es zu wenig

ist –, und zwar zusätzliche zweistellige Millionenbeträge alleine für Kunst und Kultur. Die Baumaßnahmen im Hochschulbereich sind mit ganz viel Geld ausgestattet. Das ist die Anlage S.

Zu den Familien. Meine Damen und Herren, nur, dass das alle mal hören: Alles, was in Bayern mit Kitas zu tun hat, wird mit Geldern von über 3 Milliarden Euro aus dem bayerischen Landeshaushalt gefördert. Über 3 Milliarden Euro! Noch nie gab es so viel Geld für die bayerischen Kitas.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

786 Millionen Euro Familiengeld sind einmalig in Deutschland. Dazu sagt Frau Köhler, dass wir hier einen neuen Aufbruch brauchen und das nur noch einkommensabhängig zahlen sollen. – Meine Güte, das kann man alles machen. Ist das aber der neue Aufbruch? Tatsache ist, dass es nirgendwo sonst in Deutschland überhaupt ein Familiengeld für die jungen Familien und für die Kinder gibt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sind 6.000 Euro pro Kind für das erste und zweite Kind. Für das dritte Kind sind es 7.200 Euro, die die Familien bekommen.

Das Wirtschaftsministerium erhält für Technologieförderung 147 Millionen Euro. Für die Fortfinanzierung der IPCEI-Projekte, bei denen es um Mikroelektronik, Wasserstoff und Speicherbatterien geht, gibt es 600 Millionen über die Laufzeit. 300 Millionen sind im Wirtschaftsministerium alleine für die Hightech Agenda.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie noch ein Land kennen, wo dermaßen viel Geld in diese Zukunftstechnologien investiert werden kann, sagen Sie es mir. Ich kenne keines. Das gibt es nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zur inneren Sicherheit: 7,8 Milliarden Euro sind für Sicherheit und Rechtsschutz vorgesehen. Es gibt 500 neue Stellen bei der Polizei und 150 neue Stellen bei der Justiz. Wir geben 150 Millionen Euro für den Funk aus, 515 Millionen Euro für das Polizeibudget usw. Ich könnte stundenlang vorlesen, wo wir Rekorde an Ausgaben, an Investitionen, vorsehen. Wir sind und bleiben das sicherste Land in Deutschland. Darauf legen wir auch Wert.

Ich sprach an, dass die Ausgaben für die Unterbringung von Asylbewerbern 1,5 Milliarden Euro betragen. Das sind fast 500 Millionen mehr als im letzten Haushalt. Auch das schultern wir. Das ist eine riesige Aufgabe, insbesondere dann, wenn die Menschen aus der Ukraine erwartungsgemäß im Winter nach Schutz und Unterkunft suchen. Auch dafür wenden wir in Bayern sehr viel Geld auf. Da braucht uns niemand zu belehren. Auch dafür machen wir keine Schulden.

Dann kommt ein Bereich, bei dem ich nur noch staunen kann: Infrastruktur, Verkehr und Wohnen.Ich habe gelesen, wir würden beim Verkehr kürzen. Ich war erstaunt, dass wir in diesem Haushalt zum Beispiel bei der Wohnraumförderung einen Zuwachs von 17 % haben. Ich habe gedacht: Das ist ein Zuwachs! So etwas gibt es nirgendwo sonst im gesamten Haushalt. Wissen Sie, wo wir noch mehr Zuwachs haben? – In diesem Haushalt gibt es einen Bereich, wo der Zuwachs so groß ist, wie er möglicherweise noch nie war. Ich habe das nicht überprüft, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es das jemals schon gab. Der Haushalt des Freistaats Bayern wächst im Verkehrsbereich um 38 %, für den ÖPNV plus 733 Millionen Euro auf 2,8 Milliarden Euro. Wer kann hier noch sagen, wir sparten beim öffentlichen Nahverkehr?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Die GRÜNEN!)

– Ludwig Hartmann kommt gerade. Ich verstehe nicht, wie man einen Haushalt so lesen kann. Offensichtlich hat man hier den Bundeshaushalt gelesen. Ich weiß es nicht genau.

(Heiterkeit bei der CSU)

Auf jeden Fall nur Rekord! 270 Millionen Euro für dieses Ticket,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das sind doch die Bundesmittel!)

und 22 Millionen Euro für das Jugendticket. In Bayern steigt der Haushalt im Verkehrsbereich um 38 %. Ich möchte wissen, wo es das noch gibt. Meine Damen und Herren, im Verkehrsbereich gibt es einen Anstieg um 38 %! Die Wohnraumförderung steigt um 17 %, lieber Ludwig Hartmann. Man darf nicht zu spät kommen, sonst bekommt man das alles nicht mit. Die Mittel für die Staatsstraßen wurden kritisiert.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ja, wir verstetigen das, was wir im letzten Jahr bei den Staatsstraßen getan haben. Diese 100 Millionen Euro aus dem Sonderinvestitionsprogramm werden in den Haushalt übernommen, sodass wieder 500 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Dafür wurde aber nirgendwo im öffentlichen Personennahverkehr gekürzt, sondern er wurde massivausgeweitet.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Mit Bundesmitteln!)

Nicht die Staatsstraßen! Deswegen, meine Damen und Herren, ist all das, was hier ständig behauptet wird, eine Information, die nicht einmal halb wahr ist, sondern die sich nicht durch Zahlen belegen lässt. Die Steigerungsraten im bayerischen Haushalt betragen 38 % im Verkehrsbereich. Wo hat es so etwas schon gegeben?

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Der Haushalt von Christian Bernreiter steigt insgesamt um 26,5 %. 150 Millionen Euro für das kommunale Wohnraumförderprogramm!

(Harald Güller (SPD): Den Regionalisierungsmitteln des Bundes sei Dank! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Man kann sich bei allen möglichen Menschen bedanken. Mit welchem Grund kann man bestreiten, was ich sage? Warum wird, wenn ich hier sage, der Haushalt des Freistaats Bayern im Verkehrsbereich steigt um 38 %, behauptet, das wäre nicht so? Die Opposition, Herr von Brunn, erklärt mir, es gehöre dazu, dagegen zu sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Ich erkläre Ihnen die Transparenz!)

Fakt ist, meine Damen und Herren: Sie können meinetwegen Generäle anschreien, aber Zahlen können Sie nicht anschreien, meine Damen und Herren. Das hat Franz Josef Strauß vor vierzig Jahren schon gewusst. Sie schreien ständig Zahlen an. Sie bestreiten Fakten. Sie informieren die Öffentlichkeit so, dass der Eindruck entsteht, in Bayern wären wir ein verkehrspolitisches Entwicklungsland. Fakt ist, es gibt keinen Bereich, in dem der Freistaat Bayern nicht spitze ist. Das ärgert Sie! Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Wenn Sie mit dem Bus fahren wollen, brauchen Sie dafür eine Straße. Auch das sage ich Ihnen noch einmal.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Interessant ist, es wird gefordert, dass in jedem Dorf ein Bus kommt, aber wenn eine Straße gebaut werden soll, protestiert man dagegen, dass die Straße gebaut wird. Das ist eine Logik, die ich nicht verstehe, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ich bin nicht Verkehrsminister und verstehe davon zu wenig. Ich wollte nur einmal die Zahlen erklären.

Zum Bereich Gesundheit und Pflege: Ich nannte die Krankenhausförderung, die Geburtshilfe und die Pflegeplätze. 430 Millionen Euro Landespflegegeld! Hier wurde nirgendwo gekürzt, sondern aufgestockt.

IT: Die Digitalministerin ist anwesend. Wir tun sehr viel im Bereich IT. Ich bin für die technische Infrastruktur im Bereich Glasfaserförderung zuständig. Auch hier gibt es immer wieder die Falschbehauptung, wir hätten in Bayern irgendetwas verschlafen. Wir sind in Bayern mit unserem Förderprogramm spitze! Wir haben dafür seit 2014 1,9 Milliarden Euro bayerische Gelder ausgegeben, weil es sonst keiner getan hätte. Zuständig dafür ist die Telekommunikationswirtschaft. Sie macht es, aber nur dort, wo es sich lohnt. Zuständig nach dem Telekommunikationsgesetz ist der Bund. Dieser hat jahrelang nichts getan. Jetzt hat er etwas getan. Nun stellt er fest, dass es schwierig ist, wenn man Zusagen für nicht belastbare Ausschreibungen gibt und gleich wieder das Programm stoppt, um dann zu sagen: Don’t worry, im März gibt es ein neues Programm. – Sprechen Sie mit den Bürgermeistern, die vom Programmstopp betroffen sind, sprechen Sie mit denen, die jetzt Umplanungen vornehmen müssen. Vor Kurzem war ich in einer Gesprächsrunde mit Planern. Diese sagen, das gestoppte Bundesprogramm führt jetzt zum Planungsstopp. Wie es dann im März weitergeht und welche neuen Maßnahmen kommen, weiß kein Mensch, wahrscheinlich nicht einmal der Bund selbst.

Deswegen kann ich Ihnen sagen: Wir sind spitze im Bereich digitale Infrastruktur und Glasfaser! Der ländliche Raum in Bayern ist mit Abstand der am besten versorgte ländliche Raum in ganz Deutschland, was Telekommunikation und Glasfaser anbelangt, und wir liegen in allen Bereichen deutlich über dem Bundesdurchschnitt,

(Zuruf)

meine Damen und Herren. Insofern wird Bayern auch hier nur schlechtgeredet. Ich weiß, die Menschen glauben das Gott sei Dank nicht. Im neuen Haushalt sind erneut 200 Millionen Euro enthalten. Wir finanzieren zeitnah ab. Wir unterstützen die Kommu-

nen, die sich bemühen. Im Übrigen haben wir zum Beispiel bei der Digitalisierung der Schulen schon im Juli 2018 ein Förderprogramm für Glasfaser bis in die Schulen mit 90 % Förderung für die Kommunen aufgelegt. Alle Kommunen, die die Maßnahme in 2018 oder 2019 umgesetzt haben, haben auch in der Pandemie 2020 und 2021 einen Glasfaseranschluss gehabt, zu 90 % bezahlt vom Freistaat Bayern.

(Zuruf: Korrekt!)

Meine Damen und Herren, ich weiß, man möchte immer wieder ein Haar in der Suppe finden. Ich sage Ihnen, wir sind hier spitze und haben den Haushalt auch im Jahr 2023 mit dem notwendigen Geld ausgestattet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir unterstützen die Bauern. Wir unterstützen mit viel Geld im Bereich Umwelt. Ich nenne die Klimamilliarde, das KULAP. Wir geben den bayerischen Bauern freiwillig Geld für Agrarumweltmaßnahmen. Hier wird hervorragende Arbeit geleistet. Ich glaube nicht, dass es jemanden gibt, der dem Finanzminister des Freistaates Bayern unterstellen könnte, er hätte kein Herz für die Landwirtschaft. Ganz im Gegenteil! Ich will gar nicht so lange darüber sprechen, sonst sagen Sie wieder, Herr Füracker hat wieder nur darauf geachtet, dass die Bauern viel Geld erhalten. Ich kann nur eines sagen: Wir haben auch hier Rekorde, Rekorde, Rekorde – Investitionen in Klima, in Energie, in moderne Ställe und in freiwillige Agrarumweltleistungen. Insofern gilt auch hier: Dieser Haushalt hilft in der Krise, aber auch bei der Investition in die Landwirtschaft zur Versorgung mit guten Nahrungsmitteln in Bayern und zur Pflege der Kulturlandschaft, die in Bayern so schön ist wie kaum irgendwo sonst.

Deswegen, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Ich verstehe alle Leidenschaft und die politische Debatte. Ich verstehe auch, dass man beweisen will, dass man in Berlin eine Regierung hat, die nicht alles falsch macht, und den Bayern erklären will, die Ampel sei spitze.

(Florian von Brunn (SPD): So ist es auch!)

Wissen Sie, die Menschen in Bayern haben sich längst ein Urteil darüber gebildet, ob die Ampel spitze ist oder nicht. Das belegen alle Umfragen. Ich bin hier gar nicht nervös. Was mich aufregt

(Florian von Brunn (SPD): Anscheinend doch!)

– außer den Zurufen von Herrn von Brunn, die mich nicht aufregen –, ist dieses ständige Schlechtreden der Situation in Bayern. Das mögen die Menschen nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Menschen in Bayern wissen, dass es auf dieser Welt kein Schlaraffenland gibt. Aber ich kann Ihnen versichern, dass, wenn man eine Befragung durchführen würde, wahrscheinlich 102 % der Bayern sagen würden, wenn ich es mir aussuchen könnte, würde ich gerne auch weiterhin in Bayern leben. Auf der Welt gibt es 8 Milliarden Menschen. Mindestens 7,5 Milliarden beneiden uns um unser Leben hier in Bayern. Die Einzigen, die es offensichtlich schwer finden, hier in Bayern zu leben, sind manche politisch Verantwortlichen auf der linken Seite.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Ich weiß nicht genau, warum.

(Beifall bei der CSU)

Wir jedenfalls haben uns zu bedanken bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, bei den Menschen, die arbeiten, investieren und dazu beitragen, dieses Land gut zu finanzieren. Ich danke allen, die in den Verwaltungen Verantwortung tragen. Wir haben eine supergute Beamtenschaft, auch wenn manche denken, Beamte müssten abgeschafft werden. Es gibt auch politische Kräfte in Bayern, die das immer wieder behaupten. Wir haben in den Ministerien und in den nachgelagerten Behörden hervorragende Verwaltungen, die dabei helfen, dass dieses Land stabil bleibt, damit wir in

der Lage sind, gute Politik zu machen. Bei all diesen Menschen möchte ich mich herzlich bedanken. Ich kann Sie nur aufrufen: Lassen Sie uns in der Krise weiterhin zusammenarbeiten!

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist beides: ein Signal der Entschlossenheit und ein Signal der finanzpolitischen Verantwortung. Wir tun, was nötig ist. Wir helfen, wir investieren, wir gestalten aber auch die Herausforderungen der Zukunft – und das nicht auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinder, meine Damen und Herren. An diese sollten wir bei all dem, was wir momentan diskutieren, nämlich auch noch denken.

Ich bin deswegen stolz darauf, diesen Haushalt in dieser Weise vorlegen zu können – ohne neue Schulden, mit Investitionen, mit Hilfen. Ich bin stolz auf dieses Land. Ich bin dankbar, dass ich in diesem Land an der Stelle, an der wir stehen, mitgestalten darf. Ich biete allen im Landtag die Zusammenarbeit an, um diesen Haushalt jetzt durch die nächsten Monate zu bekommen. Ich bedanke mich beim Haushaltsausschuss, beim Haushaltsausschussvorsitzenden, auch bei allen, die das Ganze positiv begleiten und unterstützen. Ich bitte darum, bei der ganzen Diskussion stets darauf zu achten, dass Zahlen nicht uminterpretiert werden können.

In diesem Sinne herzlichen Dank. Ich freue mich auf die Diskussionen im Ausschuss. Im März/April werden wir den Haushalt dann spätestens verabschiedet haben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen im Rahmen der anschließenden Debatte wurde mit 119 Minuten vereinbart. Jetzt wird noch gerechnet, weil der Herr Staatsminister etwas länger gesprochen hat. Das wird auf die Fraktionen entsprechend umgelegt. – Ich eröffne damit die gemeinsame Aussprache. Als Erste hat die Kollegin Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister, Arbeitsverweigerung anprangern, während man hier steht und am 14. Dezember den Haushalt einbringt, der eigentlich ab 1. Januar gelten sollte – da gehört schon was dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Apropos Arbeitsverweigerung: Wo ist unser Ministerpräsident? – Der Bund hat längst geliefert, Herr Minister. Da ist ein Haushalt da. Es sind Richtlinien da. Es gibt Planungssicherheit für die Menschen.

(Hans Herold (CSU): Schuldenhaushalt!)

Der Bund ist im Januar handlungsfähig, Bayern leider erst im April. Das entspricht nicht der Haushaltsordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Haushalt 2023 auf einen Blick: Die Steuereinnahmen steigen noch einmal von 49,8 Milliarden Euro auf 53,8 Milliarden Euro. Das erscheint zunächst viel. Die Steigerung liegt aber unter der Inflationsrate.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Dazu ist im Haushalt überall ein bisschen gekürzt worden, obwohl ja alle Ressorts die Inflation spüren werden. Haushaltssperren und globale Minderausgaben kommen noch dazu. Trotzdem werden wieder 71 Milliarden Euro ausgegeben.

Jetzt kommt's: Die Rücklage wird im Wahljahr endgültig geplündert. Sie planen eine Entnahme von 3,5 Milliarden Euro, sodass von 7,9 Milliarden Euro Ende 2021 im Jahr 2023 nur noch 1,5 Milliarden übrig bleiben sollen. Was bekommen die Leute dafür? – Das ist das eigentlich Schlimme: nichts Strukturelles, was Bayern durch die schwierigen Jahre tragen würde.

Wo bleibt das Geld also? Wo wurde so viel ausgegeben oder soll so viel ausgegeben werden? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die letzten Jahre doch alle den Spiegel vorgehalten bekommen: Wo brennt's? Was geht? Was funktioniert nicht?

Ich muss Ihnen sagen: Es geht schon beim Gesundheitsministerium an. Der Minister macht populistische Öffentlichkeitsarbeit, aber im eigenen Haus macht er nichts. Wo sind die Erkenntnisse aus Corona?

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Als Beispiel das Programm Green Hospital: Es liegt auf der Hand, Krankenhäuser verbrauchen enorm viel Energie. Im ganzen Haushalt gibt es für alle Krankenhäuser in ganz Bayern für ein Jahr für dieses Programm eine Million Euro. Was soll man denn damit machen? Welche energetische Sanierung, welche Investition, welche Geräte wollen Sie damit bezahlen? – Solche Pseudotitel, solche Pseudotitelgruppen begegnen uns im Haushaltsplan sehr oft. Es steht ein schönes Thema drin. Das klingt gut, aber nichts dahinter, keine Substanz.

Bei der Pflege, bei all unseren aktuellen Sorgen, wie die Menschen gepflegt werden sollen bei unserer demografischen Entwicklung, finden sich konstante Ausgaben über alle Titel, und zwei Drittel des gesamten Pflegeetats gehen schon mal für das Landespflegegeld weg. Liebe Kollegen, wir brauchen Investitionen in Versorgungs- und Pflegestrukturen!

Stichwort Infrastruktur: Diese brauchen wir ja auch für die Energiewende, für echten Klimaschutz. Wann kommt denn da was? – Ein Gesetz verabschieden, das nicht einmal den Namen wert ist, wird nicht genügen. Das wertvolle Institut "Zentrum für Angewandte Energieforschung" – finanziell ausgetrocknet, aufgelöst. Klimalotsen für die Kommunen – weg.

Der Herr Aiwanger ist noch nicht da. Er kündigt aber groß Wasserstoffprojekte an. – Kann man machen. Schaut man dann in den Haushalt, wird mehr in die Tankstellen

dafür – nämlich 10 Millionen Euro – als in die Wasserstoffproduktion – 5 Millionen Euro – selbst investiert. Es gibt nur eine Verpflichtungsermächtigung über 145 Millionen Euro. Das ist wieder typisch: verschieben auf nach der Wahl. Wo soll der Wasserstoff denn bitte herkommen? Wir brauchen den Strom. Wo kommt der her? – Die gestern großmächtig angekündigten Windkraftwerke müssten in Bayern längst stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geothermie: völlige Fehlanzeige. Man könnte da sofort loslegen. Die Wärme unter uns ist bereits da; wir sitzen drauf. Viele Anlagen laufen. Die Kommunen brauchen aber Unterstützung für Netze und neue Projekte. Die Kommunen stehen in den Startlöchern. Auch hier gilt: Minister Habeck im Bund hat geliefert. Über die BEW gibt es bis zu 40 % für die Anlagen und für die Netze. Das ist praktischer Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und was machen Sie für Geothermie? – Sie lassen den alten Ansatz im Haushalt: 7,5 Millionen Euro für Geothermie, hauptsächlich für Papierkram. Für ein ganzes Jahr 7,5 Millionen Euro! Ich frage Sie: Wollen Sie diese Energieerzeugung auch wieder ausländischen Investoren überlassen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lesen Sie unsere Anträge. Geothermie kann zur Wärmewende mit mehr als 25 % beitragen. Sie müssen aber handeln.

Verkehrswende: Endlich haben Sie wenigstens die Theorie verstanden, glaube ich. Letzte Woche hat Minister Bernreiter eine Verdopplung der Fahrgastzahlen des ÖPNV bis 2030 angekündigt. 2030 scheint eh ein magisches Datum zu sein. Da schiebt man alles hin, was man jetzt nicht hinkriegt, im Wahlkampf aber brauchen könnte. Raten Sie mal, was für diese Ankündigung einer Verdopplung des ÖPNV im Haushaltsplan steht – nichts!

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Was erzählen Sie eigentlich für ein Zeug? Stimmt doch alles nicht!)

Wir werden mal schauen, was über die Nachschubliste kommt. Denn alles auf später zu verschieben und zu sagen, machen wir nächstes Jahr, machen wir nach der Wahl, machen wir in zehn Jahren, mag sich bei der Stammstrecke bewährt haben. In aktuellen Krisenzeiten bewährt es sich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einfachere Tarife sind versprochen worden. – Das ist doch total absurd, nachdem am Donnerstag das Deutschlandticket beschlossen wurde. Eine App für Bayern wurde angekündigt. – Ich habe eine gute Nachricht: Es wird eine App für ganz Deutschland geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für Staatsstraßen noch mal 100 Millionen Euro draufgelegt. – Ich garantiere Ihnen schon jetzt: Wir werden da ganz genau hinschauen. Das gehört in die Bestandserhaltung. Sie brauchen sich da nicht wieder neue Umgehungsstraßen im Stimmkreis einfallen zu lassen; denn nur Neues zu bauen und Altes verrotten zu lassen, bewährt sich nicht, auch nicht beim Gebäudebestand. Ein gutes Beispiel sind unsere Universitäten, wo wir jetzt Milliardeninvestitionen haben; vorher hat es reingeregnet, weil man nichts in den Unterhalt gesteckt hat.

Die Gesamtausgaben für den Bauunterhalt sinken weiterhin: 2021 noch 312,6 Millionen, jetzt im Haushaltsplan 259 Millionen Euro. – Meine Damen und Herren, das sind Zeitbomben für zukünftige Baukosten. Wie können angesichts der zahlreichen Baumaßnahmen, die wir ja alle im Haushaltsausschuss auf den Weg bringen, und angesichts der steigenden Baukosten überhaupt die Ausgaben für Baumaßnahmen insgesamt von 1,48 Milliarden Euro auf 1,3 Milliarden Euro sinken? – Das ist Augenwischerei. Da kommt das dicke Ende zum Schluss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt ein sehr trauriges Kapitel für Bayern: der Härtefallfonds – lange angekündigt, von den Menschen in unserem Land lange erwartet, von dieser Regierung lange nicht angepackt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was macht der Bund?)

Wir haben wirklich darauf gewartet und als Erstes nachgeschaut – und dann: 1,5 Milliarden Euro wurden in einen Sonderhaushalt 13 23 gepackt. Der Härtefallfonds, einfach die Überschrift und 1,5 Milliarden Euro dazugeschrieben, ist ein Blankoscheck!

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ich sage es noch mal: Das sind 1.500 Millionen Euro, keinerlei Details; in dieser Form jetzt einfach eineinhalb Milliarden Euro in den Plan reingeschrieben. Darauf hätten wir nicht drei Monate warten müssen, mehrmals. Drei Monate haben wir darauf gewartet,

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Unfug!)

und Sie haben immer gesagt, Sie feilen noch an den Details, und Sie müssen schauen. Wir haben mehrmals einen Nachtragshaushalt vorgeschlagen. Das Geld stünde längst bereit und wäre einsatzbereit.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Auch gestern in der Pressekonferenz dazu: nur heiße Luft, wie es mit dem Fonds weitergehen soll. Nach der schlechten Presse gestern, dass der Ministerpräsident und Minister Aiwanger wieder nichts dazu sagen konnten, kommt jetzt der Hammer in Form eines Dringlichkeitsantrags morgen zum "Notbewilligungsrecht". Also das muss man sich schon mal geben. Drei Monate haben Sie nichts getan,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

haben alle Anträge auf Nachtragshaushalt, auf Sonderfonds abgelehnt – alle Anträge; das ist alles nachzulesen. Alles abgelehnt, nichts vorbereitet und jetzt Notbewilligung, nur damit Sie ganz allein bestimmen können, wer dieses Geld wo und in welchem Stimmkreis im Wahljahr bekommt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): So ein Quatsch, die Rede!)

Ich sage Ihnen was: Der Etat des Freistaates Bayern ist kein Selbstbedienungsladen. Sie missbrauchen unsere Verfassungsorgane. Sie umgehen das Parlament.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So gibt es bisher immer noch nur Entlastung aus dem Bund. Die Gasspeicher waren zum Winteranfang gefüllt. Die Gas- und Strompreisbremse von Minister Habeck ist da. Das ist für weite Teile der Bevölkerung eine große Erleichterung, auch wenn Sie in derselben Zeit gerne über große Erbschaften reden. Wir müssen also gut schauen,

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

wo es Nachsteuerung braucht und wo es notwendig ist. Mit dem Bayerischen Härtefallfonds müssen wir nach unserer Vorstellung Familien unterstützen, kleine Betriebe, soziale Institutionen. Die warten alle dringend darauf. Bei den sozialen Institutionen, bei den Pflegeeinrichtungen gibt es die ersten Schließungen. Ich darf Ihnen gleich noch etwas mit auf den Weg geben: Ein etwas professionelleres Antragsverfahren als das PDF auf der Homepage zum Selberausdrucken wie beim letzten Mal wäre diesmal schon schön.

Es gibt aber auch gute Nachrichten. Nach langem Würgen haben Sie endlich bei der Berufseinstiegsbegleitung auf uns gehört und die Fortführung in den Haushalt geschrieben. Das Loch heuer allerdings bleibt. Die Jugendlichen könnten um diese Zeit bis Weihnachten schon drei Praktika hinter sich haben. All das Gewürge wegen 5 Millionen Euro! Diese Jugendlichen sind die Fachkräfte von morgen. Vergessen Sie das nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keine guten Nachrichten gibt es dagegen beim Gehörlosengeld. Es bleibt bei der Einmalzahlung von 2022, und die noch nicht mal für alle schwer Hörgeschädigten.

Als ob es nicht schon peinlich genug wäre, wenn der Ministerpräsident an einer Tafel Suppe ausschenkt an Menschen, die wegen seiner Politik um Gratisessen anstehen,

(Tobias Reiß (CSU): Das ist peinlich! Peinlich! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das ist eine Unverschämtheit!)

schwindelt er dann auch noch: Eine Million Euro gäbe es für die 170 Tafeln in Bayern. – Schaut man genau hin, ist das echt geflunkert. Es gibt 400.000 Euro nur für Energiekosten, und dann gibt es noch 500.000 Euro für die Landesgeschäftsstelle – das ist sogar weniger als letztes Jahr –, und zusammen ist es immer noch keine Million. Also armselig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch der Rest des Sozialhaushalts bleibt gleich trotz aller Kostensteigerungen bei den Personal- und bei den Sachkosten, die ja zu erwarten sind. Geld für Kitas, meine Damen und Herren, darf in dieser Lage nicht gleich bleiben, wenn fast nirgends in Bayern die Kinderbetreuung mehr zuverlässig funktioniert. Es ist ein wirtschaftlicher Faktor, wenn sich junge Eltern nicht mehr drauf verlassen können, dass die Gruppe nicht abgesagt wird. Da muss man investieren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Rechtsanspruch auf den Ganztag kommt. Das wollen Sie aber auch aussitzen. Wir brauchen jetzt mehr Geld für die Ausbildung von Erzieher*innen und bessere Arbeitsbedingungen. Geld für die Anlaufstelle Heimkinder – die haben Sie völlig herausgestrichen. Bei den Lehrkräften haben Sie A 13 versprochen; im Haushalt ist nichts zu finden. Und bitte, in welcher Parallelwelt soll es sein, in der Sie sagen können, wir

haben nicht zu wenig Lehrkräfte? – Da brauchen Sie sich nur mal mit Eltern zu unterhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch ein kleines Schmankerl. Es gibt doch jetzt das Programm "Bayern Direkt"; man könnte sagen: "Frag die Regierung!" Das finde ich eigentlich gar nicht schlecht: eine Servicestelle für mehr Information, in Zeiten des Angriffs auf die Demokratie nicht übel. Aber die Zahlen sagen dann, dass 70 % des Etats für die Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben werden und für den Service selber 30 %. Wieder nur Selbstdarstellung dieser Regierung! Bitte zahlen Sie die doch aus der Wahlkampfkasse!

Das Thema Inflation kommt in diesem Haushaltsplan eh nicht vor. Kein Haushaltsansatz wurde angepasst, nur Ihre Fraktionsreserve für Miniprojekte im eigenen Stimmkreis, um die Wähler zu erfreuen. Die haben Sie sich schon kräftig erhöht von 60 Millionen Euro auf 70 Millionen Euro. Dazu gibt es bestimmt bald wieder eine Pressekonferenz, wer wo die kleinen Geldgeschenke verteilt. Liebe Abgeordnete der CSU und der FREIEN WÄHLER, wenn ein Thema wichtig ist, wenn die Kultur Geld braucht, wenn ein Kindergarten Geld braucht, wenn eine Forschung gefördert werden soll, ist das in ganz Bayern wichtig. Dann schreiben Sie es ordentlich in den Haushaltsplan, und spielen Sie vor Ort nicht den Weihnachtsmann!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht mal ein Promille des Haushalts, 70 Millionen Euro von 71 Milliarden Euro, mitbestimmen zu dürfen, das wird Ihrer Rolle als frei gewählte Abgeordnete in dieser Regierungskoalition für ganz Bayern nicht gerecht. Da machen Sie sich klein. Mit dem undemokratischen Verfahren des Notbewilligungsrechts, das Sie jetzt auch noch auf den Weg bringen wollen für die Verteilung von eineinhalb Milliarden Euro ohne weitere Beteiligung des Landtags, wollen Sie sich und gleich noch das Parlament entmachten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im neuen Jahr steigen wir in die Beratungen ein. Es ist schon viel zu viel wertvolle Zeit vergangen. Unsere Änderungsanträge werden konkrete Vorschläge für eine Energiewende aufzeigen, die den Namen verdient, für Klimaschutz, für Klimaanpassung, für ein Schließen der sozialen Schere, für mehr Gerechtigkeit in Bayern. Sie dagegen müssen endlich ins Handeln kommen. Schöne Überschriften und eine kleine Studie zum Thema reichen nicht mehr. Umsetzung ist gefragt. Sie sind noch in Verantwortung. Je länger Sie zaudern, umso teurer wird es für uns alle. Handeln Sie jetzt!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner spricht für die CSU-Fraktion; es ist der Kollege Sepp Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Rede der Kollegin Köhler, mit der ich an sich im Haushaltsausschuss gut zusammenarbeite, kann ich nur sagen: Völlig daneben! Sie interpretieren den Haushalt wie immer aus ideologischen Gründen falsch. Vor allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden die Probleme, die uns Berlin einbrockt, hier völlig verschwiegen und ins Gegenteil verdreht.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden jetzt sagen: Na ja, der Zellmeier sagt auch jedes Jahr das Gleiche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Florian von Brunn (SPD): Stimmt!)

Es ist ja bedauerlich für Sie, dass jedes Jahr das Gleiche stimmt. Für uns ist es erfreulich, weil die Daten gut sind; ihr versteht das nicht. Ich sehe: Ihr fordert überall Mehrausgaben. Gleichzeitig sagt ihr nicht, wie es finanziert werden soll. Gleichzeitig beschließt die Ampel in Berlin ständig neue Ausgaben, die die Länder mitfinanzieren – ohne vorherige Rücksprache mit uns.Das sind doch die Tatsachen. Somit leiden wir

unter Ihrer Politik in Berlin. Wir machen die richtige Politik, müssen aber auslöffeln, was ihr in Berlin verkehrt macht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als wir den letzten Haushalt eingebracht haben, hat keiner damit gerechnet, dass wir nach der Corona-Krise gleich in die nächste Krise, in einen Krieg in Europa, schlittern. Jetzt haben wir mit den Folgekosten zu kämpfen: Energie, Inflation, wirtschaftliche Unsicherheit und Aufnahme von vielen Hunderttausend Flüchtlingen aus der Ukraine. Das alles hatte eine zusätzliche Flüchtlingsbewegung aus ärmeren Ländern und Bürgerkriegsländern zur Folge, sodass wir auch dadurch hohe Belastungen haben. Das wird bewusst immer wieder verschwiegen. Auch für diese Belastungen kommen wir auf und lösen diese Probleme.

Die Steuereinnahmen sind mit hohen Risiken verbunden. Frau Kollegin Köhler, deshalb ist es berechtigt, die Steuerschätzung abzuwarten und den Haushalt später einzubringen. Dabei bleiben wir in einem Zeitrahmen, der rechtlich möglich ist. Das ist natürlich eine Sondersituation, nicht die Regel. Wir hatten aber in den letzten Jahren nun einmal Sondersituationen und haben sie in diesem Jahr wieder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Steuerschätzung eingearbeitet, und der Härtefallfonds wurde konzipiert. An dieser Stelle möchte ich eines sagen, weil es unglaublich ist: In Berlin, wo die Hauptzuständigkeit für den Bereich Energie liegt, genau dort, wo man handeln müsste, hat man über Monate hinweg nichts gemacht. Dort wurden sogar falsche Signale gesetzt wurde und so getan, als ob kaum etwas notwendig wäre. Bis heute wissen wir nicht genau, was der Bund mit den Mitteln machen wird. Wir sind nur subsidiär und ergänzend tätig. Wie sollen wir etwas ergänzen, wenn wir nicht wissen, was in Berlin genau gemacht wird? Dort wurde die Zeit vertan.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eines sagen: Wir haben einen hervorragenden Finanzminister, der eine exzellente Arbeit leistet, wie übrigens das gesamte Haus exzellente Arbeit macht. Mein Kompliment dafür! Der bayerische Finanzminister Albert Füracker ist zu Recht mit dem Sparlöwen ausgezeichnet worden, weil er das Geld zusammenhält und trotzdem an der richtigen Stelle investiert. Lieber Albert, meinen ausdrücklichen Glückwunsch und meine Anerkennung!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Beispiel: Wir haben eine Kreditermächtigung in Höhe von insgesamt 20 Milliarden Euro für die Corona-Maßnahmen ausgegeben. Bis zum heutigen Tage wurden davon nur 10,1 Milliarden Euro, also etwa die Hälfte, in Anspruch genommen.

(Florian von Brunn (SPD): Weil der Bund alles bezahlt hat!)

Was haben denn der Bund und Herr Lindner gemacht? – Sie haben 60 Milliarden Euro für Corona-Maßnahmen in ein Sondervermögen verschoben und damit für die Zukunft gebunkert. Das Bundesverfassungsgericht prüft dieses Vorgehen, und es gibt Anzeichen dafür, dass es verfassungswidrig ist. Hier werden Sondermittel, die durch eine zu Recht in Anspruch genommene Ausnahme von der Schuldenbremse aufgenommen wurden, für die Zukunft gebunkert. Das machen wir in Bayern nicht!

(Beifall bei der CSU)

Ich muss jetzt in meinem Manuskript nach hinten springen, weil ich das erst später sagen wollte: Ich habe mir zusammengeschrieben, was die Ampel in Berlin so alles beschlossen hat. In Berlin darf man, anders als in den Ländern und in Bayern, 0,35 % des BIP Schulden machen und hält damit die Schuldenbremse ein. Das sind 12 Milliarden Euro. Was tut die Ampel in Berlin? – Sie nimmt 45,6 Milliarden Euro netto an neuen Schulden auf. Da wird eine Konjunkturkomponente eingeführt. Das ist weit überzogen.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit Sie den Unterschied sehen: Wir haben eine Nettokreditaufnahme von 0,0 Euro. In Berlin sind es 45,6 Milliarden Euro. 200 Milliarden Euro werden im Sondervermögen vorgezogen für das nächste Jahr aufgenommen, um im nächsten Jahr offiziell eine getürkte Einhaltung der Schuldenbremse darstellen zu können. Das ist doch die Situation! Darunter leiden wir in Bayern massiv, weil wir all das mit ausbaden müssen.

(Beifall bei der CSU – Arif Taşdelen (SPD): Getürkt?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Tagesordnung lesen, dann sehen Sie, dass morgen ein Dringlichkeitsantrag auf der Tagesordnung steht, mit dem wir das Notbewilligungsrecht mit einem Plenarbeschluss hinterlegen, weil wir der Meinung sind, dass wir aufgrund der desolaten Situation in Berlin mit Notbewilligungen agieren müssen. Wir tun das nicht, weil uns das gefällt, sondern weil das notwendig ist.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Lauter Ausreden! Macht eure Hausaufgaben in Bayern!)

Wir wissen bis zum heutigen Tage noch nicht hundertprozentig, was Sie in Berlin tun werden. Morgen wird es einen Plenarbeschluss geben. Damit wird auch dieses Verfahren rechtlich abgesichert sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Bayern ist doch bei den ganzen Ministerpräsidentenkonferenzen dabei!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heuer erneut von zwei prominenten Agenturen, nämlich Standard & Poor‘s und Moody‘s, das Spitzenrating erhalten, weil wir ein solides Schuldenmanagement, eine starke bayerische Wirtschaft und beständige rechtliche Rahmenbedingungen haben. Bei uns gibt es nicht ständig Änderungen. Wir haben einen stabilen Rahmen, und das wird gewürdigt, und zwar weltweit. Hier zeigt sich, dass Ihre kleinliche und regionale Kritik weltweit ganz anders gesehen wird. Wir stehen in Deutschland, in Europa und in der Welt an der Spitze. Das sollten Sie einmal

anerkennen. Das ist die Arbeit der beiden Koalitionspartner. Gemeinsam sorgen die CSU und die FREIEN WÄHLER für Solidität. Wir tun das aus Überzeugung, nicht aus kleinkarierter politischer Taktik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben für die Vorbereitungen der Haushaltsberatungen zehn Wochen Zeit, also mehr als doppelt so viel, wie der Ältestenrat beschlossen hat. Jeder kann sich einbringen. Natürlich werden wir Änderungsanträge stellen. Was Sie als "Fraktionsreserve" betiteln, das sind Fraktionsinitiativen. Wir als Fraktionen haben Ideen, die in den Häusern bisher nicht angekommen sind, nicht so gesehen wurden. Es ist ein berechtigtes Vorgehen der Regierungsfraktionen, Initiativen zu starten. Sie hingegen reichen wesentlich mehr Änderungsanträge ein, die aber nicht gegenfinanziert sind. Unsere Änderungsanträge sind gegenfinanziert. Wir bereiten den Haushalt gemeinsam mit der Staatsregierung vor. Herr Kollege Pohl und ich waren auch in der Kabinettsklausur vertreten. Wir haben also viele Möglichkeiten, schon im Vorfeld einzuwirken. Das ist der richtige Weg. Damit ist die Mitgestaltung der Regierungsfraktionen gewährleistet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Härtefallfonds in Höhe von 1,5 Milliarden Euro setzen wir genau die richtigen Zeichen; denn wir gehen genau dorthin, wo es Probleme gibt. Wir stützen die Wirtschaft. Wir kümmern uns auch um Themen wie Öl, Pellets oder Hackschnitzel. Wir wissen ja immer noch nicht, was Berlin vorhat. Vielleicht wird es zu diesen Themen in Berlin noch Verbesserungen geben. Ich konnte zumindest der Presse Gedanken dazu entnehmen. Wir kümmern uns um das soziale Leben, die Infrastruktur und den Sport. Die Verdoppelung der Vereinspauschale und weitere Mittel für die Tafeln sind da mit drin. Wir treten also überall dort ein, wo der Bund etwas nicht tut, oder wir machen es besser als der Bund. Da sind wir federführend in Deutschland, wie das schon bei der Corona-Pandemie der Fall war, wo wir als Erste

und am stärksten reingegangen sind. Wir sind aber mit den Mitteln sorgsam umgegangen, was die nur hälftige Inanspruchnahme der Kreditermächtigung beweist.

Wir kümmern uns um Krankenhäuser, Reha- und Pflegeeinrichtungen, Privatschulen, Erwachsenenbildung, Kultur und Vereine, Sport. Das ist eine bunte Palette neben dem wichtigen Bereich Wirtschaft und den Problemen der Bürger hinsichtlich Heizen und Strom im Winter.

Die kommunalen Einrichtungen sind im ersten Anlauf zu Recht noch nicht dabei, weil wir für sie schon sehr viel getan haben. Die Gewerbesteuerkompensation beläuft sich auf 1,5 Milliarden Euro. Wir greifen heuer tief in die Rücklage, um alles zu finanzieren. Wir haben das FAG auf ein Rekordniveau gehoben, insbesondere die Schlüsselzuweisungen. All das zeigt, dass wir handlungsfähig sind und tatkräftig voranschreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir häufen keine neuen Schulden an. Wir haben eine Zinsquote von 0,9 %, bei den Flächenländern West sind es 2,0 %, über den Bund will ich gar nicht reden. Ich habe die Tricksereien, die dort vorgenommen werden, schon genannt. Dort wird der Haushalt aufgebläht und so getan, als ob er nicht aufgebläht wäre. Ich habe vorhin vergessen, den Fonds für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro zu nennen, den wir an sich gut finden. Auch das ist ein Sondervermögen. 200 Milliarden Euro wurden als Sondervermögen für das Thema Energie aufgenommen. Hinzu kommen von 45,6 Milliarden Euro, das sind die 0,35 % des BIP plus die Konjunkturkomponente. Da sind wir schon bei 345,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen 60 Milliarden Euro Corona-Mittel, die ebenfalls in ein Sondervermögen verschoben wurden.

Wir liegen somit bei einer Verschuldung von rund 400 Milliarden Euro. Das sind 85 % des Bundeshaushalts 2023, die Sie über Taschenspielertricks darstellen. Das ist eine Tatsache. Das tun wir in Bayern nicht. Diese Gegenüberstellung zeigt erst, wie Bayern wirtschaftet und wie der Bund und die Ampel wirtschaften.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin auf die Entscheidung in der Hauptsache bezüglich der 60 Milliarden Euro gespannt, die verschoben worden sind. Es gibt ja, wie gesagt, Anzeichen, dass das Bundesverfassungsgericht das Verschieben nicht billigen wird. Ehrlich gesagt, hoffe ich das auch; denn es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn man das der Ampelkoalition durchgehen ließe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wirtschaftswachstum hat Auswirkungen auf die Steuerschätzungen. Die Prognosen sind nicht erfreulich. Das Wirtschaftswachstum des dritten Quartals 2022 ist schwach ausgefallen. Die Prognose für das Jahr 2023 ist leicht negativ. Erfreulich ist aber, dass die Arbeitsmarktzahlen voraussichtlich stabil bleiben. Wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass uns nichts aus dem Ruder läuft.

Wir haben wichtige Herausforderungen im Haushalt berücksichtigt. Ich nenne exemplarisch die Personalquote. Wieder wurden über 3.000 neue Stellen in den Bereichen Bildung, Sicherheit und in vielen anderen Bereichen geschaffen. Das ist ein ganz zentraler und entscheidender Punkt. Wir tun außergewöhnlich viel. Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass es sich dabei um eine dauerhafte Belastung handelt. Auch für sie müssen wir vorsorgen. Ich nenne in diesem Zusammenhang den Pensionsfonds. Diesen gibt es nicht erst seit dem Jahr 2013. Damals wurden zwei Versorgungsrücklagen zusammengeführt. Die erste von ihnen wurde im Jahr 1999 geschaffen. Bayern war federführend. Die zweite wurde im Jahr 2008 geschaffen. Im Jahr 2013 gab es dann die Fusionierung beider Pensionsfonds. Wir haben erhebliche Mittel bereitgestellt, um sie im Notfall oder dann, wenn die Pensionslasten zu hoch werden, einzusetzen. Wir brauchen sie im nächsten Jahr aber nicht, weil die Situation im Bereich der Pensionen insgesamt stabil ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Tarifvertrag kommt auf uns zu. Natürlich müssen wir ab dem 01.10.2022 mit deutlich höheren Kosten in dem Bereich rechnen. Die Beschäftigten werden natürlich einen Inflationsausgleich fordern. Das heißt, wir werden nicht mit 2 % davonkommen. Das muss mit eingepreist werden. Auch Folgendes muss

der Opposition gesagt werden: Wir sind in vielen Bereichen vorsichtig und zurückhaltend, weil wir nicht wollen, dass wir uns die Besoldungserhöhungen nicht leisten können. Die Umsetzung der Alimentation kostet jährlich 140 Millionen Euro. Hinzu kommen die Beiträge, die wir in den vergangenen Jahren von Hause aus zugesichert haben. Wir reden dann von einer halben Milliarde Euro. Das sind gewaltige Summen. Wir tun das aber, weil wir auf unseren öffentlichen Dienst stolz sind und weil er hervorragende Arbeit leistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns doch einmal die Situation an. Wie hoch ist denn die Verschuldungsquote in Bayern? – Sie liegt trotz der 10 Milliarden Euro, die wir bis dato für die Corona-Maßnahmen aufgenommen haben, bei 2.810 Euro pro Kopf. Das ist ein Drittel dessen, was andere Bundesländer, die westdeutschen Flächenländer, verbuchen. Bei ihnen liegt die Quote dreimal so hoch. Im Stadtstaat Bremen liegt sie mit 54.000 Euro pro Kopf noch sehr viel höher. Bayern hat in den letzten Jahren aber auch Schulden getilgt, was uns die Schuldenaufnahme erleichtert. Sie belaufen sich auf insgesamt 5,7 Milliarden Euro. Wir haben einen Konsolidierungsbeitrag der Ressorts in Höhe von 700 Millionen Euro; das sind globale Minderausgaben. Das heißt, wir greifen nicht in die Rücklage, die wir für schlechte Zeiten angespart haben. Dafür ist sie nämlich da. Wir verpflichten vielmehr auch die Ressorts, mitzuwirken und dafür zu sorgen, dass die Reste nicht in den Himmel wachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist gutes Wirtschaften. Lieber Finanzminister, lieber Albert Füracker, noch einmal mein Kompliment für diese hervorragende Leistung bei gleichzeitig hoher Investitionsquote. Die Investitionsquote liegt bei 14,6 %. Das ist das Doppelte der übrigen Flächenländer West. Auch hier sind wir vorne mit dabei. Wir gehen nicht in das Konsumtive, sondern in das Investive, was in schwierigen Zeiten genau der richtige Weg ist: Wir geben für das Klimapaket und das Energiepaket über 500 Millionen Euro; auch mit 50 Elektrolyseanlagen und Wasserstofftankstellen gehen wir vor den anderen Ländern einen Schritt voran. Insgesamt gibt es 100 neue Stellen für schnellere Genehmigungen, wozu wir auch das Bundesrecht brauchen. Liebe Kol-

leginnen und Kollegen, ich hoffe, dass das, was die Ampelkoalition ankündigt, in dem Bereich auch kommt; denn vor Ort sind die Ampel-Parteien ja oft die Blockierer wichtiger Maßnahmen.

Im Verkehrsbereich gibt es plus 38 %, im ÖPNV plus 733 Millionen Euro. Auch hier muss man sagen: Das 49-Euro-Ticket ist eine gute Sache. Aber auch dafür zahlen die Länder gewaltig mit. Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel war schon vor dem 49-Euro-Ticket angekündigt. Das heißt: Das, was angekündigt wurde, wird im Bund nicht umgesetzt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das trifft uns in Bayern massiv. Wir bekommen etwas, was uns ohnehin schon in Aussicht gestellt war, und müssen gleichzeitig das 49-Euro-Ticket mitbezahlen. Das ist doch die Tatsache. Wir bezahlen das mit, was Sie beschließen. Dann macht man uns hier Vorhalte, weil es noch zu wenig sei. Wenn Sie in Berlin anders arbeiten würden, dann könnten wir uns hier mehr leisten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das 49-Euro-Ticket kostet den Landeshaushalt 270 Millionen Euro. Das ist über eine Viertelmilliarde. Das sei bei dieser Gelegenheit noch gesagt.

Staatsstraßen kosten 100 Millionen Euro. Diese Ausgaben sind natürlich berechtigt; denn wir müssen die Substanz erhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind Umgehungsstraßen auch wichtig. Hier geht es nicht darum, dass wir flächendeckend im Land neue Straßen bauen; aber dort, wo besondere Belastungen sind, müssen wir uns das im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Menschen in unserem Land leisten. Diese haben auch verdient, nicht an überlasteten Straßen leben zu müssen. Dass Sie für diese Menschen diesbezüglich nichts übrighaben, erstaunt mich schon enorm.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt noch im Stakkato: Die Wohnungsbau-Milliarde hat ein Plus von 17 %. Eine Milliarde für den Wohnungsbau! Auch das ist herausragend. Für Bildung werden knapp 25 Milliarden Euro ausgegeben, und zwar für neue Lehrer, neue Schulsozialpädagogen sowie neue Verwaltungsangestellte in erheblicher Zahl. Die Digitalisierung wird vorangetrieben. Wir sind auch zu Recht dahinter, die Finanzierung der privaten Schulen zu verbessern: Wir wollen den Schulgeldersatz für zwölf Monate und stellen in Aussicht, dass wir die Finanzierung insgesamt auf neue Füße stellen; denn wir wollen einen Gleichklang des staatlichen und privaten Schulsystems. Es ist uns wichtig, dass alle Schüler gleichbehandelt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Erfolg zeigt sich auch. Wir sind in den Studien, wenn es um den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler, Jugendlichen und Menschen in Bayern geht, immer vorn dabei. Wir haben jetzt die höchste Zahl an Studenten, die wir jemals hatten. Wir geben enorme Summen für die Forschung und Wissenschaft aus. Achttausend Professoren arbeiten im Freistaat. Insgesamt ist das Budget für Wissenschaft und Kunst seit 2010 um über 70 % gestiegen. Das ist eine gewaltige Leistung. Wir sichern die Zukunft, indem wir vor allem in Forschung und Wissenschaft investieren. – Bayern ist auch das sicherste Bundesland. Wir schaffen bei der Polizei 500 neue Stellen. Auch sorgen wir mit über 500 Millionen Euro für eine hervorragende Sachmittelausstattung der Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sehen, ist das, was wir tun, wohlbedacht. Es trägt natürlich auch dem Rechnung, was uns an Unwägbarkeiten ins Haus steht. Das haben wir aktuell. Die Dinge sind weniger planbar. Genau deshalb, weil die Dinge weniger planbar sind, bewährt sich doch, dass wir einen Finanzminister haben, dass wir Regierungsfraktionen haben, die auf Zukunft und Stabilität achten und Spielräume für die Zukunft lassen und nicht alles für irgendwelche Dinge ausgeben, die danach auf

Dauer nicht finanzierbar sind. Wir werden jetzt wieder bei den Beratungen sehen, was von der Opposition kommt. Sie will Geld ausgeben, Geld ausgeben und sich danach beschweren, wenn einzelne Dinge nicht gemacht werden. Nur fordern – so kann man es schon machen. Zeigen Sie uns aber in Berlin, dass es besser geht. Dort können sie es nämlich nicht. Hier in Bayern können Sie es auch nicht. Deshalb werden wir den Haushalt, so wie er ist, im Großen und Ganzen unterstützen, weil er den richtigen Weg in die Zukunft zeigt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser morgendlichen Debatte streiten wir uns über den einjährigen Haushaltsplan der Bayerischen Staatsregierung für das Jahr 2023.

Herr Kollege Zellmeier, Herr Finanzminister Füracker, Sie haben soeben mit Blick auf die Ampelkoalition betont, dass sie keine Haushaltstricks anwenden und die Schuldenbremse nicht umgehen. Ich darf Sie daran erinnern, dass der Oberste Rechnungshof Ihnen beim letzten Haushaltsplan genau das vorgeworfen hat und wir deswegen Klage zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof erhoben haben.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden sehen, ob die AfD bei diesem Haushaltsplan gewirkt hat oder ob wir erneut Klage einreichen müssen.

Nach all den Schuldenorgien der letzten Jahre zugunsten der Pharmalobby soll der Staatshaushalt im nächsten Jahr ohne neue Schulden auskommen. Das liegt aber nicht an einem neuen Sparwillen der Regierung – oh nein! Dieser Wille ist nicht er-

kennbar. Die Mehreinnahmen stammen vielmehr aus dem Verbrauch der eisernen Reserven – Rücklagen genannt – und aus neuen Rekordsteuereinnahmen.

Aber woher kommen die neuen Rekordsteuereinnahmen? – Die Inflation lässt die Staatseinnahmen sprudeln. Monat für Monat steigen die Preise. Bei jeder Preissteigerung verdient der Staat gnadenlos mit. Es ist eine Groteske, dass der Bürger seine Lebenshaltungskosten nicht mehr bestreiten kann, der Bürger nicht mehr weiß, wie er seine Strom- und Heizkosten bezahlen soll, und dieser Umstand dem Freistaat noch mehr Geld in die Kasse spült. Das ist Geld, das der Bürger dringend selbst benötigt und das ihm jetzt fehlt.

Anstatt dass sich die Regierung Söder den Umstand vor Augen führt, dass diese Mehreinnahmen der Inflation geschuldet sind, und Maßnahmen überlegt, wie die Inflation eingedämmt werden kann, wird der neue Haushaltsplan die Inflation weiter anheizen, aber die Bürger in eiskalten Wohnungen zurücklassen.Auch die Rekordeinnahmen werden der Regierung wie Asche zerfallen. Da nützen auch die Rekordzuweisungen an die Kommunen nichts. 11 Milliarden Euro wurden veranschlagt; das ist eine Steigerung von 7 %. Nur nutzt es nichts, wenn die Inflation die Zehn-Prozent-Marke erreicht hat. Dann ist eine Erhöhung von 7 % insgesamt weniger als vorher. Das klingt für Herrn Söder vielleicht komisch, ist aber so.

Den von Herrn Söder bereits angehäuften Schuldenberg von über 40 Milliarden Euro schiebt er in die nächste Legislaturperiode und damit weiter auf unserer Kinder Schultern. 50 Millionen Euro Tilgung sind angesichts von 40 Milliarden Euro ein Feigenblatt und mehr nicht.

Nach wie vor kann sich aber die Klimalobby, Söders neue Lieblingslobby, freuen. So sollen weitere 125 Millionen Euro in nicht grundlastfähige Photovoltaikanlagen fließen, die auf allen Staatsgebäuden errichtet werden. Das sind 125 Millionen Euro für die chinesische Solarindustrie, ohne Nutzen für unser Land.

(Beifall bei der AfD)

Immer noch gibt es keine Möglichkeiten, überschüssigen Strom zu speichern, und wenn die Sonne nicht scheint, braucht man zwingend konventionell hergestellten Strom. Also braucht man mit dem Ausbau der regenerativen, nicht grundlastfähigen Stromerzeuger stets auch konventionelle. Der Plan der Regierung Söder sah vor, diese Stromlücken mit Energie aus Gaskraftwerken auszugleichen.

Das Resultat ist heute jedem bekannt: Dieser einseitige Fokus auf Gas hat uns in eine Abhängigkeit getrieben. Jetzt ist guter Rat teuer, vor allem für die Bürger und die energieintensive Industrie, die nun den Exodus aus dem gelobten grünen Bayern antritt. Dabei wäre die Lösung so einfach: Wir haben schon zigfach Anträge eingereicht, wie wir die Energieversorgung für unseren Wirtschaftsstandort tatsächlich auf eine solide, nationale Grundlage stellen können.

Wir werden auch in den kommenden Haushaltsberatungen Anträge einbringen. Zum Beispiel wollen wir endlich Forschungsgelder für den Dual-Fluid-Reaktor bereitstellen. Der Dual-Fluid-Reaktor ist eine Weiterentwicklung der Kernkraft ohne die alten Risiken, wobei ich betonen muss, dass die alten Kernkraftwerke zu den sichersten der Welt gehört haben.

(Beifall bei der AfD)

Die Kernkraftwerke der vierten Generation haben aber kein GAU-Risiko mehr. Der Reaktor steht, anders als die bisher verwendeten Leichtwasserreaktoren, nicht unter Druck. Er arbeitet auch nicht mit Wasser, das bei einem GAU verdampfen und weiträumig die Umwelt zu verschmutzen droht. Die Kernkraftwerke funktionieren mit geschmolzenem Salz, das auch im Falle eines Austritts nicht verdampft, sondern zu Salz erstarrt und das radioaktive Material einschließt. Das Beste ist: Diese Reaktoren könnten mit unserem Atommüll betrieben werden, der dabei fast ohne Rückstände verbraucht wird.

(Zuruf des Abgeordneten Max Gibis (CSU) – Unruhe)

Unser Atommüll könnte unser Land für Jahrhunderte mit Energie versorgen. Das sind wissenschaftliche Fakten, die Sie seit Jahren ignorieren.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Was mussten wir uns anhören? – Das seien Wunschträume und Hirngespinste. Tja, die Chinesen haben nun die ersten Testreaktoren dieser Bauart in Betrieb genommen. Viele Länder folgen, nur wir in Deutschland und Bayern nicht; denn hier hat die Klimalobby das Sagen. Es ist ein Trauerspiel.

Einem Schildbürgerstreich kommt es gleich, dass die ach so konservative Regierung Söder nach wie vor – freilich über verschiedene Wege – die Antifa finanziert. Da scheint wohl das Denken vorzuherrschen, der Feind meines Feindes ist mein Freund. Aber eines kann ich Ihnen versichern: Für die Antifa wird auch eine Regierung Söder immer ein Feindbild darstellen. Da kann der Herr Söder noch so viele Bäume umarmen und fällige Abschiebungen aussetzen – Letzteres übrigens doch nur, um langfristig Lohndumping für internationale Großkonzerne zu betreiben.

Dabei hat allein Bayern so viele Flüchtlinge aufgrund des Ukraine-Krieges aufgenommen wie ganz Frankreich. So steigen die offiziellen Kosten für den Zuwanderungs- und Integrationsfonds von 1,6 Milliarden Euro auf 2,3 Milliarden Euro. Wo bleibt denn die beschworene europäische Solidarität? – Die gibt es doch nur, wenn Deutschland oder Bayern zahlen darf.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Dann sind unsere europäischen Nachbarn solidarisch; aber zu erwarten, dass unsere Nachbarn ihre eigenen Interessen genauso mit Füßen treten wie unsere Regenbogenregierungen, zeigt doch nur, wie irregeleitet die Altparteien in ihrem politischen Denken sind.

(Beifall bei der AfD)

Zuletzt möchte ich noch auf die Rücklagen eingehen. Ende 2018, zu Beginn der Legislaturperiode, hat die Regierung Söder unsere Rücklagen in Höhe von über 10 Milliarden Euro auf voraussichtlich 1,5 Milliarden Euro bis Ende 2023 ausgeplündert. Das ist wohl das letzte große Feuerwerk, das die Regierung Söder pünktlich zur Landtagswahl abbrennt.Wirtschaftsinstitute, Sachverständige, die Wirtschaftsweisen und selbst Finanzminister Füracker prognostizieren heute für das Jahr 2023 eine Rezession. Damit komme ich zum bitteren Ende: All die Reserven, die Sie jetzt für nutzlosen grünen Mist ausgeben, werden uns schmerzlich fehlen. Neue Schulden werden wegen der Schuldenbremse schwer möglich sein, die Inflation tut ihr Übriges, und der Härtefallfonds wird all die kommenden Probleme auch nicht richten können. Es bleibt zu konstatieren: Für die Zukunft unseres Volkes, für die Zukunft unserer Kinder setzt sich nur eine Partei ein, und das ist die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, nach diesem Auftritt ist es vielleicht an der Zeit, uns mal zu besinnen, dass wir hier in Bayern eine geordnete parlamentarische Abwicklung des Haushalts, eine Erste Lesung in Frieden und Freiheit machen können, während unsere Kollegen in Kiew und in den Nachbarländern Angst haben müssen – vor dem Krieg, vor einem harten Winter. Dafür darf man auch einmal dankbar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Finanzminister hat einen Haushalt eingebracht, den er unter die Überschrift "Krisenmanagement" gestellt hat. Ich kann das unterstreichen, darf hier aber noch einen zweiten Aspekt hervorheben: Bayern ist ein fairer Partner für alle, und das zeigt dieser Haushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Unterschied zwischen Bayern und dem Bund wurde schon des Öfteren in dieser Debatte strapaziert, aber völlig zu Recht; denn was wir in Bayern machen, ist zukunftsgerichtet. Das denkt einen Haushalt vor allen Dingen von den Einnahmen her, nicht von den Ausgaben. Für die Einnahmen brauchen wir eben einen fairen Ausgleich, eine faire Partnerschaft mit den Steuerzahlern. Deswegen danke ich auch an dieser Stelle wieder wie jedes Jahr all denjenigen, die dafür verantwortlich sind, dass wir hier 70 Milliarden Euro für wichtige Dinge in Bayern, für die Menschen in Bayern ausgeben können, den fleißigen Menschen, die Steuern zahlen, den Unternehmern, Arbeitnehmern, all denen, die es ermöglichen, dass wir in Bayern hier so leben können, wie wir das tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie schaut denn eine vernünftige Politik aus? – Eine vernünftige Finanzpolitik zieht ein Dreieck: Wirtschaft, Bürger, Staat. Wenn der Staat mit seinen Unternehmern, mit der Wirtschaft gut umgeht, dann wird die Wirtschaft investieren, wird die Wirtschaft Gewinne machen. Das sorgt für hohe Steuereinnahmen, das sorgt für Arbeitsplätze. Wenn die Wirtschaft Gewinne macht, dann kann sie auch bessere Löhne bezahlen. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren davon. Bei den Bürgern bedeutet Fairness, dass sie fleißig sind, dass sie engagiert sind, dass sie mehr tun, dass sie auch einmal mehr Arbeit leisten, statt auf starre Arbeitszeitregeln zu achten, die das leider Gottes oft verhindern.Das heißt aber auch Fairness gegenüber dem Bürger und dass man Leistung anerkennt, dass man es respektiert, wenn die Menschen Vermögen bilden; und jetzt komme ich zum Thema Vermögen- und Erbschaftsteuer. Das heißt auch, dass man den Respekt dafür dadurch zum Ausdruck bringt, dass man den Menschen

nicht das, was sie erarbeitet und bereits versteuert haben, über Vermögen- und Erbschaftsteuer wieder wegnimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was macht der Bund? – Herr Kollege Güller schaut mich ganz entgeistert an. Die Steuerpolitik der SPD ist sehr einfach beschrieben: höhere Steuern, höhere Einnahmen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Davon träumt ihr immer, aber das ist falsch, und deswegen haben sozialdemokratisch regierte Länder und auch der Bund immer finanzpolitisch Schiffbruch erlitten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tim Pargent (GRÜNE): Und wer war der letzte Finanzminister?)

Es ist eben falsch zu glauben, dass man durch höhere Steuern mehr Einnahmen erzielt. Höhere Gewinne spülen mehr Einnahmen in die Kassen. Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann haben wir die Steuereinnahmen, die wir brauchen.

Herr Kollege Zellmeier und auch der Herr Finanzminister haben auf den Bund gezeigt. Allerdings muss man fairerweise sagen, diese Regierung Scholz regiert erst seit einem Jahr, aber immerhin seit einem Jahr. Letztes Jahr habe ich gesagt, man muss ihnen Zeit geben. Jetzt, nach einem Jahr, kann man aber schon eines bilanzieren: Ja, wir waren mit der Vorgängerregierung auch nicht immer glücklich, das muss man ehrlich sagen, aber die Auswechslung von CDU/CSU durch GRÜNE und FDP haben die Dinge nicht besser gemacht, sondern viel, viel schlechter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt frage ich einmal: Was ist denn grüne Einnahmenpolitik? – Die GRÜNEN sind nach wie vor eine wirtschaftsfeindliche Partei. Das haben sie im Bund nicht abgelegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich nenne den ideologischen Kampf gegen den Verbrennungsmotor, egal, ob der sauber ist oder nicht. Warum bitte, warum hat der Bund noch immer nicht HVO100 nicht zugelassen? Der bayerische Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert hat am 1. September dieses Jahres einen Brandbrief nach Berlin geschrieben mit der Frage: Warum macht ihr es nicht? Damit könnte man den Diesel sofort erheblich CO_2-freundlicher gestalten.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Nein, der Verbrenner muss weg, weil das im ideologischen Stammbuch steht. Infrastruktur? Als GRÜNE sind wir natürlich gegen Straßen; denn wir wollen den ÖPNV. – Naja, dass Busse auch auf Straßen fahren müssen, ist relativ egal.

(Tim Pargent (GRÜNE): Es wäre schön, wenn mal überhaupt einer mit dem ÖPNV fahren würde!)

Egal ist auch, dass ein Flächenland wie Bayern mit vielen ländlichen Regionen den Individualverkehr natürlich braucht, wenn auch nicht bei Ihnen da oben in Bayreuth; denn da laufen die Menschen, weil sie tüchtig und kräftig sind.

(Zuruf von der SPD: So ein Schmarrn!)

Der normale Mensch, der im ländlichen Raum wohnt, braucht ein Auto, um von A nach B zu kommen. Nein, da sind Sie dagegen. Auch das ist ein Zeichen für Wirtschaftsfeindlichkeit.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Wirtschaftsminister Habeck empfiehlt mittelständischen Betrieben, die eine Bäckerei betreiben, wenn deren Energiekosten zu hoch sind, dann sollen sie einfach drei Wochen zusperren. – Das ist Wirtschaftspolitik aus der grünen Ideologieküche, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und was macht die FDP? – Schulden, Schulden, Schulden. Das benennt man dann "Sondervermögen". Dieser unglaubliche Euphemismus: 400 Milliarden Euro "Sondervermögen". Das sind 400 Milliarden Euro neue Schulden, und zwar vorbei an allem, was die verfassungsrechtlichen Stabilitätskriterien vorgeben. Wir werden sehen, ob das Bundesverfassungsgericht das so akzeptiert.

Wir in Bayern sind ein fairer Partner. Ich kann sagen, seit die FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag sind, haben wir auch stärker und klarer als vorher den Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Seit wir in der Regierung sind, haben wir – und das freut mich sehr – einen ganz engen Schulterschluss in dieser und allen anderen Fragen mit unserem Koalitionspartner. Deswegen ist dieser Haushalt auch ein Haushalt für ganz Bayern, auch und gerade für den ländlichen Raum.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele geben, so zum Thema Eigentum. Wir haben aus der Opposition heraus die Hauseigentümer von Straßenausbaubeiträgen entlastet. Wir haben aber auch – und da war unser Finanzminister federführend – die unbürokratischste und fairste Grundsteuer in ganz Deutschland. Frau Kollegin Köhler hat vorhin gefragt: Was ist denn der Unterschied? – Auf die Frage, warum es in Bayern wesentlich besser geht mit den Finanzen als da, wo Sie mitregieren, kann ich Ihnen gerne die Antwort geben, Frau Kollegin Köhler: weil wir eben nicht auf Bürokratie und angebliche Gerechtigkeit setzen und deshalb nicht Hunderte zusätzliche neue Steuerbeamte einstellen müssen. Da sparen wir an der richtigen Stelle.

(Tim Pargent (GRÜNE): An den Finanzbeamten sparen, super!)

Noch ganz nebenbei, Herr Pargent lacht schon, weil er weiß, was jetzt kommt: Ich finde es eine Instinktlosigkeit ohne Ende von dieser Bundesregierung, in dieser Zeit für 777 Millionen Euro ein neues Kanzleramt zu bauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo! – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir gehen sorgsam mit dem Geld um. Wir wissen auch, wer unsere Partner sind, die vor Ort das umzusetzen haben, was wir hier in Bayern beschließen und was im Bund beschlossen wird. Wer sorgt dafür, dass es vor Ort funktioniert? – Das sind unsere Kommunen. Wir haben unsere Kommunen in der Corona-Krise eng begleitet, und wir haben jetzt den höchsten kommunalen Finanzausgleich in der Geschichte dieses Freistaats mit 11,2 Milliarden Euro. Das ist ein neuer Rekord. Ich finde das richtig, ich finde das wichtig. Wir FREIE WÄHLER stehen für die Kommunen, wir stehen an der Seite der Kommunen, aber dafür brauchen sie auch das notwendige Geld. Wir stellen es zur Verfügung.

Ich weiß, dass dann in den Haushaltsberatungen vonseiten der SPD und der GRÜNEN kommen wird: Ja, aber es könnte noch mehr sein.

(Harald Güller (SPD): Es kommt überhaupt nichts!)

Jetzt frage ich Sie, kennen Sie Martin Nees? Nein? – Martin Nees ist ein Mann aus Nordrhein-Westfalen. Er ist bei Ver.di und hat eine sehr interessante Studie geschrieben. Er hat darin ein paar Zahlen gegenübergestellt, und die kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen. In Nordrhein-Westfalen wurden für den Schulbau seit 1992 pro Kopf 371 Euro ausgegeben. In Bayern waren es 1.004 Euro. Die Sozialleistungen in Nordrhein-Westfalen 2020/2021 betrugen 1.075 Euro, in Bayern 665 Euro. Deswegen geht es uns auch besser. Deswegen müssen wir da auch weniger Geld investieren. Unsere Menschen können nämlich selbst für sich sorgen. Die dritte Zahl: Der kommunale Investitionsstau seit 2011 beträgt in Bayern 715 Euro, in Nordrhein-Westfalen 2.881 Euro. Das sind die Zahlen – und wie der Finanzminister sagt, Zahlen lügen nicht –, das sind die Vergleichszahlen. Jetzt wissen Sie auch, warum bayerische Haushalte, und zwar nicht erst seit heute, gestern oder vorgestern, sondern seit Jahrzehnten stabil und solide sind.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

An die Adresse des Koalitionspartners kann man sagen: Die CSU und die FREIEN WÄHLER können Haushalt. Die CSU und die FREIEN WÄHLER können mit Geld umgehen. Deswegen: Ihr in der Vergangenheit, wir gemeinsam jetzt: Wir arbeiten auch zukünftig an einem Haushalt, der Spielräume für die Zukunft lässt, der es uns ermöglicht, dass wir auch in Zukunft in dieses Land investieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir investieren in den ländlichen Raum: Für die Straße 500 Millionen Euro – so viel wie noch nie. ÖPNV: plus 700 Millionen Euro. Auch da bitte mal den Vergleich anstellen zwischen dem MVV und dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Dann werden Ihnen die Augen aufgehen.

Forschung und Entwicklung, Hightech Agenda: ein Gemeinschaftsprojekt von Wirtschaftsministerium und Wissenschaftsministerium. Das ist ein Leuchtturmprojekt dieser Regierung. Hightech Agenda – wir investieren in die Zukunft; wir investieren in die Zukunft der Wirtschaft, in die Zukunft der Technologie, in die Zukunft der Menschen. – Deswegen kommen übrigens Jahr für Jahr immer mehr Menschen nach Bayern, während andere Länder in der Bundesrepublik eine Stagnation oder gar einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben.

Ja, Wirtschaft: Wirtschaft in die Breite, Wirtschaft im ländlichen Raum. Glasfaser ist angesprochen worden. Der Finanzminister macht das hervorragend. Allerdings – das muss man auch sagen – gab es hier erhebliche Defizite, bevor wir im Bayerischen Landtag waren. Wir haben hier energisch mit angeschoben und haben es geschafft, dass wir inzwischen voll auf der Überholspur sind.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Hier kann man schon sagen: Ein Schlitten wird immer mal von dem einen, mal von dem anderen stärker gezogen. Aber in diesem Bereich haben wir sicherlich große Verdienste erworben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zukunft Bildung: Ein Minister wird auch daran gemessen, was er für sein Ressort herausholt. Unser Kultusminister hat in seiner Amtszeit eine erhebliche Zahl an Lehrerstellen geschaffen. Wir haben gehört: Seit 2016 ist die Zahl um 7.000 Lehrerstellen bei gleicher Schülerzahl gestiegen.

Wir müssen aber auch – das wissen wir – in die Attraktivität des Lehrerberufs investieren, damit wir vor allen Dingen im Bereich Grund- und Mittelschule auch zukünftig qualifizierte Kräfte bekommen. Wir haben gemeinsam das Signal "A 13" gesetzt, ein lang gehegter Wunsch der FREIEN WÄHLER. Das stand nicht im Koalitionsvertrag. Deswegen mein Kompliment an den Koalitionspartner, dass wir auch mal Dinge durchsetzen können, die wir wollen, die nicht im Koalitionsvertrag drinstehen, und zwar nicht, weil wir quengelig wären, sondern weil wir beide verantwortungsbewusst handeln und wissen, was notwendig für unser Land ist.

Deswegen ist der Koalitionsvertrag eine hervorragende Grundlage, aber keine Bibel für alle Ewigkeit, die nicht verändert werden kann. Kompliment und Dank an alle, die daran mitgewirkt haben. Wir haben es auch geschafft, dass wir jetzt schon den Einstieg in A 13 machen und nicht sagen: Das verschieben wir auf die nächste Legislaturperiode.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Wir zeigen damit, dass wir glaubwürdige Politik machen.

Das werden wir genauso – der Kollege Zellmeier hat es gesagt – beim Thema Privatschulen machen, einem Thema, das man viele Jahre nicht angefasst hat. Das müssen wir auf neue Beine stellen, und das werden wir auf neue Beine stellen. Die Privatschu-

len, die nicht staatlichen Schulen brauchen eine faire und verlässliche dauerhafte Perspektive. Sie leisten hervorragende Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir leisten aber auch viel für den Zusammenhalt der Menschen in der Gesellschaft. Deswegen haben wir viel für Vereine und das Ehrenamt getan. Wir verdoppeln die Vereinspauschale.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wir werden bei unserem Härtefonds die Vereine implizieren.

Und last, but not least – ich habe in 18 Minuten natürlich nicht alles unterbringen können – noch ein Wort zur Landwirtschaft.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich weiß, Herr von Brunn, dass Sie immer noch denken, dass die Kuh, die auf der Weide steht, lila ist.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unsere Landwirte leisten Hervorragendes im Bereich der Wirtschaft. Sie sind ein wichtiger Wirtschaftszweig und wichtig für Landschaftspflege und Umwelt. Sie sind Garant für gesunde Lebensmittel.

Der Haushalt ist insgesamt gelungen. Er wird unsere Zustimmung finden. Ich freue mich auf die Beratung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Harald Güller für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Staatsminister der Finanzen, lieber Albert Füracker! Zugegeben: Wenn ich einen so ideenlosen Haushalt des Verwaltens und des Durchwurstelns zu verantworten hätte wie Sie, wie du, dann würde ich auch die ersten 17 Minuten meiner 35 Minuten Redezeit nur über Berlin und über andere reden und mit den Fingern auf andere zeigen,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

anstatt über meinen Staatshaushalt zu reden, und dabei interessanterweise auch noch über die Erbschaftsteuer, wo ich meinen eigenen Haushalt hier in Bayern und damit meine Bewegungsmöglichkeiten noch kleiner machen würde. – Das muss man erst mal nachmachen, Kolleginnen und Kollegen.

Aber jetzt zum Haushalt. Kolleginnen und Kollegen, heute sollte die Verabschiedung, nicht die Einbringung eines Haushalts 2023 stehen. Das ist nämlich das zentrale Problem an dem Haushalt der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien. Wir bräuchten bereits in den kommenden Monaten Handlungsmöglichkeiten in Bayern. – Jetzt erzählen Sie mir bitte schön nicht, dass das nicht funktioniert. Ein Land, mit dem Sie in letzter Zeit so gute Beziehungen haben, Baden-Württemberg, verabschiedet derzeit parallel zu uns den Haushalt. Sie werden ja wohl nicht sagen, dass eine Regierung, an der Ihre Schwesterpartei beteiligt ist, einen Haushalt aufstellt, der unverantwortlich ist, weil man zuerst abwarten muss, was in Berlin alles geschieht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Also: Machen Sie sich an der Stelle ehrlich und sagen Sie einfach, was Sie gemacht haben: Sie haben in den letzten Monaten jegliche Arbeit für die Zukunft Bayerns verweigert. Das ist die Wahrheit, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Weil nicht einmal Sie Ihre Not und Ihr Versagen an dieser Stelle übersehen können, folgt jetzt diese Krücke der Notbewilligung. Auch ausweislich des Ministerrats gestern:

Sie wissen bis auf einen ganz kleinen Bereich, zu dem ich nachher noch komme, bis heute noch gar nicht, wofür Sie das Geld ausgeben wollen. Aber Sie wissen schon, dass Sie eine Kommission brauchen, und Sie wissen, dass Sie nicht über den regulären Haushalt gehen. Sie wissen seit dem 15. November auch, dass Sie die ausgestreckte Hand der Sozialdemokratie, die gesagt hat, wir stehen bereit, einen Nachtragshaushalt noch in diesem Jahr zu machen, nicht anzunehmen bereit sind.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle, was Sie morgen mit dem Dringlichkeitsantrag vorhaben.

(Zuruf von der CSU: Fake News!)

Sie wollen durch einen Dringlichkeitsantrag das Haushaltsrecht aushebeln und den Menschen in Bayern eine Mitbestimmung vorenthalten.

Das wird so nicht funktionieren. Die demokratischen Oppositions-Parteien dieses Hauses werden morgen einen Antrag vorlegen, in dem sie Ihnen nochmals anbieten, noch vor Weihnachten oder vor Neujahr einen Nachtragshaushalt zu erstellen,

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

und zwar mit Punkten für die Menschen in Bayern, mit Hilfen zwar auch für die Wirtschaft, aber nicht nur für die Wirtschaft,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was meinen Sie mit demokratischen Parteien?)

mit Hilfen für die Menschen, mit Hilfen für soziale Einrichtungen, mit Hilfen für Vereine und Kultur und mit Hilfen für die gesamte Gesellschaft, nicht nur für diejenigen, die Sie im Moment gerade mal bedienen wollen, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und jetzt im Dezember kommt endlich die Vorlage des Haushalts. – Was für eine Enttäuschung! Für diesen Haushalt 2023 hat sich das Warten nun wirklich nicht gelohnt. Das Volumen sinkt sogar um 60 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Die Personalausgabenquote steigt leicht um 1,3 %. Dafür wird die Investitionsquote um 1,5 % reduziert. Kommunizierende Röhren, aber Ideen und Schwerpunkte: nein; wenig Gestaltung im vierten Krisenjahr; keine Aktionen im sozialen Bereich; keine Handlungen, keine Gestaltung.Ja, Sie legen einen Haushalt ohne Neuverschuldung vor, greifen aber massiv in die Rücklagen ein und entnehmen über 3 Milliarden Euro.

(Staatsminister Albert Füracker: Das ist doch der Sinn von Rücklagen!)

Mit einer so aufgestellten Haushaltspolitik sind Sie dann natürlich in den Verhandlungen extrem limitiert. Übrigens wäre es auch einmal schön, an die Einnahmenseite zu denken

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja genau!)

und die Steuerverwaltung endlich personell so auszustatten, dass ein umfassender und damit gerechter Steuervollzug für alle sichergestellt ist. Steuerschlupflöcher müssen konsequent geschlossen und es muss dafür gesorgt werden, dass die Steuerlast und die Finanzierung unseres Staates auch in Bayern gerecht verteilt sind.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen kommt man fast zur Einschätzung, dass Sie Bayern auf dem Rücken des Bundes und der Länder eher als Steueroase platzieren wollen.

(Zuruf des Staatsminister Albert Füracker (CSU))

Insofern war die krachende Niederlage, die Sie letzte Woche im Bundesrat kassiert haben – alle Länder waren gegen Bayern – nur konsequent und auch vorhersehbar, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben ja auch gar nicht den Anspruch, einen gestaltenden Haushalt vorzulegen. Sie haben ja nur den Anspruch, sich bis in den Sommer 2023 durchzuwurschteln. Ihr Anspruch lautet: Jetzt Hausmannskost und dann barocker Wahlkampfhaushalt, um die Macht zu sichern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihre Reden waren auch schon einmal besser! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Sie ist besser als deine Rede!)

– Ja, Herr Kollege Pohl und Herr Kollege Häusler, Kolleginnen und Kollegen der CSU, die Sie gerade so fröhlich lachen, wir sehen uns hier im Juni und Juli 2023 wieder; dann schauen wir einmal, wie es mit dem barocken Wahlkampfhaushalt und den Geschenken ist, die Sie ohne Sinn und Verstand über das Land verteilen, nur um sich ein paar Stimmen zusätzlich sichern zu können.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Härtefallfonds. Seit Wochen geistert der Härtefallfonds als Fata Morgana durch die Landespolitik. Das Volumen soll 1,5 Milliarden Euro betragen. Der Bund hat allein 2022 nunmehr das dritte Entlastungspaket mit 65 Milliarden Euro auf den Weg gebracht.

(Ulrich Singer (AfD): Das sind neue Schulden!)

Das sind insgesamt 95 Milliarden Euro und zusätzlich ein Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro. Der Bund gibt insgesamt 295 Milliarden Euro, damit wir durch die Krisen kommen, damit die Menschen nicht alleingelassen werden und damit die Wirtschaft weiterläuft. Das ist genau das 197-Fache von dem, was Sie für das kommende Jahr vorsehen.

(Thomas Huber (CSU): Alles auf Schuldenbasis! – Ulrich Singer (AfD): Wer soll die Schulden denn bezahlen?)

Ich weiß, wir sind kleiner, aber so klein ist der Freistaat Bayern nun wirklich nicht, als dass das von Ihnen Vorgelegte eine echte Hilfe für unsere Menschen und für die Wirtschaft in Bayern wäre.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Dann beantragen Sie halt 30 Milliarden Euro!)

Zum Inhalt, Kolleginnen und Kollegen: Zur Verdoppelung der Vereinspauschale verweise ich auf die Drucksache 18/24406 vom 11.10.2022; Antragsteller war die SPD. Der Antrag wurde von CSU und FREIEN WÄHLERN in mehreren Ausschüssen und hier im Plenum abgelehnt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nach 20 Jahren weiß man offensichtlich noch nicht, wie Haushaltsberatungen ablaufen!)

Jetzt findet er sich als einzige konkrete Maßnahme im Härtefallfonds.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wohlgemerkt nach 20 Jahren im Parlament!)

– Kollege, brüllen alleine hilft auch nicht. Erst denken und dann vielleicht eine Zwischenbemerkung machen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau, denken!)

Das wäre eine gute Idee. Das wäre schön.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt 400.000 Euro für die Tafeln in Bayern; wohlgemerkt 400.000 Euro bei 1,5 Milliarden Euro.

(Arif Taşdelen (SPD): Buh!)

Das sind die zwei einzigen konkreten Ideen; beide stammen aus Anträgen der SPD. Wenn das Ihr Gestaltungswille im Härtefallfonds ist, dann gute Nacht Bayern, Kolleginnen und Kollegen!

(Arif Taşdelen (SPD): Buh! – Florian von Brunn (SPD): Endlich Machen statt nur Södern!)

Beim Staatshaushalt muss man nach unserer Auffassung heute wegen der noch immer nicht gänzlich überwundenen Corona-Pandemie und insbesondere wegen der Folgen des russischen Angriffskriegs einerseits in einem Teil des Haushalts natürlich auf Sicht fahren und kurzfristige Maßnahmen ermöglichen, andererseits aber gleichzeitig in Bayern mittel- und langfristig die Weichen für eine gute Zukunft für unsere Bevölkerung, für bezahlbaren Wohnraum, für soziale Klimatransformation, für gleichwertige Lebensbedingungen, für Bildungsgerechtigkeit, für eine Offensive im Bereich der Digitalisierung, für eine funktionierende Schule, für soziale Infrastruktur und für eine Verbesserung in Krankenhäusern und in der Pflege stellen.

Bayern braucht einen Krisenreaktionshaushalt, einen Haushalt der innovativen Investitionen und einen Haushalt, der sozialer Anker für unsere Gesellschaft ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

– Herr Finanzminister, Ihr Haushaltsentwurf ist nichts davon: Fehlanzeige bei einem schnell vollziehbaren und konkreten Härtefallfonds; Fehlanzeige im Bereich Soziales, der zusätzlichen Unterstützung der Menschen, aber auch Fehlanzeige bei der Finanzierung der sozialen Strukturen, der Sozialverbände, der Hilfsorganisationen und des bürgerschaftlichen Engagements; darüber hinaus Fehlanzeige beim investiven Nachholbedarf im Bereich Wohnraum, bei Krankenhäusern, in der Pflege, nicht zuletzt Fehlanzeige beim Bedarf im Bildungsbereich und bei der Struktur des öffentlichen Personennahverkehrs.

Bei den Investitionen verweisen Sie dann gleich wieder auf die Wohnungsmilliarde. – Kolleginnen und Kollegen, machen Sie sich zumindest ein ganz kleines bisschen ehrlich: Sie schmücken sich hier mit fremden Federn. Wir sind es gewohnt, dass der Mi-

nisterpräsident wie ein Pfau auf der politischen Bühne umherrennt. Dass er dafür aber auch fremde Federn benutzt, ist schon etwas fragwürdig.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Tim Pargent (GRÜNE) – Beifall bei der SPD)

Die staatliche Wohnraumförderung umfasst 1,007 Milliarden Euro im Haushalt, wenn man alles zusammenzählt; schon das ist zu wenig. Davon stammen aber auch noch 389 Millionen Euro, als nahezu zwei Fünftel, aus den Mitteln des Bundes. Machen wir uns ehrlich: Wir brauchen beim Wohnungsbau eine ehrliche Milliarde aus Bayern. Dazu fehlen mindestens 400 Millionen Euro noch in diesem Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Zum Hintergrund: Letztes Jahr haben Sie zunächst auch noch 140 Millionen Euro bei der staatlichen Wohnraumförderung gekürzt; Bundesmittel mussten diese Kürzungen dann kompensieren. Deshalb sagen wir: Wir werden in den Beratungen Vorschläge machen, wie Sie und wir dort nachbessern können.

Es gibt übrigens noch einen Bereich, der gar nicht so viel Geld kosten, sondern einfach nur einmal den Willen voraussetzen würde, an Punkten, die falsch laufen, nachzusteuern: BayernHeim, Immobilien Freistaat Bayern, BayernGrund und Stadibau sowie eine Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesbank, der LfA Förderbank und Überlegungen zur Strukturierung des Grundstocks des Freistaats Bayern. Wenn man daraus eine schlagkräftige Organisation machen, hier festgefahrene Wege verlassen würde und bereit wäre, eine neue Struktur aufzubauen, wie wir das als SPD schon mehrfach vorgeschlagen haben, dann würde man mit wenig Geld in diesem Freistaat viel für die Menschen erreichen können.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum öffentlichen Verkehr: Das Deutschlandticket wurde schon mehrfach genannt. Hierfür gibt es 270 Millionen Euro des Bundes

und 270 Millionen des Freistaats. Ich erinnere daran, dass Sie vom Bund, von den anderen Ländern und von den Nutzern des Nahverkehrs zum Jagen getragen werden mussten; sonst hätte sich an dieser Stelle nichts bewegt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Eisenbahngesellschaft hat eine große Menge an Nachfinanzierungsbedarf aufgrund der gestiegenen Personalkosten und Energiepreise. Hier gibt es läppische 38 Millionen Euro mehr für die Bestellentgelte und läppische 20 Millionen Euro mehr für Eisenbahnneubauprojekte. Damit werden Sie die BEG nicht gut über das Jahr 2023 bringen, und der heutige Bestand an Bestellungen kann nicht ausgeweitet werden. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie für den ländlichen Raum und den Schienenpersonennahverkehr immer versprechen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, im Haushalt für den ÖPNV und SPNV ist mehr Geld enthalten. Warum? – Weil der Bund statt 1,456 Milliarden Euro des letzten Jahres in diesem Jahr Regionalisierungsmittel in Höhe von 1,693 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Das sind satte 237 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Das ist gut so. Wir erwarten aber auch einen eigenen Beitrag des Freistaats Bayern, erwarten von ihm, hier mehr Geld auszugeben. Beim Infrastrukturausbau, bei der Finanzierung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft als Besteller des SPNV und bei den Fortschritten für ein flächendeckendes Bus-, Bahn- oder auch Tarifsystem sieht es mau aus.

(Beifall bei der SPD)

Hier besteht eine Aufgabe für den Freistaat. Hier tun Sie nichts.

Zur Krankenhaus- und Pflegeinfrastruktur. Ein verkürztes Fazit: In Kapitel 14 03 gibt es zehn Millionen Euro weniger. Das betrifft die Gesundheitsversorgung. Im Bereich Pflege und Hospiz gibt es ganze neun Millionen Euro mehr. Insgesamt gibt es eine Million

Euro weniger für die Bereiche, von denen Sie richtigerweise immer wieder sagen: Das sind die Bereiche, in denen wir im Freistaat investieren und für die wir auch konsumtive Mittel zur Verfügung stellen müssen. Taten im Haushalt? – Nichts, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Sie sind von früh bis spät so beschäftigt, mit dem Finger auf die SPD-geführte Regierung in Berlin zu zeigen

(Zuruf von der CSU: Zu Recht!)

und in der Ihnen verbleibenden Zeit Empfänge der Staatsregierung für das geneigte Wahlvolk zu geben. Darüber haben Sie völlig vergessen, hier für die Menschen und die Wirtschaft in Bayern zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Hören Sie auf, immer nur auf die Ampel zu starren und dann den Besserwisser zu spielen. Hier in Bayern für die Menschen und unsere Wirtschaft zu arbeiten, hier einen zukunftsfähigen Haushalt vorzulegen, der auch den Herausforderungen aufgrund des Angriffskrieges Russlands und den Folgen der Pandemie gerecht wird – das wäre Ihr Job, Kolleginnen und Kollegen und Herr Staatsminister.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es dann aber leider nur große Leere. Wenn Sie zur Selbstkritik fähig wären und auf Ihre eigene Regierung blicken würden, müssten Sie sich für die Vorlage dieses Haushaltes schämen, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ohne weitreichende Änderungen, so wie sie die SPD vorschlägt, werden wir Ihre Vorlage ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Josef Zellmeier, CSU-Fraktion, das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Lieber Kollege Güller, du weißt, ich schätze dich sehr. Natürlich musst du versuchen, ein paar Schwachpunkte zu finden. Das war aber relativ erfolglos. Das ist aber deine Aufgabe. Eines stört mich aber schon sehr:

(Florian von Brunn (SPD): Selber hat er eine ganze Menge gefunden!)

Du sagst, wir seien eine Steueroase. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir sehr hohe Steuereinnahmen erwirtschaften, dass wir 60 % des Länderfinanzausgleichs finanzieren, und das bei einem Anteil an der Bevölkerung von 15 %. Dafür gibt es doch nur eine Erklärung: Entweder sind die anderen, vor allem die SPD-geführten Länder zu schwach, oder dort sind die Steueroasen,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

weil sie die Steuern nicht vernünftig erheben.

Noch eine zweite Anmerkung, da ich noch kurz Zeit habe. Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel hatte die Ampel ja schon vor dem 49-Euro- und vor dem 9-Euro-Ticket in Aussicht gestellt. Jetzt bekommen wir es zwar – Danke! –, aber wir müssen die Hälfte dieses 49-Euro-Tickets bezahlen, sodass das Geld gleich wieder weg ist, das heißt: In der Summe ist das ein schlechtes Geschäft für uns.

(Florian von Brunn (SPD): Ein schlechtes Geschäft? Das kommt Bayern zugute!)

Wir bekommen das, was wir eh bekommen hätten, dafür zahlen wir für etwas anderes, das wir nicht hatten.

(Beifall bei der CSU)

Harald Güller (SPD): Ich hoffe, ich habe dich falsch verstanden, dass du kritisierst, dass wir ein 49-Euro-Ticket einführen. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Eine faire Finanzierung – 50 % Bund, 50 % Länder – ist sogar mehr, als man normalerweise, wenn man zur Aufgabenverteilung in das Grundgesetz blickt, hätte erwarten können. Deswegen glaube ich, dass dies ein guter Kompromiss und eine gute gemeinsame Basis ist. An dieser sollten wir nicht mehr rütteln. Dies können wir auf jeden Fall feststellen. Ich danke auch, dass dies zugegeben wurde; denn vorher hat es geheißen, dass der Bund offensichtlich gar nichts richtig mache. Die Regionalisierungsmittel steigen um über 230 Millionen Euro.

Ein Weiteres. Ich empfehle, schlicht und einfach einmal einen kurzen Blick in die Prüfungszyklen bei kleinen, mittleren und insbesondere auch großen Unternehmen in Bayern zu werfen und einen Vergleich mit den anderen Bundesländern zu ziehen. Ihr werdet sehen: Bei den Prüfungszyklen ist der Freistaat Bayern auf Platz 14, 15 oder 16. Da kann mir keiner sagen, dass Steuergerechtigkeit in Bayern großgeschrieben wird.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Füracker, ich möchte als Erstes auf unser Rednerpult hinweisen. Da steht: Bayerischer Landtag. Sie haben über die Hälfte Ihrer Redezeit – ich habe mitgestoppt – für Berlin verwendet. Es mag ja durchaus ein Zusammenhang zwischen Bundes- und Länderfinanzen existieren, aber es scheint Sie doch immer noch sehr zu wurmen, dass Sie sich damals kategorisch verweigert haben, in der Regierung mitzuarbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt aber zum vorliegenden Haushaltsentwurf. Zunächst einmal stellen wir fest, dass wir in einigen Bundesländern oder im Bund schon in der finalen Phase der Haushaltsberatungen sind. Sie haben den Haushalt erst jetzt vorgelegt. Es ist schon mehrfach adressiert worden: Das ist ein klarer Verstoß gegen die Haushaltsordnung. In ihr steht, dass der Entwurf spätestens in der ersten Sitzungswoche des Landtages nach dem 30. September vorzulegen ist. In Bayern gehen offenbar die Uhren anders, vielleicht ist sogar der gesamte Kalender anders.

(Josef Zellmeier (CSU): Richtig!)

Immerhin ist der Haushalt ausgeglichen – das ist schön. Das scheint eine respektable Leistung zu sein. Wir wollen ja stabile öffentliche Finanzen, auch mit Blick auf die finanziellen Spielräume für die Zukunft. Wenn man allerdings sieht, dass auch die Steuereinnahmen vier Milliarden Euro höher sind, ist dies nicht mehr ganz so beeindruckend. Wir haben ja Rekordsteuereinnahmen in einer der größten Wirtschaftskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg – das muss man konstatieren.

Auch der stärkere Griff in die Rücklagen und nicht so viel Schuldenaufnahme war etwas, was wir in den letzten Jahren mehrfach gefordert haben. Dass ausgerechnet in einem Wahljahr keine Schulden mehr aufgenommen werden und in die Rücklagen gegriffen wird, ist bestimmt reiner Zufall, wenn ich das einmal ironisch bemerken darf. Viel mehr Positives ist mir bei dieser Konstruktion nicht aufgefallen.

Ich möchte einzelne Punkte herausgreifen, wobei die Liste wahrscheinlich beliebig verlängerbar ist.

Punkt eins. Nach wie vor – das wurde von mir schon mehrfach vorgebracht – gibt es keinen Tilgungsplan für Schulden in Höhe von inzwischen 37 Milliarden Euro. Im nächsten Jahr werden wir einen Schuldendienst in Höhe von 670 Millionen Euro im Jahr haben, 16 % mehr als noch in diesem Jahr. Es ist schon klar, dass man nicht jetzt

mit dem Schuldenabbau beginnen kann, aber man muss einen Plan haben. Man könnte doch einen Tilgungsplan von 2024 bis 2040 aufstellen. Erzählen Sie mir nicht, das wäre unseriös. Wenn ich Geld aufnehme, muss ich wissen, wann ich es wieder zurückzahlen muss. Herr Füracker, da können Sie sich vielleicht sogar für zukünftige Legislaturperioden verewigen, auch wenn Sie vielleicht dann nicht mehr im Amt sind.

(Staatsminister Albert Füracker: Sie auch nicht! Sie sind nicht einmal im Amt! – Beifall bei der CSU)

– Das kann schneller gehen, als man glaubt.

Zum zweiten Kritikpunkt. Das Budget des Digitalministeriums beträgt schlappe 113 Millionen Euro. Das entspricht 0,16 % des Gesamthaushaltes. Es ist immer wieder dasselbe: Entweder man wertet es auf, indem man dem Digitalministerium ein richtiges Budget gibt, oder man gibt ihm wenigstens Entscheidungsbefugnis. So macht es aber keinen Sinn. Ich glaube, dass immer wieder dasselbe wiederholt wird. Die eigentlichen Digitalfunktionen sind quer über alle Ministerien verteilt.

Zum dritten Kritikpunkt. Mittlerweile gönnt sich die Staatsregierung ziemlich viele Förderprogramme. Wie wir aufgrund einer sehr umfangreichen Anfrage erfahren haben, gibt es in vielen, ja in den allermeisten dieser Programme keine konkreten Ziele. Ich weiß nicht, wie man dann misst, ob ein Programm erfolgreich ist oder nicht. Wenn keine Ziele bestehen, kann man auch keine Kosten-Nutzen-Analyse durchführen. Was hat das mit verantwortungsvoller Ausgabenpolitik zu tun? Meine alte Forderung lautet immer wieder: zielorientierte Ausgabenpolitik mit Wirkung. Das heißt, bei jedem Programm muss festlegt werden, was man damit erreichen will und wie dies überprüft wird. Für die Überprüfung sind objektive quantitative Messgrößen erforderlich, um feststellen zu können, was tatsächlich passiert.

Was passiert denn in den Programmen? Da gibt es Programme, deren Mittel seit Jahren kaum abgerufen werden, die seit mehreren Jahren eine Abrufquote von unter 20 % haben. Dies sieht übrigens so aus, als ob man Geld ins Schaufenster stellen

würde, um den Eindruck zu erwecken, dass man jedem etwas Gutes tun will. Meine Vermutung wird durch das Rekordergebnis bei nicht abgeflossenen Mitteln unterstützt. Im letzten Jahr hatten wir 9,3 Milliarden Euro Ausgabenreste. Als Mathematiker würde ich sagen: schwer verrechnet! Ich zitiere den Kommentar des ORH aus dem Jahresbericht 2021. Ich möchte ihn vorlesen, da ich das wirklich peinlich finde:

> Die Ausgabenreste haben sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt […]. Nach Auffassung des ORH deutet diese Entwicklung darauf hin, dass dem Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung erneut nicht ausreichend Rechnung getragen wird.

Das muss man sich einmal überlegen. Da sagt jemand über den Staatshaushalt, dem Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung wird erneut nicht ausreichend Rechnung getragen. Mir als Finanzminister wäre das sehr peinlich.

Vierter Kritikpunkt: Pensionsfonds. Ja, vorhin wurde groß verkündet, dass diesem weitere 110 Millionen Euro zugeführt werden. Dazu ist zu sagen, dass dieser Betrag angesichts des Stellenaufwuchses nicht ausreichen wird. Zudem ist dieses Geld nur für die Deckung der durch die neuen Stellen hinzukommenden Verbindlichkeiten gedacht. Dabei reden wir noch lange nicht von den Altlasten, die wir haben. Je nachdem, wie man rechnet, sind es Pi mal Daumen 6 Milliarden Euro pro Jahr, die wir an impliziten Schulden aufbauen. Davon ist überhaupt nichts abgedeckt. Eine Riesenwelle kommt auf uns zu. Da hilft auch die ganze Schuldendiskussion nichts. Aus diesen Verpflichtungen erwachsen noch viel höhere Belastungen, die unsere nächste Generation abdecken muss.

Thema Regierungsbeauftragte: Ich kann mich erinnern, dass in den vergangenen Haushaltsberatungen immer gesagt wurde, der Betrag sei ja nicht allzu groß. Dann haben wir eine Anfrage gestellt und festgestellt, dass die Kosten dafür fünffach, teilweise sogar sechsfach höher sind als das, was im Haushalt ausgewiesen wird. Der Grund ist, dass diese Ausgaben irgendwo versteckt sind. Ich muss schon sagen,

wenn man diese Ausgaben konkret ausweisen würde, dann verliefe die Diskussion hier anders. Nach wie vor halten wir die allermeisten dieser Beauftragten nicht für notwendig.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben sind für 2023 mit 5,2 Milliarden Euro angesetzt. Das ist eine Milliarde mehr als 2019, vor Corona. Die Bürokratie, die da aufwächst, ist enorm. Wann fängt man denn an, effizienter zu werden? Wir fördern doch die Digitalisierung. Irgendwann muss sich das doch auszahlen. Es kann doch nicht sein, dass dadurch noch mehr Bürokratie entsteht.

Personalaufbau: Klar, auch ich bin dafür – und habe es mitgetragen –, dass in bestimmten Bereichen zusätzliche Stellen entstehen. Trotzdem bleibt es bei der Feststellung, dass die Personalausgaben von 2021 bis 2023 von 25,5 Milliarden Euro auf 28,2 Milliarden Euro, das heißt um 2,7 Milliarden Euro steigen. Die Personalausgabenquote wird im nächsten Jahr bei 39,7 % und laut Finanzplan im Jahr 2026 sogar bei 42,3 % liegen. So kann man doch nicht weitermachen. Man muss doch irgendwann etwas unternehmen und sich überlegen, wie man gegensteuern kann.

An dieser Stelle möchte ich auf meinen Zwischenruf von vorhin verweisen. Wenn ich höre, wir hätten genug Lehrer, dann erinnere ich nur an ein Schreiben des Bildungsministers, das mich sehr aufgeregt hat. Der Bildungsminister hat den Schulen geschrieben: Wenn ihr zu wenige Lehrer habt, dann müsst ihr zugunsten der MINT-Fächer bei Religion, Sport, Kunst und Musik streichen. – Was hat man für ein Menschenbild, wenn man so etwas schreibt? Ich finde das unter aller Kanone. Entschuldigung, aber es ist so.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich könnte noch eine ganze Menge mehr Punkte anführen. Die Investitionsquote sinkt, und das ausgerechnet in diesen Zeiten. Weitere Punkte sind BayernHeim, zweite Stammstrecke und Deutsches Museum. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird so sehr verschleppt, dass bei der Einweihung jedes neuen Windkraftwerks ein eigener

Pressetermin mit dem Ministerpräsidenten stattfinden kann. Angesichts der Zahl an Anlagen, die errichtet werden müssten, dürfte das überhaupt nicht möglich sein. Es gäbe viele solcher Dinge zu nennen.

Einige Aussagen zum Länderfinanzausgleich, der heute schon mehrfach zitiert wurde, finde ich bemerkenswert. Ich möchte daran erinnern, dass der heutige Ministerpräsident Söder damals, als Finanzminister, mitverhandelt hat, aber heute öffentlichkeitswirksam überall erzählt, dass er möglicherweise dagegen klagen wolle. Das ist Politik auf Trump-Niveau, wie es heute schon einmal geheißen hat.

Ein Punkt ist mir noch sehr wichtig, das "Sahnehäubchen" Fraktionsreserve – heute auch schon zitiert. Es wurde behauptet, diese werde von 60 Millionen Euro auf 70 Millionen Euro erhöht. Nein, sie wird von 30 Millionen Euro auf 70 Millionen Euro erhöht. Vorher hatten wir nämlich einen Doppelhaushalt verabschiedet, und darin waren 60 Millionen Euro dafür vorgesehen, das heißt 30 Millionen Euro pro Jahr. Jetzt werden es 70 Millionen Euro. Das ist schon stark.

Wenn dann Abgeordnete der CSU und der FREIEN WÄHLER, wie es schon passiert ist, sich noch vor Einbringung des Haushalts in der Öffentlichkeit dafür rühmen lassen, einen erhöhten Schulgeldersatz durchgesetzt zu haben, dann empfinde ich das als Missachtung des Parlaments.

In der Summe muss ich feststellen: Die Haushaltspolitik der Staatsregierung ist ziemlich ambitionslos. Das Einzige, was kraftvoll fortgesetzt wird, sind die Fehlsteuerungen. Ein "Weiter so" genau in dieser Zeit? Das kann nicht funktionieren. Hören Sie auf, immer alles auf Berlin zu schieben. Wir haben hier eine eigene Verantwortung. Wenn Sie sich selber kleinreden wollen, dann ist das Ihre Sache. Aber ich meine, wir haben auch hier Steuerungsmöglichkeiten, und diese sollten wir nutzen. Wir werden konstruktive Vorschläge einbringen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Hans Herold. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein persönliches Wort an den Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser: Lieber Helmut, den Ausspruch "Trump-Niveau", der sich wohl auch auf unseren Finanzminister Albert Füracker bezog, möchte ich ganz massiv zurückweisen. Das wollte ich gleich zu Beginn meiner Rede sagen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind auch Kommunalpolitiker. Natürlich wissen wir alle genau, dass der kommunale Finanzausgleich, zu dem ich heute auch spreche, ständig – und glücklicherweise – steigt. Das ist gut für unsere Kommunen. Unser kommunaler Finanzausgleich wird im Jahr 2023 die Rekordhöhe von 11,16 Milliarden Euro erreichen. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen für unsere Städte, Gemeinden und Landkreise im Freistaat Bayern.

Liebe Kollegin Köhler, lieber Kollege Harald Güller, ich erlebe euch im Haushaltsausschuss meistens – ich betone ausdrücklich: meistens – als sachliche Kollegin und sachlichen Kollegen. Aber was ihr heute gebracht habt, waren wirklich unsägliche Reden mit Verdrehungen der Fakten. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Liebe Frau Köhler, lieber Harald Güller, was mich persönlich nicht interessiert, sind Ihre heutigen Reden. Natürlich tut es Oppositionspolitikern sehr weh, wenn – wie heute wieder – ein guter Haushalt des Freistaates Bayern eingebracht wird. Ich sage ganz ehrlich: Mich persönlich interessiert, was meine zwei CSU-Landräte und meine 49 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Haushalt des Freistaates Bayern, insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich, sagen. Sie sagen: Lieber Hans Herold,

herzlichen Dank für die großen, wichtigen Unterstützungen, die wir vom Freistaat Bayern bekommen, auch und insbesondere für die 11,16 Milliarden Euro im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs.

Sie sagen auch: Lieber Hans Herold, herzlichen Dank für die 4,27 Milliarden Euro Schlüsselzuweisungen. – Sie wissen es selbst: Das sind wichtige Einnahmen für unsere Kommunen,

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– völlig richtig, ja –, die unsere Verwaltungshaushalte ungemein stärken.

Sie sagen auch – unser Finanzminister hat diesen Punkt heute angesprochen –: Vielen Dank, dass 28 % der 71 Milliarden Euro des Gesamthaushalts an unsere Kommunen fließen.

Sie sagen mir in meinem Stimmkreis auch: Lieber Hans Herold, herzlichen Dank für die fast 4 Milliarden Euro, die der Freistaat Bayern aufgenommen hat, damit auch unsere Kommunen aus der Corona-Krise gut herauskommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Diese Dankesworte – das möchte ich auch dem Kollegen Harald Güller deutlich sagen – kommen nicht nur von den CSU-Landräten und nicht nur von den CSU-Bürgermeistern, sondern auch von den SPD-Bürgermeistern, lieber Harald Güller. Grüne Bürgermeister gibt es in meinem Stimmkreis nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber ich möchte noch einmal deutlich erwähnen, dass die Dankesworte auch von den SPD-Bürgermeistern kommen.

Liebe Frau Köhler, wenn Sie das Thema Staatsstraßen ansprechen, dann entgegne ich Ihnen: Natürlich kann man so etwas sagen, wenn man in einer Wohlfühlgegend

wie München wohnt. Sie müssten einmal in den ländlichen Raum hinausgehen, liebe Frau Köhler, weg aus dem Wohlfühlraum München. Im ländlichen Raum sollten Sie sich einmal umschauen, um zu sehen, was dort noch notwendig ist. Dabei geht es nicht um Neubauten – das möchte ich ausdrücklich sagen –, sondern um Sanierungsmaßnahmen. Dazu gehört auch die Stärkung der Staatsstraßen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Deswegen sind die 500 Millionen Euro für entsprechende Investitionen sehr wichtig. Auch für diese Mittel bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Ein sehr wichtiger Punkt für uns sind die Schlüsselzuweisungen; diese habe ich vorhin schon angesprochen. Sie steigen um 267 Millionen Euro auf insgesamt 4,27 Milliarden Euro.

Natürlich ist auch die ÖPNV-Betriebskostenförderung, die Kollege Zellmeier heute schon angesprochen hat, sehr wichtig.

Ein weiterer wichtiger Punkt, gerade für uns aus dem ländlichen Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen. Die Mittel für diesen Bereich steigen ganz massiv, auf insgesamt 150 Millionen Euro. Das ist für München und unsere sonstigen Großstädte logischerweise kein Thema, Frau Köhler; das ist mir völlig klar. Es ist aber eine sehr, sehr wichtige Entscheidung für unseren ländlichen Raum. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich komme aus dem ländlichen Raum. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir für diesen Bereich immer wieder so große Summen vorsehen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich ist für uns auch die Krankenhausfinanzierung sehr wichtig. Diese läuft mit insgesamt 643,4 Millionen Euro weiter. Diese Mittel dienen auch dem Erhalt unserer Krankenhäuser im ländlichen Raum. Eine sehr wichtige Angelegenheit!

Herr Finanzminister, ich bin auch sehr froh, dass wir immer wieder Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen vorsehen; im Jahr 2023 werden es immerhin 120 Millionen Euro sein.

Vergessen darf man natürlich auch nicht, dass als Zuweisungen für die notwendige Schülerbeförderung im Jahr 2023 323 Millionen Euro vorgesehen sind.

Abschließend noch ein wichtiger Punkt, der mir persönlich auch sehr am Herzen liegt, auch als Kommunalpolitiker; das sind die Zuweisungen an die Bezirke nach Artikel 15 FAG. Ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, weil die Bezirke letztendlich auch über die Bezirksumlage finanziert werden. Die Zuweisungen bleiben auf dem hohen Niveau von 706,5 Millionen Euro. Das ist ein ganz wichtiges Signal gerade auch für unsere Bezirke.

Abschließend meine persönliche Bewertung: In den aktuellen Krisenzeiten ist der Haushaltsentwurf 2023 ein finanzpolitischer Stabilitätsanker. Das möchte ich auch noch mal deutlich hervorheben. Natürlich könnten wir logischerweise noch mehr tun, lieber Harald Güller, wenn wir nicht diese neun Milliarden Euro im Länderfinanzausgleich an die anderen Bundesländer abtreten müssten. Wissen Sie, was mich da auch stört und was ich ganz ehrlich sagen muss? – Sie haben es sicherlich auch gelesen: Aus diesen drei Milliarden Euro, die nach Berlin fließen, zahlt der Berliner Senat jetzt 50 Euro an alle Jungwähler als Wahlgeschenk. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese 50 Euro zahlen unsere fleißigen Bürgerinnen und Bürger aus dem Freistaat Bayern. Das möchte ich abschließend auch noch betonen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Abschließend noch mal ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker, aber auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzministeriums und natürlich auch ein Dankeschön an die Mitglieder der CSU-Fraktion und auch der Fraktion der FREIEN WÄHLER, insbesondere für die gute Zusammenarbeit beim Staatshaushalt. Natürlich auch ein Dankeschön an euch. Das sage ich ganz ehrlich, weil wir im Ausschuss gut zusammenarbeiten. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir heute einen sehr guten Haushalt für das Jahr 2023 vorlegen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Herold. – Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister! Man muss sich heute schon wundern, auch gegen Ende dieser Haushaltsdebatte. Auf der Tagesordnung war eigentlich die Einbringung des bayerischen Haushaltes gestanden. Das haben wir formal gemacht, aber im Großteil der Rede

(Staatsminister Albert Füracker: Das ärgert Sie sehr, das weiß ich schon!)

– das ärgert mich jetzt weniger, das ärgert anscheinend Sie – wird dann auf den Bund geschimpft: der Bund, der Bund, der Bund! Fast die ganze Rede des Finanzministers, auch die vom Kollegen Zellmeier, war ja Schattenboxen mit dem Bundeshaushalt.

Aus meiner Sicht hat das zwei Gründe. Erstens gibt es im eigenen Haushalt anscheinend wenig Erwähnenswertes. Okay. Aber zweitens – und das ist der Hauptgrund – haben Sie offensichtlich den Regierungswechsel in Berlin nicht verkraftet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach über einem Jahr Ampel-Regierung hat das Briefeschreiben und das Abarbeiten am Bund nicht nachgelassen. Bei der CSU bildet sich langsam eine posttraumatische Belastungsstörung aus diesem Regierungswechsel heraus, was man merkt, wenn man sich diese Reden hier anhört.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Dann erzählen Sie uns, dass Sie mit der Einbringung des Haushaltes so lange warten mussten, weil Sie auf den Bundeshaushalt warten mussten. Das ist erstens schon verwunderlich, weil Sie sonst auch wenig Probleme haben, vorauszupreschen. Zweitens frage ich mich, wie die anderen Länder in diesen Wochen, jetzt aktuell, ihre Haushalte schon beschließen konnten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ich habe mir gar nicht alle Bundesländer rausgesucht, nur ein paar Beispiele: Sachsen hat nächste Woche die Dritte Lesung des Doppelhaushalts. Brandenburg hat übermorgen die Dritte Lesung des Doppelhaushalts. NRW hat voraussichtlich nächste Woche die Dritte Lesung.

(Zurufe der Abgeordneten Thomas Huber (CSU) und Hans Herold (CSU))

Niedersachsen hatte schon länger einen Doppelhaushalt. Nur drei Wochen nach dem Regierungswechsel wurde dort in diesem Herbst ein Nachtragshaushalt beschlossen. In Baden-Württemberg findet aktuell, in dieser Minute, die Beratung des Doppelhaushaltes in Zweiter Lesung statt. Nächste Woche ist der Doppelhaushalt dort in Dritter Lesung.

Ich meine, Sie haben einfach verlernt, pünktlich Haushalte vorzulegen. Vielleicht wollen Sie nicht pünktlich liefern. Ich glaube, Sie können es nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Probleme, die Sie damit verursachen, zu welchem Zeitpunkt wir den Haushalt beraten – ob wir den im Februar oder im März beraten –, haben ja nicht wir, sondern die haben die Menschen draußen, die auf die Gelder und die Mittel warten.

Ich meine, diese drei Monate finanzpolitischen Stillstand haben Sie in der Staatsregierung zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was kommt dann? – Man hätte ja erwarten können, dass jetzt das große Feuerwerk kommt, dass man dann etwas Ordentliches vorbereitet hat, wenn man sich schon so lange Zeit nimmt. Das, was uns jetzt vorgelegt wurde, ist aus unserer Sicht nicht mal ein kleines Tischfeuerwerk.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie wollen ein großes Feuerwerk?)

Im Großen und Ganzen ist das die Fortschreibung bekannter Haushaltsposten. Dazu kommt dann der Härtefallfonds als Blankoscheck ohne konkrete Ausgestaltung zumindest im Haushalt. Morgen kommt der Dringlichkeitsantrag, mit dem man dann diesen – wie soll man es nennen? – Blankoscheck an die Staatsregierung verteilt. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Das wird wochenlang angekündigt, und dann kommt nichts Konkretes. Das Schlimmste ist, dass Sie diese Verzögerungstaktik dann auch noch generationengerecht nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Generationengerechtigkeit. Es war Ihnen ja wichtig, mehrfach darauf hinzuweisen, dass dieser Haushalt eine schwarze Null hat, dass dieser Haushalt ohne Nettoneuverschuldung auskommt. Aber ich sage Ihnen: Generationengerechtigkeit ist heutzutage mehr als nur die Frage, ob unten eine schwarze Null steht oder nicht. Die Frage ist auch, ob man zum Beispiel genug gegen die Klimakrise tut, gegen die Auswirkungen, mit denen künftige Generationen zu kämpfen haben. Tun wir das in dem Haushalt? Wie sieht es zum Beispiel mit der Infrastruktur aus? Wie sieht es mit den

Gebäuden, mit unseren staatlichen Liegenschaften aus? – Die jungen Menschen sehen das, wenn sie an der einen oder anderen Universität bei uns im Land sind, wenn der Eimer im Hörsaal steht und es durch die Decke regnet. Ich frage mich: Ist das generationengerecht?

Wir müssen uns ehrlich machen. Es geht heutzutage nicht mehr darum, ob wir den nachfolgenden Generationen Schulden hinterlassen, ob in finanzieller Form, in der Infrastruktur oder, oder, oder. Es geht nur noch um die Frage, welche Schulden wir hinterlassen. Ich muss sagen: Das, was wir hier hinterlassen, in diesem Haushalt, wie er im Moment vorliegt, ist für uns GRÜNE definitiv nicht generationengerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn Sie die Fassade, sage ich mal, diesmal noch mal ausgeputzt haben und ohne formale Neuverschuldung in dieses Wahljahr gehen, sage ich Ihnen: Die Substanz dahinter bröckelt auch manchmal. Wegweisende Entscheidungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Verkehrswende, aber auch zur sozialen Infrastruktur fehlen in diesem Haushalt. Hier haben wir eine komplette Fehlanzeige.

Warum? – Ja, die einen oder anderen Söder‘schen Wahlgeschenke von 2018 liegen noch teuer auf der Tasche. Wir GRÜNE werden wie gewohnt unsere Änderungsanträge zu diesem Haushalt einbringen – für einen generationengerechten Haushalt und auch für ein zukunftsfähiges Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leute, die über ihre Verhältnisse leben, gehen entweder zum Kredithai oder verscherbeln das von den Eltern geerbte Tafelsilber. Dann gibt es da noch die Bayerische Staatsregierung, die einfach beides macht. Da nützt uns auch kein guter Finanzminister; denn der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf her.

Die Regierung Söder hat in dieser Legislatur immer und immer wieder tief in die Rücklagen gegriffen, um damit laufende Ausgaben zu finanzieren. Gleichzeitig haben Sie Rekordschulden aufgenommen. 2018, zu Beginn der Legislatur, betrugen die Rücklagen, die nichts anderes sind als das vom Staat treuhänderisch verwaltete Vermögen unserer Steuerzahler, noch über 10 Milliarden Euro, bei einem Gesamtausgabevolumen von 65 Milliarden Euro. Ende 2023 werden die Rücklagen laut aktueller Prognosen auf gerade noch 1,5 Milliarden Euro zusammengeschrumpft sein; und das bei einem erneut gestiegenen Gesamtausgabevolumen von 71,1 Milliarden Euro.

Sie haben in kürzester Zeit das Volksvermögen der bayerischen Steuerzahler geplündert wie noch keine Staatsregierung vor Ihnen und wollen jetzt trotzdem noch großzügige Klimatransformationsprogramme finanzieren. Das halten wir für unverantwortlich. Von 2020 bis 2022 haben Sie rund 18 Milliarden Euro neue Schulden gemacht und bedienen sich dieses Jahr dennoch mit 3,3 Milliarden ganz besonders schamlos an den Ersparnissen des Staates.Eine unsolidere und gefährlichere Haushaltspolitik hat es in der Geschichte der Demokratie in Bayern wohl so noch nie gegeben. Ihnen reicht das Geld hinten und vorne nicht, das Sie von den hart arbeitenden Menschen in diesem Land abkassieren. Dabei verprassen Sie unter dem Strich Milliarden für sinnlose Ideologieprojekte, anstatt Ihrer Sorgfaltspflicht zu entsprechen und in Zukunftstechnologien zu investieren. Die Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien wie zum Beispiel modernsten Kernenergieanlagen, etwa wie dem Thorium-Flüssigsalzreaktor, sichern die Zukunft Bayerns, nicht die Asylindustrie.

Bei Ihrem verantwortungslosen Ausgabeverhalten agieren Sie nach dem Prinzip Hoffnung. Sie hoffen, dass sich die Wirtschaft wieder günstig entwickeln wird und Sie dann

Mehreinnahmen wieder in Ihre Rücklagen überführen können. Doch sollte jemand von Ihnen einmal einen Blick in die Wirtschaftsprognosen aller führenden Wirtschaftsforschungsinstitute oder in die Zahlen der Bundesregierung geworfen haben, sollte Ihnen klar geworden sein, wie absurd und verantwortungslos Ihre Politik ist. In Ihrer Gemeinschaftsdiagnose für die Regierung verständigen sich die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute auf eine Schätzung des Wachstums für das zu Ende gehende Jahr auf zwischen 1,1 und 1,6 %. Für das kommende Jahr sagten sie zwischen 1,4 % Wachstum und 0,4 % Schrumpfung voraus. Selbst wenn sich die Prognosen, was wir alle hoffen, wieder verbessern sollten, steckt Deutschland derzeit tief in einer Stagflation. Die Wirtschaft stagniert. Ganze Industriezweige sterben ab und wandern aus. Der Präsident des Verbands der Chemischen Industrie Markus Steilemann hat gewarnt, Deutschland drohe wegen Ihrer aktuellen Energiepolitik der Absturz vom Industrieland zum Industriemuseum. Die Verbraucherpreisinflation liegt im Mittel bei 10 %, für Nahrungsmittel bei 21,1 % und für Energie bei 38,7 %. Noch dramatischer stellt sich die Inflation der Erzeugerpreise dar: 34,5 % im Schnitt, und nie dagewesene 85,6 % bei der Energie.

Während Sie den Menschen weismachen wollen, das alles liege am russisch-ukrainischen Krieg, weiß jeder Volkswirt, dass Inflation immer ein monetäres Phänomen ist. Ihre wahre Ursache ist die Geldschöpfung aus dem Nichts durch die EZB. Seit der Einführung des Euro hat sich die Geldmenge im Euroraum von rund 7 auf rund 14 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Die wahre Inflation errechnet sich zudem aus dem Verhältnis der Veränderung der Geldmenge im Vergleich zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts und dürfte 2022 real eher bei 15 bis 20 % liegen. Die bayerische Staatsverschuldung ist in der Zeit der Corona-Maßnahmen dieser Regierung massiv gestiegen, von knapp 27 Milliarden Euro vor Beginn der Corona-Maßnahmen auf aktuell über 40 Milliarden Euro. Für alles und für jeden ist Geld vorhanden, nur nicht für die Schwächsten unserer Bevölkerung. Im Entwurf planen Sie wieder mit 2,3 Milliarden Euro für den Zuwanderungs- und Integrationsfonds. Wer weiß, ob das ausreichen wird; denn die aktuelle Asylkrise stellt jene von 2015 noch deutlich in den Schatten.

Wir als AfD-Fraktion haben diese unsolide Haushaltspolitik immer scharf kritisiert, und der Bayerische Oberste Rechnungshof hat uns in allen wesentlichen Punkten auch recht gegeben. Der ORH hat die Höhe der Neuverschuldung infolge der Corona-Maßnahmen scharf kritisiert. Die Corona-Verpflegungspauschalen für Klinikbeschäftigte, wesentliche Teile der 133 Millionen Euro wurden laut ORH zweckwidrig verwendet, oder denken Sie an die laxe und nicht vorgabegerechte Handhabe der 600 Millionen Euro zur Förderung kommunaler Baumaßnahmen. Der ORH verlangt ebenso wie wir eine glaubwürdige Begründung, weshalb das Corona-Investitionsprogramm und die Hightech Agenda Plus einer Kreditfinanzierung bedürfen; denn die – Zitat – in der Pandemie aufgenommenen Notlagenkredite dürfen nur zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen eingesetzt werden. Doch die von Ihnen finanzierten Maßnahmen haben ihren Ursprung allesamt schon vor der Corona-Pandemie. Das ist nichts anderes als Betrug an unseren Bürgerinnen und Bürgern!

Ähnlich verhält es sich mit ihren vollmundigen Ankündigungen zum sogenannten Deutschland-Ticket. Sie haben selbst durch das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr verlauten lassen, dass Sie nicht zur Finanzierung der Nachfolgeregelung bereit seien und der Bund die Kosten übernehmen müsse. Also dürfen auch keinerlei Landesmittel für die Finanzierung oder Kofinanzierung zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern Sie dazu auf, sich für eine vollständige Kostenübernahme durch den Bund einzusetzen, nicht nur durch einen Fixbetrag bis zu einer gewissen Summe. Wir fordern Sie auf, unsolide Ideologieprojekte abzustellen und verantwortungsvoll mit den Steuergeldern unserer Bürger umzugehen. Unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie unsere Kinder und Kindeskinder werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zum Kollegen Herold, der zu Beginn von der "Wohlfühlregion München" in Abgrenzung zu unseren Räumen gesprochen hat. Damit bin ich nicht einverstanden. Der ländliche Raum ist sehr wohl und vielleicht noch mehr als der Ballungsraum München ein Wohlfühlbereich, in dem ich gern zu Hause bin und in dem wir nur mit besonderen Herausforderungen zu tun haben,

(Hans Herold (CSU): Ich auch!)

die sich auch im Haushalt abzubilden haben!

(Beifall bei der FDP – Hans Herold (CSU): Ich fühle mich sehr wohl im ländlichen Raum!)

Ich kann mich in drei Minuten jetzt nur noch mit dem Verhältnis des Staates zu den Kommunen befassen. Ansonsten ist vieles gesagt. An sich würde das Verhältnis des Staates zu den Kommunen mehr Intensität und Zeit verdienen. Ich versuche, im Stakkato ein paar Aspekte anzusprechen.

In der Gesamtbewertung muss man sagen: Der goldene Zügel, an dem die Kommunen hängen, bleibt erhalten, und die Kommunen scheinen sich damit auch abgefunden zu haben. Drei positive Aspekte will ich kurz nennen: Das ist einmal der Anstieg der Finanzausgleichsleistungen insgesamt. Ihn erkennen wir an, er ist aber bei einem insgesamt steigenden Haushalt auch zu erwarten und richtig. Dass ein besonderer Blick auf die kommunalen Investitionen als einen Schwerpunkt gerichtet wird – Stichwort Schulen, Kitas und Bildungsverantwortung insgesamt –, teilen wir auch. Dass die Krankenhausfinanzierung und die Investitionspauschale zumindest stabil geblieben sind, ist angesichts der Gesamtkostenentwicklung de facto allerdings kein Aspekt, der letztlich zu ausreichenden Ergebnissen führt.

Lassen Sie mich auch noch kurz die Probleme benennen, die wir im Verhältnis zwischen Staat und Kommunen für ungelöst halten. Die Kommunen stehen vor vielen ab-

sehbaren Kostensteigerungen, Stichwort Nahverkehr, Aufgaben der Stadtwerke, Migration, Kliniken und Klimaanpassungen. Das alles müssen die Kommunen auch oder zumindest mit bewältigen, und darauf hat dieser kommunale Finanzausgleich keine ausreichende Antwort gefunden, auch zum Thema Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. Das haben und erleben wir jetzt seit langer Zeit und wird auch immer hoch gelobt. In einer Gesamtbewertung und wenn man sieht, dass viele der Kommunen Jahr für Jahr nicht nur Bedarfszuweisung, sondern auch Stabilisierungshilfen erhalten, heißt das doch auch, dass das eigentliche Finanzausgleichssystem, das allen Kommunen ausreichend Chancen gewähren soll, nicht ausreichend gut funktioniert, insbesondere mit Blick auf die wirtschafts- und finanzschwachen Kommunen.

Dann noch ein paar wenige weitere Stichworte: Insgesamt ist der Tropf, an dem die Kommunen hängen, nach wie vor ein goldener Zügel. Das habe ich gesagt. Ich sehe keine Vereinfachung des Förderwesens, sondern weiterhin Gießkanne, keine Entwicklung zum Regionalbudget. Vor allem, sehr geehrter Herr Staatsminister – das hatte ich Ihnen bei der letzten Beratung schon einmal gesagt –, glaube ich, dass wir alle zusammen auch einmal darüber diskutieren müssen, ob es Einsparpotenziale gibt, die wir in Abstimmung und zusammen mit den Kommunen heben können.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Alexander Muthmann (FDP): Jawohl, ich komme zum Ende. – Einsparanreize, Kooperationsförderung, Verfahrensvereinfachung und Reduzierung von Aufgaben fehlen uns auch an dieser Stelle. Wir werden das im Ausschuss bei den weiteren Beratungen präzisieren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Kollege Georg Winter für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich glaube, bei der Diskussion des Haushaltsentwurfs 2023 hilft ein kurzer Rückblick. Um das

besser einordnen zu können, schauen wir 20 Jahre zurück! Wie stand es da in Bayern?

Es fällt auf: Unser Haushaltsentwurf für 2023 umfasst 70,9 Milliarden Euro. Vor 20 Jahren waren es mit 35 Milliarden Euro exakt die Hälfte. Da sieht man, welche starke Entwicklung das Land gemacht hat, was Bayern auszeichnet, was die öffentliche Hand und was wir als Freistaat Bayern dank der Steuereinnahmen, dank des Schaffens unserer Bürgerinnen und Bürger leisten. Eine Verdoppelung in 20 Jahren ist spitze.

Der Anteil der Arbeitslosen betrug damals, vor 20 Jahren, 6,5 %, heute sind es 3,1 %. In dieser Zeit hat sich die Arbeitslosenzahl mehr als halbiert; wir stehen damit super da.

Oder das Bruttoinlandsprodukt: Damals waren es 371 Milliarden, heute sind es 661 Milliarden. Sie sehen also die Sprünge, die wir da machen.

Damals gab es 230.000 Studenten. Heute sind es 404.000. Man hat uns lange gesagt, dass wir da nicht gut genug seien. Wir haben kräftig zugelegt.

Zu Polizei und innerer Sicherheit: Wir in Bayern können zu Recht sagen, wir sind das sicherste Land. Die Zahlen belegen dies: Damals hatten wir 32.000 Polizisten, heute hat Bayern 45.000 Polizeibeamte.

Zu Schule und Bildung: Die Lehrer-Schüler-Relation betrug vor 20 Jahren 1 : 19. Heute kommt ein Lehrer auf 15 Schülerinnen und Schüler. Wer sich auskennt, weiß: Vom Volumen her ist es gigantisch, wenn man den Durchschnitt in dieser Weise absenken kann und damit mehr Bildung pro Klasse gewährleistet.

Ich finde immer noch, dass der größte sympathische Einzelposten im Staatshaushalt der kommunale Finanzausgleich ist. Damals hatten wir 5,6 Milliarden. Heute sind wir bei 11,16 Milliarden. Das ist eine exakte Verdoppelung und für unsere Kommunen ein ganz entscheidender Faktor. Hier haben wir ganz kräftig zugelegt.

Zum Thema Rücklage: Ja, es ist gut, wenn man eine Rücklage hat und keine neuen Schulden machen muss dank der Rücklage. Liebe Frau Kollegin Köhler, von daher ist das nur positiv. – In die Hightech Agenda stecken wir 3,5 Milliarden Euro. Das Wichtige: Wir machen keine neuen Schulden, aber wir finanzieren andere Länder mit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns das noch einmal bewusst machen: Wir haben aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich seit seinem Bestehen – es gibt ihn seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland – 3,4 Milliarden Euro bekommen. Wir haben zwischenzeitlich aber 98 Milliarden einbezahlt. Man kann also mal darüber nachdenken, was wir mit diesen restlichen 95 Milliarden hätten machen können, wenn wir sie nicht zur Mitfinanzierung der anderen Länder abgeführt hätten. Da kann man nur zu träumen anfangen.

Frau Kollegin Köhler, zum Klimapaket: Sie sind gerade im Gespräch. – Ich darf Ihnen da nur sagen: Wir stecken 300 Millionen Euro in die Geothermieforschung und in Maßnahmen im Bereich der Wasserstoffentwicklung. Der Wirtschaftsminister hat das ja angekündigt. Herzlichen Dank, das ist gut und wichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Stichwort Soziales und Pflege nenne ich einige Punkte. Obwohl Kita in kommunaler Zuständigkeit ist, geben wir für die Kinderbetreuung, also für Personal und Bau 3 Milliarden Euro aus. Für das Familiengeld geben wir 785 Millionen Euro, für den Bereich Pflege und Hospiz 600 Millionen Euro aus. Zusammen machen Pflege und Soziales 4,4 Milliarden Euro. Damit ist Bayern spitze.

Frau Kollegin Köhler, wenn wir vom Verkehr reden, begrüßen wir das 49-Euro-Ticket nicht nur, sondern wir zahlen dafür 270 Millionen Euro. Wir geben dafür so viel Geld aus, wie wir umgekehrt für die Schiene aus den Regionalisierungsmitteln bekommen. Das heißt, wir haben also keine Unterstützung bei der Regionalisierung, weil uns das für das 49-Euro-Ticket wieder abgenommen wird.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Man muss ja noch die Straßen bauen, damit die fahren können!)

– Der Finanzminister hat zu Recht gesagt, dass Busse auf Straßen fahren. Das ist richtig und selbstverständlich. Man muss es aber betonen, weil man manchmal einen anderen Eindruck bekommen könnte. Bei der Bahn wäre unsere Ampel in Berlin gefordert. Jetzt war es ein bisschen kalt. Gestern konnte man nicht mit dem Zug nach München kommen. Der eine Zug fällt aus, die anderen haben Verspätungen. Es bleibt also trotz Klimaschutz nichts anderes übrig, als mit dem Auto zu fahren. Das ist die Realität. Ich sage nur: Ob Betriebsstörungen bei Kälte oder Unfall bei Garmisch, es wird deutlich: Hier – wie auch bei den barrierefreien Bahnhöfen – ist der Bund gefordert, mehr zu tun. Er ist in der Verantwortung.

Lieber Kollege Häusler, du hast es angesprochen: Den Straßenetat mögen unsere GRÜNEN nicht so. Da reden sie immer, ach, was macht ihr da, Neubau nein. – Tatsache ist: Wir investieren 83 % in den Bestand. Wir geben nur 17 % für den Ausbauplan aus. So viel zu dem ganzen Geschehen.

(Unruhe)

– Der Unterricht läuft schon seit 9 Uhr. Da lässt die Aufmerksamkeit nach. Wir haben gute Zahlen im Haushalt. Deshalb ist er nicht so spannend. Wenn Krise wäre, dann würden alle ganz fest starren. Wir freuen uns trotzdem, dass es gut ist.

Was macht Bayern weiter stark? – Bayern hat die niedrigste Zinsquote mit 0,9 %, der Durchschnitt der anderen liegt bei über 2 %. Es hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der westlichen Bundesländer. Die Verdoppelung beim kommunalen Finanzausgleich habe ich schon angesprochen, hinzu kommt mit 14,6 % die höchste Investitionsquote. Mit dem Geld gehen wir solide um; dafür steht der bayerische Sparlöwe, den unser Finanzminister Füracker von unabhängiger Stelle bekommen hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen.

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27950 des HA vom 13.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27951 des HA vom 13.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27952 des HA vom 14.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27957 des HA vom 14.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 16.02.2023 **Drucksache 18/27944**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2023; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Berichterstatter: **Ernst Weidenbusch**
Mitberichterstatter: **Katrin Ebner-Steiner**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Amt einer oder eines Landesbeauftragten für den Verfassungsschutz
   (Epl. 01 neues Kap.)
   Drs. 18/26442

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Klima I - Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen des Bayerischen Landtags
   (Kap. 01 01 Tit. 527 05)
   Drs. 18/26443

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Klima II - Treibhausgasausgleich
   (Kap. 01 02 Tit. 533 49)
   Drs. 18/26444

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Klima III - Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen und Dienstfahrten des Bayerischen Landesbeauftragen für den Datenschutz
   (Kap. 01 04 Tit. 527 05)
   Drs. 18/26445

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern
   (Kap. 01 01 Tit. 535 01)
   Drs. 18/26446

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl.
   (Kap. 01 01 Tit. 686 05)
   Drs. 18/26447

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
   (Kap. 01 02 Tit. 701 11)
   Drs. 18/26448

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 160. Sitzung am 16. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung

   Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27946 des HA vom 16.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27949 des HA vom 16.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27963 des HA vom 27.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.02.2023 **Drucksache** 18/**27945**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2023; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Ludwig Hartmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 werden die Ansätze in 2023
   a) bei Tit. 686 01
      von 83,4 Tsd. €
      um 40,0 Tsd. €
      auf 43,4 Tsd. €
      vermindert sowie
   b) bei Tit. 685 53
      von 12.000,0 Tsd. €
      um 100,0 Tsd. €
      auf 12.100,0 Tsd. €
      erhöht und
   c) ein neuer Titel 686 03 „Zuschuss an den Bund der Bayer. Gebirgsschützen-Kompanien“ mit den Vermerken „Einseitig deckungsfähig zu Lasten 686 01.“ und „Die Mittel sind übertragbar.“ ausgebracht und mit 540,0 Tsd. Euro dotiert.
2. Bei Kap. 02 05 werden die Ansätze in 2023
   a) bei Tit. 683 01
      von 13.500,0 Tsd. €
      um 1.000,0 Tsd. €
      auf 14.500,0 Tsd. €
      sowie
   b) bei Tit. 893 01
      von 65,0 Tsd. €
      um 20,0 Tsd. €
      auf 85,0 Tsd. €
      erhöht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 02 03 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Hilfe für Schulen in Afrika
   (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
   Drs. 18/27087

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschuss an Gebirgsschützen
   (Kap. 02 03 Tit. 686 01 und neuer Tit.)
   Drs. 18/27088

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2023; hier: Lokal-TV in Bayern (Kap. 02 05 Tit. 683 01)
   Drs. 18/27089

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Technische Investitionen der Akademie für Neue Medien
   (Kap. 02 05 Tit. 893 01)
   Drs. 18/27090

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 18/27080

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 18/27081

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Staatsministerien
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27082

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Servicestelle der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 60)
   Drs. 18/27083

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien sichern
   (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
   Drs. 18/27084

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Für internationale Verständigung und eine europäische Identität - Interrail-Tickets für junge Menschen
   (Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
   Drs. 18/27085

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Förderung von Qualitätsjournalismus - Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten stärken, Deutsche Journalistenschule e.V. angemessen unterstützen
   (Kap. 02 05 neuer Tit.)
   Drs. 18/27086

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27091

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 18/27092

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Beauftragter der Staatsregierung
    (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
    Drs. 18/27093

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
    (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
    Drs. 18/27094

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
    (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
    Drs. 18/27095

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 18/27096

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stiftung "Wertebündnis Bayern"
    (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
    Drs. 18/27097

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
    (Kap. 02 03 TG 53)
    Drs. 18/27098

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Aufklärungskampagne "Rechtswidrige Ausgangssperren der Staatsregierung - Bußgeld zurück!"
    (Kap. 02 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/27099

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 164. Sitzung am 28. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung
   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 171. Sitzung am 23.03.2023 in einer **2. Beratung** behandelt und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung
   Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe, das folgende Änderungen durchgeführt werden:

   1. Bei Kap. 02 02 wird der Tit. 972 06
      in 2023
      von -2.450,0 Tsd. €
      um -5.000,0 Tsd. €
      auf -7.450,0 Tsd. €
      erhöht.
   2. Bei Kap. 02 03 wird der Tit. 896 53
      in 2023
      von 0,0 Tsd. €
      um 5.000,0 Tsd. €
      auf 5.000,0 Tsd. €
      erhöht

      Der Änderungsantrag Drs. 18/28110 hat hierdurch seine Erledigung gefunden.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu 12/14/15/19-H 1108.9-1/25/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2023

zum

Entwurf des Einzelplans 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

02 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2023 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2023 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Titelgruppen			
	54 Wertebündnis Bayern			
698 54-2 011	Stiftung "Wertebündnis Bayern" *Vermerk unverändert.* *Verpflichtungserm. 2023 Tsd. € 11.000,0* *Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2023 in Höhe von 11.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren* *2025 Tsd. € 275,0* *2026 bis 2035 Tsd. € 10.725,0*	A B	809,7	809,7
	Summe der Titelgruppe	A B	809,7 -	809,7
	Gesamtausgaben	A B	37.716,4 -	37.716,4
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	415,5 -	415,5
	Gesamteinnahmen	A B	415,5 -	415,5
	Personalausgaben	A B	240,8 -	240,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	16.630,8 -	16.630,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	20.629,1 -	20.629,1
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	215,7 -	215,7
	Gesamtausgaben	A B	37.716,4 -	37.716,4
	Zuschuss	A	37.300,9	37.300,9

Erläuterungen

Zu 02 03/698 54
Verpflichtungsermächtigung wegen Fortführung der Stiftung Wertebündnis Bayern für den Zeitraum 2025 bis 2035. Mit der Verpflichtungsermächtigung kann die Fortführung der Stiftungslaufzeit frühzeitig in die Wege geleitet werden.

Epl. 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2023 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2023 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 02			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	495,5 -	495,5
	Gesamteinnahmen	A B	495,5 -	495,5
	Personalausgaben	A B	56.525,2 -	56.525,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	30.542,1 -	30.542,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	49.819,1 -	49.819,1
	Verpflichtungserm. 2023 Tsd. € *22.076,0*			
	Baumaßnahmen	A B	1.160,0 -	1.160,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	2.106,6 -	2.106,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	65,0 -	65,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-2.102,2 -	-2.102,2
	Gesamtausgaben	A B	138.115,8 -	138.115,8
	Verpflichtungserm. 2023 Tsd. € *22.076,0*			
	Zuschuss	A	137.620,3	137.620,3

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.02.2023 **Drucksache** 18/**27958**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2023; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Claudia Köhler**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 11 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27177
wird zur Ablehnung empfohlen.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 163. Sitzung am 28. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung

   Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27959 des HA vom 28.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.02.2023 **Drucksache 18/27964**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2023; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Berichterstatter: **Michael Hofmann**
Mitberichterstatter: **Dr. Helmut Kaltenhauser**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 16 03 Tit. 686 02 wird der Ansatz
   in 2023
   von 3.000,0 Tsd. €
   um 500,0 Tsd. €
   auf 3.500,0 Tsd. €
   erhöht.
2. Bei Kap. 16 04 Tit. 534 76 wird der Ansatz
   in 2023
   von 150,0 Tsd. €
   um 600,0 Tsd. €
   auf 750,0 Tsd. €
   erhöht.
3. Bei Kap. 16 05 werden die Ansätze
   in 2023
   a) bei Tit. 683 01
      von 1.164,9 Tsd. €
      um 30,0 Tsd. €
      auf 1.194,9 Tsd. €
      sowie
   b) bei Tit. 861 01
      von 12.200,0 Tsd. €
      um 400,0 Tsd. €
      auf 12.600,0 Tsd. €
      erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Arbeitskreis Film
   (Kap. 16 05 Tit. 683 01)
   Drs. 18/27416

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Digitalplattform zum Personalmatching im organisierten Sport in Bayern
   (Kap. 16 03 Tit. 686 02)
   Drs. 18/27417

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bayern Packages „Formulare“ und „Cloud“
   (Kap. 16 04 Tit. 534 76)
   Drs. 18/27418

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Filmtheaterprämien
   (Kap. 16 05 Tit. 861 01)
   Drs. 18/27419

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 16 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/27401

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software
   (Kap. 16 01 Tit. 812 99)
   Drs. 18/27402

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.
   (Kap. 16 02 Tit. 534 66)
   Drs. 18/27403

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 76)
   Drs. 18/27404

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 77)
   Drs. 18/27405

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
   (Kap. 16 04 Tit. 633 76)
   Drs. 18/27406

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Internationale Zusammenarbeit
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/27407

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Digitales
   (Kap. 16 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27408

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kürzung der Mittel für Veranstaltungen des Staatsministeriums für Digitales
   (16 01 Tit. 540 01)
   Drs. 18/27409

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschungsauftrag über Desinformation und extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke auf Kommunikations- und Gaming-Plattformen und Subkulturen im Internet
(Kap. 16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27410

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung für Open Government-Labore
(Kap. 16 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27411

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung für die Entwicklung von Open Source Software
(Kap. 16 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27412

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: GrünFairFilm-Preis beim Bayerischen Film- und Fernsehpreis
(16 05 Tit. 681 01)
Drs. 18/27413

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Innovationsförderungen für Kinos weiterführen!
(Kap. 16 05 Tit. 683 06)
Drs. 18/27414

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 16 05 Tit. 861 01)
Drs. 18/27415

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 16 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27420

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausgaben für Digitalisierung
(Kap. 16 03 Tit. 537 01)
Drs. 18/27421

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Blockchain I - Blockchain-Strategie 3.0
(Kap. 16 03 neue TG)
Drs. 18/27422

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Blockchain II - Studie zur möglichen Verwendung von NFTs in Bayern
(16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27423

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Datentreuhänder für bayerische Unternehmen
(Kap. 16 03 Neuer Tit.)
Drs. 18/27424

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beratungsstelle für Software- und Lizenzmanagement
(Kap. 16 03 Neuer Tit.)
Drs. 18/27425

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023,
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
(Kap. 16 04 Tit. 633 76)
Drs. 18/27426

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern I: Zuschüsse für den Deutschen Computerspielpreis und die Medienstandortförderung Games
(Kap. 16 05 Tit. 686 04)
Drs. 18/27427

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern II: Ausstattung und Betriebskosten des Forschungs- und Anwenderzentrums “Virtuelle Realität Bayern”
(Kap. 16 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/27428

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern III: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und von Games
(Kap. 16 05 Tit. 892 02)
Drs. 18/27429

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung I - Nicht aufteilbare Sachausgaben
(Kap. 16 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/27430

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung II - Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 681 01)
Drs. 18/27431

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung III - Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/27432

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung IV - Zuschüsse für den Friedenspreis des Deutschen Films - Die Brücke
(Kap. 16 05 Tit. 683 02)
Drs. 18/27433

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung V - Zuschüsse an die Internationale Münchner Filmwochen GmbH - Die Brücke
(Kap. 16 05 Tit. 683 03)
Drs. 18/27434

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung VI - Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Film-, Games- und VR-Bereich
(Kap. 16 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/27435

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung VII - Zuschüsse für die Entwicklung und Herstellung von Drehbüchern für Filme und Serien und der Drehbuchwerkstatt
(Kap. 16 05 Tit. 686 03)
Drs. 18/27436

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung VIII - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 16 05 Tit. 861 01)
Drs. 18/27437

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung IX - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 02)
Drs. 18/27438

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung X - Förderung internationaler Filmproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 03)
Drs. 18/27439

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 164. Sitzung am 28. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27955 des HA vom 01.03.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27953 des HA vom 08.03.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27962 des HA vom 08.03.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27960 des HA vom 09.03.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.03.2023 **Drucksache** 18/**28134**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

   Drs. 18/**25167**

   über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2023
   (Haushaltsgesetz 2023 - HG 2023)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27656**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
   hier: Stellenhebungen für Lehrkräfte auch an Realschulen
   (Drs. 18/25167)

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27657**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
   hier: Bürgschaften für die Finanzierung von Wohnungsbaugenossenschaften
   (Drs. 18/25167)

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27658**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
   hier: A 13 für alle Lehrkräfte - Einstieg zum Schuljahr 2023/2024
   (Drs. 18/25167)

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27659**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
   hier: Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
   (Drs. 18/25167)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27660**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023 hier: Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes (Drs. 18/25167)

7. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27661**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023 hier: Änderung des Bayerischen Familiengeldgesetzes (Drs. 18/25167)

8. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27662**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023 hier: Einführung eines Gehörlosengeldes (Drs. 18/25167)

9. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**27663**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023 hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes (Drs. 18/25167)

10. **Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD**

    Drs. 18/**27664**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023 hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre (Drs. 18/25167)

11. **Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD**

    Drs. 18/**27665**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023; hier: Art. 6i (Stellenhebungen im Haushalt 2023) - Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten an allen Schularten (Drs. 18/25167)

12. **Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)**

    Drs. 18/**27666**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023;
hier: Änderung des Art. 2 - Kreditermächtigung
(Drs. 18/25167)

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)

Drs. 18/**27667**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023;
hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/25167)

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Josef Zellmeier, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/**27678**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023;
hier: Aufnahme der Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
(Drs. 18/25167)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) wird wie folgt gefasst:

„**Art. 1**
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2023 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 71 424 666 800 € festgestellt.“

2. Art. 8 Abs. 1 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird wie folgt geändert:
   a) Nr. 3 wird aufgehoben.
   b) Die Nrn. 4 bis 9 werden die Nrn. 3 bis 8.
3. Nach Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird folgender Art. 9 (Änderung des Bayerischen Grundsteuergesetzes) eingefügt:

‚**Art. 9**
Änderung des Bayerischen Grundsteuergesetzes

In Art. 10a Abs. 2 Satz 1 Satzteil vor Nr. 1 des Bayerischen Grundsteuergesetzes (BayGrStG) vom 10. Dezember 2021 (GVBl. S. 638, BayRS 611-7-2-F), das durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 704) geändert worden ist, wird die Angabe „31. März 2023“ durch die Angabe „30. November 2023“ ersetzt.‘

4. Der bisherige Art. 9 wird Art. 10.

5. Der bisherige Art. 10 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) wird Art. 11 und wie folgt geändert:
   a) Nr. 2 wird wie folgt geändert:
      aa) Vor Buchst. a wird folgender Buchst. a eingefügt:
         ‚a) Der Besoldungsgruppe A 14 wird folgende Fußnote 5 angefügt:
            „[5)] Erhält bei höherer Wertigkeit des Amtsinhalts an einem Gesundheitsamt mit mindestens 200 000 Einwohnern und Einwohnerinnen im Zuständigkeitsbereich eine Amtszulage nach Anlage 4.“‘
      bb) Die bisherigen Buchst. a bis e werden die Buchst. b bis f.
   b) Folgende Nr. 3 wird angefügt:
      ‚3. In Anlage 4 wird in der Zeile Besoldungsgruppe A 14 in der Spalte Fußnote nach der Angabe „4“ die Angabe „ ‚5“ eingefügt.‘
6. Nach dem neuen Art. 11 wird folgender Art. 12 eingefügt:

‚**Art. 12**

Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes

Art. 6 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Reisekostengesetzes (BayRKG) vom 24. April 2001 (GVBl. S. 133, BayRS 2032-4-1-F), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (GVBl. S. 676) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 2 wird die Angabe „0,15 €“ durch die Angabe „0,17 €“ ersetzt.
2. In Nr. 3 wird die Angabe „0,09 €“ durch die Angabe „0,10 €“ ersetzt.
3. Nr. 4 wird wie folgt gefasst:
   „4. Fahrrads oder elektrisch betriebenen, zweirädrigen Fahrzeugs 0,10 €.“‘

7. Die bisherigen Art. 11 bis 14 werden die Art. 13 bis 16.
8. Anlage 2 zu Art. 13 (DBestHG 2023) wird wie folgt geändert:
   a) Vor der Überschrift wird die Angabe „(zu Art. 13)“ durch die Angabe „(zu Art. 15)“ ersetzt.
   b) Nach Nr. 4.9 wird folgende Nr. 4.10 eingefügt:
      „4.10 [1]Lehrkräfte, die sich für einen Einsatz an einer Schule in einer Region mit nicht ausreichender Bedarfsdeckung (Mangelregion) entscheiden, können einmalig eine Regionalprämie in Höhe von 3 000 € brutto erhalten. [2]Die nähere Ausgestaltung regelt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. [3]Die Gewährung der Regionalprämie erfolgt aus dem Haushaltsansatz bei Kap. 05 02 Tit. 443 07.“
   c) Die bisherige Nr. 4.10 wird Nr. 4.11.
9. Die Anlage zu Art. 1 des Haushaltsgesetzes wird wie folgt geändert:
   a) Einzelplan 03 – Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
      aa) Bei Kap. 03 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03) wird der Ansatz bei folgendem Titel wie folgt geändert:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €
972 06	881	Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich 2023	- 1.629,3

bb) Bei Kap. 03 03 (Allgemeine Bewilligungen) wird der Ansatz bei folgendem Titel wie folgt geändert:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €
893 01	322	Zuschuss an den Bayerischen Landes-Sportverband e.V. zur Errichtung eines Sportcamps im Fichtelgebirge	+ 1.629,3

cc) Bei Kap. 03 24 (Rettungsdienst und Katastrophenschutz) wird folgender neuer Titel eingefügt:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €
894 02	045	Zuschuss zur Errichtung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit	---

dd) Die Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 03 werden um folgenden Betrag erhöht:

Verpflichtungsermächtigung	Haushaltsstelle	2023 Tsd. €
<u>Summe der Verpflichtungsermächtigungen</u> bisher lt. Regierungsentwurf einschl. Nachschubliste vom 07.02.2023		**1.088.989,4**
Zuschuss zur Errichtung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit *Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 15.000,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.* *Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags.*	03 24/894 02	+ 15.000,0
Summe der Verpflichtungsermächtigungen neu		**1.103.989,4**

b) Einzelplan 05 – Staatsministerium für Unterricht und Kultus

aa) Kap. 05 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05) wird wie folgt geändert:

aaa) Folgender neuer Titel wird eingefügt:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €
443 07	841	Prämie für den Einsatz in wenig nachgefragten Regionen (Regionalprämie) *Die nähere Ausgestaltung regelt eine Richtlinie für die Gewährung einer Regionalprämie. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 453 01 sowie 05 04/428 11 und 428 14.*	1.500,0

bbb) Bei Tit. 453 01 (Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen) wird folgender Haushaltsvermerk neu ausgebracht:

„Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 443 07."

bb) Bei Kap. 05 04 Tit. 428 11 (Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (ohne Lehr- und Pflegekräfte)) wird der Haushaltsvermerk wie folgt ergänzt:

„Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 05 02/443 07."

cc) Bei Kap. 05 04 Tit. 428 14 (Entgelte der Aushilfslehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis)) wird der Haushaltsvermerk wie folgt ergänzt:

„Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 05 02/443 07."

dd) Bei Kap. 05 05 (Allgemeine Bewilligungen – Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturpflege) wird die Zweckbestimmung des Tit. 684 09 wie folgt geändert und der Titel wie folgt dotiert:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €
684 09	187	Förderung der Conference of European Rabbis (CER)	1.670,0

ee) Die Gesamtausgaben des Einzelplans 05 erhöhen sich von 14.834.554,5 Tsd. € (Regierungsentwurf einschließlich Nachschubliste vom 07.02.2023) um 3.170,0 Tsd. € auf 14.837.724,5 Tsd. €.

c) Einzelplan 10 – Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

aa) Bei Kap. 10 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10) wird der Ansatz bei folgendem Titel wie folgt geändert:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €
972 03	881	Globale Minderausgabe	- 1.375,0

bb) Bei Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird folgender neuer Titel eingefügt:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €
542 85	291	Ausgaben für einen Pauschalvertrag mit der GEMA für Musikveranstaltungen	1.375,0

cc) Die Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 10 werden um folgenden Betrag erhöht:

Verpflichtungsermächtigung	Haushaltsstelle	2023 Tsd. €
Summe der Verpflichtungsermächtigungen bisher lt. Regierungsentwurf einschl. Nachschubliste vom 07.02.2023		**253.521,1**
Ausgaben für einen Pauschalvertrag mit der GEMA für Musikveranstaltungen *Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 6.800,0* *Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 6.800,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren* *2024 bis 2027 jährlich 1.700,0 Tsd. €*	10 07/542 85	+ 6.800,0
Summe der Verpflichtungsermächtigungen neu		**260.321,1**

dd) Bei Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird bei den Ausgaben der Haushaltsvermerk zur Titelgruppe 85 (Förderung von Maßnahmen, Projekten und Einrichtungen für das bürgerschaftliche Engagement, das Ehrenamt sowie die Freiwilligenarbeit) wie folgt gefasst:

„Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 542 85 und 546 85.
Die Mittel sind übertragbar.“

Berichterstatter zu 1, 14: **Hans Herold**
Berichterstatterin zu 2-9: **Claudia Köhler**
Berichterstatter zu 10-11: **Harald Güller**
Berichterstatter zu 12-13: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatterin zu 1, 14: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatter zu 2-13: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
   Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/27656, Drs. 18/27657, Drs. 18/27658, Drs. 18/27659, Drs. 18/27660, Drs. 18/27661, Drs. 18/27662, Drs. 18/27663, Drs. 18/27664, Drs. 18/27665, Drs. 18/27666, Drs. 18/27667 und Drs. 18/27678 in seiner 169. Sitzung am 9. März 2023 beraten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27678 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung

   Zustimmung empfohlen.
   Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27664 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27663 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Enthaltung
   FDP: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27662 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27659 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27657 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27665 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27661 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27658 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27656 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27667 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27666 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: kein Votum

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27660 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 171. Sitzung am 23.03.2023 in einer **2. Beratung** behandelt und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe, das folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 10 02 wird der Tit. 927 03
   in 2023
   von -21.965,0 Tsd. €
   um -850,0 Tsd. €
   auf -22.815,0 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 10 07 werden
in 2023

bei Tit. 542 85 der Ansatz
von 1.375,0 Tsd. €
um 850,0 Tsd. €
auf 2.225,0 Tsd. €,

die Verpflichtungsermächtigung
von 6.800,0 Tsd. €
um 4.500,0 Tsd. €
auf 11.300,0 Tsd. €
erhöht und

von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 11.300,0 Tsd. Euro werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 bis 2027 jährlich 2.825,0 Tsd. Euro.

Der Änderungsantrag Drs. 18/28109 hat hierdurch seine Erledigung gefunden.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/27656, Drs. 18/27657, Drs. 18/27658, Drs. 18/27659, Drs. 18/27660, Drs. 18/27661, Drs. 18/27662, Drs. 18/27663, Drs. 18/27664, Drs. 18/27665, Drs. 18/27666, Drs. 18/27667, Drs. 18/27678 und Drs. 18/28109 in seiner 96. Sitzung am 23. März 2023 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: kein Votum
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses in der Fassung seiner 2. Beratung empfohlen, mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im Einleitungssatz des neuen Art. 11 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) werden die Wörter „Art. 130b des Gesetzes vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414)“ durch die Wörter „§ 1 des Gesetzes vom 10. März 2023 (GVBl. S. 80)“ ersetzt.

2. Im neuen Art. 11 Nr. 2 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) wird der einzufügende Buchst. a wie folgt gefasst:

‚a) Die Besoldungsgruppe A 14 wird wie folgt geändert:
aa) Der Zeile „Oberrat, Oberrätin[4)]“ wird die Fußnote „[5)]“ angefügt.
bb) Folgende Fußnote 5 wird angefügt:
„[5)] Erhält bei höherer Wertigkeit des Amtsinhalts an einem Gesundheitsamt mit mindestens 200 000 Einwohnern und Einwohnerinnen im Zuständigkeitsbereich eine Amtszulage nach Anlage 4.“‘

3. Im Einleitungssatz des neuen Art. 13 (Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes) werden die Wörter „§ 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2022 (GVBl. S. 308) und Verordnung vom 3. Juni 2022 (GVBl. S. 366)“ durch die Wörter „§ 8 des Gesetzes vom 10. März 2023 (GVBl. S. 80)“ ersetzt.

4. Im Einleitungssatz des neuen Art. 14 (Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes) werden die Wörter „Gesetz vom 23. April 2021 (GVBl. S. 199)“ durch die Wörter „§ 7 des Gesetzes vom 10. März 2023 (GVBl. S. 91)“ ersetzt.

5. Der neue Art. 16 Abs. 2 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten) wird wie folgt geändert:
   a) Die Angabe „Art. 9“ wird durch die Angabe „Art. 10“ ersetzt.
   b) Als Datums des Inkrafttretens wird der „1. Mai 2023“ eingesetzt.

Der Änderungsantrag Drs. 18/28109 hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des federführenden Ausschusses in der Fassung seiner 2. Beratung seine Erledigung gefunden.
Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27678 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: kein Votum
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27663 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27662 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27659 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/27657 und 18/27664 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27665 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27661 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27658 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27656 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Enthaltung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/27666 und 18/27667 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/27660 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: kein Votum
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

A b l e h n u n g empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.03.2023 **Drucksache** 18/**28160**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Dem Einzelplan 01 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.03.2023 **Drucksache** 18/**28162**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.03.2023 **Drucksache** 18/**28164**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27945) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.03.2023 **Drucksache** 18/**28166**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27949) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.03.2023 **Drucksache** 18/**28168**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27962) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Harald Kühn
Abg. Andreas Krahl
Abg. Susann Enders
Abg. Andreas Winhart
Abg. Gudrun Brendel-Fischer
Abg. Ruth Waldmann
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Christina Haubrich
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Toni Schuberl

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27584 mit 18/27599)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/27600 mit 18/27605 und 18/27983)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27561 mit 18/27573)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27606 mit 18/27624)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27574 mit 18/27583)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27552 mit 18/27560)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/27617 und 18/27618 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Harald Kühn für die CSU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Leider ist der menschenverachtende Krieg in der Ukraine noch nicht zu Ende. Der Freistaat Bayern hilft vielen Kriegsflüchtlingen. Hierzu zählt auch eine sachgerechte medizinische Versorgung.

Bezüglich der Corona-Krise verweise ich auf meine Worte in der Plenarrede vom 06.04.2022. Eine offene Aufarbeitung dieser Zeit, auch der Maßnahmen, erscheint vor dem Hintergrund möglicher neuer Ausnahmesituationen sinnvoll und notwendig, vor allem auf Bundesebene. Ausdrücklich danke ich Herrn Staatsminister Holetschek in diesem Zusammenhang für seine Aussage in der Plenarsitzung vom 22.03.2023 – Zitat –:

> Wir haben aus Verantwortung gehandelt, und wir müssen diese Pandemie aufarbeiten. […] Wir werden alles überprüfen und betrachten.

Gerade in den vergangenen Jahren konnte konstatiert werden, dass wir grundsätzlich eine sehr leistungsfähige gesundheitliche Versorgung haben, die eine große, gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Durch die demografische Entwicklung, den wirtschaftlichen, technischen und medizinischen Fortschritt sowie das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Menschen steigen die Lebenserwartung, der Finanzbedarf und die Relevanz der Gesundheitswirtschaft.

Die bayerische Gesundheitswirtschaft hat neben den Versorgungsaufgaben auch eine sehr große strukturpolitische Bedeutung und trägt zur Schaffung bzw. Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum bei – mit 60 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung und 1,2 Millionen Beschäftigten.

Leistungsfähige Krankenhäuser sind hierbei ein wesentlicher Teil. Insofern ist es erfreulich, dass für dieses Jahr im Etat zusammen mit den Kommunen wieder 643 Millionen Euro vorgesehen sind. Der Landesanteil für den Krankenhauszukunftsfonds umfasst 180 Millionen Euro, beim Härtefallfonds sind es für die Krankenhäuser 100 Millionen und je 30 Millionen für Reha- und Pflegeeinrichtungen.

Zeitgemäße Standards in den Kliniken erfordern kontinuierliche Investitionen. Deshalb gibt es ein Jahreskrankenhausbauprogramm, deshalb gibt es auch ein neues Programm für kleinere Krankenhäuser. Auch das Thema Klimaneutralität ist für die bayerischen Krankenhäuser von großer Bedeutung. Mit der Initiative "Green Hospital^{PLUS}"

der Staatsregierung soll den Kliniken Hilfestellung geboten werden, ihren Energieverbrauch spürbar zu senken und so einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch deutlich betonen, dass die geplante Krankenhausreform der Bundesregierung keine nachteiligen Effekte auf die Versorgungssituation der Menschen in Bayern haben darf. Eine enge Abstimmung mit dem Freistaat Bayern erwarten wir.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Entwurf des Einzelplans 14 umfasst 876,3 Millionen Euro. Im Personalbereich haben wir 1.865 Stellen, davon 475 im Ministerium, die sich auf die Städte München und Nürnberg mit jeweils drei Standorten verteilen. Die übrigen Stellen sind bei den nachgeordneten Behörden angesiedelt. Insgesamt haben wir 109 Stellen mehr als im Vorjahr; 60 davon sind im Bereich der Pflege.

Zum Sachhaushalt: In diesem Jahr werden wieder eine Vielzahl von Maßnahmen in den Themenbereichen Prävention und Gesundheitsschutz, wie zum Beispiel der Präventionsschwerpunkt "Gesundheitliche Folgen der Einsamkeit", mit insgesamt 60 Millionen Euro unterstützt.

Bayern möchte auch anhand verschiedener Programme vor allem zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation im ländlichen Raum beitragen. Das Programm für die Kurorte und Heilbäder, das Stipendienprogramm für Medizinstudenten und die Landarztprämie seien hier ebenso erwähnt wie das neu aufgelegte Förderprogramm für kommunales Engagement im Sinne einer wohnortnahen vertragsärztlichen Versorgung.

Seit 2015 haben wir die Gesundheitsregionen^{plus}. Das Konzept wird sehr gut angenommen; 62 Regionen sind bereits in der Förderung. Es ist vorgesehen, dass die Geschäftsstellenleiter, deren Förderung ausläuft, künftig in die Planstellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes übernommen werden. Das bedeutet einerseits eine

Verstetigung und zum anderen eine Entlastung der betroffenen Landkreise. Insgesamt sind zur Verbesserung der Versorgung und Infrastruktur im ländlichen Raum 18,4 Millionen Euro vorgesehen.

Die wichtige Arbeit unserer Hebammen sowie in der Geburtshilfe wird weiter mit 31 Millionen Euro gefördert.

Zum Thema Pflege ist zu berichten, dass in dieser Periode bisher 4.000 Pflegeplätze geschaffen worden sind; für die nächste Periode sind weitere 8.000 Plätze vorgesehen. Das Programm "PflegesoNah" ist mit 54 Millionen Euro und 80 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen sehr wichtig.

Leider ist auch in Bayern der Fachkräftemangel groß. Deshalb wird unter anderem die Kampagne, Jugendliche für den Pflegeberuf zu begeistern, in diesem Jahr fortgesetzt. Rund 100 Millionen Euro stehen für die Umsetzung des Pflegeberufegesetzes zur Verfügung. Neu aufgelegt wird ein Stipendienprogramm für Pflegestudenten. Zur Förderung von Integrationsmaßnahmen für ausländische Pflegekräfte haben wir 3 Millionen Euro eingeplant.

Für das von der Staatsregierung als sinnvoll erachtete Landespflegegeld sind im Haushalt 2023 für diese Periode noch einmal 430 Millionen Euro vorgesehen.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Erprobung von sogenannten Springer-Konzepten in der Pflege; 30 Modellprojekte sind vorgesehen. Hierdurch sollen eine Entlastung der Arbeitskräfte und die individuelle, bedarfsorientierte Abdeckung von Personalausfällen ermöglicht werden. 4,5 Millionen Euro Ausgabemittel plus 3 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen sind dafür vorgesehen.

Für das Programm zum Neu- und Ausbau von Pflegeheimen haben wir wieder 44 Millionen Euro – plus 70 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen – eingestellt.

Insgesamt sind für diesen Themenkomplex 134 Millionen Euro, also ein erheblicher Betrag, vorgesehen; das sind 34 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Eine Fortsetzung bzw. ein weiterer Ausbau ist vorgesehen für die Familienpflege sowie für die Maßnahmen und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen und für Menschen mit Behinderung. Die Zahl der Pflegestützpunkte – viel diskutiert – erhöht sich von 32 auf 49. Ich verweise auch auf die Bayerische Demenzstrategie.

Hohes Haus, der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Pflege und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden sind deshalb ein Gebot der Menschlichkeit. Mit 2,1 Millionen Euro können die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung im stationären und im ambulanten Bereich verbessert sowie der weitere Ausbau der ambulanten Hospizarbeit und der stationären Hospize unterstützt werden.

Kolleginnen und Kollegen, gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich der breiten Öffentlichkeit die außerordentlich große Bedeutung der Arbeit des gesamten Personals im Bereich Medizin und Pflege einschließlich privater Gesundheits- und Pflegeanbieter sowie der sozialen Wohlfahrtsverbände. All diesen für das Funktionieren unseres Gemeinwesens so wichtigen Menschen sei bei dieser Gelegenheit vielmals gedankt.

Mein Dank gilt zudem allen verantwortlichen Vertretern der Bayerischen Staatsregierung, insbesondere Herrn Staatsminister Holetschek – für ihre hervorragende Arbeit, dem Patienten- und Pflegebeauftragten Herrn Prof. Dr. Peter Bauer sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatsverwaltung. Ich danke auch ausdrücklich für die konstruktiv-kritische Zusammenarbeit mit der Opposition. Ausdrücklich danke ich auch dem Vorsitzenden des Fachausschusses Bernhard Seidenath und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu Einzelplan 14.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Andreas Krahl. Sie haben das Wort.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Monaten wählen die Menschen in Bayern ihren neuen Landtag. Ja, es ist schon wieder Wahlkampf. Deswegen vergeht kaum ein Tag ohne neue Möchtegern-Erfolgsmeldungen aus dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. "Klinikpersonal durch Bürokratie-Abbau entlasten" – Modellprojekt. "Resilienzprogramm für Beschäftigte in der Langzeitpflege" – Modellprojekt. "Klinische Versorgung von Patienten mit Demenz verbessern" – Modellprojekt. Fototermine von Hospizeröffnungen – natürlich mit dem Ministerpräsidenten! Wobei festzuhalten bleibt: Wenn dem Ministerpräsidenten an dem Ressort für Gesundheit und Pflege ernsthaft etwas läge, dann würde er der Debatte – es ist immerhin die Königsdisziplin – hier beiwohnen.

Verstehen Sie mich nicht falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich unterstelle weder dem Staatsminister unlautere Motive noch rede ich gute Ansätze schlecht. Es ist richtig, dass in diesem Ressort Geld in die Hand genommen wird.

Aber – jetzt kommt das Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen –: Seit fünf Jahren verschlingt Söders Gießkannenwahlgeschenk, das Bayerische Landespflegegeld, jährlich mehr als 400 Millionen Euro und damit rund ein Drittel des gesamten Gesundheitsetats. Für ein paar nette Wahlplakate, die wir jetzt sicherlich wieder sehen werden, leistet sich Bayern Jahr für Jahr diese enorme Summe – ohne jeden Nutzen für die Pflegeinfrastruktur!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gehen wir ins Beispiel: 2018 – 17,8 Millionen Euro für Pflegekräfte in der Langzeitpflege gegen 400 Millionen Euro ohne Sinn und Verstand für das Landespflegegeld. 2019 – 1,3 Millionen Euro für die "Koordinierungsstelle Bayern Demenz im Krankenhaus" gegen 400 Millionen Euro Landespflegegeld. 2020 – 10.000 bis 15.000 Euro Förderung für jeden Palliativplatz gegen 400 Millionen Euro Landespflegegeld. 2022 – beinahe flächendeckende Engpässe bei der Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der pflegerischen Versorgung gegen 400 Millionen Euro Lan-

despflegegeld. Oder schauen wir direkt in dieses Jahr – mein ganz persönlicher Favorit –: Ein Runder Tisch mit Frau Nahles zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege gegen 430 Millionen Euro Landespflegegeld.

Zugegeben, meine Damen und Herren, das war plakativ und bewusst provokant. Doch der Punkt ist ganz eindeutig: Sie, liebe CSU-Fraktion, verschenken ganz bewusst diese Mittel bedarfsunabhängig. Für die einen sind die 1.000 Euro, die sie jährlich kriegen, nicht mehr als ein Taschengeld und für die anderen weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Stellen Sie sich doch einmal diese 400 Millionen Euro als Investition in nachhaltige und beständige Strukturen vor: Pflegestrukturreform, zukunftsorientierter Ausbau der Pflegeinfrastruktur, Pflegebedarfsplanung, innovative Konzepte wie Advanced Practice Nursing, mobile Teams, Demenz-WGs, Steigerung der Akademisierungsquote durch Stipendien gleich von Anfang an, Gesundheitsförderung und Prävention auch für Pflegende statt warmer Worte, stringente Digitalisierung im Pflegebereich statt Flickenteppich.

Hand aufs Herz, lieber Klaus Holetschek, was würdest du denn mit den 400 Millionen Euro tun, wenn dein Ministerpräsident das Landespflegegeld nicht so vollmundig versprochen hätte?

Was sich Bayern außerdem leistet – damit versuche ich zum Ende zu kommen –, und das fast schon zum Schnäppchenpreis, wenn man ehrlich ist: für nur knapp 3 Millionen Euro jährlich die Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Das Hauptargument für diese Vereinigung war damals übrigens Freiwilligkeit der Mitgliedschaft und der Registrierung. Und heute? – Von 167.000 in der Pflege Tätigen sind gerade einmal 3.200 Mitglied dieser Vereinigung. Meine Damen und Herren, das sind 2 %!

Jetzt kommt von der Staatsregierung endlich die Pflichtregistrierung. Ich möchte es an dieser Stelle deutlich betonen: Ich bin gespannt, wie Ihre Kommunikation dazu ausschauen wird.

Sie wissen, der ehrliche Weg wäre es gewesen, eine echte Pflegekammer für Bayern einzurichten. Dieser Einzelplan ist den gewaltigen Herausforderungen im Bereich Gesundheit und Pflege definitiv nicht gewachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollegin Susann Enders. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit und Pflege sind die Themen unserer Zeit. Dass wir in Bayern, als Bayernkoalition, paradoxerweise für eine bundesweit gute Pflege- und Krankenhauspolitik kämpfen müssen, ist nicht zuletzt den irrsinnigen Plänen und Verfehlungen des SPD-Gesundheitsministers Lauterbach geschuldet. Ein Mann, der Fakten als variabel ansieht, der sich um Kopf und Kragen redet, der in der Bevölkerung jegliches Vertrauen verspielt hat, er ist der Totengräber unserer bayerischen Krankenhäuser. Seine Politik vernichtet jegliches Vertrauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ruth Waldmann (SPD): Das ist doch unerhört!)

– Das sind Tatsachen.In Bayern investieren wir massiv in den Bereich Gesundheit und Pflege. Das Gesamtvolumen für das Haushaltsjahr 2023 beträgt rund 868,4 Millionen Euro. Wir haben uns beraten und unsere Schwerpunkte auf Leistungen im Bereich der Gesundheitsversorgung, in den Bereichen Pflege und Hospiz sowie Prävention und Gesundheitsschutz gelegt, aber auch mit 643 Millionen Euro Investitionskosten sowie 20 Millionen Euro jährlich für fünf Jahre, also 100 Millionen Euro, auf Betriebskostenstrukturförderung für die Krankenhäuser im ländlichen Raum.

Blicken wir ein wenig detaillierter in die Posten, sehen wir Investitionen, die sich in diesem Jahr beispielsweise auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der

Gesundheitsversorgung, insbesondere für die Unterstützung von Kur- und Heilbädern, die Landarztprämie und die Fortführung bestehender sowie die Förderung neuer Gesundheitsregionen^{plus} konzentrieren. Rund 18,4 Millionen Euro haben wir hier veranschlagt.

Für den Defizitausgleich für Abteilungen der Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern wird ein Finanzvolumen in Höhe von 28 Millionen Euro bereitgestellt.

Unsere Gesundheitsämter sollen stark bleiben und stärker werden. Eine personelle Stärkung bedeutet 79 Millionen Euro vom Bund; davon entfällt auf die kommunalen Gesundheitsämter München, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt und Memmingen ein Betrag in Höhe von 14,1 Millionen Euro.

Wir wollen unseren Gesundheits- und Pflegebereich noch weiter antreiben und verbessern. Daher haben wir mit unseren Änderungsanträgen weiter an wichtigen Stellschrauben gedreht, zum Beispiel bei der Digitalisierung und durch die Anhebung der Mittel im Gesundheits- und Pflegebereich. Das Projekt Health 4.0 befasst sich mit technischen Hilfsmitteln bestehend aus einer passiven Sensormatte, einem digitalen Hub mit offener und auf Künstlicher Intelligenz basierter Softwarearchitektur sowie einem intuitiven Userinterface auf mobilen und stationären Endgeräten – das Lyng-System bzw. die Lyng-Lösung. Es geht darum, Informationen zum individuellen Gesundheitszustand des Patienten aufzunehmen, unmittelbar digital zu verarbeiten und in Echtzeit einfach und verständlich auch für die Ärzteschaft und Pflege darzustellen. Hierzu soll eine Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der Patientenversorgung im Rahmen der Gesundheitsversorgung durchgeführt werden.

Mit einem weiteren Antrag wollen wir die Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen, insbesondere die Förderung von Hospizvereinen erhöhen. Die Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände wollen wir in diesem Jahr anpassen; denn aufgrund ungünstiger Entwicklung von infrastrukturellen soziodemografischen Faktoren kann es insbesondere beim Zusammentreffen einer alternden Be-

völkerung mit erhöhtem medizinischen Versorgungsbedarf bei gleichzeitig älter werdender Ärzteschaft sowie ungünstiger Erreichbarkeit und Mobilitätslage in Einzelfällen zu einem eingeschränkten Zugang zur medizinischen Versorgung kommen. Um solche Lücken zu schließen, unterstützt der Freistaat Gemeinden im ländlichen Raum. Zudem wollen wir die Sicherung der Ärzteversorgung in der Zukunft ebenso wie die Stärkung vorhandener Gesundheitsfaktoren vor Ort garantieren.

Der Antrag zum Thema "Health-Tech-Lab" nimmt den Gesundheitscampus Bad Kötzting in den Fokus. Es geht um das Thema Gesundheitstechnologien.

Unsere Bayernkoalition setzt starke Impulse über die Posten im Bereich Gesundheit und Pflege hinaus. Wir haben es geschafft, die wirtschaftlichen Folgen von Ukraine-Krieg und Corona-Pandemie bestmöglich abzufedern. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Plan und unsere Anträge. Die Änderungsanträge der Opposition lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Andreas Winhart. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir beraten heute den Einzelplan für den Bereich Gesundheit und Pflege. Bei der Pflege brennt es bekanntlich landauf, landab. Wir haben diverse Imagekampagnen erleben müssen, die nicht funktionieren. Wir leisten uns immer noch eine Vereinigung der Pflegenden, die diesen Namen nicht verdient, sondern eher eine Interessenorganisation der Staatsregierung ist und versucht, das, was man in dem Bereich Pflege verbockt, noch irgendwie schönzureden.

Wir spüren die Auswirkungen von Generalisierung und Akademisierung in der Pflege. Die Pflegenden, egal ob in der Altenpflege oder in der Krankenhauspflege, sind demoralisiert, sind eben nicht mehr bereit, ihren Job zu machen; viele entscheiden sich für einen anderen Beruf, entweder aus dem Beruf heraus oder bereits bei der Berufswahl. Es brennt hinten und vorne.

Jetzt sind wir bei den ambulanten Pflegediensten, die sehr unter den Auswirkungen der Energiekrise und vor allem der hohen Spritpreise leiden, meine Damen und Herren, und sich überlegen, ob sie den einen oder anderen Patienten überhaupt noch bedienen können.

Zuletzt im Bereich Pflege der große Rohrkrepierer: das Landespflegegeld, das den Leuten wie eine Wurst vor die Nase gehalten wird, nach der sie aber nicht schnappen können. Wir haben im Ausschuss für Gesundheit und Pflege regelmäßig Petitionen, mit denen sich Menschen darüber beschweren, dass sie dieses Geld nur schwer bekommen können. Meine Damen und Herren, die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein. Hinzukommt: Die Heimkosten sind mittlerweile so gestiegen, das können sich Leute mit einem normalen Einkommen kaum mehr leisten, hier für ihre Angehörigen einzuspringen.

Es brennt also hinten und vorne, und es müsste einiges geändert werden, auch beispielsweise im Bereich der Krankenhäuser. Die kleinen Landkrankenhäuser sind nicht nur gefährdet durch die Reform, die Herr Lauterbach jetzt ins Feld führen möchte, die definitiv der Todesstoß für unsere Landkrankenhäuser ist. Nein, bereits jetzt sind gerade im südbayerischen Raum viele gefährdet, aber auch beispielsweise in der Oberpfalz und in den anderen bayerischen Regierungsbezirken. Ich möchte exemplarisch Haag in Oberbayern nennen. Freilassing muss schließen, die Notfallaufnahme in Berchtesgaden usw. Wir haben Ihnen das alles schon mitgeteilt. Sie haben es großzügig in Ihrer politischen Arroganz abgelehnt. Es wäre höchste Zeit, hier etwas für die Bevölkerung zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Dann geht es weiter mit den Krankenhäusern. Die Geburtshilfe wurde schon angesprochen. Ich weiß nicht, Frau Enders, wie Sie überhaupt noch diese 28 Millionen Euro lobend erwähnen können, wo doch gerade in Ihrem Stimmkreis die letzte Geburtshilfestation schließt. Ich würde mich schämen, hier solche Äußerungen zu machen. Diese Regierung hat die Geburtshilfe sträflich vernachlässigt. Der Hebammenbonus, den wir am Anfang dieser Legislaturperiode verabschiedet haben, bringt überhaupt nichts. Nein, die Hebammen gehen aus dem Job. Jetzt versucht man auch noch, das Ganze mit Akademisierung irgendwie zu kitten. Auch das funktioniert nicht. Die größte Luftnummer kommt dabei von den GRÜNEN; die wollen jetzt tatsächlich auch noch einen Promotionsstudiengang für die akademisierten Hebammen. Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen wieder Hebammen, die am Patienten arbeiten und nicht den anderen erklären, wie es eigentlich geht.

Dann haben wir das Thema Ärzte. Die Notärzte und Sanis klagen landauf, landab, dass sie darunter leiden, sehr weit fahren zu müssen, dass sie vor überlasteten Kliniken stehen. Diese Notärzte, diese Sanis tragen die Last, dass es in Bayern zu wenige Akutbetten gibt. Wir haben immer noch den Ärztemangel; den ist man auch in den letzten vier Jahren nicht wirklich angegangen. Wir haben das Landarztproblem. Um das auch noch zu erwähnen: Wir bilden immer noch die meisten Medizinstudenten aus. Wenn sie dann Ärzte sind, gehen sie weg aus Bayern. Dass wir so viel Geld in die medizinische Ausbildung stecken, lohnt sich für die bayerische Bevölkerung leider hinten und vorne nicht.

Dann kommen wir zum Bereich Pharma. Wir haben da das gleiche Problem. Wir geben viel Geld aus, um Start-ups zu fördern, trotzdem leidet die bayerische Bevölkerung an einem Mangel an Fiebermitteln oder Schilddrüsenmedikamenten. Überall herrscht Mangel. Man kommt sich ein bisschen vor wie in Kuba und nicht wie in Bayern, wie es sein sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das größte Problem, das wir derzeit haben, sind die Folgen der völlig vergeigten Corona-Politik der letzten Jahre. Meine Damen und Herren, Sie steckten viel Geld in Testzentren, die nachweislich nichts gebracht haben. An Masken haben Sie sich selber gut bereichert. Aber was Sie komplett vergessen haben, das sind die Menschen, die an Long COVID leiden, die nicht mehr schmecken können, die bis heute nervliche Probleme haben, weil ihre Sinne nicht mehr funktionieren, sodass sie sich in ihrem Lebensalltag nicht mehr wie zuvor zurechtfinden. Da fließt kaum Geld rein. Wir wollen hier 10 Millionen Euro extra für die Forschung und Therapie von Long-COVID-Patienten. Dieses Geld ist gut angelegt, ist bestens angelegt. Darüber werden wir heute namentlich abstimmen, damit man weiß, wer hier für Bayerns Patienten etwas tun will und wer nicht.

Wir werden das Gleiche auch noch tun für die unheilvolle Impfung, die Sie allen mit Nachdruck empfohlen haben. Das Post-Vac-Syndrom kann eigentlich nicht mehr bestritten werden. Da muss man schon ein großer Verschwörungstheoretiker sein, um Post-Vac-Syndrome wegzudiskutieren.Auch hier müssen Gelder investiert werden, um dieses Problem endlich anzugehen. Auch hier wollen wir 10 Millionen Euro extra einstellen, meine Damen und Herren. Damit bin ich am Ende. – Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich der Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Winhart, Sie haben auch auf den Pflegemangel hingewiesen. Ist Ihnen und Ihrer Fraktion eigentlich bewusst, wie viele Menschen, die auch über einen Asylstatus verfügen und als Geduldete hier im Land leben, in der Pflege tätig sind und dafür sorgen, dass wir diesen Mangel reduzieren können?

Andreas Winhart (AfD): Frau Kollegin, natürlich bin ich über die Zahlen informiert und stets darüber im Bilde, was sich am Pflegemarkt tut. Das gehört für ein Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Pflege dazu. Ich frage Sie aber: Sind Sie darüber informiert, wie viele Pflegerinnen und Pfleger ihren Job aufgegeben haben, weil ihnen Herr Holetschek mit einer Zwangsimpfung gedroht hat?

(Alexander König (CSU): Das ist unfair, weil sie nicht antworten kann! – Andreas Krahl (GRÜNE): Das stimmt nicht! Wir haben mehr als vorher!)

Wissen Sie, wie viele Pflegerinnen und Pfleger ihren Job aufgegeben haben, weil sie mit diesen Arbeitsbedingungen nicht mehr zurechtkommen, weil jetzt die Landkrankenhäuser schließen? Für einen Dienstbeginn um 06:00 Uhr müssen sie schon um 04:00 Uhr aufstehen, weil sie 40, 50 oder 60 Kilometer zur Arbeit fahren müssen. Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie hat allen vor Augen geführt, was eigentlich schon vorher offensichtlich war: Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung ist das Kernstück der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Deswegen muss auch der Haushalt für Gesundheit und Pflege eine ganz zentrale Rolle in der bayerischen Politik spielen.

(Beifall bei der SPD)

Die bestmögliche medizinische Versorgung muss gewährleistet sein, dauerhaft gesichert werden und – das ist ganz wichtig – allen Menschen zugänglich sein; das sind auch Menschen mit wenig Geld oder wenig formaler Bildung, Kinder und ältere Men-

schen sowie Menschen mit Behinderung. Sie alle müssen die gleichen Chancen haben und sich auf die gesundheitliche Infrastruktur jederzeit verlassen können.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen betone ich immer wieder: Geld, das in diesen Haushalt fließt, ist gut angelegtes Geld. Das können Sie ruhig wörtlich nehmen; denn dieses Geld wird angelegt, also in eine gesundheitliche Versorgung investiert, die eine unverzichtbare Grundlage für uns alle ist. Dieses Geld wird eben nicht einfach verbraucht und ist dann weg, sondern wir schaffen damit die Grundlage für eine gemeinsame gesunde Zukunft. Dieses Verständnis ist für uns als SPD sehr wichtig. Darum stellen wir unsere Haushaltsanträge und Vorschläge unter das Motto "Investitionen in die gesundheitliche und soziale Infrastruktur".

Wir als SPD wollen sowohl in die professionelle Pflege in Einrichtungen als auch in die Pflege daheim investieren. Eines der größten Probleme beim Pflegenotstand ist bekanntlich der Personalmangel. Wir müssen alles tun, um mehr Menschen für diesen schönen Beruf zu gewinnen; natürlich geht es auch darum, dass sie dann auch dauerhaft dort bleiben und durchhalten können. Dazu gehören an erster Stelle bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung, um die ganz aktuell in der Tarifauseinandersetzung gerungen wird.

Wir müssen dabei schauen, welche Stellschrauben wir in Bayern haben, um für Verbesserungen zu sorgen. Wir als SPD wollen die Pflegekräfte und Beschäftigten im Gesundheitswesen mit Investitionsförderungen unterstützen, zum Beispiel eben auch für bezahlbaren Wohnraum. Die Träger der Einrichtungen sollen dabei unterstützt werden, dauerhaft günstige Personalwohnungen schaffen zu können. Das wäre doch ein echter Beitrag, um diesen Beruf deutlich attraktiver zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht es auch darum, von der Ausbildung an sorgsam mit den angehenden Pflegekräften umzugehen. Wir wollen die Praxisanleitung auf solide finanzielle Beine stellen. Das musste bisher die ausbildende Pflegeeinrichtung leisten. Das ist dann bei der akademischen Pflegeausbildung anders. Fachleute schätzen, dass bei einer seriösen Praxisanleitung etwa 7.000 Euro pro Jahr für Studierende fällig werden. Wenn das nicht auskömmlich finanziert wird, bleibt dieser wichtige Teil auf der Strecke.

Viele gut ausgebildete Pflegekräfte haben dem Beruf auch ganz den Rücken gekehrt oder arbeiten in Teilzeit. Wir müssen sie mit fairen Gehältern, mit planbaren Arbeitszeiten und mit guten Arbeitsbedingungen zurückgewinnen. Wir als SPD schlagen zudem einen Rückkehrbonus von 1.000 Euro vor. Wenn man davon ausgeht, dass man damit bis zu 42.000 Personen in Bayern ansprechen kann, dann sind das 42 Millionen Euro, und wir sagen: Das wäre eine gute Investition.

Genauso wichtig ist die Pflege daheim. Schließlich werden drei Viertel der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Die meisten Menschen wollen so lange wie möglich zu Hause leben können. Ein Großteil wird ausschließlich von Angehörigen gepflegt. Sie sind der größte Pflegedienst unseres Landes, und ohne sie geht es nicht. Deswegen müssen wir auch alles für ihre Unterstützung tun. Dazu gehört zum Beispiel der weitere Ausbau der Pflegestützpunkte, über den wir jetzt schon so viele Jahre reden. Seit vielen Jahren sind uns schon 60 Pflegestützpunkte im Land zugesagt worden, die noch lange nicht erreicht sind. Es geht voran, aber zu langsam.

Wir als SPD sind der Meinung, dass wir sogar in allen Landkreisen und kreisfreien Städten solche Pflegestützpunkte brauchen, die die bereits bestehenden Angebote auch unter ein Dach bringen können, um Kooperationen und Synergien zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig ist auch das Pflegeprogramm "PflegesoNah", ein eigentlich gutes Programm, das wir sehr gerne unterstützen. Pflege im sozialen Nahraum verzahnt moderne sowie auch ambulante und stationäre Angebote; dort wird der soziale Nahraum

einbezogen. Das hat große Hoffnungen geweckt. Das ist ein gutes Programm, aber es ist finanziell nicht genügend ausgestattet. Hier im Haushalt ist die Gelegenheit, darüber zu reden, dass Sie die Hoffnungen, die Sie geweckt haben, auch erfüllen. Sie wissen ja selbst, wie wichtig das ist. Also statten Sie das bitte auch umfänglich aus und folgen Sie unseren Anträgen!

(Beifall bei der SPD)

Leider können viele solcher wichtigen Anträge, die aus den verschiedenen Regionen kommen, immer noch nicht bedient werden, weil das Geld nicht reicht. Apropos große Hoffnungen: Wir haben von der Pflegeplatzgarantie gehört und warten noch immer. Auch dort wurden große Hoffnungen geweckt; davon ist überhaupt keine Rede mehr. Das eigentliche Problem dabei ist, dass noch nicht einmal ein Plan existiert, bis wann und wie sie dann eigentlich umgesetzt werden soll. Wenn man das bis jetzt nicht schafft, in Ordnung; aber wenn wir dann wenigstens wüssten, in welchen Schritten, bis wann und mit welchen überprüfbaren Teilschritten es vorangeht, dann würde man die Leute wirklich aus ihrer Verzweiflung holen.

Wir müssen auch weiterhin die Kommunen entlasten, wir müssen in gesunde Krankenhäuser investieren; das hat mein Kollege heute Mittag schon gesagt. Es bleibt dabei: Krankenhausplanung ist und bleibt Ländersache.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer für die FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die medizinische Versorgung muss vom Patienten her gedacht werden; diese Auffassung eint uns. Deshalb möchte ich Ihnen exemplarisch einmal einen meiner Patienten vorstellen, dessen Sorgen und Probleme darstellen. Nennen wir ihn Herrn Bayer aus Bayern, 88 Jahre alt.

Dieser Patient wurde noch am Freitag von mir ins Krankenhaus geschickt mit einer Infektion des Vorfußes; er war kardial dekompensiert – das heißt, er hatte etwas Wasser auf der Lunge – und hatte weitere chronische Erkrankungen. Am gleichen Tag wurde er vom Krankenhaus wieder nach Hause geschickt. Es fehle die Zuständigkeit; der Patient sei nicht so stark krank, dass er aufgenommen werden müsste.

Beim Patienten besteht aber auch ein Versorgungsproblem; das wurde von mir groß auf die Krankenhauseinweisung geschrieben. Ich habe das mit drei Ausrufezeichen versehen, weil ich einfach garantiert haben wollte, dass er gut versorgt wird.

Jetzt kam er nach Hause. Für ihn war kein ambulanter Pflegedienst zu organisieren. Die Pflegeplatzgarantie zieht nicht; das heißt: Wir haben auch nicht die Möglichkeit, ihn in eine Pflegeeinrichtung zu bringen. Also versorgt ihn seine Ehefrau, selbst 85 Jahre alt und chronisch erkrankt, zu Hause. Auch hier besteht das Problem, einen Kurzzeitpflegeplatz für ihn zu bekommen, damit die Frau vielleicht einmal Urlaub machen und sich erholen kann.Auch hier schaut es schlecht aus.

Die Initiativen, die gestartet werden, das heißt, ein Kurantrag, bedeuten einen hohen bürokratischen Aufwand, der in der Praxis einiges an Zeit bindet. Trotzdem wird das natürlich gemacht. Aber wir erfahren dann immer wieder Ablehnungen dieser Anträge. Auch die Hilfsmittelversorgung ist nicht perfekt. Regelmäßig werden Hilfsmittel abgelehnt, auch von den Krankenkassen, in diesem Fall ein elektronisch betriebener Rollstuhl. Die Krankenkasse argumentiert: Da gibt es die Ehefrau, die kann diesen Rollstuhl schieben. Deshalb braucht es den elektronischen Antrieb nicht, weil er einfach teuer ist. – Natürlich muss gespart werden im System, aber nicht an dieser Stelle. Wenn die Krankenkasse sich hier genauer informiert hätte, würde sie wissen, dass die Ehefrau dies nicht leisten kann.

Ein Grad der Behinderung kann in dem einen oder anderen Fall hilfreich sein. Viele Patienten und Bürgerinnen und Bürger kennen dieses Instrument gar nicht. Im Pflegedschungel kommen viele gar nicht zurecht. Deshalb sind gerade diese Institutionen

wie Pflegestützpunkte und Fachstellen unheimlich wichtig, um Informationen zu bekommen.

Ich als Hausarzt habe für den Patienten immer weniger Zeit, weil es immer mehr Patienten werden, die auf die einzelnen Praxen zukommen. Da hilft es wenig, wenn wir in zwölf Jahren eine Landarztquote zum Laufen bekommen. Der Patient benötigt auch Medikamente. Er hat, wie von mir eingangs gesagt, eine Infektion im Fuß. Aber leider ist auch dieses Medikament, das Antibiotikum, das standardmäßig gegeben wird, momentan nicht lieferbar. Für diesen Patienten sind Facharzttermine nötig, weil er in der Klinik nicht versorgt werden kann. Das heißt, er braucht einen Kardiologen, einen Dermatologen – ich will das jetzt gar nicht weiter fortführen. Auch hier haben wir das Problem: A machen die keine Hausbesuche, und B reden wir von einem Zeitfenster für Terminvergaben von drei Monaten. Auch das Landespflegegeld hilft in diesem Zusammenhang nicht. Es ist zwar nice to have, aber für diesen konkreten Fall nicht ausreichend. Der Bedarf wird dadurch bei Weitem nicht gedeckt.

Deshalb und solange Sie dieses Landespflegegeld mit 430 Millionen Euro, der Hälfte des Einzelplans 14, mit auf Ihrer Agenda stehen haben, können wir diesem Einzelplan definitiv nicht zustimmen.

Wir haben andere Anregungen für Sie. Die Demenzerkrankungen nehmen mehr und mehr zu. Deshalb hätten wir den Vorschlag, 30 Millionen in Demenzdörfer zu stecken: eines im Stadtbereich, eines auf dem Land, und es, wenn sich das bewährt, gerne auch auszuweiten. Der Medizinische Dienst und die FQA müssen besser vernetzt werden. Wir fordern eine Weiterbildung, eine Fortqualifikation. Dafür haben wir 100.000 Euro eingestellt. Wir haben viele weitere Anträge, auch im Bereich ME/CFS und Post-COVID. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Allein 22 Änderungen aus den Reihen der Regierungskoalition und weitere 51 in der Ausschussdebatte verworfene Änderungsanträge der Opposition zeigen: An dem um 26 % auf 868 Millionen Euro aufgestockten Haushalt des Gesundheitsministers ist etwas faul. Deutlich wird das bei den drei Änderungsanträgen, die abgelehnt wurden – Nummer 44 "Forschung und Therapie für Long COVID", Nummer 45 "Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom" und Nummer 47 "Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung". Deren Ablehnung entlarvt den Herrn Gesundheitsminister Holetschek und seine Unterstützer aus CSU und FREIEN WÄHLERN: Ihnen sind das Schicksal und die gesundheitliche Situation derer völlig egal, die auch von ihm mit einer Fülle falscher Behauptungen über die Wirksamkeit und die Nebenwirkungsfreiheit der Corona-Impfung getäuscht und in die Gen-Spritze getrieben wurden. Er will den Menschen, die durch seine Impfkampagne zu Schaden kamen, offensichtlich nicht helfen. Sie, Herr Holetschek, und die Unterstützer sollten sich schämen; denn es ist eine Schande für die Bayerische Staatsregierung, wenn Leuten, die durch Ihr eigenes Tun zu Schaden kamen, nicht geholfen wird.

Weltweit und auch in Bayern sind die Tatsache und das enorme Ausmaß massiver Nebenwirkungen der Corona-Spritze nicht mehr zu verleugnen. Selbst der Bundesgesundheitsminister Lauterbach streitet das nicht mehr ab. Auch das Paul-Ehrlich-Institut sagt, dass bei den unerwünschten schweren Nebenwirkungen eine Dunkelziffer von 90 % herrscht. Das wäre ein Fall pro 125 Geimpften, die dann mit neurologischen, muskulären oder kardialen Symptomen, Autoimmunerkrankungen, Sehstörungen, Schwindel und vielem mehr, aber auch mit dem Tod rechnen müssen. Da es derzeit keine erforschte Diagnostik für die Corona-Impferkrankung gibt, gibt es mangels Nachweises auch keine Entschädigung nach dem Bundes-Imissionsschutzgesetz.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Swoboda. Ihre Rede ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das müssten Sie alle, die hier im Hohen Haus sitzen, aus Ihrer Ehre heraus und aus Sorge um Ihre Wähler und die Mitbürger in Bayern ändern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Swoboda. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 14 hat sich seit 2013 deutlich gemausert. Das ist gut so. Schließlich sind die Themen Gesundheit und Pflege das Fundament von allem. Das haben nicht zuletzt die letzten drei Corona-Jahre gezeigt. Gesundheit ist das Wichtigste – privat wie politisch. Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den Vulnerablen, den Kranken und den Pflegebedürftigen umgeht.

(Ulrich Singer (AfD): Die haben Sie eingesperrt! Ich konnte meine Klienten nicht mehr im Heim besuchen!)

Genau diesen Fundamentalsätzen folgt der Haushalt für das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Kollege Harald Kühn hat es bereits ausgeführt.

(Ulrich Singer (AfD): Die Vulnerablen haben Sie sitzenlassen in der Krise! Ich bin fassungslos!)

Deshalb sind die 876,3 Millionen Euro im Haushalt des StMGP gut angelegtes Geld und ein weiterer großer Schritt auf dem Weg in Richtung unseres gemeinsamen Ziels, die bestmögliche medizinische, pflegerische und pharmazeutische Versorgung zu erhalten, für alle in Bayern, unabhängig vom Wohnort in Stadt oder auf dem Land.

(Ulrich Singer (AfD): Weggesperrt, isoliert haben Sie die Menschen!)

Unser Ziel ist eine flächendeckende Versorgung, passgenau mit ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Leistungen und Leistungen von Heil- und Hilfs-

mittelerbringern, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen.

Nun gibt es Hürden auf diesem Weg. Im Krankenhausbereich werden wir uns weiterhin auf die Hinterbeine stellen und versuchen, den Bedrohungen durch die Pläne auf Bundesebene und durch die Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses entgegenzutreten. Wir stehen zu unseren Krankenhäusern in Bayern. Im Einzelplan 03 stehen wieder mehr als 643 Millionen Euro für die Investitionskostenförderung für unsere Krankenhäuser zur Verfügung.

Es gibt aber diverse weitere Steine und Hürden auf dem Weg zu einer optimalen Gesundheitsversorgung, die wir durch haushaltswirksame Leistungen aus dem Weg zu schaffen versuchen. Damit meine ich vor allem den Fachkräftemangel, den es letztlich in allen Bereichen des Gesundheitswesens gibt. Wir treffen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, bei den Ärztinnen und Ärzten durch die Fortführung von Landarztquote und Amtsarztquote, und bei den Notfallsanitätern, wo es uns gelungen ist, die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen von 245 auf 375. Wir legen mit diesem Haushalt zwei Millionen Euro und damit noch mal 25 Ausbildungsplätze drauf und landen so bei 400 Ausbildungsplätzen in diesem Jahr.

Wir bekämpfen den Fachkräftemangel bei den Hebammen, unter anderem mit dem Hebammenbonus und der Niederlassungsförderung für freiberufliche Hebammen, die auch in der Geburtshilfe tätig sind. – Wir setzen ein Zeichen gegen den Fachkräftemangel bei den medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten, die einen enorm wichtigen Job machen und dringendst gesucht werden. Wir wollen deren digitale Kenntnisse bei der Ausbildung verstärken und so das Berufsbild insgesamt attraktiver machen.

Wir setzen einen Kontrapunkt gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Pflege. Wir wollen mehr junge Menschen für den Pflegeberuf ausbilden und werden deshalb einen Pflegedozentenbonus einführen, für den wir 2 Millionen Euro vorgesehen

haben. Wir wollen Pflegekräfte in ihrem Beruf halten durch die Springerpools, auf die Kollege Kühn schon eingegangen ist. Wir wollen Pflegefachkräfte zurückgewinnen durch ein Projekt in Landsberg am Lech, wo alle aus der Pflege Ausgeschiedenen befragt werden sollen, um zu erfahren, unter welchen Umständen sie zurückkommen würden. Das wird sich dann bayernweit ausrollen lassen.

An der Stelle kann ich die Kritik vom Kollegen Krahl nicht verstehen und muss sie zurückweisen. Ohne die 3 Millionen Euro für die Vereinigung der Pflegenden in Bayern würden die Pflegenden in Bayern genau in dieser Höhe belastet.Stellen Sie doch in Berlin die Zuschläge für die Pflegenden steuerfrei! Damit würden Sie mehr entlasten als mit Ihrer Kritik hier, dass wir 3 Millionen Euro für die Vereinigung bezahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen den Pflegeberuf aufwerten und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Deswegen wollen wir auch die akademisch gebildeten Pflegekräfte, Community Health Nurses, fördern mit einem Projekt in Lindenberg.

Lassen Sie mich angesichts dieser Erfolgs- und Leistungsbilanz betonen: Lieber Herr Kollege Krahl, ich kann Ihre Kritik nicht nachvollziehen. Sie haben gesagt, sie sei "bewusst provokant". Ich würde sagen, dass sie angesichts dessen, was wir machen, armselig ist.

Die Vorschläge der AfD sind der größte Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Sie haben nichts zur Bekämpfung von Corona beigetragen und wollen jetzt den an Long COVID Erkrankten zur Seite springen. Das ist wirklich ein Schlag ins Gesicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Dominik Spitzer beklagt, dass die Sektorengrenzen überwunden werden müssten. Wir müssten den Leistungskatalog der Hilfsmittelerbringer erhöhen. – Das müssten Sie bitte in Berlin tun! Da sind Sie leider im Moment näher dran als wir!

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege ist gut angelegtes Geld. Das Ministerium setzt bei den elementaren Lebensbereichen an, wo die Menschen im Mittelpunkt stehen. Ich danke unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek für sein ebenso segensreiches wie zupackendes und einfühlsames Wirken für die Betroffenen. In diesen Dank schließe ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums an den beiden Standorten München und Nürnberg ein, auch die Mitarbeiter des LGL und des LfP. Jeder einzelne Cent dieses Haushaltsplans ist gut angelegt und gerechtfertigt. Wir werden diesen Haushalt aus Überzeugung und mit Freude beschließen. Ich bitte Sie, das auch zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Seidenath. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christina Haubrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Seidenath, da Sie gerade Berlin angesprochen haben, möchte mit zwei Bemerkungen zur Krankenhausreform starten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass für die Krankenhausplanung und die Investitionskosten für die Krankenhäuser die Zuständigkeit beim Freistaat liegt. Würde sich der Bund nicht um Reformen bemühen, wäre das unkontrollierte Sterben der Krankenhäuser, insbesondere in den ländlichen Regionen, vorprogrammiert. Wir brauchen jetzt einen Reformprozess, den wir in Gang bringen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Woher kommen denn die Vorgaben für die Krankenhäuser? – Aus Berlin!)

Ja, kleine Krankenhäuser kämpfen schon jetzt. Bevor Sie aber nach Berlin rufen, möchte ich Sie daran erinnern, dass Herr Ministerpräsident Söder schon im Jahr 2018 einen Schutzschirm für Krankenhäuser, die in Schieflage geraten sind, versprochen

hat. Wo ist dieser Schutzschirm? – Das war eine leere Versprechung. Dieser Schutzschirm ist nie gekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu unseren Haushaltsanträgen; denn dabei geht es auch um Investitionskosten. Ich warte Jahr um Jahr darauf, dass endlich eine echte Förderung für Green Hospitals kommt. Aber es passiert nichts. Jahr um Jahr erhalten wir mehr Warnzeichen: Hitzetage, Allergien und Tropenkrankheiten vor unserer Haustür. Der Klimawandel ist eine Gefahr für die Menschen, aber auch eine große Belastung für unser Gesundheitssystem. Der Gesundheitssektor ist aber nicht nur Leidtragender, er ist auch Verursacher. Etliche Forscher und Studien appellieren an die Politik, dass wir handeln müssen; denn der Gesundheitssektor trägt mit knapp 5 % zu den nationalen CO_2-Emissionen bei. Leider kann ich in diesem Haushalt keine tiefgreifenden Veränderungen auf dem Weg zu klimaneutralen Krankenhäusern feststellen. Die Green-Hospital-Initiative ist mit viel zu wenig Geld unterlegt, als dass es eine echte Veränderung geben könnte. Sie enthält weder finanzielle Förderungen noch Anreize.

Einen weiteren Schwerpunkt möchte ich heute auf die Jüngsten legen. Sie mussten in der vergangenen Zeit viel Leid ertragen. Ich denke hier nicht nur an die Corona-Pandemie. Mir scheint, als hätte die Staatsregierung bereits vergessen, was sich Ende vergangenen Jahres abgespielt hat. Unsere Kinderkliniken waren absolut am Limit. Es gab überbelegte Intensivstationen und Eltern, die von Kliniken abgewiesen und weitergeschickt wurden. Zu viele Kinder litten an Infektionskrankheiten. Das darf im kommenden Winter nicht mehr passieren. Wir müssen verhindern, dass es noch einmal einen derartigen Notstand gibt, von dem wir überrannt werden. Bauen Sie jetzt die Kinderintensiv- und Notfallmedizin in Bayern aus! Sorgen Sie jetzt für virtuelle Kinderkrankenhäuser sowie telemedizinische Netzwerke, wie wir das fordern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie oft wurde schon eine Digitalisierung im Gesundheitswesen versprochen. Wir haben immer noch eine unzureichende Telemedizin, kein virtuelles Krankenhaus und kaum Digitalisierung im öffentlichen Raum. Damit muss jetzt Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Peter Bauer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war heute den ganzen Tag aufmerksam und habe mir die Reden von Herrn Hartmann und von Herrn von Brunn angehört. Ich war erschüttert; denn in diesen Reden gab es keine Menschlichkeit, keine Empathie. Wo bleiben denn die kleinen Menschen, um die Sie sich kümmern wollen? – Kein einziges Wort davon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ruth Waldmann (SPD): Das Gegenteil ist der Fall!)

Was Sie hier abgeliefert haben, war einfach erbärmlich. Das sollten Sie sich einmal ins Stammbuch schreiben!

Zu diesem Haushalt: Die Mittel für Pflege und Hospiz werden auf 604,9 Millionen Euro erhöht. Mit diesen Mitteln sollen unter anderem die Versorgungsstrukturen und die pflegerische Infrastruktur verbessert werden. Herr Krahl, hier geht es nicht nur um Pilotprojekte; hier werden tatsächliche Projekte umgesetzt. Die Mittel für die Pflegeforschung werden auf 54 Millionen Euro erhöht.

Besonders wichtig ist das Pflegeprogramm "PflegesoNah". Hier geht es um den sozialen Nahraum und die Pflege zu Hause. Die Menschen möchten in ihrer Heimat alt werden. Darauf haben sie auch das Recht. Deshalb bin ich dankbar, dass dieses Programm über einen Änderungsantrag mit zusätzlich 40 Millionen Euro ausgestattet

werden konnte. Wir sind hier auf einem richtigen Weg. Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden. Wir sind aber auf dem richtigen Weg und werden diesen konsequent weitergehen. Wir werden diesen Weg mit dieser Bayernkoalition auch zu Ende führen.

Sie fangen jedes Mal wieder mit der Pflegeplatzgarantie an. Ich habe es an dieser Stelle schon gesagt: Die lässt sich in dieser Periode nicht mehr umsetzen. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis und bringen Sie nicht immer wieder diese alten Kamellen. Wir haben die Intention und den Auftrag, dieses Thema spätestens in der nächsten Periode wieder anzugehen.

Herr Hartmann, Hospizvereine sind für Sie wahrscheinlich kein Gewinnerthema. Wie soll man Menschen helfen, die sterben, und sie palliativ versorgen? Das interessiert Sie wahrscheinlich nicht. Ich sage Ihnen: Diese Koalition ist dabei, Schwerstkranken und sterbenden Menschen zu helfen. Wir sind stolz auf diese Menschlichkeit und diese Mitmenschlichkeit. Wir wollen den Menschen auch noch in der letzten Phase ihres Lebens ein würdiges Leben bescheren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mir liegt auch das Pflegeübungszentrum PÜZ am Herzen. Dort kann geübt werden, wie man pflegt. Wir wollen dafür ein handelsübliches Wohnmobil anschaffen, damit die Menschen vor Ort, auch Menschen mit Behinderungen, die Pflege üben können. Das sind konkrete Projekte. Vielen Dank für Ihre Unterstützung. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Bauer. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Andreas Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzter Herr Kollege Prof. Bauer, zu den konkreten Projekten: Sie haben das ganz konkrete Projekt der Pflegeplatzgarantie, das im Koalitionsvertrag steht, als "alte Kamelle" abgetan. Gleichzeitig haben Sie dem Minister widersprochen und gesagt, dass Sie dieses Thema in die nächste Legislatur mitnehmen wollen. Welches Wort zählt denn jetzt mehr? Der Herr Staatsminister hat dieses Thema beerdigt; Sie wollen es in die nächste Legislatur mitnehmen. Wo stehen Sie?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Ich stehe ganz klar für die Pflegeplatzgarantie. Der Wähler hat darüber zu entscheiden, wer in der nächsten Periode als Abgeordneter kommt, und wer als Minister für Gesundheit und Pflege zuständig ist, das habe ich nicht zu entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Prof. Bauer, vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat der Staatsminister Klaus Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt ist dadurch gekennzeichnet, dass wir auf das Thema Pflege einen Schwerpunkt legen. Ich glaube auch, dass das Thema Pflege die zentrale Herausforderung der Zukunft sein wird.

Wenn wir heute darüber reden, wann und warum es in bestimmten Situationen zu Krisen in unserem Gesundheitssystem – in unseren Krankenhäusern und in den Kinderkliniken – kam, stellen wir fest, es ist nicht deshalb so gewesen, weil es an Betten oder technischen Geräten gefehlt hat, sondern weil Pflegekräfte an den Betten fehlten. Deshalb ist das zentrale Thema für die Zukunft, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern. Ich glaube, wir gehen dieses Thema ganz konzentriert an, zum Beispiel durch Springerpools, die wir jetzt an 30 Einrichtungen ausprobieren. Sie müssen in die Regelversorgung überführt werden.

Ich kann Ihnen sagen: Ich war vor Kurzem mit Andrea Nahles und vielen Vertretern von Einrichtungsträgern in Nürnberg zusammen. Dort haben wir ganz klar gesagt: Die Arbeitsbedingungen sind das zentrale Thema. Frau Nahles hat signalisiert, dass sie im Bereich der Wiedereinsteigerprogramme viele Möglichkeiten der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit sieht. Wir werden dazu Veranstaltungen durchführen. Wir werden auch eine Bundesratsinitiative zum Thema Leiharbeit starten, die man einschränken muss. Es gibt einen anderen Ansatz. Ich glaube, wir müssen da anders herangehen. Wir müssen auch darüber reden, wie wir über das Thema hinaus Verbesserungen herbeiführen können. Deswegen gibt es zum Thema bezahlbarer Wohnraum für Pflegekräfte eine gemeinsame Arbeitsgruppe vom Kollegen Bernreiter und mir, weil es einfach das zentrale Thema ist, wie wir die Menschen für die Zukunft in diese Berufe bekommen. Wir führen Kampagnen durch und versuchen, das Thema Akademisierung mit einem eigenen Stipendienprogramm anzustoßen. Wir tun wirklich sehr viel.

Herr Kollege Krahl, Sie sprechen immer das Landespflegegeld an. Das Landespflegegeld ist schon etwas Besonderes. Es ist etwas, was direkt zu den Menschen hinkommt. Ich glaube, dass man schon mal dieses Zeichen der Menschlichkeit, der Wertschätzung, der besonderen Zuwendung hinnehmen kann und sagen kann: Hier passiert etwas, was andere eben nicht tun. Es ist für die Menschen, wenn sie sich für dieses Pflegegeld bedanken, schon etwas ganz Besonderes. Gleichwohl entbindet es uns nicht davon, an dem Thema weiterzuarbeiten. Deswegen haben wir die Pflegeplatzgarantie zu einer gemeinsamen Strategie mit den Kommunen weiterentwickelt – "Gute Pflege. Daheim in Bayern". Was bedeutet das auf kommunaler Ebene für die Frage der Sektorenverbindung ambulant und stationär, unter Einbeziehung von Gemeindeschwestern, in der Frage, wie wir Nachbarschaftshilfe aufstellen und Ehrenamt und Familie zusammenbringen können?

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Es findet natürlich in den Kommunen vor Ort statt. Deswegen ist diese Strategie richtig und wichtig, die wir gemeinsam mit den Spitzenverbänden verfolgen, weil es natürlich

so ist, dass die Menschen daheim, in ihren Sozialräumen älter werden wollen, am besten in den eigenen vier Wänden. Deswegen sind diese Programme "Gute Pflege. Daheim in Bayern" und "PflegesoNah" Säulen einer wichtigen Strategie. Über 5.000 Plätze werden wir in dieser Legislaturperiode insgesamt geschaffen haben. Wir werden auch noch weitere schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben 134 Millionen Euro, die wir für dieses Programm ansetzen können, und zwar für die Kurzzeitpflege, die Tagespflege und die Nachtpflege. Wir haben wirklich tolle Projekte. Ich war vor Kurzem auf einem Pflegebauernhof. Das ist etwas, wo Menschen überlegt haben, wie man Dinge zusammenführen kann, wie es das bisher so nicht gab. Das war mitten im Ort. Das Thema war, Landwirtschaft und Pflege, Jung und Alt zu verbinden. – Auf diesem Sektor müssen wir, glaube ich, gemeinsam für die Zukunft weitermachen.

Natürlich stehen wir vor großen Herausforderungen im Krankenhausbereich. Selbstverständlich brauchen wir eine Krankenhausreform. Ich würde das auch nie bestreiten, weil sie notwendig ist, da sich die DRGs überholt haben und wir Medizin anders finanzieren müssen. Das alles ist tatsächlich unbestritten. Aber natürlich muss die Reform auch so sein, dass sie die ländlichen Räume abbildet. Sie muss auch so sein, dass gewachsene Versorgungsstrukturen berücksichtigt werden.

Wenn es darum geht, zu flexibilisieren und Länderöffnungsklauseln und andere Dinge einzuführen, sind das selbstverständlich die ersten richtigen Ansätze. Wir müssen uns überlegen: Wie können wir die Leistungsgruppen den Leveln zuordnen? Wie flexibel sind wir? Welche bundeseinheitlichen Strukturvoraussetzungen müssen wir definieren, die dann auch Qualität sichern? Es muss aber so sein, dass eine wohnortnahe Versorgung weiter im Mittelpunkt steht. Dazu gehören auch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte. Dazu gehört natürlich auch, was der Kollege Spitzer vorher angesprochen hat, die Versorgung vor Ort. Wenn Bayern 2.700 neue Studienplätze in Augsburg oder am

Medizincampus in Oberfranken oder am Medizincampus in Niederbayern schafft, sind das natürlich wichtige und wuchtige Aufschläge, für die ich mir wünschen würde, dass andere Bundesländer nachziehen, weil es notwendig ist, dass wir insgesamt noch mehr Studienplätze schaffen. Wir leisten dahin gehend schon einen großen Beitrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen werden wir diesen Weg auch ganz konsequent fortzusetzen. Wir werden überall dort ansetzen, wo wir Dinge verändern können, die uns belasten.

Weil ich gerade Walter Nussel sehe, sage ich: Wir starten jetzt Modellprojekte zur Entbürokratisierung in den Krankenhäusern, weil es einfach nicht mehr so weitergeht, weil wir von den Vorschriften herunterkommen müssen, die Menschen belasten. Wir schaffen für Pflegekräfte aus dem Ausland eine Fast Lane. Wir führen das beim Landesamt für Pflege mit der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften in Nürnberg zusammen. Wir bilden Teams, die gemeinsam arbeiten. Wir stellen 3 Millionen Euro für die Integration von Pflegekräften zur Verfügung, die zu uns kommen, damit sie hier nicht nur gute Arbeit finden, sondern auch ein gutes Leben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen werden wir alles daransetzen, dass Bayern auf diesem Weg weitergeht, dass Menschen hier gut versorgt werden, gut gepflegt werden. Wir werden auch dort, wo es nötig ist, in Richtung Berlin die Dinge adressieren, weil Gesundheitspolitik und Sozialgesetzgebung nun mal auch in Berlin gemacht werden.

Ich sage es noch einmal: Wenn Sie hier immer über die Zahlen dieses Haushalts reden, müssen Sie auch mal in Berlin die Chance nutzen und dafür sorgen, dass dort die offenen Flanken zugemacht werden. Auch dort geht es um Geld. Es geht um die Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung – immer noch keine ausreichenden Beiträge des Bundes zu den Gesundheitskosten für Empfänger von Arbeits-

losengeld II. Es geht um die Unterfinanzierung der Pflegeversicherung – Beitragserhöhungen jetzt und Leistungen in der Zukunft ohne Steuermittel wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Also: Sprechen Sie mit Ihrem Finanzminister in Berlin, weil dort die Frage, wo die Haushaltsmittel für die drängendsten Probleme herkommen, ganz zentral ist. Auch eine Krankenhausreform wird ohne zusätzliches Geld nicht gelingen.

Wir machen unsere Hausaufgaben und sorgen für die Menschen in diesem Land. Nehmen Sie Ihre Verantwortung in Berlin wahr, dann kann etwas daraus werden!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Staatsminister Holetschek, kommen Sie angesichts der vielen Impfordner nicht in Gewissensnot?

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Wollen Sie diesen Menschen nicht helfen? Haben Sie kein Einfühlungsvermögen oder menschliche Anteilnahme? Warum wollen Sie kein Geld für Forschung und Therapie im Hinblick auf diese schrecklichen Impfnebenwirkungen und Impftötungen ausgeben?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen muss es noch die Schluckimpfung gewesen sein! – Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Swoboda, wir haben für Long- und Post-COVID-Erkrankungen mehr Geld in die Hand genommen als manch andere Länder, nämlich über 10 Millionen Euro. Wir haben erst kürzlich Projekte zur Rehabilitation für Kinder und Jugendliche vorgestellt. Wir starten in der nächsten Woche eine Hotline für Menschen, die sich zum Thema Post-Vac-Syndrom melden können, damit sie eine Anlaufstelle haben. Wir unterscheiden genau zwischen Impfschäden und anderen Erkrankungen. In Bayern sind an die 80 Fälle von Impfschäden registriert, und das bei 29 Millionen abgegebenen Impfungen!

Herr Swoboda, ich bin nach wie vor der Meinung, dass das Impfen der richtige Weg aus der Pandemie war. Das sage ich Ihnen immer wieder.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich ducke mich heute auch nicht aus der Verantwortung weg. Ich habe hier an diesem Rednerpult immer wieder darauf hingewiesen, dass das Impfen der richtige Weg ist.Sie haben das immer wieder geleugnet und immer wieder negiert. Ich bleibe dabei und trage diese Verantwortung gerne, weil die Impfung Menschenleben gerettet hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben am 30. Januar verkündet, dass es 20 Millionen geben wird, um die Krankenhäuser in Bayern fit für die Zukunft zu machen. Ich habe Ihnen ein Schreiben geschickt und nachgefragt, wie viel davon denn beim Krankenhaus Wegscheid ankommt. Bisher habe ich keine Antwort erhalten.

Ich will Sie hier noch mal konkret fragen: In das Krankenhaus Wegscheid muss investiert werden, damit es zukunftsfähig ist. Wie viel von diesen 20 Millionen wird dort ankommen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Schuberl, die 20 Millionen pro Jahr auf fünf Jahre laufen ab 2024; wir machen gerade die Förderrichtlinie. Es geht nicht um die Frage der Betriebskostenfinanzierung.

Wir haben dem Krankenhaus Wegscheid 180.000 Euro zur Verfügung gestellt, um gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, wie wir dort in die Zukunft gehen. Ich kann Ihnen nur sagen: Unter den Kautelen der jetzigen Krankenhausreform muss man natürlich erst einmal schauen, was denn überhaupt die Rahmenbedingungen der Zukunft sind.

Das Krankenhaus Wegscheid leidet darunter, dass es einen Sicherstellungsauftrag hat, den der Bund mit 400.000 Euro vergütet. Er läuft im Mai aus, außer das Krankenhaus Wegscheid würde eine Intensivstation mit sechs Betten schaffen; das ist aber – ehrlicherweise – unsinnig.

Wir brauchen deswegen klare Rahmenbedingungen dessen, was jetzt in der Krankenhausreform kommt. Wir unterstützen die Häuser. Dieses Programm, das Sie beschrieben haben, wird mit einer Förderrichtlinie zur Unterstützung des Strukturwandels kleinerer Krankenhäuser starten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27552 mit 18/27624 und 18/27983 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27962 zugrunde.

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Bitte verwenden Sie jeweils Ihr Abstimmgerät.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Long COVID" auf der Drucksache 18/27617 in namentlicher Form abzustimmen. Abstimmungszeit: drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:12 bis 19:15 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist jetzt offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Bis wir die zweite Abstimmung durchführen können, brauchen wir noch ein bisschen Zeit. –

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom" auf Drucksache 18/27618. Abstimmungszeit: zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:17 bis 19:19 Uhr)

Sind alle Stimmen im Kasten? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und gebe zugleich das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Long COVID", Drucksache 18/27617, bekannt. Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 130 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir erwarten jetzt noch das Ergebnis der zweiten durchgeführten namentlichen Abstimmung. Erst dann werden wir über den Einzelplan 14 abstimmen können.

(Unterbrechung von 19:20 bis 19:22 Uhr)

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom", Drucksache 18/27618, bekannt. Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 130 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/27962 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD sowie die Abgeordneten Busch (fraktionslos), Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE, SPD, FDP, AfD, der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27962, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27584 mit 18/27605 und 18/27983 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2023; hier: Forschung und Therapie für Long COVID (Kap. 14 03 neuer Tit.) (Drucksache 18/27617)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar			
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	15	130	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2023; hier: Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom (Kap. 14 03 neuer Tit.) (Drucksache 18/27618)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar			
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	16	130	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
   (Kap. 14 01 Tit. 534 01)
   Drs. 18/27552

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Qualifizierung des Personals der Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht – (FQA)
   (Kap. 14 04 Tit. 525 70)
   Drs. 18/27553

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Studien, Gutachten, Forschungsaufträge und dgl.
   (Kap. 14 04 Tit. 526 76)
   Drs. 18/27554

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
   (Kap. 14 04 Tit. 681 84)
   Drs. 18/27555

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
   (Kap. 14 04 Tit. 684 75)
   Drs. 18/27556

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Kap. 14 04 Tit. 684 76)
   Drs. 18/27557

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023,
   hier: Kosten für Untersuchungen, Gutachten, Studien und Forschungsaufträge (Kap. 14 05 Tit. 526 81)
   Drs. 18/27558

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kap. 14 23 Tit. 547 63)
   Drs. 18/27559

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Hard- und Software (Kap. 14 23 Tit. 812 63)
   Drs. 18/27560

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (Kap. 14 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/27561

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Erweiterung Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen (Kap. 14 03 Tit. 681 87)
    Drs. 18/27562

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Sektorenübergreifende Versorgung stärken (Kap. 14 03 Tit. 686 64)
    Drs. 18/27563

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Schaffung niedrigschwelliger Versorgungsstrukturen (Kap. 14 03 TG 64 Tit. 686 64)
    Drs. 18/27564

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Virtuelles Krankenhaus
(Kap. 14 03 TG 75 neuer Tit.)
Drs. 18/27565

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Virtuelles Kinderkrankenhaus – Telemedizinisches Netzwerk Kinderintensiv- und Notfallmedizin in Bayern jetzt etablieren!
(Kap. 14 03 TG 75 neuer Tit.)
Drs. 18/27566

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Echtes Förderungsprogramm für „Green Hospital“ auflegen!
(Kap. 14 03 TG 90 neuer Tit.)
Drs. 18/27567

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Qualifizierungs- und Evaluierungsmaßnahmen der FQA
(Kap. 14 04 Tit. 525 70)
Drs. 18/27568

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/27569

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Abschaffen des Landespflegegeldes
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 18/27570

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verbesserung der Versorgungsstruktur und Pflegeforschung
(Kap. 14 04 Tit. 684 86)
Drs. 18/27571

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle für Glücksspielsucht ab 2024
(Kap. 14 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/27572

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Digitalisierung der Gesundheitsverwaltung
(Kap. 14 05 TG 56 neuer Tit.)
Drs. 18/27573

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Barrierefreiheit in Krankenhäusern
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 18/27574

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 1
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/27575

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 2
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/27576

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 3
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/27577

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)
Drs. 18/27578

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/27579

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/27580

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/27581

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Rückkehrbonus für Pflegekräfte
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 18/27582

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 18/27583

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium I – Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/27606

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium II – Reduzierung der Ausgaben für die Haltung von Dienstfahrzeugen
(Kap. 14 01 Tit. 514 01)
Drs. 18/27607

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium III – Reduzierung der Ausgaben der Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 14 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/27608

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium IV – Reduzierung der Ausgaben für Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (Kap. 14 01 Tit. 812 01)
Drs. 18/27609

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium V – Reduzierung der Ausgaben für den Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software (Kap. 14 01 Tit. 812 99)
Drs. 18/27610

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich (Kap. 14 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27611

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Defizitausgleich für Kommunale Krankenhäuser (Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27612

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern (Kap. 14 03 Tit. 633 86)
Drs. 18/27613

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und zu gleichgestellten Abschlüssen (Kap. 14 03 Tit. 681 02)
Drs. 18/27614

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen (Kap 14 03 Tit. 681 87)
Drs. 18/27615

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der Titelgruppe „Umweltfreundliches Krankenhaus – Green Hospital“
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/27616

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschung und Therapie für Long COVID
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27617

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27618

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Finanzielle Sicherheit für Reha-Kliniken
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27619

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27620

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Prämie für deutsche Pflegekräfte, die nach Bayern zurückkehren
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27621

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reduzierung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/27622

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der Titelgruppe „Gesundheitliche Klimaforschung“
(Kap. 14 05 TG 80)
Drs. 18/27623

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern (ePIN)
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/27624

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Petra Guttenberger
Abg. Toni Schuberl
Abg. Gerald Pittner
Abg. Christoph Maier
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Horst Arnold
Abg. Martin Hagen
Abg. Barbara Becker
Staatsminister Georg Eisenreich
Abg. Anne Franke

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26535 mit 18/26539)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26525 mit 18/26534)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26520, 18/26521, 18/26523, 18/26524)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/26511 mit 18/26519)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 45 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 13 Minuten, auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 8 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 7 Minuten, auf die AfD und SPD jeweils 6 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/26523 und 18/26524 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Abgeordneten Petra Guttenberger für die CSU-Fraktion das Wort. Frau Guttenberger, bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bevor ich jetzt auf den Justizhaushalt im Einzelnen eingehe, möchte ich die

Gelegenheit nutzen, vielen herzlichen Dank zu sagen, und zwar an alle Beschäftigten in der Justiz, an den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten, in den beiden Justizakademien Pegnitz und Straubing, bei der Landesjustizkasse und in den IT-Servicezentren, bei der Bewährungshilfe und bei den Gerichtsvollziehern und vielen anderen.

In den letzten Jahren wurde ihnen mit den coronabedingten Einschränkungen sehr viel abverlangt. Vielen Dank für die wichtige Arbeit, die sie tagtäglich in unserem Rechtsstaat und für unseren Rechtsstaat und damit für alle unsere Bürgerinnen und Bürger leisten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sowohl die Corona-Pandemie als auch der leider immer noch andauernde Ukraine-Krieg stellen uns alle als Haushaltsgesetzgeberinnen und Haushaltsgesetzgeber vor große Herausforderungen. Der finanzielle Spielraum wird hierdurch enger; dennoch freue ich mich sehr, Ihnen heute gemeinsam mit meiner Kollegin Barbara Becker den Justizhaushalt vorstellen zu können.

Dieser Haushalt kann sich wirklich sehen lassen. Die Gesamtausgaben im Einzelplan 04 erhöhen sich im Haushaltsjahr 2023 gegenüber dem Jahr 2022 um rund 96,1 Millionen Euro, was einem Zuwachs von 3,4 % entspricht. Dieser Zuwachs ist in der schwierigen Zeit, in der wir leben, nicht selbstverständlich.

Dank einer breiten Unterstützung aus der CSU-Fraktion ist es uns wieder gelungen, neue Stellen in der Justiz zu schaffen. Die Opposition wird sagen: "Das ist zu wenig", "Es ist zu spät" oder "Es ist zu früh" oder "Da könnte ja jeder daherkommen." Ich sage Ihnen aber eines: Sie müssen die Versprechen nicht halten, sondern wir müssen sie halten. Wenn wir eines sind, dann jedenfalls sind wir verlässliche Partnerinnen und Partner.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

150 neue Stellen wird es hier insgesamt geben, darunter insgesamt 50 Stellen für die Staatsanwaltschaften, 50 Stellen für den Justizvollzug, 30 Stellen für Rechtspfleger, 10 Stellen für Justizwachtmeister, 5 Stellen für Justizfachwirte, 3 Stellen für Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer und 2 Stellen für den IT-Bereich. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch zu erwähnen, dass wir die Möglichkeit der Stellenhebung nach Artikel 6i des Haushaltsgesetzes wieder eingeführt haben.

Uns ist bewusst, dass unsere Gerichte weiterhin mit hohen Verfahrenszahlen konfrontiert sind, so zum Beispiel durch die weiterhin hohe Zahl von Massenverfahren. Ich denke hier vor allem an die Dieselklagen sowie an Straftaten im Zusammenhang mit Kinderpornografie und Grenzkriminalität. Daher war es mir zum Beispiel sehr wichtig, dass wir in diesem Bereich trotz der schwierigen Haushaltslage zu einem kräftigen Stellenaufwuchs kommen. So können insbesondere die stark betroffenen Amts- und Landgerichte sowie die Staatsanwaltschaften entlastet und Verfahrensrückstände schneller abgebaut werden. Dadurch wird die bayerische Justiz noch besser, noch effizienter und natürlich noch bürgernäher.

Wir setzen auch in diesem Haushalt wieder wichtige Akzente durch Fraktionsinitiativen. Besonders am Herzen liegt uns in diesem Jahr die synchrone Videovernehmungslösung, weil wir einen besseren Schutz von Zeugen bei Vernehmungen wollen. Die ausgebrachten Mittel von über 130.000 Euro dienen vor allem zur Beschaffung der Hardware. Uns ist außerdem sehr wichtig: Mit der Pilotierung können wertvolle Erfahrungen hinsichtlich der Voraussetzungen für die audiovisuellen Aufzeichnungen bei Strafprozessen und Vernehmungen bei den Zivilprozessen gesammelt werden.

Wir wollen 120.000 Euro zur Verbesserung der Qualität bei der Bewährungs- und Gerichtshilfe ausgeben, und zwar in Form einer Fort- und Weiterbildungsoffensive mit spezifischen, einmaligen Weiterbildungsmaßnahmen, die einer individuellen Behandlung von einzelnen Straftätergruppen dienen sollen. Es sind unter anderem Maßnahmen vorgesehen für die Ausbildung von Präventionsmanagern als Multiplikatoren im

Umgang mit extremistischen Probanden oder die Ausbildung von Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfern zur Durchführung beim Täter-Opfer-Ausgleich.

Darüber hinaus wollen wir etwas für die Schöffinnen und Schöffen tun, die neu in ihr Amt eingeführt werden. Mit insgesamt 80.000 Euro werden wir die bestehenden Einführungsveranstaltungen flächendeckend weiter ausbauen und vor allem zeitlich attraktiver gestalten. Auch die Entschädigungsmittel für die Teilnahme an den Einführungsveranstaltungen werden aufgestockt.

Verehrte Kolleginnen und verehrte Kollegen, vor 13 Jahren, im Jahr 2010, haben wir erstmalig das Projekt "Kein Täter werden" gestartet, das sich an Personen mit pädophilen Neigungen richtet, die aber noch nicht zum Täter geworden sind. Wir haben ein Kontakt-, Beratungs- und Therapieangebot auf den Weg gebracht, das Übergriffe auf Kinder im sexuellen Bereich verhindern soll. Wir wollen dieses weiter ausbauen. Seit dem Frühjahr 2022 wurde das Angebot am Standort Bamberg mit dem Projekt "Hellfeld" auf Personen mit laufenden Strafverfahren erweitert. Mit dem Projekt "I can change" wurde ein Angebot für Personen mit Gewaltfantasien gegenüber Erwachsenen geschaffen. All dies, und dafür nehmen wir 250.000 Euro in die Hand, soll dazu dienen, Bayern noch sicherer zu machen.

In diese Richtung geht auch die Beschaffung von Handröntgengeräten für zehn Justizvollzugsanstalten, um Gepäckstücke, Fahrzeuge und Böden kontaktlos untersuchen zu können. Wir haben dafür 500.000 Euro auf den Weg gebracht, weil wir wollen, dass Justizvollzugsanstalten sicher und Orte sind, an denen man sich bewegen kann, ohne Gefahren ausgesetzt zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Barbara Becker wird dazu weiter ausführen. Wir sehen all dies als ein gutes Fundament zur Stärkung einer unabhängigen Justiz und bitten herzlich um Zustimmung zum Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Toni Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte über die Rechtspolitik der letzten vier Jahre Bilanz ziehen und beginne diese mit Lob für Sie, Herr Justizminister. Sie haben manches, was wir GRÜNEN seit Jahren fordern, aufgegriffen und auch umgesetzt. Das ist ungewöhnlich und wird von anderen Minister*innen der Staatsregierung anders gehandhabt; da wird stets abgelehnt, was von uns kommt, egal ob es die CSU selber als sinnvoll erachtet oder nicht.

(Klaus Stöttner (CSU): Cannabis-Freiheit zum Beispiel!)

Diese blinde Machtpolitik, diese Taktik, das Wohl der CSU über das Wohl des Landes zu stellen, haben Sie nicht betrieben. Ich danke Ihnen dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere dabei an meine Forderung, "Palandt" und "Schönfelder" umzubenennen. Sie haben es in die Hand genommen und die Blockade des Beck-Verlages überwinden können, auch für den "Maunz/Dürig". – Die Namen dieser Nazis stehen nicht mehr auf den Standardwerken der Justiz; das hat Auswirkungen auf ganz Deutschland und ist seit Jahrzehnten überfällig.

Ich erinnere an die Einrichtung eines Hatespeech-Beauftragten und die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Sie nehmen auch die Bekämpfung von Kinderpornografie ernst.

Ich erinnere an die Aufhebung des Telefonverbots für Gefangene. Jahrzehnte blockierte die CSU diese Reform; jetzt wurde sie endlich angegangen. Wir GRÜNE loben diese Maßnahmen ganz explizit; denn es sind auch unsere Forderungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein zentraler Bereich ist der Umgang mit den Kirchen. Sie haben sich das Gutachten zu den Missbrauchsfällen geben lassen, das Ihre Vorgänger*innen jahrelang ignoriert haben. Sie haben die Samthandschuhe ausgezogen und in einem Ordinariat eine Durchsuchung durchführen lassen. Sie haben Ermittlungen gegen ehemalige Bischöfe und Kardinäle zugelassen, und Sie haben sich trotz Widerspruchs aus der Staatsregierung klar für eine unabhängige staatliche Ombudsstelle für Missbrauchsopfer positioniert.

Diese Dinge haben meine Kollegin Gabi Triebel und ich gemeinsam mit den betroffenen Verbänden stets gefordert. Herr Eisenreich, Sie haben hier einen Epochenwechsel eingeläutet. Unseren Applaus haben Sie hierfür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann feststellen: Im Justizbereich haben wir GRÜNE deutlich mehr als die FREIEN WÄHLER erreicht.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Auch die Ermöglichung der Substitutionstherapie ist richtig und längst überfällig. Leider brauchte es hierfür einen Gerichtsbeschluss.

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt doch nicht! Das haben wir schon vorher gemacht!)

Das ist leider ein Charakteristikum der Justizpolitik der CSU: Substanzielle Verbesserungen für Gefangene gibt es häufig erst, wenn Gerichte sie erzwingen.

(Petra Guttenberger (CSU): Das ist falsch!)

Im Haushalt gibt es an verschiedenen Stellen Personalaufwuchs; die Versäumnisse der Vergangenheit sollen korrigiert werden. Es ist aber deutlich zu wenig.

Unsere Anträge sind – ich betone das – durch Einsparungen an anderen Stellen gegenfinanziert. Unsere Anträge zeigen auf, wo die Schwächen des Justizhaushaltes sind:

Wir brauchen 50 neue Stellen für Bewährungshelfer*innen. Diese sind der Schlüssel für funktionierende Wiedereingliederung in die Gesellschaft; sie sind aber gnadenlos überlastet.

Wir brauchen 60 neue Stellen für Arbeitnehmer*innen an Gerichten und Staatsanwaltschaften. Der Rückstau bei der Bearbeitung von Fällen ist enorm und die Verfahrensdauer viel zu lange.

Wir brauchen zusätzlich 50 neue Stellen für Rechtspfleger*innen. Die Arbeitsbelastung nimmt zu, die Verfahren nehmen zu, im Betreuungsrecht sind die Anhörungspflichten hinzugekommen. Die Digitalisierung des Grundbuchs beansprucht viel Arbeitszeit. Laut Verband fehlen sogar 120 Stellen.

Wir brauchen zusätzlich 20 neue Stellen für Richter*innen.

Wir brauchen zusätzlich 50 neue Stellen, damit der Staat die Sicherheit an den Gerichten gewährleisten kann.

Zusätzlich brauchen wir 100 neue Stellen im Justizvollzug. Bessere Betreuung und Versorgung bedeuten später weniger Kriminalität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Strafvollzug gibt es viel zu wenig Therapiemöglichkeiten. Die Chance, Gefangene aktiv auf ein gesetzestreues Leben vorzubereiten, wird vergeben. Wir brauchen mehr offenen Vollzug, wir brauchen besseres Übergangsmanagement. Wir brauchen in Gefängnissen eine bessere Gesundheitsversorgung.

Herr Eisenreich, ich glaube Ihnen, dass Sie persönlich deutliche Verbesserungen im Justizvollzug ernsthaft wollen, doch können Sie sie offensichtlich nicht durchsetzen.

Warum bekommen Sie nicht deutlich mehr Geld in die Justiz? Warum bekommen wir nicht deutlich mehr Therapieangebote in den Gefängnissen und bessere Programme für die Resozialisierung?

Ich will diese Fragen mit den Worten des Ministerpräsidenten beantworten: Es scheint kein Gewinnerthema zu sein. – Das stimmt. Der Wahlkampf steht vor der Tür. Für die CSU zählt, was der breiten Masse der Bevölkerung wichtig ist. Es zählt, was sich in Stimmen auswirkt. Alles andere wird zur Seite geschoben und gestrichen. Die CSU hat Angst, dass eine echte Resozialisierungspolitik als falsche Milde verstanden werden könnte.

Ich bin Mitglied einer Bürgerrechtspartei. Wir sind DIE GRÜNEN und wir sind BÜNDNIS 90. Ich würde mich schämen, wenn wir GRÜNE dieses Thema vernachlässigen würden, nur weil Wahlen bevorstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die mutige Verteidigung der Bürgerrechte in allen Bereichen und für alle Teile der Bevölkerung ist Teil unserer DNA – und zwar zu allen Zeiten, auch kurz vor einer Wahl!

Ich hoffe, dass wir nach der Landtagswahl die Ruhe und den Mut haben werden, den Justizvollzug grundsätzlich zu reformieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Guttenberger. Bitte.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Schuberl, ist Ihnen bekannt, dass es Substitution in den Haftanstalten in Bayern schon sehr lange und nicht erst seit diesem Jahr gibt? – Ich wüsste gerne, welcher Gerichtsbeschluss das denn sein soll.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ja, ich habe da eine Anfrage gestellt.

Petra Guttenberger (CSU): Die Substitution gab es auch schon in den anderen Legislaturperioden, in denen ich dem Landtag angehört habe. Man kann das also nicht so stehenlassen, wenn Sie sagen, Substitution sei erst jetzt aufgrund eines Gerichtsbeschlusses eingeführt worden.

Toni Schuberl (GRÜNE): Das kann man schon so stehenlassen. Ich habe da nämlich nachgefragt: Die grundsätzliche Möglichkeit zu Substitution gab es vorher auch schon. Sie war sehr marginal und nur für Einzelfälle. Ich glaube, es war der Europäische Gerichtshof – oder war es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, einer von beiden –, der geurteilt hat, dass es ein Anrecht auf Substitution gibt. Daraufhin hat der Justizminister nachgebessert und hat es für alle, die es brauchen, ermöglicht. Die Zahlen sind rasant nach oben gegangen und deutlich anders als vorher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich auf: Herrn Gerald Pittner, FREIE WÄHLER. Bitte.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Schuberl, in Ihrer Rede hat hauptsächlich eine Aussage gestimmt: Die Justiz ist im politischen Tagesgeschäft sicherlich kein Gewinnerthema. Zumindest wird das von vielen Kollegen so gesehen. – Das ist aber falsch. Sie haben das ja auch sehr richtig gesagt. Auch unser Justizminister hat das richtig erkannt. Ich werde Ihnen dafür auch die Gründe sagen.

Beim Dank an die Justiz schließe ich mich gerne der Kollegin Guttenberger an. Hier wird viel und gute Arbeit geleistet. In aller Regel bekommt die Bevölkerung den Umfang gar nicht mit; die wenigsten Straftäter sind begeistert, wenn sie schnell und gut verurteilt und die Urteile dann vollstreckt werden. In Scheidungs-Unterhaltsverfahren und Sonstigem gibt es immer Verlierer; meistens verlieren beide, ich weiß das aus eigener Erfahrung. Letztendlich schimpfen, wenn die Justiz gut arbeitet, eigentlich alle

über sie. Das ist das Los, das man in diesem Beruf hat; er macht deswegen aber trotzdem Spaß und wird mit sehr viel Engagement ausgeübt.

Natürlich muss sich die Justiz im Gesamtrahmen der Situation des Freistaats Bayern und der Welt sehen: 3,2 % Steigerung, 96 Millionen – die Kollegin Guttenberger hat das gesagt –, ist in dieser Zeit gut; man muss das ganz klar sagen. Man muss mit einer Träne im Auge aber auch sagen: Das ist leider nicht einmal der komplette Inflationsausgleich, der in Bayern 8,3 % und im Bundesschnitt 7,9 % beträgt.

Trotzdem ist es ein gutes Ergebnis, weil die Stellen, die geschaffen werden, und die Ausgaben, die getätigt werden, genau an der richtigen Stelle liegen, um die Justiz – zumindest aus meiner Sicht, der Sicht eines, sage ich jetzt mal, Praktikers – substanziell weiterzubringen.

Wir haben 150 neue Stellen, 50 für Strafsachen in speziellen Bereichen der digitalen Kriminalität und anderem, 30 Rechtspflegerstellen – sie fehlen seit Jahren; man kann sie sich aber auch nicht so ohne Weiteres schnitzen –, 10 Stellen bei den Bewährungshelfern – das ist wirklich gut. Man könnte sicher mehr einstellen. Es ist das gute Recht der Opposition, immer viel und mehr zu fordern. Letztendlich muss man es aber halt auch bezahlen. Wenn man die ganzen Ausgaben zusammenzählt, die Sie in den Haushaltsberatungen in allen Bereichen gefordert haben, wäre Bayern pleite,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Unsinn!)

oder wir hätten nichts mehr für die Infrastruktur. Außerdem wächst qualifiziertes Personal auch nicht überall oder auf den Bäumen.Das muss man erst einmal haben. Deshalb ist dieser Aufwuchs wirklich ein ganz hervorragender Ansatz.

Die Hochbaumaßnahmen mit Kosten von 140 Millionen Euro sind notwendig; die will ich aber gar nicht weiter erwähnen. Viel wichtiger sind die 121,7 Millionen Euro im digitalen Bereich: Die Einführung der E-Akte soll bis zum 01.01.2026 abgeschlossen sein. Ob das Bayern tatsächlich gelingt, weiß ich nicht, aber wir sind zumindest ganz vorn

im Bundesvergleich dabei, das muss man ganz klar sagen. Hier sind heftige Investitionen und auch neue Stellen vorgesehen, um diesen Bereich voranzutreiben. Der ist extrem wichtig, wobei Bayern hier nicht allein den Finger am Drücker hat. Wir haben die Softwareverbünde, die bei der Entwicklung der Software zusammenarbeiten, allein schon aus Kostengründen und damit die Verfahren vergleichbar sind. Das klappt nicht überall optimal, das muss man ganz klar sagen.

Der nächste Punkt ist, und hier muss ich wieder etwas auf den Bund schieben, wobei das weniger die Ampel betrifft, allerdings als derzeitige Regierung natürlich schon: Man darf die bestehenden analogen Verfahren nicht einfach digital übertragen. Das ist das Problem. Das heißt, wir können digital strampeln und einsetzen, was wir wollen. Solange die Verfahrensordnungen nicht an die Digitalisierung angepasst sind, werden wir hier nicht weiterkommen. Wir können natürlich Videovernehmungen machen, gerade von Gutachtern. Ich komme von einem kleinen Amtsgericht. Versuchen Sie einmal, einen Gutachter aus München, Frankfurt oder Nürnberg zu bekommen, der in die Rhön fährt. Da brauche ich keinen persönlichen Eindruck, den könnte ich über Video super das Gutachten erstatten lassen. Das ist eine Hilfe, die sehr viel bringt, die man im Rahmen der bestehenden Verfahrensordnung mit einem Federstrich ermöglichen kann. In anderen Bereichen geht das nicht so ohne Weiteres.

Überhaupt, die ganzen Investitionen bei der Bewährungshilfe; da haben die Regierungsfraktionen durch eigene Investitionsanträge nachgesteuert. Das ist ein absolut wichtiger Ansatz. Ein verbesserter Start ins Berufsleben ist nämlich – das hat auch der Oberste Rechnungshof einmal gesagt – die wirksamste Resozialisierungsmaßnahme. Das ist ganz klar. Ein Straftäter, der entlassen wird, steht in vielen Fällen an derselben Stelle, von der aus er in den Knast hineingegangen ist. Wenn ihm keiner hilft, hat er dasselbe Umfeld, er wird denselben Fehler wie vorher machen. Ein Mensch braucht drei Haltesysteme: eine Arbeitsstelle, eine freundschaftliche Beziehung und letzten Endes eine Lebensbeziehung. Diese drei Sachen halten ihn, und dafür braucht er

Hilfe. Soweit das durch die Justiz zu ermöglichen ist, sollten wir das auch tun. Auch dafür ist dieser Haushalt hoch geeignet. Das wird getan.

Auch was die Sicherheitsanlagen und den Justizvollzug anbelangt, einschließlich der Stellen, freue ich mich, dass die GRÜNEN die Notwendigkeiten erkannt haben. Ich kann mich noch an Haushaltsberatungen erinnern, da wurde jede Ausgabe im Justizvollzug und jede Schaffung eines Vollzugsplatzes fast als repressive Maßnahme abgetan. Das ist aber die notwendige Folge eines Urteils. Auch in vielen Teilen des Zivilrechts ist es so: Recht ist nur dann gut, wenn man es in vernünftiger Zeit bekommt, das ist auch klar, und auch, wenn es durchgesetzt wird. Die Justiz ist dazu da, die Gesellschaft zu befrieden, Rechtssicherheit herzustellen und dafür zu sorgen, dass eben nicht geschossen wird wie in anderen Ländern und dass nicht der Stärkere sich durchsetzt, sondern der, der im Recht ist. Aber dann muss man dem Staat auch die Repressivmaßnahmen an die Hand geben; denn nur wenn der Staat das Gewaltmonopol hat – und dazu gehört auch die Justiz –, ist er in der Lage, die Rechtsordnung durchzusetzen. Wie wichtig das ist, sehen wir gerade in vielen Bereichen dieser Welt, deren Verhältnisse wir so hier nicht haben wollen.

Wir stimmen diesem Haushalt zu. Ich empfehle auch den anderen, das zu tun. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Schuberl bitte, für eine Zwischenbemerkung.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Pittner, Sie haben vorhin angesprochen, dass man bei der Digitalisierung strampeln kann wie man will, solange die Prozessordnungen so sind wie sie sind. Würden Sie es denn begrüßen, wenn eingeführt würde, dass Hauptverhandlungen in Strafverfahren mit Bild und Ton aufgezeichnet werden?

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Nein!

Toni Schuberl (GRÜNE): Warum?

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Das ist ganz einfach. Es ist dasselbe wie im Parlament: Ich will die Aussagen direkt haben und keine Schaufensterreden. Im Einzelfall kann man das machen, aber nicht generell. Nehmen Sie das Familiengericht. – Nein, Sie haben von einem Strafverfahren gesprochen, da ist das Familiengericht ein schlechtes Beispiel.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Schuberl hatte eine Frage. Das war jetzt die dritte.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich bin gegen generelle Aufzeichnungen. Punkt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Keine weiteren Zwischenbemerkungen. Herr Kollege Pittner, vielen Dank.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Eigentlich war ich immer vier gewöhnt. In letzter Zeit war ich immer vier gewöhnt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich habe das nicht in der Hand. Das liegt an den Kolleginnen und Kollegen. – Nächster Redner ist Herr Christoph Maier, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der bayerische Justizhaushalt umfasst nach dem vorgelegten Haushaltsplan der Staatsregierung rund 2,9 Milliarden Euro. Das sind 96 Millionen Euro mehr als im Jahr 2022. Wir haben es gehört. Der Haushalt zählt damit eher zu den kleineren Einzelplänen. Doch seine Bedeutung für den Freistaat ist größer als es blankes Zahlen-

werk auszudrücken vermag. Die Justizgewalt ist neben der polizeilichen Gewalt verantwortlich für die Durchsetzung von Recht und Gesetz im Land. Beide haben sich in den letzten Jahren im Zeichen der sogenannten Corona-Krise auch als wirkmächtige Instrumente zur Durchsetzung von gesundheitspolitisch zweifelhaften und teilweise sogar rechtswidrigen Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger, namentlich der Bayerischen Staatsregierung, erwiesen. Als Vertreter der AfD-Fraktion, die von Beginn an eine vernunftgeleitete

(Lachen des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

und zugleich evidenzbasierte Corona-Politik verfolgte, vermag ich es deshalb nicht, unseren vollumfänglichen Dank für die geleistete Arbeit zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der AfD)

Zu viele rechtschaffene Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen die politische Opposition wurden mit harten Bandagen bekämpft, wo doch Transparenz und Gesprächsbereitschaft mehr gedient hätten als Polizeiaufgebote, Bußgelder und Strafverfahren gegen friedliche Demonstranten und Spaziergänger. Wir vergessen das nicht so schnell!

(Beifall bei der AfD)

Wir vergessen das nicht so schnell, doch wir wissen auch, dass alle Staatsdiener ständig unter dem Druck stehen, nicht nur eine vorgeschriebene, sondern auch eine ungeschriebene Loyalität ihrem Dienstherrn und damit der politischen Führung entgegenzubringen. Die Lehre, die wir allerdings daraus ziehen müssen, ist doch, dass das geschriebene Recht durchgesetzt werden kann, wo der Wille besteht. Wir werden die Justiz als dritte Gewalt im Staat nicht von Kritik ausnehmen; denn in einer Demokratie ist niemand über Kritik erhaben. Auch positive Kritik ist daher angebracht. So haben oberste bayerische Gerichte gröbste Verstöße der Söder-Regierung gegen die Grund- und Freiheitsrechte offen angeprangert. Erinnert sei an die unverhältnismäßigen Aus-

gangsbeschränkungen, die Begrenzung des Bewegungsradius auf 10 km sowie die Diskriminierung von Nichtgeimpften mittels der 2G-Regel im Einzelhandel. Hier hat der Rechtsstaat der Tyrannenherrschaft erfolgreich Einhalt geboten.

(Beifall bei der AfD)

Dafür spreche ich meinen ausdrücklichen Dank aus. Wir können deshalb auch die Bereitschaft mittragen, die Justiz finanziell zu stärken, vor allen Dingen auch in ihrer Unabhängigkeit gegenüber der Politik.

Als AfD-Fraktion begrüßen wir die vorgesehenen Stellenanhebungen und die Verbesserung der technischen Ausstattung der Gerichte und der Justizvollzugsanstalten. Gleichzeitig fordern wir in unserem Änderungsantrag mehr Richter an den Verwaltungsgerichten, um der entgrenzten Asylflut Herr zu werden,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

die Asylverfahren zu beschleunigen und illegale Einwanderer rechtssicher abschieben zu können.

(Beifall bei der AfD)

Auch die bekannten Haftentlassungen wegen Verstoßes gegen den Beschleunigungsgrundsatz müssen offensiv aufgearbeitet und für die Zukunft abgestellt werden.

Außerdem fordern wir, die AfD-Fraktion, die Streichung von Mitteln in Höhe von 500.000 Euro – 500.000 Euro! – aus dem Budget für Rechtskunde und Rechtsfortbildung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Nur 2 % von ihnen haben wirklich Anspruch auf Asyl. Für die sonstigen 98 % brauchen wir keine Rechtsfortbildung, sondern eine verbesserte Ausreiseberatung. Wir brauchen eine verbesserte Ausreiseberatung im Rahmen einer komplett neuen Abschiebeinfrastruktur, vom freiwilligen Abschiebelotsen bis zum Großraum-Abschiebeflieger.

(Beifall bei der AfD)

Vor allen Dingen brauchen wir eines: Wir brauchen wieder den Willen zur Rechtsdurchsetzung. Mit Corona wurden neue Maßstäbe gesetzt. Diese Effektivität der Justiz fordern wir auch bei der Rückführung der illegalen Einwanderer und bei der Verurteilung von Straftätern, Messerattentätern und sonstigen Terroristen im Land.

(Beifall bei der AfD)

Dafür geben wir auch gerne mehr Geld aus.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Horst Arnold. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Justiz wird von Ihnen als Sicherheitsfaktor bezeichnet. Das ist sie auch, aber nicht nur das. Die Justiz ist Garantin für eine funktionierende Gewaltenteilung, für Rechtsschutz und -gewährung für alle Bürgerinnen und Bürger, alle Menschen – der Vorredner ist damit aufzufordern, sein Menschenbild zu überdenken –, für Rechtsfrieden, vor allem gegen Selbstjustiz, und damit auch für den demokratischen Rechtsstaat.

Mehr denn je ist das so, denn die Reichsbürgerinnen und -bürger waren schon seit Längerem unterwegs. Die Justiz hat sich seit Langem damit auseinandersetzen müssen. Das heißt etwas. Die Anforderungen, die in dem Zusammenhang zu bewältigen sind, bilden sich im Haushalt nicht nur durch Sachleistungen, sondern auch durch Stellen ab. Diese Stellen sind nicht nur Zahlen, sondern wir legen Wert darauf, dass die Wertschätzung gegenüber der Justiz sich auch als Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten in Form von Respekt und Haltung ausdrückt.

(Beifall bei der SPD)

Hier arbeiten über 20.000 Menschen. In der Praxis ist es häufig nicht so, dass sich an der Justiz-Front, auf welcher Ebene auch immer, Zufriedenheit einstellt. Ich war mal

selber bei der Justiz. Da ging es um ein Leitbild, das diskutiert worden ist. Dabei ging es um Angemessenheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. All diese Dinge sind bei den jetzt gefahrenen Überstunden und den jetzt schon eingeführten technischen Neuerungen nur dann möglich, wenn die Bediensteten überobligatorisch ihre entsprechende Lebenszeit einbringen, Überstunden fahren und damit insoweit ihr privates Leben in den Dienst der Justiz stellen. Dass wir das wie selbstverständlich fordern, kann nicht sein. Deswegen danke ich herzlich für diese Tätigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Kein Gericht kann genug Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben; die derzeitigen Herausforderungen sind aber schon immens. Wir sind im Digitalbereich unterwegs, um Straftaten aufzuklären. Die Staatsanwaltschaften haben immer neue Spezialzuständigkeiten. Es geht doch nicht an, insoweit immer nur den Mangel zu verwalten, sondern es bedarf eines großen Wurfes. Wir fordern in diesem Zusammenhang insgesamt 170 neue Richterstellen und 160 neue Stellen für die Staatsanwaltschaften.

Die Berücksichtigung der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ist bei uns in diesem Bereich sowieso mehr oder weniger unterbelichtet. Schon jetzt sind nach PEBB§Y 97 Stellen nicht besetzt; 97 Stellen fehlen. Wir haben bei der diesbezüglichen Berechnung keine Digitalisierung und keine neuen Arbeitsplatzbeschreibungen, sondern die Maßstäbe von anno dazumal anzurechnen. Wenn Sie sich vorstellen, in welcher Art und Weise Rechtspflegerinnen und -pfleger immer mehr in die Verantwortung gezogen werden, dann ist das in diesem Zusammenhang vollkommen unangemessen. Deswegen brauchen wir 100 neue Stellen, und zwar in A 10, sowie Stellenhebungen von A 11 nach A 12; denn das ist tatsächlich mehr als eine Ausbildung. Das ist ein Fachhochschulstudium.

Ich sage Ihnen mal eines: Gerichtsvollzieher sind bei uns eigentlich die Garanten dafür, dass der Rechtsstaat funktioniert; denn sie vollstrecken Erhebliches an Privat-

forderungen. Sie sind eigentlich vergessene, unterbezahlte Leistungsträger unseres Rechtsstaates. Wenn Gerichtsvollzieher in diesem Zusammenhang mit einer Petition darum kämpfen, dass ihre Tätigkeit auf die dritte Qualifikationsebene gehoben wird, ist das schon aller Rede wert. Tatsächlich ist das, so wie es derzeit aussieht, nach der amtlichen Stellenbeschreibung keine anspruchsvolle Tätigkeit. Man muss aber feststellen: Die Gerichtsvollzieherinnen und -vollzieher kleben nicht nur den Kuckuck, sondern sie machen in dem Zusammenhang entsprechende Vermögensaufstellungen. Sie müssen auch Schuldnerberatungen durchführen und haben in diesem Bereich auch die Befugnis, eidesstattliche Versicherungen abzunehmen. Sie sind tatsächlich auch bevollmächtigt, Haftbefehle auszustellen. Deshalb kann man mit den Leuten so nicht umgehen. Man kann nicht sagen: Ihr seid in A 8 oder A 9 ganz gut aufgehoben. Hier muss Entsprechendes geschehen, um unabhängig von der Ausstattung Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, im Justizvollzug fordern wir insgesamt 225 neue Stellen. Bei all den moralischen und sittlichen Anforderungen, die wir teilen, wissen wir doch aus der Praxis, dass die Notwendigkeit, mit den Menschen zu arbeiten, auch Menschen zum Arbeiten erfordert. Einfach nur Vollzugsbeamtinnen und -beamte zu fordern, geht nicht an, sondern bei uns läuft es darauf hinaus, dass wir in der Medizin, in der seelsorgerischen Tätigkeit, bei den Krankenpflegerinnen und -pflegern und auch bei den Oberwerkmeisterinnen und -meistern entsprechende Stellen schaffen müssen. Dann ist dieser Vollzug auch ernst zu nehmen. Wenn Stellen nicht besetzt werden können und ein System unattraktiv ist, kann ich mich lange und breit darauf berufen, dass ich haushalterisch alles getan habe. Wir müssen da nachbessern und die Leute mit Respekt und tatsächlich auch mit Wertschätzung im Haushalt berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss ist deswegen für uns auch ganz wichtig, die Schöffinnen und Schöffen erstmalig im Rahmen der Fortbildung zu berücksichtigen und nicht nur auf eigene Kosten fortzubilden. Schöffe heißt Laienrichter, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Kollege Arnold, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Horst Arnold (SPD): – und Laienrichter heißt auch Bildungsauftrag. Deswegen fordern wir erstmalig 200.000 Euro für diesen Bereich, damit es vorangeht und die Fortbildung in diesem Zusammenhang nicht nur auf dem Papier steht.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Kollege Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Justiz ist staatliche Kernaufgabe. Deswegen hat die FDP in diesem Bereich, anders als in den meisten anderen Ressorts, relativ wenige Einsparvorschläge.

Ein Einsparvorschlag, den wir in den letzten Jahren immer wieder vorgebracht haben, war, den Satz bei den Postdienstleistungen niedriger anzusetzen, weil wir durch digitale Möglichkeiten der Kommunikation hier doch einiges an Porto einsparen können. Das ist zum Glück in diesem Haushaltsentwurf übernommen worden. Wir freuen uns also, dass wir in Zukunft jetzt auch beim Porto in der Justiz sparen können und die Mittel entsprechend anderweitig einsetzen können.

Die Justiz ist eine Kernaufgabe, bei der wir nicht sparen sollten. Das haben die Vorfälle der letzten Woche gezeigt: Zweimal sind aus bayerischen Gerichten Delinquenten ausgebrochen und auf teils kuriose Weise, aus Toilettenfenstern, entkommen. In beiden Fällen handelte es sich um mutmaßliche Gewalt- bzw. Sexualverbrecher. Das heißt, wir brauchen nach wie vor auch eine gut ausgestattete und gut finanzierte Justiz, um beispielsweise die Gerichtsgebäude entsprechend zu sichern. Herzlich danke

ich dem Justizminister, der uns im Ausschuss zu diesem Thema sehr umfangreich Auskunft gegeben hat.

Natürlich wären mehr Stellen nicht nur für Richterinnen und Richter, sondern auch für die Staatsanwältinnen und -anwälte, die Rechtspflegerinnen und -pfleger, die Gerichtsvollzieherinnen und -vollzieher sowie für die Beamtinnen und Beamten in den Justizvollzugsanstalten und andere wünschenswert. Man könnte immer mehr Geld ausgeben, mehr Personal einstellen, und in vielen Bereichen wäre das sicher auch gerechtfertigt. Allerdings haben wir es auch mit wachsenden haushalterischen Risiken zu tun. Wir sind in Zeiten steigender Zinsen. Deswegen sind das Wünsche, die wir in den kommenden Haushaltsjahren schrittweise umsetzen sollten. Wir haben aber Verständnis dafür, dass hier nicht jedem Wunsch der Oppositionsfraktionen Rechnung getragen werden kann. Deswegen waren wir mit eigenen Wünschen zurückhaltend.

Die Justiz ist eine Kernaufgabe, und die Mittel sind begrenzt. Daher ist es gut, dass der Bundesjustizminister Marco Buschmann die Justiz entlastet, beispielsweise durch die neuen Regelungen für die Ersatzfreiheitsstrafe, durch die Prüfung, welche Straftatbestände wirklich künftig im StGB geregelt sein müssen, oder auch durch die geplante Legalisierung von Cannabis; denn die Justiz in Deutschland ist jährlich mit hunderttausend solcher Fälle befasst. Auch hier würden wir eine Entlastung schaffen, wenn die Bundesregierung ihre Pläne umsetzt.

In dem Sinne bleiben wir weiter am Ball und bleiben dran an einer realistischen, aber doch angemessenen Finanzierung der Justiz.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kollegen! Wir reden heute über Gesamtausgaben von fast 2,925 Milliarden Euro. Das ist schon ein Wort. Der Etat für das Justizministerium ist um 3,4 % angewachsen. Wie setzt sich das zusammen? – Ich stelle mir da immer einen Kuchen vor. Wenn das ein Kuchen wäre, wäre deutlich mehr als

die Hälfte, etwas über 61 %, für Gerichte und Staatsanwaltschaften.Der zweite große Teil bzw. das zweite große Kuchenstück wären fast 20 % für die Justizvollzugsanstalten. Dann hätten wir noch Baumaßnahmen, die einem Kuchenstück von immerhin fast 6 % entsprächen.

Hinter jeder Zahl stecken ein Haus, ein Gebäude, eine Gruppe von Menschen oder eine Leistung. Lassen Sie uns einmal in die Hochbaumaßnahmen blicken. Hierfür haben wir 167 Millionen Euro zur Verfügung. Es gibt ein paar Leuchtturmprojekte wie die Justizvollzugsanstalt in Passau. Dort entsteht eine bundesweit einzigartige, kombinierte Einrichtung als Ersatz für die bisherige Anstalt in Innenstadtlage. Wir werden dort 450 Haftplätze haben. Davon sind in zwei Gebäudetrakten jeweils 100 Haftplätze geplant oder zumindest nutzbar für die Abschiebungshaft. In Marktredwitz – darauf bin ich stolz – wird noch in diesem Jahr mit dem Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt mit 364 Haftplätzen begonnen. Unter anderem wird es dort eine Mutter-Kind-Abteilung und eine geriatrische Abteilung für die Gefangenen geben, die älter werden, alt geworden sind oder im hohen Alter hineinkommen. Zusätzlich ist für Marktredwitz von großer Bedeutung, dass wir dort mit dem Neubau der JVA 200 Arbeitsplätze als Teil der Heimatstrategie neu schaffen.

Bayern ist Sicherheitsland, sagen wir. Deshalb stehen über zehn Millionen Euro für Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen, Drohnendetektion und vieles mehr zur Verfügung, damit auch unsere Mitarbeitenden in den Justizvollzugsanstalten und Gerichten sicher sind.

Über die Digitalisierung haben wir schon im letzten Jahr berichtet. Deshalb erwähne ich nur ein paar Aspekte wie die EDV-Fachverfahren, die flächendeckende Einführung der elektronischen Akte oder die medientechnische Ausstattung der Sitzungssäle. Zudem investieren wir als moderner Arbeitgeber natürlich in E-Justice-Arbeitsplätze. Insgesamt sind in diesem Jahr für Gerichte und Staatsanwaltschaften im EDV-Bereich rund 121 Millionen Euro vorgesehen. Auch in der Verwaltung des Justizvollzugs wird die Digitalisierung weiter vorangetrieben.

Meine Kollegin Petra Guttenberger hat schon von den Videovernehmungs- und Videokonferenzanlagen berichtet, die wir anschaffen wollen. Zwar kann man sagen, das ist ein Teil der Digitalisierung, aber ich denke, wenn zum Beispiel ein Mensch Opfer sexualisierter Gewalt wird und tatsächlich den Mut aufbringt, den Täter oder die Täter anzuzeigen, dann stellt die Möglichkeit der Videovernehmung wenigstens eine kleine Erleichterung für die Betroffenen im Verfahren dar. Ich bin froh, dass wir uns dies leisten können. Vielen Dank an die braven bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für all das gute Steuergeld!

Innere Sicherheit und Justiz hängen eng zusammen. Wir werden morgen zum Beispiel noch von 500 neuen Stellen im Bereich der Polizei hören. Es wird nur ein Schuh daraus, wenn dann auch neue Stellen bei der Justiz folgen. Wir schaffen in diesem Haushalt insgesamt 150 neue Stellen bei der Justiz: 50 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, 50 im nichtrichterlichen Bereich bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und 50 im Justizvollzug. Beste Sicherheit, beste Justiz – dafür stehen wir Christsozialen. Danke an unseren Minister Georg Eisenreich! Lieber Georg, du treibst Themen wie E-Justice oder die Verfolgung von Cybercrime, Hasskriminalität und Kinderpornografie voran. Danke dafür!

Petra Guttenberger ist mit dem Dank an die Mitarbeitenden gestartet, ich ende damit. Wir Christsozialen danken allen Mitarbeitenden und Dienstleistern im Zuständigkeitsbereich unserer bayerischen Justiz. Ich wünsche Ihnen, dass Sie mit dieser guten Ausstattung nachhaltig gut umgehen und das Richtige tun. Die richtige Ausstattung sollen Sie von uns bekommen. Ich wünsche Gottes Segen und Justitias Beistand und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 04.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich Herrn Kollegen Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Frau Kollegin Becker, jenseits aller schönen Gemälde, die farbenreich und bunt sind und viel Hoffnung versprechen, kann ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass in der letzten Woche die Gerichtsvollzieher beim OLG München gefragt worden sind, wer bei der Protokollierung entsprechender Strafsachen aushelfen könnte, weil es dort keine Protokollführerinnen und Protokollführer mehr gibt. Ist es aus Ihrer Sicht ein bedenklicher Punkt – um das Bild in der Praxis möglicherweise etwas grauer zu malen –, dass hier wichtige Funktionen nicht erfüllt werden können und gnadenhalber durch andere ausgebildete Personen in der gleichen Qualifikationsebene erfüllt werden sollen?

Barbara Becker (CSU): Ich glaube, hier geht es weniger um Gemälde als vielmehr um die Frage, wie wir das Problem des Fach- und Arbeitskräftemangels in allen Bereichen in Bayern und in Deutschland – dies ist kein bayerisches Problem – lösen können.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Georg Eisenreich. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Rahmenbedingungen für die Haushaltsaufstellung in diesem Jahr sind schwierig. Wir wissen, Grund dafür sind sowohl die Corona-Krise als auch die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Dennoch können wir mit diesem Haushalt, der heute diskutiert wird, sehr zufrieden sein. Der Rechtsstaat muss auch in Krisenzeiten funktionieren. Das tut er auch. Die Justiz ist Garant für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Wir haben eine starke Justiz. Deswegen möchte ich auch mit meinem herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der bayerischen Justiz für ihren großartigen Einsatz beginnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Herausforderungen für die Justiz werden auch in diesem Jahr nicht kleiner. Wir haben einen soliden Entwurf. Ich bedanke mich herzlich beim Finanzministerium, aber auch beim Hohen Haus für die Unterstützung. Wir haben es gehört: Der Etat soll um rund 95 Millionen Euro auf 2,9 Milliarden Euro steigen. Das ist ein Anstieg um circa 3,4 %. Wir werten dies als Erfolg, und es zeigt, wie wichtig die Justiz sowohl der Bayerischen Staatsregierung als auch dem Parlament ist. Diese Wertschätzung für die bayerische Justiz freut mich sehr.

Die Anforderungen an die Justiz wachsen weiter. Bei der Digitalisierung wollen wir die Chancen nutzen, stehen aber auch vor großen Herausforderungen. Wir haben viele Themen, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben: der Kampf gegen Antisemitismus, gegen Hass und Hetze, insbesondere im Internet, gegen Cybercrime und gegen Kindesmissbrauch oder im Zivilrecht die Bewältigung von Massenverfahren. Deshalb ist es wichtig, die personelle Ausstattung der Gerichte und der Staatsanwaltschaften kontinuierlich zu verbessern. Das tun wir und haben wir auch in der Vergangenheit getan.

Ich möchte dies an der Stelle noch einmal betonen, weil man über die Jahre sieht, wie die Justiz in Bayern gestärkt wurde. Von 2013 bis 2021 sind alleine 430 Stellen für Richter und Richterinnen sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte geschaffen worden. Zuletzt haben wir im Haushalt 2022 111 neue Stellen für die allgemeine Justiz, also für die Justiz insgesamt hinzubekommen. Auch der Haushalt, der heute vorliegt, meine Kolleginnen und Kollegen, berücksichtigt wichtige Anliegen der Justiz. Hervorzuheben sind insbesondere die 100 Stellen für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften. Wie Sie mitbekommen haben, brauchen die Staatsanwaltschaften Entlastung. Deswegen werden wir von diesen 100 Stellen alleine 50 Stellen zur Unterstützung und Stärkung der bayerischen Staatsanwaltschaften verwenden. Die weiteren 50 Stellen sind für den nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltschaftlichen

Bereich vorgesehen. Wie wir gehört haben, sind 30 Stellen für Rechtspfleger und weitere Stellen für Bewährungshelfer, Justizwachtmeister, Justizfachwirte und Techniker geplant. Diese tun der bayerischen Justiz gut.

Für einen nachhaltigen und effektiven Schutz unserer Bevölkerung brauchen wir neben starken Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichten auch sichere Justizvollzugsanstalten. An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei den Verantwortlichen im bayerischen Strafvollzug bedanken, dass sie die Justizvollzugsanstalten, die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Gefangenen gut durch die Pandemie gebracht haben. Dafür an dieser Stelle meinen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch den Vollzug stärken wir seit Jahren schrittweise. Im Nachtragshaushalt 2019/20 konnte der Justizvollzug um weitere 85 Planstellen und 15 Stellen aus Geldmitteln verstärkt werden. In den Haushaltsjahren 2021 und 2022 wurden 134 neue Planstellen ausgebracht, darunter 110 für die Justizvollzugsanstalt Passau und 9 für die Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz. Auch mit diesem Haushalt gibt es eine Stärkung des Vollzugs, nämlich mit 50 zusätzlichen Planstellen. Sie sind unter anderem für Marktredwitz vorgesehen. Ein großer Schwerpunkt wird bei der Stärkung der medizinischen Versorgung gesetzt, was mir besonders wichtig ist. Es gibt zusätzliche Stellen für Seelsorger, Psychologen und Sozialarbeiter sowie für den allgemeinen Vollzugsdienst.

Neben den neuen Stellen sind im Haushalt auch wieder Mittel für Stellenhebungen in großem Umfang sowohl in der allgemeinen Justiz als auch im Justizvollzug vorgesehen. Das ist eine wirklich besondere Wertschätzung für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil dadurch die Beförderungsstruktur deutlich verbessert werden kann.

Wofür verwenden wir die Planstellen? – Wir verwenden sie für verschiedene Bereiche, aber natürlich auch für die Stärkung der Substitution von Gefangenen. Die Kollegin Guttenberger hat darauf hingewiesen: Mit dem Thema Substitution ist schon vor Jah-

ren angefangen worden. In den letzten Jahren sind hier die Zahlen deutlich erhöht worden. Im Jahr 2016 sind 35 Gefangene substituiert worden, in den Jahren 2021 und 2022 jeweils über 600 Gefangene. Man sieht also, dass uns dieses Thema wirklich wichtig ist.

Des Weiteren geht es darum, das Gesetz zur Einführung der Gefangenentelefonie umzusetzen. Wir werden hier mit den Stellen, die wir im Vollzug bekommen haben, erste wichtige Schritte machen können.

Ich habe es schon gesagt: Wir investieren in die Gesundheitsversorgung, aber natürlich auch in die Resozialisierung. Die Resozialisierung ist uns wichtig. Sie ist vor allem auch ein gesetzlicher Auftrag. Deswegen investieren wir hier wirklich seit vielen Jahren viel Geld in diese zentrale Aufgabe; denn wir möchten natürlich, dass die Gefangenen nach ihrer Zeit in der Haft ein Leben ohne Straftaten führen können. Dazu leistet die Resozialisierung einen zentralen Beitrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Die bayerische Justiz baut weiterhin sehr viel. Die Ansätze der Anlage S konnten 2023 abermals gesteigert werden, nämlich um 14 Millionen Euro – das sind 11 % – auf 140 Millionen Euro für Bauten. Dazu kommen Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 150 Millionen Euro. Das erlaubt uns, in Passau eine kombinierte Anstalt weiterzubauen und im Sommer in Marktredwitz mit dem Bau der Justizvollzugsanstalt zu beginnen.

Auch bei den Gerichtsgebäuden setzen wir unsere Bauprogramme fort. Wir haben ein riesiges Bauprojekt, die größte Hochbaumaßnahme im Freistaat Bayern, das ist das Strafjustizzentrum in München. Wir haben aber auch Bauvorhaben in der Fläche, nämlich den Neubau des Justizgebäudes in Schweinfurt und die umfangreichen Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in Aschaffenburg, und wir vergessen auch die kleineren Gerichtsstandorte nicht. Wir können die Maßnahmen fortsetzen und weitere planen.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es auch uns wie alle anderen Bereiche trifft: Wir leiden unter den erheblichen konjunktur- und inflationsbedingten Kostensteigerungen.

Ein Schwerpunkt und der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Digitalisierung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung ist mir ein persönliches Anliegen. Wir sind hier schon gut aufgestellt. Viele Bedienstete sind mit Homeoffice-fähigen Laptops ausgestattet. Der elektronische Rechtsverkehr ist eingeführt. Im letzten Jahr sind über zehn Millionen Nachrichten elektronisch ausgetauscht worden. Wir sind dabei, die Einführung der E-Akte voranzutreiben. Alle Oberlandesgerichte und alle Landgerichte in Bayern setzen die E-Akte bereits in Zivilsachen ein. Bei den Amtsgerichten sind wir bereits in der Regeleinführung, und wir sind zuversichtlich, dass wir bis zum Ende des Jahres an allen Amtsgerichten die E-Akte in Zivil- und Familiensachen eingeführt haben werden.

Wir haben das Thema Videoverhandlungen vorangetrieben. Im letzten Jahr gab es 12.000. Wir haben die Technik zur Verfügung gestellt. Die Entscheidung treffen die Richterinnen und Richter.

In Digitalisierungssachen – ich komme zum Schluss – habe ich auch eine Organisationsmaßnahme im Ministerium beschlossen, und zwar bekommen wir eine eigene Digitalabteilung.

Ein wichtiges Thema, dem wir uns widmen, ist das Thema Legal Tech. Das wird den Rechtsbereich doch deutlich verändern. Wir wollen ein führender Legal-Tech-Standort in Europa werden. Ich habe mit der UnternehmerTUM einen Legal-Tech-Inkubator und -Accelerator gegründet, damit hier aus Start-up-Ideen wirklich erfolgreiche Unternehmen werden. Wir werden sehen, was die Zukunft hier bringt.

Insgesamt ist es ein starker Aufschlag in der Digitalisierung. 121 Millionen Euro sind für die IT-Mittel für die Gerichte und Staatsanwaltschaften vorgesehen. Dafür bedanke ich mich wirklich sehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz. Die haben wir in Bayern. Die Justiz ist elementar für die Sicherheit, aber eben auch für die Freiheit der Menschen in Bayern. 21.000 Angehörige der bayerischen Justiz arbeiten täglich daran, das Vertrauen der Menschen in die Justiz zu rechtfertigen. Unser Motto lautet: Die Justiz ist für die Menschen da.

Wenn es um das Thema Vertrauen geht, ist mir ein Punkt noch besonders wichtig: der Umgang mit der NS-Zeit, der NS-Unrechtsjustiz, die es auch in Bayern gegeben hat, und ihren Folgen. Ich fand es unerträglich, dass wichtige Kommentare und Gesetzessammlungen nach Nazis benannt waren. Deswegen freue ich mich, dass der Name Schönfelder für die Zivilgesetze und der Name Palandt für den BGB-Kommentar verschwunden sind. Solche Werke dürfen nicht nach Nazis benannt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

2023 bedeutet, dass vor 80 Jahren die Todesurteile gegen die Mitglieder der Weißen Rose ausgesprochen worden sind. Zwar sind Urteile gefällt worden, aber es waren trotzdem Verbrechen, Verbrechen gegenüber diesen wirklich herausragenden mutigen Persönlichkeiten. Deswegen haben wir die Weiße-Rose-Ausstellung, die in einem dieser Gerichtssäle, die es im Justizministerium noch gibt, erneuert. Wir werden sie in Kürze der Öffentlichkeit vorstellen. Das sind auch wichtige Anliegen, die ich persönlich habe.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Der Entwurf des Haushalts 2023 stärkt die Justiz. Dafür mein herzlicher Dank an Sie alle; denn ich weiß, die Justiz genießt hier im Hohen Haus hohe Wertschätzung. Deswegen danke für die Unterstützung und die Zustimmung zu unserem Justizhaushalt!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich der Kollegin Anne Franke für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Staatsminister Eisenreich, Sie haben von den Hochbaumaßnahmen gesprochen. Ich bin selber Beirätin in der JVA Stadelheim und weiß, dass die JVA schon lange, also mindestens 15 Jahre, darauf wartet, dass der West- und der Ostbau saniert oder neu gebaut werden. Dafür braucht es einen Ersatzbau, der aber immer noch nicht in Planung ist. Die Zustände in West- und Ostbau sind nahezu menschenunwürdig. Es gibt 40 Grad Hitze im Sommer. Das Licht kann nur zentral ausgeschaltet werden. Die Toiletten sind einsehbar von der Klappe. Also, es sind wirklich sehr marode Zustände, und es kommt kein Geld für diesen Ersatzbau. Die Planung lahmt, weil offenbar das Bauamt auch gar nicht in die Gänge kommt. Was können Sie machen, dass da endlich eine Besserung eintritt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Die Gebäudestruktur unserer Justizvollzugsanstalten ist sehr unterschiedlich, von modernen Justizgebäuden wie zum Beispiel in Augsburg-Gablingen bis zu – ich sage jetzt mal – über 200 Jahre alten Klöstern, in denen JVAs sind. Deswegen haben wir hier einen kontinuierlichen Sanierungsbedarf.

Ich habe erst vor einiger Zeit die JVA Stadelheim besucht und mir das dort auch angesehen. Wir sind jetzt dabei, die Krankenabteilung neu zu bauen. Das ist eine ganz wichtige Maßnahme, und wir werden auch auf das Bauministerium mit der Frage zugehen, wie wir die von Ihnen angesprochenen Gebäude auch in der nächsten Zeit entsprechend anpacken können. Zum genauen Zeitablauf kann ich jetzt hier nichts sagen, weil ich hier keine Unterlagen habe. Das kann ich Ihnen aber gern nach der Debatte hier noch beantworten, wenn Sie möchten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023 für den Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26511 mit 18/26521, 18/26523 mit 18/26539 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27949.

Ich beginne mit der Abstimmung über die beiden Änderungsanträge der AfD-Fraktion, über die auf Wunsch der Initiatoren einzeln und in einfacher Form abgestimmt werden soll.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit" auf Drucksache 18/26523 abstimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der – –

(Zuruf)

– Oh! Dagegen gestimmt hat auch der Abgeordnete Busch (fraktionslos).

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Europäische Staatsanwaltschaften" auf Drucksache 18/26524. Dieser

Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos), Swoboda (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Dann ist dieser Änderungsantrag hiermit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 04 selbst. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27949 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich nun, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Bayerbach und Klingen. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Die Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das ist die Gegenstimme des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27949, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26535 mit 18/26539 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 18/26511

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Ausgaben für Sachverständige
   (Kap. 04 02 Tit. 526 11)
   Drs. 18/26512

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nicht richterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 412 01)
   Drs. 18/26513

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 252 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von A 8 nach A 9
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26514

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 100 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der Besoldungsgruppe A 10 sowie Stellenhebungen, insbesondere von A 11 nach A 12, sowie ein Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26515

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 330 neuen R 1-Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26516

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 18/26517

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 225 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26518

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 18/26519

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Treibhausgasausgleich
    (Kap. 04 02 Tit. 533 49)
    Drs. 18/26520

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
    (Kap. 04 02 Tit. 701 11)
    Drs. 18/26521

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
    (Kap. 04 04 Tit. 427 01)
    Drs. 18/26523

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Europäische Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 533 07)
Drs. 18/26524

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Justiz
(Kap. 04 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/26525

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Starke Justiz für Bayern – Sicherheit in Justizgebäuden verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/26526

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Starke Justiz für Bayern – Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/26527

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Starke Justiz für Bayern – 50 weitere Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/26528

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Starke Justiz für Bayern – Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/26529

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Starke Justiz für Bayern – 60 neue Arbeitnehmerstellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/26530

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: IT-Ausstattung der Gerichte gezielt verbessern – mobiles Arbeiten ausweiten
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 18/26531

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Videokonferenzsysteme für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 812 30)
Drs. 18/26532

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gefängnisseelsorge bedarfsgerecht anbieten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/26533

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Starke Justiz für Bayern – 100 neue Stellen im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
Drs. 18/26534

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Thomas Kreuzer
Abg. Florian von Brunn
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Petra Guttenberger
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Martin Böhm
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Martin Hagen
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Ernst Weidenbusch
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Sebastian Körber
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Josef Zellmeier
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Benjamin Adjei

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 3**:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27087 mit 18/27089 und 18/28110)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 18/27090)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27082 mit 18/27086)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27091 mit 18/27099)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27080 und 18/27081)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 119 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten haben wie immer 4 Minuten. – Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/27099 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!Bayern ist für die Zukunft hervorragend gerüstet. Der Haushalt, über den wir in den nächsten Tagen in diesem Hohen Haus debattieren werden, stellt eines einmal mehr unter Beweis: Bayern investiert kraftvoll in die Zukunft. Gleichzeitig bleiben Bayerns Finanzen solide und beständig.

Das haben die renommierten Ratingagenturen erst vor Kurzem wieder bestätigt. Sie haben dem bayerischen Haushalt erneut die Bestnote gegeben und damit dem Freistaat die höchstmögliche Kreditwürdigkeit bescheinigt, und zwar als einzigem Bundesland in ganz Deutschland!

Dieses Lob der Ratingagenturen ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Dahinter steckt harte, jahrzehntelange Arbeit. Mein besonderer Dank für diese solide Finanzpolitik und den verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler gilt daher unserem Finanzminister. Ich danke dem Kollegen Albert Füracker, aber natürlich auch dem gesamten Kabinett und dem Herrn Ministerpräsidenten für die hervorragende Arbeit an diesem Haushaltsentwurf. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daneben gilt mein Dank aber auch den Mitgliedern des Haushaltsausschusses unter dem Vorsitz von Josef Zellmeier für die intensive und konstruktive Beratung aller Einzelpläne und Änderungsanträge innerhalb weniger Wochen. Dies war gute Arbeit. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Berlin dagegen wird wochenlang über den Bundeshaushalt gestritten. Die Ampel-Parteien schaffen es nicht einmal in 20 Stunden, sich im Koalitionsausschuss über die wichtigsten Streitfragen zu einigen. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Freistaat Bayern hat auf die Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahre schnell und umsichtig reagiert. Wir haben gerade in Zeiten von Corona massiv geholfen, um vor allem die wirtschaftliche Basis unseres Landes zu sichern und zu stabilisieren. Genau das hat auch die Experten der Ratingagenturen überzeugt. Sie würdigen in ihrem Gutachten ausdrücklich die starke und robuste heimische Unterneh-

menslandschaft, die moderate Verschuldung und das gute Haushaltsmanagement, auch und gerade während der Corona-Pandemie.

Trotz aller Krisen lässt sich heute feststellen: Bayern hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder, nämlich nur ein Drittel vom Durchschnitt der West-Flächenländer. Und: Bayern hat in den vergangenen Jahren keine Schulden aufgenommen, sondern wir haben insgesamt 5,7 Milliarden Euro Schulden getilgt. Dies ist einmalig in Deutschland, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zinsausgabenquote liegt in Bayern bei lediglich 0,9 %. Zum Vergleich: Im Bund hat sie sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Das bedeutet in Zahlen: Im Jahr 2021 hat der Bund 4 Milliarden Euro Zinsen gezahlt; in diesem Jahr werden es schon mehr als 40 Milliarden Euro sein, also das Zehnfache. Kein Wunder, meine Damen und Herren, bei 100 Milliarden Euro neuer Schulden, die der Bund allein im regulären Haushalt 2022 angehäuft hat.

Die Investitionsquote ist mit 14,6 % in Bayern fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Flächenländer im Westen. Wir investieren in die Zukunft – in Forschung, in Infrastruktur, aber auch und vor allem in leistungsfähige und attraktive Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem Gesamthaushalt von 71,2 Milliarden Euro fließen allein 24,6 Milliarden Euro in die Bildung. Die Investitionen reichen von der digitalen Ausstattung unserer Schulen bis hin zur Umsetzung der Hightech Agenda an unseren Hochschulen. Das ist wieder mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts.

7,8 Milliarden Euro, also jeder zehnte Euro, stehen für die innere Sicherheit und einen effektiven Rechtsstaat zur Verfügung. Auch heuer werden wieder 500 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen und unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften verstärkt; denn wir wollen, dass es auch in Zukunft heißt: "In Bayern leben heißt sicher leben", liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir lassen auch in der Energiekrise unsere Betriebe, unsere öffentlichen und sozialen Einrichtungen nicht allein und haben einen bayerischen Härtefallfonds auf den Weg gebracht. Der Schutzschirm, den wir aufgespannt haben, reicht von der Existenzsicherung unserer Unternehmen bis zur kräftigen Unterstützung für das Ehrenamt, indem wir zum Beispiel die Vereinspauschale erneut verdoppelt haben.

All das setzen wir in Bayern ohne Neuverschuldung und ohne Kreditermächtigungen um. Nur zur Erinnerung, vor allem für die Kolleginnen und Kollegen von der FDP: In Berlin amtiert mit Christian Lindner ein Bundesfinanzminister, der in seiner bisherigen kurzen Amtszeit sage und schreibe 500 Milliarden Euro zusätzliche Schulden, mehr als das Volumen des ganzen Bundeshaushalts, aufgenommen hat oder sich dazu hat ermächtigen lassen. Dies ist unglaublich, dies ist unsolide, und ich würde mich als FDP dafür schämen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Trotzdem reicht der Ampel das Geld offenbar nicht, wie der aktuelle Streit über den Bundeshaushalt zeigt. Stattdessen herrscht in der Bundesregierung Finanzchaos, wohin man auch blickt: Ein Bundesfinanzminister, der die Haushaltsberatungen verschieben muss, weil er die Mehrforderungen der Ressorts nicht in den Griff bekommt;

(Zurufe von der SPD und der FDP)

Kabinettsmitglieder, die ihre Kollegen öffentlich wegen Durchstechereien attackieren; Corona-Kredite, die kurzerhand als Mittel für den Klimaschutz umetikettiert werden; Härtefallhilfen für Unternehmen mit Öl- oder Pelletheizungen, die von der Bundesregierung versprochen und dann vom Haushaltsausschuss einfach wieder gestrichen werden – so sieht keine verlässliche Politik aus, meine lieben Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere Kommunen, die wegen des Flüchtlingszustroms seit Monaten vergeblich auf zusätzliche Unterstützung vom Bund warten, werden alleingelassen. Stattdessen: Fehlanzeige bei der Begrenzung der Zuwanderung und Fehlanzeige bei weiteren finanziellen Hilfen für die Kommunen, die dies zu schultern haben. In Bayern erhalten die Kommunen Gott sei Dank – vielleicht ist das auch für andere Bundesländer interessant – einen einhundertprozentigen Ausgleich ihrer Kosten, was Flüchtlinge anbelangt, vom Freistaat Bayern, sodass sie diese nicht selbst tragen müssen. Der Flüchtlingsgipfel vom Februar war ein Flop, der nur noch vom Bildungsgipfel der Bundesbildungsministerin übertroffen worden ist. Der Bundeskanzler bleibt in Deckung und hat keine Zeit für das Gespräch mit den Kommunen, die jeden Tag händeringend nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten suchen müssen und, meine Damen und Herren, wie wir leider feststellen müssen, langsam an ihre Grenzen stoßen.

Nicht zuletzt wurde ein sogenanntes Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro aufgelegt. Es wurde groß verkündet; das war die sogenannte Wumms-Geschichte. Aber leider ist die Bundesregierung bisher nicht in der Lage, das Geld auszugeben. Die Bundeswehr steht heute schlechter da als vor einem Jahr. Wir geben Waffen ab, kaufen aber keine. So behaupten beispielsweise die Hersteller von Kampfpanzern, dass bei ihnen überhaupt noch keine Bestellungen eingegangen seien. Dies ist nicht das, was man sich unter solider Verteidigungspolitik vorstellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Als Kronzeugin will ich eine SPD-Politikerin – –

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

– Ich würde auch nervös werden und dazwischenrufen, wenn ich eine so miserable, saumäßige Bilanz wie die Ampel vorzulegen hätte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als Kronzeugin, meine Damen und Herren, führe ich die Wehrbeauftragte des Bundes von der SPD an: Von den 100 Milliarden ist bisher bei der Truppe kein Cent angekommen. Meine Damen und Herren, kein Cent ist angekommen! Das zeugt nicht nur von Unfähigkeit; das ist ein absolutes Armutszeugnis gegenüber den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr, die unser Land verteidigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dafür sollten Sie sich schämen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie sollten sich schämen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück nach Bayern: Hier komme ich aus dem Staunen nicht heraus, wenn ich das Wahlprogramm der GRÜNEN lese. Nicht nur weniger Fleisch und weniger Polizei werden darin für Bayern gefordert

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist falsch!)

– das kennt man ja –, sondern auch mehr Zuwanderung und mehr Schulden. Für alle möglichen Zwecke wollen Sie die Schuldenbremse in der Verfassung auflösen und zukünftige Generationen belasten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Gelogen!)

Aber Schulden bleiben Schulden. Sie belasten künftige Generationen und kommen uns angesichts der gestiegenen Zinsen teuer zu stehen, ganz egal, wofür man sie aufnimmt. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, zeigen Sie doch einmal, dass Sie es wirklich ernst meinen mit einer nachhaltigen Politik für unsere Kinder und Enkelkinder und streichen Sie dieses unverantwortliche Schuldenmachen aus Ihrem neuen Wahlprogramm! Dies würde ich Ihnen empfehlen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir halten an der Schuldenbremse fest. Wir haben sie aus guten Gründen in der Verfassung verankert, damit die Politik auf Dauer verantwortungsvoll haushaltet und auch die Zukunft im Blick behält.

Um eine verantwortungsvolle Finanzpolitik geht es auch beim Länderfinanzausgleich. Da gibt es Länder, die es sich als große Transferempfänger bequem eingerichtet haben, wie Berlin mit einem 29-Euro-Ticket im ÖPNV oder der schon seit Langem absolut kostenlosen Betreuung von Kindern in den Einrichtungen. Und da gibt es den Freistaat Bayern, dessen Bürgerinnen und Bürger das alles über den Länderfinanzausgleich bezahlen sollen. Das kann so nicht weitergehen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will dies etwas verdeutlichen. Ich sehe ein, dass man finanzielle Schieflagen zwischen Ländern auch ausgleichen muss. Ich sehe aber nicht ein, dass Bayern inzwischen allein mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs tragen muss. Zuletzt haben wir fast zehn Milliarden Euro bezahlt. Folgende Rechnung zeigt, wo das Problem liegt: 2021 kam Bayern auf Steuereinnahmen von 4.000 Euro pro Einwohner, Berlin dagegen nur auf etwa 2.500 Euro pro Kopf. Nach dem Finanzausgleich, meine Damen und Herren, stehen Berlin jedoch 5.000 Euro zum Ausgeben zur Verfügung, also 1.000 Euro mehr als in Bayern. Dies kann so nicht bleiben, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wer Berlin seit Jahren regiert, das wissen wir. Dies ist eine ganz typische rot-grün-linke Misswirtschaft.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Widerspruch des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Das hat mit Solidarität nichts zu tun, sondern das ist ungerecht und leistungsfeindlich.

(Weitere Zurufe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das für eine Kinderstube?)

Wer das gerecht nennt – –

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Das war Söder!)

– Sie werden das doch nicht verteidigen, was Berlin macht! Sie haben doch gesehen, wie Ihre Parteien abgestraft worden sind. Sie haben noch zu viele Stimmen dort, meine Damen und Herren; noch weniger wären angezeigt gewesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer das gerecht nennt, hat eine Rechenschwäche oder ein tieferliegendes Problem mit Bayern. Das hat die "Süddeutsche Zeitung" vor Kurzem kommentiert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das war Söder!)

Sie steht dem Verdacht fern, uns in der politischen Berichterstattung besonders nahe zu stehen.

Für uns steht fest: Bayern kann und will nicht mehr die Melkkuh von Ländern sein, die das erarbeitete Steuergeld mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Wir werden uns gegen diese massive Fehlentwicklung beim Länderfinanzausgleich mit aller Kraft wehren und auch dagegen klagen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Mit einem verantwortungsvollen klugen Einsatz von Steuereinnahmen, mit dem Fleiß der Menschen und den richtigen politischen Weichenstellungen ist Bayern zu dem geworden, was wir heute sind: Familienland Nummer 1 mit 4,2 Millionen Euro Investitionen. Ich nenne nur das Bayerische Familiengeld, das in Deutschland einmalig ist.

(Thomas Huber (CSU): Milliarden!)

– Milliarden natürlich. – Bayern investiert kräftig in die Gesundheitsversorgung und Pflege, in die Geburtshilfe, Landarztprämie und die Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze. Wir geben auch in diesem Jahr 2023 wieder Fördergelder von 643 Millionen Euro für die Krankenhausförderung aus. Das Landespflegegeld, eine Besonderheit Bayerns, hat ein Volumen von 430 Millionen Euro. Die GRÜNEN wollen das Landespflegegeld übrigens komplett abschaffen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der älteren Generation und ihrer Angehörigen. Solche Dinge sind mit der CSU nicht zu machen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist als Wirtschaftsstandort führend, und wir müssen alles dafür tun, dass das so bleibt. Die Arbeitslosigkeit ist nirgends so niedrig wie in Bayern. In Bayern ist die Spitzenforschung zuhause, und deshalb kommen auch Apple, Google, Microsoft und IBM zu uns. Sie gehen nicht nach Paris, sie gehen nicht nach London, sondern sie kommen nach München. Dies sind unsere Konkurrenten. Bayern ist in Europa eine Ideenschmiede und eine der führenden Regionen bei den Patentanmeldungen. Mit unserer Hightech Agenda investieren wir 3,5 Milliarden Euro gezielt in die bayerische Innovationskraft. Das ist unsere Bilanz für Bayern, trotz aller Krisen in den letzten Jahren. Wir haben zusammen mit unserem Koalitionspartner den Koalitionsvertrag abgearbeitet. Wir haben gehalten, was wir versprochen haben, und wir haben Bayern weiter vorangebracht. Die Menschen in Bayern wollen, dass wir diesen Weg fortsetzen; das zeigen uns alle Umfragen. Stabile Verhältnisse statt Ampel-Chaos – das ist die Voraussetzung dafür, dass Bayern vorne bleibt. Das stellen wir mit dem Haushalt unter Beweis, und daran werden wir auch weiterhin mit ganzer Kraft arbeiten, um dieses Land vorwärtszubringen und den Menschen in Bayern bestmöglich zu dienen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich sehe, der Stuhl des Ministerpräsidenten ist unbesetzt. Ich habe mich letzte Woche bei den Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz erkundigt. Dort nimmt die Ministerpräsidentin Malu Dreyer an jeder Plenarsitzung teil.

Wir reden heute über den Einzelplan 02, also über den Etat des Ministerpräsidenten. Das wird in der deutschen parlamentarischen Tradition üblicherweise für eine Generalaussprache über die Politik des Ministerpräsidenten genutzt, im Bundestag ist es der Kanzler. Deswegen meine Frage: Lässt sich seine Hoheit Markus Söder heute hier noch blicken und stellt sich der politischen Debatte, oder können wir davon ausgehen, dass er nicht an der Landtagssitzung teilnimmt?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Der ist beim Starkbieranstich!)

Thomas Kreuzer (CSU): Sie sagen, der Sitz ist unbesetzt. Ich sage Ihnen, wir haben einen Ministerpräsidenten, und der Sitz ist besetzt, er ist nur im Moment nicht im Plenum. Damit überhaupt keine Missverständnisse aufkommen: Er ist im Haus. Ich gehe davon aus, dass er jeden Moment kommen wird.

(Zurufe: Oh!)

Ich habe mit ihm darüber aber nicht gesprochen.

(Zuruf: Ich habe auf seine Rede gewartet!)

– Ein Ministerpräsident hat noch nie die Haushaltsdebatte hier eröffnet. – Das war's schon?

Präsidentin Ilse Aigner: Ja, das war's. Das war nur eine Zwischenbemerkung.

Thomas Kreuzer (CSU): Hier vorne blinkt es immer noch. – Okay.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Einzelplan 02, den Einzelplan der Staatskanzlei. Man muss feststellen, dass der Ministerpräsident heute nicht anwesend ist.

(Zurufe von der CSU: Ah!)

Er ist seit gut zehn Jahren für die Finanzen in Bayern verantwortlich – erst als Finanzminister, dann als Ministerpräsident. Der Staatshaushalt ist allein von 2017 bis 2023 um circa 25 % gewachsen. An dieser Stelle, ganz am Anfang meiner Rede, möchte ich mich bei unseren Unternehmen in Bayern, bei den Selbstständigen, bei Angestellten, bei all denen bedanken, die durch ihre Steuerzahlungen diese Einnahmen ermöglicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir ist es wichtig, das am Anfang deutlich zu sagen; denn wir reden heute über das Geld, das die Menschen der Regierung anvertraut haben in der Erwartung, dass damit in eine gute Zukunft für alle investiert wird.

Das haben Sie nicht getan. Ihr jetziger Haushalt ist alles andere als ein Ideenfeuerwerk. Sie geben weiterhin viel Geld aus, schmeißen mit Geld um sich, ohne wirklich Strukturen zu verbessern. Sie investieren nicht in die Zukunft. Ihre Haushaltspolitik steckt im Gestern fest. Jeder soll doch gerade so viel bekommen, dass es gerade noch für den Machterhalt der CSU reicht. Mehr ist da nicht, mehr Anspruch hat Ihre Haushaltspolitik nicht. Mehr politischen Gestaltungswillen findet man in Ihrem Haushalt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das letzte Jahrzehnt war ein Jahrzehnt der verpassten Chancen, ein Jahrzehnt des fehlenden Weitblicks, ein Jahrzehnt der fehlenden Richtung. Das rächt sich gerade bitter für die Menschen in unserem Land. Unsere Schulen, unsere Unis, unser Schienennetz, die öffentlichen Schwimmbäder, unsere digitale Verwaltung – das sind Baustellen, die seit Jahren auf echte Lösungen warten, bei denen große Investitionen notwendig wären.

(Robert Brannekämper (CSU): So ein Unsinn! Hören Sie auf!)

Hier geht es ums Gemeinwohl, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um das Große und Ganze, um all das, was im wahrsten Sinne des Wortes nach einer anderen Politik schreit. Das haben Sie nicht im Blick.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neue Ideen, die Ideen anderer, machen Sie nieder, statt eigene Ideen zu liefern. Das ist Ihre Politik. Aber bei guter Politik kommt es doch aufs Machen, nicht aufs Niedermachen an, wie Sie es jeden Tag tun, Herr Kreuzer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, jedes Jahr zeigt sich aufs Neue: Ein dicker Geldbeutel allein ist kein Garant für eine gute Politik.Der Haushalt sollte doch das Ergebnis eines Wettstreits der besten Ideen sein, um die Herausforderungen unserer Zeit anzupacken und Bayern für alle Menschen in Bayern zukunftsfest zu machen. Ihr Haushalt spiegelt wirklich nur eines wider: Sachfragen und Gestaltungsarbeit haben in der Söder-Staatskanzlei offenbar nur den Vermerk "kein Gewinnerthema". – So einfach ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie drücken sich vor den notwendigen Aufgaben unserer Zeit, Sie drücken sich vor der Verantwortung, der Zukunft eine Richtung zu geben, und Sie drücken sich davor, Ihr altes Denken endlich abzulegen. Das rächt sich gerade bitter, besonders in der Energiepolitik. – Von Ihnen habe ich dazu gar nichts gehört, Herr Kreuzer. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen gerade die Zeche für die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die Sie aufgebaut haben. Sie zahlen für den Stillstand, den Sie verwalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss es so deutlich sagen: Ihre verfehlte Energiepolitik hat das Leben der Menschen in Bayern deutlich teurer gemacht; das haben Sie uns eingebrockt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Technik ist da, Bayerns Unternehmen sind bereit, nur die CSU will und kann die Energiewende bis heute nicht wirklich voranbringen. Die Liebe der CSU zu dreckigen fossilen Energien hat uns in eine Abhängigkeit von russischem Öl und Gas getrieben. Die Menschen zahlen dafür gerade die Zeche.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer verlängert denn die Laufzeit der Kohlekraftwerke?)

Wie war das denn bei Ihnen? Wie war es denn, als Putin völkerrechtswidrig die Krim besetzt hat? – Da haben Sie noch neue Öl- und Gasheizungen gefördert. Sie haben das gemacht und die Menschen in diese Abhängigkeit getrieben! Das ist Ihr Verdienst! Sie machen das Leben der Menschen deutlich teurer.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man vorsichtig mit Steinen sein! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Selbst nichts auf die Reihe bringen, aber hier den großen Max machen!)

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine legt das energiepolitische Versagen der CSU schonungslos offen; das zeigt doch Ihre Unruhe. Unser Energiesystem, das Sie

mitgeschaffen haben, ist zu abhängig, zu angreifbar, zu teuer und obendrein noch klimaschädlich. Daraus wollen wir uns befreien.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Davon sind Sie doch meilenweit entfernt!)

Die günstige Windenergie aus dem Norden kommt nicht bei uns an, weil die CSU den Netzausbau verschleppt hat. Sie haben den bayerischen Windkraftausbau blockiert. Sie haben kritische Infrastruktur, Stromnetze und Wasserkraftwerke verscherbelt; das war die CSU!

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Durch Ihre Politik, durch Ihr altes Denken haben Sie die Energiesicherheit in Bayern aufs Spiel gesetzt. So ist es!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Politik kann es auch anders machen. Politik kann auch anders agieren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So wie in Berlin, oder? Gott bewahre!)

Seit den 1980er-Jahren sagen wir Ihnen, wie Energiewende geht. Gestern haben wir weitsichtig mehr erneuerbare Energien gefordert. Heute sorgt unser grüner Energieminister Robert Habeck für sichere und bezahlbare Energie in Deutschland.

(Lachen bei der CSU)

Morgen machen wir Bayern zu 100 % erneuerbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir machen Bayern für unsere Kinder und Enkelkinder energiesicher und klimaneutral. Das ist echte Bayernliebe, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Was Sie sagen, hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun!)

Es ist echt schade, dass der Ministerpräsident immer noch nicht da ist.

(Alexander König (CSU): Er hat noch nichts verpasst! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist schwach, ganz schwach!)

– Ich glaube, man hat hier einen Nerv ziemlich getroffen. Sie merken endlich, dass die Herausforderungen unserer Zeit deutlich leichter zu meistern wären, wenn Sie die Energiewende in diesem Land nicht jahrzehntelang blockiert hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo könnte Bayern heute stehen? – Wir könnten heute hier gemeinsam bei der Energiewende auf Bayern stolz sein, wenn Markus Söder bei seinem Thema geblieben wäre, das er angekündigt hat.

(Hans Herold (CSU): Gibt es auch noch ein anderes Thema?)

2011 stand Markus Söder als Umweltminister hier am Rednerpult und hat die Energiewende angekündigt. Ein paar Wochen später hat es ihn nicht mehr interessiert. Das sind einfach nur gebrochene Versprechen von Markus Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hätten Sie die Windkraft nicht jahrelang in Bayern blockiert, dann hätten wir heute wahrscheinlich 3.000 moderne Windräder, davon viele in Bürgerhand. Bei einer durchschnittlichen Einspeisevergütung von 7 Cent pro kWh würden 2 Milliarden Euro nach Bayern fließen. Das wären 6 Millionen Euro pro Tag, die direkt in die Region fließen würden.

(Alexander König (CSU): Sie erzählen Märchen!)

So geht regionale Wertschöpfung; so stärkt man das Handwerk und die Wirtschaft in Zentren und auf dem Land. Alle Energiegenossenschaften, mit denen ich gesprochen habe, sind sich ganz deutlich einig: Die CSU hat die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten der Chancen der Energiewende in Bürgerhand beraubt, weil Sie die Windkraft massiv blockiert und den Stromnetzausbau sabotiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Mehr fällt Ihnen nicht ein, oder?)

– Ich weiß, Sie wollen das nicht hören, aber das sind Fakten.

(Robert Brannekämper (CSU): Das ist Unsinn! – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Söders Energiepolitik ist schuld an der massiven Teuerung. Sie haben uns von Öl und Gas abhängig gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch jede Pipeline schießt doch nicht nur Gas und Öl nach Bayern; damit schießt auch die Inflation in unser Land.

(Robert Brannekämper (CSU): Ja, genau!)

Die CSU-Energiepolitik ist die Ursache der Inflation in Bayern.

(Widerspruch und Lachen bei der CSU)

Die Menschen in Bayern zahlen gerade die Zeche für Söders energiepolitisches Versagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Welcher Blödsinn!)

Wenn Sie das Land wie kein anderes Bundesland abhängig von fossilen Energien in diesem Bereich machen und dann die Kosten durch die Decke gehen, treiben Sie die Inflation.

(Thomas Kreuzer (CSU): Fasching ist schon vorbei!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident Markus Söder schwärmt heute immer noch von seiner Klima-Milliarde. Es ist nur komisch, dass die CO_2-Emissionen in Bayern weiter steigen.

(Ulrich Singer (AfD): Ihre Politik ist doch daran schuld, wenn Sie Atomkraftwerke ausschalten!)

– Ich rede von Bayern. – Ganz nüchtern festgestellt, investieren Sie das Geld falsch und erreichen nicht das Ziel. Sie stellen keine Weichen für ein zukunftsfestes Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hätten Sie die Atommeiler weiterlaufen lassen, bräuchten wir keine Kohlekraftwerke!)

Es interessiert Sie nicht, wie unsere Städte aussehen müssten, damit Menschen dort auch künftig trotz Hitze und Starkregen noch leben können.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Es interessiert Sie nicht, wie Bürgermeister die Wärmeplanung umsetzen, um Privathäuser mit kostenloser Abwärme aus der Industrie oder günstiger Geothermie zu versorgen. All das interessiert Sie nicht und findet keinen Widerhall in Ihrem Haushaltsentwurf. Dass Sie bei der Energiewende immer wieder statistische Rosinenpickerei betreiben, ändert doch nichts an der Wahrheit. Alle Faktenfüchse der Welt haben festgestellt: Bayern liegt – gemessen an der Größe des Landes – im hinteren Mittelfeld, was den Ausbau der erneuerbaren Energien angeht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist doch Schmarrn!)

– Das ist kein Schmarrn. 2021 ist der Anteil an sauberem Strom in Bayern sogar gesunken. Das ist Ihr Verdienst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ulrich Singer (AfD): Dann lassen Sie die Atomkraftwerke weiterlaufen!)

Wenn man sich das einmal ganz aktuell anschaut: Auf Bundesebene räumt Robert Habeck die Hindernisse für den Ausbau der Windkraft aus dem Weg.

(Lachen bei der CSU – Alexander König (CSU): Da sind wir einmal sehr gespannt!)

Was machen Sie in Bayern? – Sie machen die Vogelkartierung deutlich komplizierter, als es der Bund vorgibt. Das ist bayerische Blockade! Das ist Ihre Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie sind verantwortlich für die CO_2-Emissionen! Sie kaufen LNG ein und lassen Kohlekraftwerke laufen!)

In Bayern wurde 2023 keine einzige neue Windkraftanlage genehmigt. Keine einzige! In Sachsen-Anhalt wurden in diesem Jahr 20, in Niedersachsen 22 und in Schleswig-Holstein 33 neue Windkraftanlagen genehmigt, in Bayern keine einzige.

Kommen wir zu den Staatsforsten: Ständig wurde angekündigt, die Windkraft in den Staatsforsten voranzubringen. Warum haben Sie eigentlich die artenschutzrechtliche Prüfung bis heute nicht gestartet? Dann wären wir bereits fertig und könnten dort bauen. Das hätten Sie einfach machen können. Sie machen nichts und schimpfen stattdessen die ganze Zeit in Richtung Berlin, ohne in Bayern konkret etwas umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wind-, Solar- und Wasserkraft stehen für die günstigen Energien; sie schicken uns keine Rechnung. Öl und Gas sind klimaschädliche Energien von gestern, die Strom

und Wärme teuer machen. Mit ihnen schießt die Inflation durch die Pipeline nach Bayern. Mit Ihrem Gejammer und Ihrer Unruhe lähmen Sie doch gerade ein ganzes Land und liefern keine Ideen. Ich habe im Haushalt keine neue Idee gefunden, um die Energiewende wirklich voranzubringen.

Wir haben ganz klar einen sozialen Ausgleich über einen Wärmefonds vorgeschlagen, um den Umbau der Sozialwohnungen deutlich zu unterstützen, weil uns natürlich klar ist, dass die Menschen das nicht alleine finanzieren können. Wir haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land im Blick und unterstützen sie bei der Sanierung von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern, weil das eine gemeinsame Aufgabe ist.

Kommen wir zur Geothermie, zu unserer Tiefenwärme, zu unserem Schatz unter unseren Füßen: Die Kommunen brauchen doch Sicherheit bei der Finanzierung, um die Tiefenwärme endlich zu erschließen. Wir haben einen Vorschlag betreffend einen Ausfallfonds vorgelegt, um das Bohrrisiko abzufedern, weil uns ganz klar ist, dass Energiewende nur gemeinsam geht. Nur gemeinsam können wir das stemmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Thema, zum Thema Wasser, das die Menschen in ganz Bayern umtreibt und ihnen Sorgen macht. Daran hat Ihre heutige Ankündigung relativ wenig geändert. Die Tatsache, dass bei uns Wasser an Großkonzerne verschenkt wird, Sie die Wasserversorgung von uns allen aufs Spiel setzen und Konzerne für Tiefengrundwasser in Bayern nichts bezahlen müssen und keinerlei Anreiz haben, sparsam mit dieser eisernen Reserve umzugehen, ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie scheuen nicht einmal davor zurück, das Tiefengrundwasser weiter auszubeuten. Das ist die eiserne Reserve von Ihren und meinen Kindern, die wir dringend schützen müssen.

(Zuruf: Nein!)

Dass der Ausverkauf des Grundwassers endlich aufhören muss, ist ganz klar der Wunsch der Bevölkerung und das zeigen auch die Zahlen. Wir erleben gerade eine Trockenheit: Der Grundwasserpegel ist bei über 60 % der Messstellen auf einem niedrigen Stand. Faktisch kommen täglich neue Niedrigstände hinzu. Das heißt doch: Wir brauchen dringend eine Politik, die unser Wasser schützt, Wasser spart und es endlich sauber hält. Da müssen wir dringend etwas ändern!

Was Sie heute gemacht haben, begrüßen wir und freuen uns darüber, dass Sie bei Ihrer "Aufweichorgie" beim Gewässerschutz wieder zurückgerudert sind. Das kam nicht aus der Fraktion. Das hat der Ministerpräsident wohl selber schnell gemacht. Ich frage mich immer noch, wer von Ihnen eigentlich solche Anträge gestellt und ins Verfahren gebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So wenig Rücksicht auf unser wichtiges Lebensmittel, auf unser Trinkwasser! Dass das passieren kann, zeigt:

(Toni Schuberl (GRÜNE): Die ganze Fraktion war das!)

Sie hängen wirklich im alten Denken fest!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass diese Aufweichung jetzt gebremst wird, verdanken wir den Menschen und ihrer Liebe zu den Naturschätzen in unserem Land. Die Liebe zu sauberem Wasser war stärker als Ihre Profitinteressen, unser Wasser für den schnellen Euro zu verscherbeln!

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Falschbehauptung!)

Für uns ist klar: Wird Grundwasser genutzt, hat die Trinkwasserversorgung Vorrang. Es kann nicht sein, dass kommerzielle Wasserabfüller mit öffentlichen Versorgern gleichgestellt werden. Unsere Wasserschutzgebiete dürfen nicht angetastet werden. Wir brauchen eher mehr und nicht weniger. Wenn Wasser, das Nahrungsmittel Nummer eins, nicht schützenswert ist, was ist denn dann aus Ihrer Sicht überhaupt schützenswert?

Wir wollen ein Wasserentnahmeentgelt einführen. Es kann nicht so bleiben, dass in Bayern für Industrielle und Mineralwasserkonzerne selbst Tiefengrundwasser komplett kostenlos ist. Wie gesagt: Die Konzerne haben keinerlei Anreiz, sparsam und effizient mit dieser Ressource umzugehen. Das wollen wir im Interesse aller Menschen in Bayern endlich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU kündigt zwar an, schaut aber weiter zu, wie unser wertvolles Lebensmittel sorglos verschwendet wird. Dabei wünschen sich die Menschen in Bayern, dass ihre Regierung ihr Trinkwasser schützt. Sie hat die Pflicht dazu. Es ist die Pflicht zur Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land.

Das Wasser scheint bei der Söder-Regierung insgesamt einen geringen Stellenwert zu haben; denn auch der Zustand unserer Gewässer lässt zu wünschen übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da hat die Anhörung etwas anderes ergeben!)

Der ökologische Zustand der Flüsse in Bayern erreicht bei nur etwa 19 % die Bewertung "gut". Das ist auch kein Wunder, wenn man sich die Zahlen im Haushalt anschaut: Sie nehmen dafür nicht das nötige Geld in die Hand. Das zeigt ganz deutlich: Gewässerschutz wird bei Ihnen nicht groß-, sondern kleingeschrieben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das, obwohl spätestens 2027 alle Gewässer nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie in einem guten ökologischen Zustand sein sollten. Bayern ist hier wieder mal Spitzenreiter im Nichterreichen von Zielen. Das hat fatale Folgen für Menschen und Tiere. In Zeiten von Dürren und Starkregen sind wir doch auf natürlichen Hochwasserschutz mehr denn je angewiesen. Unsere sinkenden Grundwasserpegel können wir erhöhen, wenn wir Auwälder wieder zulassen und unseren Flüssen endlich mehr Platz zugestehen. Dass die Söder-Regierung die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie jedes Jahr weiter verschleppt, zeigt wieder einmal, wie wenig sie die Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen in den Blick nimmt. Es fehlt ihr selbst bei unserem wichtigsten Lebensmittel, bei unserem Wasser, an Weitsicht, richtig zu handeln. Jedes Jahr, das wir warten, macht die Aufgabe teurer, nicht günstiger. Das ist unstrittig, das belegen alle Studien, und Sie schieben es immer weiter raus.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt gar nicht!)

Am Ende zahlen das unsere Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen: Das sind die Moore. Da wird vom Ministerpräsidenten auch immer groß angekündigt. Das ist ein weiteres der wichtigen Zukunftsprojekte, das Herr Söder nicht umsetzt und einfach nur liegen lässt. Ich will das an einem letzten Beispiel deutlich machen: Moorrenaturierung. Die Moore sind unser CO_2-Speicher. Da sind wir uns alle einig. Wenn die Regierung von Markus Söder in dem Tempo wie bisher weitermacht, dann brauchen wir für ihr Ziel, 55.000 Hektar Moore zu renaturieren, 625 Jahre.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist das Tempo von Markus Söder, um sein eigenes Ziel zu erreichen. Beim Klimaschutz ist und bleibt Söder Deutschlands größter Versprechensbrecher!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, gute Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Gute Politik schaut nach vorne und handelt weitsichtig.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Macht das mal in Berlin!)

Sie lässt altes Denken los. Sie entscheidet sich für Lösungen, die auch unsere Enkelkinder noch richtig finden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie reden gerade vom Staatshaushalt, richtig?)

Sie stellt sich Herausforderungen und packt pragmatisch an. In Berlin stellt man sich Herausforderungen, die Sie uns eingebrockt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Widerspruch bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist wohl ein Witz!)

Gute Politik schafft Rahmenbedingungen, damit alle Menschen gut leben können – heute und morgen.

(Staatsminister Albert Füracker: Lützerath!)

Sie schweißt das Land zusammen, anstatt es zu spalten, und sie schützt das, was uns erhält: unser Wasser, unsere Luft, unsere Böden. Wir haben das, was sich viele Menschen in Bayern wünschen: eine klare Haltung, einen klaren Wertekompass, eine klare Vision und einen klaren Plan für die Zukunft Bayerns!

(Staatsminister Albert Füracker: Lützerath!)

Überwinden wir dieses verlorene Jahrzehnt! Machen wir dieses Jahrzehnt zum Jahrzehnt des Anpackens und des Machens! Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass klimaneutrale Produktionsprozesse aus Bayern Vorbildcharakter haben. Das ist unsere Chance. Lassen Sie uns gemeinsam an einem Bayern arbeiten, in dem die zugewanderte Syrerin genauso gut Vorstandsvorsitzende werden kann wie der bayerische Anwaltssohn. Das ist unser Anspruch. Lassen Sie uns gemeinsam ein Bayern schaffen, in dem Anpackergeist und Erfindungsreichtum ein neues Erfolgsmodell begründen. Das ist unser Potenzial. Lassen Sie uns Bayern zu einem Ort machen, an dem der Mensch und die schöne bayerische Natur im Mittelpunkt stehen! Das ist wahre Bayernliebe. Packen wir es an!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Schwache Rede! Ganz schwache Rede! Schwach! Wirklich schwach!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von unserem Geburtstagskind Petra Guttenberger, der ich noch mal herzlich gratuliere.

Petra Guttenberger (CSU): Danke schön. – Herr Hartmann, ich bin jetzt schon ein bisschen irritiert über Ihre Aussagen zum Land Bayern. Nach meiner Erkenntnis ist Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien vorne,

(Zurufe von den GRÜNEN)

natürlich nicht im Offshore-Bereich. Wir haben leider keinen Zugang zum Meer.

Sie stellen hier eine Welt dar, die Gott sei Dank nicht so existiert. Ist Ihnen bekannt, dass man hier zwar einerseits Fracking verbietet, andererseits aber Fracking-Gas kauft mit den Stimmen der neuen Bundesregierung?

Nehmen wir mal das Thema Wasser: Ist Ihnen bekannt, dass die Wasserstrategie der Bundesregierung – Beschluss des Bundeskabinetts – in etwa dem entspricht, was in

den klarstellenden Anträgen, die Sie gerade so verteufelt haben, drinsteht? Ist Ihnen bekannt,

(Horst Arnold (SPD): Das sind Suggestivfragen!)

dass die neue Bundesregierung, die Ampel-Bundesregierung, bei uns wieder Kohlekraftwerke anschiebt?

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die Redezeit wäre beendet.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Erst mal alles Gute zum Geburtstag auch von meiner Seite.

(Allgemeiner Beifall)

Petra Guttenberger (CSU): Nachdem Sie jetzt die Stimme so erhöht haben – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Frau Kollegin, es gibt keine Geburtstagsgeschenke!

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich wünsche Ihnen zum Geburtstag von ganzem Herzen, dass Sie die Zeit und die Kraft finden, Ihr altes Denken endlich zu überwinden und in der neuen Zeit anzukommen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Keine Antwort! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Olle Kamellen, Herr "Geologe"! – Hans Herold (CSU): Das war schwach! Keine Antworten! – Weitere Zurufe von der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, wir haben noch eine Intervention von Herrn Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege von den GRÜNEN, die GRÜNEN wollen ja gern ganz locker die Gesetzgebung zugunsten der Windräder und leider zuungunsten der Vogelwelt ändern. Das haben Sie eben selbst gesagt. Deshalb beklagen Sie in diesem Plenarsaal, dass die Bayerische Staatsregierung die Kompli-

ziertheit bei der Vogelkartierung übertreiben würde, wahrscheinlich weil Sie gerne noch mehr Windräder in die Vogelzugrouten stellen möchten.

Deshalb meine Frage von Vogelkundler zu Vogelkundler: Welche Kartierungsmethode halten Sie bei Windkraftstandorten für geeignet, vielleicht die Linientaxierung, die Revierkartierung oder die Punkt-Stopp-Methode? Das würde mich bei Ihrer Fachkompetenz einmal interessieren.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Zunächst einmal: Für mich sind Sie kein geschätzter Kollege, um es ganz deutlich und ehrlich zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe trotzdem ganz kurz auf Ihre Frage ein: Wir haben ganz klar gesagt, dass wir in Bayern Vorranggebiete für die Windkraft wollen. Wo wir Vorranggebiete ausweisen, hat die Windkraft dort Vorrang. In anderen Bereichen weisen wir einen dritten Nationalpark aus. Dort hat die Natur Vorrang. Wir brauchen sauberen Strom, um die Erdüberhitzung in den Griff zu bekommen, sonst sterben deutlich mehr Tier- und Pflanzenarten auf diesem Planeten aus.

Ganz kurz zu Ihrer Frage: Man muss nicht bei jeder Kartierung an 18 Tagen in die Fläche laufen. Manchmal reichen vielleicht auch sechs Tage. Hier können wir besser und effizienter werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sagen Sie das den Leuten vor Ort, die das kritisieren!)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich Herrn Kollegen Pohl das Wort erteile, eine Bitte: Ich habe das Mikrofon am Rednerpult schon auf maximale Lautstärke aufgedreht. Wenn der Redner oder die Rednerin trotzdem nicht gehört wird, dann ist es hier vielleicht zu laut. Das nur als kleiner Hinweis. – Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich werde mir Gehör verschaffen. – Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Hartmann, ich bin einigermaßen erstaunt. Ich kenne Sie als guten Debattenredner. Vielleicht liegt es an der Fastenzeit, aber heute habe ich nur von Schuld und Sühne gehört. Mit Verlaub, Sie gestatten die Bemerkung, das war nicht geistreich, sondern inhaltlich höchst sparsam.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir zunächst einmal einen Dank an diejenigen, die durch ihren Fleiß, durch ihre unternehmerische Weitsicht und durch ihre Ehrlichkeit Jahr für Jahr dafür sorgen, dass wir immer mehr Steuern einnehmen und Bayern damit gestalten können. Dieser Dank im Namen meiner Fraktion und, so denke ich, im Namen beider Regierungsfraktionen und des gesamten Hohen Hauses gilt allen Steuerzahlern im Freistaat. Vielen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der nächste Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss, allen voran unserem Vorsitzenden Josef Zellmeier, aber auch seiner Stellvertreterin Claudia Köhler. Ich denke, wir haben die Haushaltsberatungen sehr zielführend bestritten, natürlich mit unterschiedlichen Akzentuierungen, aber doch in der nötigen Ernsthaftigkeit und Tiefe. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei drei Kollegen bedanken, die aus dem Parlament und aus dem Haushaltsausschuss ausscheiden werden, stellvertretend für alle anderen. Ich beginne in meiner Fraktion mit Herrn Kollegen Gerald Pittner. Aus der CSU-Fraktion möchte ich insbesondere Ernst Weidenbusch nennen und aus der SPD-Fraktion Herrn Kollegen Harald Güller. Ihr, stellvertretend für alle anderen, steht für die exzellente Haushaltspolitik dieses Parlaments über Fraktionsgrenzen hinweg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein letzter Dank gilt natürlich demjenigen, der diesen Haushalt aufgestellt hat, unserem Finanzminister Albert Füracker, dem es wiederum gelungen ist, einen Etat von über 70 Milliarden Euro sehr solide, aber vor allem zukunftsfähig aufzustellen in Zeiten, die schon einfacher waren. Da kann man schon einmal den Vergleich mit Berlin ziehen. Herr Kollege Kreuzer hat eines genannt, was in dieser Ampel besonders schmerzlich ist und besonders schiefläuft: Es wurden Sondervermögen angekündigt, zum Beispiel 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Dann hatte die Regierung ein Jahr Zeit, und es ist nichts, aber auch gar nichts geschehen, und das ist nachweisbar. Das tut weh! Das ist schlimm, und das muss sich ganz schnell ändern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nur um der Legendenbildung durch die GRÜNEN ein bisschen vorzubeugen: Ich höre immer, die Bundeswehr sei 16 Jahre lang kaputtgespart worden. – Ich bestreite nicht, dass in den 16 Jahren, in denen die CDU/CSU mit unterschiedlichen Partnern regiert hat, mehr hätte passieren können. Aber seien Sie doch bitte ehrlich: Die Zeit unter Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat die Grundlage für die Probleme gelegt, die wir jetzt beklagen. Stehlen Sie sich bitte nicht aus der Verantwortung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist ein Zukunftshaushalt, weil der Finanzminister, die Staatsregierung und die sie tragenden Regierungsfraktionen eines verstanden haben: Das Geld, das wir ausgeben, müssen wir erwirtschaften. Deswegen haben wir insbesondere drei Zukunftshaushalte, nämlich Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. Dieser Haushalt zeigt gerade in diesen drei Ressorts wieder eine besondere Weitsicht. Ja, die Einnahmen sind entscheidend. Deswegen ist diese Staatsregierung wie keine andere zuvor bestrebt und erfolgreich dabei, Bayern als Industriestandort Nummer eins in Deutschland und als weltweit führenden Industriestandort zu erhalten.

Die Hightech Agenda, die für dieses Jahr vom Wirtschaftsministerium wiederum mit 300 Millionen Euro ausgestattet wurde, ist dafür ein Paradebeispiel. Das ist genau der entgegengesetzte Entwurf zu der grünen Predigt über Verbot und Verzicht, angefangen von der Ernährung bis zur Automobilindustrie. Sie scheinen jetzt die Kurve zu kriegen, nachdem Sie in Berlin lange genug in der Verantwortung sind, und wenigstens beim Verbrennungsmotor ein Stück weit zur Vernunft zu kommen. Die Automobilindustrie ist eine der wesentlichen Grundlagen des Wohlstands hier in Bayern, einer der wichtigsten Sektoren der Industrie.

Wer weiß, was es heißt, ein deindustrialisiertes Land zu regieren, der weiß wohl, dass man Schwerpunkte setzen muss. Offensichtlich ist die Deindustrialisierung dort, wo Sie politische Verantwortung tragen, noch nicht so weit vorangeschritten, dass Sie es merken. Wir müssen unsere starke Industrie erhalten. Wir müssen global führend bleiben; denn nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur auf diese Art und Weise sind wir in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft, zum Beispiel den Klimaschutz, zu meistern. Das schaffen wir nicht mit Verbot und Verzicht, im Gegenteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Warum sage ich "im Gegenteil"? – Wenn Sie die heimische Wirtschaft und die heimische Industrie schwächen, dann werden sie eben nicht mehr in der Lage sein, die Herausforderungen der Zukunft durch technische Lösungen zu meistern. Genau das ist aber die Aufgabe der Wirtschaft. Klimaschutz schaffen Sie durch technologische Lösungen. Natürlich könnten Sie auch auf die abstruse Idee kommen, zum Beispiel weltweit eine Ein-Kind-Politik zu verordnen. Gott sei Dank sind Sie aber nicht auf der ganzen Welt in politischer Verantwortung.Aber auf dieser Erde, auf der wir jedes Jahr mehr Menschen werden, schaffen wir es nicht ohne technologische Lösungen; denn auch andere Länder dieser Erde, auch Menschen, die auf anderen Kontinenten leben, wollen Wachstum und bessere Lebensverhältnisse und werden deshalb natürlich auch in Zukunft mehr konsumieren, mehr Auto fahren etc. Was bedeutet das? – Meine Damen und Herren, wenn wir uns einschränken und den anderen die Möglichkeit

geben, sich weiterzuentwickeln, wird unsere Bilanz schlechter werden, wenn wir keine technologischen Antworten finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie beklagen in Berlin zu Recht, dass es mit der Rüstungsindustrie nicht wirklich vorangeht, wobei Sie die Verantwortung haben; Sie könnten ja bestellen. Aber vielleicht könnten Sie dabei auch solche unsinnigen Dinge wie die Taxonomie und die Klassifizierung der Rüstungsindustrie als "socially harmful" stoppen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir waren mit dem Haushaltsausschuss in London an der London Stock Exchange. Was hat man uns dort gesagt? – Bringen Sie die deutschen Unternehmen zu uns, wir haben genügend Venture Capital! Wir freuen uns über diese Unternehmen. – In Deutschland werden sie nach wie vor vor unlösbare Herausforderungen gestellt. Vorn herum werden sie hofiert, hinten herum stellt man ihnen mit der Taxonomie ein Bein. So geht es nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind verantwortungsbewusst. Wir in Deutschland sind, was die Steuereinnahmen und die Wirtschaftskraft anbetrifft, führend. Deswegen stehen wir auch dazu, dass wir denjenigen Bundesländern, die nicht auf der Sonnenseite sind, über den Länderfinanzausgleich etwas abgeben. Ich rede jetzt gar nicht so sehr wie der Kollege Kreuzer von der Höhe; man muss aber doch mal das System hinterfragen. Es kann doch nicht sein, dass ein Flächenland wie Bayern die Bundeshauptstadt Berlin alimentieren muss. Das wäre ja genau so, wie wenn der Bayerische Wald die Landeshauptstadt München finanziell unterstützen müsste. Wie absurd ist denn so etwas? Wenn die Metropole nicht selber lebensfähig ist, müssen Sie doch zugeben, dass dort Misswirtschaft betrieben wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will gar nicht darauf eingehen, ob die Klage erfolgreich sein kann oder nicht. Aber wir müssen zumindest ein Zeichen setzen, und zwar ein Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann. Solidarität darf es nämlich nicht nur mit den Schwächeren, sondern muss es auch mit dem Stärkeren geben. Wenn der Stärkere sagt: "Mir wird nur noch in die Tasche gegriffen, um diejenigen zu unterstützen, die nicht willig sind, sich anzustrengen", dann wird der Stärkere irgendwann einmal Konsequenzen ziehen und Konsequenzen ziehen müssen. So geht es nicht. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Meine Damen und Herren, Bayern leistet auch auf anderen Ebenen eine ganze Menge. Ich sage nur – da bin ich wieder beim Wirtschaftsministerium –: gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Das ist den FREIEN WÄHLERN nicht erst, seitdem wir im Parlament sind, sondern war uns schon vorher das wichtigste politische Anliegen. Ich freue mich sehr über die Entwicklung bei unserem Koalitionspartner.

Als wir in diesen Landtag eingezogen sind, gab es noch die Metropolenstrategie von Erwin Huber. Das hat sich in den letzten 15 Jahren – ich sage bewusst nicht "in den letzten 5 Jahren", nein, sondern "in den letzten 15 Jahren" – deutlich verändert. Inzwischen, muss ich sagen, ziehen wir auch auf diesem Gebiet gemeinsam vollständig an einem Strang. Ich freue mich sehr, sagen zu können, dass die Zusammenarbeit in dieser Regierung und in den Regierungsfraktionen harmonisch, zielorientiert, verlässlich und erfolgreich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es Ihnen ganz offen: Als wir mit dieser Koalition begonnen haben, hatte ich gedacht, wir werden einiges gemeinsam auf den Weg bringen. Ich hatte aber durchaus auch skeptische Momente. Wir sind jetzt ein halbes Jahr vor einer Landtagswahl, und es läuft. Es läuft harmonisch. Lieber Kollege Zellmeier, bei den Beratungen des Kabinetts mit den haushaltspolitischen Sprechern und den Fraktionsvorsitzenden am

6. November, um diesen Haushalt zu besprechen, gab es kein böses Wort. Wir waren uns in kurzer Zeit über fast alle Fragen einig. Die Fragen, die wir nicht in kurzer Zeit klären konnten, haben wir nach etwas längerer Zeit, aber bei Weitem nicht erst nach 20 Stunden, sondern an einem einzigen Nachmittag geklärt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die in Berlin haben aber in 20 Stunden immer noch nichts geklärt!)

Aber vielleicht ist es ja auch so, dass das wirklich Gute einen halben Tag dauert und dass das, was sich innerhalb von 20 Minuten festfährt, irgendwann einmal heillos zerrüttet ist. Ich will jetzt keinen Propheten spielen; aber so ganz harmonisch läuft es in Berlin offenbar nicht.

Ein paar Punkte möchte ich noch nennen, die uns besonders wichtig sind. Wir haben in Bayern auch die Aufgabe, eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Wir reden nicht nur vom gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern setzen das Gesagte auch um. Ich benutze hier ganz bewusst das Wort "Integration". Auch von denjenigen, die uns nicht sonderlich wohlgesinnt sind, wird uns bescheinigt, dass Bayern in der Integrationspolitik absolute Spitze ist. Das ist ein ressortübergreifendes Thema – aber nicht nur ein Thema der Staatsregierung und der Landtagsfraktionen, sondern insbesondere auch der Kommunen. Für uns zahlt es sich aus, dass wir unsere Kommunen stark unterstützen.

Ich nenne als Beispiel meine Heimatstadt Kaufbeuren. Wir haben Mitbürgerinnen und Mitbürger aus über 130 Nationen, die dort friedlich zusammenleben. Das funktioniert gut. In Berlin ist die Zahl der Nationen geringer; aber wenn wir an die Ausschreitungen zu Silvester in Berlin denken, stellen wir fest: In Berlin herrscht das organisierte Chaos.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt, Herausforderungen zu meistern. Das kann unsere Regierung. Das können die sie tragenden Fraktionen. Deswegen werden wir den Anschlag von Berlin auf unser Gesundheitssystem meistern. Ja, Herr Lauterbach hat ja die Vorstellung, dass unsere gute Medizin insbesondere in den Universitätskliniken stattfindet. Wir unterstützen diese natürlich auch – denken Sie an das Beispiel Augsburg! Aber uns liegen insbesondere auch die kleinen Krankenhäuser am Herzen, die die Gesundheitsversorgung in Bayern flächendeckend gewährleisten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deswegen, Herr Kollege von Brunn, haben wir 647 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung im Haushalt drin.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, das ist eine Zahl, von der die SPD-regierten Länder nur träumen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir stehen auch ohne Wenn und Aber zu unserer heimischen Landwirtschaft als Grundlage einer gesunden, hochwertigen Ernährung, als Grundlage einer echten Landschaftspflege. Landwirte sind Freunde der Natur und nicht, wie manche von Ihnen meinen, die Feinde der Natur oder Umweltverschmutzer; Sie haben ein völlig falsches Bild. Die Landwirte sind Tierfreunde und Landschaftsfreunde; sie sorgen dafür, dass wir eine gesunde, eine ausgewogene, eine bezahlbare, eine gute Ernährung für uns und andere haben. Deshalb gilt mein Dank zum Schluss der Landwirtschaft.

Ich schließe mit den Worten: Dieser Haushalt, den wir in diesen drei Tagen – angefangen mit dem Etat der Staatsregierung – beraten werden, ist wieder einmal mustergültig.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner spricht für die AfD-Fraktion; es ist der Kollege Martin Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welchen Stellenwert gelebter Parlamentarismus für unseren Ministerpräsidenten hat, kann man daran erkennen, dass er heute nicht da ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Habt ihr keine anderen Themen?)

Liebe Bürger, auch Sie sollten das im Auge behalten. Sich dieser Debatte zu entziehen, ist kein Zeichen von innerer Stärke.

Wir, die Alternative für Deutschland, als einzig wahrnehmbare Oppositionspartei hingegen entfalten Wirkung, besonders was das Ende des nahezu ungehörigen Stellenzubaus in der Staatskanzlei angeht. Die Steigerung von 250 auf 360 Beamtenstellen – 44 wirkungslose Prozent in vier Jahren – war alleine der Hybris des Ministerpräsidenten geschuldet. Schluss damit!

(Beifall bei der AfD)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein aufgedunsener Hofstaat bewirkt zwei Dinge: Er macht den Kaiser wichtig und den Bürger arm.

(Beifall bei der AfD)

Es kann dabei nicht alles sein, dem Einhalt zu gebieten: Wir fordern Stellenabbau in der Staatskanzlei und die Verteilung der Stelleninhaber auf Leerstellen anderer Haushalte, idealerweise eine Stellenumsetzung zur Stärkung der bitter notwendigen Innenrevision der Staatsministerien.

Das Alimentationsprinzip für Beamte hat gute Gründe. Sie müssen nur lernen, sorgsam damit umzugehen; denn Sie bürden dem Staat damit rechtswirksame Verpflichtungen auf – Verpflichtungen unserer Bürger, die Jahrzehnte in die Zukunft reichen, ohne dass Sie dafür jemals entsprechende Rücklagen bilden müssen. Das ist die Passivseite der Generationenbilanz. Auf der Aktivseite stehen eben nicht Sie; auf der Aktivseite steht die Arbeitskraft unserer Kinder und Enkelkinder, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Weil wir gerade beim Personal sind, dann lassen Sie uns auch über die Beauftragten für Bürgeranliegen und Bürokratieabbau sprechen: ein weiterer Teil des Hofstaats des Ministerpräsidenten – und von ihm vollkommen abhängig. "Staatssekretäre light" hat Aiwanger dazu einmal gesagt, mit erheblicher Eingriffsbefugnis in die Gewaltenteilung. Mit diesen Positionen wird ein Teil der legislativen Kontrolle hier im Freistaat von der exekutiven Macht ausgeübt. Das sind Demokratiedefizite, das kennzeichnet Ihr Demokratieverständnis.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen zur Gänze hinweg mit diesem Haushaltstitel!

An der Stelle ist auch der Hinweis auf die von uns geforderten Einsparungen bei der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung gestattet. Wir fordern stattdessen die Öffnung eines neuen Titels mit dem Zwecke, die Bürger über die rechtswidrigen Ausgangssperren der Staatsregierung aufzuklären. Mit diesen wurden bayerische Bürger in der Corona-Zeit ohne Not gegängelt und ihrer Freiheitsrechte beraubt.

(Beifall bei der AfD)

Dass bayerische Interessen nicht immer schlüssig begründbar sind, belegen folgende Kritikpunkte: Alleine aus diesem Haushaltsplan sollen 12 Millionen Euro Steuergelder in zweifelhafte entwicklungspolitische Projekte investiert werden. – Wir sagen: Die ein-

zige akzeptable Entwicklung ist diejenige von stabilen Abschiebungskonzepten. Das wichtigste Projekt für unsere Bürger ist der Schutz vor ungezügelter Massenmigration mit all den daran hängenden Verheerungen. Exakt dort sind die frei werdenden Mittel dieses Titels auch einzusetzen.

Ähnlich wichtig ist das Auf-Null-Reduzieren des Eine-Welt-Promotorinnenprogramms – – Okay, da fehlt ein Stern; das habe ich jetzt falsch gegendert. Ich bitte, das zu verzeihen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oje!)

Des Eine-Welt-Promotor*innenprogramms für fairen Handel. – Kleinvieh zwar, aber trotzdem verdammter Mist!

(Beifall bei der AfD)

Fairness und Verständigung kommt auch nicht mit den von den GRÜN*innen geforderten Haushaltsmitteln für kostenlose Interrailtickets. Erstens. Benzingutscheine wären für unsere Mädels wesentlich sicherer; denn dann sparten sie sich die anzüglichen Blicke diverser Kulturbereicherer in unseren Zügen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN: Pfui!)

Zweitens. Unsere Jugend soll bitte unsere Kultur zwischen Berchtesgaden und Ostsee-Bodden erkunden; dafür langt das 49-Euro-Ticket allemal.

(Beifall bei der AfD)

In der Höhe auch trivial, aber durchaus spannend ist der FREIE-WÄHLER-Antrag, die Fördergelder der Akademie für Neue Medien in Kulmbach zu erhöhen. – Sieht nach Wahlkampfunterstützung für Rainer Ludwig aus. Lieber Rainer, mal unter uns: Eine Handvoll Bratwurstmarken auf der Kulmbacher Bierwoche verteilt, hätte mehr Stimmen gebracht und die Staatskasse entlastet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oje! – Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn!)

Dass selbst von der CSU ein einsamer, aber sinnvoller Antrag kommen kann, zeigt die Forderung nach einem Zuschuss an die Gebirgsschützen. Ausgehend davon, dass 50 % der Kameraden sowieso AfD-Wähler sind, sage ich einfach mal: Danke dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

(Beifall bei der AfD)

Wir freuen uns, dass es endlich ein angemessenes Dokumentationszentrum für die Verteidiger unserer bayerischen Volkskultur geben wird.

Zudem ist es gewiss keine Lobhudelei, wenn ich als Medienrat unserer Fraktion den CSU-Antrag zur Erhöhung lokaler und regionaler Fernsehangebote zumindest leicht positiv beurteile. Die Privaten werden zumindest einen kleinen Beitrag zu der Meinungsvielfalt leisten, die beim Staatsfunk gerade unter der Knute der Staatsräson verkümmert. Die Förderung der Privaten beträgt übrigens genau 1 % dessen, was die Öffentlichen erhalten. Vergleichsmaßstab bei der Berechnung ist der alleine auf Bayern entfallende 1,3-Milliarden-Anteil der jährlich eingetriebenen Zwangsgebühren.

Ich mag schlussendlich noch auf einen Titel eingehen, der mich seit einer Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten im Januar besonders bewegt. Dort konnte uns die Büroleiterin des bayerischen Afrikabüros von schlicht gar nichts berichten, zumindest von keinerlei Aktivitäten, die in irgendeiner Weise geeignet wären, die bayerische Wirtschaft zu stärken, zu fördern oder bayerische Interessen nach vorne zu transportieren. – Dieses Büro ist seit 2019 dreierlei: ein sinnbefreites Wagnis unseres Ministerpräsidenten auf der Weltbühne; ein Stuhlkreis für Rooibostee schlürfende NGOs und – schlussendlich und am schlimmsten – ein Grab für jährlich eine halbe Million Euro bayerischer Steuergelder.

Wir lehnen aus diesem und den anderen vorgetragenen Gründen den Einzelplan 02 zur Gänze ab. Unserem Antrag – Einzelabstimmung – auf Drucksache 18/27099 stimmen wir selbstverständlich zu, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind als letzte Oppositionskraft auch und besonders in Haushaltsfragen Auge und Ohr der bayerischen Bürger. Wir als Freiheitspartei sind uns nicht zu schade, die Repressionen der Regierung zu erdulden, um unseren Auftrag zu erfüllen, der da lautet: Unser Land zuerst!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Bayern hatte früher Politiker, die uns nach vorne gebracht haben,

(Ulrich Singer (AfD): Sagt der Richtige!)

zum Beispiel Wilhelm Hoegner, der unsere Bayerische Verfassung geschrieben hat, oder Alfons Goppel, der die Industrialisierung in Bayern vorangebracht hat.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ludwig II.!)

Heute machen sich die Menschen in Bayern Sorgen um unsere Zukunft.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Bei meinen vielen Gesprächen werden immer wieder Fragen und Zweifel laut.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das glaube ich gern!)

Die Menschen wissen nicht, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen, ob sie überhaupt eine bezahlbare Wohnung bekommen. Wenn es um Energie geht, dann verstehen sie nicht, warum es in Bayern nicht vorangeht.Sie haben Sorge um ihre Arbeitsplätze, weil

die Energieversorgung für die Unternehmen nicht gesichert ist. Die Menschen in Bayern wollen nichts über Winnetou hören, sie wollen bezahlbare Wohnungen, und sie wollen, dass wir für bezahlbare Energie sorgen, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle essen gern und gut in Bayern. Aber die Situation ist schwierig mit Energiepreisen und Inflation. Auch in Bayern wissen viele Menschen nicht, wie sie die Einkäufe für die Familie an der Supermarktkasse bezahlen sollen. Ich frage mich, wie wirkt das, wenn dann Herr Söder ständig Fotos von seinem üppigen Essen auf Instagram postet? Was denken die Menschen bei solchen Bildern?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh nein!)

Die Menschen wollen, dass wir uns um sie kümmern, um ihre Probleme, nicht um uns selbst.

(Unruhe bei der CSU)

Sie wollen bezahlbare Energie und bezahlbare Mieten, sie wollen gute Krankenhäuser, ein günstiges Ticket für den öffentlichen Verkehr und gute Schulen mit Ganztag und Essen für ihre Kinder.

(Beifall bei der SPD – Ulrich Singer (AfD): Schämen Sie sich! Ihre Ampel macht doch Deutschland kaputt!)

Bevor Sie wieder mit dem Finger nach Berlin zeigen: Für all das können wir hier in Bayern sorgen. Wir müssen es nur machen. Egal mit wem ich in welchem Teil Bayerns rede: Die Menschen wollen sich nicht mehr mit Show und Sprüchen abspeisen lassen. Sie wollen, dass gemacht wird, dass ihre Probleme gelöst werden, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Niemand versteht beispielsweise das mit den Wohnungen. Markus Söder hat als Finanzminister 33.000 bezahlbare Landesbankwohnungen verkauft. Jetzt wäre es normal und angebracht, diesen Fehler wiedergutzumachen. Dafür ist dann auch mit großem Tamtam die BayernHeim gegründet worden. Wenn ich mich richtig erinnere, sollte die laut Markus Söder bis 2020 schon 2.000 neue Wohnungen bauen. Bis heute hat sie gerade einmal 234 Wohnungen gekauft. Sie hat keine einzige selbst gebaut. Ich habe dann bei Ihnen noch einmal nachgefragt: Wie viele Wohnungen werden denn durch die BayernHeim in diesem Jahr fertig? – 89 Wohnungen. 89 Wohnungen werden in diesem Jahr fertigt. Das heißt, die BayernHeim hat in fünf Jahren 89 Wohnungen selbst gebaut. Sie merken selbst, dass das ein ziemlich großer Widerspruch ist zwischen Reden und Realität.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich finde, wenn man Fehler ausbügeln will, dann muss man machen. Man kann Fehler nicht wegreden; das funktioniert leider nicht. Die Menschen in Bayern merken das nämlich, zum Beispiel dann, wenn sie immer mehr Miete bezahlen müssen oder für ihre Familie keine Wohnung finden, weil die Wohnungen zu teuer sind. Das mit dem Machen funktioniert übrigens. München mit Oberbürgermeister Dieter Reiter baut jedes Jahr 1.200 bezahlbare städtische Wohnungen. Das ist der Unterschied zwischen machen und södern, verehrte Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Es ist ja schön, dass Sie jetzt neue Initiativen angekündigt haben. Ich bin weit davon entfernt, gute Absichten zu verurteilen. Erlauben Sie mir aber die Frage, verehrte Damen und Herren von der CSU: Warum haben Sie das nicht schon längst alles gemacht? Die Hütte brennt nicht erst seit gestern. Bevor jetzt wieder nur angekündigt wird, lassen Sie doch die ran, die es können, im Interesse der Menschen. Wir wissen, dass unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Wohnungen bauen können.

Warum haben die nicht längst die Flächen vom Freistaat für den Wohnungsbau bekommen?

(Beifall bei der SPD)

Wir, die SPD, wollen jedenfalls die Wohnbauförderung in Bayern kräftig erhöhen. Wir wollen eine ehrliche bayerische Wohnungsmilliarde, damit unsere Städte und Gemeinden viele bezahlbare Wohnungen bauen können für die Menschen in Bayern.

Bezahlbares Wohnen ist wichtig, aber natürlich auch bezahlbare Energie, und zwar für die Menschen und für die Unternehmen. Bayern wäre ohne sichere und bezahlbare Energieversorgung nie so ein erfolgreiches Industrieland geworden. Den Grundstein dafür hat übrigens der geniale Ingenieur Oskar von Miller gelegt, schon vor über hundert Jahren. Er hat den Ausbau der Wasserkraft in Bayern vorangebracht, er hat für den Bau des Walchenseekraftwerks gesorgt, und er hat das Bayernwerk gegründet. Das war im Übrigen lange, bevor es die CSU überhaupt gab. Das sage ich nur, damit sich hier niemand mit falschen Federn schmückt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer hat wie viel Prozent zurzeit?)

Oskar von Miller war ein echter Macher. Bayern war durch ihn in der Energiepolitik an der Spitze des Fortschritts. Vor diesem Hintergrund versteht man umso weniger, was im Moment in Bayern passiert, warum das Thema Energie bei uns so verschlafen und an die Wand gefahren wurde. Viele Menschen, mit denen ich rede, sagen, es war ein Fehler, dass Stoiber und die CSU das Bayernwerk privatisiert haben. Aber noch unverständlicher ist, dass es danach so weiterging, verehrte Damen und Herren! 2011, nach dem Atomunfall von Fukushima, haben sich alle Parteien entschieden, aus der Atomkraft auszusteigen. Wenn man aber aus der Atomkraft aussteigen will, dann muss man für Ersatz sorgen, weil der Strom nicht einfach aus der Steckdose kommt. Man kann ihn auch nicht durch Posten auf Instagram oder Twitter gewinnen. Das erzeugt keinen Strom, das verbraucht nur Energie, verehrte Damen und Herren. Strom muss man produzieren. Deshalb kann wirklich niemand verstehen, warum zwölf Jahre

nach dem Atomausstieg immer noch nicht genügend bezahlbarer und sauberer Strom in Bayern produziert wird.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wissen die Menschen, womit das zusammenhängt, und zwar mit Ihrem Windkraftstopp 10 H. Es ist auch offensichtlich, dass andere Bundesländer viel weiter sind. Brandenburg ist halb so groß wie Bayern und hat dreimal so viele Windräder, über 3.900 Windräder, Bayern hat nur 1.300. Die Menschen erwarten jetzt zu Recht, dass entschlossen gehandelt wird. Aber wir haben immer noch nicht genug getan. Brandenburg hat im letzten Jahr fast 100 neue Windräder gebaut. In Bayern waren es nur 14. Das ist viel zu wenig. Dabei ist Windenergie enorm günstig. Damit kann man bezahlbaren und sauberen Strom produzieren, und zwar ohne Atommüll und ohne die Gefahr eines Atomunfalls.

(Beifall bei der SPD)

Was aber die Windblockade der CSU doppelt schlimm gemacht hat, ist die Tatsache, dass von Ihnen auch die Stromautobahnen lange verzögert und blockiert wurden. Das sagt übrigens auch die Wirtschaft, das sagen energieintensive Unternehmen. Die Entscheider dort nehmen kein Blatt vor den Mund, sie sagen: Das war ein Riesenfehler, und das gefährdet Arbeitsplätze in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Problem betrifft übrigens nicht nur die großen Stromautobahnen, es betrifft auch die Verteilnetze in Bayern. Wir können den Strom aus der Photovoltaik im Sommer oft gar nicht mehr einspeisen. Die Sonne liefert ohnehin weniger als der Wind. Sie hat nur halb so viele Volllaststunden wie die Windkraft in Bayern. Sie liefert eben nicht in der Nacht, und sie liefert auch nur wenig im Winter. Aber wir verschenken dann noch diesen günstigen Strom wegen fehlender Leitungen und fehlender Energiespeicher. Das kostet uns Milliarden. Milliarden! Im letzten Jahr haben die Stromkunden für

die Netzstabilisierung zwei Milliarden Euro in Deutschland bezahlen müssen. Wir müssen das Abriegeln nämlich bezahlen. Manche Prognosen gehen für die Zukunft sogar von fünf und sechs Milliarden Euro pro Jahr aus. Das ist Wahnsinn!

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Die Situation bei der Geothermie ist ähnlich bescheiden. Wir haben ein riesiges Potenzial in Bayern. Wir könnten mindestens 40 % unseres Wärmebedarfs damit decken. Gemeinden wie Unterhaching nutzen das seit 20 Jahren. Es gab aber nie einen Plan, das bayernweit entschlossen voranzubringen. Auch jetzt sind nur ein paar lächerliche Millionen im Haushalt dafür vorgesehen. Die reichen höchstens für eine Bohrung. Das versteht niemand mehr. Wir haben alle Möglichkeiten, wir haben riesige Potenziale, wir könnten ganz an der Spitze des Fortschritts stehen, aber wir verschenken das, weil es ideologische Blockaden gibt, weil planlos vor sich hin gewurstelt wird, weil nur geredet wird, statt zu handeln, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die Blockaden sind doch woanders!)

Wir brauchen etwas anderes. Wir müssen in Bayern wieder den Mut und die Entschlossenheit für einen wirklich großen Wurf haben. Wir müssen alle Register ziehen, damit Energie bezahlbar ist. Es reicht nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, und es ist keine seriöse Politik, mit dem Finger immer nur nach Berlin zu zeigen und zu warten, was von der Bundesregierung kommt. Wir müssen in Bayern selbst etwas machen; das erwarten die Menschen von uns.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die notwendige Modernisierung von Heizungen. Deswegen schlagen wir, die SPD, vor, 100 Millionen Euro für die Erneuerung von Heizungsanlagen bereitzustellen für die Menschen, die jetzt ihre Heizungen austauschen müssen. Wir wollen das 10.000-Häuser-Programm für erneuerbare Energien ausweiten, und wir wollen die

Förderung für Geothermie massiv erhöhen. Das alles wollen wir unter der Überschrift: Wir wollen etwas für die Menschen machen, wir wollen den Weg freimachen für bezahlbare und saubere Energie für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes, ein wichtiges soziales Thema sind gute Krankenhäuser in Bayern, gerade auch im ländlichen Raum.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir alle wissen, dass viele Krankenhäuser Probleme haben. Es fehlen Geld und Pflegekräfte. Viele Kliniken stehen jetzt schon mit dem Rücken zur Wand. Die Menschen in Bayern brauchen aber eine gute Krankenhausversorgung. Ich stelle bei meinen Gesprächen fest: Alle wissen, dass wir eine Reform brauchen. Es gibt dazu keine Alternative.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wer diese Reform jetzt hintertreibt, der gefährdet eine gute medizinische Versorgung; denn dann werden viele Krankenhäuser in Bayern einfach pleitegehen.

(Lebhafter Beifall der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es! Genau so ist es! – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem ist doch eines klar, und wir packen das an: Wir müssen weg von den rein wirtschaftlichen Kriterien. Wir müssen den Kliniken die Vorhaltung ihrer Einrichtung bezahlen, und wir müssen eine gute Pflege finanzieren.Dafür gibt es eine klare Aufteilung: Der Bund zahlt die laufenden Kosten, und die Bundesländer sind für die Investitionen und für die Krankenhausplanung zuständig. In unserem Fall ist das also der Freistaat Bayern. Auch hier gilt wieder eines: Mit dem Finger nach Berlin zu zeigen und zu streiten, bringt uns nicht weiter. Das hilft den Menschen in Bayern überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Machen Sie Ihre Hausaufgaben!)

– Herr Pohl, Bund und Länder treffen sich jede Woche auf Arbeitsebene. Das sind Mitarbeiter der Gesundheitsministerien. Die Gesundheitsminister des Bundes und der Länder treffen sich jeden Monat. Da wird immer über die Reform geredet. Die ist auch nicht in Stein gemeißelt. Dazu kann man Vorschläge machen; aber falsch ist es, überhaupt keine Vorschläge zu machen und nur zu schimpfen und zu kritisieren. Das hilft den Menschen bei uns im Freistaat überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD wollen, dass wir in Bayern selbst handeln. Wir wollen deutlich mehr Geld für die Krankenhäuser in Bayern zur Verfügung stellen, weil das den Menschen hier zugutekommt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, dann macht's!)

Wir wollen jedes Jahr eine Milliarde Euro in eine moderne medizinische Ausstattung, in Wärmedämmung und Photovoltaik, in gute bayerische Kliniken investieren. Dann können die Krankenhäuser Energiekosten sparen. Das Geld kommt nämlich den Patienten zugute. Wir wollen vor allem Werkswohnungen für Pflegekräfte finanzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das machen Sie nicht. Wir wollen das, weil das den Job attraktiver macht. Wir brauchen dringend mehr Pflegekräfte in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir in Bayern wollen unsere Hausaufgaben machen und uns konstruktiv bei der Gestaltung der Reform einbringen. Nur das hilft den Menschen in Bayern und vor allem den Patientinnen und Patienten. Daueropposition und -wahlkampf von Ihrer Seite hilft ihnen nicht.

(Beifall bei der SPD)

In vielen anderen Bereichen können wir für die Menschen in Bayern mehr tun. Wir treten als SPD für ein günstiges Ticket im öffentlichen Verkehr für Ältere und Jüngere, für Menschen mit niedrigem Einkommen ein. Als Ergänzung zum 49-Euro-Ticket wollen wir ein 29-Euro-Ticket für diese Menschen. Wir wollen den öffentlichen Verkehr ausbauen, mehr Bahnstrecken wieder in Betrieb nehmen und mehr Busse finanzieren, damit alle etwas von den günstigen Fahrpreisen haben. Gute Politik für die Zukunft sorgt auch für einen gut ausgebauten und bezahlbaren öffentlichen Verkehr überall in Bayern, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Dann lassen Sie mich noch ein letztes Thema ansprechen: Das betrifft die Familien, vor allem die Kinder und Jugendlichen in Bayern. Ich finde, sie haben gerade nach Corona gute Schulen mit genügend Lehrerinnen und Lehrern verdient, in denen alle Kinder gut gefördert werden, sodass teure Nachhilfe überflüssig ist, verehrte Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD)

Jeder weiß aber: Schon wieder gibt es Lehrermangel und Unterrichtsausfälle. Besonders stark sind die Mittel- und Förderschulen betroffen. Für diese sagen die Prognosen auch für die nächsten Jahre keine Verbesserung voraus. Wenn wir jetzt nicht handeln, dann müssen die Kinder und Jugendlichen dort die Suppe auslöffeln.

Was zu tun ist, ist klar: Wir brauchen mehr Studienplätze für das Lehramt; denn ohne genügend Lehrerinnen und Lehrer gibt es keine guten Schulen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Wir brauchen attraktivere Arbeitsbedingungen durch ein gleiches Einstiegsgehalt. Darüber besteht, Gott sei Dank, Konsens. Das ist auch gut so. Wir brauchen mehr Verwal-

tungskräfte, damit sich die Lehrkräfte um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können, nämlich um die Kinder. Wenn wir das alles noch durch ein paar andere sinnvolle Maßnahmen ersetzen, sind wir auf einem guten Weg. Das ist uns als SPD wichtig; denn gerade bei der Bildung geht es um Zukunftschancen und um Gerechtigkeit für die Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Damen und Herren, all diese Themen sind für die Menschen in Bayern und für eine gute Zukunft im Freistaat wichtig. Das muss jetzt angepackt werden; aber das wird nicht durch neue Ankündigungen nach Ihren Kabinettssitzungen passieren. Das wird auch nicht durch noch mehr Pressesprecher und Social-Media-Berater in der Staatskanzlei besser. Die Menschen in Bayern erwarten etwas anderes. Sie wollen, dass wir handeln, statt zu reden, machen, statt nur zu södern. Dafür stehen wir als SPD.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr von Brunn, bleiben Sie noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD gemeldet.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege, seinerzeit 33.000 Wohnungen zu verkaufen, war gewiss unschön. Allerdings sind Ihre Kryptokommunisten in Berlin mittels des abstrusen Gebäudeenergiegesetzes gerade dabei, drei Millionen alte Menschen aus ihren Häusern und ihren Wohnungen zu vertreiben. Das ist Sozialismus nach von Brunn und nach Scholz. Überlegen Sie, ob Sie das, was Sie da veranstalten, dem Bürger gegenüber verantworten können.

Florian von Brunn (SPD): Herr Böhm, ich weiß nicht, was Sie mit Kryptokommunisten meinen. Ich kenne nur Kryptofaschisten. Wir wollen dafür sorgen, dass die möglichst bald wieder aus dem Bayerischen Landtag rauskommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die letzte Haushaltsberatung in der laufenden Legislaturperiode. Das wäre eine schöne Gelegenheit gewesen, sich mit dem Ministerpräsidenten auch über die Bilanz der vergangenen viereinhalb Jahre auszutauschen. Schade ist, dass er auch diese Gelegenheit heute wieder nicht ergreift. Schon beim letzten Mal hat er bei der Generaldebatte durch Abwesenheit geglänzt. Offenbar hat er die Lust an der Landespolitik dauerhaft verloren.

(Beifall bei der FDP)

Seit viereinhalb Jahren wird Bayern schwarz-orange regiert. Als Sie begonnen haben zu regieren, haben Sie einen Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem stand:

> CSU und FREIE WÄHLER finden eine positive Ausgangslage vor. Bayern geht es gut.

So lautete die zutreffende Zustandsbeschreibung im Jahr 2018. Weiter geht es:

> Aus dieser Position der Stärke heraus werden wir die Fragen der Zukunft angehen und Probleme lösen. […]
>
> Am Ende dieser Amtsperiode soll es dem Land noch besser gehen als heute.

Meine Damen und Herren, wir stellen heute, 2023, zum Ende der Legislaturperiode fest: Die bittere Wahrheit ist, Sie haben die Fragen der Zukunft nicht angepackt. Sie haben die Probleme des Landes nicht gelöst. Bayern geht es heute nicht besser als 2018.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weil wir Corona und den Ukraine-Krieg erfunden haben? – Ist das absurd!)

Im Gegenteil, Bayern geht es heute in fast allen Bereichen schlechter als zu Beginn der Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP)

Gehen wir doch die Punkte durch: Ist beim Thema Unterrichtsausfall irgendetwas besser geworden? – Nein, schlechter ist es geworden. Der BLLV beklagt 4.000 fehlende Lehrkräfte an Bayerns Grund-, Mittel- und Förderschulen. Die Präsidentin Simone Fleischmann schreibt:

> Es fällt Unterricht aus. Es werden Stunden gestrichen. Kinder werden eher nach Hause geschickt. Hinten und vorne reichen uns die Lehrkräfte nicht für die Regel-Angebote, geschweige denn für Angebote, die nach dieser anstrengenden Corona-Zeit dringend notwendig wären.

Meine Damen und Herren, das ist die Bilanz von viereinhalb Jahren schwarz-oranger Regierung in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns die Lage eine Stufe darunter an: Wie steht es denn um die Kleinsten? Wie sieht es bei den Kitas aus? Ist da der Mangel kleiner geworden? Ist es besser geworden? – Meine Damen und Herren, nein, auch hier hat es sich verschlimmert. Mir schrieb gestern eine Mutter, dass sie wegen des Erziehermangels jetzt ihren Job aufgeben musste. Ich zitiere aus der E-Mail:

Die Kita-Gruppe hat nur noch drei Tage die Woche offen, von 8:00 bis 12:00 Uhr. Generell wurden die Öffnungszeiten radikal gekürzt. Eltern springen inzwischen ein, um weitere Schließungen zu verhindern. Jeden Morgen zittern wir, ob wir an diesem Tag wohl eine Betreuung für unsere Tochter haben oder nicht. –

Der extreme Personalmangel hat für die Kinder und die Eltern zu einer unerträglichen Situation geführt. Auch das gehört zur Bilanz der viereinhalb Jahre schwarz-oranger Regierung in Bayern.

Schauen wir uns den Wohnungsmangel an. Ist der besser geworden? – Nein, auch der ist schlimmer geworden. Die BayernHeim, Markus Söders Prestigeprojekt, ist ein teurer Rohrkrepierer. 10.000 neue Wohnungen haben Sie versprochen, keine einzige wurde gebaut. Stand 2023 hat die BayernHeim 234 Wohnungen im Bestand, allesamt gekauft. Das heißt: Sie haben Wohnraum, der ohnehin vorhanden wäre, einfach aufgekauft. Wohnungen haben den Besitzer gewechselt. So entsteht kein neuer Wohnraum. Auch das gehört zur Bilanz der viereinhalb Jahre schwarz-oranger Regierung.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Blick auf die Energieversorgung werfen, stellen wir auch da fest: Bayern muss heute nicht weniger, sondern mehr Strom importieren als 2018. Die Redispatchkosten steigen immer weiter. Das liegt vor allem daran, dass CSU und FREIE WÄHLER jahrelang den Netzausbau blockiert haben. Der jahrelange Kampf gegen die von Ihnen, sowohl von der CSU als auch von den FREIEN WÄHLERN, als Monstertrassen betitelten HGÜ-Leitungen war ein Anschlag auf die industrielle Substanz unseres Landes. Bayern als Wirtschaftsstandort wurde in den letzten viereinhalb Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt. Auch das ist Teil Ihrer Bilanz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir den Fachkräftemangel an: Auch der ist schlimmer geworden. Bayern fehlen über alle Branchen hinweg rund eine Viertel Million Arbeitskräfte aller Qualifikationsstufen. Nun ist das in der Tat kein exklusives Problem des Freistaats Bayern; wenn dann aber die Ampel-Bundesregierung sich darum bemüht, endlich mit einem modernen Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild hier Abhilfe zu schaffen, dann kommt der Wirtschaftsminister Aiwanger und erklärt im Bayerischen Rundfunk, die Ampel-Regierung würde zu viele Zuwanderer ins Land holen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Meine Damen und Herren, hier regiert der Wirtschaftsminister eindeutig an den Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns den Länderfinanzausgleich an: Wie sah es da 2018 und wie sieht es heute aus? –2018 hat Bayern 50 % weniger eingezahlt als heute bzw. umgekehrt zahlt Bayern heute fast 50 % mehr ein als 2018. Bayern zahlt heute doppelt so viel ein wie 2013, also vor zehn Jahren. Sie haben die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs 2016 hier in diesem Haus noch als großen Wurf und große Reform verkauft, und Horst Seehofer hat sich gerühmt, dass die CSU mit dem damaligen Finanzminister Markus Söder federführend bei den Verhandlungen gewesen sei. Das Ergebnis lautet: Es fließt nicht weniger Geld aus Bayern in andere Bundesländer ab, sondern mehr Geld als je zuvor! Dies ist das Ergebnis Ihrer Arbeit.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Versorgung mit Gigabit-Internet hat Bayern im bundesweiten Vergleich in den letzten fünf Jahren nicht aufgeholt, sondern es ist zurückgefallen. Wir wurden von anderen Ländern überholt.

Zum Stichwort Verkehrsinfrastrukturprojekte, meine Damen und Herren: Die zweite Stammstrecke in München, dieses Jahrhundertprojekt, entwickelt sich zu einem Jahrhundertdebakel. Dagegen war der Bau des Berliner Flughafens eine baupolitische Glanzleistung!

(Heiterkeit bei der FDP – Zurufe)

Die zweite Stammstrecke sollte 2026 in Betrieb gehen. Es wird mindestens zehn Jahre länger dauern, meine Damen und Herren. Die Kosten haben sich inzwischen vervielfacht. Man liest allein in den letzten sieben Tagen fast täglich neue Zahlen in den

Medien: 7 Milliarden Euro, 8 Milliarden Euro, zuletzt las ich von 14 Milliarden Euro! Das ist die Zahl, die ein Abgeordneter der CSU für sich ausgerechnet hat. Das entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden, meine Damen und Herren, und all die Mittel, die in dieses Milliardengrab fließen, fehlen für Infrastrukturprojekte in anderen Landesteilen. Auch das ist die Bilanz von viereinhalb Jahren schwarz-oranger Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das Schlimmste an der Stammstrecke ist, dass Sie seit drei Jahren Bescheid wissen und das Ganze zweieinhalb Jahre lang unter den Teppich gekehrt haben, statt zu handeln! Sie haben die Anregungen der damaligen Bauministerin in der Staatskanzlei, jetzt tätig zu werden, ignoriert und haben sie stattdessen in eine Schublade gelegt – in der Staatskanzlei nennt man das "dilatorisch behandelt" –, weil es, so der Vermerk in der Staatskanzlei, schädlich für den Wahlkampf sein könnte. Die Staatskanzlei hat also parteitaktische Erwägungen der CSU höher gewichtet als das Wohl der Bürger. Dies ist ein handfester Skandal, den der Untersuchungsausschuss aufarbeiten wird, meine Damen und Herren!

(Zuruf: So ist es! – Beifall bei der FDP)

Sie sehen: Egal welchen Bereich wir betrachten, Bayern geht es nicht besser, wie Sie es versprochen haben, sondern Bayern geht es schlechter als vor fünf Jahren. Die amtierende Staatsregierung hat das Land in einem guten Zustand übernommen, und sie wird es dem nächsten Kabinett, wenn in den nächsten sechs Monaten kein Wunder geschieht, in einem schlechteren Zustand übergeben. Sie hat die bestehenden Probleme nicht gelöst, sondern verschärft, und sie hat nichts dafür getan, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

(Zuruf)

Anstatt die Herausforderungen der Zukunft anzugehen und die Probleme der Vergangenheit zu lösen, betreiben Sie seit eineinhalb Jahren nur Ampel-Bashing, meine

Damen und Herren. Leider war auch heute wieder die Rede, die Sie, Herr Kreuzer, sozusagen stellvertretend für den Ministerpräsidenten, um dessen Teilhaushalt es eigentlich geht, gehalten haben, von Bundespolitik geprägt. Wir sprechen hier über den Haushalt des Geschäftsbereichs des Ministerpräsidenten, und Sie sprechen überwiegend über die Bundespolitik und bashen die Ampel. Dies passt ins Bild; denn in den Berichten der Kabinettssitzungen wurde das Wort "Bund" im Jahr vor dem Amtsantritt der Ampel durchschnittlich 3,1 Mal genannt, im Jahr nach dem Amtsantritt der Ampel 11,5 Mal! Das heißt, die Staatsregierung beschäftigt sich seit Dezember 2021 viermal so häufig mit dem Bund wie zuvor, und sie vernachlässigt die Arbeit hier im Freistaat Bayern.

(Tobias Reiß (CSU): Die Bundesregierung ist aber auch viermal so schlecht! – Beifall bei der FDP)

Sie betreibt diese Beschäftigung mit der Politik des Bundes vor allem mit Halb- und Unwahrheiten. Sehen wir uns einmal die Twitter-Beiträge des Ministerpräsidenten aus den vergangenen Wochen an, meine Damen und Herren. Der Ministerpräsident schreibt auf Twitter, die FDP habe die Erbschaftsteuer erhöht. – Fake News, meine Damen und Herren! Die Wahrheit ist, die Höhe der Erbschaftsteuer ist unangetastet. Geändert wurde das Verfahren zur Immobilienwertermittlung. Wer hat das geändert? – Die Vorgängerregierung! Federführend war Horst Seehofer, Ihr Parteifreund, nicht meiner.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Markus Söder schreibt auf Twitter, die Ampel verordne das Gendern und bestimmte Ernährungsweisen. – Fake News, meine Damen und Herren! Das ist frei erfunden. Sie können sprechen, wie Sie wollen, und Sie können essen, was Sie wollen. Es ist frei erfunden, dass die Ampel hier irgendetwas vorgibt.

Markus Söder schreibt auf Twitter – er teilt einen Post des Generalsekretärs Martin Huber –, der Länderfinanzausgleich sei ein von der Ampel gegen Bayern gerichtetes

Projekt. – Fake News, meine Damen und Herren! Der Länderfinanzausgleich hat mit der Ampel überhaupt nichts zu tun. Ich habe Ihnen gerade dargelegt: Sie haben sich gerühmt, ihn selbst ausgehandelt zu haben.

Markus Söder schreibt auf Twitter, der Süden solle beim Netzausbau abgehängt werden. – Fake News! Eine komplette Verdrehung der Tatsachen. Sie haben den Netzausbau jahrelang behindert, meine Damen und Herren. Sie haben in der Energiepolitik Mist gebaut, und das jetzt der Ampel anzuhängen, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten!

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Markus Söder schreibt auf Twitter, die Ampel wolle E-Fuels und Verbrennermotoren verbieten. – Fake News! Das Gegenteil ist der Fall. E-Fuels waren bisher in Reinform nicht zugelassen. Die Ampel hat sie überhaupt erst zugelassen. Die Ampel hat auch dafür gesorgt, dass wir jetzt auf EU-Ebene eine Ausnahme für synthetische Kraftstoffe beim Verbrennerverbot erreicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Halb- und Unwahrheiten! Der Gipfel war heute in der Rede des Kollegen Kreuzer, als er sagte, Christian Lindner nehme so viele Schulden auf, und die FDP solle sich dafür schämen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ja!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Christian Lindner nimmt Kredite auf, weil wir die Bundeswehr, die Sie 16 Jahre lang ruiniert haben, in die Lage versetzen wollen, wieder ihrem Auftrag gerecht zu werden!

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was habt ihr denn investiert in die Bundeswehr?)

Christian Lindner nimmt Kredite auf, weil die Ampel unser Land gut durch eine Energiekrise geführt hat und weil wir durch die Entlastung der Bürger sowie durch die Strom- und Gaspreisbremse Insolvenzen verhindert und soziale Härten abgefedert haben. Ich stelle fest, die CSU ist gegen die Bundeswehr und gegen die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in der Energiekrise, sonst würden Sie so etwas nicht sagen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Wir schämen uns nicht, sondern wir sind stolz auf das, was dort geleistet wurde.

Meine Damen und Herren, ich habe heute einen Post aus der Kabinetts-PK – Herr Deutschländer hat es heute getwittert – gelesen, Markus Söder ruft jetzt dazu auf, im Wahlkampf kein Negative Campaining zu betreiben. Er hat für die Koalition angekündigt, das Motto sei "Fairness statt Fake News", und er hat erklärt: "Wer ständig Schmutz auf andere wirft, kann selbst schnell zu riechen beginnen." Markus Söder weiß, wovon er spricht, meine Damen und Herren. Höchste Zeit für eine gründliche Dusche!

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN – Heiterkeit der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Wir begrüßen es, wenn diese Worte ernst gemeint sind. Wenn dies eine ernst gemeinte Selbstkritik ist, begrüßen wir das. Kehren Sie um, wenden Sie sich vom Populismus ab und der Seriosität zu! Wenden Sie sich vom Destruktiven ab und hin zum Konstruktiven! Kümmern wir uns gemeinsam um das, was wichtig ist, nämlich um die Zukunft unseres schönen Bayerns! Sorgen wir dafür, dass wir unser Bayern nach fünf Jahren zwischen Stagnation und Niedergang wieder zum Besseren gestalten können! Die FDP ist dazu bereit.

(Beifall bei der FDP – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Aber nicht fähig, Herr Kollege!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat für vier Minuten der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Bürger, hohes Haus! Wenn Herr Dr. Söder und seine Minister durch das Bayernland reisen, hören wir, die Bürger, deren kurzweilige Erzählung, uns ginge es doch noch gut und wir lebten im fortschrittlichsten Bayern, das es je gegeben hat; alle anderen wollten am liebsten auch in Bayern leben, unsere Bevölkerung wächst. – Das ist zwar stets exzellent vorgetragen, aber nur die halbe Wahrheit. Nein, die CSU tut Bayern nicht so gut. Im Gegenteil, sie bringt viele Bayern in Wut und Rage. Die rückläufige Wahlbeteiligung und die Wählerstimmenverluste der CSU sind nur ein Indiz dafür.

Wer mit offenen Augen durch das Land fährt, sieht die tiefen Furchen im Gesicht Bayerns, sieht in vielen Dörfern Leerstände, spürt die kaputten Straßen und erkennt die Zersiedelung unserer Kulturlandschaft. Industrie-, Gewerbe- und Wohngebiete fressen sich in das offene Land hinein, und in den Städten machen sich Verwahrlosungstendenzen breit. Bayern befindet sich im Abschwung! Die Deindustrialisierung, ja die Industrieflucht bringt auch bei uns eine Reduktion der Wirtschaftsleistung mit Arbeitsplatzverlust und Wohlstandsabbau. Politisch erzeugte Teuerung und Inflation sowie die Priorisierung der unerforschten und unbezahlbaren klimaneutralen Transformation bringen Existenz- und Zukunftsängste in unsere Gesellschaft. Mittelstand und Leistungsträger verlieren das Vertrauen in die Politik. Viele Menschen fühlen sich um ihre Lebensleistung betrogen und sehen die Zukunft ihrer Kinder in Gefahr.

Vor diesem Hintergrund stimmen die Prioritäten des bayerischen Staatshaushalts nicht. Die Regierenden, allen voran der Herr Ministerpräsident und die Staatskanzlei, bedienen offenbar zuerst die eigenen Interessen. Man gönnt sich im Vergleich zu 2020 eben mal 38 Millionen Euro mehr und 30 % mehr fürs Personal. Ist Ihnen eigentlich schon einmal aufgefallen, dass in den bayerischen Ressorts in den Dienstposten und Personalplänen immer mehr Häuptlinge und weniger Indianer ausgewiesen werden?

Die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung bleiben dagegen auf der Strecke; denn der Polizeihaushalt stagniert, trotz steigender Sexualdelikte und zunehmender Gewaltkriminalität.

Hingegen werden gewaltige Summen für die völlig überzogene und verfehlte Corona-Politik dieser Staatsregierung ausgegeben. Für den Corona-Sonderfonds sind im Jahr 2023 immer noch 306 Millionen Euro einschließlich 183 Millionen Schuldendienst ausgewiesen. Seit 2020 bis heute hat der Freistaat für diesen Sonderfonds sage und schreibe 24 Milliarden Euro ausgegeben, davon 2021/22 2,8 Milliarden für nutzlose Schnelltests sowie 3,36 Millionen für Impf- und Teststrategien.

Dieser Blödsinn scheint weiterzugehen; denn der Etat von Gesundheitsminister Holetschek steigt im Vergleich zu 2020 um 26 % auf 868 Millionen Euro. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dringend notwendige Ansätze für Forschungsaufträge zu Long COVID und Post-Vac, Impfschäden also, und für die Sonderentschädigung der Impfopfer sind darin nicht vorgesehen. Aber für die Unterbringung und Versorgung von Migranten wird eine halbe Milliarde Euro bereitgestellt.

Aber es gibt auch einen Lichtblick im bayerischen Haushalt. Das ist die Steigerung des Etats für das Wirtschaftsministerium um 55 % auf 1,7 Milliarden Euro unter Verdoppelung des Investitionsanteils –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – auf 888 Millionen Euro. Ich komme zum Schluss – danke für den Hinweis –: Auch Bayern lebt mit einer Staatsverschuldung von 37 Milliarden Euro nach wie vor auf Pump und braucht Kreditaufnahmen oder Sondervermögen, um überhaupt noch politisch gestalten zu können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Das Wort hat nun der Kollege Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zum Einzelplan 02 sozusagen in Form einer Generaldebatte. Als Erstes dürfen wir doch mal feststellen: Der Freistaat Bayern ist in der Lage, einen Haushalt aufzustellen, ohne dass das über Monate von Problemen begleitet wäre, wie man den überhaupt finanzieren soll. Das ist der Hauptunterschied zu 14 anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss sagen: Ich freue mich auch nicht, dass wir so viel Länderfinanzausgleich bezahlen. Aber der einzige Grund dafür ist doch, dass wir wirtschaftlich als Einzige in Deutschland so erfolgreich sind, dass sich unsere Zahlungen verdoppelt haben. Wir werden immer stärker, und die anderen werden immer schwächer. Das führt dazu, dass wir so viel bezahlen. Darüber kann man als Opposition schon jammern. Aber als Regierungsfraktionen müssen wir sagen: Gott sei Dank; denn das versetzt uns in die Lage, diesen Haushalt überhaupt zu finanzieren. Wir sind in der Lage, einen sozialen Haushalt aufzustellen. Wenn man sich die Zahlen der anderen Bundesländer anschaut, sieht man, dass das gerade einmal vieren gelingt. Verglichen mit ihnen bezahlen wir beim Länderfinanzausgleich so viel wie zwei. Sonst könnten die das auch nicht.

Wir sind in der Lage, einen Haushalt aufzustellen, der auf die Fläche in Bayern Rücksicht nimmt, der beinhaltet, dass wir eine Metropole haben – München –, die mit ihrem Umland 43 % des Wirtschaftsaufkommens dieses Landes erwirtschaftet. Wir gehen damit so sorgfältig um, dass wir in ganz Bayern damit Projekte machen, also dieses Geld auch wieder verteilen.

Wissen Sie, man kann sich hier hinstellen und sagen – wie haben Sie gesagt? –: Die Kosten der Stammstrecke haben sich vervielfacht. – Dann lesen Sie irgendwelche Zahlen vor. Ja, man kann viele Zahlen lesen. Ich befürchte, die Kollegen, die da noch weiter rechts von Ihnen sitzen, lesen auch ständig irgendwas, das sie hier wiederho-

len. Davon wird es aber nicht besser. Tatsache ist, dass wir dieses Infrastrukturprojekt in der Landeshauptstadt München brauchen, um auch in Zukunft Erträge zu erwirtschaften, mit denen wir dann Projekte in ganz Bayern finanzieren.

(Beifall bei der CSU)

Glauben Sie, dass wir die Wirtschaftsstärke Münchens und der Region 14 hätten, wenn nicht dieses ÖPNV-System in der Folge der Olympischen Spiele 1972 erst mal grundsätzlich geschaffen worden wäre? Haben Sie sich eigentlich schon mal mit der Tatsache auseinandergesetzt, dass täglich 800.000 Leute aus dem Umland Münchens in die Stadt München fahren und fast genauso viele aus der Stadt München und dem Landkreis München nach draußen, damit sie zu ihrem Arbeitsplatz transportiert werden, wo sie dieses Wirtschaftswachstum schaffen?

Bei manchem, was Sie sagen, muss man schon auf das Fehlen der Logik hinweisen. Ja, Sie haben recht: 234 gekaufte Wohnungen bedeuten keinen Zuwachs an Wohnungen. Aber 33.000 verkaufte Wohnungen bedeuten auch keinen Verlust von Wohnungen. Es wird auch nicht dadurch besser, dass Sie das ständig wiederholen. Diese 33.000 Wohnungen sind nach wie vor da.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Nein, Sie haben nur vergessen, uns dafür zu loben; gerügt hat es der Kollege.

(Florian von Brunn (SPD): Aber Sie müssen auch sehen, was da jetzt an Mieten gezahlt werden muss!)

Natürlich muss ich auch sagen, im Haushaltsausschuss erleben wir ja, wie Politik ausschauen soll. Gut, die konstruktiven Vorschläge kommen immer von den Regierungsfraktionen, weil sie – man muss es fairerweise sagen – auch die Unterstützung der Exekutive in der Staatsregierung haben, die natürlich wesentliche Beiträge zum Aufstellen eines Haushalts leistet. Das ist auch die richtige Stelle, mich bei Albert Füracker und den Mitarbeitern im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

und für Heimat dafür zu bedanken, dass sie einen exzellenten Haushalt vorgestellt haben,

(Beifall bei der CSU)

der uns in den Regierungsfraktionen die Zustimmung und im Haushaltsausschuss die Debatte leicht gemacht hat.

Im Haushaltsausschuss ist immer davon die Rede, die GRÜNEN seien eine Verbotspartei. In Wirklichkeit wollen sie eigentlich so eine Art Diktatur der Meinung. Ihr Vorsitzender spricht dann von neuem Denken und altem Denken. Wie überheblich, wie selbstverliebt, wie arrogant muss man eigentlich sein, wenn man sich selber für den einzigen Neudenkenden hält und alle anderen für altdenkend?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie mal Neues denken und über den Tellerrand hinausschauen wollen, empfehle ich Ihnen, lesen sie mal Francis Picabia. Der sagt Ihnen dann, warum der Kopf rund ist – damit man nämlich auch mal in die andere Richtung und nicht immer nur rechts und links von Brettern begrenzt denken kann. Das wäre mal dringend notwendig.

(Beifall bei der CSU)

So kommen Sie in diesen Haushaltsdebatten eigentlich nur mit Vorschlägen, wie wir Verbote sanktionieren sollen oder wie Sie von Ihnen gewünschte Verhaltensweisen subventionieren wollen. Aber so eine echte Substanz der Weiterentwicklung dieses Landes, die uns dann ermöglicht, Prosperität und Wohlstand auch weiterhin zu leben, kam die ganze Zeit nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Anne Franke (GRÜNE))

Sie haben Verbote und Förderungen für Gesinnungsdiktatur und sonst nichts in diesen Haushaltsdebatten gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Ich war dabei. Frau Köhler, Sie waren auch dabei. Aber sonst war hier niemand dabei. Wir mussten das über Wochen über uns ergehen lassen.

Bei der SPD wird es tragisch, muss ich sagen. Ich habe die Kollegen Ritter und Güller ja nun viele Jahre im Haushaltsausschuss erlebt. Die haben wirklich immer versucht, sich konstruktiv einzubringen. Da hast du auch gemerkt, worum es geht. Dahinter ist ein sozialer Gedanke; das muss ich bei Florian Ritter wirklich sagen. Der hat Konsequenz in dem, was er will.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Harald Güller hat so ein bisschen einen Schwerpunkt in Schwaben. Man hat das Gefühl, man müsste vielleicht den Regierungsbezirk Schwaben im Verhältnis zu anderen noch ein bisschen mehr stärken. Aber ich muss durchaus sagen, dass es Bewunderung auszudrücken gilt, was ihr da gemacht habt. Allerdings tun mir die Kollegen leid, die in Zukunft euern Nachfolgern in dem Ausschuss ausgesetzt sind. Ich sehe bei Weitem, weit und breit nicht, wo da dieselbe Expertise, dieselbe Qualität, dieselbe Empathie herkommen soll. Da dürfen wir mal gespannt sein.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dann hatten wir auch noch die Kollegen von der Leugner-Partei. Sie leugnen eigentlich alles. Am allerbesten wäre, Sie würden auch mal anfangen, sich selber zu leugnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Allein bei dem, was Ihr Sprecher heute hier am Mikrofon gesagt hat, muss ich sagen: Es wäre wirklich ein Segen, wenn Sie damit anfangen würden, sich zu leugnen. Es muss doch bitte ein Mindestmaß an Werten, an Niveau, an Stil geben. Aber Sie ken-

nen da keinerlei Rücksicht, sondern Sie haben da Ihre Linie: Klimawandel gibt es nicht,

(Widerspruch des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

die Nutzung der Sonnenenergie gibt es nicht, neue Behandlungsmethoden gibt es nicht, und dann erklären Sie sich zum Heilsbringer für alle.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Wie bitte?

(Andreas Winhart (AfD): Einfach zuhören!)

Wenn Sie was dazulernen wollen, wäre es gut, wenn Sie jetzt still sind und zuhören. Das ist nun mal so. Wenn man selber nur schreit, kann man nichts dazulernen.

(Unruhe bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

Wahrscheinlich hatten Sie dieses Problem schon in der Schule.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, Sie machen auf mich nicht den Eindruck, als hätten Sie früher zugehört und was dazugelernt.

(Ulrich Singer (AfD): Hören Sie doch mal zu!)

Sie machen auf mich den Eindruck, dass Sie seit Ihrem sechsten Lebensjahr das Gleiche tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was der Kollege Hagen über die Bundesregierung gesagt hat, stimmt natürlich ein Stück weit, was Ihre Fraktion betrifft. Ja, Mitglieder Ihrer Partei in der Bundesregierung haben in den letzten Tagen und Wochen wirklich dafür gesorgt, dass uns die aller-

schlimmsten Ideen der Ampelkoalition erspart geblieben sind. Ich finde, das ist der richtige Zeitpunkt, um Ihnen namens der Bürgerinnen und Bürger Bayerns an der Stelle danke zu sagen. Wir regieren da oben nicht mit, aber wir müssen froh sein, dass Herr Lindner, Herr Buschmann und andere die Umsetzung dieser Wahnsinnsideen, die es da oben gegeben hat, verhindert haben. Ich finde, dafür gebührt ihnen auch mal Applaus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bitte richten Sie es aus und überlegen Sie sich, mit wem Sie in Zukunft vielleicht besser regieren könnten, damit Sie solche Korrekturen gar nicht erst vornehmen müssen, weil die politische Gemeinsamkeit, der Grundkonsens darüber, wie man miteinander umgeht, wie man miteinander spricht, wie man miteinander handelt, von Haus aus größer wäre.

Ich habe Verständnis, dass man das 2021 anders entschieden hat, insbesondere nach den Erfahrungen in 2017. Aber wenn Sie zu den Koalitionsmöglichkeiten zurückfinden würden, die eigentlich von Ihrer liberalen freiheitlichen Grundeinstellung gegeben wären, wäre das nicht schlecht.

Dann darf ich an den Kollegen der FREIEN WÄHLER anschließen: Bernhard Pohl hat alles zum Thema gesagt. Wir haben jetzt viereinhalb Jahre hervorragend zusammengearbeitet. Es mag die eine oder andere Verwerfung gegeben haben, zwischen dem einen oder anderen Kollegen oder manchmal auch zwischen mehreren Kollegen. Aber es soll ja auch so sein, dass nicht in jeder Ehe 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche und zwölf Monate im Jahr nur die Sonne scheint. Damit muss man leben. Ich kann Ihnen übrigens sagen: Ich war auch schon in Konstellationen hier, als die CSU mit ihrer Mehrheit noch ganz alleine regiert hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Selbst da war es so, dass es Streit zwischen Kollegen gegeben hat. Selbst da war nicht immer alles nur eitel Sonnenschein. Vielleicht ist es um Nuancen schlimmer geworden, aber es ist keine Neuerung.

Bernhard, weil du damit begonnen hast, dich zu bedanken, möchte ich an der Stelle sagen, dass der Dank aus meiner Sicht natürlich auch den langjährigen Kollegen aus der CSU-Fraktion gilt: Hans Herold und Martin Bachhuber, die ja ebenfalls ausscheiden werden, genauso wie Georg Winter.

Abschließend möchte ich sagen: Der Fraktion der GRÜNEN wünsche ich, dass sie sich im Haushaltsausschuss künftig wieder auf Kollegen wie Thomas Mütze oder Eike Hallitzky stützen kann. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Weidenbusch, es gibt noch drei Zwischenbemerkungen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ja, wunderbar!)

Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Bergmüller von der AfD gemeldet.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Ernst Weidenbusch, zunächst weise ich die pauschale Verunglimpfung zurück.

(Beifall bei der AfD)

Ernst Weidenbusch (CSU): Wie bitte? Was weist du zurück?

Franz Bergmüller (AfD): Das sage ich dir nachher noch privat. Jetzt kommen wir zur Sache. Du sprichst von einem wichtigen Infrastrukturprojekt bei der S-Bahn.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schneewittchensarg!)

Du hast auch mal über das Konzerthaus in München gesagt, wenn das eine Milliarde kostet, ist das auch wurscht. Über die S-Bahn-Stammstrecke hat dein Kollege am Freitag im Untersuchungsausschuss gesagt, dass er jetzt mit 14 Milliarden Euro an Kosten rechnet. Da kann man eigentlich nur sagen: Wer bietet mehr? Wie steht eigentlich eure Fraktion dazu? Heißt es da: Augen zu und durch? Oder welche Auswirkungen hat das auf den Haushalt? Auch wenn du in der nächsten Zeit nicht mehr dabei bist, du bist ja ein erfahrener Politiker. Wenn du es vertrittst, dass die eine Milliarde in Ordnung ist, wie steht es dann mit der Aussage von Jürgen Baumgärtner über die 14 Milliarden?

Ernst Weidenbusch (CSU): Ich habe zu einem Zeitpunkt, als das Konzerthaus auf 370 Millionen Euro geschätzt worden ist, gesagt, dass ich das für unrealistisch halte, weil ein Vergleichsbau in Rom etwa 610 Millionen gekostet hat. Wenn ich das indexiere, bin ich bei 700 Millionen. Wenn man dann rechnet, was für eine Bauzeit das Konzerthaus hätte, könnte da eine Milliarde herauskommen. Das war vor drei Jahren. Dazu stehe ich, und wir werden irgendwann entscheiden müssen, ob uns das Ganze das wert ist oder nicht. Menschen in Hamburg, die geleugnet haben, dass die Elbphilharmonie Sinn macht, müssen jetzt zugeben, dass dort die Einnahmen ein X-Faches von dem sind, was geplant war.

Ich sage es noch einmal: Wenn wir die Infrastruktureinrichtung zweite Stammstrecke in München nicht bauen, werden wir den Standort München, der momentan unter den Top 4 in Europa ist, ganz schnell kaputt machen. Dann ist er ganz schnell nicht mehr unter den Top 20, nicht mehr unter den Top 50, und dann können wir uns das alles, was wir in Bayern mit dem hier verdienten Geld finanzieren, nicht mehr leisten. Das wird so bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Franz Bergmüller (AfD): 14 Milliarden!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Weidenbusch, ich hätte nur kurz eine Nachfrage, was die Wohnungen angeht. Sie haben ja Martin Hagen recht gegeben, dass die 234 Wohnungen, die gekauft worden sind, keine neuen sind. So wie ich den Sinn von Söders BayernHeim verstanden habe, geht es dort darum, auch bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, das heißt, geförderten Wohnungsbau, das heißt, mit Sozialbindung.

Sie haben das in etwa so dargestellt: Na ja, es ist ja gar nicht schlimm, dass der Finanzminister a. D. Markus Söder diese 33.000 Wohnungen mal verkauft hat. Soweit ich das den Medienberichterstattungen entnehme, fallen da jetzt ganz viele Wohnungen aus der Sozialbindung heraus. Das heißt, für die Mieterinnen und Mieter wird es sehr teuer. Das heißt, der Vergleich hinkt irgendwie. Oder sind Sie der Meinung, dass es eine Glanzleistung gewesen ist, diese 33.000 Wohnungen zu veräußern, die jetzt alle sukzessive teurer werden? Ist das ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger? Stehen Sie dazu, dass man das so eins zu eins wirklich mit dieser dritten staatlichen Wohnungsbaugesellschaft vergleichen kann?

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Körber, Ihre Frage beruht auf einer Fehlinformation. Markus Söder hat gar nichts verkauft.

(Thomas Huber (CSU): Richtig!)

Der Verkauf der GBW ist durch die BayernLB aufgrund einer Auflage in einem Bescheid der Europäischen Union erfolgt.

(Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Florian von Brunn (SPD): Das ist Ihre Meinung! Das stimmt doch gar nicht!)

Jetzt muss man mal sagen: Wissen Sie, wenn schon die Grundfrage nicht stimmt, wird es schwierig. Im Ergebnis konnte in den Verhandlungen mit der Europäischen Union eine sogenannte Sozialcharta eingeführt werden.

(Florian von Brunn (SPD): XXS vielleicht!)

Leider hat die Europäische Union den Entwurf der Sozialcharta, den es dazu gab, nicht in vollem Umfang genehmigt, sodass wir nur zu der Sozialcharta kamen, die im Bescheid genehmigt wurde.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Die lässt bestimmte Gestaltungsmöglichkeiten zu, die mir auch nicht gefallen. Sie hat aber die Steigerung der Mietpreise in diesen 33.000 Wohnungen bisher sehr erfolgreich bekämpft.

Gott sei Dank haben wir weitere freiwillige Zusagen, dass das auch so bleibt. Insofern müssen Sie noch zehn Jahre warten, um zu sehen, ob sich Ihre Kritik vielleicht doch noch rechtfertigt. Im Moment ist sie nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor der Entscheidung: "Bleiben wir auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden? Oder steigen wir in das bunt geschmückte Narrenschiff Utopia ein, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die Rolle des Faschingskommandanten übernehmen würden?" – Dieses Zitat des großen Franz Josef Strauß aus dem Jahr 1986 ist Ihnen allen wohlbekannt.

(Thomas Huber (CSU): Er würde sich im Grab umdrehen, wenn er wüsste, dass Sie das verwenden! – Tobias Reiß (CSU): Dass Sie ihn zitieren!)

Er hätte es wohl nie für möglich gehalten, dass ausgerechnet seine CSU den fundamentalen Richtungswandel in Richtung rot-grünes Utopia vollzieht.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Was ist mit den Braunen?)

Am Ruder des Narrenschiffs steht heute der nicht anwesende Shrek aus dem Frankenland. Der Ausstieg aus der sicheren, günstigen und nachhaltigen Kernenergie – das war die CSU. Markus Söder hatte einst selbst mit Rücktritt gedroht, sollte Deutschland nicht aus der Kernkraft aussteigen. Das Ergebnis: die höchsten Energiepreise der Welt und Zukauf von Atomstrom aus dem Ausland.

Entgrenzende Masseninvasion in unsere Sozialsysteme und die Aufgabe der nationalen Souveränität über unsere Grenzen – das war die CSU. Das Ergebnis: Seit Anfang 2015 sind netto rund fünf Millionen Ausländer nach Deutschland gekommen und rund 1,5 Millionen Inländer ausgewandert. Das ist im gegebenen Zeitrahmen die größte Auswanderungswelle in der Geschichte unseres Landes.Die Deutschen fliehen vor der höchsten Steuer- und Abgabenlast, einer jugendgefährdenden Identitätspolitik und der massiv angestiegenen Gewaltkriminalität. Über sieben Gruppenvergewaltigungen im Jahr sowie Tausende von "Einzelfällen" von "Messerfachkräften" und "Axtexperten" sind wesentliches Resultat Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, Sie haben die Bürger dieses Landes verraten und verkauft. Der österreichische Publizist Gerald Grosz hat es kürzlich so formuliert – Zitat –: Markus Söder "ist kein Landesvater, sondern" – wohl eher – "ein Landesverräter."

(Beifall bei der AfD)

Ihre CSU hat sich dem bolschewoken Klimatotalitarismus der rot-grün-gelben Bundesregierung und ihrer Verlängerungsmedien angeschlossen und muss nun selbst bitter dafür bezahlen.

Ihre linksideologischen Kuschelpartner von den anderen Gebraucht-Parteien haben ein neues Wahlrecht verabschiedet, das die CSU möglicherweise ganz aus dem Bundestag heraushält. Wer also künftig ein starkes, traditionelles Bayern im Bund vertreten haben will, der kann ab jetzt nur noch eine Partei wählen, und das ist die Alternative für Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Partei, die zwar noch CSU heißt, es aber schon lange nicht mehr ist, fällt nur noch mit Höchstleistungen bei Rechtsbrüchen, Vorteilsnahmen und Korruption auf. Die Gerichte haben viele Ihrer Maßnahmen als rechts- und verfassungswidrig abgeurteilt. Ihre willkürlichen Ausgangsbeschränkungen, der 10-Kilometer-Bewegungsradius und 2G für den Einzelhandel – alles rechtswidrig!

Die Rückzahlung der Bußgelder lässt bis heute auf sich warten. Und jetzt wollen Sie nur jene zurückzahlen, die den Zeitraum vom 1. bis zum 19. April 2020 betreffen. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren. Wir fordern die Rückzahlung ausnahmslos aller Corona-Zwangsbußgelder, und zwar unverzüglich.

Ich erinnere an Ihre Mittäterschaft und Führungsrolle beim Impfzwang, der laut Paul-Ehrlich-Institut rund 330.000 Menschen in diesem Land geschädigt hat, darunter weit über 50.000 schwer, und der eine unbekannte Anzahl von Menschen durch Nebenwirkungen Ihrer – vermeintlich unbedenklichen – experimentellen Genspritzen umgebracht hat. Anständige Politiker vergangener Tage wären schon wegen eines Bruchteils all dessen zurückgetreten. Doch Faschingskommandant Söder klammert sich auch im schwersten Orkan fest an das Steuerrad seines Narrenschiffs und steuert Bayern zielsicher auf das nächste Riff.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, letztlich geht es der CSU und ihren Fachkräften im Handaufhalten nur darum, den Steuerzahler noch schamloser auszupressen. Wenn früher Minister zurücktraten, weil sie falsche Briefköpfe verwendeten, was

braucht es dann, um Karnevalskönig Söder, der Steuergelder an die Familie seiner eigenen Frau vergab, zum Rücktritt zu bewegen?

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Lüge!)

Vielleicht helfen ihm ja die drei Untersuchungsausschüsse auf die Sprünge, die alle Sie, Herr Ministerpräsident Söder, ganz persönlich betreffen:

(Alexander König (CSU): Kann es sein, dass Sie eine Verleumderin sind?)

der Untersuchungsausschuss zu den Maskendeals Ihrer schwarzen Amigos, der zur S-Bahn-Stammstrecke und, nicht zu vergessen, der zu Ihrem sogenannten Zukunftsmuseum – ein Projekt ganz nach der Clanmentalität der Söder-CSU. Gerd Schmelzer von der alpha Gruppe kriegt mittels eines Mietvertrags 2,8 Millionen Euro Steuergelder jährlich für eine Laufzeit von 25 Jahren, was 70 Millionen Euro entspricht, und spendet dafür 45.000 Euro. An wen? – Natürlich an die CSU!

Herr Söder, Sie verwandeln unseren Rechtsstaat in einen Bananenstaat. Sie zerstören den Rechtsstaat, die Freiheit, die Sicherheit und das Vertrauen unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. Ihre Amigos – Nüßlein, Sauter, Tandler und Hohlmeier – sind nur beim Millionen-Reibach-Machen auf Steuerzahlerkosten hochbegabt, dafür allesamt schamlos und gewissensbefreit, wie ihr Dienstherr.

Aber von all dem wissen Sie ja angeblich nichts, sehr geehrter Herr Söder. Da verwundert es mich fast, dass Sie auch als Kanzlerkandidat krachend gescheitert sind; denn nichts zu wissen und sich an nichts zu erinnern, das scheinen ja heute Voraussetzungen für das Amt des Bundeskanzlers zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Während Sie als Faschingskommandant öffentlich Genderwahn und Wokeismus kritisieren, wird das Ganze hintenrum vom Freistaat üppig finanziert. Für den Film "Oskars Kleid", in dem sich ein 12-jähriger Junge für ein Mädchen hält, gab der Freistaat

1,2 Millionen Euro Steuergelder – für Frühsexualisierung und Genderwahn – aus. Bis heute haben Sie insgesamt 30 jugendgefährdende Genderfilme finanziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Film, der als Nächstes dringend produziert werden sollte, ist der über den Rücktritt des Kapitäns des Narrenschiffes CSU. Und der braucht keine Millionenförderung;

(Tobias Reiß (CSU): Ist das ein AfD-Vorlesewettbewerb für Märchen, oder was?)

der finanziert sich ganz von selbst. Die Zukunft unserer Heimat braucht kein Museum und keinen Söder. Die Zukunft braucht die von Franz Josef Strauß eingeforderte bürgerliche Vernunft und ihre Tugenden. Sie braucht die AfD!

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Wir brauchen keine Rechtsradikalen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion. Herr Zellmeier, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte wie der Kollege Pohl mit einem Wort des Dankes beginnen: an die Mitglieder des Haushaltsausschusses, die sachlich und fair mitgewirkt haben, an unseren Koalitionspartner, vertreten durch den Kollegen Bernhard Pohl, und an alle Kolleginnen und Kollegen, die mit uns gemeinsam diesen Haushalt gestaltet haben, von meiner eigenen Fraktion, aber auch von der Opposition, insbesondere an Frau Kollegin Köhler für das faire Miteinander im Haushaltsausschuss.

Lieber Herr Staatsminister Albert Füracker, ein großes Dankeschön geht an Sie und Ihr Haus für die großartige Leistung bei der Vorlage dieses Haushaltsentwurfs.

Ich habe mir die Debatte hier angehört. Zur AfD sage ich jetzt gar nichts, weil das unsäglich war, gerade die letzte Wortmeldung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch das, was vonseiten der anderen Oppositionsfraktionen kam, war das Gegenteil dessen, was wir im Ausschuss erlebt haben. Ihre Redebeiträge hier lassen sich wie folgt beschreiben: unsachlich, Kleinigkeiten kritisieren, die großen Erfolge Bayerns schlechtreden, die großen Erfolge auch der Koalition schlechtreden.

Sie sagen, wir würden immer nur die Ampel bashen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dazu liefert ihr ja jeden Grund. Es ist für uns parteipolitisch vielleicht sogar ganz angenehm, wenn in Berlin versagt wird. Aber für unser Land ist das nicht gut, weder für das Bayernland noch für Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen im bayerischen Haushalt ausbaden, was Sie uns bescheren. Ich will einige Beispiele bringen. Vielleicht sind Sie auch ganz froh, dass Sie in der Ampel nichts zu sagen haben bzw. dass die bayerischen Ampel-Politiker dort nicht vertreten sind. Aber das entlastet Sie nicht; denn hier den Maulhelden zu spielen und in Berlin nichts zu vermelden, was uns in Bayern drückt, weil die Ampel es verbockt, das ist der falsche Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir das anhöre, was Kollege Hagen von sich gegeben hat, dann sage ich Ihnen: Schauen Sie sich doch einmal den Haushalt an, den Herr Lindner vorgelegt hat!

Das war übrigens zu der Zeit, als wir regiert haben, anders – mit einem schwierigen Partner SPD; das muss man sagen. Daher kommen auch manche Dinge bei der Bundeswehr, weil es nicht so gelaufen ist. Aber eines sage ich Ihnen: Wenn ein Bundesfinanzminister in einem Jahr in Schattenhaushalten mehr Schulden macht, als der reguläre Haushalt insgesamt ausmacht, und dann behauptet, er würde die Schuldenbremse einhalten und solide wirtschaften, dann gute Nacht, Deutschland! Das passiert in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben einen Haushalt ohne Neuverschuldung und ohne im Vorjahr riesige Schattenhaushalte aufgebaut zu haben, um das Versagen zu verdecken. Dafür danke ich noch einmal unserem Finanzminister. Es ist tatsächlich so: Wir haben einen soliden Haushalt. Wir haben sogar noch eine Rücklage, in die wir greifen können, um zum Beispiel Energiehilfen zu finanzieren. Es ist übrigens ein leidiges Thema, dass es in Berlin so lange gedauert hat, bis diese Hilfen beschlossen wurden und tatsächlich umgesetzt werden konnten.

Dass die anderen – Rot, Grün – üblicherweise kritisieren, ist klar. Aber da nenne ich nur ein Beispiel: Mobilität. Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel wurde zugesagt. Man hat sie erhöht, aber mit dem 49-Euro-Ticket gegengerechnet, sodass uns für Investitionen im Land, die Dinge, die Sie immer so gerne fordern, nichts überbleibt, bei gestiegenen Kosten. Das heißt bei den neuen Ausschreibungen, die die BEG macht: Wie soll das denn finanziert werden? Das sind Dinge, die früher der Bund gemacht hat, die uns der Bund über Regionalisierungsmittel eigentlich bezahlen müsste, damit wir in Bayern entsprechend agieren können. Das funktioniert nicht. Dafür werden wir auch wieder bayerische Mittel verwenden müssen, weil aus Berlin – wie gesagt – eine Zusage mit einer Forderung auf der anderen Seite verknüpft wird und uns damit nichts überbleibt. Das heißt, diese Kritik an Mobilitätsthemen schlägt auf Sie selbst zurück. Hier fehlt es himmelweit. Das sage ich ganz offen: Wenn da nicht mehr passiert, werden wir den Bürgern in Bayern deutlich sagen müssen, woran es liegt.

Ich nenne auch die Krankenhausreform. Es wird kritisiert, wir stellten zu wenig Mittel für die Investitionen bereit. 643 Millionen Euro! Wenn der Bedarf steigen sollte, werden wir den Betrag natürlich erhöhen müssen, das ist klar. Aber hier sind wir führend in Deutschland. Was ich jetzt höre, was ich lese! Im Landkreis Kelheim wurde ein Bauvorhaben zurückgestellt, am Krankenhaus in Mainburg. Erst vor Kurzem war das bei mir in der "Laber-Zeitung" zu lesen. Und warum? – Weil die Unsicherheiten durch die Krankenhausreform des Herrn Lauterbach, der Ihrer Partei angehört, lieber Kollege

von Brunn, so enorm sind, dass man sich nicht mehr zu investieren traut. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Dann kommt noch die Kritik an der staatlichen Wohnbauförderung. Meine Damen und Herren, wir haben die Wohnraummilliarde, ebenso die Klimamilliarde. Was in Berlin gemacht wird – auch hier wieder ein gutes Beispiel –, führt dazu, dass weniger gebaut wird, weniger bezahlbarer Wohnraum: Man erhöht die Auflagen, was die Kosten nach oben treibt, und senkt Förderungen ab oder schafft sie kurzfristig ab. Auch das ist Tatsache.

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, den Kollege Weidenbusch vorher gut gekontert hat, nämlich auf die Frage, ob Wohnungen verkauft worden sind. Die Landesbank hat sie verkauft, nicht der Freistaat Bayern. Sie wissen ganz genau, dass Baden-Württemberg kurz vorher 21.500 Wohnungen an die gleiche Patrizia verkauft hat, und zwar zu schlechteren Bedingungen für die Mieter. Das ist Tatsache. Wer hat damals, 2012, in Baden-Württemberg regiert? – Grün-Rot. Das sind die Tatsachen, und die verschweigen Sie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir investieren in Bayern in die Zukunft, in die Infrastruktur. Dazu gehört vieles, natürlich auch die Staatsstraßen, die uns wichtig sind. Ich nenne das Soziale: Familiengeld, die Mobilität in Stadt und Land. Wir investieren in die Generationengerechtigkeit. Wir machen dafür keine neuen Schulden. Das ist der richtige Weg. Wir machen auch für den Klimaschutz keine neuen Schulden. Wir geben eine Milliarde. Wir haben die Möglichkeiten, weil wir in der Vergangenheit richtig gewirtschaftet haben.

Auch die Stellenzahlen werden erhöht, weil wir natürlich Bedarf haben. Wobei ich – das sage ich ganz ehrlich – kritisch bin: Wir werden uns das auf Dauer nicht leisten

können, weder finanziell noch personell, weil die Ressourcen nicht mehr vorhanden sind. Wir müssen versuchen, die Bürokratie zu senken – ich denke an Walter Nussel –, weil wir es sonst personell und finanziell nicht mehr leisten können.

Meine Damen und Herren, damit ist meine Redezeit schon zu Ende. Ich bedanke mich bei allen, die sachlich und fachlich mitwirken. Ich weise noch mal darauf hin, dass Bayern in Deutschland an der Spitze steht. Das ist die Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN, nicht Ihre Politik. Ich glaube, das werden die Bürger im Herbst zu schätzen wissen; denn jeder weiß, wie es bei uns läuft und wie es woanders läuft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die Staatsregierung hat nun Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt ist das Königsrecht des Parlaments. Der Staatshaushalt ist eben nicht nur ein nüchternes Zahlenwerk von Buchhaltern, sondern er ist der Inbegriff der Politik der Staatsregierung und das Kursbuch der sie tragenden Regierungsfraktionen.

In enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER ist ein beachtliches Werk erstellt worden. Ich danke allen, die daran beteiligt waren, insbesondere dem bayerischen Finanzminister Albert Füracker, der sozusagen die Fäden am Ende wieder zusammenführen muss. Das ist nicht ganz einfach als Finanzminister. Ich glaube, das weiß jeder. Aber dass heute und in dieser Woche ein wirklich rundes Werk diskutiert wird, ist sein Verdienst. Deshalb herzlichen Dank, lieber Albert Füracker!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Weil es das Kursbuch der Staatsregierung und der Regierungsfraktionen für die Politik der Staatsregierung und der Fraktionen ist, kann man daraus auch die politischen Leit-

linien für die Zukunft, die politische Schwerpunktsetzung entnehmen. Auf der einen Seite bedeutet das die konkrete Bewältigung der aktuellen Lage; was vor einem Jahr noch die Nachwirkungen – heute auch noch etwas, aber vor einem Jahr noch stärker – der Corona-Pandemie waren, sind heute die Auswirkungen der Energiekrise, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die gesamte Welt, aber eben auch auf uns. Wir wurden vor diese Herausforderungen gestellt. Wir können uns das nicht aussuchen. Das ist eben so. Andererseits steckt in diesem Haushalt auch die Kraft, um künftigen Herausforderungen vorzubeugen, um fit zu werden für die Zukunft, wie es immer die Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags war, einen fortwährenden Wandel unserer Gesellschaft, der Rahmenbedingungen, der Produktion in Industrie und Mittelstand vorauszudenken und die Weichen entsprechend zu stellen. Ich nenne nur das Stichwort Hightech Agenda und Ähnliches. All das ist in diesem Haushalt enthalten. Deshalb ist er ein großes Werk, gleichzeitig ist er solide und somit nachhaltig.

Deshalb mein herzlicher Dank dafür. Auch heute in der Debatte wurde das sehr deutlich. Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der CSU Thomas Kreuzer sowie den Haushaltsexperten, die gesprochen haben, dem Kollegen Pohl, dem Kollegen Weidenbusch, dem Ausschussvorsitzenden Josef Zellmeier, für die wirklich wegweisende Haushaltsdebatte. Ich danke den Genannten auch für die klare Einordnung der Ausführungen aus der Opposition, die wir uns heute hier auch wieder anhören mussten. Es war wieder eine durchsichtige Strategie, die allen oppositionellen Redebeiträgen zugrunde lag. Ich frage mich, an die Opposition gerichtet: War es das jetzt? War das wirklich alles, was Sie zu bieten haben? – Ich kann nur sagen: Es war gar nicht mal so gut.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Opposition hier im Bayerischen Landtag beschränkt sich seit Neuestem darauf, also jedenfalls seit die Ampel in Berlin regiert, die Ampel in Berlin einfach schönzureden, egal wie bayernfeindlich oder wirr die Vorschläge der Ampel sind.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich sage nur das Stichwort Krankenhausreform.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Die machen wenigstens etwas, im Gegensatz zu euch! – Tobias Reiß (CSU): Das hat man am Wochenende gesehen!)

Es wird einfach schöngeredet, und es wird einfach positiv dargestellt; die Sachverhalte werden einfach so lange gequetscht, bis sie zu Ihrer Ideologie passen und man sagen kann, das ist alles wunderbar. Sachverhaltsquetsche ist ein Grundfehler in der Analyse von Lebenswirklichkeiten. Man kommt damit nie zu dem richtigen Ergebnis. Das ist aber nicht nur der Fehler in Ihren Reden heute, sondern das ist der Grundfehler in Ihrer Politik, in Ihrem Politikverständnis, dass man nämlich theoretisch Ideen entwickelt und dann versucht, teilweise mit infantiler Naivität, sie den Lebensrealitäten anzupassen. Diese Ideen bestehen aber nicht den Praxischeck. Wir wussten schon immer, dass das den Praxischeck nicht besteht. Die Ampel führt uns das momentan jeden Tag vor. Nicht einmal eine Koalitionsrunde funktioniert ohne Big Drama. Deshalb kann ich nur sagen: Es ist völlig falsch, dass Sie ständig die Ampel verteidigen, und es ist richtig, wenn man die negativen Auswirkungen der Ampel auf Bayern auf den Punkt bringt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Besonders bei Ihnen, lieber Herr Kollege Hartmann, hat man heute gemerkt, dass die Nerven schon gewaltig blank liegen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wie beim Wasser! Da liegen Ihre Nerven blank!)

Es war wirklich eine billige und schwache Polemik, sehr geehrter Herr Kollege, und auch ziemlich billige Propaganda. Wir alle merken, es passt einfach nicht in sein Weltbild, es passt einfach nicht in das Weltbild der GRÜNEN, dass die Politik in Bayern seit vielen Jahrzehnten maßgeblich von der CSU und seit ein paar Jahren von der CSU mit den FREIEN WÄHLERN bestimmt wird und – ich will es mal ironisch sagen –

Bayern trotzdem in allen Kennzahlen, auf die es in der Politik, in der Gesellschaft und der Wirtschaft ankommt, an der Spitze steht.Es passt nicht ins Weltbild der GRÜNEN, dass eine erfolgreiche CSU-Politik für die Menschen immer noch am besten ist.

(Beifall bei der CSU)

Das sieht man vor allem dann, wenn Sie merken, dass wir in allen Bereichen aufgrund unserer Politik Champions League sind, und zwar auch bei den erneuerbaren Energien.

(Alexander König (CSU): Die GRÜNEN sind ideologische Schlechtredner! – Petra Guttenberger (CSU): Getreu dem Motto von Pippi Langstrumpf: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Jetzt kommen wieder die großen Ausführungen, die wir vorhin gehört haben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Der Kollege Hartmann hat sich über die sogenannte dreckige Energie aufgeregt. Ich frage einmal: Welche dreckige Energie meint er eigentlich im Freistaat Bayern? – In meinem Stimmkreis befindet sich das Kraftwerk Zolling, ein Kohlekraftwerk; Kollege Zierer kennt es auch.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Jede zweite Kilowattstunde Strom kommt aus anderen Bundesländern, weil Sie keine Erneuerbaren ausgebaut haben!)

Dieses Kohlekraftwerk ist meines Wissens das letzte in Bayern, seit vielen Jahren das einzige und eines der modernsten und saubersten Kohlekraftwerke, die es gibt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Genau! Wenn man jede zweite Kilowattstunde aus anderen Bundesländern bezieht, weil man sich abhängig gemacht hat!)

Das meinen Sie offenbar nicht. Im Übrigen weiß ich, dass wir in Bayern das Kernkraftwerk Isar 2 haben, das weltweit eines der sichersten ist und uns klimaneutrale Energie liefert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Genau das wollen Sie abschalten. Ich frage mich, wer hier eigentlich bei der Energiepolitik kontraproduktiv ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Fördern Sie endlich den Neubau! – Alexander König (CSU): Die Bundesregierung hat die Kohle ausgebaut und macht große Sprüche!)

Ich merke schon, es bringt Sie immer in Rage und zum Schäumen, aber es ist so: Wir sind Erster beim Ausbau und bei der installierten Leistung bei den Erneuerbaren.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Das stimmt nicht!)

Bleiben Sie doch einfach einmal bei den Fakten. Bayern hat im Vergleich weit mehr als doppelt so viel erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien als beispielsweise das andere große Flächenland Baden-Württemberg.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Das sind die Fakten. Diese Fakten ignorieren Sie, weil es natürlich wiederum nicht ins Weltbild passt, in dem die CSU mit erfolgreicher Politik nicht vorkommt. – Das passt aber nicht; Sie sollten einmal Ihr Weltbild korrigieren und nicht ständig die Fakten quetschen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So ist es!)

Außerdem betone ich: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich irgendwie mit Ihren Theorien zur Inflation und damit, wie Inflation entsteht, vergaloppiert.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Energiekosten sind Inflationstreiber!)

Zunächst einmal ein Faktencheck: Die Inflationsrate in Bayern liegt im bundesweiten Durchschnitt. Wir sind weder darüber noch darunter; wir liegen einfach im Durchschnitt. Das war schon mal der erste Fehler. Ganz oben bei der Inflation steht das rote Mecklenburg-Vorpommern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Welche Kosten sind in den letzten Jahren am meisten gestiegen? – Die Energiekosten!)

Ich sage Ihnen, Inflation entsteht durch übermäßige Schuldenpolitik, und diese macht die Bundesregierung und nicht der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Außerdem noch einmal, weil das bei Ihnen gar nicht vorkam und auch mit der Inflation zu tun hat: Ihnen ist schon klar, dass in der Ukraine ein Krieg herrscht und dass wir seit dem völkerrechtswidrigen und durch nichts zu rechtfertigenden Überfall Putins auf die Ukraine außenpolitisch eine andere Lage haben, oder?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Deswegen wollen wir nicht mit Putin kuscheln!)

Das hängt alles zusammen, das sollten Sie einmal in Ihr Weltbild aufnehmen und bei Ihren Ausführungen ein bisschen weniger Schaum vor dem Mund haben, wenn es hier um den Haushalt geht. Ich kann nur Folgendes sagen: Der Kollege Hartmann hat heute aus dem Habeck’schen Märchenbuch vorgelesen; nur leider hat er das Kapitel mit den Lügenmärchen aufgeschlagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Ausführungen des Kollegen von Brunn, der schon wieder verschwunden ist, waren natürlich erwartbar.

(Harald Güller (SPD): Wo ist denn der Herr Ministerpräsident?)

Er hat sie mit großer Aufregung und Empörung vorgetragen, aber ganz im Ernst: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was an der Rede von Herrn von Brunn wirklich gut und richtig ist? – Gar nichts!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb, meine Damen und Herren, arbeitet sich die SPD in aller Ruhe und unter der souveränen Führung von Herrn von Brunn konsequent in eine Richtung: in Richtung 5 %. Ich kann nur sagen: Machen Sie ruhig so weiter!

Auf der anderen Seite nähert sich die FDP nicht den 5 % an, sondern entfernt sich immer weiter davon, lieber Kollege Hagen, und zwar nach unten. Das ist das Ergebnis einer zwar lauten und schrillen, aber erfolglosen Politik. Die FDP ist – das wissen wir mittlerweile – in diesen fünf Jahren kein Gewinn für diesen Landtag, und deshalb wird ihr Verschwinden auch kein Verlust im nächsten sein, meine Damen und Herren.

(Martin Hagen (FDP): Das hätten Sie gern!)

Der Kollege Hagen hat heute eigentlich auch nichts anderes getan, als hier vor uns im Bayerischen Landtag seine Parteitagsrede von kürzlich zu wiederholen oder zu paraphrasieren. Sie hat schon damals niemanden von der FDP überzeugt. – Schade, Herr Hagen, dass Sie die Chance verpasst haben, in der Zwischenzeit an der Qualität und am Wahrheitsgehalt Ihrer Rede zu arbeiten.

(Martin Hagen (FDP): Ich werde mir Sie zum Vorbild nehmen, vor allem beim Wahrheitsgehalt!)

– Das ist eine sehr gute Idee! Sie kritisierten vorhin ganz echauffiert, dass wir ständig die Politik der Ampel-Bundesregierung kritisieren würden. Ich kann nur sagen: Irgendjemand muss es ja tun, nachdem Sie völlig unkritisch mit der Ampel umgehen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Es ist auch klar, dass wir sie kritisieren, seit es sie gibt; denn vorher war die Welt noch einigermaßen in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir machen das auch nicht aus Folklore, sondern weil sich die Politik der Ampel in den meisten Bereichen gegen bayerische Interessen und gegen Interessen von Menschen, von Mitbürgern in unserem Freistaat richtet, für den wir als Bayerischer Landtag verantwortlich sind. Wenn Sie das alles blindwütig verteidigen, dann ist das Ihr Fehler, und es wäre an Ihnen, die Dinge tatsächlich zu ändern; denn wir können nur kritisieren, aber Sie könnten als Teil der Bundesregierung die Dinge verändern. Das tun Sie aber nicht.

Deswegen schlage ich vor, dass Sie hier Ihrer Aufgabe gerecht werden und es nicht so machen wie beispielsweise beim Jahressteuergesetz: Vorher wird sich über das Jahressteuergesetz mit der Steuererhöhung im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuer aufgeregt; das Finanzministerium hat dafür ganz eindeutig die Federführung. Es wäre in der Hand von Herrn Lindner gewesen, diesen Teil herauszulösen, sich das noch einmal in Ruhe anzuschauen und zu lösen. Aber nein, es wurde radikal durchgezogen und somit tatsächlich verantwortet. Es ist in der Nachkriegsgeschichte wirklich eine Neuigkeit, dass die FDP eine Steuer erhöht. So ist das.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Die Ampel ist kaputt, und die FDP macht sich kaputt!)

Es ist auch schön, dass Sie bemerkt und ausgeführt haben, dass es künftig mehr Strom braucht. – Ja, das ist logisch. Aber dann frage ich mich: Warum schaltet die

Ampel auch unter Beteiligung der FDP die letzten bestehenden Kernkraftwerke ab, die noch nachhaltige und klimafreundliche Energie liefern würden?

(Martin Hagen (FDP): Dafür hat Söder gekämpft!)

Auch hier könnte sich die FDP einbringen, und Sie, Herr Hagen, könnten Ihren großen Einfluss geltend machen, genauso wie schon beim Wahlrecht, meine Damen und Herren.

Alles in allem war das also von der bayerischen Opposition nicht sehr viel. Man muss sagen: Es wurde vor allem deutlich, dass Sie keine Vertreterinnen und Vertreter der Anliegen der Menschen in Bayern, sondern die Cheerleader von Scholz, Habeck und Lindner sind. Das ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Insgesamt wurde zum Haushalt vor allem, eigentlich ausschließlich, von den Vertretern der Regierungsfraktionen viel Richtiges gesagt. Bayern ist und bleibt das Heimatland des ausgeglichenen Haushalts. Es gibt keine Tricks und keine neuen Wörter wie "Sondervermögen", die wir erfinden, um Schulden irgendwie zu kaschieren und außerhalb des Haushalts so zu tun, als gäbe es keine Schulden.

(Martin Hagen (FDP): Das steht im Haushaltsrecht! Wissen Sie das nicht?)

Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt, und die seriöse Haushaltspolitik des Freistaats trägt auch weiterhin und gerade jetzt ihre Früchte. So können wir eben langfristig in die Zukunft investieren. Ich nenne das Stichwort Hightech Agenda und andere derartige grundlegende Fördermaßnahmen und Investitionen in Hochschulen, Industrie, Forschung und den ganzen Bereich.

Wir konnten aber auch dadurch, dass wir Geld zur Verfügung und erwirtschaftet sowie vernünftig gewirtschaftet hatten, Unternehmen in den schwierigen Phasen während Corona und in dem anschließenden Krieg in der Ukraine wirkungsvoll zur Seite sprin-

gen und auch Pleitewellen und andere existenzbedrohende Ereignisse, wie zum Beispiel Massenentlassungen und Ähnliches, verhindern. Wir haben in Bayern auch weiterhin nach der Pandemie und angesichts aller Herausforderungen mit 3,6 % die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland, meine Damen und Herren.

Wir bauen die erneuerbaren Energien aus, um in diesem Bereich weiterhin die notwendigen Dinge aufzubauen. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Bei der installierten Leistung und dem Zubau sind wir Spitzenreiter, und wir wollen den Ausbau weiterhin beschleunigen; dafür haben wir ein Paket mit einem Volumen von 500 Millionen Euro aufgelegt. Das alles sind wuchtige Maßnahmen.

Neben der Energie geht es natürlich auch um viele andere Bereiche, die sicher auch in den Haushalten der einzelnen Ministerien in den nächsten Tagen ausführlich debattiert werden:die kostenfreie Meisterausbildung, den Hightech-Transfer für die neuen Technologie-Transferzentren im ländlichen Raum, die dort unheimliche Wirkung entfalten, oder die 100 Millionen Euro zur Stützung kleinerer Krankenhäuser, was eben auch dem ländlichen Raum zugutekommt.

Aber ich will einen Punkt besonders betonen: Es ist erneut ein Haushalt, in dem mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts in die Bildung fließt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein ganz wichtiges Bekenntnis zur Bedeutung von Bildung. Dieses Bekenntnis merkt man auch am Ergebnis im internationalen Vergleich, was Bildungsniveau und anderes betrifft. Wir merken das auch im unmittelbaren Vergleich von Studierenden oder auch von Auszubildenden. Bildung ist eine wirklich lohnende Investition und trägt vor allem dazu bei, nicht nur Fähigkeiten zu vermitteln, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, die jungen Menschen in die Lage zu versetzen, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden, sich ein Urteil zu bilden über Dinge, die in unserer Gesellschaft passieren, politische Zusammenhänge zu bewerten und somit ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Investition in die Bildung ist übrigens genau das Gegenmodell zu linker Cancel Culture oder zu Wächterräten, die festlegen, was gedacht, gesagt, gesungen, getragen oder gegessen werden darf. Menschen, die gut ausgebildet sind, Menschen, die sich ihres eigenen Verstandes bedienen können, brauchen dazu nicht den Staat, sondern sie können es selber, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch über den Länderfinanzausgleich wurde etliches gesagt. Fast zehn Milliarden Euro werden wieder fällig. Das ist tatsächlich ein absoluter Rekordbetrag, aber gleichzeitig auch der PCR-Test für die Leistungsfähigkeit Bayerns; denn alle diejenigen, die über uns herfallen, sich lustig machen und behaupten, wir wären überall schlecht und würden überall den Anschluss verlieren, was nicht stimmt, müssen zur Kenntnis nehmen: Der PCR-Test ist bestanden. Denn wer zehn Milliarden Euro an andere abgeben muss bzw. kann, der muss dazu auch in der Lage sein. Das sind wir nur, wenn wir wirtschaftlich stark sind, was wir sind, wenn die Steuerkraft entsprechend hoch ist. Deshalb sind diese zehn Milliarden Euro der PCR-Test für die Leistungsfähigkeit. Sie strafen alle diejenigen Lügen, die die Erfolge der bayerischen Politik ständig in Abrede stellen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden trotzdem mit allen Mitteln dafür kämpfen, das zu verändern; denn es kann nicht so weitergehen, dass wir ständig zehn Milliarden Euro einbezahlen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben natürlich über die Jahre, bis Mitte der 1980er-Jahre, auch vom Länderfinanzausgleich profitiert, haben aber mittlerweile über 100 Milliarden Euro selber einbezahlt.

Der wichtige Unterschied ist: Wir haben diese Zahlungen, die wir bis Mitte der 1980er-Jahre als Freistaat Bayern erhalten haben, in kluge Politik umgesetzt und investiert,

sodass der Strukturwandel funktioniert hat vom Agrarstaat bis zum Hightech-Standort. Dann waren wir in der Lage, selber wiederum zurückzuzahlen und mittlerweile die anderen massiv zu unterstützen. Es ist also nicht so, dass wir nur etwas bekommen haben und jetzt bezahlen, sondern wir haben das auch klug eingesetzt. Das würden wir uns auch von den anderen Bundesländern, Stichwort Berlin, sehr wünschen, dass sie das Geld, das sie von den anderen zur Verfügung haben, klug einsetzen und nicht nur wieder für ihre ideologischen Ideen und Pläne ausgeben, meine Damen und Herren.

Wir haben auch den kommunalen Finanzausgleich mit über elf Milliarden Euro gut und rekordmäßig ausgestattet. Da ist aber eine Entscheidung, die den meisten von uns, ich glaube, eigentlich allen, jedenfalls in den Regierungsfraktionen, deshalb leichtfällt, weil die Kommunen eine ganz wichtige Funktion in unserer Gesellschaft und in unserem gesamten Staatswesen haben, sich um die Lebensverhältnisse vor Ort kümmern und das selber am besten können, weil sie eben vor Ort sind, dafür aber nach unserer Finanz- und Verfassungsordnung unterstützt werden. Auch das fördern wir jedes Jahr mit neuen Rekordbeträgen. Das ist es wert, positiv herausgestellt zu werden. Ich finde es jedenfalls richtig. Das ist ein Bekenntnis zu unseren Kommunen und zu dem, was die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort alles leisten.

Meine Damen und Herren, jetzt werden Sie natürlich sagen: Das ist wieder typisch Regierung. Sie beweihräuchert sich nur ständig selber. – Ich finde: Man muss sein Licht tatsächlich nicht unter den Scheffel stellen, wenn die Dinge gut laufen. Wenn man gute politische Entscheidungen trifft, dann sollte man das auch mitteilen und verkünden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber wenn Sie es uns nicht glauben, dann schlage ich vor, dass Sie es den objektiven Ratingagenturen glauben wie zum Beispiel Standard & Poor’s oder Moody’s, die uns

nach wie vor und erneut mit dem Rating AAA mit stabilem Ausblick, dem bestmöglichen Rating, versehen haben und bestätigt haben, dass wir eine solide Haushaltspolitik machen. Das ist keine Selbstverständlichkeit in Zeiten, in denen noch nie dagewesene Herausforderungen wie die Corona-Pandemie oder eben auch die neue Situation mit den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine über uns hereingebrochen sind. Gleichwohl gibt es in Bayern hervorragendes Haushaltsmanagement und vorausschauende Haushaltsführung sowie solide institutionelle Rahmenbedingungen. Wir stehen einfach ganz hervorragend da – nicht deswegen, weil wir es uns selber einreden, sondern weil es uns die Objektivsten der Objektiven objektiv bescheinigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, dass wir uns gerade im Haushalt der Staatskanzlei auch um Dinge kümmern wie die Europapolitik und Internationales. Früher mal hat die Staatskanzlei tatsächlich zusätzlich den Titel getragen: Bayerisches Staatsministerium des Äußeren. – Das ist aber schon sehr lange her. Das wollen wir uns natürlich auch nicht anmaßen. Gleichwohl ist der Freistaat Bayern sehr aktiv in vielen Regionen dieser Welt, in politisch teilweise ganz wichtigen Gebieten. Ich nenne nur Prag und Israel, aber auch alle anderen, wo wir unsere Büros haben, zuletzt zum Beispiel in London als Antwort auf den Brexit. Ich danke der Kollegin Melanie Huml sehr herzlich für ihr Engagement gerade im Kontakt mit unseren über die ganze Welt verteilten ausländischen Partnerinnen und Partnern.

Ich betone, dass die Zusammenarbeit mit der Ukraine durch das Büro in Kiew in letzter Zeit unkomplizierter verlaufen ist und die Hilfeleistungen, die wir erbringen konnten, unkomplizierter waren, als wenn wir dieses Büro nicht gehabt hätten. Wir haben eine langjährige Partnerschaft mit Kiew, die weit zurückreicht und nicht erst durch die ganze Krisen- und Kriegssituation entstanden ist. Wir haben deshalb vor zwei Wochen entschieden, dass wir unser Hilfspaket auf zehn Millionen Euro erhöhen. Das Motto gilt, so wie es auch bei Corona galt und wie es immer gilt: Der Christ hilft in der Not. –

Wenn es schwierig ist, muss man helfen. Wenn es nicht schwierig ist, dann können es andere auch. Ich glaube, wir werden unserer Verantwortung in diesem Zusammenhang ebenfalls gerecht.

Ein Punkt, der mir auch wegen seiner Ansiedlung in der Staatskanzlei immer wichtig ist, ist die Medienpolitik. Wir erleben, wie wichtig die freie Presse für die liberale Demokratie ist, für unsere Gesellschaftsordnung. Wir sehen, wie sehr diese liberale Art und Weise zu denken unter Druck ist durch ausländische ideologische Gegenentwürfe, die die liberale Demokratie nicht für die richtige Form halten, aber auch durch Gegner aus dem Innern von links und von rechts, die der Meinung sind, entweder mit Hass und Hetze die Demokratie zerstören zu müssen, oder die glauben, Demokratie hat sich überlebt und den Leuten muss mit Cancel Culture und Ähnlichem die eigene Ideologie übergestülpt werden, bis sie es begriffen haben.

Das ist alles falsch. Richtig ist die liberale Demokratie, die darauf basiert, dass sich Freie und Gleiche miteinander auf Augenhöhe unterhalten, diskutieren und Argumente austauschen. Dafür braucht es natürlich die Medienfreiheit, die Pressefreiheit und die Möglichkeit, die unendliche Menge an Informationen, die auf uns einströmt, zu ordnen, auch erklärt zu bekommen und sich damit zurechtzufinden. Dafür braucht es eben qualitativ hochwertige Medien im öffentlichen und im privaten Bereich. Das unterstützen wir alles in allem mit 60 Millionen Euro im Jahr, was eine ganze Menge ist.

Das sind aber nicht nur große, sondern in einer Vielzahl kleine Lokalrundfunkstationen, über 80, die alle ihren Beitrag zur Medienvielfalt und Medienlebendigkeit in unserem Land leisten. Auch die sollten nicht schwächer und in geringerer Zahl aus der Pandemie hervorgehen, als sie hineingegangen sind. Gleiches gilt jetzt für die Energiekrise. Darum unterstützen wir das mit großer Überzeugung. Ich danke dafür, dass das Hohe Haus, der Bayerische Landtag, dieser Unterstützung folgt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, alles in allem ist dieser Haushalt der Staatskanzlei zwar nur ein kleiner, steht aber sozusagen symbolisch für die Arbeit der

gesamten Staatsregierung. Es handelt sich bei der Staatskanzlei um die Behörde des Bayerischen Ministerpräsidenten. Deshalb danke ich nicht nur allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Staatskanzlei, die gerade in der Pandemie oder in Phasen, in denen es hoch hergeht, in der Krise – Ukraine und Ähnliches –, mehr arbeiten, als sonst erforderlich ist, und sich extrem einsetzen, um den Menschen in Bayern zu dienen.Ich danke auch ganz ausdrücklich unserem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder für seine Führung während der Corona-Pandemie.

(Andreas Winhart (AfD): Ist er schon im Haus? – Toni Schuberl (GRÜNE): Richten Sie es ihm aus!)

Das dürfen wir am heutigen Tag nicht vergessen, auch wenn das schon wieder über ein Jahr her ist und sich alle wieder mit dem Tagesgeschäft und der nächsten Herausforderung beschäftigen: Wir sind besser durch die Corona-Pandemie gekommen als viele andere. Einer der Gründe dafür war die klare Führung des Ministerpräsidenten, der diese Herausforderung angepackt und nicht davor gekniffen hat. Er hat mutige Entscheidungen getroffen. Das gilt auch für die neuen Herausforderungen, denen wir in Zukunft gegenüberstehen werden.

Wir haben auch Herausforderungen in anderen Politikfeldern, bei denen es gilt, die Entwicklungen der Zukunft zu erkennen und heute die Weichenstellungen vorzunehmen, damit die Menschen in 20 oder 30 Jahren sagen werden: Das haben die damals im Jahr 2023 richtig entschieden. Deshalb gilt mein großer Dank dem Ministerpräsidenten für seine Führung.

Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit der Regierungsfraktionen diesem Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei und am Ende dem Staatshaushalt insgesamt zustimmen wird, und dass dies die Oppositionsfraktionen nicht tun werden. Damit setzen wir die Segel in Richtung Zukunft. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Adjei vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Herr Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Staatsminister, ich frage mich tatsächlich, ob Ihre Redenschreiberin krank gewesen ist; denn viel Inhalt war nicht in Ihrer Rede. Sie haben einiges falsch dargestellt. Sie haben das Thema Inflation angesprochen und versucht, volkswirtschaftlich zu erklären, warum die Aussage von Herrn Hartmann falsch gewesen sei, wonach die Energiekosten der wesentliche Treiber der Inflation seien. Ich möchte Sie auf eine Aussage von Gitta Connemann, die Vorsitzende der Mittelstandsunion und CDU-Bundestagsabgeordnete ist, hinweisen, die gestern bei "Hart aber fair" mehrfach klipp und klar ausgedrückt hat, dass die Energiekosten ein wesentlicher Treiber der Inflation seien.

Sehen Sie das anders? Widersprechen Sie Ihrer Kollegin von der CDU? Wie kommen diese unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Einschätzungen von Ihnen und den Kolleginnen und Kollegen von der CDU zustande?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Entscheidend ist doch, dass die Energiepreise steigen und die Ampel zu wenig tut, um diese Energiepreissteigerungen einzudämmen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich erinnere an das Chaos am Anfang, wo wir nicht wussten, ist es eine Umlage, oder ist es eine Bremse. Dann wurde alles korrigiert. Diese totale Führungslosigkeit und diese Kakophonie in der Ampel führt dazu, dass die Bürger die Energiepreise nicht mehr tragen können. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun folgt die Zwischenbemerkung von Herrn Hagen. Bitte.

Martin Hagen (FDP): Herr Minister, irgendwann müssen Sie sich schon entscheiden, ob die Ampel zu viele Schulden aufnimmt, um die Bürger zu entlasten, oder zu wenig. Man kann die Ampel kritisieren, aber man sollte sich schon entscheiden, aus welcher Richtung.

Mein Punkt ist aber ein anderer. Sie haben gesagt, Christian Lindner würde neue Begriffe für Schulden erfinden, beispielsweise "Sondervermögen". Vielleicht hätten Sie vorher besser einmal mit Herrn Finanzminister Füracker gesprochen. Er hätte Ihnen erklärt, dass "Sondervermögen" ein bewährter Begriff aus dem Haushaltsrecht ist. Er kommt zum Beispiel im § 113 der Bundeshaushaltsordnung und im Artikel 110 des Grundgesetzes vor. Christian Lindner als Autor des Grundgesetzes zu bezeichnen, wäre, glaube ich, zu viel der Ehre.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wohl wahr!)

Die von Ihnen mitgetragene Vorgängerregierung hat übrigens Sondervermögen mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds, dem Investitions- und Tilgungsfonds, dem Restrukturierungsfonds und dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds beschlossen. Das sind alles Sondervermögen. Ich freue mich über das Lob für Christian Lindner, aber das ist zu viel der Ehre. Er hat die Sondervermögen nicht erfunden.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Ich danke für die Klarstellung, dass Christian Lindner nicht an der Verfassung des Grundgesetzes beteiligt war. Das waren tatsächlich Kollegen eines anderen Kalibers.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27080 bis 18/27099 und 18/28110 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27945 zugrunde.

Zunächst ist über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Aufklärungskampagne ‚Rechtswidrige Ausgangssperren der Staatsregierung – Bußgeld zurück!'" auf Drucksache 18/27099 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Busch. Enthaltungen! – Das sind Herr Bayerbach (fraktionslos) und Herr Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27945 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD, der

SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk, Swoboda und Busch. Wer enthält sich? – Das ist der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die AfD-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Swoboda. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27945 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27087 mit 18/27090 und 18/28110 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplanes 02 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 18/27080

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 18/27081

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Staatsministerien
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27082

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Servicestelle der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 60)
   Drs. 18/27083

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien sichern
   (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
   Drs. 18/27084

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Für internationale Verständigung und eine europäische Identität – Interrail-Tickets für junge Menschen
   (Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
   Drs. 18/27085

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Förderung von Qualitätsjournalismus – Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten stärken, Deutsche Journalistenschule e.V. angemessen unterstützen
   (Kap. 02 05 neuer Tit.)
   Drs. 18/27086

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27091

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 18/27092

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Beauftragter der Staatsregierung
    (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
    Drs. 18/27093

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
    (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
    Drs. 18/27094

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
    (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
    Drs. 18/27095

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/27096

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 18/27097

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 18/27098

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufklärungskampagne „Rechtswidrige Ausgangssperren der Staatsregierung – Bußgeld zurück!“
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27099

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 11

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/27177)

Auch hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplan 2023 für den Einzelplan 11, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/27177 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27958. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind alle Fraktionen und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Enthaltungen? – Das sind die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagene Änderungsantrag, über den nicht gesondert abgestimmt wurde, gilt gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Enthaltungen? – Das sind die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Ablehnung, also Nein? – Keiner. Damit ist das auch so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Damit komme ich zum **Tagesordnungspunkt 1**:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26443 mit 18/26448)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 18/26442)

Wir kommen gleich zur Abstimmung, weil es dazu keine Aussprache gibt.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023 für den Einzelplan 01, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26442 mit 18/26448 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27944 zugrunde. Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 01. Er wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD. Enthaltungen! – Das sind die Abgeordneten Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Ablehnung! – Die Nein-Stimmen sind von der AfD-Fraktion. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Enthaltungen! – Das sind die Abgeordneten Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Damit ist es so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 1

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 01

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Amt einer oder eines Landesbeauftragten für den Verfassungsschutz (Epl. 01 neues Kap.)
   Drs. 18/26442

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Klima I – Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen des Bayerischen Landtags (Kap. 01 01 Tit. 527 05)
   Drs. 18/26443

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Klima II – Treibhausgasausgleich (Kap. 01 02 Tit. 533 49)
   Drs. 18/26444

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Klima III – Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen und Dienstfahrten des Bayerischen Landesbeauftragen für den Datenschutz (Kap. 01 04 Tit. 527 05)
   Drs. 18/26445

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern (Kap. 01 01 Tit. 535 01)
   Drs. 18/26446

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl.
   (Kap. 01 01 Tit. 686 05)
   Drs. 18/26447

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
   (Kap. 01 02 Tit. 701 11)
   Drs. 18/26448

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28206**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27952) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28208**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27953) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28210**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27959) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28212**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Dem Einzelplan 03 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27946) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28214**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27950) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28216**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27963) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28218**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Dem Einzelplan 09 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27955) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2023 **Drucksache** 18/**28220**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27959) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Martin Bachhuber
Abg. Patrick Friedl
Abg. Gerald Pittner
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Florian von Brunn
Abg. Christoph Skutella
Abg. Eric Beißwenger
Abg. Christian Hierneis
Staatsminister Thorsten Glauber
Abg. Klaus Adelt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 12

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27223 mit 18/27227)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/27228 mit 18/27236)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27181 mit 18/27205)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27237 mit 18/27253)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27206 mit 18/27222)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27178 mit 18/27180)

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat ebenfalls 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/27195 und die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/27218 jeweils namentliche Abstimmung beantragt haben.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Martin Bachhuber. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Je später der Abend, desto besser der Haushalt – könnte man sagen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Na, na, na!)

Die Bewältigung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie schwebte wie ein Damoklesschwert über allen Beratungen, die wir in den vergangenen Wochen über den Haushalt des Freistaates Bayern geführt haben. Das betraf natürlich auch diesen Haushalt, den für das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.Beschäftigen wir uns aber näher mit diesem Zahlenwerk, können wir mehr als zufrieden sein, weil der Freistaat Bayern wieder eindrucksvoll unter Beweis stellt, dass er dem Klima- und Naturschutz als einer der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen trotz Corona einen ganz hohen Stellenwert zumisst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem Volumen von 1,7 Milliarden Euro, was einem Plus von 1,4 % oder 16,2 Millionen Euro gegenüber 2022 entspricht, geben wir in diesem Jahr erneut mehr für diesen Haushalt aus. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass der allgemeine Staatshaushalt in den vergangenen fünf Jahren um 18 % gewachsen ist. So bringt es dieser Haushalt für den Umwelt- und Verbraucherschutz in diesem Zeitraum auf ein Plus von 27 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, allein das zeigt mehr als deutlich, wie wichtig uns der Klima-, Natur- und Artenschutz sowie der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ist.

Aber bei all dem braucht man nicht nur das Geld und das nötige Personal, sondern auch einen langen Atem, um die Akzeptanz der Menschen zu erreichen. Nur ein Beispiel – es wurde heute auch schon kurz angesprochen –: Blicken wir auf das Donaumoos. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass man Landwirtschaft und Grundstücksbesitzer von Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen überzeugen und mitnehmen muss, weil diese Kulturlandschaft für sie enorm wichtig ist. Das kann man nicht einfach mit einer strikten Verordnungspolitik über die Bedenken vor Ort hinweg tun, sondern man muss viel Überzeugungsarbeit leisten. Das kostet Zeit. Diese Zeit ist es uns aber wert, weil wir einen nachhaltigen Erfolg unserer Umweltpolitik nur erreichen können, wenn

wir die Menschen und die Grundstückseigentümer mitnehmen. Das ist der Schlüssel für unsere erfolgreiche Umwelt- und Naturschutzpolitik in Bayern!

In diesem Einzelplan werden Schwerpunkte definiert, die wir mit den Menschen und nicht gegen deren Willen umsetzen. Nur kurz ein paar Beispiele: Für Natur- und Landschaftsschutz sind zusätzliche Mittel von insgesamt 12,5 Millionen Euro vorgesehen, insbesondere zur Umsetzung des Vertragsnaturschutzprogrammes, zur Förderung der Herdenschutzmaßnahmen gegen Übergriffe durch den Wolf und für die Umsetzung des Streuobstpaktes. Zur Stärkung der Wasserwirtschaft sind für die Förderung von Fernwasserstrukturen 8,5 Millionen Euro mehr veranschlagt. Das Bayerische Gewässer-Aktionsprogramm 2030 schließt seit 2021 an das zum 31.12.2020 beendete Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus an. Es umfasst neben den Investitionen in den Hochwasserschutz auch damit kombinierte Maßnahmen zur Verbesserung der Sozialfunktion für Gewässer.

Insgesamt werden zusammen aus EU und GAK-Mitteln sowie Mitteln Dritter und der Abwasserabgabe durch die Ansätze im Haushalt 2023 sowie die Investitionen für "PRO Gewässer 2030" Mittel in Höhe von sage und schreibe rund 200 Millionen Euro bereitgestellt. Für mich und für viele Kommunalpolitiker ist natürlich auch sehr wichtig, dass für die Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen der Kommunen in diesem Jahr die Rekordsumme von 165 Millionen Euro zur Verfügung steht, obwohl die im Jahr 2020 einmal bereitgestellten Mittel aus dem Corona-Investitionsprogramm in Höhe von 45 Millionen Euro wegfallen.

Ein weiterer Bereich, in dem die Ausgaben erhöht werden, ist die Durchführung staatlicher Hochbaumaßnahmen. Hier werden zusätzliche Mittel in Höhe von 7 Millionen Euro veranschlagt. Diese sind unter anderem für die Errichtung des Kompetenzzentrums für Strahlenschutz in Kulmbach und die Sanierung des Dienstgebäudes des LGL in Würzburg vorgesehen. In diesem Zusammenhang darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass für den beschleunigten Ausbau der Photovoltaik auf Dächern staatlicher Gebäude – auch dies wurde schon beim Landwirtschaftshaushalt angesprochen –

rund 2 Millionen Euro veranschlagt werden und außerdem Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7,9 Millionen Euro ausgebracht werden. Schließlich werden die Ansätze für den Verbraucherschutz und die Verbraucherinformation mit fast 10 Millionen Euro auf bisherigem, hohem Niveau gehalten. Der Personalanteil fällt mit 46,3 % vom Gesamthaushalt entsprechend aus, aber es sind auch 55 neue Stellen vorgesehen, 16 Stellen für das LfU, 15 Stellen bei den Regierungen für den Bereich Umwelt und 18 Stellen für die Wasserwirtschaft.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wie ernst der Umwelt- und Klimaschutz generell genommen wird, verdeutlich eine Zahl am besten: Die Investitionsquote liegt mit 28,3 % nicht nur über dem Vorjahreswert von 27,5%, sondern auch deutlich über der Investitionsquote des Gesamthaushalts von 14,6 %. Noch einmal: Mit diesem Haushalt ist es deshalb möglich, die zentralpolitischen Anliegen des Geschäftsbereichs zu realisieren, und dies in Zeiten, in denen auch finanzpolitisch nachhaltig und mit spitzem Bleistift gerechnet werden muss. Das, Herr Staatsminister, ist eine beachtliche Leistung. Ich wiederhole es gerne: Wir sorgen dafür, dass Umwelt-, Klima- und Naturschutz in Bayern nach wie vor einen hohen Stellenwert genießen, der angesichts der globalen Herausforderungen mehr als geboten ist.

Aus diesem Grund bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem ausgewogenen Haushalt und wünsche Ihnen, Herr Staatsminister, und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Erfolg bei der Umsetzung. Möge Bayern von Umweltkatastrophen verschont bleiben!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Patrick Friedl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Glauber! Lieber Herr Bachhuber, wenn ich Ihre Rede höre, kommt bei

mir an: Die bayerische Umweltpolitik ist eine Schnecke, aber leider eine bayerische Quellschnecke, und die ist vom Aussterben bedroht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Ah!)

Herr Umweltminister, Sie könnten heute selbstzufrieden auf den Haushalt blicken, wenn es Ihr Anspruch war, den umweltpolitisch ambitionslosen und rückschrittlichen Regierungsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN diesen Umwelthaushalt abgerungen zu haben. Es entsteht der Eindruck, dass Sie diesen Anspruch tatsächlich hatten. Beim Gezerre um die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms oder, um es deutlicher zu sagen, beim Angriff der Regierungsfraktionen auf den Schutz des Trinkwassers wurde beispielsweise deutlich, welchen Stellenwert Umwelt-, Natur- und Klimaschutz bei CSU und FREIEN WÄHLERN haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sind bei Ihnen nachrangig. Hier passt auch der Hinweis auf die Stelle, an der wir dies heute im Landtag beraten. Es hat eines Durchgriffs des Ministerpräsidenten bedurft, eines demokratisch fragwürdigen Vorgangs, auch in der Art der Verkündung, der die Regierungsfraktionen gestern aus Machtkalkül beim Trinkwasserschutz eingefangen hat.

Blicken wir auf die Realität. Ich habe gehört, Sie haben es alle sehr mit der Realität. Also, schauen Sie bitte hin. Die Klimaerhitzung wächst ungebremst. Die Niederschläge gehen ebenso zurück wie die Grundwasserpegel, und dies seit über einem Jahrzehnt. Trockenheit und Dürre, Starkregen und Sturzfluten werden zum alljährlichen Risiko für bald alle Menschen in Bayern. Die Flächenversiegelung schreitet voran. Die Flüsse sind mehrheitlich in schlechtem Zustand. Die Wälder vertrocknen, und die Artenvielfalt ist in Bayern bedroht wie nie. Wie lautet Ihre Antwort? – Man kann natürlich fünf Jahre zurückrechnen, aber real ist dieser Umwelthaushalt gesunken, und zwar um mehrere Prozent; denn bei einer Inflationsrate von 8 % ist eine dürftige Zuwachsrate von 1,4 % ein Rückschritt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Moorschutz darbt, und die Wiedervernässung von Mooren darf nicht einmal in den Grundsätzen des Landesentwicklungsprogramms stehen. So haben es die Regierungsfraktionen – vielleicht wird das ja auch noch durch den Ministerpräsidenten eingefangen – in einem Antrag selbst beschlossen. Selbst die vorhandenen geringen Mittel für Moorschutz können mangels Personals und politischer Unterstützung nicht ansatzweise verausgabt werden. Eine von Ihnen, Herr Glauber, und Ministerpräsident Söder mehrfach als wichtig verkündete künftige Einnahmequelle für wasserschutzidentifiziertes Wasserentnahmegeld – Sie sprechen von Wassercent – wollen Sie jetzt nicht einführen. Vor der Wahl, nach der Wahl, lassen Sie mich raten: Mit den Regierungsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN ist auch dies nicht durchsetzbar.Dann sagen Sie den Menschen das so ehrlich! Oder stimmen Sie einfach heute unserem Gesetzentwurf für einen Wassercent zu. Wir haben ihn vorgelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch schlimmer ist es bei der Klimaanpassung. Der Etat spottet hier jeder Beschreibung. Klare Ansage von Ihnen ist: Kommunen, kümmert euch um euch selbst! Der Freistaat lässt euch im Starkregen stehen. – Warum veröffentlichen Sie seit zwei Jahren die Starkregenhinweiskarten nicht? Seit zwei Jahren fragen wir hinterher, und sie werden nicht veröffentlicht. Die Kommunen warten darauf.

Für Hitzeschutz und Aktionsplanung gibt es keine Extramittel. Die waren angekündigt. Im Förderprogramm steht wieder kein Satz zu den Hitzeaktionsplänen. Wenn Sie das also ernsthaft angehen wollen, stimmen Sie heute unseren Änderungsanträgen zu! So würde wenigstens der Einstieg in eine Klimaanpassungspolitik in Bayern geschafft, der den Namen verdient.

Wir haben mehr Mittel für Personal und für Moorschutz beantragt, für die Unterstützung der Kommunen bei der Klimaanpassung, für Klimaschutzhilfe, für besseres Natu-

ra-2000-Management und für eine Mooragentur. Wir bitten um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Gerald Pittner. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Friedl, nach dem, wie Sie die Lage beschrieben haben, wie Sie sie sehen, weiß ich nicht, woher Sie tatsächlich kommen. Ich komme wie Sie aus Unterfranken. Das wissen Sie. Ich kenne natürlich die Lage im Wasserbereich. Ich weiß, dass die Wälder geschädigt sind. Das ist alles richtig. Aber nach dem, was Sie hier dargestellt haben, verwüstet Bayern ja oder ist schon verwüstet. Das wäre vielleicht dann der Fall, wenn Sie in der Regierung wären, aber sicherlich nicht, solange wir in der Regierung sind. Das kann ich Ihnen jetzt schon mal sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich wünscht man sich immer mehr – mehr Geld, mehr Personal, mehr Aktion. Völlig richtig. Aber man muss sich auch nach den Möglichkeiten strecken, die existieren. Zählen Sie mal zusammen, was Sie insgesamt im Haushalt beantragt haben. Der verdoppelt oder verdreifacht sich, wenn man das zusammenzählt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Im Gegensatz zu anderen, die in Berlin keine Ergebnisse zusammenbringen, unrealistische Vorschläge machen und die Leute aufhetzen, machen wir nur das, was im Haushalt möglich ist

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und was wir tatsächlich auch verwirklichen können. Sie haben in Ihrer Rede jetzt selbst gesagt, dass die Mittel für den Moorschutz nicht mal annähernd ausgegeben werden können. Warum also sollen wir die Mittel erhöhen, wenn sie nicht ausgegeben werden können?

Wir haben im Haushalt einen Anteil von 28,4 % an Investition. Das hat der Kollege schon gesagt. Das ist ein erklecklicher Anteil von knapp 1,2 Milliarden Euro. Jetzt kann man natürlich sagen: Hätten wir 10 Milliarden, wäre es mehr. Richtig! Woher sollen wir sie nehmen? – Wir haben im Haushalt das veranschlagt, was machbar ist, was ausführbar ist, für was Personal da ist und was durchgeführt werden kann.

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Man muss ganz klar sagen, dass mit diesem Entwurf des Haushaltsplans die politischen Anliegen im Umwelt- und Klimaschutzbereich zwar nicht erfüllt werden, aber dass sie auf dem richtigen Weg sind. Sie gehen in die richtige Richtung. Wir haben im Bereich Natur- und Landschaftspflege eine Steigerung von 12,5 Millionen Euro. Da haben wir das Vertragsnaturschutzprogramm. Das heißt, da vervielfältigt sich die eingelegte Summe massiv. Wir haben im Bereich der Wasserwirtschaft, der Wasserversorgung ganz erhebliche Steigerungen, und zwar in allen Bereichen. Warum sollen wir noch mehr einstellen? – Wir müssen es ja auch ausgeben. Sie müssen mal überlegen: In diesem Haushalt steht das, was wir bis Jahresende ausgeben wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Natürlich können wir da jetzt 500 Millionen Euro reinschreiben; alles schön und gut. Das ist eine schöne Zahl. Da freut sich der Staatsminister für den Wahlkampf.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Aber letztendlich ist es eine Luftbuchung. Wir würden auf derselben Stufe stehen wie Sie – den Leuten Luftbuchungen verkaufen, aber selber nichts zustande bringen.

Auch in anderen Bereichen gilt das. Nehmen wir zum Beispiel die Senkung der Fleischhygienegebühren für kleine Schlachtbetriebe. Das ist Stärkung des ländlichen Raums. Das ist vielleicht nicht viel Geld. Das ist für Leute, die in ihren Anträgen mit Tausenden von Stellen und Hunderten von Millionen rumschmeißen, vielleicht eine läppische Zahl.

(Tim Pargent (GRÜNE): Sie haben sich nicht die Mühe gemacht hochzurechnen!)

Aber damit stärken wir in einem ganz bestimmten Bereich eine Struktur, die sich in der Vergangenheit bewährt hat und die wir in der Zukunft auch erhalten wollen. Davon sind Sie in Ihren Anträgen weit entfernt.

Ich könnte jetzt stundenlang so fortfahren. Aber erstens spricht die Zeit dagegen, und zweitens hat der Kollege Bachhuber schon die meisten Zahlen gebracht. Das werde ich jetzt hier an dieser Stelle unterlassen. 55 weitere Stellen sind auch etwas Besonderes. Da haben Sie zum Beispiel mal 10 Stellen im Haushalt; ein Teil der Stellen wurde durch Umschichtung im Ministerium selbst erwirtschaftet. Das heißt, da stehen alle anderen Ministerien weit hinten an. Hier wird durch Umschichtung mehr erreicht, als in manch anderem Ministerium – vor allem außerhalb Bayerns – durch Erhöhung von Zahlen, die irgendwo unausgegeben auf irgendwelchen Konten liegen, erreicht wird. Das Ganze in einem Zeitraum – – Ich meine, es ist heute langsam lästig, das zu sagen: Wir hatten die Corona-Krise mit den Folgen. Wir haben den Ukraine-Krieg mit den Folgen. Wir haben die Inflation. Wir haben die steigenden Zinsen. Die Lage ist schlecht. Milch und Honig fließen zwar immer noch, aber nicht mehr lange. Wir müssen uns nach den Möglichkeiten strecken, die wir haben. Das Staatsministerium für Umwelt setzt die Möglichkeiten in hervorragender Weise um.

Deswegen kann ich Herrn Bachhuber nur zustimmen: Je später der Abend, desto besser die Rede. Also ich finde, zumindest im Hinblick auf Sie habe ich das gut geschafft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Das habe ich befürchtet!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Dazu hat der Kollege Prof. Ingo Hahn, AfD-Fraktion, das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Pittner von den FREIEN WÄHLERN, mich würde dies interessieren: Sie haben hier ja dargelegt, wie viel Geld Sie für einen abstrakten Klimaschutz in die Hand nehmen. Meiner Meinung nach springen Sie damit eigentlich immer nur über die Stöckchen, die Ihnen die GRÜNEN hinhalten.

Wenn Sie wirklich etwas für Umweltschutz und Naturschutz tun wollen, dann geht es doch beim Thema Windkraftanlagen auch darum, genau die Auswirkungen auf die heimischen Ökosysteme herauszufinden. Wir wollten eine Studie haben, um eben das zu quantifizieren. Die haben Sie abgelehnt. Dabei sind dort sehr viele offene Fragen, sprich die ganzen Verluste bei Vögeln, Fledermäusen, Insekten wirklich noch mal besser zu quantifizieren. Warum lehnen Sie so eine Analyse einfach ab? Das würde doch unheimlich viel bringen.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich muss ganz ehrlich sagen, ich wüsste jetzt nicht, was das bringen soll; denn man muss doch mal ganz klar sagen, dass es natürlich durch Windkraftanlagen Verluste gibt, hauptsächlich natürlich in der Tierwelt. Ein Vogel fliegt hinein, Insekten werden vielleicht gestört.

(Florian von Brunn (SPD): 10-H-Regel!)

Das ist aber allemal eine weitaus geringere Einwirkung als die Emissionen, die aus fossilen Kraftwerken entstehen, sodass die Verbesserung doch offensichtlich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Im Haushalt ist zusätzlich auch, um Sie zu ärgern, die Photovoltaik auf staatlichen Gebäuden drin. Wir wollen hier mit gutem Beispiel vorangehen, weil wir im Gegensatz zu Ihnen nämlich der Meinung sind, dass wir zwar nicht das Kind mit dem Bad ausschütten wollen – das unterscheidet uns wieder von der anderen Seite –, aber dass der Weg raus aus der fossilen Energie richtig ist. Den Weg gehen wir auch,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und das in einem Tempo, das die Wirtschaft und die Gesellschaft mittragen können und an dem sie nicht zugrunde gehen; denn wir wollen insgesamt etwas erreichen und nicht den Karren an die Wand fahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Prof. Ingo Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Auch mit dem diesjährigen Haushalt haben Sie einmal mehr bewiesen, dass Ihre oberste Handlungsmaxime im Kern nicht etwa auf den Schutz unserer Umwelt und unserer Verbraucher ausgerichtet ist, sondern ausschließlich auf Sie selbst. Sie konzentrieren sich lieber darauf, unseren Bürgern Sand in die Augen zu streuen, statt echte Lösungen zu erarbeiten und diese auch umzusetzen.

Lieber folgen Sie den oberflächlichen und grünen Umfragetrends und betreiben politische Flickschusterei, als dass Sie hier einfach mal eine ernst zu nehmende Umweltpolitik in Erwägung ziehen. Die Zwischenbemerkung gerade hat es leider gezeigt. Sie beweisen das nicht nur regelmäßig in diesen Ausschüssen, in denen wir alle sitzen, sondern nun auch in diesem vorgelegten Haushaltsplan. Das zeigt sich nicht zuletzt in

dem Widerwillen, meine Damen und Herren, berechtigte Kritik der einzigen wirklichen Oppositionspartei in Deutschland einfach mal zu berücksichtigen.

Ich möchte hier nur auf die wichtigsten unserer von Ihnen abgelehnten Änderungsanträge des diesjährigen Haushalts eingehen, nämlich zuerst auf den Antrag, die reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenzulegen sowie direkte und indirekte Auswirkungen auf die heimischen Ökosysteme näher zu erforschen.Gerade auf diesem wichtigen Feld verweigern Sie sich weiter vehement dem Anliegen, die wahren ökologischen Bilanzen der Windkraft zu eruieren. Dabei stellt sich uns und vor allem den Wählern die Frage, wie Sie zu den in Bayern an zahlreichen Orten stattfindenden Eingriffen in eine schützenswerte Waldlandschaft stehen. Wieso sind Sie nicht an der Schaffung einer vollständigen Lieferkettentransparenz für Windkraftanlagen interessiert, frage ich hier. Weshalb sind Ihnen die Umweltfolgen in fremden Ländern genauso egal wie das Vogelsterben hierzulande in Deutschland und in Bayern? Insbesondere als Anhänger und Förderer der globalen Klimahysterie, liebe GRÜNE, müssten Sie doch an den Effekten der Emissionsverlagerung eigentlich hoch interessiert sein. Aber Sie wollen ja noch nicht mal eine Studie, wie wir gerade gesehen haben.

Oder ist Ihre wahre Absicht eigentlich nur die, das deutsche Klima zu retten, während andere Länder für jedes von uns aufgestellte Windrad ein neues Kohlekraftwerk planen, und das ganz nebenbei mit viel schnelleren Genehmigungsverfahren und ohne Bürokratie?

Weitere Beispiele von Anträgen, die Sie abgelehnt haben: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes bzw. Maßnahmen des Moorschutzes im Rahmen der bayerischen Klimaoffensive. Hier sehen wir vor allem eines: nämlich wie Steuergelder für völlig ausufernde Klimaschutzmaßnahmen für einen geringen symbolischen Nutzen verfeuert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Verstehen Sie mich nicht falsch, auch wir sind für den Erhalt bereits bestehender Moorflächen. Aber unsinnige Vernässungsmaßnahmen schaffen nicht mehr Moor, sondern erst mal mehr Morast.

Die Unsinnigkeit Ihrer Klimasymbolmaßnahmen zeigt sich besonders deutlich bei einer näheren Betrachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses. Sie können noch nicht einmal beziffern, wie viel – in Anführungsstrichen – "Klima" Sie mit den veranschlagten Mitteln eigentlich retten wollen. Erst die Expertenanhörung letzte Woche zur Zukunft der Wasserwirtschaft in Bayern zeigte ganz deutlich, dass Ihre Klimaschutzanstrengungen keinen signifikanten Effekt auf die Temperaturveränderung haben oder haben werden. Die Experten zeigten ganz deutlich auf, was die tatsächlichen Treiber des landnutzungsgetriebenen Klimawandels sind, nämlich: unter anderem erstens die Flurbereinigung, zweitens die Versiegelung von Flächen, drittens die Begradigung von Flüssen und andere strukturelle Eingriffe in unsere Kulturlandschaft. Dagegen wollen Sie aber offenkundig nichts tun. Sie inszenieren sich lieber als die starken Kämpfer gegen einen Klimadrachen und für ein Land der Windmühlen.

Nächster Antrag von uns, den Sie abgelehnt haben: die Schaffung eines Labels zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit Insektenbestandteilen. Ebenso bleibt es mir ein Rätsel, warum sich hier CSU und FREIE WÄHLER gegen eine transparentere Lebensmittelkennzeichnung stellen, insbesondere da beispielsweise in Italien nun beschlossen wurde, sogenanntes Insektenfood stärker zu regulieren, als das etwa bei uns hier aktuell der Fall ist. Aber ich weiß schon, wahrscheinlich wollen Sie, wie immer, erst noch die kommenden Umfragen abwarten, bevor Sie selber politisch aktiv werden.

Ja, verehrte Regierungsvertreter, dieser Haushalt zeigt einmal mehr, worum es Ihnen hier wirklich geht: Sie handeln ausschließlich aus Eigeninteresse und nicht im Interesse der bayerischen Bürger. Ob Energiewende, Klimahysterie oder Verbraucherschutz, ganz zu schweigen von allen anderen Baustellen, Ihre Haltung zu unseren Anträgen zeigt eindeutig, wieso es eine starke Alternative in Bayern braucht. Wir

benötigen keine Regierung, die nur Umfragewerten hinterherhumpelt, anstatt hier selbst Rückgrat zu zeigen.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Fähnchen im Wind haben wir nämlich bereits genug.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren, lieber Minister Thorsten Glauber! Die Rede zum Haushalt im letzten Jahr dieser Legislatur bietet sicherlich noch mal die Möglichkeit, auch die Umwelt- und Klimaschutzpolitik der Staatsregierung kritisch zu betrachten, Revue passieren zu lassen. Da möchte ich schon noch an die Debatten über Klimaschutz erinnern, die wir geführt haben.

Sie haben uns ja am Anfang der Legislatur erklärt – vor allem auch Markus Söder –, was wir für ein tolles Klimaschutzgesetz in Bayern hätten – ein Klimaschutzgesetz, das eigentlich ziemlich zahnlos war, das wolkige Ziele aufgeschrieben hatte. Als das Bundesverfassungsgericht dann im April 2021 ein Urteil zur Klimaschutzpolitik des Bundes gefällt hatte, hat der Ministerpräsident, der vorher noch das Bayerische Klimaschutzgesetz, das Klimaschutzgesetz von Ihnen, hoch gelobt hat, auf einmal ganz überrascht festgestellt, nur wenige Monate, nachdem man es mit großem Tamtam hier verabschiedet hat, dass es – Zitat – "renovierungsbedürftig" sei. Auf Deutsch: Es hat überhaupt nicht dazu getaugt, das Klima zu schützen.

(Beifall des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Jetzt haben Sie nachgebessert. Wir können wirklich noch kein – wie soll ich sagen? – Klimaschutzgesetz erkennen, das dem, was es machen soll, auch Genüge tut. Inso-

fern stellen wir den Haushaltsantrag, von unabhängiger Seite mit einem unabhängigen Expertengutachten noch mal die Wirkung zu untersuchen. Sie haben einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, eigentlich eine relativ – wie soll ich sagen? – unübersichtliche Sammlung von Maßnahmen, von denen wir allerdings glauben, dass sie uns im Klimaschutz nicht wirklich voranbringen. Bei den entscheidenden Stellschrauben haben Sie viel zu lange gezögert oder nichts gemacht, sei es, als es darum ging, 10 H, den Windkraftstopp der CSU, aufzuheben, sei es, als es darum ging, die Geothermie voranzubringen, oder beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Stattdessen stellen Sie sich jetzt hierhin – nicht Sie persönlich, aber die Mitglieder dieser Regierung – und zeigen nach Berlin, wie Sie es seit Antritt der Bundesregierung die ganze Zeit machen.

Ein anderes Thema, und da muss ich Ihnen schon persönlich eine Verantwortung zuschreiben, weil das ein Thema der FREIEN WÄHLER war: dass wir im Hochwasserschutz vorankommen wollten, insbesondere nach den Erfahrungen 2013 mit dem Pfingsthochwasser in Fischerdorf, nach den Erfahrungen von Simbach – es ist gerade schon angesprochen worden –, nach Starkregenereignissen. Da waren es die FREIEN WÄHLER mit Hubert Aiwanger an der Spitze, die erst mal bei den Poldern den Stopp reingehauen haben, obwohl Sie genau wissen, dass das eine Gefährdung für Städte wie Passau bedeutet, die an der Donau liegen. Das war grundfalsche Politik und hat grundsätzlich Menschenleben in Bayern gefährdet.

(Beifall bei der SPD)

Da haben Sie ja dann notgedrungen eine Kehrtwende vollzogen. Aber auch hier wollen wir nachsteuern. Wir sind der Auffassung, da kann man noch mehr tun beim Personal für den Hochwasserschutz, und stellen einen entsprechenden Antrag.

Sie haben gute Absichten, wenn ich bei diesem Thema Wasser bleiben darf, in diesem Zusammenhang. Sie haben gesagt, Sie wollen Schwammstädte schaffen, Sie wollen für mehr Wasserrückhalt sorgen, Sie wollen Städte begrünen. Das Problem ist

nur, Herr Glauber, wir erkennen keinen Fortschritt. Wo sind denn die Schwammstädte? Wo sind denn die begrünten Städte? Wo haben wir denn große Erfolge erzielt beim Wasserrückhalt in der Fläche, bei der Renaturierung von Auwäldern, beim Donaumoos zum Beispiel, wo wirklich nichts vorangeht?

(Matthias Enghuber (CSU): Das stimmt überhaupt nicht!)

Da müssen Sie sich mal an dem messen lassen, was tatsächlich passiert ist. Es reicht eben nicht das Erzählte, sondern für uns kommt es darauf an, was tatsächlich erreicht worden ist.

(Beifall bei der SPD – Matthias Enghuber (CSU): Keine Ahnung von Poldern!)

– Ich war mehrmals dort, Herr Kollege, und habe mit den Beteiligten gesprochen.

Am interessantesten beim Thema Wasser ist allerdings, was in der letzten Zeit passiert ist. Nachdem Sie uns immer vom "blauen Gold" usw. erzählt haben, stellen wir in der Diskussion um das Landesentwicklungsprogramm fest, dass Sie auf einmal Wasser kommerzialisieren wollen, ganz im Gegensatz zu dem, was Sie sagen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Fake News!)

Das ist wie bei einem billigen Ladendieb, Herr Herrmann. Als man ihn stellt und ihn festhält, lässt er die geklaute Ware schnell fallen und macht sich vom Acker. Der Herr Ministerpräsident vollzieht wieder eine seiner berühmten Kehrtwenden. So sieht es nämlich aus, und deswegen haben Sie jede Glaubwürdigkeit in der Diskussion um den Schutz des bayerischen Trinkwassers verloren.

(Beifall bei der SPD)

Uns ist wichtig – und diese Schwerpunkte im Haushalt möchte ich noch nennen –, dass man die Menschen in Bayern bei den großen Veränderungen unterstützt, die jetzt anstehen. Deswegen haben wir noch mal einen Antrag gestellt, eine Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte als soziale Klimaschutzmaßnahme einzuführen,

um gerade den Haushalten, den Menschen zu helfen, die nicht auf der Sonnenseite stehen, die niedrige Einkommen deutlich unter dem Durchschnittseinkommen haben, die möglicherweise sehr hohe Mieten haben.Das ist für uns Politik, die Menschen hilft und auf der Seite der Menschen steht, genauso wie die Ausdehnung der Verbraucherberatung. Deswegen fordern unsere Anträge, die Verbraucherberatung auszubauen, hier mehr Personal einzusetzen und eben auch die Energieberatung in Bayern gerade in dieser Situation zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einen letzten Punkt, sozusagen als Ergebnis unserer Erfahrungen der letzten Jahre, machen: Wir setzen auch darauf, dass wir den gesundheitlichen Verbraucherschutz in Bayern, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – insbesondere die Lebensmittelchemie –, den Verbraucherschutz an den Landratsämtern und insbesondere die Lebensmittelkontrolle stärken. Auch das ist uns als SPD wichtig, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Kommen Sie bitte zum Ende.

Florian von Brunn (SPD): – weil es um den Schutz der Menschen hier in Bayern geht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist der Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Kollege Friedel, du hast gesagt, es sei ein Rückschritt, weil wir in diesem Haushalt nur 1,4 % mehr Mittel hätten. Ich teile deine Kritik in den Punkten, in denen es um die Mittelverwendung geht, glaube aber nicht, dass per se maßlose Mehrausgaben zu einer besseren Umwelt- und Klimaschutzpoli-

tik führen werden. Deswegen sollten wir uns an dieser Zahl von 1,4 % nicht aufhängen; interessanter ist doch das, was im Haushalt drinsteht.

Da sind zum Beispiel die unzureichenden Mittel für die klimaneutrale Staatsverwaltung; für die Installation von Photovoltaik auf staatlichen Dächern sind im Umweltministerium 2 Millionen Euro geplant. Es ist schwierig, wenn man nicht genau sagen kann, wie viele Module auf wie vielen Dächern installiert werden; da kann man dann schon einmal die Frage der Verwendung der Mittel stellen. Ebenfalls fehlen mir Mittel – und das ist mir ein Herzensanliegen –, um die internationalen Klimapartnerschaften zu unterstützen.

Wir hatten dazu im Ausschuss beschlossen, dass die Staatsregierung kommunale Klimapartnerschaften mit Gemeinden in den vier afrikanischen Schwerpunktregionen des Freistaats unterstützen soll. Hiervon sehe ich jetzt leider wenig. Dabei wäre doch gerade auch die Stärkung des internationalen Klimaschutzes sinnvoller als einige der groß angekündigten Maßnahmen aus dem Klimapaket des Umweltministeriums. Hier in diesem Bereich ist keinerlei Bewegung zu erkennen; das finde ich persönlich sehr schade.

(Beifall bei der FDP)

Zum anderen haben wir letzte Woche in der Anhörung im Ausschuss gehört, dass wir in den kommenden Jahren vor massiven Personalproblemen bei der Wasserwirtschaft stehen werden, nicht nur im Bereich Gewässerschutz, sondern gerade bei Maßnahmen zur Klimaanpassung: Sei es die Starkregenvorsorge, sei es der Hochwasserschutz oder die Umsetzung des schon angesprochenen Schwammstadtkonzeptes – wir brauchen hier kompetente Fachkräfte.

Wir brauchen auch eine Vernetzung der verschiedenen Behörden, auch in der Wasserwirtschaft; das wurde auch in der Anhörung deutlich. Hier braucht es Koordinationsstellen für die unteren Behörden, um mit den Bezirksregierungen besser zu kommunizieren. Es ist jetzt natürlich aus dem Haushalt nicht ersichtlich, wie das

Umweltministerium den Herausforderungen des Fachkräftemangels entgegentreten will. Das ist jetzt natürlich aus dem Haushalt nicht ersichtlich, aber das ist schon ein entscheidender Punkt, mit dem wir uns wirklich beschäftigen sollten.

Mich haben vor allem die fehlenden Mittel für die RZWas negativ überrascht. So standen den Kommunen in den letzten Jahren insgesamt 228 Millionen Euro zur Sanierung ihrer Anlagen der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung zur Verfügung. Diese 228 Millionen Euro waren – das wissen wir alle – sehr schnell verplant. Dieses Jahr sind es nur noch rund 161 Millionen Euro; das sind 30 % weniger als beim letzten Mal. Das ist kein gutes Zeichen.

(Beifall bei der FDP)

Vor allem ist es kein gutes Zeichen in Zeiten, in denen die Kommunen ihre Versorgungsleitungen sanieren und sie auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereiten wollen. In diesem Bereich muss die Mittelzuwendung mehr Priorität bekommen. Wir können uns darauf einstellen, dass die aktuellen Mittel in vier bis sechs Wochen wahrscheinlich wieder beantragt und verplant sind. Daher müssen sie mindestens auf das Niveau von 2022 angehoben werden, um die hohe Nachfrage aus den Kommunen abzufangen und die Richtlinien für ihre Aufgaben angemessen auszustatten.

Trotz aller Kritik wissen wir, dass all die Herausforderungen, die sich in den letzten Jahren im Bereich Umwelt, Natur und Klimaschutz angestaut haben, nicht auf einen Schlag mit dem Haushalt bewältigt werden können. Die geringen zusätzlichen Staatsausgaben im Vergleich zum letzten Jahr lassen uns dann allerdings doch dem Teilhaushalt zustimmen, wir mahnen aber für den nächsten Haushalt an, dass die angesprochenen Probleme bei Klimapartnerschaften, beim Gewässerschutz und bei den RZWas angegangen werden und die notwendigen Mittel an anderer Stelle eingespart werden.

Ich möchte nicht noch einmal auf den Zickzackkurs zu den Änderungsanträgen zum LEP eingehen; das wurde schon ausreichend thematisiert. Das war kein Glanzstück,

ist aber gerade noch einmal gutgegangen. Ich würde mir wirklich die Einführung des Wassercents wünschen. Die hast du, lieber Thorsten, auch schon für die nächste Periode angekündigt; das sage ich jetzt einmal vorsichtig, wenn auch optimistisch. Das hätten wir uns aber schon in dieser gewünscht, weil es dann auch schon Mittel gäbe, die wir verwenden könnten. Dieser Wassercent wäre es wirklich wert, dass wir uns um ihn und dessen Einführung bemühen. – Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Eric Beißwenger für die CSU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Der Einzelplan teilt sich – wie bereits erwähnt – in die beiden Blöcke Natur- und Umweltschutz sowie Wasser.

Beim Block Natur- und Umweltschutz kann man gar nicht oft genug betonen, dass das wertvollste und wohl auch am meiste geschätzte Gut Bayerns

(Florian von Brunn (SPD): Das die CSU gerne verkauft!)

die Schönheit der Landschaft und auch der Reiz der Natur sind. Diese Ausgangssituation ist ein großes Geschenk der Natur an die Bevölkerung und an die Besucher Bayerns.

Eines muss ich aber auch sagen: Es ist natürlich nicht vom Himmel gefallen. Deshalb auch ein herzliches Dankeschön an das Werk von Generationen, an die Bäuerinnen und Bauern, die dafür sehr viel getan haben. – Herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern zeichnet sich im nationalen Vergleich durch eine außerordentlich hohe Artenvielfalt aus. Mit über 86.000 Arten kommen hier etwa 80 % der kompletten Artenvielfalt Deutschlands vor – und das auf nicht einmal ganz 20 % der Fläche. Bayern hat damit im Bundesvergleich aber natürlich auch eine herausgehobene Verantwortung für deren Erhalt und für die heimische Biodiversität.

Der aktuell vom Umweltministerium und von Umweltminister Thorsten Glauber vorgelegte Bericht zur Lage der Natur in Bayern zeigt, dass sich diese in den vergangenen Jahren spürbar verbessert hat. Mit der Umsetzung des Volksbegehrens Plus und dem damit verbundenen Begleitgesetz der Staatsregierung wurden wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen.

Ziel war und ist es, den Artenschwund durch ein kraftvolles Plus in der Förderung insgesamt zu stoppen. Hierfür sind zusätzliche Mittel von insgesamt 12,5 Millionen Euro vorgesehen. Damit werden im Jahr 2023 insgesamt 162 Millionen Euro in Naturschutz und Landschaftspflege investiert.

Das von der Staatsregierung dazu auf den Weg gebrachte Maßnahmenpaket hat zu einer Vielzahl von naturschutzrelevanten Verbesserungen geführt. Beispielsweise wurden das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm zur Förderung naturschonender Bewirtschaftungsweisen deutlich ausgeweitet und – wie der Kollege Martin Bachhuber bereits erwähnt hat – der bayerische Streuobstpakt auf den Weg gebracht. Mit dem Programm BioRegio 2030 und dem Ausbau der Ökomodellregion sollen der ökologische Landbau und die regionale Vermarktung gestärkt werden.

Das Ziel im Bayerischen Waldgesetz, bis zum Jahr 2023 10 % der staatlichen Waldflächen einer natürlichen Entwicklung als Naturwälder zu überlassen und so auch einen Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung der Artenvielfalt zu leisten, wurde bereits 2022 umgesetzt. Mit der Neugestaltung des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms wurden gesellschaftliche Erwartungen wie mehr Artenvielfalt, abwechslungsreiche Landschaft oder Boden- und Gewässerschutz aufgegriffen. Dazu gab es neue Agrar-

umweltmaßnahmen, zum Beispiel auch die Bewirtschaftung kleiner Strukturen, insektenschonende Mahd und Weiteres. Wir danken dafür natürlich auch dem Parallelministerium für Landwirtschaft und der Ministerin. Dennoch braucht die Natur Zeit zu ihrer Entfaltung, und auch die Rückkehr der Biodiversität ist ein sehr langfristiger Prozess.Deshalb dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, sondern müssen auch in den kommenden Jahren Maßnahmen ergreifen, um Bayerns Naturerbe zu bewahren. Wir schützen und erhalten Bayerns einzigartige Natur- und Artenvielfalt. Das ist unser Anliegen.

Danken kann ich an der Stelle, bevor wir zum nächsten Punkt kommen, dem Umweltminister Thorsten Glauber und seinem Haus, aber auch meinem, unserem Arbeitskreis, wo wir ein sehr gutes Miteinander haben. Jetzt könnte man sagen, das gute Miteinander von CSU und FREIEN WÄHLERN ist Voraussetzung und deshalb keiner Erwähnung wert. Ich will es dennoch erwähnen: ein sehr gutes, vertrauensvolles Miteinander. Genauso will ich erwähnen, dass wir in diesem Ausschuss sehr gut miteinander klarkommen und sehr gut zusammenarbeiten.

Zum zweiten großen Block, dem Wasser, hat der Kollege Martin Bachhuber schon die Zahlen genannt. Deshalb bedanke ich mich ganz herzlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Christian Hierneis für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst noch mal zurück zum Wasser: Es steht schlecht um unser Wasser. Sinkende Grundwasserpegel, Wassermangel. Viele Kommunen haben bereits heute Schwierigkeiten bei der Trinkwasserversorgung. So gut wie kein Fließgewässer befindet sich in einem guten ökologischen Zustand. Ausreichend Geld für unser Wasser im Haushaltsplan? – Fehlanzeige.

Sie stellen aber nicht nur zu wenig Geld für unsere Umwelt, unsere Natur und unser Wasser zur Verfügung, nein, Sie verzichten sogar auf Einnahmen. Kollege Patrick Friedl hat das Wasserentnahmeentgelt, den sogenannten Wassercent, angesprochen. Wir wollen acht Cent für den Kubikmeter Grundwasser aus den oberen Schichten und deutlich mehr für Tiefengrundwasser bei gewerblicher Nutzung. Die Trinkwasserversorgung dient der Allgemeinheit und gehört zur Daseinsvorsorge. – So steht es wörtlich im Wasserhaushaltsgesetz.

Auch wenn Sie Ihre unsäglichen Anträge zurückgenommen haben, verschenken Sie doch unser wertvolles Grundwasser weiterhin an Konzerne und Mineralwasserunternehmen. Wir dagegen wollen, dass Unternehmen endlich einen ordentlichen Preis dafür zahlen müssen, wenn sie unser Trinkwasser abzapfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit den Einnahmen aus dem Wassercent können wir dann unsere Grundwasserkörper sanieren und Maßnahmen zum Wasserrückhalt in unseren Landschaften und Kommunen finanzieren; denn das schützt vor Hochwasser und gleichzeitig vor Dürren. Das hilft den Trinkwasserversorgern, unserer Landwirtschaft und uns allen.

Außerdem wollen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 umzusetzen. Wenn wir Ihren Haushalt anschauen, zeigt sich, dass Sie dieses Ziel längst aufgegeben haben. Deshalb fordern wir mehr finanzielle Unterstützung für die Kommunen, damit sie ihre Gewässer in einen guten Zustand bringen können. Wir fordern mehr Geld für die Renaturierung von Gewässern erster und zweiter Ordnung und ein Auenrenaturierungsprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem Haushalt ist davon so gut wie nichts zu finden. Ihnen sind unsere bayerischen Flüsse, Bäche und Seen offenbar wurscht.

Ihnen sind Umwelt und Natur insgesamt wurscht. Ansonsten würden Sie endlich was gegen den Personalmangel an den Naturschutzbehörden tun. Auch dafür braucht es finanzielle Mittel, die wir in unseren Anträgen fordern. Wo kein Personal da ist, kann auch nichts umgesetzt werden. Das ist Ihnen offensichtlich gerade recht – uns nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Ihnen unser Wasser, unsere Umwelt und Natur und damit die Zukunft Bayerns wirklich etwas wert sind, dann stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. – Das Wort hat Prof. Ingo Hahn, AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hierneis von den GRÜNEN, Tatsache ist ja – wir haben es gerade vom Kollegen Beißwenger gehört –, dass wir im Umweltausschuss eigentlich gut zusammenarbeiten, nach dem, was wir eben von Ihnen hier gehört haben, mit der Ausnahme der GRÜNEN. Sie haben einfach mal pauschal allen anderen Parteien und der Staatsregierung hier unterstellt, dass uns allen Umwelt- und Naturschutz "wurscht" ist. Wie kommen Sie auf so was?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Da brauchen wir nur Ihre Reden anzuhören!)

Da braucht man sich nur die Fake News anzuhören, die Sie gerade hier in Ihrer Rede verbreitet haben. Sie haben nämlich gesagt, ich kann zitieren: Kein Fließgewässer in Bayern befindet sich in einem guten ökologischen Zustand. – Woher nehmen Sie denn das? Gehen Sie doch mal raus in die Landschaft und untersuchen Sie das mal! Es gibt Dutzende von Fließgewässern, kleine und auch größere, die in einem guten Zustand sind.

Deshalb meine Frage: Die GRÜNEN sind doch genau die Partei, die mit ihren Windkraftanlagen den Natur- und Umweltschutz schädigt,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Haben Sie kein anderes Thema? Quatsch!)

die Hunderttausende von Vögeln, Fledermäusen und Insekten tötet.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung!

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Genau das ist doch das Problem, und Sie versuchen jetzt, es auf die anderen abzuwälzen!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Hierneis.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Kollege Hahn, zum Ersten: Wenn Sie eine Zwischenbemerkung machen, dann hören Sie erst mal zu, was ich sage, und erfinden Sie bitte nicht irgendwas. Ich habe nicht pauschal allen Parteien mitgeteilt, dass ihnen die Natur wurscht ist. Das habe ich nicht gesagt.

Zum Zweiten: Wenn Sie sich das im Internet – das gab es halt vor 50 Jahren noch nicht – mal anschauen würden, dann würden Sie sehen, wie der Zustand unserer Fließgewässer ist.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Schauen Sie einfach mal rein, und dann informieren Sie sich.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Informieren Sie sich mal. Wissenschaftliche Basis schadet nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Thorsten Glauber. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen Friedl und Hierneis haben es wieder darauf angelegt, mit negativen Botschaften den Abend zu gestalten. Ich sage dem Kollegen Bachhuber herzlichen Dank: Je später der Abend, desto besser der Haushalt. Danke schön für eine positive Botschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Den Kollegen Friedl und Hierneis kann ich nur raten: Sie neigen grundsätzlich zu negativen Botschaften. Mit negativen Botschaften wird man niemanden begeistern. Sie werden draußen niemanden finden, der auf Ihre negativen Botschaften einsteigen wird.

(Alexander König (CSU): Das ist schlimm, ja!)

Wir leben in einer Zeit, in der man positive Botschaften braucht.

Sie könnten auch mal Menschen motivieren, anstatt immer wieder mit Ihrer Negativrhetorik die Menschen in destruktiver Art und Haltung zu beschämen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Diese Staatsregierung nimmt den Natur- und Umweltschutz, den Klimaschutz sehr wohl ernst.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wenn Sie davon sprechen, dass wir für den Klimaschutz mehr Geld ausgeben sollen, dann, Kollege Friedl, muss ich mich fragen: Was war denn gestern Abend oder in den letzten Tagen für eine Elefantenrunde ohne Ergebnisse? Sie haben uns vorgeworfen, dass wir nicht sektorscharf genau die Ziele im Klimaschutz darstellen! Die haben Sie gestern Abend aufgegeben, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber über die anderen lästern, die anderen kritisieren und hier immer mit Besserwisserei auftreten!

Zur Frage, Klimaschutz aktiv finanziell zu gestalten: Wir haben als Freistaat Bayern folgenden Vorschlag gemacht: Wir wollen natürlich die Kommunen beteiligen. Aber in diesem Kraftakt nach der Pandemie gibt es auf der Seite des Bundes eine große Einnahmenseite. Die große Einnahmenseite ist die sogenannte CO_2-Bepreisung. Diese Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung wären notwendig, um die Kommunen aktiv am Klimaschutz beteiligen zu können. Der Freistaat Bayern ist auf die Länder zugegangen. Der Freistaat Bayern ist auf den Bund zugegangen. Diese 25 Milliarden Euro aus der CO_2-Bepreisung gehören zurück in die Länder! Sie sind durch die Unternehmen und Bürger gezahlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir wollten mit den Ländern gemeinsam im Schulterschluss, dass 25 % dieser 25 Milliarden Euro, rund 6,5 Milliarden Euro, an die Länder gehen. Wenn Sie das runterbrechen auf das Siebtel im Länderfinanzausgleich, wären es am Ende 900 Millionen Euro für den Freistaat Bayern gewesen. Wer war dagegen? – Die grünen Länder! Wer war aus Ihrer Regierung dafür? – Die SPD-Länder. Die SPD-Länder waren mit dem Freistaat dabei, die grünen Länder dagegen, tatsächlich aktiven Klimaschutz aus der CO_2-Bepreisung für den Klimaschutz in Bayern zu betreiben. Wer diese 900 Millionen Euro ablehnt, der kann nicht ums Eck kommen und sagen: Ihr seid im Haushalt nicht bereit, Klimaschutz wirklich zu bepreisen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Wenn Sie davon sprechen, dass der Haushalt im Prinzip kein Haushalt ist, wie es sich gehört, dann würde ich Sie bitten, wirklich die ganze Legislaturperiode anzuschauen.

Völlig zu Recht hat Martin Bachhuber angesprochen, dass dieser Haushalt über den ganzen Betrachtungszeitraum um fast 30 % gestiegen ist.Dieser Haushalt mit einer Steigerung um fast 30 % ist ein wahres Wort. Der Haushalt ist von 922 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro gestiegen. Nennen Sie mir einmal ein Bundesland in Deutschland, bei dem in viereinhalb Jahren ein Haushalt um knapp 30 % gestiegen ist. Sie werden keines finden. Der Freistaat Bayern hat einen Haushalt für den Artenschutz, den Umweltschutz und den Klimaschutz vorgelegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe heute Morgen in einem Landkreis eine Umweltbildungsstation besucht. Der Landrat hat Folgendes gesagt: Es gibt in Bayern eine hohe Investitionsbereitschaft. – Das Umweltministerium hat eine Investitionsquote von knapp 30 %. Der Landrat hat mir Folgendes mitgeteilt: Ich habe ganz viele Förderanträge an das Sozialministerium und an das Umweltministerium. – Das zeigt doch, dass der Freistaat Bayern, diese Staatsregierung und die Regierungsfraktionen willens sind, draußen in den Landkreisen aktiv Umwelt- und Naturschutz zu betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie haben den Stellenzubau angesprochen. Wir haben 55 neue Stellen geschaffen. Mir ist ganz wichtig, dass wir den kw-Vermerk für 86 Stellen gestrichen haben. Warum ist das so wichtig? – Weil der Freistaat Bayern ein guter Arbeitgeber sein muss. Eine befristete Stelle ist immer eine geklammerte Stelle. Deshalb ist es gut, wenn befristete Stellen abgebaut werden.

Wir sind aktiv und stellen folgende Themen in den Mittelpunkt: die Wasserversorgung, den Trinkwasserschutz, den Streuobstpakt und den Artenschutz. Bei uns gibt es Moorschutz und Klimaschutz. Der Hochwasserschutz ist für uns natürlich eine Daueraufgabe.

Zum Thema Messstellen: Wir sind deutschlandweit mit unseren Messstellen sehr gut aufgestellt. Wir geben noch einmal 3 Millionen Euro aus, um unser Wort, das wir den Landwirten gegeben haben, einzuhalten und 1.500 Messstellen zu realisieren. Die Staatsregierung steht zu diesem Wort. Das Umweltministerium wird den Ausbau der Messstellen mit ganzer Kraft voranbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nun zur Wasserstrategie und zur Regierungserklärung "Wasserzukunft Bayern 2050". Uns ist klar, dass wir die Bevölkerung nicht nur vor Hochwasser schützen müssen. Wir müssen auch Fortschritte beim Thema Trockenheit erreichen. Mit "PRO Gewässer 2030" wollen wir beides erreichen, die Bevölkerung vor Hochwasser schützen, die Gewässerökologie stärken und trotzdem das Wasser für die Menschen erlebbar machen. Wir wollen eine hohe Akzeptanz für den Hochwasserschutz erreichen.

130 Millionen Euro des Freistaats Bayern werden mit den GAK-Mitteln und mit Mitteln aus der EU kombiniert. Insgesamt werden 200 Millionen Euro für das klare Bekenntnis zum Wasserland Bayern und für die Wasserstrategie zur Verfügung gestellt. Wir geben Vollgas. Wir sind die Antreiber. Natürlich könnten es auch mehr Mittel sein. Wir werden aber beim Ausbau unserer Wasserstrategie nicht nachlassen.

Sie werden jetzt die Entscheidungen rund um das LEP anführen. Wir waren immer diejenigen, die mit der RZWas ein klares Bekenntnis für die kommunale Wasserversorgung abgeben haben. Wir sind diejenigen, die die kommunale Familie mit 166 Millionen Euro beim Ausbau unterstützen. Wir haben 600 Kilometer Verbundleitungen gebaut. Wir werden die Kommunen in den nächsten Jahren mit einem stabilen Wasserpreis unterstützen; denn der Wasserpreis ist für die Bürgerinnen und Bürger entscheidend. Der Freistaat Bayern ist ein verlässlicher Partner, mit dem die Wasserpreise in Bayern auf einem fairen und akzeptablen Niveau bleiben. Hier sage ich einen herzlichen Dank an die Regierungsfraktionen. Nur mit ihrer Unterstützung konnte es gelingen, dem Wasser und der Daseinsvorsorge diesen Stellenwert zu geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei der Wasserstrategie wird es auch darauf ankommen, neue Fernwasserstrukturen aufzubauen. Das Konzept für das Süßwasser steht bereits kurz vor seinem Abschluss. Mit dieser Strategie werden wir es schaffen, einen Ringverbund über Bayern zu legen, vom Süden bis zum Norden und wieder zurück in den Süden. Am Ende werden der Bodensee, die Oberpfalz und Niederbayern verbunden sein. Das wird eine Herkulesaufgabe in den nächsten 20 Jahren sein; aber wir werden keine Kommune beim Thema Trinkwasser alleinlassen. Wir stehen als Partner fest an der Seite der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger. Wasser ist Leben. – Im Freistaat Bayern wird diese Botschaft immer lebendig bleiben. Wir werden hier verlässlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserem Kompass beim Klimaschutz: Wir haben uns das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Das ist eine große Aufgabe. Dafür haben wir ein Maßnahmenpaket mit einem Umfang von 1 Milliarde Euro geschnürt. Wir haben die Klimaschutzmilliarde und zusätzlich im Haushalt 500 Millionen Euro explizit für das Sonderprogramm zum Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung gestellt. Die erneuerbaren Energien sind der zentrale Baustein, um einerseits beim Klimaschutz und andererseits bei der Energieproduktion voranzukommen.

Heute wurde das Thema PV-Anlagen angesprochen. Das Umweltministerium wird in den nächsten Jahren einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen 12 Millionen Euro für Photovoltaikanlagen ausgeben. Wir haben aktuell über 30 Projekte in Planung. Damit erfüllen wir unsere Aufgabe beim Thema Sonnenstromproduktion aktiv. Beim Thema der erneuerbaren Energien haben wir alle Energieformen im Blick. Eines wurde heute in keiner Rede angesprochen: Der Freistaat Bayern steht zur Wasserkraft, die im öffentlichen Interesse ist. Der Freistaat Bayern sagt Ja zur Wasserkraft. Wir waren diejenigen, die auch die kleine Wasserkraft am Leben erhalten haben.

Der Freistaat Bayern hat mit seinem Engagement dafür gesorgt, dass die Wasserkraft im Bund nicht zum Erliegen gekommen ist. Kolleginnen und Kollegen, Ihre Planungen lauteten anders!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Freistaat Bayern sagt Ja zum Waldumbau. Der Freistaat Bayern sagt Ja zum Energieträger Holz. Wir stehen nicht auf der Bremse, wie das bei anderen auf der europäischen Ebene der Fall ist. Wir verteufeln Holz als Energieträger nicht. Wer Waldumbau will, muss diesen Energieträger schätzen. Ich kann die Debatten über Feinstaubbelastung und das "schlechte Holz" nicht mehr hören. Wer jemals ein Biomasseheizkraftwerk geplant hat, weiß: Wir sind technisch in der Lage, jede Form von Feinstaub zu eliminieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meiner Meinung nach wird diese Debatte nur emotional und ideologisch geführt. Sie dient nicht dem Rohstoff Holz. Wer in Zeiten der Klimabelastung einen Waldumbau will, der muss dem Rohstoff Holz die Vorfahrt geben, wie wir das hier im Freistaat Bayern tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stehen zur Biomasse. Wir stehen zur Photovoltaik. Neben Sachsen ist der Freistaat Bayern das erste Land, das Windkraftkartierungen aktiv angegangen ist. Wir sind das erste Land, das nach den neuen Kriterien des Osterpakets Kartierungsrichtlinien herausgegeben hat. Lieber Herr Kollege Friedl und lieber Herr Kollege Hierneis, meine Frage an Sie: Warum sind Ihre Bundesumweltministerin und Ihr Bundeswirtschaftsminister nicht in der Lage, einheitliche Verfahren für 16 Länder und einen dezidierten Fahrplan für die Windkraftbranche zu entwickeln? Wir brauchen nicht nur eine Beschleunigung im Denken, wir brauchen auch ein einheitliches Verfahren für Deutschland, um Windräder bauen zu können. Nein, die Bundesregierung hat sich ge-

weigert. Sie will, dass jedes Bundesland seinen Weg allein geht. Das ist doch keine Strategie! Sie verkennen die Chancen, die in einem einheitlichen Verfahren liegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jeden Tag sendet die Bundesregierung eine neue Botschaft: EU-Notfallverordnung, Osterpaket und jetzt die neue Anweisung, dass die Kommunen Windkraftanlagen betreiben können. Wer einen solchen Wildwuchs produziert, braucht sich nicht zu wundern, dass mittlerweile die ganze Branche verunsichert ist. Sie haben keinen Fahrplan und keine Strategie, mosern aber immer an den anderen herum, die den Weg schon lange frei machen wollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Neben dem Klimaschutz und der Energieproduktion ist uns der Naturschutz wichtig. Hier spielen die Landschaftspflegeverbände eine große Rolle. Wir feiern gerade das Jubiläum "40 Jahre Landschaftspflege in Bayern". Ich bin stolz darauf. In den letzten 15 Jahren vor dieser Periode sind in Bayern neun Landschaftspflegeverbände hinzugekommen. In dieser Legislaturperiode, in viereinhalb Jahren, haben wir in Bayern 11 neue Landschaftspflegeverbände gegründet. Wir haben jetzt die stolze Zahl von 70 Landschaftspflegeverbänden. Flächeneigentümer, Landwirte, Kommunen und der Naturschutz arbeiten hier Hand in Hand und zeigen ein hohes Engagement für Biodiversität.

Der Vertragsnaturschutz ist auf einem Spitzenniveau. Wir haben 25.000 engagierte Landwirte. 168.000 Hektar Fläche, das ist eine Größenordnung von 225.000 Fußballfeldern, wurden in den Vertragsnaturschutz aufgenommen. Mein Dank gilt deshalb den Kolleginnen und Kollegen in der Umweltverwaltung, die in den Landratsämtern und den Unteren Naturschutzbehörden in den letzten Wochen alles gegeben haben, um auf diese Zahl zu kommen. Ich sage einen herzlichen Dank an die Landwirtschaftsverwaltung;denn nur mit dem Bekenntnis der Landwirtschaftsverwaltung, dass wir Hand in Hand gehen, ist dieses hervorragende Ziel erreicht worden – Artenvielfalt,

Landbesitzer und natürlich Menschen aus der Region Hand in Hand für Natur und Umweltschutz. Herzlichen Dank dafür!

Damit möchte ich zusammenfassen. Wir sind letztlich in allen Bereichen aktiv unterwegs. Das Bayerische Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz steht zu seiner Aufgabe. Ich sage allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzministerium und dem Finanzminister herzlichen Dank. Ich sage dem Haushaltsausschuss für die hervorragende Arbeit in den letzten Wochen herzlichen Dank. Es war eine Herkulesaufgabe. Herzlichen Dank an Frau Teuber und Herrn Dr. Barth aus dem Ministerium für die Vorarbeit. Herzlichen Dank für diesen Haushalt an die Regierungsfraktionen, die zustimmen. Es ist ein Haushalt, der uns gut arbeiten lässt. Wir werden das mit ganzer Kraft angehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, vielen Dank. – Es liegen zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Klaus Adelt von der SPD-Fraktion das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Herr Minister, ich spreche Ihnen mein Kompliment aus: Ich habe selten so einen so erregten und erzürnten Minister gehört, als ob ihm ein Herzinfarkt kurz bevorstehe.

(Heiterkeit)

Ich stelle Ihnen jetzt eine etwas ruhigere Frage betreffend die RZWas. Für viele Gemeinden sind die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben ein notwendiges Finanzierungsinstrument, um ihre Kanäle und Wasserleitungen zu erneuern.

Die Frage ist die: Im letzten Haushalt wurden 200 Millionen Euro beschlossen. Bewilligt wurden aber 320 Millionen Euro bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung. Viele Gemeinden mussten zwischenfinanzieren. Deren Haushalt hängt davon ab. 120 Millio-

nen Euro sind jetzt noch zu bezahlen. Jetzt meine Frage an den Minister: Wie viel ist denn in diesem Jahr noch an Mitteln für die RZWas überhaupt frei?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Wir haben die erste Tranche von den 166 Millionen Euro ausgezahlt. Ich habe die genaue Zahl jetzt nicht parat. Ich würde dir die Zahl auf den Euro genau im Nachgang auch noch schriftlich geben. Ich finde, das gehört dazu, dass man diese Frage auch genau beantwortet. Wir werden diese 166 Millionen dann in der nächsten Tranche komplett ausgezahlt haben. Ich will aber auch nichts verhehlen. Das ist ja die Frage, auf die du abzielst: Wie geht es mit der RZWas weiter? Wir haben natürlich ein gewisses Volumen abzuarbeiten. Wir werden den Gemeinden schreiben, dass der eine oder andere durch das hohe Antragsvolumen bis zu zweieinhalb Jahre noch auf seine Mittel warten muss. Das gehört einfach dazu. Wir haben nie die Tür geschlossen. Wir haben Anträge zugelassen. Wir wollten, dass die RZWas die Kommunen stärken können. Jetzt ist es natürlich so, dass wir mit den bestehenden Mitteln das abfinanzieren. Wir werden ein verlässlicher Partner bleiben. Die Kommunen müssen aber natürlich auch wissen, dass sie möglicherweise bis zu zweieinhalb Jahre auf ihr Geld warten müssen. Das ist so. Deswegen ist die RZWas eine gute Förderung. Sie hält die Preise stabil. Natürlich ist es aber auch so, dass wir am Ende des Tages letztlich nur das auszahlen können, was zur Verfügung steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Patrick Friedl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Glauber, Sie haben eigene Ziele, an denen ich Sie jetzt kurz messen möchte.

Erstens. Die klimaneutrale Staatsverwaltung – zu wie vielen Prozent wollen Sie davon hier bis 2023 echte Klimaneutralität erreichen? Diese Jahreszahl haben Sie geschrieben. Bis wann soll die Staatsregierung komplett klimaneutral sein, und zwar ohne Klimakompensation?

Zweitens ist Ihr Ziel, bis zum Jahr 2040 55.000 Hektar wieder zu vernässen. Wie viel soll davon aus der Bayerischen Staatsverwaltung kommen? Das sind über 30.000 Hektar. Wie hoch ist also der Anteil, den Sie aus der Staatsverwaltung daraus einplanen?

Das Dritte betrifft die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Es ist Ihre Aufgabe bis 2027. Wir haben Antworten bekommen, dass Sie das überhaupt nicht erreichen wollen – nicht: "nicht können", sondern: "nicht wollen". Wie viele Prozent der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die europaweit verpflichtend ist, wollen Sie bis 2027 umgesetzt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Im Ländervergleich liegen wir auf Platz zwei der Wasserrahmenrichtlinie, was die Wassergüte angeht. Insofern können Sie die Frage auch in allen Ländern stellen. Wir sind jedenfalls dabei, die Wasserrahmenrichtlinie so gut wie möglich zu erfüllen, sonst würden wir nicht auf Platz zwei stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Bei dem Thema Moorschutz werden wir die Flächenanteile, die wir uns als Ziel gesetzt haben, natürlich erfüllen. Wir arbeiten an der Erfüllung dieser Ziele.

Was die Staatsverwaltung und die einzelnen Ministerien angeht – und ich kann jetzt nur für das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium sprechen –, sage ich Ihnen: Wir haben uns darangemacht. Schauen Sie sich unseren Kompensationsanteil an! Wir

sind schon auf dem besten Weg, ein klimaneutrales Ministerium zu sein. Wenn wir am Ende unsere Photovoltaik neu aufs Dach bauen, dann werden wir am Ende diese Vorbildfunktion leben. Daran lassen wir uns auch messen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27178 mit 18/27253 – ich bitte um Ruhe – und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27959.

Ich lasse zuerst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Bitte verwenden Sie jeweils Ihr Abstimmgerät.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts" auf Drucksache 18/27195 in namentlicher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:35 bis 20:38 Uhr)

Gibt es jemanden hier im Saal, der noch keine Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich hiermit die Abstimmung.

Die nächste Abstimmung kann allerdings erst nach einer kurzen Wartezeit gestartet werden, wenn das Ergebnis der vorangegangenen Abstimmung erfasst und gespeichert wurde, damit das Abstimmergebnis nicht durch die nächste Abstimmung überschrieben wird. Ich bitte also um einen Moment Geduld. – Ich kann allerdings schon

ankündigen, dass als Nächstes die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte" auf Drucksache 18/27218 folgt. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.Es ist aber noch nicht so weit.

(Petra Guttenberger (CSU): Die ist aber noch nicht freigegeben!)

– Keine Panik. Die Abstimmung ist noch nicht freigegeben. Genau. – Jetzt wären wir allerdings so weit. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:40 bis 20:42 Uhr)

Ich stelle dann wiederum die Frage: Hatte jemand noch keine Gelegenheit, die Stimme abzugeben? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung hiermit geschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts" auf Drucksache 18/27195 bekannt. Mit Ja haben 38 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 86 Abgeordnete gestimmt. 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Die Sitzung wird bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses der zweiten namentlichen Abstimmung ganz kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 20:42 bis 20:46 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte" auf Drucksache 18/27218 bekannt. Mit Ja haben

44 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 90 Abgeordnete gestimmt. Eine Enthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/27959 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Busch. Danke schön. Sie dürfen wieder Platz nehmen. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD- und AfD-Fraktion. Sie dürfen auch wieder Platz nehmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 19)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-, FREIE-WÄHLER-, CSU-Fraktion, FDP- und AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Plenk und Klingen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27959, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27223 mit 18/27236 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Herzlichen Dank, ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend. Man sieht sich morgen Früh wieder.

(Schluss: 20:49 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts (Kap. 12 09 neuer Tit.) (Drucksache 18/27195)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			X
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			X
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			X
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger			
Dünkel Norbert			
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			X
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander			
Flisek Christian			X
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar			X
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	38	86	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2023; hier: Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte (Kap. 12 09 neuer Tit.) (Drucksache 18/27218)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			X
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	44	90	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
   Drs. 18/27178

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen (Kap. 12 08 Tit. 893 02)
   Drs. 18/27179

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 12 77 Tit. 883 98)
   Drs. 18/27180

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Kap. 12 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27181

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Einrichtung einer Stabsstelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten für Tierschutz (Kap. 12 01 neuer Tit.)
   Drs. 18/27182

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Ausgleich von Schäden durch große Beutegreifer und Biber
   (Kap. 12 04 Tit. 681 71)
   Drs. 18/27183

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Auenrenaturierungsprogramm
   (Kap. 12 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/27184

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Förderung kommunaler Konzepte und Maßnahmen zur Klimaanpassung
   (Kap. 12 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/27185

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Förderprogramm Plastikvermeidung
   (Kap. 12 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/27186

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/27187

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Machbarkeitsstudie Nationalpark Steigerwald
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/27188

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Umsetzung der Natura 2000-Managementpläne
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/27189

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßahmen
    (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
    Drs. 18/27190

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Tierheime bei Sanierungs- und Baumaßnahmen besser unterstützen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/27191

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Versorgung aufgefundener Wildtiere staatlich unterstützen
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/27192

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ultrafeinstaubmessungen für den Standort Flughafen München
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)
Drs. 18/27193

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschungsprojekt für eine höhere Sammelquote und qualitative Verbesserung von Bioabfall
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/27194

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/27195

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kartierung windkraftsensibler Großvögel
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/27196

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Untersuchung und Sanierung von Altlasten mit polyfluorierten Tensiden
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/27197

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik sowie anderen anthropogenen Spurenstoffen auf die Gewässerökologie
(Kap. 12 09 TG 76 neuer Tit.)
Drs. 18/27198

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Einrichtung einer Moorschutzagentur
(Kap. 12 09 neue TG)
Drs. 18/27199

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Personalausstattung des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/27200

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Personalausstattung der Regierungen (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/27201

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stellen für Naturschutz an den Regierungen
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
Drs. 18/27202

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Keine weiteren Wasserkraftwerke an der Salzach
(Kap.12 77 Tit. 789 04)
Drs. 18/27203

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/27204

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/27205

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Freie Fahrt für Freiwillige: Erstattung eines ÖPNV-Tickets im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 18/27206

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/27207

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/27208

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verbraucherschutzberatung finanziell absichern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/27209

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutz-organisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/27210

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gegen die Wegwerfmentalität: Reparaturcafés fördern
(Kap. 12 03 TG 52 neuer Tit.)
Drs. 18/27211

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Artenschutz und Klimaschutz ernst nehmen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 18/27212

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mittelbereitstellung für eine Potenzial- und Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark in Bayern
(Kap. 12 04 TG 71 – 72 neuer Tit.)
Drs. 18/27213

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung von Bergsteigerdörfern
(Kap. 12 04 neue TG)
Drs. 18/27214

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Unterstützung der Tierschutzorganisationen bei besonderen Notsituationen und Förderung des Katzenschutzes
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/27215

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Staatliche Verantwortung ernst nehmen – Bedarfsgerechte staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung von Tierschutzmaßnahmen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/27216

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Staatliche Verantwortung ernst nehmen – Bedarfsgerechte Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Tierheimen und tierheimähnlichen Einrichtungen in Bayern
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/27217

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/27218

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Studie zur unabhängigen Bewertung der bayerischen Klimaschutzmaßnahmen
(Kap. 12 09 TG 85 neuer Tit.)
Drs. 18/27219

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verbesserung der Personalausstattung beim Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Schaffung 15 neuer Stellen
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/27220

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verbesserung der Personalausstattung bei der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen durch die Schaffung 15 neuer Stellen
(Kap. 12 24 Tit. 422 01)
Drs. 18/27221

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämter durch die Schaffung 14 neuer Stellen
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 18/27222

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 12 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27237

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für Bildungsvorhaben BNE und UB der staatlich anerkannten Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/27238

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 12 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/27239

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27240

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27241

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz I
(Kap. 12 03 neue TG)
Drs. 18/27242

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz II
(Kap. 12 03 neue TG neuer Tit.)
Drs. 18/27243

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen des Moorschutzes im Rahmen der Bayerischen Klimaoffensive
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 18/27244

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 18/27245

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: NOx-Emittenten und Grenzwerte neu bewerten
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27246

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Studie zu Nitrateinträgen aus nicht-landwirtschaftlichen Quellen
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27247

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umweltauswirkungen eines Embargos von russischem Gas ermitteln
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27248

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umweltwirkungen von Freiflächenphotovoltaik untersuchen
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27249

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen (Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/27250

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schaffung eines Labels zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit Insektenbestandteilen (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/27251

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schaffung einer Bayerischen Taskforce Tierseuchenbekämpfung (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/27252

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz (Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 18/27253

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Georg Winter
Abg. Dr. Markus Büchler
Abg. Manfred Eibl
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Inge Aures
Abg. Sebastian Körber
Abg. Thorsten Schwab
Abg. Ursula Sowa
Staatsminister Christian Bernreiter
Abg. Florian von Brunn

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27149 mit 18/27158)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/27146 mit 18/27148)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27109 mit 18/27129)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27159 mit 18/27176)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27130 mit 18/27145)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27100 mit 18/27108)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/27175 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Georg Winter für die CSU-Fraktion. – Ich erinnere Sie daran: Bitte etwas mehr Ruhe im Plenum. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen, meine Damen und Herren! Was ist die größte Veränderung und was ist das Neueste im Etat des Bau- und Verkehrsministeriums? – Künftig können wir Bürgerin-

nen und Bürger für 49 Euro im Monat deutschlandweit – Fernzüge ausgenommen – unterwegs sein. Für die Pendlerinnen und Pendler, für die Schülerinnen und Schüler und für uns alle bedeutet dies eine enorme Erleichterung, wenn wir mit Bus, Bahn, Straßenbahn, S-Bahn oder U-Bahn unterwegs sind. Das Ganze wird bezahlbar und der Umstieg von verschiedenen Verkehrsträgern erleichtert, weil der Ticketwechsel außerhalb der Verbünde entfällt.

Sinnvoll ist das Ganze aber nur dann, wenn es nach 2023 fortgesetzt wird. Deshalb ist es gut, dass der Bund für 2024 die Zusage gegeben hat, auch im kommenden Haushaltsjahr die Hälfte mitzufinanzieren. Für den Freistaat Bayern bedeutet dies, dass er für das laufende Haushaltsjahr und 2024 insgesamt 635 Millionen Euro bereitstellt. Toll finde ich die Idee im Landkreis Günzburg, dass alle Schülerinnen und Schüler das Ticket erhalten, unabhängig davon, ob der Anspruch für die Einzelkarte günstiger oder teurer wäre. Das ist eine gute Sache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt wissen wir und auch Sie alle, wenn Sie Bahn fahren, aus der Zeit des 9-Euro-Tickets, dass die Bahn beim Ansturm der Bürgerinnen und Bürger restlos überfordert war.Wie hoch die Überforderung mit dem 49-Euro-Ticket ausfallen wird, wird die Praxis ab dem 1. Mai zeigen.

Gewiss ist doch, dass unser Schienennetz der Anforderung nach einer Sicherstellung eines zuverlässigen Bahnverkehrs nicht gerecht wird. Angesichts meiner persönlichen Erfahrungen in 33 Jahren bei Fahrten vom Stimmkreis in den Landtag kann ich nur sagen: Es war noch nie so schwierig wie aktuell, mit der Bahn nach München zu kommen,

(Zustimmung des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU) – Unruhe)

ob die Oberleitung ausfällt, die Weichenstellung nicht funktioniert – der Kollege stimmt zu, er ist auch betroffen – oder der Zug defekt ist. Ob ein paar Grad minus plus Regen die Ursache sind, mag dahingestellt sein. Ergebnis: "mangelhaft" bis "ungenügend". In der Schule bedeutet dies: Vorrücken gefährdet.

Deutschland stand für Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Sicherheit. Leider müssen wir davon große Abstriche machen. Unser Ziel sollte und muss es sein, dass wir genau diese Werte baldmöglichst wieder erfüllen.

(Anhaltende Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Winter, auch wenn Ihre eigene Fraktion maßgeblich daran beteiligt ist, möchte ich Ihnen doch etwas Ruhe gönnen.

Georg Winter (CSU): Das ist immer so. Mit den eigenen Leuten, Herr Präsident, ist das am schwierigsten. Das kennen wir alle im politischen Geschäft.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte doch aus Respekt vor allen Rednern um etwas mehr Ruhe im Saal.

Georg Winter (CSU): Ich habe immer Verständnis für jeden, der sagt, er nutzt die Zeit außerhalb. Das kann ich verstehen.

Sinn ergibt das Ganze, wie gesagt, nur, wenn Investitionen in die Infrastruktur wirklich nachhaltig gesteigert werden. Bisher warten wir noch auf die Berliner Ampel; denn sie war drei Tage beieinander und hat die Haushaltszahlen ausgeklammert. Das ist auch eine gute Idee, um zu Ergebnissen zu kommen. Aber ich kann nur sagen: Im Moment ist die Ampel weit davon entfernt, den Investitionshochlauf der CSU-Verkehrsminister zu erreichen, egal ob bei der Schiene oder bei der Straße. Es wäre schön, wenn das auch noch mit einer grünen Beteiligung stattfindet. Die Messlatte steht. Wir brauchen Baurecht bei der Bahn, und wir brauchen schnelleres Baurecht. Es darf nicht mehr die bisherige Übung geben, dass wir erst mit dem Planen anfangen, wenn das Geld auf dem Tisch liegt. Dann dauert es mit der Planung 5, 10 oder mehr Jahre. Wir wissen alle, wohin das führt. Das bringt keinen Fortschritt.

Bleibt die Frage: Woher das Geld nehmen? Meine Anregung wäre, dass wir es unseren Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihr Geld in Deutschland zu investieren und dort sicher anzulegen. Nur wäre dann die Bitte an die Ampel, nicht wieder zu sagen:

Das ist Privatisierung. Dann wird das aus ideologischen Gründen abgelehnt. Das wäre falsch, und das wäre schade.

Was zeichnet diesen Haushalt noch ganz besonders aus? – Das ist die Tatsache, dass wir für den Wohnungsbau in diesem Jahr 1.007.000.000 Euro eingeplant haben. Also: Unsere Wohnungsbaumilliarde ist ein echtes Highlight in diesem Etat. Der Bau- und Verkehrsetat hat samt Nachschubliste mit 27,4 % die höchste Steigerungsrate im Bayerischen Staatshaushalt. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an Staatsminister Christian Bernreiter für seinen enormen Einsatz. Sie, Herr Staatsminister, haben im Bau- und Verkehrsressort eine große Verantwortung übernommen. Als langjähriger Landrat und Präsident des Landkreistages bringen Sie breite politische Erfahrung ein, sodass Sie einen reibungslosen Start hinlegen konnten und in den zurückliegenden 13 Monaten bewiesen haben, dass das Haus bei Ihnen in guten Händen ist. Ihnen und Ihren Mitstreitern im Ministerium herzlichen Dank für die kompetente und zuverlässige Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zusammenfassung aller Verkehrsbereiche von der Schiene bis zur Straße, von der Luft bis zum Wasser erwies sich als äußerst sinnvoll. Damit hat Ministerpräsident Markus Söder eine wichtige organisatorische Verbesserung in der Ressortgestaltung vorgenommen. Dieser große Aufgabenkomplex hat dazu geführt, dass das Ministerium in den zurückliegenden fünf Jahren etatmäßig um 50 % gewachsen ist, konkret heißt das, das Volumen ist von vier Milliarden auf sechs Milliarden Euro angestiegen. An dieser Stelle herzlichen Dank an unseren Finanzminister Albert Füracker dafür, dass er diesen wichtigen Aufgaben wie der Modernisierung der Infrastruktur und dem Anspruch auf bezahlbares Wohnen aufgeschlossen gegenübersteht.

Zu den Themen Städtebauförderung und Straßen wird der Kollege Schwab noch Stellung nehmen. Nur so viel an die Adresse der GRÜNEN, die gelegentlich vor Ort den Bahnausbau blockieren: Da Sie bei den Staatsstraßen immer den Eindruck erwecken,

wir würden alles Geld in neue, große Trassen schieben, sage ich konkret: 90 % gehen in den Bestand, in die Erhaltung, nur 10 % in neue Entlastungsstraßen.

Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, mit der Verabschiedung des Etats 2023 tun wir viel für die Barrierefreiheit und leisten einen wichtigen Beitrag beim Flächensparen. Letzteres erreichen wir dadurch, dass wir jetzt selbstständige Radwege fördern und damit das vorhandene Wegenetz in Anspruch nehmen können. Auf diese Weise sind wir umweltschonend unterwegs.

Wichtig und neu im Finanzausgleichsgesetz mit dem Sonderbaulastprogramm ist, dass Bahn und Bus barrierefrei erreicht werden können und die Zugänge zu unseren Schienen auf kurzem Weg barrierefrei möglich sind. Dazu leistet die Sonderbaulast einen entscheidenden Beitrag. Was machen wir hier? – Neben den Baukosten werden dort auch die aufwendigen Planungsausgaben und die Ablösebeträge, die an die Bahn zu zahlen sind, mitgefördert, mitfinanziert. So ist es für unsere Kommunen möglich, dass sie sich mit einem erträglichen Eigenanteil für den ÖPNV und für den SPNV engagieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Markus Büchler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse mich kurz; denn dem Herrn Staatsminister pressiert es: Er muss hernach noch, wie ich gelesen habe, im Bayerischen Fernsehen für den Brennernordzulauf werben. Das ist ein Punkt, wo wir beieinander sind.

Ich habe im Übrigen im Verkehrsteil – das wird Sie vielleicht überraschen – noch ein paar Punkte gefunden, wo wir uns eigentlich einig sind und dieselben Ziele haben. Sie wollen zum Beispiel den Radverkehr auf einen Anteil von 20 % nach oben treiben. Sie

wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV verdoppeln. – Das ist super, das wollen wir auch. Sie wollen klimaneutral werden bis 2040. – Das ist genau unsere Stoßrichtung. Sie wollen die Verkehrssicherheit erhöhen – genau unser Ziel.

Wir sind bei den Zielen eigentlich ganz nah beieinander. Aber ich sage Ihnen: Mit dem Verkehrshaushalt, den Sie vorgelegt haben, werden Sie genau diese Ziele krachend verfehlen und auch da Ihre Versprechen brechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bleiben wir bei diesen Beispielen aus dem Radverkehr. Das Ziel, 40 Millionen Euro im Jahr für den Radverkehr auszugeben, stammt noch aus Zeiten, als Joachim Herrmann zuständig war und es noch gar kein Verkehrsministerium gegeben hat, als das noch die Oberste Baubehörde war. Damals ist das verkündet worden. Seitdem hat es keine substanzielle Aufstockung gegeben. 40 Millionen Euro für den Radverkehr in ganz Bayern – da werden wir die Zahl von momentan nur 11 % Radverkehrsanteil ganz bestimmt nicht in den verbleibenden zwei Jahren, was Ihre Zielmarke war, auf 20 % erhöhen. Dafür brauchen wir wesentlich mehr Geld für sichere Radwege, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder auch das Beispiel ÖPNV: Wir haben rund 100 kommunale Aufgabenträger, Landkreise und kreisfreie Städte. Meine Damen und Herren, die ÖPNV-Zuweisungen belaufen sich auf ungefähr 100 Millionen Euro, also ungefähr 1 Million Euro pro kommunalem Aufgabenträger. Das ist angewandte Homöopathie, wenn man sich das anschaut und sich vorstellt, dass da auch die Landeshauptstadt München und andere große Städte und große Flächenlandkreise dabei sind. Wenn man sich anschaut, wie viel von den tatsächlichen Kosten die ÖPNV-Zuweisungen des Freistaats Bayern über die Jahre hinweg eigentlich abdecken, sieht man, dass das immer weniger wird. Was Sie den Kommunen geben für den ÖPNV im ganzen Land, in den Städten und auf

dem Land, schmilzt prozentual dahin wie das Gletschereis im Hitzesommer, meine Damen und Herren. Da brauchen wir mehr Geld, um die Verkehrswende zu schaffen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Georg Winter (CSU))

Klimaneutralität bis 2040 ist ein wahnsinnig ambitioniertes Ziel, für das wir sehr viel tun müssen. Aber mit mehr Straßen werden wir das ganz bestimmt nicht erreichen. Selbst dann, wenn die Autos klimaneutral unterwegs sind mit erneuerbaren Antrieben – ein Auto ist und bleibt das ineffizienteste Verkehrsmittel im Vergleich zu den anderen Verkehrsmitteln, im Vergleich zum ÖPNV, mit dem man dort, wo viel Verkehr ist, bündeln kann.

Deswegen müssen wir den ÖPNV nach oben führen und den Radverkehr stärken. Nur dann werden wir die Klimaziele 2040 erreichen. Mit mehr Straßenbau – 100 Millionen Euro mehr, wie es jetzt im Haushalt steht – erreichen wir das nicht. Klar, man muss viel sanieren. Das wollen wir auch. Aber Sie haben im Staatstraßenausbauplan eben massenhaft neue Straßen und Ausbauvorhaben drin. Damit werden wir die Klimaneutralität 2040 sicher massiv verfehlen.

Sie können das heute aber noch korrigieren. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu. Dann sind wir beieinander und erreichen die Ziele, die wir gemeinsam teilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Manfred Eibl für die Fraktion FREIE WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben da Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einzelplan 09, Bauen, Wohnen und Verkehr. Die Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum zählt zu den elementarsten Herausforderungen unserer Zeit. Dieser Aufgabe und Verantwortung stellen wir uns, und dies nicht nur in urbanen oder

suburbanen Räumen Bayerns, sondern in ganz Bayern. Das sage ich hier ganz deutlich.

Durch den aktuell festzustellenden Rückgang bei der Genehmigung und auch bei der Errichtung von Einfamilienhäusern wird der Geschosswohnungsbau vor allem in ländlich geprägten Regionen eine neue und große Bedeutung erhalten. Die Staatsregierung schafft mit dem Wohnbau-Booster und dem neu geschaffenen Bayerndarlehen eine wichtige Voraussetzung, um Kommunen, Privatinvestoren und Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen trotz der momentanen Baupreise, der Energiekostenentwicklung und der Inflation Investitionen zu ermöglichen. Die Rahmenbedingungen für den Bau und die Wohnungswirtschaft müssen so gestaltet werden, dass Bauen und Wohnen bezahlbar bleiben. Die Wirtschaft und die privaten Haushalte dürfen nicht überlastet werden.

Wie bereits mein Vorredner angekündigt hat, erreicht die staatliche Wohnungsbauförderung einschließlich des kommunalen Wohnraumförderungsprogramms, der Studentenwohnraumförderung und der Holzbauförderung ein neues Rekordniveau. Insgesamt wird im Haushalt 2023 erstmals die Wohnbaumilliarde erreicht. Sie wird vom Land, vom Bund sowie aus Eigenmitteln der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt finanziert.

Die Programme der bayerischen Städtebauförderung können ohne Übertreibung als eines der wichtigsten Förderinstrumente für Bayerns Kommunen bezeichnet werden. Nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch bedeutende Einrichtungen, die der Daseinsvorsorge dienen, werden mit hohen Fördersätzen unterstützt. Damit ist das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm von elementarer Bedeutung für die positive Entwicklung unserer bayerischen Kommunen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu Mobilität und Verkehr: Für uns FREIE WÄHLER ist es entscheidend, die Verkehrswende mit einem intermodalen Ansatz umzusetzen. Unser Ziel sind aufeinander abge-

stimmte verkehrsträgerübergreifende Konzepte in der Zuständigkeit von Verkehrsverbünden. Hier ist es entscheidend, nicht nur auf ein Verkehrsmittel zu setzen. Jede Region in Bayern hat unterschiedliche Voraussetzungen und Gegebenheiten. Wir müssen auf die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse der Menschen vor Ort differenziert eingehen. Eine adäquate Mobilität entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unserer Teilregionen in Bayern.

Aus diesem Grunde ist es uns FREIEN WÄHLERN wichtig, dass wir notwendige Entwicklungs- und Lebensadern – ich nenne hier bewusst das Wort Staatsstraßen – weiterhin den Bedürfnissen und Erfordernissen unserer Zeit anpassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb sind die dafür vorgesehenen annähernd 500 Millionen Euro mehr als gerechtfertigt. Herr Kollege Büchler, auch die GRÜNEN sind mittlerweile beim Thema Straßenbau wieder in einer anderen Richtung unterwegs.

(Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sind sie nicht!)

Die GRÜNEN sind nämlich jetzt auch für Klimaautobahnen Plus – eine neue Bezeichnung. Sie haben dem Kind einen neuen Namen gegeben, aber das ist eine klare Ausrichtung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die finanziellen Mittel für den SPNV erhöhen sich im Jahre 2023 deutlich auf 1,72 Milliarden Euro und bilden damit deutlich die Bedeutung ab, die die Bayerische Staatsregierung dem Schienenpersonennahverkehr beimisst. Für die Einführung des 49-Euro-Tickets ab dem 1. Mai dieses Jahres werden aus Landesmitteln 270 Millionen Euro bereitgestellt. Das ist ein bedeutender Beitrag zu diesem Ticket.

Für das 365-Euro-Jugendticket werden 22,5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, sodass sich der Gesamtbetrag auf 102 Millionen Euro erhöht. Auch der allgemeine ÖPNV wird weiterhin umfänglich unterstützt. Dies wird mit der ÖPNV-Strategie 2030 deutlich zum Ausdruck gebracht. Gemeinsam mit dem Zukunftsrat ÖPNV, einem Expertengremium, dem Vertreter der Kommunen, der Politik, der Verkehrsunternehmen, der Verbünde und Interessenvertreter angehören, wird die Zukunft des ÖPNV gemeinsam konzipiert.

Besonders der Nahverkehr spielt bei der Mobilitätsentwicklung Bayerns eine bedeutende Rolle. Auf kurzen bzw. mittleren Strecken ist das Rad ein schnelles und vor allem klimaneutrales Fortbewegungsmittel. Schon heute wird der Ausbau von Radwegen durch den Freistaat umfänglich gefördert.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 09 des Haushaltsentwurfs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Eckdaten des Einzelplans: Die Ausgaben steigen von 4,6 Milliarden Euro um 26,5 % auf 5,9 Milliarden Euro. Das liegt unter anderem daran, dass das Wohngeld von 140 Millionen Euro auf 545 Millionen Euro steigt. Jeder kann sich ausrechnen, warum das so ist. Hinzukommt das Deutschlandticket mit 540 Millionen Euro.

Unterfinanziert sind auch das Verkehrswesen und der Straßenbau, trotz leichter Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr. Wir müssen aber auch über marode Brücken,

Schlaglochstraßen, einen mangelhaften ÖPNV, Zehntausende fehlender Wohnungen, eine einbrechende Bauwirtschaft und die BayernHeim reden. Kurz machen kann ich es bei der BayernHeim: Sie ist ineffizient, teuer und völlig überflüssig. Darum gehört sie auf den Scheiterhaufen.

Länger müssen wir über die zweite Stammstrecke reden, die zu einem der größten politischen und finanziellen Skandale in der bayerischen Nachkriegsgeschichte geworden ist. Sogar der stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Herr Baumgärtner, hat heute im "Münchner Merkur" öffentlich verkündet, dass er mit Kosten in Höhe von 14 Milliarden Euro oder noch mehr rechnet. Wir können also bei diesem Großbauprojekt noch viele böse Überraschungen erwarten. Hier wurde der Kosten-Nutzen-Faktor schöngerechnet.

Auch wenn das immer wieder bestritten wird: Die zusätzlichen Milliarden, die der Freistaat finanzieren muss, werden im ländlichen Raum an anderer Stelle fehlen. So gehört beispielsweise Dingolfing-Landau zu den fünf Landkreisen, die in Deutschland am schlechtesten mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind.

Sehr schlecht steht es auch um die bayerischen Staatsstraßen. Mehr als ein Drittel davon sind laut der "Welt" vom 9. Mai 2021 sanierungsbedürftig. Auch der bauliche Zustand der Brücken ist sehr schlecht. 156 Brücken müssten dringend saniert werden. Hier wurde in den letzten Jahren viel versäumt. Darum fordern wir für den Haushalt 2023 nahezu eine Verdopplung der Finanzmittel für den Neubau und die Sanierung der Staatsstraßen.

(Beifall bei der AfD)

Übrigens: Elektroautos, die mit Kohlestrom fahren, bringen absolut nichts. Gleiches gilt für die Wärmepumpen, über die kürzlich auch ein interessanter Artikel im "Münchner Merkur" zu lesen war.

Für die Beschleunigung des Wohnungsbaus muss wesentlich mehr getan werden. Regulierungswut, der Sanierungszwang der EU und Heizungsverbote, die in den letzten Koalitionsverhandlungen schwammig hinausgeschoben worden sind, überfordern Eigentümer, Bauherrn und Mieter. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen ist so stark eingebrochen wie seit fast 16 Jahren nicht mehr. Im Januar 2023 wurden nur noch 21.900 Wohnungen genehmigt, 26 % weniger als im Januar 2022. Das ist der größte Rückgang seit April 2007 und der neunte Rückgang in Folge. In Deutschland fehlen 700.000 Wohnungen.

Wir brauchen mehr Förderung für den sozialen Wohnungsbau und für kommunale Wohnbaugenossenschaften. Weiter fordern wir, dass die degressive Abschreibung von 8 % für den institutionellen Wohnungsbau wieder eingeführt wird. Wir fordern außerdem die Wiedereinführung der Eigenheimzulage, um den Eigenheimbau massiv zu fördern, der ebenfalls massiv eingebrochen ist.

Die Grunderwerbsteuer und die Energieeinsparverordnung müssen abgeschafft oder zumindest ausgesetzt werden. Gleiches gilt für die Auswüchse bei der Barrierefreiheit, damit nicht auch noch über Barrierefreiheit in den oberen Stockwerken nachgedacht wird. Brandschutz und Wärmedämmung müssen zurechtgestutzt werden. Auch bei der Erbschaftsteuer muss dringend gehandelt werden. Immer mehr Erben werden ihre geerbten Immobilien verkaufen müssen, weil sie sich diese Steuer einfach nicht mehr leisten können. Die AfD hat ihre Abschaffung schon 2016 gefordert.

Wir brauchen die vereinfachte Umnutzung und Aufstockung von bereits bestehenden Gebäuden. Außerdem muss die Nachverdichtung erleichtert werden. Zwangssanierungen, die niemand bezahlen kann – im Gespräch sind 770 Milliarden Euro –, Heizungsverbote, die die Baukosten weiter steigen lassen, und zusätzlicher Bürokratieaufbau würgen den Bausektor jetzt völlig ab. Scharf kritisieren muss man in diesem Zusammenhang die CO_2-Steuer, die schon wegen der Sanktionen infolge des Ukraine-Krieges die Energiepreise künstlich hochtrieb. Der vom Menschen verursachte CO_2-Ausstoß beträgt nach einer Studie der NASA nur etwa 3 bis 4 %.

Ich kritisiere auch die Umsetzung der Abstandsregelung und die Ausnahmen in der Bayerischen Bauordnung. Die BayBO wurde regelrecht unterminiert. Wir lehnen kategorisch auch die Grundsteuer C ab.

Die AfD bietet viele Lösungen im Bereich Wohnen, Bauen und Verkehr an, die kostengünstig, einfach und schnell realisiert werden können. Das beste Beispiel ist die Einführung von Mitarbeiterwohnungen; unser entsprechender Antrag wurde von Ihnen am 16. Juni 2020 abgelehnt. Ein solcher Antrag ist dann aber wiederum von der CSU und den FREIEN WÄHLERN am 14. Februar eingebracht worden. Das Abschreiben hat also über zwei Jahre gedauert. Wir freuen uns aber, dass wir gewirkt haben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Inge Aures für die SPD-Fraktion. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mit einem Lob und einem Dank beginnen.

Bedanken möchte ich mich bei den Kollegen des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr, stellvertretend beim Kollegen Thorsten Schwab und dem Kollegen Eibl für das gute Miteinander. Der Kollege Jürgen Baumgärtner ist heute leider nicht anwesend.

Ich möchte des Weiteren etwas loben. Das Lob soll nicht dafür gelten, dass wir in dieser Amtsperiode schon die dritten Minister haben. Ich denke, wir müssen trotzdem nach vorne blicken. Man sieht einen kleinen Fortschritt, es gibt nämlich eine kleine finanzielle Aufstockung in diesem Haushalt. Ich möchte aber deutlich machen, dass wir damit nicht darüber hinwegtäuschen können, dass natürlich noch viele Wünsche offen sind und natürlich noch viele Hausaufgaben zu machen sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Zunächst einmal fordern wir als SPD schon seit Langem eine ehrliche Wohnbaumilliarde. Die Menschen in Bayern warten auf bezahlbaren Wohnraum. Warum sage ich: Wir fordern eine ehrliche Wohnbaumilliarde? – Die FREIEN WÄHLER und die CSU haben den Vorstoß übernommen und kündigten zwar den sogenannten Wohnbau-Booster an; aber ich frage Sie: Was ist daraus geworden? Ist das ein Desaster? Ich möchte daran erinnern, dass Wohnen ein Grundrecht und kein Luxusgut ist – das muss man sich einfach noch mal vergegenwärtigen –, und zwar vor allem für viele junge Familien.

(Beifall bei der SPD)

Es wird immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden, und zwar nicht nur in den Metropolen. So gilt dies besonders für diesen Bau- und Wohnbereich. Deshalb muss ich sagen: Nur durch Sprücheklopfen ist noch kein Haus gebaut worden. Die BayernHeim ist der größte Flopp für Herrn Söder.

(Beifall bei der SPD)

Er hat eine große Lippe riskiert. 10.000 neue Wohnungen hat er versprochen; gerade einmal 234 Wohnungen hat er gekauft – nicht einmal selber gebaut! Ich frage Sie: Was ist da draußen in der Wirtschaft los? Warum tut sich hier nichts? Ich habe bisher leider noch nicht gehört, wer dafür die Verantwortung übernehmen will.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, man darf nicht nur die Lippen spitzen und die Backen aufblasen, sondern man muss dann auch pfeifen. Ich denke, es ist unstrittig, dass wir gerade im kommunalen Wohnungsbau bezahlbaren Wohnraum brauchen. Der Wohnungsbau muss oberste Priorität haben.

(Beifall bei der SPD)

Ganz besonders brauchen wir auch für Studierende und Azubis geeignete Wohnformen. Dazu müssen die Anforderungen der heutigen Zeit zugrunde gelegt werden, und zwar mit ökologischen Kriterien. Dazu braucht man aber auch neue technische Ideen,

um den Klimaschutz mit modernen regenerativen Energien in die Tat umsetzen zu können. Leider hat die Staatsregierung die Landesmittel für die Wohnraumförderung gegenüber 2022 nicht erhöht. Ich möchte einmal betonen, weil Sie hier immer ein Ampel-Bashing betreiben: Der Bund hat seine Zuschüsse für den Freistaat erhöht. So muss Bayern weiterhin im Wohnungsbau konsequent eigene Förderungen auflegen, muss eigene Förderungen für die Familien und alle Wohnformen ausgeben; denn die derzeitige Situation auf dem Wohnungsmarkt erfordert ein zusätzliches engagiertes staatliches Handeln, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Tun Sie endlich das Richtige! Reden Sie nicht nur! Taten müssen folgen!

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD freuen uns, dass das 29-Euro-Ticket für Studierende und Azubis eingeführt werden soll. Die SPD-Fraktion hat bereits am 23. November 2022 einen Antrag dazu eingebracht. Die CSU-Mitglieder haben im Ausschuss mit ihrem Charme dafür gesorgt, dass er immer wieder vertagt worden ist. Nun haben wir das Ergebnis: Am 28. Februar 2023 ist unser Antrag abgelehnt worden. Warum sage ich das so detailliert? – Das ist nämlich ein Paradebeispiel dafür, wie die CSU arbeitet und mit den guten Ideen der Opposition umgeht.

Bei der Klausurtagung der CSU am 18. Januar 2023, also etwa zwei Monate, nachdem wir den Antrag eingebracht hatten, hat der Ministerpräsident in Kloster Banz unsere Ideen als die seinen verkauft. Jetzt könnte man fragen: Was will man denn mehr, wenn das Ziel erreicht wurde? Man braucht dazu aber auch die entsprechenden Finanzmittel. Was war das Ende vom Lied? – Es musste dann die sogenannte Nachschubliste erst einmal herhalten, weil man das Geld für das 29-Euro-Ticket nicht mit drin hatte. Also: Wir haben unser Ziel erreicht, auch wenn es ein wenig auf einem Umweg geschah. Das schadet uns aber nicht.

Ich denke, wir wollen über den Untersuchungsausschuss Stammstrecke heute nicht reden; dazu gibt es zwei Ausschüsse. Für uns ist aber wichtig, dass die Regionalisie-

rungsmittel des Bundes nicht in der Stammstrecke versickern. Darauf müssen wir großen Wert legen; denn wir wollen, dass wir im öffentlichen Personennahverkehr zwischen Stadt und Land einen gerechten Ausgleich haben.

Die ökologischen und ökonomischen Anforderungen der Verkehrswende werden uns noch einiges abverlangen. Das braucht aber eine zügige und konsequente Umsetzung. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf der Klimaschutz nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern wir fordern Sie alle miteinander auf, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und die Ankündigungsplattitüden endlich auf den Tisch zu legen.

Wir haben es gehört: "Sanierung von Brücken", "Sanierungen im Straßenbau" – die Liste ist so lang, dass sie eine kurze Rede sprengen würde. Deshalb appelliere ich an Sie alle: Helfen Sie mit, dass es im Freistaat vorwärtsgeht! Planungsbeschleunigung ist wichtig und notwendig. Wenn man aber in den Ministerien zu wenig Personal hat, dann tut sich dort auch nichts. Es braucht also auch in den entsprechenden Ministerien Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion. – Herr Körber, Sie haben das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Die Staatsregierung hat sich, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren sehr ambitionierte Ziele gegeben. Der Kollege Büchler hat es ausgeführt: Klimaneutralität bis 2040, der Radverkehrsanteil solle von 11 % auf 20 % erhöht werden, 100-prozentige WLAN-Abdeckung in bayerischen Zügen bis 2018, Schaffung von jährlich 70.000 neuen Wohnungen, wobei die BayernHeim bis 2025 ja 10.000 eigene neu bauen sollte. Das Wohneigentum sollte mit der Eigenheimzulage und dem Baukindergeld Plus gestärkt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was haben alle diese Ziele gemeinsam? – Richtig: nichts. Man könnte auch einfach sagen: Sie sind alle krachend gescheitert! Die großen Themen Klimaschutz, Wohnungsmangel, Digitalisierung, alle diese großen Baustellen, Herr Staatsminister, finden sich im Haushalt leider nicht wieder. Wenn Sie sich schon damit brüsten müssen, dass es jetzt so ganz viel Geld wie nie zuvor gibt – der Kollege Eibl hat es wenigstens ein bisschen angesprochen –, adressiere ich an die CSU: Das sind Regionalisierungsmittel, Wohngeld, geförderter Wohnungsbau. Der Anteil des Bundes daran ist sehr beachtlich. Da gibt es übrigens, anders als behauptet wird, mehr Geld, als je ein Bundesminister der CSU zuvor bereitgestellt hat. Das ist doch eigentlich ganz gut für Bayern. Da kann man sich ja dann freuen.

Der Bund liefert hier auch. Es gibt ein Modernisierungs- und Beschleunigungspaket. Das haben Sie nur leider noch nicht erwähnt. Dann möchte ich das gerne noch tun. Stichworte sind: Technologieoffenheit, kein Gasheizungsverbot – das gilt für die Hauseigentümer –, kein Verbrenner-Aus, das ist gut für die Autofahrer. Es gibt moderne Schiene – das ist angesprochen worden –, Beschleunigung in dem Bereich der CO_2-freien Mobilität, E-Mobility, E-Fuels, Digitalisierung, sektorübergreifende Klimaziele und mehr Geld als jemals zuvor. Das alles sind doch gute Nachrichten für Bayern.Damit sich das noch ein bisschen manifestiert: Wir haben hier 144 konkrete Projekte, die blitzschnell umgesetzt werden können. Es sind an der A3, an der A8, an der A9, A92, A94 und A99 auch einige in Bayern. Herr Staatsminister, aufgemerkt: Das sind ja alles bayerische Autobahnen; die können Sie sicher noch alle abfahren. Wir sehen daran auch, dass wir bayerische Autobahnen ganz schnell voranbringen können. Das ist doch ein Erfolg, den die CSU in 16 Jahren Bundesverkehrsminister und Regierungsbeteiligung leider nicht geschafft hat.

(Beifall bei der FDP)

Das nur mal als ganz kurzer Punkt zur Bundesebene, bevor Sie wieder anfangen, mehr Geld vom Bund zu fordern und Ampel-Bashing zu betreiben. Aber greifen wir uns hier auf der bayerischen Ebene noch einmal Ziele heraus: Wir haben hier überall

kaum bezahlbaren Wohnraum. Sie zeigen immer nach Berlin. Ja, man muss leider die BayernHeim immer und immer wieder erwähnen, wobei es ja eigentlich gar nicht so viel zu erwähnen gibt; es geht ja nichts voran. 234 Wohnungen wurden zusammengekauft. Es ist ja langsam schon langweilig, das zu erzählen.

Noch viel schockierender ist aber die massive Steuerverschwendung, die hier immer an den Tag kommt. Herr Staatsminister, zuerst standen in Ihrer BayernHeim, die Ihnen Markus Söder eingebrockt hat, lange die eigenen Büroflächen leer. Jetzt finden wir heraus, dass die Gewerbeflächen, die Sie in den zwei Projekten in München angekauft haben, leer stehen. Wenn man sich noch anschaut, was erst unlängst eine Anfrage von mir aufgetan hat, dass Sie dort auch noch 300.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben, um eine Homepage einzurichten und Unternehmensbroschüren zu drucken, dann fragt man sich doch schon. Das addiert sich auf über eine Million Euro an Steuergeldverschwendung auf, die allein in der BayernHeim zutage kommt.

Als zweites Thema möchte ich aus dem Verkehrsbereich die zweite Stammstrecke aufgreifen. Herr Staatsminister, ich hoffe, Sie gehen von selber darauf ein, um einmal die Zahlen, die gerade in den Raum gestellt worden sind, zurechtzurücken. Zuerst finden wir heraus, was Sie alles wann wussten. Dann sind es 7 Milliarden, vorher waren es weniger. Dann ist es nominalisiert noch einmal mehr. Jetzt sagt Ihre eigene Fraktion, dass es 14 Milliarden sein werden.

Also, ich mache mir da wirklich massive Sorgen um die ländlichen Räume in Bayern und wundere mich, warum die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN da immer so zuschauen. Herr Staatsminister, wenn man das mal zusammenzählt, dann muss man kein Rechengenie sein, um zu wissen, dass wir mittlerweile etwa 450 bis 500 Millionen Euro zusätzliches Geld brauchen, um über die nächsten zehn Jahre allein abzufinanzieren, was da in der Stammstrecke an Geld verbuddelt wird. Ich frage mich da schon allen Ernstes, ob Sie sich hier heute wenigstens mal hinstellen und dafür garantieren können, dass die Regionalisierungsmittel, die Ihnen unter anderem der Bund bereitstellt, nicht alle in München vergraben werden. Ich möchte nämlich gerne Reaktivie-

rungen und Fahrplanverdichtungen in Oberfranken, in Niederbayern, in der Oberpfalz, in Unterfranken, in Restoberbayern, in Mittelfranken und vielleicht auch noch in Schwaben haben. Das wäre doch eigentlich etwas, wozu Sie sich bekennen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ganz, ganz viele Änderungsvorschläge in den Haushalt eingebracht, die sehr, sehr gut wären. Leider haben Sie sie alle abgelehnt. Es ist wie immer: Nach einem Novellchen der Bayerischen Bauordnung kommt ein Einzelplänchen daher – ambitionslos, uninspiriert, fantasielos. Wir werden es daher auch ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Thorsten Schwab für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 09 des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr hat ein Gesamtvolumen von 5,9 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 1,2 Milliarden Euro und eine Steigerung von umgerechnet 27,4 %. Selbstverständlich fließen immer auch Bundesmittel in diesen Haushalt ein; das ist logisch. Es ist aber trotzdem ein Rekordhaushalt, den es in diesem Ressort so bisher noch nicht gegeben hat. Deswegen Gratulation an unseren Staatsminister Christian Bernreiter zu diesem großartigen Haushalt!

Die Kritik aus der Opposition kann eigentlich gar nicht so groß sein, weil es in allen Bereichen dieses Haushaltes Steigerungen gibt. Bei der Mobilität gibt es ein Plus von 237 Millionen Euro auf 1,7 Milliarden Euro. Bei den Staatsstraßen sind wir jetzt bei einem Plus von 498 Millionen Euro pro Jahr. Auch die staatliche Wohnbauförderung steigt; da sind jetzt 784 Millionen Euro im Haushalt. Mit der kommunalen Wohnbauförderung und der Prämie Holzbau kommen wir für den Wohnungs- und Wohnbau auf eine Milliarde in Bayern.

Also, herzlichen Dank an das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr. Danke an den Kollegen Georg Winter, der dieses Ressort als Haushälter während der letzten zehn Jahre begleitet hat. Es ist sein letzter Haushalt, weil er nicht mehr zur Wahl antritt. Er hat ja vorhin auch die Zahlen genannt. Sein großes Steckenpferd war immer der Bahnverkehr. Wir haben hier also einen soliden Haushalt mit Steigerungen in allen Bereichen. Danke, lieber Georg, für deine Unterstützung für den Haushalt in diesem Ressort!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Von den Oppositionskolleginnen und -kollegen sind natürlich ein paar Dinge angesprochen worden. Die Bemerkung von Inge Aures gebe ich gerne zurück. Wir haben im Ausschuss tatsächlich ein gutes Miteinander. Draußen auf dem Flur hat das vorhin auch gerade noch der Kollege Körber erwähnt. Wir sind ein sehr pragmatischer Ausschuss, in dem durchaus auch Anregungen der Opposition aufgegriffen werden.

Vom Kollegen Dr. Büchler ist Klimaneutralität bis 2040 angesprochen worden. Ja, das ist ein Ziel. Es ist ein Ziel, das vielleicht erreichbar wäre, wenn nicht die KfW-Förderung vom Bund dermaßen geschröpft worden wäre. Soweit ich mich erinnere, gehört der Klimaminister im Bund, der Bundesminister, doch zu den GRÜNEN. Wir würden uns wünschen, dass die KfW-Förderung wieder so kommt, wie sie vorher war.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Angesprochen worden sind die 100 Millionen Euro an ÖPNV-Zuweisungen für die Landkreise. Ja, das sind 100 Millionen Euro. Freilich könnte es für die Landkreise immer mehr sein. ÖPNV ist nun aber auch eine kommunale Pflichtaufgabe; da sind die Landkreise zuständig. Man darf bei den 100 Millionen Euro nicht vergessen, dass ja vom Freistaat Bayern an unsere Kommunen auch 11 Milliarden Euro an kommunalem Finanzausgleich bezahlt werden. Ich denke, da ist schon genügend finanzieller Spielraum.

Zur Kritik am Autoverkehr und Straßenbau: Unsere ÖPNV-Busse fahren im ländlichen Raum nun einmal auch auf Straßen. Das ist so. Man kennt das vielleicht nicht überall, aber es ist so. Wir brauchen Straßen, um dort Busse fahren zu lassen.

Zur zweiten Stammstrecke, die der Kollege Bergmüller angesprochen hat, und zur Äußerung von Jürgen Baumgärtner: Die 14 Milliarden sind eine Befürchtung von Jürgen Baumgärtner. Wir alle hoffen, dass wir da nicht hinkommen. Es gibt jetzt mehrere Gremien, die sich damit befassen: einmal der Untersuchungsausschuss, der zurück in die Vergangenheit untersucht, was vielleicht alles nicht optimal gelaufen ist; dann haben wir dieses Begleitgremium, den Unterausschuss, der den Bau für die Zukunft begleiten und mittragen soll. – Das Problem ist: Hier baut halt der Bund, die Bahn; die Rechnungen laufen durchs Bauministerium. Wir erhoffen uns deshalb vom Unterausschuss einfach mehr Kontrolle.

Ein Thema ist die BayernHeim. Wie vorhin schon gesagt, ist das ein Dauerthema. Wie Inge Aures gesagt hat: Wenn man die Lippen spitzt, muss man irgendwann auch pfeifen. Wir hoffen natürlich auch, dass die Wohnungen gebaut werden. Es sind viele Wohnungen in Planung. Der Kollege Körber und die Kollegin Inge Aures sind aber beide Architekten und wissen auch, dass schneller geplant als gebaut ist.

(Sebastian Körber (FDP): Na ja!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben insgesamt einen Haushalt in einem Ressort, das für Infrastruktur, für den Erhalt und für die Verbesserung von Infrastruktur steht. Wir haben Ballungsräume, die mit Wohnraum und ÖPNV bedient werden müssen. Wir haben einen ländlichen Raum. 115 Millionen Euro sind allein in der Städtebauförderung, dazu Bundesgelder und europäische Gelder, rund 350 Millionen. Ein großer Posten sind die Staatsstraßen und die Verkehrsinfrastruktur.

Insgesamt gilt es also festzustellen: Es gibt im Haushalt bei allen Positionen Steigerungen – ein starkes Signal für Bayern. Der Bereich Wohnen, Bau und Verkehr hat einen sehr soliden und zukunftsgerichteten Haushalt. Deshalb herzlichen Dank an un-

seren Bauminister Christian Bernreiter, an unseren Finanzminister Albert Füracker und an alle Beteiligten, die zum Gelingen dieses Haushaltes beigetragen haben. Ich bitte um Unterstützung für diesen Haushalt, Einzelplan 09.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Kollege Franz Bergmüller, AfD-Fraktion, das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Thorsten Schwab, Sie sind jetzt zwar selber schon darauf eingegangen, aber für mich ist die Antwort ein bisserl auf den Herrn Baumgärtner abgeschoben, quasi als Einzelmeinung; immerhin ist er Obmann Ihrer Fraktion im Bauausschuss und stellvertretender Vorsitzender im Untersuchungsausschuss. Er geriert sich da als verkehrspolitischer Sprecher und ist auch im Unterausschuss der Vorsitzende. Er stellt jetzt eine 14-Milliarden-Kosten-Spekulation in den Raum, und das Ministerium dementiert das heute durch einen Sprecher und sagt, diese Entwicklung sei nicht erkennbar.Wie ist denn Ihre persönliche Meinung dazu?

Thorsten Schwab (CSU): Wir sitzen alle im gleichen Ausschuss. Wir kennen den Jürgen Baumgärtner gut. Der Jürgen denkt halt einfach größer.

(Allgemeine Heiterkeit – Sebastian Körber (FDP): Können wir das bitte im Protokoll festhalten? – Beifall bei der CSU)

Wir hoffen aber natürlich, dass diese 14 Milliarden Euro nicht erreicht werden; da Sie aber gerade den Namen noch mal erwähnt haben: Bei dieser Gelegenheit wünschen wir ihm noch gute Besserung. Er ist nämlich erkrankt. Deswegen stehe ich heute hier.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ursula Sowa für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Ursula Sowa (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister Bernreiter! Was vorhin über das Klima im Bauausschuss gesagt wurde, möchte ich teilen. Das Klima ist gut; wir reden aber zu wenig über das echte Klima und darüber, dass wir uns tatsächlich als erstes Bundesland ein eigenes Ziel gesetzt haben, nämlich bis 2040 klimaneutral zu sein. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Ganz Deutschland will sich mehr Zeit lassen, nämlich bis 2045; wir haben aber nur 17 Jahre Zeit.

Was hat der Einzelplan 09 mit diesem Ziel zu tun? – Das Ziel ist ein sehr ambitioniertes, nämlich – ich zitiere –: Der Kampf um das Klima wird auf der Baustelle gewonnen oder verloren. – Dieses Zitat ist von Prof. Schellnhuber. Ich glaube, es ist sehr bekannt. Gewinnen oder verlieren? – Schauen wir uns mal Ihre Baustellen an, Herr Minister. Die energetische Sanierung staatlicher Gebäude böte ein riesiges Potenzial für den Klimaschutz. Wir brauchen hier mehr Tempo. Die Zeit drängt. Wir haben nur 17 Jahre bis 2040. Um Ihren eigenen Bestand zu sanieren, müsste man loslegen und ein richtiges Programm entwickeln, wie man Jahr für Jahr saniert. Ihre 6 Milliarden Euro, die Sie da in Ihrem Einzelplan haben, sind zwar eine Erhöhung des Etats um 26 %, aber leider nur durch Bundesmittel. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Diese 6 Milliarden Euro reichen hinten und vorne nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Vorbild sein wollen, dann müssen Sie Ihre Ämter richtig mit finanziellen Mitteln ausstatten, damit die energetische Sanierung systematisch vorangetrieben wird. Das spart künftig Geld und macht unabhängig von steigenden Energiepreisen.

Herr Bernreiter, zu Ihrem Rat in Richtung Berlin habe ich auch heute gelesen: Sie sagen, erst solle man 700.000 Wohnungen bauen und dann erst – ich zitiere – das

freilich wichtige Thema der Sanierungen angehen. Um Gottes willen! Bis wir diese 700.000 Wohnungen haben, ist 2040, glaube ich, schon längst erreicht. Hier sind Sie also auf einem ganz falschen Weg. Ich kann Sie nur ermuntern, die Sanierungen anzugehen. Wenn Sie die Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen wollen, sollten doch gerade die staatlichen Hochbauten eine Vorbildfunktion einnehmen. Sie könnten die Sanierung Ihrer staatlichen Gebäude nicht mehr schleifen lassen, sondern wirklich unterstützen. Da könnten Sie zeigen, wie Sanierung geht und wie man Energie sparen kann. Wir wollen hier im Haushalt Verstärkungsmittel in Höhe von 750 Millionen Euro bereitstellen. Ohne die wird es einfach nicht gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Begrünung von Gebäudefassaden und -dächern, das Thema Schwammstadt, das wäre etwas, wo Sie sofort loslegen und an Ihren eigenen Gebäuden zeigen könnten, wie es ginge. Sie haben lächerliche 30 Projekte von etwa 2.000 Gebäuden in der Mache. Das sind Globuli. Damit können Sie keinen Staat machen.

(Beifall des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Wir wollen hier wirklich etwas zulegen und einen gehörigen Batzen im Haushalt draufLegen. In die Bayerische Bauordnung wurden auch Neuregelungen aufgenommen. Die sind ganz positiv. Darin heißt es, dass die im Eigentum des Freistaats stehenden Gebäude und Flächen angemessen begrünt und bepflanzt werden sollen. Also machen Sie bitte Ihre eigenen Hausaufgaben.

Dann komme ich zum sozialen Wohnungsbau. Hier hat die Ampelkoalition 14,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Was Sie jetzt vom Bund bekommen, sind etwas gerundet 400 Millionen Euro. Sie schmücken sich damit, jetzt einen Booster mit einer Milliarde Euro aufzubauen; diese Milliarde ist aber ein Fake und unterm Strich auch viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern haben wir gerade durch die Energiekrise und die Rekordinflation zwei große Baustellen, und zwar eine ideelle und eine wirkliche. Die sollten Sie im Auge behalten. Ich erinnere daran, dass wir weiterhin 18.000 Menschen haben, die wohnungslos sind. Wir haben 20 % mehr Zwangsräumungen, und auch viele Studentinnen und Studenten brauchen nach wie vor ein Dach über dem Kopf. Dazu finden wir nichts in Ihrem Einzelplan. Beim studentischen Wohnen ist zwar eine kleine Erhöhung da; das reicht aber natürlich hinten und vorne nicht. Wir möchten gerne die Landesmittel für die Wohnraumförderung inklusive der Studierenden-Wohnraumförderung mit 30 Millionen Euro Ausgabemitteln und 135 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung anheben. Langfristig müssen wir das auf hohem Niveau verstetigen.

Ich komme noch zur Städtebauförderung. Damit schmücken Sie sich auch. Ich habe in meinem Fach eine Broschüre von Ihnen gefunden, in der es heißt, dass Sie die Städtebauförderung ernst nehmen und auch als wichtig empfinden; wir haben es aber durchgecheckt:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Ursula Sowa (GRÜNE): Das ist nicht mehr Geld als sonst, Sie gehen vom gleichen Etat aus. Wenn ich eine Milliarde Euro sage, was den Kosten für einen Konzertsaal entspricht, dann sind diese Städtebaufördermittel viel zu gering angesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch der Staatsminister Christian Bernreiter. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Kommen wir wieder zur Realität zurück. Frau Sowa, das war jetzt eine Wunschliste.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich muss mich leider korrigieren. Das war mein Fehler. Eine Zwischenbemerkung lag vor. Ich bitte um Entschuldigung. – Frau Kollegin Sowa, ich muss Sie bitten, noch mal – – Nein, das war bei ihm. Dann ist alles gut. Dann machen wir weiter.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Fahren wir fort: Meine Damen und Herren, 2023 ist das dritte Jahr in Folge mit großen Herausforderungen. Die brauche ich nicht aufzuzählen. Sie kennen sie alle. Wir haben hohe Material- und Energiekosten. Die belasten unsere Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und auch die öffentliche Hand. Die Inflation und die steigenden Zinsen erschweren viele Projekte. Insbesondere erleben wir eine starke Konjunktureintrübung am Bau. Vorher hat Herr Kollege Eibl es angesprochen: Bei Ein- und Zweifamilienhäusern herrscht ein regelrechter Baustopp. Der Bund entzieht sich in dieser Lage nicht nur völlig seiner Verantwortung, sondern er verunsichert auch zusätzlich die Menschen in Bayern und in Deutschland. Mit unausgegorenen Ideen wie Sanierungszwängen,

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Öl- und Gasheizungsverboten und inkonsequenten Förderbedingungen am Wohnungsbau bremst die Ampel ganz Deutschland. Ich habe mir das heute angeschaut. Ich habe das heute nachgelesen. Ich bin gespannt, was die Vereinbarungen der letzten Nächte in der Praxis bedeuten.

(Florian von Brunn (SPD): Wann werden denn in Bayern Beschlüsse gefasst und nicht bloß Blabla gemacht?)

Wann die bisher geplanten Belastungen für Bauherren und Wohnungseigentümer vom Tisch sind, steht in den Sternen. Wir in Bayern halten dagegen: Wir wollen auch in schwierigen Zeiten große Zukunftsaufgaben anpacken. Deshalb steigern wir unser Investitionsbudget massiv. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte im Haushalt und unterstützen unsere Bürgerinnen und Bürger konkret.

Zu den Haushaltszahlen: Das Gesamtvolumen steigt auf 6 Milliarden Euro. Damit steigt unser Budget um rund 1,3 Milliarden Euro. Das ist ein sattes Plus von 27,4 %. Frau Kollegin Aures, Sie haben gesagt, a bisserl Erhöhung. Ich weiß nicht. Herr Kollege Füracker hat mir gesagt, er habe noch nie eine solche Erhöhung mitgemacht. Er hat schon immer einen Bogen um mich herumgemacht. Dieser Haushalt gibt uns deutlich über die Preissteigerung hinaus Gestaltungsspielraum für unsere Kernbereiche. Mit unserem Wohnraum-Booster Bayern investieren wir erstmals über 1 Milliarde Euro in die Wohnraumförderung. Davon – das können Sie jetzt noch so schlechtreden – sind 618 Millionen Euro Landesmittel. Während die Bundesregierung ihre eigenen Wohnungsbauziele aufgibt – 400.000 sind nicht mehr zu erreichen, die KfW-Förderung hat man massiv gekürzt –, geben wir die richtige Antwort auf die soziale Frage unserer Zeit. Zusätzlich legen wir unseren Fokus verstärkt auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz.

(Beifall bei der CSU – Sebastian Körber (FDP): BayernHeim!)

Bei der Städtebauförderung stellen wir 348 Millionen Euro zur Verfügung.

(Sebastian Körber (FDP): BayernHeim!)

Davon sind auch 230 Millionen Euro Landesmittel.

In der Mobilität und im Verkehr investieren wir rund 2,7 Milliarden Euro: 1,7 Milliarden Euro in den Schienenpersonennahverkehr, 635 Millionen Euro fürs Deutschlandticket und 55 Millionen Euro für Tarifstrukturmaßnahmen und einen nachhaltigen ÖPNV.

Jetzt komme ich zu unserem Schwerpunkt 2023.Unser Haushalt setzt in diesen herausfordernden Zeiten die richtigen Prioritäten. Dafür investieren wir auch in unsere Bundes- und Staatsstraßen. In diesem Jahr stellen wir 450 Millionen Euro an Ausgabemitteln bereit. Das ist ein Plus von 29 % gegenüber dem Vorjahr. Dazu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 225 Millionen Euro. Uns ist der Erhalt der Straßen sehr wichtig, weit mehr als die Hälfte geht in den Erhalt. Wir werden aber

auch künftig neue Straßen bauen, um bestehende Verbindungen zu verbessern und um die Bürgerinnen und Bürger, die durch Ortsdurchfahrten massiv belastet sind, zu entlasten. Den Kulturkampf gegen das Auto und die Straßen machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, gerade im ländlichen Raum brauchen wir ein gut ausgebautes und intaktes Straßennetz. Dafür brauchen wir auch in Zukunft eine leistungsfähige und sichere Straßeninfrastruktur.

Kommen wir zum SPNV und zum ÖPNV. Wir investieren auch massiv in den ÖPNV und die Schiene. Wir wollen die Menschen motivieren, öfter auf Bus und Bahn umzusteigen. Das geht aber nur mit einer modernen Infrastruktur und einem attraktiven Angebot und guten Tarifen. Die Zahlen im Haushalt sprechen eine deutliche Sprache. Ich habe es angesprochen, in den ÖPNV investieren wir 2,7 Milliarden Euro. Wir geben hier insgesamt Regionalisierungsmittel in Höhe von 1,7 Milliarden Euro aus. Herr Körber, die ergänzen wir mit Landesmitteln in Höhe von fast 100 Millionen Euro. Wir geben heuer aber null Euro aus Regionalisierungsmitteln für die Stammstrecke aus, um auch das ganz klar zu erwähnen. Das ist ein klares Bekenntnis zu einem attraktiven Schienenpersonennahverkehr. Wir stellen nicht nur Geld bereit, sondern wir kümmern uns auch um die Weiterentwicklung des Schienennetzes und des Bahnverkehrs. Wir starten viele neue Projekte. Um das Ganze abzukürzen, sage ich nur, HVO-Diesel, Neigezugtechnik. Wir investieren auch in unsere "MACH2-Initiative" für mehr Zweigleisigkeit im bayerischen Bahnnetz und jetzt, ganz neu, auch im Bereich der Werdenfelsbahn.

Gerade bei der Infrastruktur stiehlt sich der Bund aus seiner grundgesetzlichen Verantwortung. Er bremst mehr, als dass er anschiebt. Bestes Beispiel ist die Franken-Sachsen-Magistrale. Über das Thema haben wir schon lange und ausführlich diskutiert. Wir in Bayern schieben an, beispielsweise mit unserem Bahnprogramm "Bahnausbau Region München". Damit machen wir die Schieneninfrastruktur rund um

München fit für die Zukunft. Wir haben klare Zusagen der Bahn, dass hier in den nächsten Jahren 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Einen erheblichen Anteil davon zahlen wir aus Mitteln des Freistaats Bayern.

(Sebastian Körber (FDP): Und der Rest Bayerns leidet!)

– Wir sind auch draußen unterwegs. Ich habe überall die Zusage gegeben, das können Sie nachlesen.

(Sebastian Körber (FDP): Ausbluten!)

– Das können Sie noch so oft sagen, es ist nun einmal nicht richtig.

Zu den Regionalisierungsmitteln möchte ich noch sagen: Ich habe letztes Jahr schlaflose Nächte gehabt. Um nicht abbestellen zu müssen, geben wir 38 Millionen Euro bayerisches Geld aus. Die Regionalisierungsmittel reichen eben nicht aus. Wir haben auch die Verpflichtungsermächtigungen auf den Stand von über 20,5 Milliarden Euro angehoben, damit wir in Zukunft auch die auslaufenden Verträge ergänzen können. Die Steigerung bei den Bestellentgelten beträgt 237 Millionen Euro.

Zum ÖPNV: Das Deutschlandticket ist mehrfach angesprochen worden. Es erfordert von uns Ausgaben in Höhe von 635 Millionen Euro. Wir bereiten den Start des Deutschlandtickets intensiv vor und sind dabei in engem Austausch mit den Kommunen. Wir begleiten sie zur rechtssicheren Einführung für den Start im Mai. Damit der Start auch bei den Bussen und den Straßenbahnen vor Ort klappt, haben wir als erstes Bundesland ein umfassendes Paket mit Mustervorlagen und FAQs an die Kommunen und die Verbände herausgegeben. Wir bieten auch Informationsveranstaltungen für die Kommunen an. Allein in dieser Woche finden fünf Termine statt, die wir entsprechend wahrnehmen, um mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dafür ein großes Lob an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die alles tun, um den Start jetzt zu ermöglichen.

Ich kann mich erinnern, Sie haben hier im Haus gesagt, wir sollen am 1. Januar starten. Wir sind deutschlandweit vorn. Viele haben sich unsere Erfahrungen zunutze ge-

macht und es damit vorangebracht. Auch beim Semesterticket für Studenten sind wir weit vor allen anderen. Ich bin sogar geschimpft worden, warum wir hier vorangehen und die anderen nicht mitnehmen. Wir haben das zugesagt, und wir setzen das auch entsprechend um. Es geht aber auch um die Folgejahre. Das ist das Thema im Bundesrat am Freitag. Es gibt einen einstimmigen Entschließungsantrag aller Länder. Alle 16 Länder haben zugestimmt. Wir haben den Antrag eingebracht. Wir brauchen ein Bekenntnis des Bundes, dass er die Hälfte davon auch im nächsten Jahr finanziert, auch wenn es die 1,5 Milliarden Euro übersteigt. Wir brauchen auch eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Also, 16 zu 0 ist der Entschließungsantrag durchgegangen.

Auch die Ampelkoalition hat das nun anscheinend erkannt. Ich habe gelesen: Nach dem billigen Ticket brauchen wir jetzt ein Angebot. Dafür sind schon ausreichend Mittel hinterlegt. – Nein, die Mittel reichen nicht aus.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wissen aber schon, dass die Länder für den Regionalverkehr zuständig sind!)

– Wer für was zuständig ist, das steht auch im Grundgesetz. Schauen Sie nach. Alle 16 Länder fordern mehr Regionalisierungsmittel, auch die, die von der SPD oder den GRÜNEN regiert werden. Wir brauchen das, damit wir deutlich vorankommen. Wir fördern die flexiblen Angebote vor Ort. 34 der 55 Landkreise sind dabei, vor Ort flexible Bedienformen anzubieten. Auch das unterstützen wir.

Auch beim Radverkehr kommen wir deutlich voran. Frau Kollegin Aures, wir geben nicht 40 Millionen Euro aus, sondern 50 Millionen Euro. Sie können es nachschauen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wir sind da deutlich vorangekommen. Wir haben uns dazu bekannt, bis zum Jahr 2030 1.500 Kilometer neue Radwege zu bauen. Die Regierungsfraktionen werden in Kürze auch ein Radgesetz einreichen, um das alles entsprechend zu untermauern.

Ich möchte auch noch etwas zum Bauen sagen. Sie ziehen den Wohnbau-Booster hier gern ins Lächerliche, aber in der Branche werde ich dafür sehr, sehr gelobt. Wir sind der einzige verlässliche Partner in diesem Bereich. Andere Bundesländer haben die Mittel gar nicht ausrollen können. Wir können sie vorantreiben. Von der 1 Milliarde sind 618 Millionen vom Freistaat. 365 Millionen Euro kommen aus Landesmitteln für Wohnraumförderung, 150 Millionen Euro sind für kommunale Wohnraumförderprogramme, 38 Millionen Euro sind für Wohnungen und Wohnplätze für Studierende, 35 Millionen Euro sind für die bayerische Holzbauförderung, und 30 Millionen Euro sind Eigenmittel der BayernLabo, die wir im Zinsverbilligungsprogramm zum Bayerndarlehen weiterentwickeln. Ich habe heute schon die ersten Anfragen bekommen. Auch das ist ein wichtiger Punkt, damit wir hier vorankommen.

Wir wollen auch keinen ideologischen Feldzug gegen das Wohneigentum. Bei uns in Bayern ist das Eigenheim kein Schimpfwort. Wir gehen da deutlich voran. Wir unterstützen auch die BayernHeim. Das können Sie noch so schlechtreden, wir sind auf einem sehr guten Weg. Bis Jahresende sind wir bei 5.400 Wohnungen, die fertig sind, die im Bau sind, die in der Planung und in der Umsetzung sind. Wir werden die 10.000 Wohnungen bauen, darauf können Sie Gift nehmen. Heuer haben wir zusätzlich 170 Millionen Euro aus dem Grundstock zugeführt. Wir haben eine Verpflichtungsermächtigung von 250 Millionen Euro im Haushalt, um die vielen Angebote, die hier täglich eingehen, verlässlich bedienen zu können.

Meine Damen und Herren, die "Welt" schreibt vor einer guten Woche: Deutschland stellt das Bauen ein. – Wir in Bayern stellen nichts ein. Unsere Investitionsquote ist hoch, und wir unterstützen auch unseren sozialen Wohnungsbau. Wir kommen da deutlich voran. Wir steigern unsere Investitionen kräftig.

Für mich ist der Haushalt 2023 die Grundlage für unsere Projekte beim Wohnungsbau, bei der Infrastruktur und auch beim ÖPNV. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hier hervorragende Arbeit. Ich sage Danke für diesen wirklich großen Einsatz. Der Haushalt ist ein Stabilitätsanker in dieser sehr unruhigen Zeit. In einem Wahljahr sind

alle immer sehr aufgeregt. In meinem Alter lässt man sich da nicht mehr aus der Ruhe bringen. Wir sind gut unterwegs, und wir arbeiten auch im Ausschuss sehr gut zusammen. Ich kann mich nur beim Finanzminister, der im Augenblick nicht anwesend ist, für das große Verständnis bedanken, dass man für all die großen Aufgaben auch das notwendige Geld braucht.

Ich habe gehört, Frau Sowa, Sie haben 750 Millionen und vieles mehr on top gefordert. Ich weiß nicht, wie Sie das alles unter einen Hut bringen möchten. Das sind für mich alles sehr unrealistische Wünsche. Wir sind in der Realität unterwegs, und zwar sehr gut mit einem nie da gewesenen Volumen. Also lassen Sie uns Bayern weiterbauen und weiterbewegen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Haushalt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit bei der Bewältigung der großen Aufgabe.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste hat Herr Kollege Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Minister Bernreiter, ich muss hier schon noch nachbohren. Herr Kollege Schwab hat es mit einem "typisch Baumgärtner" abgetan. Der Ministeriumssprecher hat verkündet, niemand kann heute seriös sagen, wie sich die Baupreise über diese lange Zeit entwickeln. Des Weiteren haben Sie 1,5 Milliarden Euro Risikopuffer angeführt. In der Zeitung von heute steht, dass Sie gewappnet sind. Nun frage ich Sie als Minister – also wir fragen nicht den Schmiedl, sondern wir fragen den Schmied –: Wie stehen Sie dazu, dass einer Ihrer führenden Bau- und Verkehrspolitiker so einen Joker heraushaut?

Das Zweite ist, am Freitag hat im Untersuchungsausschuss einer Ihrer Controller oder sogar der maßgebliche Controller, der zufälligerweise auch Baumgärtner heißt, zuge-

geben, dass das Controllingsystem für die S-Bahn-Stammstrecke nicht funktioniert, weil die Daten von der Deutschen Bahn nicht verwertbar sind.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Franz Bergmüller (AfD): Wie gedenken Sie zukünftig damit umzugehen?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich habe alle Fragen dazu im Ausschuss beantwortet. Ich habe das Protokoll nachgelesen; das können Sie auch finden, es ist alles nachlesbar. Ich habe es erst dieser Tage nachgelesen. Da steht alles entsprechend drin.

Ich kann diese Zahl, die ein Mitglied des Landtags einmal irgendwo genannt hat, nicht nachvollziehen, und ich bin auch kein Hellseher. Ich habe immer gesagt: In meinen Stellenplänen habe ich immer einen Hellseher vorgesehen; ich habe nur keine passende Bewerbung dafür gefunden. Die Bahn hat letztes Jahr – das ist noch nicht einmal ein Jahr her – die Zahl genannt: etwas mehr als 7 Milliarden Euro, 1,5 Milliarden Euro davon Risikopuffer.

Wir gehen so vor – das haben wir auch im Unterausschuss gesagt –, dass wir immer transparent darlegen, wie Sache entsprechend weiter aufwächst. Für den Bauabschnitt Marienhof – Ostbahnhof gibt es noch nicht einmal eine Planfeststellung. Wenn sie da ist, schauen wir uns natürlich die Ausschreibungen an. Dann kann man die Dinge bewerten. Dafür gibt es klare Regeln. – Ich kenne diese Zahl nicht, und sie ist auch in keiner Unterlage enthalten. Ich betrachte sie als jenseits von Gut und Böse, außer es stürzt ein Komet auf uns ein; wenn wir den auch noch wegbaggern müssten, würde es natürlich ein bisschen mehr kosten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Sebastian Körber, FDP-Fraktion, das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Staatsminister, wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe – ich möchte Ihnen Gelegenheit geben, noch einmal darüber nachzudenken oder es vielleicht auch richtigzustellen –, haben Sie gesagt: Keine Regionalisierungsmittel fließen in die Stammstrecke.

Sie haben mir in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage am 03.11.2022 – unter Frage 3.c), wenn Sie nachschauen wollen – geantwortet: Allein im Jahr 2021 sind 189 Millionen Euro aus Regionalisierungsmitteln in die Stammstrecke geflossen. – Vielleicht überlegen Sie noch einmal, was Sie gerade gesagt haben und ob das der Wahrheit entspricht oder ob ich mich vorhin getäuscht habe.

Die zweite konkrete Frage – ich habe dazu im Haushaltsgesetz bisher leider nichts gefunden –: Der Freistaat ist ja Auftraggeber. Deswegen hatte er bereits 2016 eine Durchfinanzierungserklärung abgegeben. Wann unterschreiben Sie denn die neue Durchfinanzierungserklärung? Oder hat Ihr Zögern vielleicht damit zu tun, dass es teurer wird, die U 9 im Weg steht oder es doch 14 Milliarden Euro kostet? Wann unterschreiben Sie – das wäre meine zweite konkrete Frage; die kann man ganz einfach beantworten – die Durchfinanzierungsvereinbarung?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Zu Ihrer ersten Frage: Es wäre gut, wenn Sie mir gescheit zuhören würden; dann hätten Sie es verstanden. Sie können es auch nachlesen. Ich habe gesagt: Im Haushalt 2023 sind 0 Euro von den Regionalisierungsmitteln eingeplant. – Das habe ich gesagt, und das stimmt. Das können Sie nachlesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von CSU: Zuhören!)

Das Zweite: Wenn der Haushalt beschlossen ist, dann werden wir die Durchfinanzierungserklärung unterzeichnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die nächste Zwischenbemerkung hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Bernreiter, in der Realität ist schon ein bisschen anders, als Sie es gerade dargestellt haben. Im Dezember 2018 hat Ihr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung großspurig angekündigt, 500.000 neue Wohnungen würden in dieser Legislaturperiode in Bayern gebaut. Ich glaube, nicht einmal die Hälfte werden Sie erreichen. Aber schauen wir mal. Die BayernHeim hat bisher keine einzige Wohnung gebaut. Sie wird nach ihrer eigenen Auskunft bis zum Ende des Jahres vielleicht 89 Wohnungen fertigstellen.

Die Stammstrecke soll 14 Milliarden Euro kosten. Diese Aussage kam nicht von irgendeinem Abgeordneten, sondern vom Ausschussobmann von der CSU!

Wünschen Sie sich eigentlich manchmal zurück in das schöne Niederbayern, in Ihr funktionierendes Landratsamt, wo nicht nur gesödert, sondern auch wirklich gemacht worden ist?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich fühle mich in München sehr wohl und gehe die großen Aufgaben an. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie können genügend tun, wenn Berlin entsprechend anschiebt. Ihre Partei stellt die Bundesbauministerin.

(Florian von Brunn (SPD): Sie handelt!)

– Das macht sie nicht. Das Ziel von 400.000 zusätzlichen Wohnungen ist einkassiert worden. Von 18 Milliarden Euro pro Jahr – –

(Widerspruch bei der SPD)

– Darf ich bitte ausreden? – 18 Milliarden Euro KfW-Förderung waren es im Jahr 2021. Heuer sind es für den Wohnungsbau 1,1 Milliarden Euro! Mehr braucht man doch dazu nicht zu sagen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie haben gesagt, in Bayern sei keine einzige Wohnung gebaut worden. Kollege Dr. Florian Herrmann hat mich erst kürzlich vertreten und in Freising Wohnungen der BayernHeim im Rahmen der Einweihung übergeben. Diese Wohnungen sind fertig. Die haben wir auch selbst gebaut.

Ich habe vorhin gesagt, dass wir noch viele andere Dinge in der Pipeline haben. Schauen Sie sich die Spatenstiche an! Wir kommen deutlich voran. Das kann man natürlich alles schlechtreden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27100 mit 18/27176 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27955.

Zunächst ist über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/27175 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE-WÄHLER-Fraktion, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Busch. – Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Klingen. Dieser Änderungsantrag ist hiermit abgelehnt worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/27955, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der fraktionslose Abgeordnete Busch. Die Gegenstimmen bitte ich genauso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD und FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen worden.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 16)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforder-

lichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD, AfD und FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Busch. Somit einstimmig, wenn es keine Gegenstimmen gibt. – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27955, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27146 mit 18/27158 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen
   (Kap. 09 03 Tit. 533 01)
   Drs. 18/27100

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse zur Förderung von besonderen Planungsleistungen im Bereich BIM sowie Zuschüsse an das „BIM Cluster Bayern“
   (Kap. 09 03 Tit. 686 70)
   Drs. 18/27101

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus
   (Kap. 09 03 Tit. 893 05)
   Drs. 18/27102

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse an Kommunen, Wohnungsbauunternehmen und sonstige Bauherrn nach der Bayerischen Förderrichtlinie Holz
   (Kap. 09 04 Tit. 893 12)
   Drs. 18/27103

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
   (Kap. 09 06 Tit. 633 63)
   Drs. 18/27104

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
   (Kap. 09 06 Tit. 683 63)
   Drs. 18/27105

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbände für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
   (Kap. 09 06 Tit. 892 70)
   Drs. 18/27106

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Baubegleitung für die 2. Stammstrecke München
   (Kap. 09 07 Tit. 547 72)
   Drs. 18/27107

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kapitalzuführung an die BayernHeim GmbH
   (Kap. 09 - Anlage B Tit. 831 01)
   Drs. 18/27108

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
    (Kap. 09 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/27109

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Abriss und Totalsanierungen vermeiden – Gebäudeunterhalt verstärken
    (Kap. 09 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/27110

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zur Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
    (Kap. 09 03 Tit. 701 60)
    Drs. 18/27111

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Staatliche Gebäude begrünen
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/27112

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierung von Schwimmbädern
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/27113

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Krise darf sozialen Wohnungsbau nicht bremsen – Wohnraumförderung aufstocken
(Kap. 09 04 Tit. 863 69 und 893 68)
Drs. 18/27114

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonderprogramm Wohnraumförderung Heizungstausch und energetische Sanierung
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27115

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm klimafit machen!
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/27116

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mittel für bedarfsorientierte Bedienformen im ÖPNV erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/27117

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fahrradfreundliche Kommunen noch besser unterstützen
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)
Drs. 18/27118

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Trassensicherungsverträge
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27119

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aus- und Nachrüstung der landeseigenen Nutzfahrzeuge mit einem Abbiegeassistenzsystem
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27120

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umsetzung Radentscheid: Planung Radvorrangnetz und Lückenschlüsse im Alltagsradverkehr
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27121

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Nahmobilität durch Fußverkehr in Kommunen unterstützen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27122

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Förderung von Elektrobussen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27123

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umsetzung Radentscheid: Zuschüsse zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen
(Kap. 09 06 TG 80 neuer Tit.)
Drs. 18/27124

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umsetzung Radentscheid: Radschnellverbindungen in der Baulast des Freistaates
(Kap. 09 06 TG 80 neuer Tit.)
Drs. 18/27125

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Züge bestellen
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/27126

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/27127

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hochschulbau beschleunigen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/27128

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/27129

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierung von Schwimmbädern vorantreiben
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/27130

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ehrliche bayerische Wohnungsmilliarde
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)
Drs. 18/27131

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)
Drs. 18/27132

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/27133

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wohnraum für Auszubildende schaffen
(Kap. 09 04 TG 65 - 70 neuer Tit.)
Drs. 18/27134

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Städtebauförderung ausbauen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/27135

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket
(Kap. 09 06 Tit. 633 63 und Tit. 683 63)
Drs. 18/27136

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Radverkehr ausbauen – mehr Fahrradabstellanlagen in Bayern
(Kap. 09 06 Tit. 883 80)
Drs. 18/27137

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Ausbau flächendeckender Verkehrsverbünde voranbringen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/27138

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/27139

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fußgängerverkehr – Barrierefreiheit für Fußgänger durch Bordsteinabsenkung
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/27140

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/27141

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG)
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/27142

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reaktivierungen von Eisenbahnstrecken voranbringen
(Kap. 09 07 Tit. 891 71)
Drs. 18/27143

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes verstärken
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/27144

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 18/27145

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 09 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27159

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 09 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/27160

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufklärungsinitiative „Sicher auf zwei Spuren“
(09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27161

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für den Erwerb von Leichtkraftfahrzeugen (Fahrzeugklasse L6e) mit einer Geschwindigkeit von maximal 45 km/h (Mopedautos)
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27162

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse des Landes für die einkommensorientierte Förderung des Wohnungsbaues gemäß § 88e II. WoBauG, WoFG und BayWoFG
(Kap. 09 04 Tit. 681 55)
Drs. 18/27163

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier Bayerische Klimaschutzoffensive I – Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/27164

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/27165

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/27166

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive IV – Bau von Ladesäulen an staatlichen Dienststellen
(Kap. 09 03 Tit. 701 63)
Drs. 18/27167

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
(Kap. 09 04 Tit. 883 01 und Tit. 883 11)
Drs. 18/27168

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27169

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Modellprojekt 3D-Gebäudedruck im sozialen Wohnungsbau
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27170

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zukunftsfragen des Wohnens und der Mobilität sowie des demografischen Wandels
(Kap. 09 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/27171

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/27172

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)
Drs. 18/27173

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Sonstige für Investitionen in innovative Verkehrsprojekte (u. a. Pilotprojekte) und in den (Schienen-) Güterverkehr
(Kap. 09 09 Tit. 893 80)
Drs. 18/27174

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/27175

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Technische Ausstattung zur Befriedigung des erhöhten Digitalisierungsbedarfs in Bauämtern zur Beschleunigung und Verbesserung insbesondere von Wohnbauvorhaben
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/27176

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Johannes Hintersberger
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Susanne Kurz
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Volkmar Halbleib
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Dr. Stephan Oetzinger
Abg. Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Anne Franke
Staatsminister Markus Blume
Abg. Johannes Becher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 15

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27334 mit 18/27370, 18/27463 mit 18/27465, 18/27471, 18/27488 und 18/28108)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/27318, 18/27320 mit 18/27333)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27265 mit 18/27301)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27371 mit 18/27378, 18/27380 mit 18/27400)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27302 mit 18/27304, 18/27306 mit 18/27316)
Interfraktioneller Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/27317)
Interfraktioneller Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion (Drs. 18/27305)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27254 mit 18/27264)

Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtredezeit nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu ihrem interfraktionellen Änderungsantrag auf

Drucksache 18/27305 namentliche Abstimmung und die AfD-Fraktion einfache Abstimmung zu ihren beiden Anträgen auf Drucksache 18/27387 und 18/27388 beantragt haben.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Johannes Hintersberger für die CSU-Fraktion.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, die Ausführungen der Staatssekretärin und der Vertreter der Regierungsfraktionen zum Einzelplan 05 darf ich für den Einzelplan 15 im Bereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst aufgreifen.

Meine Damen und Herren, in der Tat: Diese beiden Bildungseinzelpläne sind die Einzelpläne, die den Rohstoff Geist, wie es richtig gesagt wurde, besonders betonen, besonders befördern und damit auch unserer Zukunft zugrunde liegen. Wenn wir sie hier zusammenfassen, dann stellen wir fest, dass wir jeden dritten Euro dieses Haushaltes für Bildung investieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist auch gut so.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bayern war, ist und bleibt das Bildungsland Nummer eins in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir lassen dran auch nicht rütteln und müssen auch von unserer Seite alles tun, um diese gute Situation weiterzuentwickeln.

Was sind die drei besonderen Botschaften oder Aufgaben dieses großen Haushalts? – Für unsere Kinder bestmögliche Bildung und bestmögliche Berufschancen zu schaffen. Ich zitiere Barbara Stamm, die immer wieder deutlich gemacht hat – und da hat sie recht: Eine gute Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik. – Dies ist auch ein wichtiger Grund für die Bedeutung dieses großen Bildungshaushaltes.

Ein weiterer Punkt sind beste Forschung und Entwicklung für unsere Innovationen, beste echte Exzellenzforschung besonders auch dafür, was die Gesundheit, Health Care und Medizin anbelangt, aber auch im Bereich Klima- und Umwelttechnologie, allerdings auf Grundlage der Technologieoffenheit.Auch dies ist in der Diskussion immer wieder deutlich geworden. Wir unterscheiden uns da auch von manchen Oppositionsparteien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine dritte Botschaft ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe am Standort Bayern, um damit natürlich auch die Grundlagen für Wohlstand weiter zu stabilisieren.

Diese drei Eckpunkte sind in diesem Einzelplan 15 mit 8,7 Milliarden – ein Plus von über 300 Millionen – zugrunde gelegt.

Lieber Kollege Hartmann – er ist jetzt leider nicht da –, Sie haben in der grundsätzlichen Auseinandersetzung gestern gesagt, die Sacharbeit habe in der Staatsregierung keine Bedeutung. Es muss Ihr Geheimnis bleiben, wie Sie zu dieser Aussage kommen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Es ist auch kein Sammelsurium – so wurde es oft in der Ausschussdiskussion gesagt –, das bei diesen 8,7 Milliarden zugrunde gelegt wird. Nein, wir haben den rechtlichen und organisatorischen Rahmen – seit 20 Jahren nicht mehr in dieser grundlegenden Art einer Reform unterzogen – ganz bewusst entschieden und in diesem drei Kernbereichen klargemacht: den Bereich des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes, des Bayerischen Uniklinikagesetzes und des Rahmenvertrages mit 39 bayerischen Hochschulen.

Von daher sind der rechtliche und organisatorische Rahmen sowie die politische Zielsetzung mit den Möglichkeiten kongruent, die uns der Haushalt mit 8,7 Milliarden bie-

tet. Dies ist eine planungssichere, transparente und zukunftsgerichtete Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich hier ausdrücklich beim Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses, bei dem Kollegen Robert Brannekämper, und bei seinem Team, bei seinen Kollegen. Ich bedanke mich auch beim Kollegen Bernhard Pohl. Hier wird auch eines deutlich, und ich möchte das anregen: Die Zusammenarbeit und das Ineinandergreifen der Fachausschüsse – des Haushaltsausschusses und der jeweiligen Berichterstatter – sind eine sehr wertvolle Arbeit mit Mehrwert für die Sache selber. Von daher den Kolleginnen und Kollegen herzlichen Dank! Herzlichen Dank natürlich unserem Staatsminister, lieber Markus Blume, und auch deinem gesamten Team vor allem für diesen Rechtsrahmen, der unseren Universitäten, unseren Hochschulen draußen vor Ort die rechtliche Grundlage gibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist in einem Rechtsstaat so eine wichtige Basis, die auch – ich komme noch darauf – nicht nur für heute und morgen anhält.

Ich sehe zum Beispiel den Bereich der Rahmenvereinbarungen an, die mit all den Konsequenzen über fünf Jahre dauern. Dies ist schon eine gute mittel- und langfristig angelegte Planungssicherheit. Das ist eigentlich mit das Wichtigste, was wir unseren Einrichtungen heute – in dem Fall: unseren Hochschulen und den Menschen, die hier Verantwortung tragen – geben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich außer beim Minister hier auch namentlich beim führenden Mitarbeiter Dr. Mihatsch, beim Kollegen Dr. Kränzle als Landtagsbeauftragten und beim für den Haushalt zuständigen Dr. Simon für die ausgesprochen gute, transparente und sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich möchte kurz sechs Punkte erwähnen, die auch Schwerpunkte inhaltlicher Art sind. Erstens, die Grundlage für diese Zukunftschancen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann stehen, wo man will: Es war der Ministerpräsident, der diese Hightech

Agenda und die Hightech Agenda Plus – sozusagen als Basis – mit über 2.600 Stellen, mit über 2 Milliarden plus der Verstetigung dieser Mittel initiiert und mit der Zustimmung des Landtags geschaffen hat.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Das ist ein Riesenwurf, der keinen Luftballon darstellt, der keine lockere, billige Wahlkampfmasche, sondern eine wichtige, zentrale Grundlage für die Zukunftsfähigkeit und die Zukunftschancen unseres Standorts Bayern ist!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Hightech Agenda – ich habe es gesagt – wird mit 2 Milliarden und 2.600 Stellen aber auch konkret vor Ort umgesetzt. Als Augsburger darf ich sagen: Sie wird zum Beispiel mit den Hochschulen in Augsburg im KI-Bereich mit rund 100 Millionen, mit Anwendungsbezug und mit der klaren Aussage der Technologieoffenheit – unser Credo und unsere Überzeugung – umgesetzt.

Ein zweiter Punkt: Noch nie gab es in Bayern so viele Studierende. Über 404.000 Studentinnen und Studenten studieren in Bayern, studieren gern in Bayern. Bayern ist ihre Heimat.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, das ist doch – auch im Vergleich und in der Relation zu allen anderen Bundesländern – im Bereich der Einwohner das Beste, was wir sagen können. Ein Riesenpfund, dass Studierende nach Bayern kommen, in Bayern bleiben und in Bayern studieren! Für die Arbeit des Studentenwerkes wurden über 34 % draufgesattelt plus eineinhalb Millionen für die Durchführung der BAföG-Verordnungen. Dies ist wichtig. Ich denke, es ist auch ein wichtiger Punkt, für diese Zahl an Studierenden weiter gute Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Dies ist unsere Aufgabe; hieran gilt es auch weiter voll zu arbeiten.

Ein dritter Punkt: die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes. Auch Kollege Aiwanger hat heute Vormittag diese enge Verbundenheit deutlich gemacht. Wir gehen dort-

hin, wo die mittelständischen Betriebe sind. Wir gehen deshalb in die Regionen. Das ist eine wichtige Maßnahme, die sich mit der Festlegung und Festzurrung der Aufgabe von Technologietransfer im Hochschulinnovationsgesetz durchzieht. Dies heißt, wir gehen raus, zum Beispiel mit neuen Standorten, mit Hochschulen und Technischen Hochschulen in Dingolfing, Traunstein, Burghausen.

Nach über 30 TTZ, Technologietransferzentren, kommen noch weitere 15 dazu, um eben hier vor Ort mit den Unternehmen, den Betrieben, gerade auch mittelständischen Betrieben des Handwerks, dementsprechend diese enge Verzahnung nicht im elfenbeinernen Turm, sondern vor Ort in der Anwendung für die Wettbewerbsfähigkeit und für die Arbeitsplätze von morgen zu gewährleisten.

Ein vierter Punkt besteht, in der gebotenen Kürze, darin, die Investitionen zu stärken und planungssicher festzulegen. Auch hier gibt es eine Weichenstellung, die nach meinem Dafürhalten in der Öffentlichkeit, auch in den Medien, viel zu wenig gewichtet und berücksichtigt wurde. Laut Innovationsgesetz, Uniklinikagesetz, gibt es die Möglichkeit, hier seriös und stabil eigene Gelder in eigener Bauherreneigenschaft dementsprechend auf dem Kapitalmarkt einzuwerben und einzusetzen. Diese subsidiäre Verantwortungseigenschaft vor Ort hier festzumachen ist wunderbar. Das ist eine echte Möglichkeit, hier dementsprechend auch zusätzlich Kapital für die notwendigen Baumaßnahmen zu erstellen.

Ein fünfter Schwerpunkt –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Hintersberger, vielen Dank, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Eine Zwischenfrage gibt es noch.

Johannes Hintersberger (CSU): – betrifft Gesundheit und Health Care. Auch hier bieten sich viele neue Möglichkeiten des Studiums. Genannt seien Hebammen und Pflegeeinrichtungen.

Ein sechster Punkt besteht in Kunst und Kultur. Auch hier haben wir zum Beispiel in der Freien Szene deutlich aufgesetzt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich – auch deswegen, weil es mein letzter Haushalt ist, den ich hier vortragen darf – insbesondere bei den Kollegen des Haushaltsausschusses, und hier besonders beim Kollegen Josef Zellmeier, bei meinen Fraktionskollegen, aber auch – für eine konstruktive sachliche Arbeit – bei meinem Mitberichterstatter, bei der Kollegin Fuchs und dem Kollegen Ritter.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Hintersberger. – Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Bei Ihrer letzten Haushaltsrede gibt es noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hintersberger von der CSU, hier vorne sind wir, genau. Ich hätte eine Frage. Richtig ist natürlich, dass hier in Bayern viel Geld in die Hand genommen wurde. Sie haben es angesprochen. Das waren 8,7 Milliarden Euro. Das ist auch natürlich erst mal richtig so. Ich möchte das Defizit an den Schulen und gerade auch den Lehrermangel ansprechen. Wir wissen auch, dass zum Teil sehr viele Lehrer ausfallen und wir sehr diverse Klassen haben.

Das Problem besteht genau darin, dass die Lehreranwärter, die an den Universitäten und Hochschulen ausgebildet werden, anscheinend gar nicht ausreichend da sind, das heißt, dass es zwei Möglichkeiten gibt: Mit dem vielen Geld, das wir bezahlen, werden diese Lehrer entweder falsch ausgebildet – zumindest fehlen in vielen Fächern welche –, oder sie wandern aus Bayern ab, das heißt, wir bezahlen sie, und andere haben was davon. Wie stehen Sie zu diesem Problem, und wie könnte man trotz des vielen Geldes dieser Problematik Herr werden?

Johannes Hintersberger (CSU): Lieber Kollege! Wir sind nicht mehr beim Einzelplan 05, sondern beim Einzelplan 15;

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

ich habe aber vorher in aller Sachlichkeit gesagt, dass wir allein mit der HTA, der Hightech Agenda Bayern, 2.615 zusätzliche Planstellen in einer Verstetigung haben. Das spricht, glaube ich, für sich. Neue Programme und neue Planstellen sind ausgesprochen gut und zu befürworten, auch wenn Sie Bayern mit anderen Bundesländern hinsichtlich Lehrender an den Hochschulen in Relation setzen. Zusammen mit der klaren Maßgabe, bei diesem Vertrag mit den einzelnen Hochschulen Lehre als Grundaufgabe zu sehen und als solche abzurufen, sind das, denke ich, wichtige Aspekte, die hier weiter diesen hohen Qualitätsstandard gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hintersberger. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Susanne Kurz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Susanne Kurz (GRÜNE): Lieber Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Hintersberger! Die AfD ist möglicherweise ein bisschen verwirrt gewesen, weil sie im Einzelplan 15, in dem es um Studierende geht, über Bildung für Kinder gesprochen haben, wo es um Geld für Unis ging. Möglicherweise denkt man da ganz rechts außen nicht richtig mit.

(Zuruf: Zukunft der Kinder!)

– Dabei ging es um die Zukunft der Kinder. Immerhin kam dann noch in einem Halbsatz ganz am Schluss der große Schwerpunkt Kultur vor, der auch in diesem Einzelplan steckt und der hier in Bayern sogar verfassungsrechtlich niedergeschrieben ist. Wir leben hier in einem Kulturstaat und nicht in einem Hightech-Staat. Ihr Fokus wundert mich aber gar nicht. Wer Markus Söder kennt, weiß, dass er Weltklasseorchester mit Fußballvergleich zu entsprechenden Jubiläen gratuliert, und weiß, wie er es bei der Ralph-Siegel-Premiere manchmal bis zur Pause schafft und dass er sonst trotz

Zusagen in der Kultur eher mit Abwesenheit, aber vor allem immer mit Denkpausen glänzt. Ich komme gleich noch zu den Baustellen im Haushalt, mit denen das zu tun hat.

(Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

Sein Minister ist nämlich derjenige, der sich wünscht, dass dann andere zahlen sollen. Da wird es schwierig. Die Söder-CSU hat keine eigenen Visionen. Betont wurde: Für die Hochschulen gibt es Rahmenverträge. In der Kultur gibt es überhaupt keine Zielsetzungen, keine Leitplanken, geschweige denn Visionen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man dann keine eigene Vision hat, aber immer noch mehr – ich zitiere hier: – "privates Engagement und Unterstützung der Bürgerschaft" fordert, darf man sich nicht wundern, wenn dann irgendwann plötzlich die Legitimation und der breite Zuspruch dieser Bürgerschaft schwinden. Dann fragen sich immer mehr Menschen: Was hat denn das mit mir zu tun? Was ist denn los, wenn hier im Kulturstaat Bayern plötzlich alle lieber am Handy daddeln und irgendwelche Wurstfotos oder sowas posten? – Wir GRÜNE fordern, dass wir die Ergebnisse der Enquetekommission "Kultur in Deutschland" bei uns in Bayern auch umsetzen. Weg mit der Intransparenz, her mit Zielsetzungen oder Visionen, mehr Geld für Inhalte, weniger Geld für repräsentative Zwecke! Kulturpolitik ist auch in einem Wahljahr nicht da, wo man ein schöneres Foto machen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Inhalten gehört auch, dass die Menschen mit Lust und Leichtigkeit kommen und die Inhalte sehen können. Wir brauchen ein Online-Ticketing-System für bayerische Museen. Wir brauchen starke Vermittlung und kulturelle Bildung. Wie wenige Stellen Sie für Outreach und staatliche Kultur zur Verfügung stellen, ist beschämend.

Dass in der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen Daueraufgaben immer wieder als Projekte gelabelt werden, ist schlicht skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Skandal ist auch die Ignoranz der eigenen Klimaziele. Natürlich muss da die Kultur auch einen Beitrag leisten. Die will das auch; dann kommen aber Sie daher und sagen: Zahlen sollen es bitte die anderen. Transformationsmanagement und Anreize für sozialökologischen Umbau werden verneint. Bei der Unterstützung von Zertifizierung fehlt alles. There is no music on a dead planet, und auch Schuhplatteln geht auf einem toten Planeten leider nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenig nachhaltig ist auch der beständige Riesensanierungsstau in Kultur-, Hochschul- und Universitätsbauten. Den können Sie nicht schönreden. Teils regnet es durch Dächer, und der Beton fällt einem auf die Füße. Der Haushalt zeigt: Für die Dramatik der aktuellen Situation fehlt Ihnen seit Jahren jegliches Verständnis. Die Kostenschätzungen lagen schon vor drei Jahren bei über 5,8 Milliarden Euro. Seither bekommen wir gar keine Zahlen mehr. Die Beweihräucherung der Hightech Agenda Bayern nützt nichts, wenn unten drunter die Infrastruktur wegrottet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau wie die Kultur haben sich übrigens auch unsere bayerischen Hochschulen längst auf den Weg zur Nachhaltigkeit gemacht und wollen bis 2030 klimaneutral werden. Dabei dürfen wir sie nicht alleinlassen. Dafür brauchen sie dringend entsprechende Mittel.

Die Mangelwirtschaft und die Bankrotterklärung gibt es unserer Meinung nach auch beim studentischen Wohnen. Der Kollege Hintersberger hat erzählt, wie viel mehr die Studierendenwerke bekommen. Das reicht aber nicht, damit diese gestiegene Zahl an Studierenden, 404.000, auch eine Bleibe findet. Hier in München kosten WG-Zimmer

leicht über 700 Euro. Das liegt auch daran, dass in München 1.500 geförderte Apartments in der Münchner Studentenstadt seit fast zwei Jahren leer stehen und dass deren Sanierung beim Ministerium in der Prioritätenliste offenbar ganz weit hinten steht.

(Robert Brannekämper (CSU): Das Ministerium ist nicht zuständig!)

Außer einer Arbeitskreisgründung ist da nichts passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ob die BayernHeim, wie angekündigt, übernehmen kann, steht in den Sternen. Die CSU ist hier zuständig, Herr Brannekämper.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anderswo in Bayern sieht es auch nicht anders aus. Viele hochbegabte Studierende entscheiden sich gegen die Topstandorte in Bayern. Ohne hochbegabte Studierende sieht dann auch die Hochglanz-Agenda gleich ganz anders aus.

Last, but not least: Vor ein paar Wochen war die Direktorin der Ukrainischen Freien Universität hier zu Gast. Angesichts der Entwicklungen des letzten Jahres ist es gut, diese traditionsreiche Bildungsinstitution zu unterstützen. Das sollten wir weiterhin tun, allerdings noch mehr als bisher. Wissenschaft und Kunst sind Fundamente unseres Zusammenlebens. Hier Strukturen stärken heißt, Zukunft bauen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Kollegin Kurz, ich kann es echt nicht fassen. Hier wird ein Rekordhaushalt vorgelegt. Wie kommen Sie vor diesem Hintergrund

dazu, von einer Mangelwirtschaft zu reden? Mit allem Respekt, wenn ich Ihr Kunstverständnis betrachte – Bayern tut sehr viel für seine Künstler –, dann stelle ich fest: In Ihrer Rede ist kein einziges Mal, kein einziges Mal der Gedanke der Freiheit der Kunst gekommen. Wir wollen keine staatsalimentierte Kunst wie in der DDR. Wir wollen eine freie Kunst, die wir aktivieren. Das tut der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das ist die Großmeisterin der Umverteilung, die Dame!)

Susanne Kurz (GRÜNE): Die Wissenschaft ist auch frei. Da haben Sie es geschafft, einen Rahmenvertrag zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie wollen einen Rahmenvertrag für die Kunst? – Unglaublich!

Susanne Kurz (GRÜNE): Acht Bundesländer haben das schon. Acht Bundesländer haben umgesetzt, was die Enquetekommission "Kultur in Deutschland" unter einer Regierung, an der Sie beteiligt waren, gefordert hat. Wenn der Kulturstandort Bayern der allerletzte ist, der das umsetzt, dann ist das beschämend.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie wollen die Kunst an die Zügel nehmen!)

Kurz zur Mangelwirtschaft: Ich sprach hier vom studentischen Wohnen. Ich bin täglich mit Studierenden in Kontakt. Ich habe Kinder, die studieren. Ich weiß, dass es Leute gibt, die sich hier nicht bewerben, die lieber an die TU nach Berlin gehen, die lieber an andere Filmhochschulen gehen, weil sie sich hier Wohnen nicht leisten können. Ich habe fünf Jahre lang an der Filmhochschule München unterrichtet. Ich hatte Leute, die pendelten drei Jahre aus Nürnberg, weil sie in München keine Wohnung fanden. Das ist ein Problem, da sind Sie in der Verantwortung, das müssen Sie angehen!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kurz. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Kurz, ich bin einigermaßen erschüttert durch diese Haushaltsrede. Ich glaube, es ist Ihre erste. Ich bin echt erschüttert. Sie stellen sich hierhin und bringen einen Gegensatz von Kulturstaat und von Hightech-Staat.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf: Bravo!)

Das ist unfassbar. Entschuldigung, das gehört untrennbar zusammen. Bayern ist ein Land von Kreativköpfen, ob sie in der Kultur oder in der Wissenschaft beheimatet sind. Die einen aber gegen die anderen auszuspielen, das hätte ich in diesem Haus ehrlich gesagt nicht erwartet. Und dann kommen noch Wurstfotos, der Klimaschutz und der tote Planet. Liebe Frau Kollegin Kurz, nehmen Sie zur Kenntnis, dass Klimaschutz auch und ganz elementar mit Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zusammenhängt. Ein toter Planet entsteht dann, wenn wir in diesem Bereich aufhören zu forschen, zu lehren und zu entwickeln.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre wurde gerade angesprochen. Ja, die Freiheit von Wissenschaft und Lehre ist ein hohes Gut, sehr wichtig, aber Forschung und Entwicklung sind auch Grundlage unseres Wohlstands und haben daher elementar auch mit der Wirtschaft zu tun. Deswegen sage ich: Das Wissenschaftsministerium, das Wirtschaftsministerium und das Kultusministerium, das sind die drei Zukunftsministerien. Diese drei Bereiche sichern kurz-, mittel- und langfristig unseren Wohlstand. Ich sage hier auch ganz deutlich: Unser Wohlstand, das ist nicht irgendetwas, auf das man verzichten könnte. Bei einigen Kolleginnen und Kollegen sind Verbot und Verzicht ja gerade sehr in Mode. Nein, es ist nichts, worauf man verzichten könnte. Um es ein-

mal verfassungsrechtlich zu sagen: Wohlstand ist die Grundlage der Menschenwürde; denn ohne einen breiten Wohlstand können Sie die Grundrechte gar nicht ausüben. Sie stehen dann nur auf dem Papier. Auch dies muss an dieser Stelle einmal sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Forschung und Entwicklung finden in Bayern – und darauf bin ich sehr stolz – mehr und mehr nicht nur in den Metropolen, sondern in der Fläche statt. Wir FREIEN WÄHLER sind diejenigen, für die die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Bayern besonders wichtig ist. Ich bin deshalb der Staatsregierung aus FREIEN WÄHLERN und CSU sehr dankbar, dass wir im Bereich der Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit Außenstellen im Bereich Technologietransferzentren sehr, sehr viel getan haben, um die Kräfte und die Köpfe in ganz Bayern zu aktivieren. Ich darf dazu ein paar Beispiele nennen. An dieser Stelle möchte ich es auch nicht versäumen, den beiden zuständigen Ministern dafür zu danken. Markus Blume wird mich jetzt anschauen und fragen: Warum beide Minister? – Ja, Markus Blume, aber auch sein Vorgänger Bernd Sibler müssen hier genannt werden; denn das, was in dieser Legislaturperiode hier geschaffen wurde, habt ihr beide zu verantworten. Herzlichen Dank für diese gute Arbeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Stärkung der Regionen – da schaue ich zu Johannes Hintersberger. Wir haben uns, als der Ministerpräsident im Rahmen der Hightech Agenda etwas von der KI-Fabrik erzählt hat, zusammengesetzt und gesagt, ja, wir müssen das in die Fläche bringen. Da muss auch für Schwaben etwas herauskommen. Wir haben das damals "KI-Werkstatt" genannt. Jetzt heißt es "KI-Produktionsnetzwerk Augsburg". Es ist eine ganz wichtige Sache, ein wichtiges Signal, das auch im Allgäu ankommt. Demnächst wird es ein TTZ in Marktoberdorf geben, und es wird auch etwas in Kaufbeuren an-

kommen. Wir denken in die Fläche, wir entwickeln in der Fläche. Deswegen ist Bayern spitze, deswegen ist Bayern ganz vorn und wird es auch bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich freue mich auch sehr darüber, dass das Uniklinikum Augsburg vorankommt. Ich möchte hier diejenigen nennen, die in der vorletzten Legislaturperiode federführend mit dabei waren. Das waren Herr Kollege Josef Miller, Herr Kollege Harald Güller für die SPD, Christine Kamm für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Georg Barfuß für die FDP und meine Wenigkeit. Wir haben uns damals in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe darum gekümmert, und der Ministerpräsident hieß damals noch Seehofer. Er hat dann gesagt: Ja, das haben wir 1962 versprochen, jetzt halten wir. Jetzt sind wir tatsächlich dran, das Uniklinikum Augsburg als weiteres Universitätsklinikum in Bayern zu entwickeln.

Ja, es ist nicht nur Wissenschaft, es ist auch Kultur, was in diesem Ministerium verortet ist. Da haben wir, auch die Fraktionen, eine ganze Menge von guten Initiativen gestartet. Ich schaue auf Frau Kollegin Kerstin Radler. Sie hat immer wieder die jüdische Gemeinde in Regensburg im Blick gehabt, aber auch das Regensburger Jazzfestival. In aller Bescheidenheit sage ich auch, wenn wir über die Förderung der Grabungen für den Menschenaffen Danuvius guggenmosi reden: Unsere Fraktion war immer diejenige, die die Gelder gebracht hat. Jetzt haben wir wieder 400.000 Euro bereitgestellt. Herr Staatsminister, wenn Sie das nächste Mal an der Tongrube sind, dann wissen Sie, dass das von den Fraktionen und nicht vom Ministerium kommt; also eine kleine Nachhilfe an dieser Stelle.

Wir haben in diesem Bereich in diesem Haushalt viel vorangebracht. Ich danke deshalb auch ganz besonders dafür, dass die Zusammenarbeit des Wissenschaftsministeriums mit dem Kultusministerium und dem Wirtschaftsministerium hervorragend klappt. Ich glaube, es war eine gute Entscheidung, das Wissenschaftsministerium aus

dem Riesenministerium herauszulösen, weil dessen Aufgabe einfach so wichtig ist. Wir sehen, es funktioniert, es läuft. Deshalb: Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Redner ist Herr Prof. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Präsident, werte Damen und Herren Kollegen! Wie nicht anders zu erwarten war, wurden alle Änderungsanträge der Opposition zum Einzelplan 15, Wissenschaft und Kunst, abgelehnt – leider; denn besonders die AfD hatte einige Anträge eingebracht, die entweder den Bürgern direkt durch wohlüberlegte Projekte zugutegekommen wären oder indirekt dem Steuerzahler so manch sinnlose Ausgaben der Staatsregierung erspart hätten. Schauen wir uns doch einmal einige dieser Ausgaben im Ministerium an: Im Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit werden die Ausgaben im Vergleich zum Jahr 2022 mal eben locker um mehr als das Doppelte auf eine halbe Million Euro erhöht. Begründet wird dies einzig und allein mit den zwei Wörtern "neuer Aufgabenzuschnitt". Diese Geldverschwendung wollen wir nicht mitmachen, nur damit Minister Blume seine Reförmchen und Verlautbarungen im strahlenden Rampenlicht noch besser verkünden kann.

Wie sieht es bei den Großprojekten in Kunst und Musik aus? – Im Haushaltsplan 2023 wird immer noch am Bau des Münchner Konzerthauses festgehalten. Die erwarteten Baukosten werden bereits auf eine Milliarde Euro geschätzt. Diese Summe ist dem Steuerzahler angesichts der erwartbaren inflationsbedingten Kostensteigerungen schlichtweg nicht mehr zumutbar, zumal die Besucherzahlen – das muss man wissen – nicht nur durch die Corona-Krise bedingt in allen Konzerthäusern Deutschlands derzeit dramatisch zurückgehen.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Kritikpunkt in unseren Augen ist die freie Künstlerszene, die sogenannte "Freie Kunst-Szene". Aus den Mitteln für diese Titelgruppe werden spartenübergreifende Kulturprojekte, Festivals und Veranstaltungen der Freien Szene unterstützt. Wie der Name "Freie Szene" bereits erkennen lässt, definiert sich dieses Künstlermilieu als staatlich unabhängig und verdient deshalb auch keine Förderung durch den Steuerzahler, auch wenn die Kollegin Kurz von den GRÜNEN in ihrer unsäglichen Rede versucht hat, unseren Planeten totzureden.

Besonders die Erhöhung im Titel "Zuweisungen an Sonstige" von 300.000 Euro auf 3,6 Millionen Euro ist auffällig. Eine nähere Spezifizierung, wer genau diese Sonstigen sind, erfolgt nicht. Meine Damen und Herren, so darf der Staat nicht mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, schon gar nicht in Zeiten wie diesen.

(Beifall bei der AfD)

Doch wir haben mehr als Kritik zu bieten: Neben den zahlreichen Erhöhungen der Förderung für die verschiedenen Knabenchöre im Land, für den Denkmalschutz und für die zahlreichen gemeinnützigen Vereine, die sich im Übrigen rührig um unsere bayerische Geschichte und unsere bayerische Kultur kümmern, haben wir uns auch des Themas der Corona-Impfschäden angenommen. In zwei Änderungsanträgen fordern wir die Errichtung einer medizinischen Fachabteilung zur Behandlung von Erkrankungen, die durch die seit September 2020 verabreichten Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 ausgelöst wurden. Den Universitätskliniken in Erlangen-Nürnberg und in München soll die Aufgabe übertragen werden, die Betroffenen aus dem Raum Nordbayern und aus dem Raum Südbayern zu versorgen.

Seit Beginn der Verabreichung der experimentellen Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 häufen sich Berichte über schwerwiegende unmittelbare Impfreaktionen, aber ebenso über teils schwere Folgeerkrankungen. Dass es viel mehr Impfschäden gibt, als zunächst zugegeben wurde, können selbst Sie, liebe Kollegen von den Altparteien, nicht mehr leugnen. Die Wahrheit ist jetzt nämlich auch im Mainstream angekommen.

Selbst Minister Lauterbach gibt mittlerweile zu, dass es viel mehr Komplikationen gibt, als er zunächst selbst verlautbaren ließ.

Es ist unbestreitbar, dass seit Einführung der experimentellen Impfung in Deutschland ein beunruhigender Anstieg der Übersterblichkeit zu verzeichnen ist. Immer häufiger werden die ansteigenden Zahlen von Herzmuskelentzündungen, Gehirnentzündungen, Bluthochdruck sowie vieler weiterer Beschwerden auf die neuartige Impftechnologie zurückgeführt. Immer wieder berichten mir Bürger im persönlichen Gespräch, dass sie seit der Impfung nicht mehr dieselben seien. Sie seien kränklicher als vorher, und sie hätten eigenartige Krankheitsbilder. Die Ursache und die Behandlungsmöglichkeiten werden derzeit in Deutschland nur an zwei Standorten erforscht – in Marburg und in Berlin. Die dortigen Kapazitäten reichen aber vorne und hinten nicht aus. Auch die bayerischen Bürger haben einen Anspruch auf eine vollumfängliche Behandlung ihrer Impfschäden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zum Thema!)

Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für die Opfer der Impfkampagne. Es waren Sie von den Altparteien, die die Menschen zur Impfung getrieben haben, besonders auch die GRÜNEN.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zu Recht!)

Denn Sie haben durch staatliche Zwangsmaßnahmen und Medienbeeinflussung den gesellschaftlichen Druck aufgebaut, dem leider viele nicht standhalten konnten.

(Johannes Becher (GRÜNE): Was wir alles können!)

Meine Damen und Herren, Herr Minister Herrmann, heute haben Sie die Möglichkeit, in der Einzelabstimmung zu den Anträgen Ihren Fehler zu einem kleinen Teil wiedergutzumachen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Es ist der erste Haushalt aus Ihrer Feder und in der politischen Verantwortung des Wissenschafts- und Kunstministers Markus Blume. Sie sind ja seit dem 23. Februar 2022 im Amt. Deswegen können wir die heutige Schlussberatung zum Einzelplan 15 des Staatshaushalts auch für eine erste politische Bilanz Ihres Amtsjahres nutzen. Dazu gehört natürlich die politische Performance, vor allem aber auch die inhaltliche Bewertung, die sich auch im Haushalt widerspiegelt. Sie treten natürlich – und haben das von Anfang an praktiziert – forscher und schneidiger auf als Ihr Vorgänger, vielleicht auch noch im Habitus der fünf Jahre als CSU-Generalsekretär.

Einerseits haben Sie schnellere Entscheidungen getroffen, und andererseits haben Sie auch wieder gar keine Entscheidungen getroffen. Hier sei die Denkpause beim Konzertsaal angeführt. Es ist offengeblieben, ob das jetzt eine Pause vom Denken oder zum Denken war. Auch die Frage, was nach dieser Denkpause passieren soll, ist unbeantwortet geblieben. Sie haben sich vor dem Hintergrund der sozialen Lage der Studierenden in München in einer Art und Weise über studentische Wohnungen geäußert, dass Sie innerhalb weniger Tage Ihre Position um 180 Grad revidieren mussten. Dazu komme ich noch.

Wenn ich politische Bilanz ziehe, dann stelle ich fest, dass Sie in diesem einen Amtsjahr kaum eigene Akzente gesetzt haben. Sie haben viele dicke Bretter, die es ja wahrlich im Wissenschafts- und Kulturbereich gibt, weder inhaltlich noch finanziell angepackt. Deswegen ist es gut, wenn wir uns Ihr Hausaufgabenheft einmal näher anschauen, auch in Bezug auf diesen Haushalt.

Nicht von der Hand zu weisen ist – und das unterstützen wir ausdrücklich –, dass die Staatsregierung ordentlich Geld in die Hand genommen hat, um die Hightech Agenda auf den Weg zu bringen und zu finanzieren. Herr Minister, Sie haben der Forderung der SPD und vieler anderer nachgegeben, um endlich die wirklich quälende Debatte um das neue Hochschulgesetz zu beenden. Ich möchte aber an dieser Stelle festhalten: Es waren der Ministerpräsident selbst und Sie als damaliger Generalsekretär der CSU, die immer wieder davon gesprochen haben, die Hochschulen zu entfesseln. Gott sei Dank sind Sie dann in Ihrem Amt davon abgekehrt und haben einen zumindest akzeptablen Entwurf vorgelegt. Aber die zusätzlichen Mittel der Hightech Agenda dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hochglanzrhetorik zur Hightech Agenda nicht die tatsächliche Lage im gesamten Wissenschafts- und Kulturbereich widerspiegelt. Es ist bekannt, dass dort, wo viel Licht ist, auch sehr viel Schatten herrscht. Meiner Meinung nach und auch aus Sicht meiner Fraktion fließt ein zu großer Teil der Mittel zurück in die Metropolregion München, abgesehen vom Projekt des Ministerpräsidenten, die TU Nürnberg auf den Weg zu bringen.Die Lage der Hochschulen, und zwar sowohl der Universitäten als auch der Hochschulen und Kunsthochschulen, ist jenseits der Hightech Agenda tatsächlich so, dass es darüber hinaus effektiv keine Verbesserungen, keinen Mittelaufwuchs gibt. Zahlreiche Versäumnisse der Vergangenheit werden nicht ausgeglichen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Leuchttürme können die Baustellen – oder: Dauerbaustellen – nicht verdecken: deutliche Lücken in der Grundfinanzierung, ein dramatischer Sanierungsstau von – geschätzt – mindestens 10 Milliarden Euro allein an den Hochschulen, Universitäten und Universitätsklinika sowie große, nicht erledigte Pflichtenhefte in Sachen Digitalisierung.

Aber auch die soziale Lage an den Universitäten und Hochschulen haben Sie nicht angepackt. Ich darf die Situation der Lehrbeauftragten ansprechen. Es waren verlorene viereinhalb, fast fünf Jahre für die Lehrbeauftragten. Sie als neu startender Wissen-

schaftsminister hätten es in der Hand gehabt, daran auch substanziell etwas zu ändern. Sie bekommen durch diesen Haushalt keine zusätzlichen Dauerstellen. Nach wie vor stellen Sie sich nicht der Aufgabe, für ausreichend sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse an den Universitäten und Hochschulen zu sorgen. Diese brauchen wir, um die prekären Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere an den Musik- und Kunsthochschulen sowie in der Fremdsprachenausbildung, abzulösen. Dafür haben Sie nichts gemacht. In diesen Bereichen ist leider nach wie vor die Altersarmut vorprogrammiert.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zum studentischen Wohnen: Sie haben das selbstgesetzte Ziel, für 15 % der Studierenden Wohnheimplätze zu schaffen, natürlich auch in diesem Jahr unterschritten.

Ich darf einen Punkt zu den Studierendenwohnungen in München aufgreifen, der schon angesprochen worden ist: Die berechtigte Forderung des Studierendenwerks München aus dem vergangenen Jahr nach weiteren 24,4 Millionen Euro hatten Sie noch Ende August 2022 als "utopisch" bezeichnet. Aber einen Monat später mussten Sie eingestehen, dass dafür nicht 24,4 Millionen Euro, sondern 30 Millionen Euro notwendig sind. Das war eine Pirouette – damit haben Sie ja Erfahrung aus früherer Zeit –, bei der Sie wirklich politisch gestrauchelt sind. Es war jedenfalls kein akzeptabler Umgang mit dem Thema "studentisches Wohnen".

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ganz kurz zur Kulturpolitik: Nach wie vor fehlt in der Kulturpolitik ein Masterplan für die Zukunft. Die Hausaufgabe der Kulturbauten, die riesig ist, haben Sie bislang nicht angepackt. Die Hausaufgabe der Kulturförderung bleibt ungelöst. Dafür müssen Sie endlich mehr machen. Die Hausaufgabe, den privaten und freien, aber auch den kommunalen Theatern mehr Unterstützung zu gewähren – das gilt auch für die nichtstaatlichen Orchester –, ist ebenfalls nicht gelöst.

Nach wie vor haben Sie auch im Bereich der kulturellen Bildung ein dickes Aufgabenheft.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Volkmar Halbleib (SPD): Die Sing- und Musikschulen sind dafür sprichwörtlich. Durch unseren Druck haben wir es Gott sei Dank geschafft, die Mittel um 1 Million Euro zu erhöhen. Wir brauchen 3 Millionen Euro. Sie können heute auch noch diesen 3 Millionen Euro, die notwendig sind, Ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie, Herr Minister, hätten es gleich in Ihren Entwurf schreiben müssen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Herrn Kollegen Dr. Stephan Oetzinger von der CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, lieber Volkmar, du hast davon gesprochen, dass wir zu viel in den Metropolen, insbesondere in der Metropole München, täten. Zunächst die Feststellung: Wir intensivieren die Arbeit in der Fläche. Wir gehen noch einmal in die Fläche – mit zusätzlichen Technologietransferzentren –, um den ländlichen Raum weiter zu stärken

Eine konkrete Nachfrage habe ich zu dem Projekt Technische Universität Nürnberg; du hast es ja bewusst angesprochen. Bayern ist das erste Land, das nach über dreißig Jahren die Neugründung einer Universität vornimmt. Die Technische Universität Nürnberg hat einen sehr, sehr guten Start hingelegt. Bist du nicht auch der Meinung, dass das ein absolutes Vorzeigeprojekt nicht nur für Mittelfranken, sondern auch für den gesamten nordbayerischen Raum ist?

Volkmar Halbleib (SPD): Die Antwort ist klar: Wir haben das Projekt TU unterstützt. Natürlich heißt das nicht, dass wir dafür in Kauf nehmen, dass an allen anderen Universitäten und Hochschulen nach wie vor der Hochschulbau nicht angepackt wird und dass Sie nach wie vor die Uniklinika nicht anpacken. Wir haben einen Sanierungsstau von 10 Milliarden Euro. Durch die TU sind weitere Milliarden dazugekommen. Diesen Sanierungsstau müssen wir abbauen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das muss doch das Ziel sein. Das machen Sie aber nicht.

Abschließend: Zu den Sing- und Musikschulen erwarten wir uns in Zukunft mehr, Herr Minister. Wir erwarten uns auch mehr zum Thema Denkmalschutz und Denkmalförderung. Hier haben wir nicht einmal mehr die Hälfte dessen, was wir vor zwanzig Jahren hatten. Sie müssen endlich Farbe bekennen, das dicke Brett durchbohren und Ihre eigenen Akzente in Ihrem Etat setzen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Kollege Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sieht man sich den Einzelplan 15, Wissenschaft und Kunst, an, dann wird eines sehr schnell klar: "Business as usual" – so würde ich es umschreiben. Die Staatsregierung macht lediglich so weiter wie bisher, nicht mehr, nicht weniger. Schwerpunkte, neue Akzente durch den neuen Minister, gute Ideen, innovative Ansätze, geschweige denn, dass deren Umsetzung endlich angegangen würde – all das fehlt, sehr geehrter Herr Staatsminister. Sie sind seit über einem Jahr im Amt. Insofern hätte ich mir sehr viel mehr erwartet.

Ich möchte aus dem jüngsten ORH-Bericht einen Punkt herausgreifen, der auf den ersten Blick nebensächlich aussieht, mir aber sehr am Herzen liegt. Der ORH hat nachgefragt. Zwischen November 2020 und Mai 2021 führte er bei siebzig Museen Befragungen durch; dabei ging es um eine Erhebung des Istzustandes der Barrierefreiheit. Ehrlich gesagt, das Ergebnis ist ein Armutszeugnis: In 80 % der Museen werden keine Texte in leichter Sprache oder mit Vorlesefunktion angeboten. In 90 % gibt es keine Videoguides, um Ausstellungen in Deutscher Gebärdensprache erschließen zu können. Über 70 % der staatlichen Museen bieten keine Führung für Gehörlose an. Das sind nur wenige der insgesamt, ich möchte es so deutlich sagen, verheerenden Zahlen in diesem Bereich.

Barrierefreiheit ist für mich nicht nur ein wichtiges gesellschaftliches Ziel. Sie erschließt unseren Kultureinrichtungen auch neue Kundenpotenziale. Ich hoffe, Herr Staatsminister, dass Sie sich dieses brisanten Themas sehr schnell annehmen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Verehrte Damen und Herren, Staatsminister Blume hat angekündigt, einen "Masterplan Kultur" am 10. Mai dieses Jahres im Ausschuss vorzustellen. Ja, 199 Tage vor der Wahl – das hätte auch früher kommen können, zumal der Haushalt heute verabschiedet wird. Seit mehr als vier Jahren ist diese Regierung im Amt; Sie, Herr Staatsminister, natürlich nicht, das sei zugegeben; dennoch besteht das Haus, und die Informationen sind da. Mich erinnert das fatal an die Regierungserklärung der Digitalministerin. Das ist mir zu wenig. Es ist ein weiterer Beleg für die Innovations- und Kulturschwäche dieser Regierungskoalition.

Ich hatte im Ausschuss beantragt, dass der Minister über die "Denkpause" in Sachen Konzerthaus spricht. Ganz eigenartig: Dieser Antrag, ein Berichtsantrag, wurde, was unüblich ist, abgelehnt. Ich sage, das ist eine Bankrotterklärung, ein Davonlaufen vor Problemen, die effektiv da sind.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Verehrte Damen und Herren, es ist verwunderlich, dass der Staatsminister mit einer Erhöhung des Etats für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seines Hauses um mehr als das Doppelte aufwartet. Es tut mir leid – ich habe ja dieses Haus selbst einmal geleitet –, aber wenn diese Erhöhung ein gutes halbes Jahr vor der Wahl kommt, dann ist das für mich ein klares Zeichen, dass dies dem Wahlkampf geschuldet ist. Das hätten Sie nicht nur besser machen können, sondern auch besser machen sollen. Ich glaube, das wird Ihnen noch auf die Füße fallen. Dass diese Erhöhung jetzt, knapp ein halbes Jahr vor der Wahl, notwendig ist, bezweifle ich sehr stark.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir hatten ja noch einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht; auch dieser wurde natürlich abgelehnt.

Verehrte Damen und Herren, kurz und knapp dargestellt: Wir fordern zeitgemäße, digitale Antragsverfahren und Marketingmaßnahmen für den Kulturfonds Bayern sowie den Aufbau einer Crowdfunding-Plattform mit einem entsprechenden Förderprogramm für die Kultur im Freistaat. Insoweit passiert überhaupt nichts. Auch das gibt eine verheerende Wirkung nach außen.

Wir fordern deutlich mehr Investitionen im Bereich des Wissenschaftsmanagements und der Wissenschaftskommunikation.

Aber das größte Ärgernis ist die Politik der Ausgabereste. Der ORH: Die Ausgabereste betrugen 2,5 Milliarden Euro. Insgesamt erhöhten sie sich von 2020 auf 2021 – neuere Zahlen gibt es nicht – um knapp 500 Millionen Euro; das sind knapp 25 %. Ich glaube, 2022 wird es nicht besser gewesen sein.

Es ist das alte Lied mit dieser Regierung: Ankündigen – und nicht umsetzen. Das ist meine größte Befürchtung in diesem Prozess der Wissenschaft, wo es auf Schnelligkeit, auf Dynamik ankommt. Sie sagen uns das doch immer im Zusammenhang mit der Hightech Agenda und weisen darauf hin, wie gut Sie angeblich sind.Nein, die Aus-

gabereste sprechen eine andere Sprache, verehrte Damen und Herren! Nachdem meine Redezeit zu Ende ist, stelle ich fest, diese Ausgabereste haben mich zur Entscheidung kommen lassen, meiner Fraktion zu empfehlen, die mir hier gefolgt ist, den Haushalt abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Prof. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Verehrter Herr Kollege Heubisch, wir sind 2008 gemeinsam in den Landtag eingezogen. Deshalb wundert es mich ein bisschen, dass du zum einen sagst, das sei viel zu wenig, und dass du zum anderen kritisierst, dass ein halbes Jahr vor der Wahl Vorhaben auf den Weg gebracht werden. Ich weiß nicht, ob es richtig wäre, ein halbes Jahr vor der Wahl ans Aufhören zu denken. Ich glaube nicht. Wenn ich mir ansehe, was wir in dieser Legislaturperiode in diesem Bereich geschafft haben, würde ich gerne wissen, ob du dich an irgendeine vorhergehende Legislaturperiode erinnern kannst, in der so viel für Wissenschaft und Kunst auf den Weg gebracht wurde wie in den letzten viereinhalb Jahren.

(Zuruf: Das war seine eigene Legislaturperiode!)

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Herzlichen Dank für die Frage. Lieber Winfried, es ist sehr auffällig, dass du immer in die Vergangenheit schaust. Wir sollten doch in die Zukunft blicken. Gerade in diesem Bereich ist es angesagt, die Zukunft zu betrachten. Ich unterhalte mich über die Zukunft und nicht über die Vergangenheit. Sorry, aber jetzt bin ich fast zehn Jahre nicht mehr im Amt, und du stellst immer wieder die gleichen Fragen. Dazu fällt mir nichts mehr ein.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Anne Franke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die sozialökologische Transformation ist eine riesengroße Aufgabe, vor der wir alle stehen, ganz besonders die Forschung. Aber hier haben Sie, meine Damen und Herren von der CSU, lange tief und fest geschlafen. Wo ist denn beispielsweise Ihre Unterstützung für eigenständige außeruniversitäre Institute, die in diesem Bereich wichtige Arbeit leisten?

(Robert Brannekämper (CSU): Sie gehören zum Wirtschaftsministerium!)

– Nein, ein großer Teil der außeruniversitären Institute gehört in den Wissenschaftshaushalt. Lassen Sie mich deshalb feststellen, es gibt auch Beispiele, wo es gut gemacht wird, nämlich in Baden-Württemberg. Dort gibt es eine Innovationsallianz. Aber hier in Bayern fehlt eine solide Grundfinanzierung für gerade solche Institute, die schnell auf neue Problemstellungen reagieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei hat Ihre Strukturkommission schon vor zehn Jahren Veränderungen gefordert. Was ist passiert? – Nichts. Beispielsweise wartet noch heute das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung auf eine Aufstockung der Mittel. Ausgerechnet bei der Energieforschung kürzen Sie! Sie haben das Zentrum für Angewandte Energieforschung zerschlagen. Keine Förderung mehr für Garching und Hof! Wir GRÜNE haben Ihnen zu diesen Haushaltsberatungen sehr gute Vorschläge für die Unterstützung außeruniversitärer Institute geliefert, die im Vergleich zu Ihrer Hightech Agenda Peanuts kosten, aber enorm viel bewirken würden. Alles abgelehnt!

Eine katastrophale Fördermittelsituation gibt es auch beim Denkmalschutz. Die Folge: Leerstand, Notabrisse, Eigentümer, die nicht wissen, wie sie ihre Sanierung bezahlen sollen, die Personalausstattung unzureichend.

(Robert Brannekämper (CSU): Wo gibt es Notabrisse?)

Mit diesem Haushalt zeigen Sie einmal mehr, dass Ihnen unser gebautes kulturelles Erbe herzlich egal ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss aber etwas Positives: Ich danke Ihnen, Herr Minister Blume, und dir, Fabian Mehring, dafür, dass die Friedens- und Konfliktforschung sowie die Sicherheitsforschung künftig vernetzt und gestärkt werden können. Dafür habe ich mich in den letzten Jahren mit ganzem Herzen eingesetzt. In diesen Krisenzeiten, besonders angesichts des Kriegs gegen die Ukraine, ist dies ein wichtiges Zeichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Anne Franke (GRÜNE): Letzter Satz: Ich hoffe, dass daraus jetzt auch in Bayern endlich ein Institut entsteht, das signifikant in Politik und Gesellschaft hineinwirkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Markus Blume. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Einzelplan 15. Während der Beratungen habe ich mich gefragt, über welches Land hier manche Kolleginnen und Kollegen von der

Opposition sprechen. Der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren, kann es nicht gewesen sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich verstehe auch nicht, wieso hier Gegensätze in der Debatte aufgemacht wurden. Gleich eingangs hat die Kollegin der GRÜNEN hier einen Gegensatz – Herr Kollege Pohl hat es schon verdeutlicht – zwischen Kultur und Wissenschaft, Hightech und Heimat festgestellt, meine Damen und Herren.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das ist kein Widerspruch! Es geht um beides!)

Das ist definitiv nicht richtig. Unsere Philosophie war stets, Heimat und Hightech gehören zusammen, und ich darf sagen, beim Thema Fortschritt und Kultur ist Bayern Fortschritts- und Kulturland Nummer eins in Deutschland, meine Damen und Herren. Darauf dürfen wir stolz sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahlen sprechen absolut für sich, egal auf welche Disziplin Sie blicken. Wenn Sie schauen, wohin die Quasi-Nobelpreise der Wissenschaft gehen, die Leibniz-Preise, stellen Sie fest, seit 2018 sind 25 % der Preise nicht irgendwohin gegangen, sie sind nach Bayern gegangen. Bei der Frage der Spitzenprofessuren habe ich vorhin, ich glaube, von Frau Kurz gehört, die besten Köpfe orientieren sich anderweitig.

(Zuruf der Abgeordneten Susanne Kurz (GRÜNE))

Nein, die besten Köpfe und Talente kommen nach Bayern! Wir haben herausragende Spitzenprofessoren berufen können. Wir kehren in Bayern den Brain Drain um, meine Damen und Herren!

Wir haben herausragende Orchester, wir haben eine blühende Kulturlandschaft. Das Bayerische Staatsorchester zum Beispiel ist ein halbes Jahrtausend alt. Wir wissen um die Verantwortung, und es ist gerade zum zehnten Mal Orchester des Jahres ge-

worden. Egal, wohin Sie blicken, meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern und seine Einrichtungen sind spitze, und wir lassen uns das nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Franke, zu dem Gesamtbild gehören in der Tat auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie hatten erwähnt, Sie waren mit Ihren Anträgen nicht erfolgreich. Möglicherweise lag dies daran, dass Sie nicht realisiert haben, dass die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Freistaat zum Wirtschaftsministerium gehören. Wir sind stolz darauf, was auch diese Einrichtungen leisten. Helmholtz, Leibniz, Fraunhofer, Max Planck – es gibt kaum ein Land, lieber Herr Kollege Weigert, wo diese Einrichtungen so stark sind wie in Bayern. Auch das können Sie uns hier heute nicht madigmachen.

Ich kann nur feststellen, dieser Einzelplan 15, meine Damen und Herren, ist auch ein bisschen die Pulsader des Föderalismus. Andere wären stolz darauf, wenn sie die gleichen Möglichkeiten hätten wie der Freistaat Bayern. Ich habe das Vergnügen, Vorsitzender der Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern zu sein. Ich kann Ihnen sagen: Solche Verhältnisse wie in Bayern, dass wir nicht sparen müssen, sondern immer noch eine Schippe drauflegen können, gibt es nirgendwo sonst. Ich bin mir sicher, fast jeder Minister und fast jede Ministerin würde gern mit uns tauschen, weil hier im Freistaat Möglichkeiten vorhanden sind, wie es sie nirgendwo sonst gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind hier auch ein bisschen bei der Bilanz, und natürlich geht es jetzt um den Haushalt 2023, aber auch um die Gesamtbilanz der letzten fünf Jahre. Ich darf sagen, wir blicken auf fünf verdammt gute Jahre für Wissenschaft und Kunst in Bayern. Der Haushalt ist seit 2018 insgesamt um 28 % aufgewachsen. Die Hightech Agenda war der große Boost, lieber Robert Brannekämper, für diesen Einzelplan 15. Johannes Hintersberger hat es deutlich gemacht: 2 Milliarden Euro, über 2.500 Stellen zusätzlich

in den Wissenschaftsbetrieb gegeben, 1.000 Professuren, der Rest für den Mittelbau. Das ist eine Stärkung der gesamten Hochschulfamilie. Bei Kunst und Kultur gab es in diesem Zeitraum ebenfalls eine deutliche Steigerung von 20 %.

Frau Kollegin, weil Sie gerade ausgeführt haben, dass Bayern hier seinem Bekenntnis zum Kulturstaat nicht nachkommen könnte oder würde: Ich kann Ihnen versichern, es gibt kein Land in Deutschland, das so viel wie der Freistaat Bayern für Kunst und Kultur aufwendet, und zwar in absoluten Zahlen. Wir liegen hier mit Abstand an der Spitze. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode wahrscheinlich die Kulturmilliarde erreichen, meine Damen und Herren! Das soll uns erst einmal jemand nachmachen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir blicken auf einen absoluten Rekordhaushalt bei einem gleichzeitigen Rekordhoch an Studierenden und an Stellen. Wir haben so viele Studierende wie noch nie. Wir haben so viele Professorinnen und Professoren wie noch nie, und wir tätigen so viele Investitionen wie noch nie: 7 Milliarden Euro nur im Hochschulbereich – ein Plus von 34 %, liebe Kolleginnen und Kollegen, gegenüber dem Jahr 2018. Deswegen ist es völlig richtig, was Johannes Hintersberger vorhin gesagt hat, meine Damen und Herren. Wir reden in diesem Einzelplan, lieber Johannes, über einen absoluten Rekordhaushalt. Es ist ein Rekordhaushalt für den Freistaat Bayern. Es ist aber auch Benchmark für Deutschland, wenn ich das so sagen darf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Markenzeichen des Haushalts: Wir investieren in Technologie und Talente, in Regionen und Räume, aber auch in Vielfalt und Versorgung.

Erstens. Wir investieren in die besten Köpfe. Ich will das noch mal deutlich machen. Wir investieren in die besten Köpfe – 365 neue Stellen, lieber Josef Zellmeier. 365 neue Stellen, das heißt jeden Tag ein kluger Kopf für Bayern. 14 Stellen an der TUM und der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, beispielsweise für das Thema

"Klimaschutz und Landwirtschaft" und die Frage, wie wir das zusammenbringen. Es ist eben falsch zu sagen, dass wir hier sparen würden. Nein, wir machen was. Unser Motto – ich darf das an der Stelle einfügen – heißt: Forschen statt festkleben. Wir glauben an den Fortschritt, und das ist der eigentliche Schlüssel zur Bewältigung der großen Fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Stellen für die Gründungsförderung, Stellen für Geriatronik in Garmisch-Partenkirchen, 80 neue Stellen, lieber Robert Brannekämper, für den Ausbau der Technischen Universität Nürnberg als zehnter Landesuniversität usw. usf. Jeden Tag ein neuer kluger Kopf für Bayern!

Zweitens. Wir investieren in alle Regionen. Wir schaffen neue Studienstandorte und stärken unsere jungen Standorte weiter. Neue Studienstandorte: beispielsweise Dingolfing, ganz aktuell, ein Vorzeigeprojekt mit einem großen Arbeitgeber der Region – liebe Kollegin Högl, weil ich Sie gerade sehe –, ein Campus, der den Fachkräftemangel an der Wurzel bekämpfen soll, ein innovatives Projekt, das Strahlkraft weit über die Region hinaus haben wird. Traunstein: Digitalisierung im Chiemgau, vielleicht der schönste Campus der Republik.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Weiterer Ausbau in Burghausen. An der TH Rosenheim zum Beispiel wurde zum ersten Mal eine W3-Professur besetzt; hier wurde zum ersten Mal an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften eine W3-Professur für Wasserstoff besetzt. Pfarrkirchen, Cham – egal wohin wir schauen, es rührt sich was, meine Damen und Herren, und eben nicht nur in den Metropolen, sondern gerade im ganzen Land. Das ist Hochschulpolitik à la Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir schaffen auch gute Studienbedingungen an den bestehenden Standorten. All das, was wir machen, dient der Absicht, dass unsere Studierenden beste Voraussetzungen haben. Dazu gehören natürlich auch die Studentenwerke. Deswegen war es mir auch ein besonderes Anliegen, dass wir gemeinsam mit den Regierungsfraktionen sagen, dass wir sie deutlich stärken wollen; ein Plus von 34 %!

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen, dass alles, was wir investieren, in der Region gut angelegt ist, weil es hier tatsächlich um die Zukunft geht. Es ist quasi unser Markenkern, dass wir auf Innovation, Technologie und Talente setzen.

Ich will deutlich sagen, ich würde mir mehr wünschen von anderen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mit der Leidenschaft, mit der Sie hier am Rednerpult argumentieren, gegenüber dem Bund argumentieren würden. Ich würde mich freuen, liebe Vertreterinnen und Vertreter von den Ampel-Parteien, wenn Sie den Bund fragen, wann denn endlich die DATI kommt, diese Deutsche Agentur für Technologie und Sonstwas-Transfer. Null, nichts, nada! Währenddessen haben wir 15 neue Technologietransferzentren auf den Weg gebracht. Liebe Kollegen, das ist der Unterschied zwischen Berlin und Bayern. Bei uns werden die Dinge vorangetrieben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt auch fürs Bauen. Wir investieren nicht nur in die Region, sondern wir investieren massiv ins Bauen, in die Infrastruktur. Die Anlage S wird auf hohem Niveau fortgeschrieben. Wir haben praktisch überall und jede Woche irgendwelche Spatenstiche und Richtfeste. Lieber Kollege Halbleib, ich verstehe ehrlich gesagt gar nicht, wie Sie zu der Einschätzung kommen können, dass wir nur in den Metropolregionen bauen würden; denn so kann ich mir gar nicht erklären, wieso wir ständig gemeinsam auf Fotos in Ihrer Region sind, wenn es in Würzburg, Unterfranken und anderswo zur Sache geht. Wir investieren überall in gleicher Weise und besonders in den Regionen, in denen in der Vergangenheit vielleicht sogar weiße Flecken waren. Das ist unser Be-

kenntnis zu starken Zukunftsregionen in allen Landesteilen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir nehmen – ehrlicherweise – Milliardenbeträge in die Hand, Milliardenbeträge für unsere Hochschulen, Milliardenbeträge kommend, lieber Kollege Heubisch, natürlich im Kulturbereich, Milliardenbeträge ganz konkret im Bereich der medizinischen Versorgung; denn wir wissen, dass es absolute Schlüsselthemen sind.

In dieser Legislatur wurde die Neubauerweiterung am Uniklinikum Würzburg auf den Weg gebracht. Auf den Weg gebracht: Großhadern. Auf den Weg gebracht: Neubau in Augsburg. Auf den Weg gebracht: Kinderklinik, das neue Haunersche in München. All diese Projekte, meine Damen und Herren, bewegen sich in der Recheneinheit der Milliarde und machen deutlich, dass wir uns zu hochwertiger Versorgung überall in Bayern, im gesamten Raum bekennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir geben Sicherheit, das will ich noch deutlich machen. Wir geben Sicherheit, meine Damen und Herren, weil wir beim Thema Gesundheit und solchen Dingen nicht sparen. Wir geben aber auch Planungssicherheit. Wir haben beim Thema Energie von vornherein gesagt: In Bayern muss niemand zittern, es muss auch niemand frieren, und zwar egal ob im Hochschulbereich oder im Kulturbereich.

Im Kulturbereich satteln wir drauf. Wir machen keine halben Sachen in Bayern. Es gibt den Bayernbonus für Kunst- und Kultureinrichtungen, 51,5 Millionen Euro, die jetzt in diesen Tagen ausgezahlt werden, meine Damen und Herren. Kaum ein Land sattelt zur Bundesförderung noch etwas drauf. Die Zusicherung des Freistaats, dass selbstverständlich bei staatlichen Einrichtungen die Energierechnungen bezahlt werden, ist deutschlandweit etwas Einmaliges.

Zu guter Letzt: Vielfach wurde gesagt, wir würden zu wenig für die Kultur machen. Wir schützen und wir schätzen, was wir kulturell in Bayern haben. Meine Damen und Herren, es ist einzigartig, was wir für den kulturellen Bereich, für die Kulturförderung und auch für den Denkmalschutz in die Hand nehmen. Vorhin wurde das gesagt.

Für den Denkmalschutz, lieber Robert Brannekämper, werden wir in diesem Jahr erstmals fast 50 Millionen Euro zur Verfügung haben, zusammen mit dem Entschädigungsfonds von Land und Kommunen. 50 Millionen Euro für den Denkmalschutz, meine Damen und Herren! Da ist lächerlich, was andere Länder im Vergleich machen. Niedersachsen beispielsweise – ein großes Flächenland mit fast so vielen Denkmälern wie Bayern –: 2,7 Millionen Euro Förderung. Bei uns in Bayern sind es 50 Millionen Euro, meine Damen und Herren. Das ist der Unterschied, und ich würde Sie bitten, diese Fakten einfach mal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren auch hier überall. 10 Millionen Euro im Theaterbereich! Manch einer fragt: Muss das sein? – Ja, weil wir so starke Theater überall im Land haben, im nicht staatlichen wie im staatlichen Bereich. Wir fördern die Kultur mit dem Kulturfonds in allen Landesteilen und vieles andere mehr.

Ich darf deswegen abschließend einfach Danke sagen, Danke sagen an das großartige Miteinander in den Regierungsfraktionen! Danke an den zuständigen Ausschuss, auch an den Haushaltsausschuss! Danke an den Finanzminister, an den Ministerpräsidenten und am Ende natürlich auch an die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler! Wir versprechen Ihnen, dass das Geld in diesem Bereich herausragend angelegt ist, weil es für Zukunft steht, wie vorhin schon gesagt wurde, weil es für Heimat steht, wie vorhin schon gesagt wurde, weil es für die Einzigartigkeit des Freistaats Bayern steht.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sagen jetzt, Sie würden sich noch mehr wünschen. Ich würde mir auch an vielen Stellen mehr wünschen. Setzen Sie

sich gemeinsam mit uns dafür ein, dass der Länderfinanzausgleich reformiert wird! Dann haben wir 10 Milliarden Euro jedes Jahr mehr – dreimal jedes Jahr eine Hightech Agenda, jedes Jahr 5 neue Unikliniken, 65.000 Studentenappartements und andere Dinge mehr. Dann könnten wir aus dem Träumen gar nicht mehr herauskommen, meine Damen und Herren. Unterstützen Sie uns dabei, aber stimmen Sie wenigstens diesem Haushalt heute zu!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen vier Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Für die erste erteile ich dem Kollegen Prof. Ingo Hahn, AfD-Fraktion, das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Minister Blume von der CSU, die Impfschäden sind ja nicht mehr zu leugnen, nicht von Ihnen und auch nicht vom Mainstream. Ich mache mal darauf aufmerksam: Übersterblichkeit, Herzmuskelentzündungen, Gehirnentzündungen, Bluthochdruck usw. usf. Die bayerischen Bürger haben ein Recht, sie haben einen Anspruch auf Behandlung ihrer Impfschäden. Bisher haben wir in Bayern überhaupt noch keinen Standort, an dem so etwas behandelt wird. Eben haben Sie gesagt, Sie sparen nicht beim Thema Gesundheit.

Jetzt meine Frage: Warum haben Sie unseren AfD-Antrag zur Einrichtung, zur Errichtung des ersten Standortes für eine Fachabteilung zur Behandlung dieser Impfschäden hier in Bayern nicht aufgenommen? Sie haben ihn abgelehnt. Meine Frage ist: Wieso machen Sie das? Sind Ihnen diese Leute denn komplett gleichgültig?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Lieber Herr Kollege, ich habe mir zuerst die Frage gestellt, ob ich überhaupt antworten soll; denn Sie schaffen es regelmäßig nicht, das Thema der jeweiligen Aussprache zu treffen.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Aber ich will deutlich machen, dass wir selbst in diesem Bereich im Freistaat Bayern viel machen. Wir haben zusammen mit und auf Initiative von Klaus Holetschek, unserem Gesundheitsminister, inzwischen an allen Uniklinikstandorten Ambulanzen eingerichtet, die sich mit dem Thema Post COVID beschäftigen, wozu selbstverständlich auch Impfthemen gehören. Insofern darf ich Ihnen sagen: Wo immer jemand in Bayern Rat und Hilfe in medizinischer Hinsicht sucht, dem wird in Bayern geholfen, und zwar überall.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Andreas Winhart (AfD): Sogar in Berlin haben sie ein Zentrum!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Heubisch, FDP-Fraktion, das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Herr Staatsminister Blume, ich möchte nachfragen – ich habe es vorher schon in meiner Rede angedeutet –: Wir sind uns einig, dass wir in einem knallharten Wissenschaftswettbewerb stehen. Ich habe ausgeführt, Schnelligkeit und Dynamik sind angesagt. Die Exzellenzinitiative läuft jetzt an. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Universität Bonn mit sechs Clustern mehr eingeworben hat als ganz Bayern. Vor diesem Hintergrund ist natürlich die Dramatik der Ausgabereste eine ganz besondere. Meine Frage ist: Wie wollen Sie es schaffen, von diesen sehr, sehr hohen Ausgaberesten herunterzukommen und in die Wissenschaft zu investieren?

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Lieber Herr Kollege Heubisch, alles, was wir in den letzten Jahren in Bayern gemacht haben, hat auch dem Ziel gedient, uns für die nächste Runde der Exzellenzinitiative besser aufzustellen. Wir haben gelernt, was damals – das wissen Sie selbst am besten – falsch gelaufen ist: dass unsere Hochschulen in Bayern gedacht haben, sie könnten vieles alleine, dass sie vielleicht den Wettbewerb auch unterschätzt haben. Deswegen gab es eine Hightech Agenda, deswegen gibt es ein neues Bayerisches Hochschulgesetz, und deswegen weiß auch jede Hochschule, dass sie in relevante langfristige Projekte investieren

und sich aufstellen muss. Deswegen habe ich auch überhaupt keine Schwierigkeit, hier Haushaltsreste oder Ausgabereste zu rechtfertigen, weil ich weiß, dass es bei der Hälfte dieser Reste um Drittmittel geht, die in der Hochschule längst verplant sind für Projekte, die nicht im Hier und Heute liegen, sondern weit über den Tag hinausreichen und insofern einen wichtigen Beitrag leisten für die nächste Runde der Exzellenzinitiative.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich hätte eine konkrete Nachfrage zur Hochschule Weihenstephan-Triesdorf. Sie haben im Juni 2022 im Kabinett beschlossen, hier einen europaweit einzigartigen integrierten Agrarcampus Weihenstephan zu fordern – Verzahnung TU, LfL, HSWT. Jetzt gab es Pressemitteilungen dazu und Presseveröffentlichungen. Gerüchte wurden gestreut: feindliche Übernahme, Eingliederung von Teilen der HSWT in die TU München. Sogar ein Abgeordneter der FREIEN WÄHLER hat sich dazu geäußert. Mich würde nach neun Monaten dazu interessieren: Wie soll denn das Konzept dieses europaweit integrierten Agrarcampus Weihenstephan für die Zukunft konkret ausschauen? Können Sie heute sagen, dass es keine wie auch immer geartete Eingliederung der HSWT in die TU München geben wird? Und können Sie zusagen, dass jedes Konzept, das hier gemacht wird, im Einklang mit der HSWT und nicht gegen die HSWT gemacht wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Passend zur heutigen Haushaltsberatung kann ich Ihnen sagen, dass wir in diesen Standort Weihenstephan massiv investieren – ich habe es vorhin kurz ausgeführt –: 14 Stellen insgesamt – 9 an die TU, 5 an die HSWT – für die klimafreundliche, klimaresistente Landwirtschaft. Wir sehen einen Standort, der herausragendes Potenzial hat, von Institutionen, die al-

lerdings im Moment vielleicht noch nicht ausreichend zusammenarbeiten, die sich im Laufe der Zeit entwickelt haben, die sich vielleicht sogar etwas auseinanderentwickelt oder, positiv formuliert, profiliert haben. Die HSWT ist unheimlich attraktiv bei Studierenden, die TU München ist Exzellenzuniversität geworden, übrigens auch in diesem Bereich. Unsere gemeinsame Aufgabe ist, alles Gehirnschmalz, allen Sachverstand zusammenzunehmen und zu überlegen, wie wir diese Potenziale zusammen noch besser, integrierter heben können. Der Wissenschaftsrat beschäftigt sich auch gerade mit der Frage, wie zukunftsfähige Agrarsystemwissenschaften ausschauen. So etwas möchte ich bei uns an diesem Standort sehen. Dazu soll es ein Mehr an Zusammenarbeit geben. Zu der Frage, wie dieses Mehr ausschaut, findet gerade eine Expertenkommission ein Sounding Board. Die Ergebnisse wollen wir gerne noch abwarten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die letzte Zwischenbemerkung hat der Kollege Volkmar Halbleib, SPD-Fraktion, das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Ja, Herr Kollege Blume, da ist er wieder: der Ton des früheren CSU-Generalsekretärs, recht schneidig.

Drei Punkte: Erster Punkt. Ich weihe gerne mit Ihnen ein und mache Spatenstiche. Wenn das aber nur im Bereich von Biotech und Hightech stattfindet und es 500 Meter entfernt vom letzten Richtfest bei den Teilbibliotheken der Universität Würzburg durch das Dach regnet, ist das nicht das Verständnis von Wissenschaftspolitik, das ich habe und das wir haben.

Zweiter Punkt. Die Verteilung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf die Regionen in Bayern und die Universitäten und Hochschulen muss doch mehr in die Regionen fortentwickelt werden. Wir haben eine Zusammenballung – das wissen wir – rund um München. Daran hat auch die Hightech Agenda wenig bis nichts geändert. Im Gegenteil, manche Effekte wurden verstärkt. Da muss man doch herauskommen, mehr in regionale Verteilung.

Zum Denkmalschutz: Sie haben eindeutig eine Fake-News-Zahl genannt: 50 Millionen. Im Haushalt, den Sie vorgelegt haben, stehen beim Denkmalschutz absolut nur 24,3 Millionen. Das ist nicht einmal die Hälfte des von Ihnen behaupteten Betrags.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Halbleib, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Volkmar Halbleib (SPD): Sie wissen, dass wir unterfinanziert werden und dass 3.500 Denkmäler in Bayern verfallen.

(Das Mikrofon des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) wird abgeschaltet)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

(Der Abgeordnete Volkmar Halbleib (SPD) spricht weiter)

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Das stört ihn nicht. – Lieber Herr Kollege Halbleib, Sie haben im Laufe der Zeit einen gewissen Fetisch im Schlechtreden entwickelt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich verstehe das wirklich überhaupt nicht. Ich weiß auch nicht, woher diese depressive Stimmung kommt. Wenn wir zusammen draußen unterwegs sind, versuche ich immer, gute Stimmung zu verbreiten und Sie mitzunehmen auf dieser Reise, was in Bayern alles Wunderbares passiert.

Wenn es in irgendeiner Bibliothek reintropft – selbst das mag in Bayern vorkommen –, dann wird natürlich Abhilfe geschaffen. Aber dafür haben wir dann auch die Hochschulautonomie, haben wir Einrichtungen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür selbst Sorge tragen können. Das ist nicht der zentralistische Ansatz, den Sie jetzt vielleicht im Blick haben, sondern da ist dann auch die Eigenverantwortung vor Ort gefragt, zu entsprechenden Lösungen zu kommen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Sie zeichnen nicht das richtige Bild von Bayern, und deswegen lehne ich das fundamental ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27254 mit 18/27318, 18/27320 mit 18/27378, 18/27380 mit 18/27400, 18/27463 mit 18/27465, 18/27471, 18/27488 und 18/28108 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27963.

Wir kommen zuerst zur vorab angekündigten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP betreffend "Förderung der Sing- und Musikschulen" auf Drucksache 18/27305. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung. Verwenden Sie hierfür bitte Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:08 bis 18:11 Uhr)

Gibt es denn noch Abgeordnete im Saal, die noch keine Gelegenheit zur Stimmabgabe hatten oder bei denen es nicht funktioniert hat? – Das scheint der Fall zu sein. Es laufen die letzten fünf Sekunden. – Gibt es noch immer jemanden, der nicht die Gelegenheit zur Stimmabgabe hatte? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung hiermit geschlossen.

Während das Abstimmergebnis ermittelt wird, fahren wir mit der einfachen Abstimmung über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion fort.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschuss für laufende Zwecke in Lehre und Forschung sowie sonstiger Trägeraufgaben" auf Drucksache 18/27387.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos) und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos), der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nachdem das Ergebnis der namentlichen Abstimmung fast vorliegt, müssen wir die Sitzung nicht unterbrechen. – Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP betreffend "Förderung der Sing- und Musikschulen" auf der Drucksache 18/27305 bekannt: Mit Ja haben 63 Abgeordnete und mit Nein 95 Abgeordnete gestimmt; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/27388 abstimmen, dessen Betreff ebenfalls "Zuschuss für laufende Zwecke in Lehre und Forschung sowie sonstiger Trägeraufgaben" lautet.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos), der Abgeordnete Plenk (fraktionslos)

und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 15 selbst. Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/27963 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos), der Abgeordnete Klingen (fraktionslos) und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos) und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 15)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos), der Abgeordnete Plenk (fraktionslos), der Abgeordnete Busch (fraktionslos), der Abgeordnete Klingen (fraktionslos) und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Somit einstimmig. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27963 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27318, 18/27320 mit 18/27370, 18/27463 mit 18/27465, 18/27471, 18/27488 und 18/28108 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 15 ist abgeschlossen.

(Unruhe)

Mit dem andauernden Gemurmel kann ich ganz gut leben; die nächsten Redner sollten vielleicht Ihre Aufmerksamkeit und Ihren Respekt haben.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2023; hier: Förderung der Sing- und Musikschulen (Kap. 15 05 Tit. 633 80) (Drucksache 18/27305)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	63	95	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 15 01 Tit. 422 31)
   Drs. 18/27254

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
   (Kap. 15 01 Tit. 531 21)
   Drs. 18/27255

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Personalausgaben
   (Kap. 15 02 Tit. 429 90)
   Drs. 18/27256

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Sächliche Verwaltungsausgaben
   (Kap. 15 02 Tit. 547 90)
   Drs. 18/27257

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse an Sonstige
   (Kap. 15 02 Tit. 686 90)
   Drs. 18/27258

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Institutionelle Förderung des Netzwerks Hochschule und Nachhaltigkeit Bayern
   (Kap. 15 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/27259

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Entwicklung Homepage, digitales Antragsverfahren und Marketingmaßnahmen für den Kulturfonds Bayern
   (Kap. 15 05 neuer Tit.)
   Drs. 18/27260

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Crowdfunding-Plattform und Crowdfunding-Förderprogramm für die Kultur Bayerns
   (Kap. 15 05 neuer Tit.)
   Drs. 18/27261

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Verstärkungsmittel für Hochbaumaßnahmen der Hochschulen
   (Kap. 15 06 Tit. 710 00)
   Drs. 18/27262

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Förderung des Wissenschaftsmanagements
    (Kap. 15 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/27263

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Münchener Digitalisierungszentrum (MDZ)
    (Kap. 15 90 Tit. 547 03)
    Drs. 18/27264

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
    (Kap. 15 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/27265

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Landesentwicklungsplan Kultur: Stelle für dialogischen Beteiligungsprozess
    (Kap. 15 01 Tit. 428 01)
    Drs. 18/27266

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stelle für Kultur- und Kreativwirtschaft im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
(Kap. 15 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/27267

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bauunterhalt stärken
(Kap. 15 02 Tit. 519 01)
Drs. 18/27268

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Spitzenausstattung für alle Professuren
(Kap. 15 02 TG 76 u. 15 06 neue TG)
Drs. 18/27269

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gute Wissenschaftskommunikation für Bayern
(Kap. 15 02 TG 90)
Drs. 18/27270

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen
(Kap. 15 02 neue TG)
Drs. 18/27271

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Das ISF München stärken und die sich verändernde Arbeitswelt besser sozialwissenschaftlich erforschen
(Kap. 15 03 Tit. 686 17)
Drs. 18/27272

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kürzung der Mittel für Veranstaltungen
(Kap. 15 05 Tit. 532 83)
Drs. 18/27273

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Georgisches Kammerorchester bedarfsgerecht ausstatten
(Kap. 15 05 Tit. 685 75)
Drs. 18/27274

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der freien Kunst und Kultur in Bayern an die Bedarfe anpassen
(Kap. 15 05 Tit. 686 83)
Drs. 18/27275

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Anreize für die sozial-ökologische Transformation der Kultur in Bayern setzen
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27276

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beteiligungsprozess zum kulturpolitischen Landesentwicklungsplan
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27277

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kompetenzzentrum kulturelle Bildung und Vermittlung
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27278

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Theaterversorgung im Flächenland Bayern: Einführung einer Gastspielförderung
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27279

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Internationalisierung fördern
(Kap. 15 06 Tit. 681 81)
Drs. 18/27280

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Bewusstsein für die Risiken gemeinsamer Forschung mit China – Kürzung der Mittel für BayCHINA
(Kap. 15 06 Tit. 685 81)
Drs. 18/27281

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Studierendenwerke stärken
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 18/27282

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierungsstau an Hochschulgebäuden abbauen
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)
Drs. 18/27283

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mittel für digitale Lehre und Prüfungen bereitstellen
(Kap. 15 06 TG 99)
Drs. 18/27284

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aktionsprogramm Klimaforschung
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/27285

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Green Hospital auch für Unikliniken
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27286

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hochschulen klimaneutral 2030
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/27287

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hochschulen stärken – Grundfinanzierung aufstocken
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/27288

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wissenschaftsmanagement als Aufgabe ernst nehmen
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/27289

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gründung eines „Zentrums für Angewandte Klimaforschung“
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/27290

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwendungen für die Ukrainische Freie Universität
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27291

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sicherheit des Forschungsreaktors FRM II
(Kap. 15 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/27292

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reform der Psychotherapieausbildung
(Kap. 15 28 Tit. 422 01)
Drs. 18/27293

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Akademische Logopädieausbildung sicherstellen
(Kap. 15 28 neue TG)
Drs. 18/27294

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stelle für Vermittlung an den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
(Kap. 15 70 Tit. 428 01)
Drs. 18/27295

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Online-Ticketingsystems für Bayerische Museen
(Kap. 15 70 neuer Tit.)
Drs. 18/27296

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Baudenkmalpflege stärken
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 18/27297

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gartendenkmäler fit machen
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 18/27298

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Personal bei der Landesstelle für nichtstaatliche Museen verstetigen (Kap. 15 74 Tit. 428 77)
Drs. 18/27299

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für den Erhalt von Kunst- und Geschichtsdenkmälern erhöhen (Kap. 15 74 Tit. 893 75)
Drs. 18/27300

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wiederinstandsetzung beschädigter Archivalien, Bestandserhaltung (Kap. 15 93 Tit. 547 02)
Drs. 18/27301

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. (ISF) (Kap. 15 03 Tit. 686 17)
Drs. 18/27302

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der Ukrainischen Freien Universität (UFU) München (Kap. 15 03 Tit. 686 73)
Drs. 18/27303

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst (Kap. 15 05 Tit. 633 73 und Tit. 637 73)
Drs. 18/27304

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. und Fraktion (SPD),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen (Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 18/27305

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e. V. endlich fördern
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27306

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
Haushaltsplan 2023;
hier: Kulturfonds – Förderung von Maßnahmen der Kunst- und Kulturpflege aus dem Bereich Wissenschaft und Kunst
(Kap. 15 05 TG 70)
Drs. 18/27307

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Strukturförderprogramm für die Freie Kulturszene
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 18/27308

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 18/27309

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung im Bereich der Digitalisierung
(Kap. 15 06 TG 89)
Drs. 18/27310

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
Drs. 18/27311

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 18/27312

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umgang mit kolonialem Sammelgut in staatlichen und nichtstaatlichen Sammlungen
(Kap. 15 70 neuer Tit.)
Drs. 18/27313

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)
Drs. 18/27314

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
Haushaltsplan 2023;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 Tit. 893 75)
Drs. 18/27315

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern
(Kap. 15 74 TG 74 und neuer Tit.)
Drs. 18/27316

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD),
Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der „Initiative ArbeiterKind.de“
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27317

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 15 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/27371

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 18/27372

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 15 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27373

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 15 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/27374

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wissenschaftskommunikation und Forschungsmarketing
(Kap. 15 02 TG 90)
Drs. 18/27375

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Grundlagenforschung „Ewige Jugend“
(Kap. 15 02 neue TG)
Drs. 18/27376

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Zukunftscluster-Initiative „Ewige Jugend“
(Kap. 15 02 neue TG)
Drs. 18/27377

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an die Frauenakademie München e.V. (FAM)
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 18/27378

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausgaben für das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 TG 90)
Drs. 18/27380

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschung zu Bakteriophagen und Phagentherapie
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27381

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Methanol-Brennstoffzelle
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27382

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an die Regensburger Domspatzen, den Tölzer Knabenchor, den Windsbacher Knabenchor und die Augsburger Domsingknaben
(Kap. 15 05 Tit. 686 09)
Drs. 18/27383

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Spartenübergreifende Kulturprojekte und Zusammenarbeit mit der Freien Kunst-Szene
(Kap. 15 05 TG 83)
Drs. 18/27384

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Netzwerk Studium und Behinderung
(Kap. 15 06 TG 92)
Drs. 18/27385

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an den Verein „Deutschkurse für Ausländer“
(Kap. 15 07 Tit. 686 02)
Drs. 18/27386

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss für laufende Zwecke in Lehre und Forschung sowie sonstiger Trägeraufgaben
(Kap. 15 08 Tit. 682 01)
Drs. 18/27387

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss für laufende Zwecke in Lehre und Forschung sowie sonstiger Trägeraufgaben
(Kap. 15 20 Tit. 682 01)
Drs. 18/27388

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kompetenzzentrum Denkmalwissenschaften und Denkmaltechnologien
(Kap. 15 26 Tit. 812 79)
Drs. 18/27389

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufbau eines i-Campus
(Kap. 15 44 TG 83)
Drs. 18/27390

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Akademisierung der Hebammenkunde
(Kap. 15 49 TG 92)
Drs. 18/27391

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Primärqualifizierende Studiengänge Pflegewissenschaften
(Kap. 15 49 TG 93)
Drs. 18/27392

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an den Verein zur Erhaltung des bayerischen Kulturerbes (Kulturerbe Bayern) e.V. bzw. Stiftung Kulturerbe Bayern
(Kap. 15 74 Tit. 686 01)
Drs. 18/27393

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an die Gesellschaft für Archäologie in Bayern e.V.
(Kap. 15 74 Tit. 686 03)
Drs. 18/27394

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zum Betrieb einer Jugendbauhütte
(Kap. 15 74 Tit. 686 75)
Drs. 18/27395

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 15 74 Tit. 883 75)
Drs. 18/27396

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 15 74 Tit. 883 77)
Drs. 18/27397

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)
Drs. 18/27398

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023,
hier: Errichtung eines neuen Konzerthauses in München
(Kap. 15 85 Tit. 710 00)
Drs. 18/27399

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Einführung eines neuen Tit. „Sonderprogramm zum Erhalt kommunaler Archive“
(Kap. 15 93 neuer Tit.)
Drs. 18/27400

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Michael Hofmann
Abg. Margit Wild
Abg. Maximilian Deisenhofer
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Anna Schwamberger
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Oskar Atzinger
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Staatssekretärin Anna Stolz

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 05

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26607 mit 18/26616, 18/26889 und 18/27817)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/26598 mit 18/26606, 18/27979)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26561 mit 18/26576)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion (Drs. 18/26577)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26578 mit 18/26597)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/26540 mit 18/26549)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26550 mit 18/26560, 18/28000)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind mittlerweile bekannt: CSU 13 Minuten, GRÜNE 8 Minuten, FREIE WÄHLER 7 Minuten, AfD und SPD je 6 Minuten, FDP 5 Minuten, Staatsregierung 13 Minuten und die fraktionslosen Abgeordneten je 2 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/26573 namentliche Abstimmung beantragt hat. Die AfD-Fraktion hat zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/26583 einfache Abstimmung beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Michael Hofmann. Bitte schön, Herr Abgeordneter Hofmann, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Frau Staatssekretärin, Hohes Haus! Wir beraten heute den Einzelplan für Unterricht und Kultus. Man hört immer wieder die Wörter "Wumms" und "Doppel-Wumms". Nicht immer verspricht das, was draufsteht, allerdings das, was letzten Endes in diesen "Wummsen" drin ist, die in der Bundesrepublik verbreitet werden. In diesem Fall sind es aber 14,8 Milliarden Euro für Unterricht und Kultus im Freistaat Bayern. Außerdem kommen noch 400 Millionen Euro oben drauf.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Das ist ein klares Zeichen dafür, dass wir für die Bildung in unserem Land aktiv handeln und vorangehen. Ich glaube, wenn hier ein "Wumms" benannt werden kann, dann ist das im Zusammenhang mit diesem Haushaltsplan für Unterricht und Kultus im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle möchte ich mich auch ganz herzlich bei allen Akteurinnen und Akteuren bedanken, die bei uns Bildung betreiben. Sie ebnen den Weg in die Zukunft. Ich möchte ganz klar sagen, wenn wir uns über Bildung unterhalten, dann betrifft das nicht nur das Thema Unterricht und Kultus, sondern dann müssen wir Wissenschaft mitdenken. Über ein Drittel des Etats des Freistaats Bayern geht in die Zukunft unseres Landes. Deswegen sind wir für die Zukunft hervorragend aufgestellt.

Ein ganz besonders herzliches Dankeschön sage ich den Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen, aber auch an die Kräfte, die im Hintergrund tätig sind, ob das Hausmeister oder Assistenzkräfte sind. Ich danke aber natürlich auch den Familien, die es in den letzten Jahren aufgrund der äußeren Umstände weiß Gott nicht einfach gehabt haben. Trotzdem zeigen wir hier ganz klar mit dem, was wir investieren, dass wir wissen, wo zusätzlich nachgelegt werden muss. Ich will das zusammen mit meinem Kollegen Prof. Waschler noch einmal deutlich machen: Wir sind sowohl beim Personal als auch bei der weiteren Unterstützung hervorragend unterwegs. In diesem Haushalt

schaffen wir weitere 1.600 Stellen, und zwar nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für Assistenzkräfte und für Förderkräfte. Das zeigt deutlich, dass wir wissen, wo wir weiter nachlegen dürfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren 17 Millionen Euro in Stellenhebungen. Wenn man sich das überlegt und wenn wir uns die anderen Einzelpläne anschauen, dann kann sich auch hier der Einzelplan für Unterricht und Kultus außerordentlich gut sehen lassen. Wir tun hier mehr als das, was in vielen anderen Bereichen möglich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Wir tun dies, weil wir genau wissen, dass wir unsere Lehrkräfte weiterhin nach vorne bringen. Frau Staatssekretärin, vor diesem Hintergrund denke ich, wir sollten uns einmal etwas überlegen. Es gibt das Programm für den Schüleraustausch. Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, ob wir in Zukunft mit den anderen Bundesländern einen Lehrerinnen- und Lehreraustausch machen,

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

um zu zeigen, wie die Verhältnisse in den anderen Bundesländern sind. Frau Staatssekretärin, ich glaube, das würde auch zur besseren Stimmung in unserer Schullandschaft beitragen, damit unsere bayerischen Lehrerinnen und Lehrer zu schätzen wissen, was wir bereitstellen. Wir sind weiß Gott nicht perfekt, aber wenn wir die Benchmark in Deutschland sind, dann dürfen wir das auch mit stolzgeschwellter Brust sagen. Wir müssen uns nicht verstecken. Vielleicht wäre das eine Anregung, Frau Staatssekretärin, wie wir in dieser Hinsicht zusätzlich mehr gute Stimmung schaffen könnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nämlich schon bedrückend – das muss man ganz klar sagen –, dass trotz dieser finanziellen Aufwendungen, die wir, der Freistaat

Bayern, hier tätigen, immer nur schlechte Stimmung gemacht wird, obwohl es dazu weiß Gott keinen Anlass gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) – Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Reden Sie mal mit den Leuten! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Was ist mit den Schülerinnen und Schülern?)

Wir hatten noch nie so viele Lehrerstellen im Freistaat Bayern wie heute. Wir hatten noch nie so viele Köpfe im Lehrberuf im Freistaat wie heute.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir schaffen ständig mehr Qualität. Wir sorgen ständig dafür, dass die Klassen im Schnitt kleiner werden, und dafür, dass die Schülerinnen und Schüler besser betreut werden. Ja, wir schaffen es jetzt auch, mit Assistenzkräften die Lehrkräfte zusätzlich zu entlasten. Ich bin dem Bayerischen Philologenverband dankbar – das will ich an dieser Stelle auch sagen –, dass er eine Erhebung gemacht hat, wie wir in Zukunft die Lehrkräfte, die nur in Teilzeit tätig sind, möglicherweise zurückgewinnen können. Das können wir, indem wir die Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer entlasten, beispielsweise von Bürokratie.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Frau Staatssekretärin, ich bin dankbar, wenn wir hier gemeinsam weiter vorangehen, damit wir diese Themen attraktiv machen. Allein an der Bezahlung kann es weiß Gott nicht liegen; denn auch das ist ganz klar: Bayern ist in der Bezahlung weit besser als die anderen Bundesländer. Das hat nicht allein etwas mit der Einstufung zu tun, sondern das hat auch damit zu tun, was am Ende des Tages in der Tasche bleibt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Allein die Köpfe sind es aber nicht, mit denen wir Bildung für die Zukunft gestalten. Wir haben auch weitere Aufgaben, die wir vorantreiben müssen. Beispielsweise wollen wir mit "BayernCloud Schule" die Schulen digital vorantreiben. Bei "BayernCloud Schule" arbeiten wir mit zusätzlichen Office-Programmen und Messenger-Programmen. Gleichzeitig unterstützen wir zusätzlich die pädagogischen Angebote, die wir haben. Wir stecken hier 70 Millionen Euro zusätzlich hinein. Ich glaube, auch das kann sich sehen lassen. In die digitale Schule der Zukunft stecken wir zusätzlich 16 Millionen Euro; denn wir wollen im Freistaat Bayern nicht stehen bleiben. Es muss aber niemand Sorge haben, dass angesichts dessen, was wir in Hardware, in Software und sonstige Unterstützung in den IT-Bereich stecken, die menschliche Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern auf der Strecke bleibt. Der Freistaat Bayern hat aber schon immer nach dem Motto gehandelt: Das Bessere ist der Feind des Guten.Deswegen legen wir hier zusätzlich nach. Wir wollen in diesem Bereich offensiv arbeiten. Wir wollen progressive pädagogische Angebote vorlegen. Der Freistaat Bayern tut sehr viel für unsere Bildung. Wir tun sehr viel für unsere Schülerinnen und Schüler und für die Familien. Deswegen gewinnen wir die Zukunft. Deswegen bitte ich ganz herzlich um Unterstützung und Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Hofmann, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Maximilian Deisenhofer für die Fraktion der GRÜNEN. – Entschuldigung, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Frau Wild hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Margit Wild (SPD): Kollege Hofmann, man kann sich das alles auch irgendwie schönreden. Aber ich hätte schon angesichts der Realität an den Schulen ein bisschen Ehrlichkeit erwartet. Sie haben davon gesprochen, dass im Haushalt 17 Millionen Euro eingestellt sind. Ja, das ist schön und recht. Aber man muss auch dazusagen, dass man mit dieser Summe nur 5.000 Stellen heben kann. Wenn wir in dem Tempo weitermachen, haben wir A 13 für alle vielleicht einmal in zehn Jahren. Sie haben aber A 13

für alle für die Zeit nach der Wahl zugesagt. Man muss schon alle Zahlen nennen und nicht nur die 17 Millionen Euro. Man muss die 17 Millionen in die tatsächlich möglichen Stellenhebungen umrechnen.

Und noch ein Aspekt: Sie sagen immer, wir haben noch nie so viele Lehrerstellen gehabt. Stellen sind aber nicht gleich Köpfe. Das sollte man der Ehrlichkeit halber und aus Respekt gegenüber den Lehrkräften, die in dieser schwierigen Zeit Unterricht erteilen, dazusagen. Das wäre fair, gerecht und ehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Wild, vielen Dank. – Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Liebe Frau Kollegin, ich habe vorhin gesagt, die schlechte Stimmung ist eigentlich überhaupt nicht angebracht. Ich weiß auch, woher sie kommt. Sie tun immer Ihr Bestes, damit der Freistaat Bayern schlechtgeredet wird.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Das ist sehr tragisch. Sie haben offensichtlich überhaupt keine Ahnung davon, vor welchen Herausforderungen die Lehrerinnen und Lehrer in anderen Bundesländern stehen. Aber sei es drum. Wir schauen uns den Freistaat Bayern an. Wir nehmen 17 Millionen Euro für die Stellenhebungen in die Hand.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Reden Sie sich die Welt schön!)

Ich bin als Haushälter nicht nur dem Thema verpflichtet, wie wir mit Unterricht und Kultus vorwärtskommen, sondern wir schauen uns immer das gesamte Personal im Freistaat an. In diesem Zusammenhang müssen wir uns weiß Gott nicht verstecken. Ja, natürlich sind Stellen nicht automatisch Köpfe. Wir haben aber so viele Köpfe wie noch nie.

(Margit Wild (SPD): Die muss man abwerben!)

Die entscheidende Frage ist doch vielmehr, wie wir noch zusätzliche Potenziale heben können. Wenn Sie zusammen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen der Opposition nicht ständig über unsere Schulen schlecht reden würden, sondern auch darüber reden würden, wie erfüllend und glückbringend es ist, Schülerinnen und Schüler zu unterrichten, dann würden sich auch mehr dazu motiviert fühlen, den Lehrerberuf zu ergreifen.

(Margit Wild (SPD): Das ist nicht wahr! Das nehmen Sie sofort zurück!)

Viele würden in dem Bereich tätig sein wollen. Deswegen sage ich Ihnen: Reden Sie nicht schlecht, sondern arbeiten Sie mit uns zusammen. Frau Kollegin, die Brücke ist gebaut, aber darüber müssen Sie selber gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Margit Wild (SPD): Man merkt, dass er nicht mehr dem Bildungsausschuss angehört!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Abgeordneter Hofmann. – Jetzt kommt tatsächlich der Herr Deisenhofer. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns einig: Im Bildungsbereich brennt die Hütte, und an manchen Stellen brennt die Hütte lichterloh.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das ist Schlechtreden! – Michael Hofmann (CSU): Es brennt der Hut, aber nicht die Hütte!)

Während der Kultusminister – ich wünsche an dieser Stelle gute Besserung – in seiner Zeit als Oppositionsabgeordneter, so habe ich es mir sagen lassen und dem einen oder anderen Protokoll entnommen, noch ein scharfsinniger und scharfzüngiger Kritiker der CSU-Bildungspolitik war, hat er sich im Laufe dieser Legislaturperiode sehr

schnell von den wolkigen Beschönigungen seines Hauses und der CSU-Bildungspolitik anstecken lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das beste Beispiel hierfür ist der Lehrkräftemangel. Wir haben seit Beginn dieser Legislaturperiode auf die Lage hingewiesen. Das wurde immer kleingemacht. Zuerst wurde die Situation geleugnet und am Ende kleingerechnet. Jetzt muss der Ministerpräsident eingreifen, der übrigens als damaliger Finanzminister die hausgemachte Misere maßgeblich mit zu verantworten hat. Der sucht jetzt das Heil in verzweifelten Abwerbeversuchen in anderen Bundesländern.

Herr Hofmann, wenn Sie sich jetzt für 400 Millionen Euro mehr abfeiern, muss man ganz klar sagen, dass mit dem Geld versucht wird, die Versäumnisse beim Personal, die die CSU während ihrer Alleinregierung verursacht hat, aufzuholen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während wir jetzt versuchen, in anderen Bundesländern die Lehrkräfte abzuwerben – was übrigens nicht funktionieren wird, weil die am liebsten bei sich vor Ort bleiben, wo sie genauso gebraucht werden –, warten Absolventinnen und Absolventen mit ausländischen Abschlüssen – dazu zählen auch die Abschlüsse aus anderen Bundesländern – weiter auf die Anerkennung in Bayern. Selbst bei Bewerberinnen und Bewerbern mit zwei bayerischen Examina wird die Rückholaktion scheitern, wenn sich das Kultusministerium weigert, die Beförderungen aus den anderen Bundesländern anzuerkennen.

Ich persönlich habe die verfehlte Personalpolitik der CSU selber erlebt. Ich ärgere mich jeden Tag über die Abwanderung von so vielen qualifizierten Kolleginnen und Kollegen in andere Bundesländer und in andere Berufe in den letzten Jahren. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen: Ich habe 2016 das Referendariat in Bayern beendet. In meinem Seminar waren wir 31 Kolleginnen und Kollegen. Das ist ge-

rade einmal gut sechs Jahre her. Damals hat 1 Kollegin von 31 ein Einstellungsangebot vom Freistaat bekommen. 30 sind in andere Berufe und in andere Bundesländer abgewandert. Sie haben sich anderen Dingen gewidmet. Die fehlen uns jetzt vorne und hinten. Das sind die Folgen Ihrer Personalpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber leider, da stimme ich Ihnen zu, hilft uns der Blick zurück im Moment nur bedingt. Wir brauchen mehr Köpfe in unseren Klassenzimmern. Anscheinend findet man im Moment nicht mehr genügend qualifizierte Köpfe. Wir müssen also die vorhandenen Lehrkräfte stärken, damit die sich auf ihre Kernkompetenz konzentrieren können. Die Kernkompetenz unserer pädagogischen Kräfte ist der Unterricht, die Arbeit mit der Klasse. Wir müssen sie von der nervenaufreibenden IT-Betreuung entlasten. Wir müssen die Schulverwaltungen stärken, damit sich die Lehrkräfte auf ihre Kernkompetenz, nämlich das Unterrichten, konzentrieren können. Nicht zu vergessen sind unsere Schulleitungen, die an allen Schularten, aber vor allem an Grund- und Mittelschulen dringend Entlastung benötigen.

Wir wollen A 13, aber nicht als Versprechen für die Zukunft, sondern noch in dieser Legislaturperiode, und zwar für Grund- und Mittelschullehrkräfte gleichermaßen. Ich kann nicht verstehen, dass in so einem Fall, wenn man etwas – aus unserer Sicht Gutes – bewegen will, verschiedene Schularten unnötigerweise gegeneinander ausgespielt werden.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Wer spielt diese aus?)

Das sieht man daran, dass die Beförderungen an allen Schularten plötzlich stoppen. Wir GRÜNE wollen den Beruf der Lehrkraft insgesamt stärken und nicht die eine Schulart gegen die andere ausspielen. Ganz generell brauchen die Schulen selbst höhere Budgets. Sie brauchen mehr Mitbestimmung beim Geld, vor Ort und auch beim Personal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Thema sind unsere Fachschulen, die in den dringend benötigten Mangelberufen ausbilden. Bei denen reicht jetzt an der einen oder anderen Stelle der Klassenzuschuss nicht mehr, und daher müssen sie wieder Schulgeld verlangen. Mit dieser Entwicklung sind wir doch gesamtgesellschaftlich auf dem absoluten Holzweg.

All diese Themen müssen wir angehen. Bei diesen Themen kann man gerne um jeden Cent, den man ausgeben will, diskutieren und deswegen gut überlegen. Schaut man in den Haushaltsplan 05 in Kapitel 05 50 Titel 684 22, dann ist zu lesen, dass 100.000 Euro aus dem Staatshaushalt zur Reduzierung der Schwinggeschwindigkeit der Glocken in der Wallfahrtskirche Biberbach verwendet werden sollen. – Ich habe nichts gegen dieses Vorhaben, das sage ich als Schwabe ganz offen. Ich habe nichts gegen dieses Vorhaben. Aber ist das eine staatliche Aufgabe? Wie erklären wir das den überlasteten Lehrkräften an den Schulen? Wie erklären wir, dass wir so etwas fördern? – Ich glaube, es ist relativ schwierig, das an der Basis zu erklären. Ich fürchte, mit derartigen Anträgen fördern wir eher die Politikverdrossenheit in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Apropos Politikverdrossenheit: Die Uni Bielefeld macht jedes Jahr ein Ranking zur politischen Bildung – Bayern belegt dabei regelmäßig den letzten Platz.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Eine Untersuchung aus Bielefeld?)

Es hilft dann auch nicht, dass man uns im Ausschuss verzweifelt zu erklären versucht, dass quasi in jedem Fach die ganze Zeit politische Bildung gemacht wird.Die Zahlen sprechen leider eine deutliche Sprache. Mit unseren Haushaltsanträgen würden wir die politische Bildung an Bayerns Schulen stärken, anstatt sie mit Füßen zu treten.

Bei der Erinnerungsarbeit fordern wir einen Paradigmenwechsel. Wir fordern eine dauerhafte institutionelle Förderung nicht nur für die Gedenkstätten, sondern auch für

herausragende zivilgesellschaftliche Projekte, die sich über die Jahre hinweg bewährt haben und ebenfalls wichtige Erinnerungsarbeit leisten.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Es ist der Bund, der dafür zuständig ist!)

Abschließend zurück in die Schulen. Kollege Gotthardt, gut zuhören! – Was in den Corona-Jahren mit am meisten gelitten hat, waren die gemeinsamen Erlebnisse der Schülerinnen und Schüler, bei denen soziale Kompetenz und Teamfähigkeit erlernt werden. Deshalb wollen wir wieder verstärkt Klassenfahrten unterstützen und das Sicherheitsnetz, insbesondere bei psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen, an Schulen noch enger stricken. Das fordern die jungen Menschen zu Recht von uns ein, und wir sind es ihnen nach meiner Meinung nach dem Lockdown auch schuldig.

Wir sind es ihnen auch schuldig, dass wir sie auf die Lebensrealität im Hier und Jetzt vorbereiten. Dazu gehört digitales Lernen, das sich aber nicht im Abruf von Fördermitteln des Bundes erschöpfen darf. Vielmehr müssen mit neuer Technik eben auch pädagogische Neuerungen flächendeckend eingeführt werden. Neue Trends wie ChatGPT könnten auf diese Weise ebenfalls schnell und unkompliziert in den Unterricht integriert werden. Datenschutzrechtlich konform!

Bei der "BayernCloud Schule" wird einem nach der digitalen Bruchlandung um die Schulverwaltung ASV und das Desaster um Mebis, ehrlich gesagt, angst und bange, wenn man sieht, dass jetzt wieder dreistellige Millionenbeträge darin investiert werden sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser schönes Bayern hat eine bessere Bildungspolitik verdient. Unser schönes Bayern hat einen Kultusminister verdient, der Lust auf Innovation hat, nicht einen, der unsere Leute vor Ort durch ellenlange Kultusministerschreiben, KMS, oder verwirrende Pressekonferenzen von der Arbeit abhält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch da. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Fischbach von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Deisenhofer, Sie haben die schwingenden Glocken in Biberbach angesprochen und hinzugefügt, dass die Reduzierung der Schwinggeschwindigkeit Ausdruck einer falschen Prioritätensetzung im Haushalt sei. Ich möchte Sie auf einen weiteren Grund aufmerksam machen, warum dieser Antrag zu kritisieren ist. Die Förderung in diesem Rahmen erfolgt ja im Endeffekt völlig außerhalb der normalen Ordnung. Wir haben eigentlich ein Förderprogramm für Kirchenglocken, wobei die Förderung aber auf 10 % des Gesamtkostenbetrags, maximal 8.000 Euro, begrenzt ist. Es ist doch für sämtliche anderen Kirchenprojekte in Bayern, die durch das normale Förderprogramm angesprochen werden, eine völlige Ungerechtigkeit, dass man 100.000 Euro für ein solches Einzelprojekt bereitstellt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Kollege.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Als Abgeordneter aus Schwaben setze ich mich immer dafür ein, dass Geld auch nach Schwaben fließt.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) und Johann Häusler (FREIE WÄHLER))

Bei diesem Projekt, lieber Kollege Mehring, lieber Kollege Häusler, drängt sich aber durchaus der Verdacht auf, dass sich Abgeordnete aus den Regierungsfraktionen auf Kosten des Staatshaushalts auch Wahlgeschenke in ihren eigenen Stimmkreisen finanzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Herr Abgeord-

neter Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren über den Einzelplan 05, den Einzelplan des Kultusministeriums. Ich werde mit Sicherheit eines nicht machen: Ich werde mir nicht von den Kolleginnen und Kollegen der Opposition einen Haushalt, der ein Rekordhaushalt ist, verhageln oder schlechtreden lassen. Ich lasse mir die Bildung in Bayern nicht schlechtreden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Gegenteil, die Bildung in Bayern ist sehr gut. Vor uns liegt der Haushalt des Zukunftsministeriums. Wir haben einen Haushalt, der ein Rekordhaushalt ist. Wir investieren fast 15 Milliarden Euro. Das ist, um Kollegen Hofmann zu zitieren, nicht nur ein "Wumms"; das ist ein dauerhafter Trommelwirbel, den wir in Bayern leisten können. Kein anderes Land gibt seit Jahrzehnten so viel Geld in die Bildung, wie wir es tun. 21 % unseres Haushalts oder 15 Milliarden Euro fließen in die Bildung, in die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Großteil des Haushalts – 95 % – geht in die Schulen. Ein bisschen was geht in die Glocken; aber das Allermeiste geht in die Schulen. Von diesen 95 % gehen wiederum 93 % ins Personal. Deswegen geht zu Beginn meiner Rede – neben dem Hinweis auf das Geld, das wir geben – großer Dank an die Schulfamilie, insbesondere an alle Lehrkräfte, die aus dem Geld das Allerbeste machen. Großer Dank geht an die Sachaufwandsträger, die Kommunen, die mit ihrem Unterhalt der Schulen vor Ort den Rahmen setzen, damit beste Bildung funktionieren kann.

Hier bei uns in Bayern greift alles zusammen. Wir haben gute, moderne Schulhäuser. Wir haben engagierte Lehrkräfte. Wir geben auch das Geld, damit alles zusammen funktioniert.

Wir bauen weiter aus; auch das ist wichtig. Wir suchen neue Köpfe, bauen aber auch neue Stellen zu. Das muss man auch einmal sagen: Wir haben versprochen, in dieser Legislaturperiode 5.000 neue Stellen zu schaffen. Dieses Ziel haben wir längst erreicht. Wir werden in diesem Jahr wieder 1.602 neue Stellen schaffen. Wir werden 1.152 Lehrkräfte und 50 Schulsozialpädagogen einstellen. Die 400 Verwaltungskräfte gehen schwerpunktmäßig an die Grund- und Mittelschulen, weil wir genau diese Schulleitungen besonders entlasten wollen. Wir werden diesen Weg weitergehen, weil wir wissen, dass Entlastung in diesem Bereich den Lehrkräften und den Schulleitungen mehr Raum für die Kinder, mehr Raum für Bildung, mehr Raum für das Klassenzimmer gibt. Das wollen wir erreichen, und auf diesem Weg werden wir weitergehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, wir werden auch unser Versprechen "A 13 für alle" umsetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

– Frau Kollegin Schwamberger, das lasse ich mir nicht schlechtreden! Wir beginnen in diesem Jahr mit 17,1 Millionen Euro, weil wir neben den bereits erfolgten Stellenhebungen ungefähr 15.000 – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Passt schon. – Wir werden weitere Stellenhebungen durchführen und damit zum neuen Schuljahr oder schon ab Jahresmitte beginnen. Dann werden wir auch einen konkreten Plan vorlegen, wie wir A 13 für alle umsetzen wollen. Darauf können sich unsere Lehrkräfte verlassen. Was wir versprechen, das halten wir auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Punkt ist mir noch wichtig: Wir können die Lehrkräfte auch dadurch entlasten – dafür braucht man keinen Euro und keinen Cent –, dass wir die Schulen weiter entbürokratisieren. Diesen Weg haben wir begonnen, und wir werden ihn weitergehen. Wir

haben bereits massiv abgebaut. Wir werden weiterhin mit kreativen Ideen Bürokratie an unseren Schulen abbauen. Da sind dann aber auch die Kollegen im Bund gefordert; denn viel Bürokratie, die wir an unseren Schulen umsetzen müssen, kommt von der Bundesebene.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden auch die Digitalisierung an unseren Schulen vorantreiben. Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen Jahren in Bayern über 2 Milliarden Euro investiert, um der Digitalisierung an unseren Schulen einen Push zu geben. Jetzt geht es darum, das Ganze weiterzutreiben, und zwar sinnvoll, nicht einfach blind.

Kollege Hofmann hat es schon gesagt: In die "BayernCloud Schule" werden wir auch in diesem Jahr wieder 70,1 Millionen Euro investieren. Wer sich die "BayernCloud Schule", das digitale Schulhaus Bayern, anschaut, der sieht: Es ist ein gutes Instrument gewachsen. Viele Projekte sind gewachsen. Diese entsprechen den Datenschutzvorgaben des Bundes und der EU, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung. Ich erwähne das, weil es nämlich gar nicht so einfach ist, diese einzuhalten. Wir schaffen das im digitalen Schulhaus Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir bauen auch unsere Schulprojekte, unter anderem "Digitale Schule der Zukunft", weiter aus. Wir sehen dafür wieder 16 Millionen Euro vor und werden von 250 auf 500 Schulen gehen. Wir haben Schulen gefunden; sie stehen Schlange, um dieses Projekt mitgestalten zu dürfen. Ich bin froh, dass wir es so gestaltet haben. Wir gehen damit einen wichtigen Schritt in die digitale Zukunft.

Wenn Kollege Deisenhofer ChatGPT als Instrument anführt, um modernes Arbeiten in die Schulen zu bringen, dann sage ich: Entschuldigung – ChatGPT ist nicht das Maß aller Dinge. Mir geht es darum, dass wir KI als lernbegleitende Unterstützung hinein-

bringen. Darin liegt die große Chance für die Schulen. Daran arbeiten wir, unter anderem mit einem Schulversuch, den die Staatssekretärin hauptverantwortlich eingeführt hat.

Ich könnte noch viel mehr anführen. Ich habe nur noch knapp zwei Minuten und versuche, schnell durchzugehen.

Dass wir unser Versprechen halten, merken Sie auch, wenn Sie unter dem Stichpunkt Berufseinstiegsbegleitung nachschauen. Wir haben auch in diesem Haushalt wieder 20 Millionen Euro drin, um die Berufseinstiegsbegleitung, die Sie alle schon totgeredet hatten

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

– die Sie alle schon totgeredet hatten! –, fortzusetzen. Wir werden sie weiterhin fortsetzen, weil wir uns um die Starken, aber auch um die Schwachen an unseren Schulen kümmern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden auch die Privatschulen in unserem Land, die eine wichtige Säule sind, weiter unterstützen. Wir haben einige Maßnahmen beschlossen, was die Lehrereinstellung und die Finanzierungsgrundlagen betrifft. Ich will es noch einmal sagen: Wir unterstützen die privaten Schulen in Bayern mit 2 Milliarden Euro jährlich. Wir geben 77 Millionen Euro für die Sanierung der privaten Schulen in Bayern. Auch da stehen wir zu unserem Wort, auch da halten wir zu den privaten Schulen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Ganztag! Der Ganztag wird von den Kollegen der Opposition immer wieder angeführt. Ich stelle fest: Auch den Ganztag haben wir in Bayern längst umgesetzt – dank des guten Miteinanders mit unseren Kommunen. Die Kommunen leisten einen großen Beitrag. Wir geben in diesem Haushaltsjahr 340 Millionen Euro für den Ganztag. Wir

schaffen gemeinsam mit dem Bund ein neues Förderprogramm; auf die Fördervorgaben des Bundes haben wir lange warten müssen. Aber wir schaffen den Ganztag mit größtmöglicher Flexibilität für die Kommunen. Wir wollen, dass sie beim Ganztag schnell zubauen können, damit sie ab 2026 bereit sind, die dann höhere Zahl an Schülerinnen und Schülern zu betreuen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein Punkt, der mir auch wichtig ist: Es gab Kritik an der politischen Bildung in Bayern. Auch diese lasse ich nicht zu. Wir haben unter anderem mit all unseren Akademien und Instituten sowie der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die von uns dieses Jahr 4,5 Millionen Euro erhält, einen wunderbaren Instrumentenkasten, um politische Bildung an Bayerns Schulen zu vermitteln. Reden Sie mir auch dies bitte schön nicht schlecht! Gehen Sie einmal in die Schulen. Sie werden Schülerinnen und Schüler erleben, die gut diskutieren können, die engagiert sind und die wir dabei auch unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Redezeit geht zu Ende. Ich will nicht unterbrochen werden. Ich könnte Ihnen noch viel erzählen, aber ich sage Ihnen ehrlich: Wir investieren in Bildung, weil wir an Bildung glauben und wissen, dass Bildung der beste Rohstoff für unser Land ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf: Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kollege Gotthardt. – Es gibt vier Zwischenbemerkungen von vier verschiedenen Fraktionen.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): War ich so schlimm? Das tut mir leid.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Als Erster hatte sich Herr Abgeordneter Bergmüller gemeldet. Bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Gotthardt, ich habe in Corona-Zeiten als Opa und Oma selbst –

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Beides? Geschlechterneutral? Das ist modern.

(Heiterkeit)

Franz Bergmüller (AfD): – miteinander erlebt, wie die Digitalisierung gelaufen ist. Sie haben gesagt "wir werden", aber was ist von den zwei Milliarden Euro, die in den letzten Jahren investiert wurden, übrig geblieben? Die Schulklasse, die vor Kurzem im Plenum war, als Ihr Kollege Herr Kraus anwesend war, hat der Digitalisierung an den Schulen ein katastrophales Zeugnis ausgestellt. Wenn die Digitalisierung so gut ausgestattet wäre, hätte die Corona-Krise keine solchen Mängel der Vergangenheit offenlegen können. Wie lautet Ihre Prognose für die Zukunft? Wann wollen Sie die Schulen komplett digitalisiert haben?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Herr Kollege Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Obwohl ich viel in Schulen unterwegs bin, kenne ich persönlich keinen Sachaufwandsträger – das heißt meistens Bürgermeister –, der mir aktuell vorjammern würde, er hätte nicht das erhalten, was er für seine Schulen haben möchte. Diejenigen, die Anträge gestellt haben, haben aus den Töpfen – diese waren gut gefüllt – ihre Materialien erhalten. Was wir aktuell mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandeln, ist eine andere Geschichte. Wie wir jetzt fortfahren, ist eine wichtige Frage. Jeder PC, jeder Laptop und jedes Tablet werden älter und müssen ersetzt werden. Dafür muss man Lösungen finden. Hieran arbeiten wir in einem sehr konstruktiven Dialog mit den Kommunen. Ich bin mir sicher, auch dafür finden wir eine gute Lösung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Wild. Bitte schön, Frau Wild.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ach, war schon angekündigt.

Margit Wild (SPD): War schon angekündigt. Du weißt, ich schätze dich sehr als Kollegen, aber findest du es nicht auch ein Stück weit dreist, dass du dich für eine Sache loben lässt, nämlich für die Berufseinstiegsbegleitung, die ja überhaupt nur unter massivem Druck der SPD, der GRÜNEN und der FDP

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

wiederaufgenommen worden ist? Ihr hättet die Berufseinstiegsbegleitung sterben lassen, wenn der Druck der Opposition nicht so stark gewesen wäre. Also bitte nicht mit fremden Federn schmücken!

Außerdem zu diesen Tausend Stellen, weil das immer wieder kommt – ich wiederhole mich –: Tausend Stellen sind noch lange keine Köpfe. Jetzt hätte ich gerne gewusst, wie erfolgreich das Abwerben in anderen Bundesländern läuft und welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden, damit man einen Unterricht in Bayern stattfinden lassen kann, wie ihn die jungen Menschen brauchen. Schönreden hilft hier nichts. Man muss den Tatsachen ins Auge blicken, weil sich sonst nichts ändert. Lobkaskaden helfen den Lehrkräften sowie den Schülerinnen und Schülern in keiner Weise weiter. Ich frage also noch einmal: Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Passt schon. Ich habe es verstanden. Ich versuche, es kurz und knapp zu beantworten, weil ich nicht viel Zeit habe. Erstens, zur BerEb: Kollegin, ich schätze dich auch sehr.

(Zurufe: Oh!)

Trotzdem muss ich sagen: Es gab fraktionsübergreifend den Konsens, dass wir sie erhalten müssen. In all den Debatten, die wir intern mit dem Kultusministerium und mit dem Koalitionspartner geführt haben und die immer sehr konstruktiv und lösungsorientiert waren, haben wir nie aufgehört, an eine Fortführung zu glauben, obwohl die Gelder aus den EU-Töpfen ausgelaufen sind. Dies war der Ursprung der Herausforderung. Wir haben diese Herausforderung gemeinsam angenommen. Wir haben nicht auf den Straßen, sondern in den Büros und in den Sitzungssälen um Möglichkeiten gerungen, dieses wichtige Instrument fortzuführen, und wir haben Lösungen gefunden. Dies zählt für mich.

Zum zweiten Punkt: Aktuell ist so, dass vor der größeren Maßnahme, die jetzt kommt, jährlich ungefähr 300 bis 350 Lehrkräfte nach Bayern wollten. Dies ist eine gesunde Zahl. Ich hoffe, dass wir sie noch erhöhen können. Dies wird natürlich schwierig werden, weil alle anderen Bundesländer, die von der SPD und von GRÜN geführt sind, wahrscheinlich ganz tolle Kriterien haben und Niveaus bieten, –

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Redezeit!

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): – aber wir werden weitere und viele Instrumente bedienen, um dem Lehrermangel massiv entgegenzutreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit kommen wir zur dritten Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kollegin Anna Schwamberger von den GRÜNEN. Bitte schön, Frau Schwamberger.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Gotthardt, lieber Tobias, zunächst einmal glaube ich, du musst dich gar nicht so sehr aufregen. Die Debatte über A 13 nervt mich. Ihr streut den Lehrkräften hier Sand in die Augen. Ihr stellt 17 Millionen Euro in den Haushalt ein, um Stellen zu heben. Das habt ihr in den letzten Jahren

genauso getan. Am Prozedere hat sich absolut nichts geändert. Ein echter Einstieg in die Besoldungsgruppe A 13 ist erst gegeben, wenn wir das Besoldungsgesetz ändern und den Nebensatz "außer Grund- und Mittelschullehrkräfte" streichen. Erst dann kann man von einem Einstieg in A 13 sprechen. Alles andere ist Augenwischerei und nicht ehrlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, mir wäre nicht bekannt, dass ich im Zusammenhang mit A 13 jemals einen Kübel Sand in der Hand gehabt hätte. Ich hatte immer einen Kübel in der Hand, in den wir Geld hineinzubringen versucht haben. Dies ist nicht einfach, weil A 13 teuer ist. A 13 kostet sehr viel Geld. Dies weiß der Finanzminister besser als ich. Wir haben uns bemüht, eine Lösung zu finden. Wir haben immer versprochen, wir werden noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung finden. Wir werden eine Lösung für Grund- und Mittelschulen finden. Wir werden noch in dieser Legislaturperiode einen verbindlichen Fahrplan definieren, wie wir A 13 für alle umsetzen. Ich verspreche an der Stelle: Wir werden am Ende dieser Legislaturperiode garantiert alle drei Punkte umgesetzt haben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit kommen wir last, but not least zum vierten Fragenden. Das ist der Abgeordnete Winfried Bausback. Herr Fraktionsvorsitzender, bitte schön.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Oh, das ist spannend. Davor habe ich jetzt am meisten Angst.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Lieber Herr Kollege, es interessiert mich einfach: Wenn man liest, dass Bayern nach dem Bildungsmonitor 2022 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft den zweiten Platz im Ranking belegt und in den Jahren davor entweder den ersten oder den zweiten Platz belegt hat, verwundert die scharfe Kritik

und das Schlechtreden des gesamten Bildungssystems in Bayern durch die Opposition an der Stelle dann nicht sehr, oder sehen Sie das anders?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Gotthardt, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Bausback, vielen Dank für die Frage. Nachdem ich jetzt schon einige Jahre Bildungspolitik betreibe, wundert mich gar nichts mehr. Das ist das eine. Die andere Geschichte ist: Es ist vollkommen richtig. Wir liegen in diesem Monitor und in vielen anderen Monitoren sehr weit vorne. Oftmals sind es nur Kleinigkeiten, wie zum Beispiel ein bei uns aktuell immer noch nicht ganz bedarfsgerecht ausgebautes Ganztagssystem, das aus Sicht der Monitorvorgaben, die uns ein wenig nach hinten werfen, noch weiter auszubauen wäre. Ansonsten sind wir Spitzenklasse, immer auf den Plätzen eins bis drei auf dem Treppchen. Richtig, wir müssen uns damit nicht verstecken. Im Gegenteil: Wir sind im Bundesvergleich spitze.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Das war es. Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Dieser ist der Abgeordnete Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Atzinger.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Laudator temporis acti – Lobredner vergangener Zeit. Damit sind Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN gemeint. Doch nur unter den Blinden ist der Einäugige König. Die Gesamtausgaben für Unterricht und Kultus in Bayern steigen gegenüber dem Ansatz des Vorjahres um über 400 Millionen Euro und gegenüber dem Ist 2021 um über 1,1 Milliarden Euro auf 14,835 Milliarden Euro, doch die Qualität der Bildung sinkt trotz dieser Mehrausgaben kontinuierlich. Woran liegt das? – Nicht an den Lehrern; denn die allermeisten sind hoch engagiert. Aber durch die Heterogenität der Schüler gerät das Bil-

dungssystem an seine Grenzen. 30.000 aus der Ukraine geflüchtete schulpflichtige Kinder brachten das Fass endgültig zum Überlaufen.Bei weiterhin ungehindertem Zuzug von Menschen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, werden wir die sich anbahnende Katastrophe in der Unterrichtsversorgung nicht mehr abwenden können. Kinder ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen behindern den Lernerfolg einheimischer Schüler. Wie bei so vielen anderen Problemen in unserem Lande ist auch im Bildungswesen der Schlüssel zum Erfolg die Remigration der Menschen, die Frau Merkel und die Ampel-Regierung nach Deutschland eingeladen haben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

A 13 als Einstiegsgehalt für Grund- und Mittelschullehrer kostet viel und bringt keinen einzigen Lehrer mehr und wäre meiner Meinung nach auch gegenüber den Lehrern an Gymnasien und Realschulen nicht angemessen.

(Zuruf: Warum?)

Gerechtfertigt wäre jedoch eine Erschwerniszulage für alle Lehrer an Schulen mit hohem Migrationshintergrund.

Schulen in privater Trägerschaft benötigen dringend Unterstützung. Sie sind zwar durch das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung garantiert, dennoch werden sie bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen häufig benachteiligt. Das Bestreben dieser Schulen ist es, nur ein moderates Schulgeld zu erheben. Dafür sind sie auf angemessene staatliche Zuschüsse angewiesen. Doch derzeit werden nur etwa zwei Drittel der Kosten ersetzt, die für ein Kind an einer staatlichen Schule entstehen. Würde der Schüler eine öffentliche Schule besuchen, müsste der Staat alle entstandenen Kosten tragen, was enorme Mehrausgaben im Staatshaushalt bedeuten würde. Die Ankündigung der Diözese Eichstätt, sich von fünf kirchlichen Schulen zu trennen, sollte ein Alarmsignal für uns sein.

Was man in diesem Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus nicht alles verstecken kann! Über 77 Millionen Euro für die katholische Kirche und immerhin noch über 26 Millionen Euro für die evangelisch-lutherische Kirche, und dies jährlich monoton steigend bei streng monoton fallenden Zahlen der Kirchenmitglieder.

(Johannes Hintersberger (CSU): Monoton ist Ihr Vortrag!)

Wir sprechen uns für die Abschaffung aller Beauftragten – so lange die FREIEN WÄHLER in der Opposition waren, vertraten sie übrigens ebenfalls diese Meinung – und somit auch des Antisemitismusbeauftragten aus. Wenn die Bayerische Staatsregierung unbedingt an diesem Amt festhalten will, soll sie es bitte der Staatskanzlei angliedern.

Die Ausbildung der Lehrer muss insgesamt an Effizienz gewinnen. Die Umstellung auf ein einheitliches, aber flexibel ausgerichtetes Grundstudium für sämtliche Lehramtsstudiengänge erscheint uns ein Erfolg versprechender Lösungsansatz zu sein. Dies würde die Planbarkeit des Lehrerbedarfs je Schulart verbessern.

Wir fordern die Stärkung der Attraktivität des Lehrerberufs auch für Männer, um hier einer zunehmenden Feminisierung entgegenzuwirken.

Schulen dürfen keine Orte weltanschaulicher oder politischer Indoktrination sein. Die Schule ist gemeinsam mit dem Elternhaus dafür verantwortlich, Kinder zu selbstständigen und handlungsfähigen Erwachsenen heranzubilden. Wir setzen uns daher für die Einhaltung der politischen Neutralität an Schulen ein und fordern die verstärkte Vermittlung abendländischer Werte.

Corona ist für die Schulen noch lange nicht vorbei. Schulschließungen und Distanzunterricht haben das Bildungswesen hart getroffen. Doch es gibt nicht nur Lernrückstände. Auch die Psyche vieler Schüler hat schwer gelitten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Atzinger. – Es liegt keine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Damit komme ich zur nächsten Rednerin, Frau Dr. Simone Strohmayr, Abgeordnete der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Redezeit zunächst dazu nutzen, den Lehrerinnen und Lehrern in Bayern Danke zu sagen. Danke für euren unermüdlichen Einsatz an den Schulen in Bayern! Die Bedingungen sind in den letzten Jahren eher schwieriger und mit Sicherheit nicht einfacher geworden – immer mehr Anforderungen, immer mehr Schülerinnen und Schüler, immer weniger Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen. Ein herzliches Dankeschön für Ihre Arbeit!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Lehrerinnen und Lehrer, Sie übernehmen Zusatzaufgaben wie die Integration von Flüchtlingskindern. Sie sorgen für die Inklusion. Sie machen an vielen Schulen die Systembetreuung, managen die Digitalisierung und setzen sich mit überbordenden Verwaltungsaufgaben auseinander. Auch dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Schulen sind von Krisen gebeutelt. Nach den schweren COVID-Jahren, die für unsere Schulen sehr verwaltungsaufwendig waren, schlägt jetzt der Lehrermangel voll zu. Über Jahre hinweg hat die Staatsregierung die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Man kann sagen, sie hat die Entwicklung total verschlafen. Minister Piazolo hat mantraartig wiederholt, die Unterrichtsversorgung sei gesichert. Welch ein Hohn! Würde man diese Leistung in der Schule bewerten, wäre das ein klares Ungenügend, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der BLLV hat letztes Jahr festgestellt, dass im laufenden Schuljahr – jetzt hören Sie gut zu – 4.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Eine von der SPD in Auftrag gegebene Studie hat darüber hinaus festgestellt – lieber Kollege, ich schätze Sie sehr, aber hören Sie zu, Sie können etwas lernen –, dass bis zum Jahr 2032 durchschnittlich 5.804 Pädagogen und Pädagoginnen zu wenig an Bayerns Schulen unterrichten. Das sind enorme Zahlen. So sieht es an unseren Schulen in Bayern aus. Das ist eigentlich ein richtiger Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es noch mal: Die Lehrerkrise ist hausgemacht. Sie ist das Ergebnis von Fehleinschätzungen, von verfehlter Haushaltspolitik. Jahrelang war genug Personal da, Herr Kollege. Ich bin seit zwanzig Jahren Mitglied hier in diesem Landtag. Jahrelang war genug Personal da, aber man hat die Schulen kaputtgespart. Jetzt haben wir die Situation, dass es zu wenig Lehrerinnen und Lehrer gibt.

Vielleicht interessiert es Sie auch noch: 10 % des Unterrichts müssen deswegen ausfallen. Das ist eine wirkliche Schande. Darunter leider vor allen Dingen die schwächsten Schülerinnen und Schüler; denn oft fallen da Förderkurse oder Intensivierungsstunden aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Unterstützung für die Lehrkräfte. Wir brauchen Verwaltungskräfte. Wir brauchen Systemadministratoren. Wir brauchen multiprofessionelle Teams. Zu all diesen Dingen haben wir Anträge gestellt. Ich kann Sie nur auffordern: Stimmen Sie diesen Anträgen zu!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein weiteres wichtiges Thema ansprechen. Immer mehr Lehrerinnen und Lehrer kommen auf uns zu und sagen uns,

dass Kinder aus benachteiligten Familien nicht mehr in der Lage sind, die Schulmaterialien selbst zu kaufen. Es ist nämlich bei Weitem nicht mehr so, dass die Schule hier in Bayern für die Schülerinnen und Schüler kostenfrei ist. In der Grundschule müssen Arbeitshefte angeschafft werden. In den weiterführenden Schulen sind es die Formelsammlungen und die Atlanten.

Darüber hinaus müssen wir bedenken: In der digitalisierten Zeit braucht jeder Schüler, braucht jede Schülerin ein digitales Endgerät. Das wissen wir seit COVID. Dennoch haben wir es nicht geschafft, alle Kinder entsprechend auszustatten. Der Minister hat neulich gesagt, es gibt 400.000 digitale Endgeräte, die hier in Bayern zur Verfügung stehen. Das ist doch viel zu wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben 1,6 Millionen Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Nur jedes dritte Kind hat ein digitales Endgerät zur Verfügung. Das ist für das reichste Bundesland echter Hohn. Ich kann Sie nur auffordern: Stimmen Sie unseren Anträgen zu! Dann wird die Situation auch hier in Bayern viel besser. Wir Sozialdemokraten stehen nämlich für Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Deswegen ist es wichtig, dass Sie unseren Initiativen zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf die Situation an den Berufsschulen zu sprechen kommen. Hier fallen seit vielen Jahren 8 % des Pflichtunterrichts aus. 8 % des Pflichtunterrichts! Hinzu kommen noch weitere Ausfälle durch Krankheit oder Fortbildung. So kann es doch nicht weitergehen! An den Berufsschulen sind doch die Leute, die wir so dringend als Facharbeiter brauchen. Dagegen müssen wir doch etwas tun. Deswegen kann ich Sie nur noch mal auffordern: Stimmen Sie unserem Antrag zu, zusätzlich 300 Planstellen zu schaffen!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss ein kurzes Lob. Ja, Sie sind in die gleiche Bezahlung mit A 13 eingestiegen. Wir werden aber ganz genau hinschauen, wie Sie das in den nächsten Jahren umsetzen. 17 Millionen sind angesetzt, 300 Millionen kostet das Projekt im Endausbau. Also, da sind noch viele weitere Schritte zu gehen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Zum Schluss möchte ich sagen: Unsere Schülerinnen und Schüler, unsere Lehrer und Lehrerinnen, unsere Eltern haben eine bessere Bildungspolitik verdient. Wir brauchen einen Haushalt, der Zukunftsvisionen enthält und keine Mängel verwaltet. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Strohmayr. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Matthias Fischbach.

(Beifall bei der FDP)

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, was Iatrophobie ist? – Entschuldigung, ein schwieriger Begriff. Mir war er vorher auch nicht bekannt. Das ist die Angst vor dem Arztbesuch, die krankhafte Angst davor, sich einzugestehen, dass man eigentlich Hilfe braucht. Da wird dann versucht, sich einzureden, es ist doch gar nicht so schlimm, und damit wird das krankheitsfördernde Verhalten nicht abgestellt, sondern es wird verschärft. Wenn die Schmerzen dann schlimmer werden, versucht man, sich vorübergehend zu betäuben, sich abzulenken; offene Wunden werden mit weißer Salbe beschmiert, und statt wirksamer Therapien werden dann lieber Autosuggestion und Homöopathie angewendet. Das kann zu nichts führen und ist brandgefährlich.

Ich muss sagen, an ein solches Verhalten fühle ich mich nach dieser Debatte und beim Blick auf die bayerische Bildungspolitik der letzten Jahre erinnert. Das ist leider das Problem. Unser Bildungssystem krankt mehr und mehr an uralten Strukturen, an fehlenden Reformen. Der Lehrerbedarf kann nicht mehr gedeckt werden, weil der Lehrerberuf auch in Bayern immer unattraktiver wird. Wir haben einen zunehmenden Lehrermangel, und das wird – leider – erst mal abgestritten. Dann wird unbeirrt weitergemacht, und wenn dann die Schmerzen immer größer werden, ist das Einzige, was dem Kultusminister einfällt, Mehrarbeit anzuordnen, die weiße Salbe, die auf die Wunde geschmiert wird. Die Problematik, die darunterliegt, die Wunde, wird eigentlich immer schlimmer, es wird immer schwieriger. Das Lehramt wird unattraktiver, und damit wird auch der Lehrermangel immer größer. Das Problem verschärft sich nur.

Wir sehen das zum Beispiel an der Zahl der Studienanfänger für das Mittelschullehramt: völlig eingebrochen. Aber Herr Piazolo redet unbeirrt weiter davon, dass doch alles gut sei. Er redet sich oder uns die ganze Zeit ein, auch die Kolleginnen und Kollegen hier in der Debatte, es sei doch alles in Ordnung. Da bezieht man sich auf jahrealte Vergleichstests. Der IQB-Test, der vielleicht einzig aktuelle, ist für Bayern besorgniserregend. Da ist die Zahl in den letzten Jahren nämlich deutlich zurückgegangen.

Also, die aktuellen Diagnosen muss man sich eingestehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir müssen uns auch anschauen, wie es um einzelne Schulen in diesem Land steht. Da sind diese Probleme vor Ort teilweise am größten. Wenn man aber Anfragen stellt, wie es vor Ort an den Schulen aussieht, wird einem die Antwort des Kultusministeriums verweigert, weil man diese Sicht auf einzelne Schulen nicht möchte. Das Einzige, worauf man sich noch irgendwo einlässt, sind kleine homöopathische "Prögrämmchen", mit denen man etwas ein bisschen besser machen möchte.

Aber ich sage mal in Richtung der FREIEN WÄHLER: Nur mit ein paar Projektwochen werden wir die Corona-Lücken und die Probleme an unseren Schulen leider nicht

lösen können. Wir haben einen heftig grassierenden Lehrermangel, und den beheben wir damit nicht. Also, lassen Sie sich bitte endlich helfen! Darum geht's.

(Beifall bei der FDP – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Aber nicht von dir!)

Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel: digitale Bildung. Die FDP-Fraktion hat vor drei Jahren hier einen Gesetzentwurf eingebracht, wie man eine Eins-zu-eins-Ausstattung mit digitalen Endgeräten durch einen Rechtsanspruch organisieren könnte. Übrigens, auch die Frage der Wartung und Pflege haben wir damit geregelt, indem es eben ganz klar wie bei der Lernmittelfreiheit eine digitale Lernmittelfreiheit gibt und damit Beträge in einfach verwaltbaren Budgets an die Schulen überwiesen werden, die damit umgehen können, wie sie das für richtig halten.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): 20 Millionen!)

Stattdessen haben Sie ein Budget zur IT-Administration, das vom Bund kam, zusätzlich bürokratisch gemacht, und dahinter stecken in einem komplizierten Konstrukt die Eigenmittel aus dem Land. Abgerufen worden sind – ausgezahlt Stand 31.12. letzten Jahres – nur 8 % dieser Mittel. Von den Landesmitteln müssen wir noch gar nicht reden, die sind nämlich nachgeordnet.

(Lachen des Abgeordneten Johann Häusler (FREIE WÄHLER))

Also, alles sehr, sehr schwierig. Die Aufgabe bleibt quasi bei der technischen Systembetreuung, bei den Lehrkräften hängen. Die sollten eigentlich pädagogische Systembetreuung machen. Da gibt es eine Richtlinie aus dem Jahr 2000 – aus dem Jahr 2000! Sie ist 23 Jahre alt. Darin heißt es, eine Lehrkraft bekommt eine Anrechnungsstunde, wenn mehr als zehn Computer an dieser Schule betreut werden; wenn es mehr als 25 sind, sind es zwei Anrechnungsstunden.

Das war die Größenordnung von damals. Darüber hinaus ist nichts geregelt. Die Schule muss sich das dann woanders herholen, bei dem Lehrermangel. Wir brauchen uns dann nicht zu wundern, meine Damen und Herren, wenn sich der Mangel weiter

verschärft. Es gab 2021 verzweifelte Petitionen von einer Lehrkraft; sie wurden von Ihnen im Bildungsausschuss abgelehnt. Sie haben gefordert, erneuert das endlich mal.

Erst kürzlich hat der Oberste Rechnungshof in seinem Bericht geschrieben, er hat einzelne Schulen angeschaut, über 30 Realschulen, und die Problematik vor Ort angeschaut, wie es mit den Systembetreuern eigentlich aussieht. Die sind überlastet. Was haben Sie gemacht? – Keine Reaktion, immer noch keine Erneuerung. Diese Richtlinie gilt seit über 23 Jahren unverändert. Völlig überholt – das ist Ihre Digitalpolitik in Bayern an den Schulen. Das ist überholt!

(Beifall bei der FDP – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Wir refinanzieren den digitalen Hausmeister!)

Wenn die Lehrkräfte klagen, aber ihre Petitionen überhört werden, wenn die Opposition aufzeigt, wie es anders ginge, aber unbeirrt weitergemacht wird, und wenn selbst der Oberste Rechnungshof mit seiner Intervention am Rande liegen gelassen wird, dann kann man nur eines feststellen: Sie wollen sich offensichtlich nicht helfen lassen. Deswegen muss der Wähler im Oktober Abhilfe schaffen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ja, ja! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das macht er ja, aber dann müsst ihr euch halt einen anderen Job suchen!)

Ihre Kultuspolitik der letzten Jahre können wir den Schülern nicht weitere fünf Jahre zumuten.

(Unruhe)

Was hier zusätzlich eingesetzt wird – ich sage meine letzten Sätze –, diese 2,7 % mehr, ist deutlich weniger, als im Gesamthaushalt mehr geschaffen wird in Richtung Investitionen. Die Ausgaben im Bildungsbereich sinken real, nur nominal steigen sie noch leicht. Wir haben eine hohe Inflation. Es muss viel getan werden. Investieren Sie mehr in die Bildung! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Prof. Gerhard Waschler das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss jetzt doch von meiner Redezeit, die zwar sehr eingeschränkt ist, ein paar Sekunden nehmen, um klarzustellen, wo wir uns eigentlich befinden.

Ich habe versucht, Überschriften zu finden, und ich bin bei der Überschrift geblieben, die eindeutig passt. Die Opposition wird natürlich dagegen sein. Es handelt sich um die Feststellung, die ich belegen werde, dass Bildung in Bayern eine Spitzenposition einnimmt und Bayern an der Spitze ist. Ich werde das genau belegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich schicke auch ganz klar voraus, ich picke mir jetzt nicht nach Gutdünken etwas heraus, sondern nenne einfach die Punkte, die mir wesentlich erscheinen. Herr Kollege Deisenhofer hat als erster Redner in der Reihenfolge etwas gebracht, wo man nur die Überschrift bringen kann – tut mir leid, aber es ist so –: Die Brandstifter rufen nach der Feuerwehr. – Überall in Deutschland, wo die GRÜNEN in irgendeiner Weise Verantwortung hatten, kam Chaos heraus und ist es mit der Bildungspolitik nach unten gegangen, in Rekordzeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Zweite: Kollege Fischbach, es muss natürlich so sein – ich bin der Wahrheit verpflichtet, ich umschreibe es freundlich –: Das war Matthias‘ Märchenstunde, was da aufgetischt wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Vorsicht, ich nehme jetzt nichts Lateinisches wie ein anderer Kollege, der meint, er kann Latein. Ich könnte es auch auf Lateinisch bringen, aber ich sage lieber: Herr Kol-

lege Fischbach, wer im Glashaus sitzt, vor allem wenn er Wahlprognosen macht, sollte ganz vorsichtig sein.

Aber jetzt kommt das wirklich Schlimme. Da hat ein Kollege tatsächlich behauptet – und so etwas muss man sich bei einer Diskussion über die Bildungspolitik in Bayern geben, das habe ich in zwanzig Jahren nicht erlebt, und es ist keine Auszeichnung, wenn der Kollege erwähnt wird. Ich kann es auch falsch verstanden haben, das glaube ich aber nicht, wir können es dann nachlesen im Protokoll, nämlich dass die geflüchteten Kinder aus notleidenden Ländern den Lernerfolg unserer Schüler behindern. Da sage ich ganz klar: Diese Aussage ist pädagogisch falsch, und es ist sowohl menschlich als auch in jeder Hinsicht nach dem christlichen Menschenbild unwürdig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Jetzt kommen wir zur Begründung, die der Kollege Hofmann und der Kollege Gotthardt schon treffend eingeleitet haben, wo es auf den Punkt gebracht wurde: Wir haben eine solide Finanzierung der Bildung, die personalintensiv ist. 93 % gehen mit allem, was dazugehört, mit Schulfinanzierungsgesetz und den Personalkosten eben an die Personen, denen man ausdrücklich danken muss: an die Lehrerinnen und Lehrer. Dank an die gesamte Schulfamilie! Ihnen ist zu danken, dass wir in Bayern im Konzert Deutschlands vorne an der Spitze mit dabei sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum das so ist, wurde ausführlich begründet.Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass die Steigerungen an Lehrerstellen in den Jahren 2008 bis 2022 in der Summe rund 20.000 betrugen und es damit gelungen ist, den Auf- und Ausbau der Lehrerreserve herbeizuführen, den gebundenen Ganztag auszubauen, mit der Lehrerschaft die Digitalisierung zu erweitern, 460 Stellen für Leitungszeit zu schaffen und die durchschnittlichen Klassengrößen an staatlichen allgemeinbildenden Schulen abzusenken;

auch jetzt bei den weiteren Lehrerstellen werden wir selbstverständlich die Köpfe finden, liebe hochgeschätzte Margit Wild.

Wenn man fragt, ob die Hausaufgaben gemacht wurden, dann sage ich: Im Koalitionsvertrag war von 5.000 neuen Stellen die Rede; das haben wir übererfüllt. Man kann nur Folgendes sagen: Was dem bayerischen Volk versprochen wurde, haben wir gehalten. All das, was von der Opposition bestritten wird, ist wirklich eine Märchenstunde, nicht nur die von Matthias Fischbach, sondern auch noch von ein paar anderen Leuten. Es gibt konkrete Bildungserfolge, weil man eben klug und überlegt Mittel eingestellt hat. Diese Bildungserfolge sind objektiv und wissenschaftlich gesichert nachweisbar; ich bedanke mich beim Kollegen Bausback für die Nachfrage.

– Herr Kollege Fischbach, selbstverständlich sind wir bei aktuellen Bildungsmonitor-Untersuchungen 2022 – das ist aktuell – tatsächlich insgesamt auf Platz zwei hinter Sachsen, bei der Vermeidung von Bildungsarmut und bei der beruflichen Bildung auf Platz eins.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Beifall bei der CSU)

In den Feldern Digitalisierung und Integration, Schulqualität und Forschungsorientierung sind wir vorne mit dabei. Deswegen kann man mit Fug und Recht sagen, dass das differenzierte und durchlässige bayerische Schulwesen Bildungsgerechtigkeit schafft; das ist so.

Jetzt kommt das Schlimmste für die Opposition:

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Hören Sie zu und lesen Sie es einmal nach, Herr Kollege Fischbach. Die Studie zweier Wissenschaftler, Hartmut Esser und Julian Seuring, in der "Zeitschrift für Soziologie" 2020 hat festgestellt, dass es in Kombination mit einer homogeneren Zusammensetzung der Schulklassen nach den kognitiven Fähigkeiten zu keiner Verstärkung der Effekte der sozialen Herkunft gekommen ist, wohl aber zu einer Zunahme der

Leistungen in der Sekundarstufe. Das gelte gerade für die Kinder in den Schulklassen der unteren Bildungswege mit geringerem Leistungsniveau. – Dazu kann ich nur sagen: Volltreffer! Erledigt. Ihr alle könnt dem Haushalt zustimmen.

Wenn man dann noch die normative Kraft des Faktischen anschaut, nämlich das, was herauskommt, dann kann man sagen: Vor Kurzem wurde uns betätigt, dass wir den Anteil der Schüler ohne Schulabschluss im bundesweiten Vergleich von über 8 %, die wir noch im Jahr 2003 hatten, auf jetzt 5,1 % gesenkt haben. Wir in Bayern sind damit positiv gesehen an der Spitze; deutschlandweit beträgt der Wert 6,2 %.

Ein letzter Punkt von meiner Seite zur Jugendarbeitslosenquote: Herr Fischbach, die Chancen für die Zukunft liegen in Bayern im Februar 2023 bei 2,8 %, in Deutschland bei 4,8 % und in Europa bei 14,4 %. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Die erste kommt von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege, wenn wir so gut sind, wie Sie es gerade mehrfach betont haben, dann frage ich mich wirklich, wie Folgendes sein kann: Ich war am Wochenende auf dem Förderschultag in Schwaben; dort wurde uns gesagt, dass die Situation an der Schule so dramatisch sei, dass diese Schule keine weiteren Schülerinnen und Schüler mehr aufnehmen könne, weil eben Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Erzieherinnen und Erzieher sowie Krankenpfleger fehlten. Die Folge ist, dass es tatsächlich hier in unserem reichen Bundesland Bayern Kinder gibt, die nicht mehr beschult werden können. Das ist doch eine Bankrotterklärung! Wie erklären Sie sich das, Herr Kollege?

(Beifall bei der SPD)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Geschätzte Kollegin Strohmayr, ich bedanke mich für die Möglichkeit, dass ich noch etwas sagen kann, was ich vorhin nicht mehr sagen konnte. Sie haben die Eigenschaft, immer zu behaupten, Einzelfälle würden für das Ganze stehen. Immer dann, wenn Sie gebeten werden, sich die Ursachen dieser Einzelfälle bilateral genauer anzuschauen, kommt überhaupt nichts. Also biete ich gerne an, dass man das bilateral bespricht und sich anschaut.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die übrigen 33 Sekunden nutze ich noch für das, was ich vorhin vergessen hatte; die Kollegen Gotthardt und Hofmann haben es angesprochen: All die bestehenden Probleme werden wir nicht kleinreden.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Doch! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Was haben Sie denn die ganze Zeit getan?)

– Nein. Lehrermangel und Probleme in der Unterrichtsversorgung sind keine Phänomene aus Bayern. Das ist nicht in Bayern hausgemacht, sondern gilt für ganz Deutschland und ganz Europa, weil wir niedrigere Geburtenraten haben und damit insgesamt Arbeits- und Fachkräftemangel. Das schlägt sich natürlich auch im Bildungsbereich nieder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung macht der Herr Kollege Max Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Waschler, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie versucht, die GRÜNEN irgendwie mit Chaos in Verbindung zu bringen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Brandstiftung!)

Vielleicht sind Sie in Passau zu weit weg, aber aus schwäbischer Perspektive kann ich Ihnen als Nachbar Baden-Württembergs berichten: Dort gibt es seit 2011 einen grünen Ministerpräsidenten, der 2016 fulminant mit über 30 % und auch 2021 wiedergewählt worden ist; er regiert dort jetzt zusammen mit der Union als Juniorpartner, eine – wie ich finde – ganz gute Kombination. Das läuft sehr erfolgreich.

Ich hätte auch noch eine Frage. Sie haben das Thema A 13 komplett ausgespart. Meines Wissens haben Sie Ihre gesamte politische Karriere dagegen gekämpft, dass A 13 auch für Mittel- und Grundschulen kommt. Wie finden Sie jetzt die Meinungsänderung des Ministerpräsidenten? Entspricht sie auch Ihrer persönlichen Einstellung?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Danke schön, Herr Kollege Deisenhofer. Auch Sie geben mir die Möglichkeit, einen Teil meiner vorbereiteten Argumente noch einmal entsprechend darzulegen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie sollen antworten!)

Ich stelle fest, dass die Drei-Flüsse-, Bischofs- und Universitätsstadt Passau, die Sie jetzt gerade sehr geringschätzen, durchaus geographisch im Südosten der Republik liegen mag.

(Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sie ist weit weg von Baden-Württemberg!)

Das ist aber trotzdem keine Rechtfertigung dafür zu sagen, dass man nicht sieht, was in Schwaben oder woanders abläuft, wenn man von dort stammt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): So ein Krampf!)

Das ist eine unzulässige Geringschätzung. Mit Kretschmann haben Sie eine Steilvorlage geliefert. Ihr Herr Kretschmann ist außerordentlich traurig darüber, dass er auf Augenhöhe mit Bayern eingetreten ist, als er das Land übernommen hat und dann die

Bildungspolitik dort so abgerutscht ist, dass das Land im Hinblick auf die Bildung bei allen Umfragen keine Rolle mehr spielt, sondern weit abgeschlagen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Deisenhofer, zu A 13 kann ich nur Folgendes sagen: Wir haben hier als CSU-Fraktion mit den Stellenhebungen A 12 Z und A 13 begonnen. Wir haben das eingeführt. Jetzt gehen wir einen weiteren Schritt in der nächsten Legislaturperiode. Da haben Sie keine Gelegenheit, auch nur ein Blatt zwischen uns und den Ministerpräsidenten zu kriegen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): So viele Versprechen gemacht und gebrochen!)

Der Weg passt, der Weg ist richtig.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr seid Versprechenbrecher!)

Es gibt schon jetzt viele Stellen der Besoldungsgruppe A 13 im Mittelschulbereich. – Auch bei Ihnen, Herr Schuberl; Sie müssen nicht bellen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. – Wir kommen zur Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Atzinger von der AfD-Fraktion.

Oskar Atzinger (AfD): Sic est, also: So ist es. Sie haben richtig verstanden. Ich habe gesagt, Kinder ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen behindern den Lernerfolg der einheimischen Schüler. Das liegt an zwei Dingen: Zum einen richtet sich eine Elefantenherde immer nach dem langsamsten Tier, zum anderen werden durch die vielen Kinder, die kein Deutsch können, so viele Kapazitäten benötigt, dass diese Lehrer für deutsche Schüler nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler, bitte sehr.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man ein Minimum an pädagogischem Sachverstand hat, dann weiß man, dass Kinder bzw. Schülerinnen und Schüler von anderen weit mehr lernen können – wenn man über den Tellerrand hinausblicken kann – als manche Politiker, die in einer Legislaturperiode hier im Bayerischen Landtag ein Menschenbild haben, das der Bayerische Landtag nicht verdient hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Waschler. – Nächste Rednerin ist Frau Staatssekretärin Frau Anna Stolz für die Bayerische Staatsregierung.

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal können wir nach der Debatte Folgendes festhalten: Egal welche Partei und egal welcher Verband – bei der Bildung sind wir uns zunächst einmal insoweit alle darüber einig, dass wir gar nicht genug in die Ausbildung der jungen Menschen im Freistaat investieren können. Mit dem neuen Einzelplan 05 machen wir genau das. Es gibt 14,8 Milliarden Euro; eingangs wurde gesagt, dass das 400 Millionen Euro mehr als im Vorjahr sind. Das ist ein gewaltiger Einzelhaushalt. Das ist ein großes Stück Zukunftskraft, das wir hier schaffen. Deshalb an dieser Stelle erst einmal ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, des Bildungsausschusses, aber auch an unseren Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und an den Finanzminister für die kraftvolle Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bildungsinvestitionen sind immer auch Zukunftsinvestitionen. Der Kollege Gotthardt hat es schon gesagt: In einem rohstoffarmen Land wie unserem müssen wir auf unsere jungen Menschen setzen. Das tun wir auch. Wir müssen sie bestmöglich unterstützen und sie individuell in ihren Talenten fördern. Bildung garantiert immer auch Fortschritt, Wirtschaftskraft und Wohlstand. Mit dem Haushalt 2023 führen wir diesen Kurs

ganz konsequent fort. Wir setzen ein klares Zeichen für die hohe Qualität des bayerischen Schulwesens und – das ist mir ganz besonders wichtig – auch für die Wertschätzung unserer Schulleitungen und Lehrkräfte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gute Bildung steht und fällt mit einem guten Lehrer bzw. einer guten Lehrerin. Soweit sind wir uns alle einig. Wir schaffen zum Schuljahr 2023/24 nochmals 1.152 neue Lehrerstellen. Auch das sei mal gesagt: In Summe sind es dann in dieser Legislatur 5.782 neue Lehrerplanstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Damit haben wir nicht nur Wort gehalten, meine Damen und Herren, sondern wir haben unser Ziel sogar übertroffen! Im Koalitionsvertrag stehen 5.000 neue Lehrerstellen. Das sind 15 % mehr als im Koalitionsvertrag vereinbart. Das soll uns erst mal einer nachmachen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Es gab im Freistaat noch nie so viele Lehrkräfte wie heute. Ich sage noch mal: Köpfe, falls wieder die Nachfrage kommt. Köpfe! Wir haben bereits jetzt 100.000 unbefristet beim Freistaat beschäftigte Lehrkräfte.

Und – das möchte ich betonen – wir haben einen weiteren Erfolg zu verbuchen: Das ist A 13 für alle Grund- und Mittelschullehrkräfte. Wir kämpfen schon lange dafür. Noch in diesem Schuljahr werden auch Taten folgen. Wir haben jetzt Stellenhebungen in Höhe von 17 Millionen Euro vorgesehen. Wer da jetzt wieder sagt: Das ist nicht genug, das geht alles zu langsam, dem empfehle ich, die neue Ausgabe des Magazins des BLLV zu lesen. Selbst der BLLV lobt uns für diesen Haushaltsentwurf. Wir stimmen aktuell das weitere Vorgehen im Kabinett intensiv ab. Machen Sie sich da also keine Sorgen: Die Bayerische Staatsregierung wird wie immer liefern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Wir lassen beim Personal nicht locker. Für das nächste Schuljahr machen wir einen kräftigen Aufschlag mit insgesamt 1.602 Stellen. Dazu gehören die eben genannten 1.152 Lehrerstellen, aber eben auch – das finde ich sehr beachtlich – 400 zusätzliche Stellen für Verwaltungskräfte. 400 Stellen! Das ist eine deutliche Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren. Wir hatten noch nie so viele Verwaltungsangestellte wie jetzt. Und das ist gut so. Denn die Verwaltungsangestellten, sage ich immer, sind die guten Seelen an unseren Schulen im Freistaat, die eine hervorragende Arbeit leisten und die unsere Lehrkräfte, unsere Schulleitungen entlasten. Das brauchen wir ganz dringend. Deswegen danke für diesen kräftigen Aufschlag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Gleichzeitig schaffen wir – wir haben es schon gehört – noch mehr Stellen für Schulassistenzen, für Differenzierungskräfte und für Drittkräfte. Wir sprechen also nicht nur von Entlastung unseres Stammpersonals, sondern wir entlasten tatsächlich. Erstmals stehen 21 Millionen Euro für 300 neue Schulassistenzen bereit. Wir legen noch 1 Million Euro drauf für unsere Differenzierungskräfte an den Förderschulen. So geht Chancengleichheit. So geht Bildungsgerechtigkeit. Daher an dieser Stelle auch mal mein Dank an unsere bayerischen Lehrerinnen und Lehrer für ihre großartige Arbeit, dafür, dass sie unsere Schülerinnen und Schüler so hervorragend individuell fördern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber wir alle wissen – das gehört zur Ehrlichkeit dazu –, dass die Aufgaben an den Schulen nicht weniger werden. Die Aufgaben nehmen zu. Bei der Integration sind unsere Schulen ganz besonders gefordert, nicht zuletzt seit dem schrecklichen Krieg in der Ukraine. Aber auch hier stellen wir jetzt über 15 Millionen Euro für Drittkräfte be-

reit, um geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine, aber natürlich auch aus anderen Ländern so schnell wie möglich Deutsch beizubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayerns Schullandschaft ist unglaublich vielfältig. Das macht sie aus. Darauf sind wir auch stolz. Das liegt nicht zuletzt an unseren Privatschulen. Die Privatschulen bereichern die Schullandschaft im Freistaat. Sie leisten eine hervorragende Bildungsarbeit. Deswegen unterstützen wir unsere Privatschulen im Freistaat kräftig. Die Zahl ist schon genannt worden. Insgesamt sind im Haushalt 2023 rund zwei Milliarden Euro für die Privatschulen vorgesehen. Zwei Milliarden Euro sind auch hier mehr als je zuvor, meine Damen und Herren! Im Haushalt haben wir zahlreiche Verbesserungen für die Privatschulen im Bereich Personalbetriebskosten und auch im Bereich des Schulbaus. Der Haushaltsplan spricht da eine ganz klare Sprache, und er gibt ein ganz klares Zeichen: Wir schätzen die Arbeit unserer Privatschulen, und das zeigen wir. Wir haben noch nie so viel für unsere Privatschulen getan wie in der letzten Zeit, und das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ob Privatschulen oder unsere staatlichen Schulen: Was die digitale Bildung angeht – dazu ist heute schon viel gesagt worden –, haben wir in den letzten Jahren einen Quantensprung hingelegt. Wir haben mit zwei Milliarden Euro Riesensummen investiert. Richtig ist: gemeinsam mit dem Bund. Auch das möchte ich sagen. Wir haben aber auch sehr viel erreicht. Noch in diesem Schuljahr bekommt jede Lehrkraft ihr eigenes Endgerät. Wir haben die Zahl der Schülerleihgeräte mehr als versechsfacht. Das ist ein immenser Fortschritt im Vergleich zu den Vorjahren. Bei uns gibt es aber keinen Stillstand. Wir entwickeln das digitale Lehren und Lernen ständig weiter. Eigens dafür haben wir ein neues Pilotprojekt ins Leben gerufen, die "Digitale Schule der Zukunft", wo es maßgeblich darum geht, die Schülerinnen und Schüler eins zu eins mit digitalen Endgeräten auszustatten.

Lieber Kollege Bergmüller, wenn behauptet wird, dass die Schulen bei der Digitalisierung schlecht aufgestellt sind, dann sind das vielleicht Einzelfälle. Die können Sie mir auch gerne mal zurufen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

– Wenn Sie da den Kopf schütteln, dann muss ich das vehement zurückweisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ist Ihnen bewusst, dass wir im Freistaat Bayern 70.000 digitale Klassenzimmer haben? 70.000 digitale Klassenzimmer! 50.000 waren im Koalitionsvertrag vereinbart. Auch hier haben wir uns übertroffen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

90 % der Klassenzimmer sind digital aufgestellt. Einzelfälle können Sie mir gerne zurufen. Aber ich weise vehement zurück, dass wir da schlecht aufgestellt sind. Das Gegenteil ist der Fall!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Gleichzeitig investieren wir in die Hard- und Software unserer Schulen. 70 Millionen Euro sind hier vorgesehen, knapp 50 Millionen Euro für die "BayernCloud Schule". Damit schaffen wir noch mehr Nutzerfreundlichkeit für die Schulfamilie in Gänze, für die Lehrkräfte, Verwaltungsangestellte, für die Schülerinnen und Schüler, die jetzt mit einer einzigen Kennung zentral und schnell auf alle Angebote zugreifen können, und das – das ist das Entscheidende – bei einem hohen Datenschutzniveau. Darauf kommt es ja an. Unsere Schulen brauchen einen hohen Schutzstandard.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Weitere 20 Millionen Euro sind vorgesehen für die IT-Administration, für unsere Schulaufwandsträger. Denn gerade beim Support – das will ich unterstreichen – dürfen wir nicht sparen, damit sich unsere Lehrkräfte auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können und wir unsere Lehrkräfte weiter entlasten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Geschätzter Herr Kollege Fischbach, Sie haben hier die Zahl "8 %" genannt. Nur 8 % der Gelder seien bei der Systemadministration abgerufen. Da muss ich sagen: Wenn Sie Zahlen vom Dezember benutzen, dann ist das jetzt, Ende März, etwas schlecht.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Die Mittel sind jetzt weitgehend abgerufen. Zahlen vom Dezember zu benutzen ist dann doch etwas schwach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Matthias Fischbach (FDP): Woher sind denn Ihre Zahlen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so wichtig die digitale Bildung heutzutage für die Anforderungen im Beruf, in der Schule, im Leben, im Alltag auch ist – zu guter Bildung gehört immer ein enger Praxisbezug. Deswegen setzen wir seit vielen Jahren auf unsere Alltagskompetenzen und unterstützen die entsprechenden "Projektwochen Alltagskompetenzen" in diesem Haushalt wieder mit 5,4 Millionen Euro.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Grundsätzlich gilt ja: Alltagswissen und lebenslanges Lernen sind unabdingbar geworden. Deshalb unterstützen wir die Erwachsenenbildung ganz gezielt mit über 44 Millionen Euro. Im Vergleich zum Jahr 2019 sind das 20 Millionen Euro mehr. Ich bin sehr froh, dass wir das im Landtag fraktionsübergreifend beschließen konnten. Ich möchte mich bei Ihnen allen ganz herzlich dafür bedanken, dass wir hier an einem Strang gezogen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

Die Erwachsenenbildung und unsere Initiativen zu den Alltagskompetenzen zeigen, dass wir auf Praxisbezug und lebenslanges Lernen setzen. Für uns sind berufliche und akademische Bildung absolut gleichwertig. Ich kann das nicht oft genug sagen. Wir setzen auf Master und Meister, weil wir wissen, dass unsere Betriebe gut ausgebildete Fachkräfte brauchen. Wir erhöhen deshalb den Meisterbonus massiv von 20,5 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro. Das ist ein wahnsinniger Erfolg, der heute noch nicht erwähnt wurde. Ich bin mir sicher, dass wir so die Meisterausbildung noch attraktiver machen und noch mehr Fachkräfte gewinnen werden. Vor allem zeigen wir einmal mehr: Wir halten etwas auf unser bayerisches Handwerk.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zur Weiterbildung und zum lebenslangen Lernen gehören natürlich auch unsere außerschulischen Lernorte. Die bayerischen Gedenkstätten sind solche außerschulischen Lernorte. In Zeiten, in denen wir mit Schrecken feststellen, dass der Antisemitismus wieder zunimmt, sind diese Gedenkstätten im Freistaat unverzichtbar geworden. Sie leisten einen ganz wertvollen Beitrag zur Demokratieerziehung und zur Wertebildung in unserem Land. Daher haben wir die Zuschüsse für die Stiftung Bayerische Gedenkstätten um 3,1 Millionen Euro auf 12,4 Millionen Euro erhöht, ein klares Signal für unsere Demokratie und für starke Werte im Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist Bildungsland Nummer eins. Mit dem Haushalt bauen wir diesen Anspruch weiter aus. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir setzen massiv auf Personal und investieren jeden dritten Euro in Bildung und damit in die Zukunft unserer jungen Menschen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Haushaltsentwurf zu unterstützen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Kollegen Max Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich hoffe, der Kultusminister wird nicht neidisch. So viel Applaus hat er in diesem Hause noch nie bekommen. – Ich habe zwei Rückfragen zur digitalen Schule. Sie haben die 70.000 digitalen Klassenzimmer genannt, die vor allem über einen Beamer, eine Dokumentenkammer oder einen Laptop verfügen sollen. Wie viel Prozent unserer Klassenzimmer haben wir denn abgedeckt, wenn jetzt 70.000 Klassenzimmer entsprechend ausgestattet sind?

Eine zweite Frage: Sie haben gesagt, dass der Abruf von 8 % bei der IT-Betreuung, den Herr Kollege Fischbach genannt hat, nicht mehr aktuell sei, weil die Zahlen vom Dezember stammten. Wie hoch ist denn der Abruf Stand heute, Stand März 2023? Vertreter der Kommunen haben mir gesagt, dass sie sich schwertäten, die Mittel abzurufen. Ich weiß nicht, ob die genannten 8 % noch zutreffend sind. Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, dass sie im Moment vollständig abgerufen werden.

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Deisenhofer. Zur Frage Nummer eins habe ich bereits gesagt: Wir haben mit über 70.000 Klassenzimmern 90 % aller Klassenzimmer digital ausgestattet. Die von Herrn Kollegen Fischbach genannte Zahl von 8 % habe ich zurückgewiesen; denn das ist der Stand vom Dezember. Die Anträge sind zum überwiegenden Teil bereits gestellt, aber natürlich sind noch nicht alle bewilligt und ausbezahlt. Ich kann Ihnen die genauen Zahlen gerne nachliefern. Ich führe viele Gespräche mit Bürgermeistern und Vertretern der Kommunen. Wir haben am Anfang viele Fördergelder ausgereicht. Für die Kommunen war es sicherlich viel Arbeit, diese Fördergelder abzurufen. Die Kommunen haben da aber tatkräftig angepackt. Herr Deisenhofer, die ganz konkreten Zahlen liefere ich Ihnen gerne nach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Stolz, worauf gründet Ihre Annahme, dass die Digitalisierung so gut funktioniert hat? Wenn das so wäre, warum haben dann die Grundschülerinnen und Grundschüler in der 3. und 4. Klasse Lernlücken von bis zu einem halben Jahr? – Deshalb, weil sie im Homeoffice nicht so gut unterrichtet werden konnten, da das nicht funktioniert hat.

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Sie haben scheinbar nicht verstanden, wovon ich spreche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich spreche von der Digitalisierung an unseren Schulen. Ich sage es noch einmal: Unsere Schulen sind mit WLAN ausgestattet. Wir haben 70.000 digitale Klassenzimmer. Wir haben die Zahl der Schülerleihgeräte versechsfacht. Die Lehrkräfte sind entsprechend ausgestattet. Wir verwenden die Geräte auch für die pädagogische Arbeit.

(Andreas Winhart (AfD): Sie sollten die Frage beantworten!)

Sie sprechen von dem Stand des Jahres 2020. Wir befinden uns jetzt im Jahr 2023. Deshalb: Guten Morgen! Wir haben uns in den letzten drei Jahren weiterentwickelt! Das ist gut so!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Franz Bergmüller (AfD): Das ist eine aktuelle Studie!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich finde es spannend, dass Sie sagen, drei Monate alte Zahlen seien völlig von gestern. Ich habe diese Zahlen im Dezember angefragt, als die offiziellen Zahlen des Bundes noch nicht da waren. Ich habe da Zahlen vom Juni 2022 bekommen, also Zahlen, die ein halbes Jahr vorher aktuell waren. So wird das Parlament bedient. Verwendet das Parlament aber Zahlen des Bundes, dann sagen Sie, diese wären nicht aktuell. Das ist vor dem Hintergrund, dass diese Richtlinie seit August 2021 besteht, bezeichnend. 1,5 Jahre später liegen wir bei 8 % und streiten uns hier im Plenum ernsthaft darüber, ob es jetzt schon 9 oder 10 % sein könnten.

Meine Damen und Herren, ich muss sagen: Wir sind bei diesem Thema deutlich hinten dran. Das war offensichtlich ein Rohrkrepierer. Es geht ja nicht nur um das Bundesprogramm; es wurden auch noch 80 Millionen Euro bayerischer Landesmittel draufgelegt, die zu einer noch geringeren Quote abgerufen worden sind. Können Sie uns belehren, ob zumindest von diesen Landesmitteln inzwischen über 8 % abgerufen worden sind?

(Beifall bei der FDP)

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Lieber Herr Kollege Fischbach, Sie scheinen das System nicht ganz verstanden zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben für die Systemadministration bis Ende 2024 78 Millionen Euro des Landes und 78 Millionen Euro des Bundes eingestellt. Diese Mittel werden natürlich in jedem Haushaltsjahr abgerufen; sie werden nicht alle auf einmal abgerufen. Wir haben außerdem bei diesem Thema nachgelegt. Von einem "Rohrkrepierer" möchte ich deshalb überhaupt nicht sprechen. Das weise ich aufs Schärfste zurück!

Wir haben gestern im Kabinett beschlossen, diese hälftige Kostenbeteiligung bei der Systemadministration weiterzuführen. Wir haben einen jahrzehntealten Streit zur Ent-

lastung unserer Schulen gelöst. Ich möchte, dass das einmal zur Kenntnis genommen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Reichlich spät!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Stolz. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26540 mit 18/26616, 18/26889, 18/27817, 18/27979 und 18/28000 sowie die Beschlussempfehlungen mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27950 zugrunde.

Zuerst kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/26573 betreffend "Einstieg in die Besoldung nach BesGr. A 13 für alle Grundschul- und Mittelschullehrkräfte". Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie hierfür bitte Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:39 bis 16:42 Uhr)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals digital ermittelt.

Wir kommen am besten gleich zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion, über den wir in einfacher Form abstimmen werden. Es geht um den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit

durch Fremdsprachenbegleiter" auf Drucksache 18/26583. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk und Busch. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt warten wir noch auf das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung. Es kann sich nur noch um wenige Augenblicke handeln. – Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einstieg in die Besoldung nach BesGr. A 13 für alle Grundschul- und Mittelschullehrkräfte" auf Drucksache 18/26573 bekannt. Mit Ja haben 59 gestimmt. Mit Nein haben 97 gestimmt. Stimmenthaltungen: 2. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst. Der Einzelplan wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27950 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk und Busch. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 05

mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Busch. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27950 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26598 bis 18/26616, 18/26889, 18/27817 und 18/27979 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 05 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Einstieg in die Besoldung nach BesGr. A 13 für alle Grundschul- und Mittelschullehrkräfte (Kap. 05 12 Tit. 422 01) (Drucksache 18/26573)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			X
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	59	97	2

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Für mehr Fachkräfte in unseren Kitas – OptiPrax refinanzieren!
   (Kap. 05 03 Tit. 684 79)
   Drs. 18/26540

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Programme und digitale Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
   (Kap. 05 03 TG 88)
   Drs. 18/26541

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Arbeitshefte in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
   (Kap. 05 03 TG 88)
   Drs. 18/26542

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bayerisches Programm für schnellere Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten
   (Kap. 05 03 TG 88)
   Drs. 18/26543

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kostenübernahme für pädagogische Programme in Schullandheimen durch den Freistaat
   (Kap. 05 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/26544

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kulturelle Bildung im schulischen Bereich
   (Kap. 05 05 TG 68)
   Drs. 18/26545

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erhalt der Intensivierten Beruflichen Orientierung an Schulen (IBOS)
   (Kap. 05 12 TG 60)
   Drs. 18/26546

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stärkung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD)
   (400 Stellen A 13)
   (Kap. 05 13 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26547

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen sicherstellen
   (300 Stellen A 13)
   (Kap. 05 21 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26548

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Schülerinnen und Schüler stärken und Lehrerinnen und Lehrer entlasten – Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen
    (Kap. 05 21 Tit. 428 01, 428 11)
    Drs. 18/26549

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Mehrarbeitsvergütung für Beamte
    (Kap. 05 02 Tit. 422 41)
    Drs. 18/26550

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Leistungsbezüge für Beamte
    (Kap. 05 02 Tit. 422 45)
    Drs. 18/26551

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Überstundenentgelte für Arbeitnehmer
    (Kap. 05 02 Tit. 428 41)
    Drs. 18/26552

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
(Kap. 05 02 Tit. 428 45)
Drs. 18/26553

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 05 03 Tit. 684 79)
Drs. 18/26554

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Softwareentwicklung und Betrieb von BayernCloud Schule inkl. mebis – Landesmedienzentrum Bayern
(Kap. 05 04 Tit. 534 76)
Drs. 18/26555

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Softwareentwicklung und Betrieb von BayernCloud Schule inkl. mebis – Landesmedienzentrum Bayern
(Kap. 05 04 Tit. 534 76)
Drs. 18/26556

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bonus für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen
(Kap. 05 04 Tit. 681 08)
Drs. 18/26557

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Kinderpflege
(Kap. 05 04 Tit. 684 17)
Drs. 18/26558

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Fachakademien für Sozialpädagogik (Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin)
(Kap. 05 04 Tit. 684 18)
Drs. 18/26559

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionsförderung für Sonstige
(Kap. 05 04 Tit. 893 77)
Drs. 18/26560

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Unterricht und Kultus
(Kap. 05 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/26561

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fortbildung für pädagogische Teams, Schulassistenzen, Schulbegleitungen und zusätzliche pädagogische Fachkräfte
(Kap. 05 02 Tit. 525 01)
Drs. 18/26562

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Angemessene Erhöhung des Schulgeldersatzes
(Kap. 05 03 Tit. 684 07, 684 08, 684 09, 684 10)
Drs. 18/26563

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der außerschulischen Angebote der kulturellen Bildung – Mittel aufstocken!
(Kap. 05 04 Tit. 681 07)
Drs. 18/26564

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entlastung privater (Berufs-)Fachschulen und Fachakademien
(Kap. 05 04 Tit. 684 15, 684 16, 684 17, 684 18, 684 19, Tit. 684 20)
Drs. 18/26565

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schulbudget für Externe für Bildungsangebote im Bereich Politische Bildung
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/26566

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schulbudgets zum Ausgleich von Unterrichtsausfällen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/26567

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Klassenfahrten weiterhin ermöglichen!
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/26568

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zweite pädagogische Fachkraft in Grund-, Förder- und Mittelschulen ermöglichen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/26569

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Landesjugendkunstschulen endlich auch in Bayern bedarfsgerecht unterstützen!
(Kap. 05 05 Tit. 684 68)
Drs. 18/26570

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Institutionelle Förderung des Fördervereins für Internationale Jugendbegegnung Dachau e.V.
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26571

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Landeszentrale für politische Bildung personell stärken
(Kap. 05 06 Tit. 422 01)
Drs. 18/26572

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Einstieg in die Besoldung nach BesGr. A 13 für alle Grundschul- und Mittelschullehrkräfte
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/26573

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Verwaltungskräfte für Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 428 01)
Drs. 18/26574

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Perspektiven für Lehrkräfte des Islamischen Religionsunterricht in Bayern schaffen
(Kap. 05 12 Tit. 428 02)
Drs. 18/26575

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Jedem Kind gerecht werden – Mobilen sonderpädagogischen Dienst stärken!
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 18/26576

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Matthias Fischbach, Albert Duin, Martin Hagen u.a. und Fraktion (FDP), Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2023;
hier: Institutionelle Förderung des Erinnerungsortes Badehaus; Bürger fürs BADEHAUS Waldram-Föhrenwald e. V.
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26577

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung
(Kap. 05 01 Tit. 536 01)
Drs. 18/26578

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 05 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/26579

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 05 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/26580

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Gastschulbeiträge für die Beschulung von abgelehnten Asylbewerberkindern
(Kap. 05 03 Tit. 633 05)
Drs. 18/26581

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Gastschulbeiträge für die Beschulung von Asylbewerberkindern
(Kap. 05 03 Tit. 633 06)
Drs. 18/26582

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit durch Fremdsprachenbegleiter
(Kap. 05 04 Tit. 428 15)
Drs. 18/26583

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Entgelte der Aushilfslehrkräfte zur Sprachförderung an weiterführenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 428 16)
Drs. 18/26584

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Weiterentwicklung der Mittelschulen – Honorare für externe Fachkräfte an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 18/26585

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Entgelte der Aushilfslehrkräfte und des sonstigen pädagogischen Personals im Arbeitnehmerverhältnis
(Kap. 05 12 Tit. 428 14)
Drs. 18/26586

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Deutschklassen
(Kap. 05 12 Tit. 429 01 u. Kap. 05 12 Tit. 671 01)
Drs. 18/26587

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Erstattungen an Sonstige zur Umsetzung des Konzepts kooperativer Klassen zur Berufsvorbereitung
(Kap. 05 15 Tit. 671 03)
Drs. 18/26588

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung des Personalaufwands
(Kap. 05 03 Tit. 684 60)
Drs. 18/26589

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Sonstige für staatlich anerkannte Realschulen und Abendrealschulen sowie für Realschulen, die nach Art. 45 Abs. 1 gefördert werden
(Kap. 05 03 Tit. 684 82)
Drs. 18/26590

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Sonstige für staatlich anerkannte Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs sowie für Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs, die nach Art. 45 Abs. 1 gefördert werden
(Kap. 05 03 Tit. 684 84)
Drs. 18/26591

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung des Baus von gemeinnützigen privaten Gymnasien (inklusive Schulsportstättenbau) sowie von privaten Schülerheimen gemeinnütziger Träger
(Kap. 05 03 Tit. 893 01)
Drs. 18/26592

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Klimaschutzpreis für Klimaschulen in Bayern
(Kap. 05 04 Tit. 547 03)
Drs. 18/26593

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung außerunterrichtlicher Leistungen von Schülerinnen und Schülern aller Schularten und von besonders kreativen und innovativen Projekten mit Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 681 07)
Drs. 18/26594

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe
(Kap. 05 04 Tit. 684 16)
Drs. 18/26595

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entgelte der Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis
(Kap. 05 12 Tit. 428 02)
Drs. 18/26596

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Multimedia für Förderschulen und für Schulen für Kranke im Sinne von multimedialer Kommunikation und Kooperation:
„Sonderpädagogische Hilfsmittel und Techniken“
(Kap. 05 13 Tit. 547 02)
Drs. 18/26597

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ersatz der notwendigen Kosten genehmigter Baumaßnahmen – Finanzierung des Schulbaus der Montessori-Mittelschule Nürnberg
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 18/28000

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Barbara Becker
Abg. Dr. Martin Runge
Abg. Wolfgang Hauber
Abg. Stefan Löw
Abg. Klaus Adelt
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Holger Dremel
Abg. Robert Riedl
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Oskar Atzinger

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe trotzdem **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26501 mit 18/26510, 18/26892 und 18/26919)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/26495 mit 18/26500, 18/27978)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26459 mit 18/26474)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26473 und 18/26474)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26475 mit 18/26494)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/26449 mit 18/26456)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26457 und 18/26458)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt: CSU 13 Minuten, GRÜNE 8 Minuten, FREIE WÄHLER 7 Minuten, AfD und SPD je 6 Minuten, FDP 5 Minuten, Staatsregierung 13 Minuten und fraktionslose Abgeordnete je 2 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/26466 und zu dem interfraktionellen Änderungsantrag auf Drucksache 18/26473 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Frau Kollegin Barbara Becker. – Bitte schön, Frau Abgeordnete Becker, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist Sicherheitsland. – Das sagt sich so leicht, und wir können stolz darauf sein: höchste Aufklärungsquote, niedrigste Kriminalitätsquote. Das heißt, dass bei uns auch die Prävention funktioniert. Das Leben ist aber mehr als ein Ländervergleich oder eine Statistik.

Für unsere Polizistinnen und Polizisten, für die Feuerwehrleute, die Ehren- und Hauptamtlichen im Rettungsdienst und für ihre Angehörigen – ich gehöre dazu – bedeutet es bei jedem Einsatz zu hoffen, dass alle wieder gesund und gut nach Hause kommen. Vielen Dank allen Mitgliedern der Blaulichtfamilie für ihren Dienst! Sie machen Bayern zum Sicherheitsland Nummer eins.

(Beifall bei der CSU)

Zum Haushalt. Wir schauen uns mal den Gesamthaushalt des Innenministeriums an. Der Haushalt erhöht sich um 456,7 Millionen Euro auf jetzt 7,328 Milliarden Euro. Das ist eine beträchtliche Summe Geld. Davon investieren wir 63 % ins Personal – das Innenministerium ist ein Personalschwerpunkt –, 4,6 Milliarden Euro. Besonders hervorzuheben sind die 500 neuen Stellen bei der Polizei. Im Koalitionsvertrag für ein bürgernahes Bayern haben wir festgelegt, dass wir 45.000 Stellen bei der Polizei bis zum Jahr 2023 erreichen wollen. Das schaffen wir damit.

Auch die Staatlichen Feuerwehrschulen erhalten mehr Personal: sechs neue Stellen. Wir unterstützen da zum Beispiel auch die Feuerwehrerlebniswelt in Augsburg

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr gut!)

mit einer Fraktionsinitiative – das ist quasi unser Innovationsfonds –, weil wir bei der Feuerwehrerlebniswelt in Augsburg sowohl Informationen über die Blaulichtarbeit als auch vielleicht Nachwuchsgewinnung bewirken.

Beim Blick in den Sachhaushalt sehen wir die Haushaltsmittel für die Integration von Zuwanderern sowie für die Unterbringung von Asylbewerbern und -bewerberinnen, die

insgesamt 1,6 Milliarden Euro ausmachen. Wir können uns alle denken, warum das so ist: ein stetig anhaltender Zustrom von Asylbewerbern und -bewerberinnen, von Geflüchteten aus der Ukraine und auch der Zuzug ehemaliger afghanischer Ortskräfte und besonders schutzbedürftiger afghanischer Staatsangehöriger. Wir brauchen mehr Übergangswohnheime, wir brauchen Flüchtlings- und Integrationsberatung. Dafür stehen beträchtliche Summen in diesem Haushalt.

Beim Digitalfunk BOS geht es um etwas ganz anderes. Es war ein großer Wunsch und ein Anliegen unserer örtlichen Rettungskräfte, dass wir in eine 72-Stunden-Notstromversorgung der Funkmasten investieren, und es war unser Anliegen, das Digitalfunkzugangsnetz in die Hoheit des Freistaates Bayern zu übernehmen. Deshalb ist der Etat noch mal um 40 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro aufgewachsen.

Zum Thema Polizei und Rettungskräfte sagt mein Kollege Holger Dremel nachher noch viel mehr; er ist Polizist, er kann aus seinem Fachbereich berichten.

Ich komme jetzt noch zum Sport; denn das Ministerium heißt auch "Sportministerium". Für die Sportförderung stehen im Jahr 2023 rund 81,6 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind noch mal über 1,5 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Daraus wird zum Beispiel die Vereinspauschale bezahlt. Wir haben jetzt das dritte Jahr in Folge die Vereinspauschale verdoppelt, damit jeder Verein die Chance hat, nach der Corona-Zeit wieder gut auf die Füße zu kommen. Darin sind aber auch Zuschüsse für Investitionen der Vereine, für laufende Zwecke der Verbände, Zuweisungen und Zuschüsse für verschiedene Einzelinvestitionsmaßnahmen enthalten, also alles, was der Sport braucht – für Gebäude, aber auch für Menschen.

Christsoziale und FW haben noch einige Änderungsanträge eingebracht. Die Sportarena Ruhpolding wird gefördert. Es gibt ein wunderbares kleines Programm "Bayern bewegt sich", mit dem sozusagen Couch-Potatoes in Bewegung gebracht werden sollen. "Sport schafft Heimat" ist ein Projekt, das für Integration von Geflüchteten sorgt.

Sport ist ein heilsames Mittel. Wir unterstützen auch das Nachwuchsleistungszentrum in Gundelfingen.

Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Notruf 112 – auch dazu sagt der Kollege Dremel nachher noch mehr.

Insgesamt können wir im Jahr 2023 für den vollständig aus der Feuerschutzsteuer finanzierten Feuerwehrbereich insgesamt 95,7 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Nur zum Vergleich: Das sind noch mal 3,7 Millionen Euro mehr als letztes Jahr.

Das Katastrophenschutzprogramm Bayern 2030 kann weitergeführt werden. Für die Integrierten Leitstellen haben wir 24 Millionen bereitgestellt.

Wir haben noch ein paar kleinere Dinge eingebracht: 2 Millionen mehr für die Ausbildung von Notfallsanitätern und – was mich besonders freut – die App-basierte Alarmierung von Ersthelfern. Sie ist wichtig, weil es bei Herz-Kreislauf-Stillstand um jede Sekunde geht, und je besser und je schneller Ersthelfer informiert werden, desto sicherer sind die Menschen in Bayern.

Natürlich hätten wir Christsoziale und FW noch viele weitere Ideen, was wir tun könnten. Wir wollen aber gut mit dem Steuergeld der bayerischen Steuerzahler umgehen; manche Ideen bleiben Träume fürs nächste Jahr.

Der Haushalt ist gut aufgestellt. Was uns eine Richtschnur ist: Wir wollen wenig versprechen und viel halten, und wir wollen das, was wir zusagen, auch durchhalten können. Da nehme ich noch mal ein Beispiel aus dem Sport. Innere Sicherheit ist kein kleiner Sprint, nach dem man sich cool in den Zieleinlauf stellt und ein Selfie macht, sondern sie ist ein Marathon oder vielleicht sogar ein Ultralauf. Die Rettungskräfte, die Polizei und die Sportler können sich dessen sicher sein: Wir als Christsoziale laufen diesen Ultralauf mit, verlässlich.

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Abgeordnete Dr. Martin Runge von der Fraktion der GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Geschäftsbereich des Bayerischen Innenministeriums umfasst bekanntlich zahlreiche Aufgabenfelder: Das geht vom Kommunalwesen über die öffentliche und zivile Sicherheit, die Aufenthalts-, Asyl- und Integrationspolitik, den Sport bis hin zu mehreren Einzelfeldern. Auf einzelne der wesentlichen Themenfelder, die bei uns im Innenausschuss behandelt werden, erlaube ich mir jetzt kurz einzugehen.

Zum Sport – Kollegin Becker hat es angesprochen: Die Unterstützung des Sports ist uns allen hier im Haus wichtig, weil wir um die Bedeutung und den Nutzen des Sports, vor allem des Vereinssports, wissen. Gesundheitsvorsorge, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Inklusion und Integration und, ganz wichtig, Kinder- und Jugendarbeit ist zum großen Teil auch klassische Jugendsozialarbeit. Es ist allen klar, dass es hier um eine wichtige Aufgabe geht. Wir begrüßen die Unterstützung des Vereinssports. Ich mache noch eine kleine Anmerkung zur Neufassung der Sportförderrichtlinie: Herr Minister, uns wäre da sogar die erste Version aus Ihrem Hause lieber als das gewesen, was dann herausgekommen ist – Stichwort: Koppelung der Vereinsförderung nach den Mitgliederzahlen an die vorgelegten Übungsleiter- und Trainerinnenscheine.

Zum Thema innere Sicherheit: Ja, Bayern kann Sicherheit im Großen wie im Kleinen; Beispiele sind der G7-Gipfel oder auch die Sicherheitskonferenz. Beim Aufwuchs der Stellen bei der Polizei mäkeln wir nicht herum, sondern unterstützen und begrüßen das. Frau Becker, manches Mal erlauben wir uns auch, dort Änderungsanträge einzubringen, um es noch zu verbessern. Es ist einfach schade, dass sämtliche Anträge von uns – heute geht es ja um die Änderungsanträge zu den Haushalten – von den Regierungsfraktionen aus Prinzip abgelehnt werden.

Exemplarisch nenne ich einige unserer aktuellen Haushaltsanträge: "Mehr Waffenkontrolle durch die Landratsämter", "Bessere Ausstattung von Feuerwehrschulen", "Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern", "Stellen für eine Lehrgruppe zur Aus- und Fortbildung der Führungsgruppen im Katastrophenschutz", "PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz", "Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen" und vieles andere mehr. In unseren Augen sind das wichtige Anträge und Anliegen; Sie hätten gerne zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klar ist, dass es im Kernbereich der Innenpolitik vor allem auch um die richtige Balance von Sicherheit auf der einen Seite und Freiheit auf der anderen Seite geht. Da schlägt unseres Erachtens das Pendel doch manches Mal zulasten der Freiheit aus. Frau Demirel, ich bringe nur zwei Stichworte, weil es die Zeit bedauerlicherweise nicht anders erlaubt: erstens das berühmt-berüchtigte Polizeiaufgabengesetz – Stichwort: drohende Gefahr und Präventivgewahrsam – sowie zweitens die Anschaffung und der vorgesehene Einsatz der – ich nenne es einmal weiterhin – Verknüpfungssoftware VeRA der Firma Palantir. Da gilt es selbstverständlich, doch noch die eine oder andere kritische Frage zu stellen.

Bei der exemplarischen Aufzählung unserer Anträge hatte ich ganz kurz das Thema Katastrophenschutz angerissen. Es ist leider notwendig und richtig, dass auf den Zivilschutz, für den der Bund zuständig ist, und auf den Katastrophenschutz, für den die Länder zuständig sind, ein größeres Augenmerk als bisher gerichtet wird und dass damit auch die zuständigen Rettungs- und Hilfsorganisationen stärker im Fokus stehen.

Es gab die Corona-Pandemie, jetzt gibt es den Überfall Russlands auf die Ukraine, mehr und mehr flüchtende Menschen – Sie hatten es angesprochen, Frau Becker –, die Auswirkungen auf die Energieversorgung, die Gefahr von Energiemangellagen sowie auch die Gefahr von Cyberangriffen. All das betrifft das Thema der inneren Si-

cherheit. Es stellt aber auch den Kommunalsektor vor gewaltige Herausforderungen. In diesem Kontext ein Dank an all die vielen Menschen, die uns geholfen haben, die Krisenlagen einigermaßen gut zu bewältigen.

Noch ganz kurz zwei Stichworte zum Thema Kommunales: Der Aufwuchs beim kommunalen Finanzausgleich ist angesichts der Aufgabenmehrung sehr wichtig, aber zu diesem Selbstlob, das wir immer erleben, muss man schon Folgendes sagen: Dieser Aufwuchs ist in erster Linie dem Aufwuchs der Gelder im allgemeinen Steuerverbund zu verdanken. Bei der Erweiterung des Verbotskatalogs im Kommunalabgabengesetz, wie dem Verbot einer möglichen Einführung einer Übernachtungssteuer, haben Sie das Steuerfindungs- und Erhebungsrecht der Kommunen weiter beschnitten. Sie haben das im Omnibusverfahren, also im Zuge der Behandlung und Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes zum Bundesmeldegesetz gemacht, nur um einer Anhörung der kommunalen Spitzenverbände aus dem Weg gehen zu können. Das ist alles andere als kommunalfreundlich; das war und ist kommunalfeindlich.

Ein letzter Gedanke: Ich möchte meinen Kurzbeitrag nutzen, um der Kollegin und den Kollegen im Innenausschuss für das gute Zusammenwirken zu danken. Selbstverständlich gilt der Dank auch dem Landtagsbeauftragten und auch Ihnen, Herr Minister: Sie sind immer wieder und so häufig wie kein anderer Minister bei uns im Ausschuss aufgeschlagen, um Bericht zu erstatten und Rede und Antwort zu stehen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Runge. – Nun rufe ich den Kollegen Wolfgang Hauber von den FREIEN WÄHLERN auf. Bitte schön, Herr Kollege Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man nach dem Koalitionspartner redet, dann ist vieles schon gesagt. Ich danke der Kollegin Barbara

Becker dafür, dass sie einen Durchritt durch die Zahlen des Einzelplans 03 gemacht hat. Sie werden mir sicher nachsehen, wenn ich nur einige Schlagworte zu meinem Schwerpunktthema Polizei liefere.

Der Einzelplan 03 reagiert auf besondere Belastungssituationen. Bayern befindet sich seit Jahren in einem sicherheitsrechtlichen Ausnahmezustand. Hier ist insbesondere auf die sicherheitsrechtlichen Aspekte der Corona-Pandemie und die Folgen der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine zu verweisen. Diese Ereignisse haben ebenso Einfluss auf den Einzelplan wie grundsätzliche Erkenntnisse der letzten Haushaltsjahre. Wir von der FREIEN-WÄHLER-Landtagsfraktion stehen für die ausgewogene Balance von Freiheitsrechten und Sicherheit.

Hierfür ist eine angemessene Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden mit qualifiziertem Personal unerlässlich. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Aufstockung der Polizei um weitere 500 neue Stellen – ich persönlich bin davon überzeugt, dass das auch in den nächsten Jahren noch erforderlich sein wird – und die Bereitstellung zusätzlicher Sach- und Investitionsmittel in Höhe von 16,6 Millionen Euro für die Polizei.

Der Haushalt der bayerischen Polizei erreicht damit ein Rekordvolumen von rund 515,1 Millionen Euro; hinzukommen die Anpassungs- und Optimierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Digitalfunk BOS, die sich der Freistaat 2023 weitere 150 Millionen Euro kosten lässt. Das sind die wichtigsten Gesamtmaßnahmen im Einzelplan 03, um Bayern auch in Zukunft sicher und modern zu erhalten.

Daneben gibt es eine große Zahl von Einzelmaßnahmen, die wir in Angriff genommen haben. So hat sich die Bayernkoalition dafür starkgemacht, dass unsere Unterstützungskommandos der Polizei eine angemessene Sachausstattung erhalten. Hier können wir mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln etwas Unbezahlbares zum Ausdruck bringen: Wertschätzung! Wertschätzung für die unbezahlbare Einsatzbereitschaft der für unsere Sicherheit tätigen Beamten. Gleiches gilt für die zusätzlichen Mittel zur Sicherung digitaler Fahrzeugspuren – was aus meiner Sicht ein innovativer An-

satz ist –, die Förderung der Tatort-/Spurensicherungsstraße am Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring, die Beschaffung eines Fahrsimulators bei der Bereitschaftspolizeiabteilung in Nürnberg sowie die Erhöhung der Mittel für die digitale Ausbildung bei der bayerischen Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Standpunkt ist hinreichend klar geworden. Wir wollen unseren, der bürgerlichen Freiheit verpflichteten Freistaat funktionsfähig erhalten. Hierfür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Es gilt der Grundsatz, dass jeder Euro, der in einen qualitativ hochwertigen Sicherheitsstandard investiert wird, gut angelegt ist. Ich bitte, dem Einzelplan 03 zuzustimmen. Auch das ist eine Art von Wertschätzung gegenüber unseren Sicherheitskräften und geht weit über den bloßen Dank für die engagierte Arbeit hinaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hauber. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD. Bitte schön, Herr Löw.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Änderungsanträge zum Haushalt des Innenministeriums sollen vor allem längst überflüssiges Einsparpotenzial aktivieren. Im Gegenzug wollen wir die Polizei, das LKA und die Verwaltungsgerichte stärken und entlasten. Dies ist besonders aufgrund der seit 2015 ungebremsten Asylflut dringend notwendig. Die Flüchtlingswelle aus der Ukraine im letzten Jahr kam hier als zusätzliche Belastung dazu. Nur 2 % der Asylbewerber erhalten Asyl, und nur diese dürften eigentlich hierbleiben. Die Anträge des Großteils der Asylbewerber werden abgelehnt, aber sie klagen dagegen und verstopfen damit unser Rechtssystem an den Verwaltungsgerichten.

Um die Wartezeit der Verfahren zu verkürzen, die Rechtssicherheit zu wahren und den Rechtsstaat zu stärken, ist es notwendig, hier neue Stellen zu schaffen sowie die Be-

züge zu erhöhen. Die Kriminalität insbesondere bei Asylbewerbern bedeutet höhere Belastung und mehr Arbeit für die Landespolizei und das Landeskriminalamt. Allein die Gruppe der Zuwanderer macht bundesweit 310.000 der Tatverdächtigen aus. Wie jedes Jahr verzeichneten wir auch diesmal wieder einen Anstieg, und zwar um ganze 35 %. Deswegen ist es notwendig, mehr Geld auszugeben, um mehr Polizisten auf die Straße zu bekommen. Denn das Geld ist da. Es muss nur sinnvoll umverteilt werden.

Für viele Titel im Haushalt ist eigentlich der Bund als Verursacher zuständig. Dazu zählen insbesondere die Zuwanderungs- und Integrationsfonds, die Erstattungen an Gemeinden, Mehraufwandspauschalen für die Kassenärztliche Vereinigung und Mittel für die Betreuung und Beratung von Asylbewerbern. Dafür soll dann auch der Bund aufkommen. Diese Kosten könnten, nein, müssten sogar reduziert werden, und zwar rein durch Beschränkung auf die Gruppe der anerkannten Asylbewerber. Was Integrations- und Sprachkurse angeht: Abgelehnte Bewerber brauchen diese nicht.

(Beifall bei der AfD)

Die Kurse sind oft nicht gewollt und auch nicht notwendig. Notwendig sind dagegen mehr Abschiebeplätze.

Die GRÜNEN wollen in ihren Anträgen die Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung erhöhen und mehr Förderung für die Ausbildung im Bereich der Integration. – Das wird nichts an den Problemen ändern, die wir eigentlich haben. Aber das ist Ihnen von den GRÜNEN auch bewusst und egal. Ihnen geht es sowieso nur darum, der Lobbygruppe der Asylindustrie noch mehr Geld in den Rachen zu werfen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum Lieblingsthema der Regierung unter Grün, dem Klima. Wir können nicht mit mehr Steuergeldern die Welt retten. Das kleine Bayern im kleinen Deutschland kann den weltweiten CO_2-Ausstoß nicht wesentlich beeinflussen, schon gar nicht, wenn beispielsweise China den Ausstoß weiter erhöht. Aber CO_2-Zertifikate sollen es

richten – der moderne Ablasshandel der Klimareligion. Nicht mit uns! Dieser Titel gehört ersatzlos gestrichen. Wir brauchen auch nicht Photovoltaik auf staatlichen Dächern, solange wir keine Lösung dafür haben, die überschießende Strommenge zu speichern, und wir noch nicht mal Leitungen schaffen, um den Strom zu transportieren. Die Stromversorgung wird dadurch nicht billiger und schon gar nicht sicherer. Und das zählt aktuell mehr denn je.

Für die Beauftragten der Staatsregierung sind sämtliche Mittel zu streichen. Von den Kosten mal abgesehen, stehen diese in der Kritik. Die Unabhängigkeit, die Kontrollfunktion des Parlaments, also auch die Gewaltenteilung und die Begrenzung der Staatsregierung gemäß Artikel 43 der Bayerischen Verfassung, sind gefährdet. Demzufolge gehören diese Stellen komplett weg.

Was war noch? – Ah ja, das "Bündnis für Toleranz", besser "Bündnis für Linksextremismus" genannt,

(Beifall bei der AfD)

verschreibt es sich doch rein einseitig dem Kampf gegen Rechtsextremismus

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

und fördert damit unmittelbar die extrem Linken. Das ist eines demokratischen und zur Neutralität verpflichteten Staates unwürdig. Sämtliche Unterstützungen hier müssen ebenfalls sofort gestoppt werden.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löw. – Dann komme ich zum nächsten Redner. Es ist der Abgeordnete Klaus Adelt von der SPD-Fraktion. Herr Kollege Adelt, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD – Holger Dremel (CSU): Klatscht ihr jetzt auch schon?)

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bei so einem Vorredner immer schwierig, dann die richtigen Worte zu finden; denn da bleibt einem oft erst einmal die Luft weg.

(Lachen bei der AfD)

Ich will mich auf das Wesentliche konzentrieren und nicht auf krude Thesen, die dort verbreitet werden. Es macht keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Zum Einzelplan 03: Da gibt es ein sehr breites Themenspektrum von Sicherheit durch Polizei und Feuerwehr über Sport, Sportförderung, Integration bis hin zum Kommunalen.

Zur Sicherheit und zur Feuerwehr: Wir in der SPD stehen an der Seite unserer Polizeieinsatzkräfte. Dies sind Bürgerinnen und Bürger in Uniform. Sie sind genauso wie Feuerwehr und Rettungsdienste Säulen unserer Gesellschaft. Unser Augenmerk gilt den Ehrenamtlichen, aber gerade auch in der Polizei den Besoldungsgruppen, die nicht ganz oben sind. Es geht um diejenigen, die in den unteren Besoldungsgruppen mit dem Geld zu kämpfen haben, das sie bekommen, und das ist oftmals relativ wenig.

Trotz des angekündigten Stellenaufwuchses schieben unsere Polizistinnen und Polizisten immer noch Tausende von Überstunden vor sich her. Es ist bereits erwähnt worden: G7 und vor allen Dingen das Anwachsen der Aufgaben sind wichtige Gründe dafür. Wir haben ganz neue Arten von Kriminellen im Jogginganzug und sonst wo, sprich Cybercrime. Auch bei der Polizei muss man dem gewachsen sein. Es ist schade, dass man unseren Änderungsantrag für die Gruppe der Unterstützer, für die Sicherheitswacht und für die Erhöhung der Entschädigung, abgelehnt hat.

Für die Polizei ist aber auch eine sehr gute Ausstattung notwendig. Dazu stehen wir. Ich hoffe, dass diese Ausstattung noch besser und noch schneller wird, wenn das Beschaffungsamt endlich in Hof ist.

(Beifall bei der SPD)

– Es ist Applaus aus dem Ballungsraum München, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Doch jetzt zur zweiten wichtigen Säule: zu der Ausstattung der Feuerwehren. Dank der erhöhten Zuschüsse sind die Fahrzeuge auf einem sehr guten Stand. Das ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Aber die Feuerwehrgerätehäuser sind auch eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Viele kleine Wehren schließen sich zusammen und brauchen dann ein größeres Feuerwehrhaus. Unser Antrag, das genauso zu bezuschussen, wurde abgelehnt, ebenso wie die Sanierung von Feuerwehrgerätehäusern. Das wäre ganz wichtig, um Geld zu sparen und so das "graue Gold" voll auszunutzen. Schade.

Zu meinem Lieblingsthema, den Kommunen. Die Kommunen sind Teile der Länder, nicht des Bundes. Der Freistaat muss sich um eine ausreichende Finanzierung kümmern. Wenn es um die Finanzierung geht, gibt es immer wieder eine allseits gebrauchte Floskel: Das FAG ist auf einem Rekordniveau. Es war noch nie so groß, und es war noch nie so gut.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Es ist doch so!)

– Es kann immer noch größer sein, Herr Bausback. Aber das können wir noch klären. Die Kommunen brauchen das Geld nicht zum Rauswerfen, sondern sie haben viele Pflichtaufgaben. Sie brauchen mehr Mittel. Noch anzumerken ist: Diese Mittel werden nicht im Finanzministerium erwirtschaftet, sondern in den Kommunen durch die Betriebe und durch die Bürgerinnen und Bürger. Uns wäre eine Erhöhung der Verbundquote zehnmal lieber als ein Vorgehen über 200 einzelne Förderprogramme. Die Kommunen wissen selber, wie das Geld einzusetzen ist und wo es gebraucht wird.

(Beifall bei der SPD)

Kommunen brauchen auch mehr Geld, weil sie neue Aufgaben haben. Ich denke nur an die IT-Vorgänge, die vom Obersten Rechnungshof bei den Schulen angemahnt worden sind. Häufig machen die ITler in den Rathäusern auch die Hardware-IT in den Schulen. Solche Menschen kosten gutes Geld, weil sie gute Arbeit leisten.

Die Bauämter brauchen häufig neue Stellen, alleine schon für den Wust an Ausschreibungen, die sie zu bewältigen haben. Ich will hier nur das Beispiel Dachau erwähnen. Da sind zwei Mann nur dabei, korrekte Ausschreibungen zu machen.

Flüchtlingspolitik und Integration verursachen ihre Kosten in den Gemeinden, und die werden nicht vollständig ersetzt. Die Ganztagesbetreuung, die kommt, wird zum großen Teil auf die Schultern der Gemeinden gelegt.

Ihr sagt immer, wir jammern so dahin, uns geht es doch allen gut. – Gestern hieß es bei "BR24": Lindau und Füssen sind am Limit, zum einen, weil sie sehr hohe Schulden haben, zum anderen, weil sie zu viele Aufgaben haben. Das sind weiß Gott keine SPD-geführten Gemeinden,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Gott sei Dank!)

sondern es ist unisono ein großes Problem. – Du sagst "dank dessen", aber ihr Schwaben – – Na ja, ich will nichts sagen. Ich habe einen eigenen Schwaben vor mir sitzen.

Konnexität ist oftmals ein Problem für die Staatsregierung. Ich erinnere nur: Hallenbadsanierung. Ich erinnere nur an die Erhöhung der Kostenrichtwerte bei Hochbauten. Das Geld fehlt hinten und vorne. Die Gemeinden kommen nicht nach. Städtebauförderung, RZWas, Klimawandel – die Zeit ist zu kurz, um das auszudiskutieren. Der Staat hat durch die Inflation Rekordeinnahmen, den Gemeinden geht durch die steigenden Kosten das Geld aus.

Eines zum Schluss: Der CDU-Redner im "Morgenmagazin" hat heute von "Chaos in Berlin" gesprochen. – Dort werden die Probleme an zwei Tagen wenigstens noch ausdiskutiert!

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): In Bayern geht es schneller!)

– Herr Kollege Prof. Bausback, hier in Bayern geht es schneller: Hier werden die Anträge der Opposition schon abgelehnt, bevor sie überhaupt geschrieben worden sind.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, das bestreiten wir!)

Das halte ich nicht für sehr demokratisch. Bei so vielen abgelehnten Änderungsanträgen müssen wir eben den großen Haushalt auch ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Adelt. – Ich darf den nächsten Kollegen aufrufen. Das ist der Abgeordnete Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion. Lieber Herr Kollege Muthmann, bitte schön.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Einzelplan 03 in fünf Minuten umfassend zu würdigen, ist nicht möglich. Ich möchte deshalb ein paar Punkte herausgreifen und mit einem besonders erfreulichen beginnen: Sehr geehrter Herr Minister, bei der Sportförderung wurde die Vereinspauschale nunmehr im dritten Jahr verdoppelt. Das ist angemessen und sachlich richtig. Das verdient auch deshalb eine besondere Hervorhebung, weil dieses Förderprogramm, das in der Corona-Zeit entstanden ist, das einzige ist, das unbürokratisch, einfach, transparent und wirksam aufgesetzt worden ist. Viele Kolleginnen und Kollegen können sich davon eine Scheibe abschneiden.

Bei den Themen Sport und Vereinssport, für die Sie verantwortlich zeichnen, möchte ich Sie aber dringend bitten, sich in die Debatten zur Bildungsarbeit in den Ganztags-

grundschulen einzumischen, damit dort die Bildungsarbeit mit den sportlichen Aktivitäten der Vereine verschränkt wird. Das ist im Interesse unserer Grundschülerinnen und Grundschüler, es ist aber auch im Interesse der Nachwuchsgewinnung für die Vereine.

Wir werden auch morgen noch Gelegenheit haben, über den kommunalen Finanzausgleich zu sprechen. Wir hören täglich, dass er eine Rekordhöhe erreicht hat.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Das ist die Wahrheit!)

– Ja. Sehr geehrter Herr Finanzminister, wahr ist aber auch, dass viele Gemeinden nicht nur auf Bedarfszuweisungen, sondern auch auf Stabilisierungshilfen angewiesen sind. Das ist ein Signal dafür, dass die Mittel, die im kommunalen Finanzausgleich systemisch verteilt und umverteilt werden, nicht auskömmlich sind. Hier bedarf es immer noch zusätzlicher Stabilisierungshilfen. Das Ziel des kommunalen Finanzausgleichs müsste es sein, dass wir von diesen Stabilisierungshilfen wegkommen, weil im Gesamtsystem auch die wirtschaftsschwächeren Kommunen auskömmlich ausgestattet werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Herr Staatsminister, wir erkennen an, dass Bayern, Sie und die Polizistinnen und Polizisten Sicherheit können. Wir werden deshalb dem Einzelplan 03 zustimmen. Wir sind der Meinung, dass im Gesamthaushalt die Weichen für die Personalausstattung und die Sachausstattung richtig gestellt wurden. Neben der Bildung ist die Sicherheit eine der zentralen Aufgaben des Freistaats.

Die Aufklärungsquoten sprechen eine klare Sprache. Hier ist Bayern im Ländervergleich an der Spitze. Das verdient Anerkennung. Allerdings gibt es eine Reihe von Themen, bei denen wir uns mehr und effizientere Arbeit vorstellen könnten. Ich nenne ganz kurz ein paar Beispiele: Angesichts der Vielfältigkeit der Aufgaben müssen vermehrt Fortbildungen für Polizistinnen und Polizisten durchgeführt werden. Hier muss mehr getan werden.

Zum Thema Effizienzsteigerung: Mit dem, was wir haben, könnten wir effizienter umgehen. In diesem Jahr musste ich zwei Anzeigen bei der Polizei aufgeben, die eine in Paris und eine bei einer bayerischen Inspektion. In Paris hat diese Anzeige die Polizisten zwei Minuten gekostet, bei der bayerischen Inspektion mussten die Polizisten eine halbe Stunde aufwenden. Hier sollten wir über die eine oder andere Optimierung nachdenken.

(Holger Dremel (CSU): Das ist bayerische Gründlichkeit!)

– Die "bayerische Gründlichkeit" ist immer die Rechtfertigung, wenn Dinge gemacht werden, die gar nicht notwendig wären. Da und dort ist auch Bedenkenträgerei im Spiel.

Wir haben aber auch eine Vielzahl unerledigter Punkte. Da geht es um Weichenstellungen, die der Minister anpacken muss. Als Beispiel nenne ich nur die Ausbildung der Sondereinsatzkommandos. Dafür gibt es seit sechs Jahren einen Bedarf; nichts ist geschehen. Was ist eigentlich mit dem Verwaltungsgericht für Niederbayern? Das wurde schon vor Jahren angekündigt; nichts tut sich. Wie steht es mit dem achten Regierungsbezirk? Hier scheint ministerieller Ungehorsam vorzuliegen, da Sie der diesbezüglichen Ankündigung des Ministerpräsidenten keinerlei Aktivitäten folgen ließen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, ich bitte Sie, auf die Zeit zu achten.

Alexander Muthmann (FDP): Im letzten Jahr waren Sie der Meinung, VeRA von Palantir ohne eine weitere gesetzliche Grundlage einführen zu können. Das hat dann doch ein bisschen am Vertrauen genagt. Wir müssen schon aufpassen, was der Minister vorschlägt und tut, wenn es um die Befugnisse geht. Das wollte ich noch sagen, bevor wir dem Einzelplan 03 zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen und rufe den nächsten Redner auf. – Es ist Herr Kollege Holger Dremel von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Dremel.

Holger Dremel (CSU): Herr Präsident, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich bei meinen Vorrednern gefragt, ob ich im selben sicheren, liebens- und lebenswerten Bayern lebe; denn wir sind sicher und leben in Freiheit. Die Koalition der FREIEN WÄHLER und der CSU ist auch kommunalfreundlich. Das zeigt dieser kommunale Finanzausgleich mit seinem Rekordwert wieder aufs Neue.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, als langjähriger Polizeibeamter begrüße ich es natürlich sehr, dass wir auch heuer wieder 500 neue Stellen für die Polizei schaffen konnten. Damit kommen wir unserem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, insgesamt 3.500 Stellen für die Polizei zu schaffen, nach. Dieses ehrgeizige Ziel haben wir uns in den letzten Jahren selbst gesteckt, und wir haben es auch erreicht!

Für die CSU hat die Sicherheit der bayerischen Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität. Deshalb erhöhen wir das Budget der Polizei auf die Rekordsumme von gut 515 Millionen Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, das zeigt, dass wir in Bayern zu unserer Polizei stehen. Wir wenden deshalb enorme Mittel auf, um sie personell zu stärken und sie bestmöglich auszustatten. Lieber Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben es bestätigt: Bayern kann Sicherheit. Dem kann ich mich nur anschließen. Das stimmt. Der Innenausschuss und das Plenum müssen dafür aber auch die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen schaffen. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Im Polizeibudget des Einzelplans 03 haben wir zusätzliche Sach- und Investitionsmittel in Höhe von 16,6 Millionen Euro bereitgestellt. Meine Damen und Herren, diese

Leistung ist umso höher einzuschätzen, weil wir wegen Lieferverzögerungen bei zwei von acht neuen Polizeihubschraubern der 4-Tonnen-Klasse im Jahr 2023 rund 5,4 Millionen Euro weniger benötigen.

Bei den Projekten unter dem Oberbegriff Mobile Police geht es um die digitale Ausbildung und die Einsatzausstattung der Polizei. Diese Projekte führen wir weiter. Unser Schwerpunkt ist die digitale Ausrüstung des Streifendienstes, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei. Auch die Ausbildungsstätten für die zweite und die dritte Qualifikationsebene müssen entsprechend ausgestattet werden.Darüber hinaus stellen wir auch genügend Mittel bereit, um die IuK-Sicherheit der Sprach- und Datennetze im Polizeibereich weiter zu verbessern. Dass das angesichts der immer raffinierter vorgehenden Hacker besonders wichtig ist, versteht sich von selbst.

Auch die Mittel im BOS-Digitalfunk werden stark erhöht, nämlich um 40 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro. Außerdem werden die Investitionen für die Übernahme der Netzhoheit für eine 72-Stunden-Notstromversorgung der Funkmasten sowie die Objektversorgung von 300 Großgebäuden und Großbauten in München weitergeführt.

Weil bekanntlich auch unsere Feuerwehren für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger von überragender Bedeutung sind, erhöhen wir die Mittel für den Feuerbereich um 3,7 Millionen Euro auf insgesamt 95,7 Millionen Euro. Die Kollegin Becker hat es beim Thema Feuerwehrschule bereits angesprochen: Es gibt sechs neue Stellen und letztendlich 100 zusätzliche Anwärterstellen bei den Kreisverwaltungsbehörden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz vergessen wir nicht. Für sie stehen 52,8 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Plus von 1,4 Millionen Euro. Damit können wir auch das Katastrophenschutzprogramm Bayern 2030 weiterführen. Für die ILS, die Integrierten Leitstellen, stellen wir 24 Millionen Euro bereit. Auch hier steigern wir uns um 3,7 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, mein herzlicher Dank gilt allen, die bei unseren Rettungsdiensten und auch bei den Hilfsdiensten eine so tolle Arbeit machen. Nicht zu verges-

sen natürlich die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden und meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Herzlichen Dank für eure Arbeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anschließend möchte ich noch erwähnen, dass wir mit der Fraktionsinitiative von Christsozialen und FREIEN WÄHLERN auch in die Ausbildung von mehr Notfallsanitätern investieren. Die Kollegin Becker hat es bereits angeführt: 50 zusätzliche Auszubildende und auch noch die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze für zusätzlich 100 junge Menschen als Notfallsanitäter. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

Bei der Polizei stellen wir für die Beschaffung von mobilen Endgeräten für die Ausbildung Mobile Police 600.000 Euro zusätzlich zur Verfügung. Zu nennen sind auch die Beschaffung des Fahrsimulators bei der Bereitschaftspolizei in Nürnberg sowie die Beschaffung von USK-Einsatzanzügen. Mit ihnen kommt zu den zwei Anzügen ein dritter hinzu. Auch der Pilotversuch "Sicherung digitaler Fahrzeugspuren" und der Umbau der Raumschießanlage in Ainring zu einer Tatort- und Spurensicherungsstraße am Fortbildungsinstitut sind zu nennen.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch sehr viel mehr Dinge aufzählen, habe aber meine ablaufende Redezeit im Blick. Bayern ist sicher. Bayern ist mit diesem Einzelplan 03 gut aufgestellt. Wir stehen hinter unseren Kolleginnen und Kollegen von der Polizei und allen, die für unsere Sicherheit arbeiten. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Einzelplan zu.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Dremel, vielen Dank. – Frau Kollegin Demirel hat ihre Wortmeldung zurückgezogen. Deswegen spricht als Nächster der Abgeordnete Robert Riedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter Riedl, bitte schön. Sie haben das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich heute die Gelegenheit nutzen, unserem Staatsminister zu gratulieren. Herr Herrmann, Sie sind heute 185 Monate und 14 Tage im Amt, nämlich seit dem 16. Oktober 2007. Sie sind sicherlich zu Recht so lange im Amt. Sie waren sich dieser langen Amtszeit selber vielleicht nicht bewusst. Sie sind der Minister mit der längsten Amtszeit. Sie sind das sicherlich nicht ohne Grund. Ich gehe davon aus, dass Sie noch länger im Amt bleiben werden. Ich glaube, dies ist einen Applaus von allen Fraktionen wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Es gibt diesen Spruch: Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen und schon gar nicht von mir. Auch ich möchte einige Sichtweisen zum Einzelplan 03 kundtun.

Wir FREIEN WÄHLER sehen uns als die Bürgermeisterpartei, die sich im Rahmen der fernen Münchner Politik für die Belange unserer ländlichen Regionen einsetzt. Wir kommen aus der Kommunalpolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Möchten Sie etwas dazu sagen? Sie können mich nachher fragen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wir wissen, wie schwierig es ist, die abstrakten Vorgaben im Einzelfall umzusetzen. Wir können die Folgewirkungen von Gesetzen abschätzen. Unter diesem Blickwinkel haben wir den Haushaltsentwurf begleitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Leben gibt es immer diejenigen, die Probleme schaffen, und diejenigen, die sie meistern. Letztere sind in Bayern unsere Kommunen. Sie haben uns bislang durch die Migrationskrise und die aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine bestehenden Problemlagen gebracht. Doch auf ihren Schultern lasten noch größere Aufgaben, wie etwa die Umstellung des ÖPNV,

die Baupreissteigerungen, die Energiekrise und in näherer Zukunft auch Sanierungspflichten – um nur einige wenige Schlagworte zu nennen.

Eine große Belastung kommt vor allem auf Kommunen mit Schwimmbädern und Eishallen zu. Ich nenne als Beispiel meine Heimatstadt Bad Kötzting. Bad Kötzting hat ein großes Schwimmbad. Wir hatten dafür bisher Stromkosten in Höhe von 300.000 Euro, und jetzt sind sie auf 1,2 Millionen Euro gestiegen. Wir haben Rücklagen angreifen müssen und die geplante Erweiterung des Bades in ferne Zukunft rücken müssen.

Wir FREIE WÄHLER haben uns deshalb auf Landesebene in der Bayernkoalition für eine stärkere Finanzausstattung der Kommunen starkgemacht. Im Haushaltsplan finden sich viele Unterstützungsansätze. Zu nennen sind beispielsweise beim Katastrophenschutz die Förderung der Beschaffung von Sirenen und die Förderung eines Appbasierten Systems zur Alarmierung von Ersthelfern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, daneben unterstützen wir unterschiedliche Projekte im Bereich Sport und Vereine, aber auch Sportgroßveranstaltungen und Einrichtungen des Sports, wie zum Beispiel die Sanierung der großen Kälbersteinschanze in Berchtesgaden, werden gefördert; denn hier vor Ort wird wesentliche gesellschaftliche und integrative Arbeit geleistet. Unser attraktives Vereinswesen ist für den ländlichen Raum unentbehrlich und die Keimzelle unserer bayerischen Lebensart. Deswegen haben wir die Vereinspauschale verdoppelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher unterstützen wir den Haushaltsplan in seiner jetzigen Form. Er stellt die Grundlage für ein zukunftsfähiges Bayern dar, auch wenn sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch weitere finanzielle Mittel eingesetzt werden müssten. So fordert die FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion schon länger die Einführung von Förderlotsen für unsere Kommunen, um diese unbürokratisch auf dem Weg durch die bayerische, die Bundes- und die europäische Förderlandschaft an die

Hand zu nehmen. Unser Vorschlag seitens des Gemeindetages wäre eine Ansiedlung bei den Bezirken.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Gestatten Sie mir noch einen letzten Satz?

(Franz Bergmüller (AfD): Nein!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte um Nachsicht, ich war bei allen Rednern streng. Ich bedanke mich aber für Ihre Rede.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich rufe als nächsten Redner den am längsten im Amt befindlichen Minister Staatsminister Joachim Herrmann auf. – Herr Staatsminister Herrmann, bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst einmal herzlich für die insgesamt sehr konstruktive Aussprache zum vorliegenden Einzelplan 03 bedanken, der in der Tat natürlich auch eine breite Zustimmung in diesem Hohen Haus verdient hat; denn er gibt eine gute finanzielle Grundlage für die Fortsetzung einer insgesamt erfolgreichen Arbeit in den verschiedenen Bereichen.

Ich darf meinerseits den Dank an unsere Polizei bekräftigen, an unsere Feuerwehren und Rettungskräfte, an die Hauptamtlichen wie Ehrenamtlichen und auch all diejenigen, die sich in unseren Sportvereinen engagieren. Ich möchte ausdrücklich auch die Schützenvereine nennen, die zurzeit da und dort völlig unnötig diskriminiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bedanke mich bei allen, die sich in der Integration in unserem Land engagieren; denn wir geben zwar seitens des Staates viel Geld aus, aber auch Integration funktioniert auf die Dauer nur dann, wenn sie in der Bevölkerung gelebt wird, wenn sich wirklich viele Frauen und Männer in unserem Land auch persönlich in der Integration von Menschen, die neu in unser Land gekommen sind, engagieren.An all diejenigen und viele andere, die man noch näher benennen könnte, sage ich ein ganz herzliches Dankeschön; denn dieses Land lebt nicht in erster Linie vom Staatshaushalt, sondern von großartigen Menschen, die in unserem Land aktiv sind. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich gerade das Thema Integration anspreche, will ich aber doch deutlich machen, was ich an den verschiedenen Beiträgen eigentlich am abseitigsten fand: Wenn vonseiten der AfD zum Bündnis für Toleranz, das in der Tat auch Mittel aus dem Einzelplan 03 erhält – wie übrigens aus mehreren anderen Ressorts auch, bis hin vom Landtag selbst –, erklärt wird, das Bündnis für Toleranz sei ein Bündnis für Linksextremismus,

(Andreas Winhart (AfD): Ja!)

dann ist das wirklich eine grobe Verzerrung der Situation. – Ja, im Bündnis für Toleranz arbeiten Menschen miteinander zusammen, die in vielen Alltagsfragen sicherlich ganz unterschiedliche Einstellungen haben. Sie setzen sich aber gemeinsam dafür ein, dass es zu den Grundlagen unserer Demokratie gehört, dass wir uns mit einem Mindestmaß an gegenseitigem Respekt begegnen; dass wir für Meinungsfreiheit und Glaubensfreiheit eintreten und dass dies zwingend immer auch bedeuten muss, dass ich mit meiner Überzeugung Respekt davor habe, dass ein anderer eine andere Überzeugung hat; dass unsere Gesellschaft, solange das im gesetzgeberischen Rahmen und im Rahmen der Strafgesetze bleibt, diese Freiheit auch weiter schützt;

(Andreas Winhart (AfD): Das wird mit Steuergeld bezahlt!)

dass wir das nicht nur auf das Gesetz beziehen, sondern dass wir zu dieser Toleranz stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist es wichtig, dass dieser Staat neben dem Engagement aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, den Kirchen und den Gewerkschaften usw., die Arbeit dieses großartigen Bündnisses aus dem Staatshaushalt mitfinanziert. Das braucht nicht als Aktion für Linksextremismus oder dergleichen diskriminiert zu werden, sondern das ist wichtig. Das gehört auch dazu, dass wir versuchen, unsere Demokratie jeden Tag wieder mit Leben zu erfüllen. Die Demokratie steht nicht nur in der Verfassung, sie muss von den Menschen gelebt werden. Es ist richtig, wenn wir uns dafür gemeinsam einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich will gegenüber allen, die daran mitwirken, noch einmal dankbar festhalten: Morgen wird die Bundesinnenministerin mit der Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, der Kollegin Spranger aus Berlin, die bundesweite Kriminalstatistik vorstellen. Es gab in den einen oder anderen Medien schon Spekulationen darüber, was da verkündet werden wird. Wir können heute aber sicherlich schon annehmen, und die Überraschung darüber wird nicht allzu groß sein, dass Bayern auch im vergangenen Jahr wieder mit einer Kriminalitätsrate abgeschnitten hat, die deutlich besser als der Bundesdurchschnitt ist. Das Land Berlin selbst kann für uns gar kein Maßstab sein; die sind sicherlich wieder eher am Ende, die sind das Schlusslicht dieser Tabelle.

Auch wenn wir das inzwischen als quasi selbstverständlich gewohnt sind, will ich ausdrücklich unterstreichen, dass das nicht selbstverständlich ist. Das muss in der Tat jedes Jahr neu erarbeitet werden. Das ist das Ergebnis dessen, wie unsere Gesellschaft insgesamt miteinander umgeht. Es ist aber auch das Ergebnis einer großartigen Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten, eines großartigen Rechtsstaats, eines großartigen Engagements auch in unserer Justiz. Ich möchte mich dafür noch einmal

herzlich bedanken. Die Menschen in Bayern wissen es zu schätzen, dass sie im sichersten aller Bundesländer leben können. Wir wollen das auch in diesem Jahr fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir wollen auf dieser Basis weiterarbeiten. Ich bin – ich möchte das vor allen Dingen den beiden Regierungsfraktionen sagen – für die nötige finanzielle Unterstützung, die die Sicherheitsbehörden und das Innenressort insgesamt in dieser Legislaturperiode erhalten haben, sehr dankbar. Ich bin insofern insbesondere von den Wortbeiträgen von SPD und GRÜNEN ein bisschen enttäuscht gewesen. Wenn man die verschiedenen Debatten der letzten Wochen verfolgt hat, dann konnte man den Eindruck haben, dass sich verschiedene Kolleginnen und Kollegen intensiv – das ist ja auch lohnenswert – mit dem Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN beschäftigt haben und damit, wie intensiv das schon alles umgesetzt ist; ich hätte mir da natürlich noch viel mehr Lobpreisungen, als sie von Herrn Runge gekommen sind, erwartet. Ich hätte mir erwartet, dass in der Tat festgestellt wird: Jawoll, vor fünf Jahren wurde versprochen, dass es jedes Jahr 500 zusätzliche Stellen für die bayerische Polizei gibt; jawoll, das wurde eingehalten, jedes Jahr gab es 500 zusätzliche Stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am Ende dieser Legislaturperiode soll die bayerische Polizei insgesamt einen Personalbestand von über 45.000 haben. Sie wird genau diesen Personalbestand in diesem Jahr erreichen und überschreiten: Mehr als 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Sicherheit der Menschen in unserem Land arbeiten, hat es in der Geschichte Bayerns noch nie zuvor gegeben. Diese Koalition hat das beschlossen, und sie hat es umgesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich könnte Ihnen weitere Beispiele zeigen: Ja, wir haben das, was wir zu Beginn dieser Legislaturperiode gemeinsam versprochen hatten, konsequent umgesetzt. Ich glaube, das ist gut, das ist auch der richtige Weg für die weitere Entwicklung unseres Landes. Dafür ein ganz, ganz herzliches Dankeschön!

Ich bitte Sie alle, diesem guten Haushalt zuzustimmen, damit wir die erfolgreiche Arbeit für die Sicherheit der Menschen in unserem Land, für Integration und Sport auch erfolgreich fortsetzen können. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Staatsminister. – Es gibt noch eine Intervention des Kollegen Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion.

Oskar Atzinger (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister! Ich freue mich wirklich jedes Mal, wenn ich einen Polizisten sehe – außer vielleicht bei Verkehrskontrollen. Sie verkünden da aber voller Stolz, dass es in Bayern jedes Jahr 500 Polizisten mehr gibt. Sehen Sie das nicht auch als negativ, geradezu besorgniserregend an, dass wir jetzt in Bayern immer mehr Polizisten brauchen?

(Zuruf: Weil wir so viele Rechtsextremisten haben!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Entschuldigung, Herr Kollege, da haben Sie in den letzten Jahren offensichtlich irgendwas nicht ganz richtig verstanden. Das ist ja gerade die Stärke unseres Landes. Wir sind in der Tat schon seit einigen Jahren das sicherste aller Länder in Deutschland. Ich habe es aber auch an dieser Stelle hier, von diesem Platz aus, immer wieder betont: Das unterscheidet uns eben gerade von anderen Ländern, dass wir uns darauf nicht ausruhen und sagen: Na, sieht man ja, wir sind Nummer eins, wir haben die niedrigste Kriminalitätsrate, dann können wir uns jetzt ja irgendwelchen anderen Aufgaben zuwenden oder dergleichen, dann läuft es ja von selber. – Nein, wir haben zwar die niedrigste

Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote aller Länder; trotzdem ist in unserem Land natürlich weiterhin jedes Verbrechen eines zu viel. Ich sage immer klar: Niemand kann erwarten und niemand kann versprechen, dass es überhaupt keine Straftaten mehr gibt. Null Kriminalität gibt es nirgends auf der Welt. Aber es gilt, weiter daran zu arbeiten, dass die Menschen noch sicherer leben können. Wir sind – wohlgemerkt – gleichzeitig das Bundesland mit dem höchsten Bevölkerungswachstum. Wir haben Zuwanderung. Bei uns funktioniert das. Wir schaffen es gerade durch unsere aktive Sicherheitspolitik, dass wir die höchste Zuwanderung, die niedrigste Arbeitslosenquote und die niedrigste Kriminalitätsrate aller Bundesländer haben.

Manche Kollegen insbesondere Ihrer Partei – ich weiß nicht, ob Sie persönlich – versuchen immer den Eindruck zu erwecken, dass zum Beispiel mehr Ausländer automatisch mehr Kriminalität bedeuten. – Nein, meine Damen und Herren, wir in Bayern demonstrieren das: Bei uns gelingt Integration, bei uns gelingt es entsprechend auch, Ausländer in den Arbeitsmarkt zu integrieren und gleichzeitig die Kriminalität niedrig zu halten. Dafür stehen wir, dafür steht die bayerische Polizei. Deshalb ist genau dieser Weg richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26449 mit 18/26510, 18/26892, 18/26919 und 18/27978 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27946.

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Bitte verwenden Sie jeweils Ihr Abstimmgerät.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Berufsanerkennungsstellen stärken" auf der Drucksache 18/26466 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:00 bis 15:03 Uhr)

Sie haben noch zehn Sekunden. – Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Die drei Minuten sind zu Ende. Wir müssen jetzt aus technischen Gründen noch ein paar Momente warten, bis es mit der zweiten Abstimmung weitergehen kann. –

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kann die nächste namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/26473 beginnen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt hier zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:05 bis 15:07 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich kann im Augenblick schon das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Berufsanerkennungsstellen stärken" auf Drucksache 18/26466 bekannt geben. Mit Ja haben 51, mit Nein 95 Abgeordnete gestimmt. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Jetzt muss ich die Sitzung leider einmal kurz unterbrechen, weil wir die Endabstimmung erst machen können, wenn das Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung vorliegt; das dürfte aber ziemlich schnell der Fall sein.

(Unterbrechung von 15:07 bis 15:08 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt kann ich auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/26473 bekannt geben. Mit Ja haben 66, mit Nein 95 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt, das heißt, wir können die Abstimmung wieder aufnehmen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst. Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27946 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Danke schön. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Ich sehe im Augenblick niemanden. Damit ist der Einzelplan 03 so beschlossen.

(Beifall bei der CSU – Staatsminister Joachim Herrmann: Danke!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Staatsminister, damit können Sie über die Mittel verfügen, die Sie brauchen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wird, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, die AfD, die SPD, die FDP und die beiden Herren Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und der Herr Busch (fraktionslos). Der sitzt immer so weit links. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/27946 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26495 mit 18/26510, 18/26892, 18/26919 und 18/27978 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 03 endgültig abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Berufsanerkennungsstellen stärken (Kap. 03 12 Tit. 686 61) (Drucksache 18/26466)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			X
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			X
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			X
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	51	95	12

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2023; hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung (Kap. 03 12 Tit. 684 54) (Drucksache 18/26473)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	66	95	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Ausreichend Sportvereinsschecks für Bayern sicherstellen
   (Kap. 03 03 TG 91 neuer Tit.)
   Drs. 18/26449

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Verstärkung der Information und Aufklärung über die neuen Möglichkeiten der Einbürgerung
   (Kap. 03 12 Tit. 531 52)
   Drs. 18/26450

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Verstärkung der Information und Aufklärung über Hilfen bei Verfolgung durch iranische Behörden in Bayern
   (Kap. 03 12 Tit. 531 52 und Tit. 531 54)
   Drs. 18/26451

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erhöhung der Entschädigung für Angehörige der Sicherheitswacht
   (Kap. 03 18 Tit. 427 76)
   Drs. 18/26452

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Sonderfahrkarten für Polizeibedienstete im Freistaat Bayern
   (Kap. 03 18 Tit. 682 02)
   Drs. 18/26453

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Feuerwehrhäuser sanieren
   (Kap. 03 23 Tit. 883 02)
   Drs. 18/26454

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit Rettungsdienst
   (Kap. 03 24 Tit. 547 03)
   Drs. 18/26455

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erhöhung der sachlichen Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetriebe
   (Kap. 03 26 Tit. 547 26)
   Drs. 18/26456

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Beschaffung und Unterhalt von Tieren
   (Kap. 03 18 Tit. 511 24)
   Drs. 18/26457

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zuschüsse für die unteren Bauaufsichtsbehörden zur Erneuerung der Hard- und Software
    (Kap. 03 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/26458

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
    (Kap. 03 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/26459

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stellen für eine Lehrgruppe zur Aus- und Fortbildung der Führungsgruppen im Katastrophenschutz
    (Kap. 03 08 Tit. 422 01)
    Drs. 18/26460

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Arbeit der Ausländerbehörden vor Ort stärken und verankern
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/26461

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Waffenkontrollen durch die Landratsämter
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/26462

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/26463

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen
(Kap. 03 12 Tit. 684 58)
Drs. 18/26464

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern
(Kap. 03 12 Tit. 685 54)
Drs. 18/26465

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Berufsanerkennungsstellen stärken
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/26466

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Unterstützung für die Kommunen jetzt – Geflüchtete in Bayern menschenwürdig aufnehmen und bei der Integration unterstützen
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 18/26467

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachten
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 18/26468

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 18/26469

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)
Drs. 18/26470

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/26471

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bessere Ausstattung von Feuerwehrschulen
(Kap. 03 26 Tit. 812 01)
Drs. 18/26472

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD),
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 18/26473

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD),
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Institutionelle Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neuer Tit.)
Drs. 18/26474

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 03 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/26475

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 03 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/26476

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 18/26477

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 18/26478

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 18/26479

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 18/26480

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/26481

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige
(Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 18/26482

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern (Kap. 03 12 TG 54-56)
Drs. 18/26483

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Mieten, Pachten, Bewirtschaftung (Kap. 03 13 Tit. 517 01, 517 05 u. 518 01)
Drs. 18/26484

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Ausgaben für Sicherheit (Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 18/26485

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Forschungsaufträge und Informationsmaterial (Kap. 03 13 Tit. 526 21 und Kap. 03 13 Tit. 531 21)
Drs. 18/26486

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Mehraufwandspauschale der Kassenärztlichen Vereinigung (Kap. 03 13 Tit. 633 09)
Drs. 18/26487

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale (Kap. 03 13 Tit. 633 10)
Drs. 18/26488

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 18/26489

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte
(Kap. 03 13 Tit. 671 01)
Drs. 18/26490

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/26491

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/26492

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/26493

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/26494

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Barbara Becker
Abg. Ulrich Singer
Abg. Kerstin Celina
Abg. Susann Enders
Abg. Doris Rauscher
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Julika Sandt
Abg. Petra Högl
Abg. Thomas Huber
Abg. Eva Lettenbauer
Staatsministerin Ulrike Scharf
Abg. Sebastian Körber
Erster Vizepräsident Karl Freller

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26870 mit 18/26878 und 18/26923)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/26861 mit 18/26869)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26804 mit 18/26823)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drs. 18/26824)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26825 mit 18/26860)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/26773 mit 18/26803)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26762 mit 18/26772)

Nicht aufgerufen wird der Änderungsantrag auf Drucksache 18/28109, der unter Tagesordnungspunkt 19 mit zum Aufruf kommt. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeit ist ja mittlerweile bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem ihrer Änderungsanträge, nämlich auf der Drucksache 18/26806, und die FDP-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/26762 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem haben die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/26832 und die FDP-

Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/26767 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion. Frau Becker, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Der Haushalt des Bayerischen Ministeriums für Familie, Arbeit und Soziales ist durch zwei Rahmenbedingungen geprägt. Die eine ist bekannt: Corona, Ukraine-Krieg, finanzielle Herausforderungen. Die andere ist eine schöne Rahmenbedingung, nämlich: Wir wachsen. Wir haben Zuzug nach Bayern, und wir haben eine steigende Geburtenrate. Das ist schön, das ist ein Kompliment. Zugleich stellt es uns in diesem Haushalt vor neue Herausforderungen.

Der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf des Sozialhaushalts inklusive Nachschubliste sieht eine Aufstockung um 227,8 Millionen Euro vor. Wir liegen im Gesamthaushalt jetzt bei 7,58 Milliarden Euro. Das ist schon ein Wort. Also: Bayern ist ein soziales Land. Wir setzen ein deutliches Zeichen, dass wir die Leute, egal in welcher Herausforderung, nicht alleinelassen und Rahmenbedingungen schaffen, sodass wir in Bayern gut leben können. Auch in Krisenzeiten können sich die Menschen auf den Freistaat verlassen.

Liebe Frau Ministerin Uli Scharf, du bist ja auch Ministerin für Arbeit. Dass wir kaum über Arbeit sprechen, ist der herausragenden wirtschaftlichen Situation in Bayern zu verdanken. Daher Danke an alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und an alle Selbstständigen, auch an den Herrn Sengl,

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

die Arbeitsplätze schaffen und für gute Steuereinnahmen sorgen. Vielen, vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor allem steigen die Leistungen für die Familien in diesem Haushalt. Sie bilden, wie bereits in den vergangenen Jahren, den zentralen Schwerpunkt des Sozialhaushalts. 55,6 % dieses Haushalts sind für die Familien. Allein bei der Förderung der Kindertageseinrichtungen kommen wir auf über 3 Milliarden Euro. Hier steigt der Etat noch einmal um 83,5 Millionen Euro.

Über die Nachschubliste können wir Gott sei Dank die Sprach-Kitas fortführen, die wirklich ein Erfolgsmodell sind. Der Bund hat die Förderung für die Sprach-Kitas auslaufen lassen. Wir wollen dieses Erfolgsmodell fortführen und zugleich für eine Entlastung unserer engagierten Erzieherinnen und Erzieher sorgen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erhöhen auch die Mittel für das bayerische Familiengeld, das eine wesentliche Familienleistung ist. Wegen steigender Geburtenzahlen steigt es um 16,3 Millionen Euro. Natürlich wird die Opposition auch heute wieder das bayerische Familiengeld kritisieren, und doch ist diese Leistung ein Zeichen für die Freiheit und die Selbstverantwortung der Familien in Bayern.

Die Landesmittel für die Investitionskostenförderung und für die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder unter 6 Jahren, zum Beispiel von Hortplätzen, belaufen sich im Haushalt auf 45,1 Millionen Euro.

Wir haben im Haushalt auch eine ganze Menge sogenannter freiwilliger Leistungen, die unendlich wichtig sind. Die Mittel für den Landesbehindertenplan konnten auf 32,9 Millionen Euro erhöht werden. Da steckt zum Beispiel die bundesweit erste Autismusstrategie dahinter, ein ganz herausragendes und wundervolles Konzept.

(Beifall bei der CSU)

Für die Förderung der Maßnahmen der Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und des Jugendschutzes stehen wieder 43,7 Millionen Euro zur Verfügung. Die Christsozialen und die FW haben weitere Änderungsanträge eingebracht, zum Beispiel zu den Vor-

schaltmaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Wir haben uns dazu viele Berichte angehört und festgestellt, dass diese Maßnahmen wirklich nicht zu ersetzen sind und weitergeführt werden müssen. Deshalb wird es dafür weitere 2,46 Millionen Euro geben. Ich danke Ihnen für die Zustimmung dazu.

(Beifall bei der CSU)

Viele Abgeordnete sind in irgendeinem Bereich der Jugendarbeit groß geworden. Dort haben wir Verantwortung gelernt, wir mussten moderieren, und wir mussten Krisen aushalten. Das hat uns groß gemacht. Deshalb ist es ganz wichtig, dass der Ansatz für die Jugendarbeit um 2 Millionen Euro steigt und sich jetzt auf 35,9 Millionen Euro beläuft. Liebe Jugendarbeiter, macht was draus!

(Beifall bei der CSU)

Zu einem ernsten Thema: Erfreulicherweise haben wir auch den Ansatz für die Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder um 1,7 Millionen Euro erhöhen können. Damit werden Second-Stage-Projekte gefördert. Das bedeutet, eine Frau, die Gewalt in der Familie erfährt, hat zunächst die Möglichkeit, in ein Frauenhaus zu gehen. Sollte das nicht ausreichen, kann sie eine beschützte Wohnung aufsuchen. Das nennt sich Second Stage. Wir unterstützen das!

Weitere Änderungsanträge der Christsozialen und der FW gab es zum Beispiel zum Thema Genitalverstümmelung. Genitalverstümmelung ist ein Verbrechen! Ich bin froh, dass wir weitere Projekte zur Prävention weiblicher Genitalverstümmelung unterstützen können. Das gilt auch für die Unterstützung von Ehe- und Familienberatungsstellen sowie für die Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Prostituierte. An dieser Stelle ein offenes Wort: Wir tun in Bayern, was wir können, um Prostituierte zu schützen und zu unterstützen. Aber solange das Prostitutionsgesetz auf Bundesebene so bleibt, wird Deutschland das Bordell Europas bleiben. Das wollen wir nicht. Das ist eine klare Aufgabe für die Ampel-Parteien.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch in diesen herausfordernden Zeiten bleiben wir dicht an der Seite der Menschen in Bayern. Das gilt für jede Herausforderung ihres Lebens. Ich danke unserer Ministerin Ulrike Scharf, die unternehmerisches Denken mit einem großen sozialen Herz und klarem Sachverstand verbindet. Ich danke auch allen, die im Sozial- und Bildungsbereich arbeiten, in den Kindertagesstätten, in der Tagesbetreuung, in den Beratungsstellen, in Frauenhäusern, in der Jugendarbeit und so weiter. Ohne sie wäre alles das, was wir hier tun, nur Zahlen. Mit ihnen entsteht daraus ein soziales Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin Becker, bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Abgeordneter Ulrich Singer von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzte Frau Kollegin Becker, ich finde es positiv, dass Sie sich mit der Zeichensprache bemüht haben, auch die gehörlosen Menschen einzubinden. Dieses Anliegen ist mir in der Behindertenpolitik seit Jahren sehr wichtig. In Bezug auf das Gehörlosengeld sind sich die Oppositionsparteien, Teile der Staatsregierung und Teile der Koalitionsparteien im Wesentlichen einig. Das Gehörlosengeld ist in diesem Haushalt aber wieder nicht vorgesehen. Können Sie dazu noch etwas sagen? Wann wird das Gehörlosengeld kommen? Ich wünsche mir, dass es möglichst bald kommt. Unser Haushalt würde dadurch nicht übermäßig belastet, wenn wir es jetzt noch hineinnehmen würden. Vielleicht geben Sie sich noch einen Ruck und stimmen den Oppositionsparteien zu. Sie sollten das Gehörlosengeld noch rechtzeitig vor der Wahl einführen.

Barbara Becker (CSU): In dem Wunsch, dass wir beim Gehörlosengeld etwas tun wollen, sind wir uns einig. Wir unterscheiden uns aber in der Einschätzung, welche finanziellen Spielräume wir im Moment haben. Winfried Kretschmann, der bekanntlich kein Christsozialer ist, hat gesagt: Das Gute muss auch bezahlbar sein. – Daher

haben wir in diesem Jahr von der Einführung eines Gehörlosengeldes abgesehen. Ich habe mir die verschiedenen Anträge der Parteien sehr gut angesehen. Wir haben noch kein klares Konzept. Da ist noch vieles unklar. Ich selbst stehe im engen Kontakt mit den Gehörlosenverbänden.

Übrigens: Danke, dass Sie es wahrgenommen haben. Ich übe Gebärdensprache. Ich bin noch nicht wirklich gut, aber es ist ein Anfang. Wir organisieren für viele Veranstaltungen Gebärdensprachdolmetscher, um so Inklusion und Barrierefreiheit zu erreichen. Das Gehörlosengeld wäre schon für dieses Jahr wünschenswert, aber das ist im Moment aus finanziellen Gründen nicht drin.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Celina von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Becker, doch, wir hätten Geld für ein Gehörlosengeld. Sie geben es nur am falschen Ende aus.

(Beifall bei den GRÜNEN, der AfD und der FDP)

Sie haben in Ihrer Rede aufgezählt, wofür wir das Geld ausgeben. Ich sage Ihnen: Ein dicker Geldbeutel macht noch lange keine gute Sozialpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Sozialhaushalt, den die CSU und die FREIEN WÄHLER heute hier vorlegen, ist nicht sozial. Im Gegenteil, er ist krass unsozial. Er ist ein Zeugnis dafür, dass die CSU und mit ihr die FREIEN WÄHLER nach einem außergewöhnlichen Jahr, in dem die Defizite der unsozialen Sozialpolitik der CSU und der FREIEN WÄHLER offen zutage getreten sind, nichts dazulernen wollen. Sieht man sich den Haushalt an, erkennt

man, dass Sie die alten Gerichte mit viel Geld immer wieder aufwärmen, ohne zu merken, dass dieser alte, aufgewärmte Brei vielen schon längst nicht mehr schmeckt.

Nach diesem Jahr erwarte ich, dass Sie nicht nur Wohltaten für alle ankündigen, sondern dass Sie zumindest die allernotwendigsten Punkte umsetzen. Am allernotwendigsten ist bezahlbarer Wohnraum, Wohnraum, den Familien und Alleinstehende bezahlen können, Wohnraum, den Rentnerinnen und Rentner sowie Auszubildende bezahlen können. Es gibt viele Gebiete, auf denen Sie in den letzten vier Jahren nichts geliefert haben. Aber dass Sie beim Thema Wohnungsbau total gescheitert sind, das nehme ich Ihnen wirklich übel.

Die Bilanz von BayernHeim ist blamabel. Sie haben 10.000 Mietwohnungen bis 2025 versprochen, explizit für Menschen, die sich am Markt nicht mit angemessenem Wohnraum versorgen können. In vier Jahren haben Sie nicht einmal 100 Wohnungen gebaut. Das ist die unsozialste Sozialpolitik, die man sich vorstellen kann, vor allem, nachdem Sie vorher mit Ihrer komplett verfehlten Energiepolitik dafür gesorgt haben, dass Strom in Bayern teuer ist, dass unsere Bürgerinnen und Bürger wie in keinem anderen Bundesland von Öl und Gas abhängig sind.

Sonne und Wind stellen keine Rechnung. Das haben Sie noch nie verstanden. Die Ergebnisse Ihrer Politik gegen erneuerbare Energien sind inzwischen knallharte Sozialpolitik. Sie wärmen in Ihrer Schockstarre den alten Brei auf. Sie haben keine Visionen, und Sie haben kein Herz für viele Menschen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben kein Herz für die gehörlosen Menschen in Bayern, denen Sie bereits im Jahr 2011 ein Gehörlosengeld versprochen haben. In Bayern bleiben Sie immer beim Ankündigen. Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen und Thüringen haben schon längst geliefert. Wir GRÜNE haben ein Herz für gehörlose Menschen und beantragen heute, hier und jetzt wieder ein Gehörlosengeld. Wir werden darüber namentlich ab-

stimmen lassen, damit jeder sehen kann, wer für und wer gegen ein Gehörlosengeld stimmt.

Sie haben kein Herz für ehemalige Heimkinder, die zwischen 1949 und 1975 in stationären Einrichtungen untergebracht waren und gelitten haben. Auch Verschickungskinder haben vieles durchgemacht. Wir GRÜNE dagegen haben ein Herz für diese Menschen und beantragen hier und jetzt Geld für die langfristige Fortführung der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern.

Sie haben auch kein Herz für Menschen in Krisen; denn sonst würden Sie zustimmen, die staatliche Unterstützung der Ehe-, Partnerschafts-, Familien- und Lebensberatung endlich anzupassen, die in Bayern seit 2015 nicht mehr an die steigenden Kosten und den wachsenden Beratungsbedarf angepasst worden ist. Wir GRÜNE haben ein Herz für all diese Menschen in Krisen und die Stellen, bei denen sie sich Hilfe holen können.

Wir fordern eine zukunftsfähige adäquate Sozialpolitik. Wir GRÜNE liefern. Die CSU und die FREIEN WÄHLER hingegen blockieren wie jedes Jahr – das ist und bleibt unsozial!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung liefert gerade auch für Familien, für unseren Nachwuchs, aber auch für unsere Ehrenamtler und Vereine.

Daher freut es uns als Fraktion der FREIEN WÄHLER ganz besonders, dass wir Vereine von GEMA-Gebühren entlasten konnten. Ein großer Dank gilt an dieser Stelle unserer FREIE-WÄHLER-Ehrenamtsbeauftragten Eva Gottstein.

Wir entlasten Ehrenamtliche – dies muss natürlich auch im Haushalt abgebildet sein. Wir blicken auf den Etat des Sozialministeriums und sehen im Haushalt 2023 gegenüber 2022 eine Steigerung um 200 Millionen Euro – soviel zum Vorwurf "krass unsozial". Frau Kollegin Celina, ich kann Ihre Kritik nicht nachvollziehen.

Besonders wichtig sind uns als Regierungsfraktionen die Leistungen für Familien, natürlich die Förderung von Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege, aber auch berufliche Bildung sowie Leistungen für Jugendliche und für Menschen mit Behinderung. All das bildet dieser Sozialhaushalt ab.

Knapp 57 Millionen Euro sind für die Förderung von Kindertageseinrichtungen vorgesehen. Im Haushalt 2023 sind zur Abfinanzierung von Kinderbetreuungsplätzen und zur Schaffung von 10.000 Hortplätzen zusätzlich 45 Millionen Euro aus Landesmitteln eingeplant.

Die Mittel für das bayerische Familiengeld erhöhen sich wegen steigender Geburtenzahlen – das ist erfreulich für unseren Freistaat – um 16,3 Millionen Euro auf rund 785,5 Millionen Euro. Die Erstattungsleistung des Bundes für Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 25 Millionen Euro auf insgesamt 775 Millionen Euro.

Die Bundesmittel werden komplett an die Landkreise und kreisfreien Gemeinden weitergeleitet. Für Erstattungen an die Bezirke für Jugendhilfekosten für unbegleitete ausländische Minderjährige sind 75 Millionen Euro kalkuliert. Mit dem Ganztagsfinanzierungsgesetz hat der Bund im Dezember 2020 ein Sondervermögen in Höhe von bis zu 3,5 Milliarden Euro zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter eingerichtet. Davon stehen ab dem Jahr 2022 insgesamt Basismittel in Höhe von 2,75 Milliarden Euro zur Verfügung. Auf Bayern entfallen rund 428 Millionen Euro. Die Voraussetzung dafür ist natürlich die Verfügbarkeit der Bundesmittel, also der Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung mit allen 16 Bundes-

ländern. Die Bund-Länder-Verhandlungen hierzu sind abgeschlossen. Die Vereinbarung befindet sich derzeit in der internen Abstimmung.

Dass Bayern, wie zu Beginn angesprochen, auch Vereine und Ehrenamt als Säule und Rückgrat unseres Bayernlandes schätzt, ist nicht nur ein Lippenbekenntnis. Bayern übernimmt GEMA-Gebühren für nicht kommerzielle Veranstaltungen von ehrenamtlichen Organisationen; denn unser bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Darauf sind wir stolz. Ehrenamtliche sollen nicht mit bürokratischen Hemmnissen belastet werden, sondern sich auf ihr Engagement konzentrieren können. Themen, die von Ehrenamtlichen häufig als aufwendig und belastend empfunden werden, sind aufgrund des Urheberrechts die Abrechnung mit der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, GEMA, und die Kosten für musikalische Darbietungen bei Veranstaltungen. Um die Ehrenamtlichen zukünftig zu entlasten, gibt es nun einen Pauschalvertrag mit der GEMA für diese Vereine. Damit können Ehrenamtliche in Bayern Musikveranstaltungen ohne Zahlung von Gebühren durchführen, wenn diese für Besucher kostenlos sind.

Das betrifft in Bayern im Jahr 2023 über 45.000 Veranstaltungen. Das sind Erleichterungen für die Ehrenamtlichen vor Ort. Darauf bezieht sich unser Änderungsantrag – ebenso Ausgaben für einen Pauschalvertrag mit der GEMA für Musikveranstaltungen.

Meine Damen und Herren, besonders wichtig ist mir der Bereich Familie und Jugend. So wollen wir mit unserem Änderungsantrag betreffend "Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen" die Posten erhöhen. Nahezu 130 räumlich gut erreichbare Ehe- und Familienberatungsstellen bieten im Freistaat Bayern ein hochqualifiziertes Beratungsangebot an. Das Beratungsspektrum reicht von der Vorbereitung auf Partnerschaft und Ehe über die Beratung in Ehe- und Partnerschafts-, Familien- und Lebensfragen sowie über Aufklärung zur Familienplanung im Sinne einer verantwortlichen Elternschaft bis hin zu einer Beratung bei Trennung und Scheidung.

Um Jugendbildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit Schulen erhalten zu können, wollen wir ebenfalls unterstützen. Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen – also Jugendsozialarbeit und Jugendschutz – sind uns wichtig. Hierin investieren wir 28,275 Millionen Euro. Individuelle Ausstiegshilfen für Frauen, die mit Prostitution abschließen möchten, darf man an dieser Stelle nicht vergessen. Nicht zuletzt wird da infolge der Corona-Pandemie nachgefragt. Zentraler Bestandteil sind Unterkünfte, die einen schnellen Ausstieg ermöglichen. Das ist ein sensibles Thema, bei dem wir nicht wegschauen dürfen. Wir müssen es ansprechen. Hier wird der Etat erhöht.

Ebenso wichtig ist die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern. Hier wollen wir erstmals Posten in Höhe von 100.000 Euro aufbauen. Die Zukunftsstiftung Ehrenamt wurde vom Freistaat gegründet, um das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt in Bayern zu stärken.

Mit einem Modellprojekt für eine landesweite Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung als zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene sowie Fachkräfte der Jugendhilfe und Jugendarbeit soll erprobt werden, wie diese bei Beteiligungsprozessen durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung vorhandener Strukturen besser unterstützt werden können. Ziel einer bayernweiten Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung soll sein, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, indem sämtliche Akteure der Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit von öffentlichen und freien Trägern bei der Weiterentwicklung und dem Ausbau von Maßnahmen der politischen Beteiligung und Engagementförderung kontinuierlich unterstützt, begleitet und befähigt werden können. Ich bitte auch für diesen Antrag um Zustimmung.

Meine Damen und Herren, ich bin am Ende meiner Redezeit. Ich hätte zwar noch viel aufzuzählen, mangels Redezeit komme ich nun aber nicht mehr dazu. Ich bitte um Zustimmung für die Anträge unserer Regierungsfraktionen zum Wohle der bayerischen Gesellschaft, unserer bayerischen Familien und Kinder, der Jugendlichen und der Eh-

renamtler. Das kann ich hier auch mit persönlicher Freude sagen: Nicht nur mehr Wertschätzung, sondern auch mehr Finanzmittel vom Freistaat bekommen alle Bürgerinnen und Bürger. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD im Bayerischen Landtag hat in den Haushaltsberatungen insgesamt mehrere Hundert Änderungsanträge eingebracht. Duzende davon betreffen den Einzelplan 10 und fallen somit in den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales.

Im Rahmen unserer Änderungsanträge forderten wir unter anderem mehr Geld für die Geschädigten der Corona-Impfungen. Bereits im Haushalt 2022 hatten wir eine Erhöhung dieses Postens veranschlagt. Damals wurden unsere Warnungen nicht ernst genommen, sondern nur vom Tisch gefegt. Jetzt, beim Haushalt 2023, kam ein gewisses Einsehen. Der Posten wurde von 11,9 Millionen Euro auf 17,7 Millionen Euro aufgestockt. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das reicht aber nicht aus. Wir hätten uns eine deutlich stärkere Erhöhung der Gelder für die Opfer der Zwangsimpfung – oder: der aufgrund des hohen Impfdrucks an eine Zwangsimpfung grenzende Impfung – gewünscht. Im letzten Jahr gab es 55 Personen, bei denen Impfschäden anerkannt wurden. Inzwischen sind es anscheinend schon über 80. Mehrere Hundert Menschen warten auf die Anerkennung ihrer Impfschäden.Hier werden Kosten auf den Staat zukommen, die wir natürlich auch einplanen müssten.

Wir wollen auch das Ehrenamt stärken. Wir setzen zum Beispiel darauf, dass man den Kreis der Begünstigten bei der Ehrenamtskarte auf die minderjährigen Kinder der Kar-

teninhaber in Bayern erweitert. Das wäre auch ein klares Signal für die Familie. Es würde den Sinn der Karte wirklich verstärken. Die Kinder würden auch schon früh sehen, dass sich das Ehrenamt ihrer Eltern lohnt. Man würde hier auf einem ganz einfachen Weg weitere Anreize für Engagement im Ehrenamt in Bayern schaffen.

Wir hatten hier im Haushalt Gelder vorgesehen, um das Ehrenamt zu fördern. Man hätte das Geld hierfür, aber auch für andere Zwecke verwenden können, um das Ehrenamt weiter zu stärken. – Das soll auch abgelehnt werden.

Eins muss man mal ansprechen: die Inflation, die massive Inflation, unter der Deutschland seit dem letzten Jahr leidet. Wir haben Rekordwerte erreicht, die natürlich auf eins hinweisen: ein massives Versagen der kaputten Ampel in Berlin. Sie liegen im Wesentlichen auch an den explodierenden Energiekosten. Damit ist unseren Familien hier in Bayern mit einem gleichbleibenden oder geringfügig anwachsenden Budget im Sozialbereich kaum geholfen, weil die Kosten ja inflationsbedingt massiv gestiegen sind. Deshalb brauchen die sozialen Einrichtungen und unsere Bürger natürlich entsprechend mehr Geld, um allein diese Kostenexplosion auszugleichen. Das findet hier in diesem Haushalt nicht statt.

Der Härtefallfonds, der eingerichtet werden soll, ist sicherlich ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Geschätzte Damen und Herren, die Staatsregierung hat aber auch eine Mitverantwortung für die sich verschlechternden Verhältnisse hier in Bayern. Man hätte hier viel früher entschlossener reagieren müssen. Vor allem müsste man endlich einmal die Pull-Faktoren abstellen, die dazu führen, dass hier ins Land eine massive Armutsmigration stattfindet. Selbst der reichste Staat der Welt – auch ein reiches Bayern – kann es sich nicht leisten, zum Sozialamt der ganzen Welt zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Mit der von uns beantragten deutlichen Zuschusserhöhung wären gleichzeitig auch die Tafeln zu unterstützen. Gerade in diesem Bereich ist die Unterstützung nicht ausreichend. Auch hier ist es so, dass die Inflation, die Heizkosten und vor allem auch die

Betriebskosten der Fahrzeuge – die gestiegenen Kosten für Diesel und Benzin – einen wesentlichen Teil der erhöhten Zuschüsse auffressen werden. Wir brauchen mehr Geld für unsere Tafeln.

Geschätzte Kollegen, das Staatsministerium heißt Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Familie steht an erster Stelle. Das Staatsministerium so zu benennen, ist eine klare symbolische Geste seitens der Staatsregierung. Wir müssen dann aber auch handeln. Die netten Worte reichen nicht aus.

Wir müssten zum Beispiel die "Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind" besser unterstützen. Hier geht es um Hilfe, zum Beispiel für werdende Mütter in Not, für kinderreiche Familien, für Alleinerziehende in besonderen Notlagen. Gerade wenn Kinder involviert sind, sollte man nicht zu sehr auf den Geldbeutel schauen, sondern diese hilfsbedürftigen Familien in besonderem Maße unterstützen. Wir haben hier eine Erhöhung um eine Million gefordert; das würde in Anbetracht des enormen bayerischen Gesamthaushalts kaum ins Gewicht fallen. Es wäre möglich, hier diese Unterstützung zu leisten.

Auch die Obdachlosigkeit hat sich infolge des massiven Zuzugs aus dem Ausland erhöht. Die massiven Mietsteigerungen sind hier wahrgenommen worden. Wieder müssen am Schluss unsere bayerischen Bürger die Folgen einer verfehlten Politik auf Bundes- und Landesebene bezahlen. Auch deswegen haben wir hier erhöhte Zuschüsse für die Obdachlosenhilfe gefordert.

Ich möchte noch kurz auf das Gehörlosengeld zu sprechen kommen. Frau Kollegin Becker, es wäre möglich, wir könnten es jetzt umsetzen. Der Personenkreis ist bekannt. Auch die Höhe der Kosten – sie wären überschaubar – ist bekannt. Ich sehe hier im Haushalt nichts. Bitte werden Sie endlich konkret, vielleicht dann im nächsten Haushalt. Bitte schauen Sie, dass wir etwas für unsere gehörlosen Menschen tun.

Wir fordern auch weitere Gelder für Behinderteneingliederungshilfen und die Förderung der Ausbildungsreife von Jugendlichen, die etwas mehr Hilfe brauchen. Im Ge-

genzug sind wir für eine Streichung im Bereich der Indoktrinationsvereine, wie zum Beispiel bei dem Bayerischen Jugendring, dem Geldverschwendung vorgeworfen wird. Wer mit unserem Geld nicht gut umgehen kann, dem sollte man es auch streichen oder hier zumindest kürzen.

Sie haben das alles abgelehnt, genauso wie die über dreißig Änderungsanträge, die wir gestellt haben. Man muss der Regierungskoalition aber eines hoch anrechnen: Sie haben unsere Vorschläge aus den letzten Jahren ja doch immer wieder in die kommenden Haushalte einfließen lassen und die Posten, zumindest in den jeweils nächsten Haushalten, etwas erhöht. Ich hoffe, dass unsere Änderungsanträge Ihnen zumindest als konstruktive Impulse für die nächsten Haushalte dienen können.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Rauscher von der SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 7,58 Milliarden – eine Zahl, die auf den ersten Blick wirklich sehr beeindruckt. Auf den zweiten Blick wird aber deutlich, dass hier kein Jubelgeschrei angebracht ist, im Gegenteil.

Ein Haushalt, geprägt von Krisen – so haben Sie, liebe Frau Ministerin Scharf, den Haushalt des Sozialministeriums im Ausschuss vorgestellt. Wo aber ist Ihre Antwort auf die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit? Und das gerade im sozialen Bereich, in dem wir es mit Trägern und kommunalen Haushalten zu tun haben, die über keinerlei nennenswerte Rücklagen oder finanzielle Puffer verfügen.

Die größte Leerstelle in Ihrem Haushalt findet sich im Bereich der Jüngsten und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Situation in den Kitas ist alarmierend. Dabei sind die fehlenden Plätze nur die eine Sache. Das größte Problem sind die fehlenden Fachkräfte und unzureichender Qualitätsaufwuchs. Kitas müssen Gruppen schließen oder die Öffnungszeiten kürzen.

Liebe Staatsregierung, Sie werden jetzt mit Sicherheit argumentieren, der Fachkräftemangel betreffe nicht nur den frühkindlichen Bereich, sondern alle Bereiche; zudem sei Bayern hier genauso wie alle anderen Bundesländer betroffen. Laut den Daten der Bertelsmann Stiftung stimmt das so aber eben nicht ganz. Bayern hat einen besonders hohen Bedarf, weil wir im Bundesranking eben nicht Landesmeister sind.

Das Schlimme ist: Fachkräftemangel in der Kita produziert Fachkräftemangel auch in der Wirtschaft, weil Eltern aufgrund eingeschränkter Betreuungskapazitäten im schlimmsten Fall nicht so arbeiten können, wie sie das möchten oder auch müssen.

Mit Geld kann man sicherlich nicht alle Probleme lösen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Geld kann man aber eben doch einige der genannten Probleme deutlich abmildern. Der sogenannte Basiswert – einer der wichtigsten Werte in der Kitafinanzierung – ist in den letzten Jahren immer nur marginal gestiegen, zuletzt um kümmerliche 2,8 %. Damit lässt sich nicht wirtschaften.

(Beifall bei der SPD)

Dies führt dazu, dass die Schere zwischen den tatsächlichen Betriebskosten und der Kofinanzierung seitens des Freistaats seit Jahren deutlich auseinandergeht. Das belastet Träger, das belastet Kommunen und – weil die Betreuungsgebühren hochgehen – zuletzt auch die Eltern. Liebe CSU und FREIE WÄHLER, Sie hätten es also in der Hand, im Bereich der frühkindlichen Bildung etwas zum Besseren zu verändern.

Wir als SPD machen Ihnen deshalb ganz konkrete Vorschläge: Investieren Sie mehr Geld in die Kitaqualität und erhöhen Sie den Basiswert! Weiten Sie den Leitungs- und

Verwaltungsbonus auf alle Einrichtungen aus und sorgen Sie so für wirkliche Entlastung des pädagogischen Personals! Refinanzieren Sie die Aus- und Weiterbildung neuer Fachkräfte – und zwar ordentlich, nicht gar nicht oder nur ein bisschen!

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auf neue Fachkräfte angewiesen.

Kommen wir zur zweiten Leerstelle in Ihrem Haushaltsentwurf, die ich gerne anführen möchte: das Thema Chancengerechtigkeit, Beispiel Jugendsozialarbeit an Schulen: Sie bleiben hier bei einer unzureichenden Finanzierung der Zuschusspauschalen, die schon lange nicht mehr ausreichen.

Beispiel arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit: Der Wegfall dieser wichtigen Maßnahme wäre für viele junge Menschen eine Katastrophe gewesen. Was aber macht die Staatsregierung? – Das Gleiche wie mit der Berufseinstiegsbegleitung im letzten Jahr: eine Hängepartie bis zum Schluss mit dem Ergebnis, dass die Finanzierung nun – Gott sei Dank – für ein Jahr gesichert ist, aber mit der Folge, dass wir hier in einem Jahr wieder stehen und genau die gleiche Diskussion erneut führen werden.

Beispiel Schulfrühstück: Noch immer kommt etwa jedes fünfte Kind in Bayern ohne Frühstück zur Schule, an Förderschulen ist diese Quote noch viel höher. Aber auch in diesem Bereich tut sich seit Jahren trotz vollmundiger Ankündigungen und Versprechungen nichts.

Dies führt mich zurück zur dritten Leerstelle Ihres Haushaltsentwurfs: Thema Barrierefreiheit. Dieses Thema haben Sie ja sowieso ordentlich versenkt. Liebe Staatsregierung, es wirkt beinahe zynisch, dass Sie seit Jahren versprechen, ein Gehörlosengeld einzuführen, dieses aber weiterhin auf sich warten lässt.

(Beifall bei der SPD)

Mehr als Ankündigungen für nach der Wahl – wie auch zum Beispiel zum Aktionsplan Queer – gibt es von Ihrer Seite aus nicht.

Ich komme noch kurz auf die vierte Leerstelle in Ihrem Haushaltsentwurf zu sprechen: Der betrifft die Seniorinnen und Senioren. Dabei gibt es hier auch wirklich vieles zu tun. Vieles müsste hier angepackt werden. Als Stichpunkte nenne ich nur Projekte gegen Einsamkeit, mehr soziale und auch digitale Teilhabe oder auch die finanzielle Förderung von Mehrgenerationenhäusern. Wir brauchen hier in Bayern einen Sozialhaushalt, der trägt. Ihr Haushalt erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir als SPD fordern mit unseren Anträgen, unser soziales Netz in Bayern zu erhalten, zu festigen und auszubauen, Chancenungerechtigkeiten zu überwinden und über die Generationen hinweg die Zusammengehörigkeit im Freistaat zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen einen sozial gerechten Staatshaushalt. Darauf hat gestern schon unser Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn hingewiesen. Stimmen Sie deshalb unseren Anträgen zu.

Zur namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der GRÜNEN zum Gehörlosengeld sage ich: Wir enthalten uns hier, aber nicht deswegen, weil wir es nicht wollen, sondern weil wir keine Staffelung der Beträge wollen. Das sage ich nur kurz fürs Protokoll, damit das auch draußen ordentlich ankommt. Wie das Netzwerk Hörbehinderung Bayern fordern wir hier keine gestaffelte Vorgehensweise, sondern die gleiche Summe für alle. Ich danke auch vielmals den Engagierten draußen in den sozialen Einrichtungen und Diensten.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Landwirtschaftshaushalt war eben. Jetzt sprechen wir über den Sozialhaushalt; aber das, was wir hier vorgelegt bekommen, wird Jahr für Jahr wiedergekäut. Jahr für Jahr ist das, was wir als Sozialhaushalt bekommen, ambitionslos und fehlgeleitet. Das Einzige, was sich immer mal wieder ändert, ist die Person der Sozialministerin. Die wird ziemlich häufig ausgetauscht; aber ansonsten ändert sich für die Menschen draußen in Bayern nichts, und alles bleibt beim Alten. Dabei könnten wir mit dem Sozialhaushalt so viele Chancen schaffen. Das ginge durch gute frühkindliche Bildung, durch Kitaplätze für die Familien, durch eine Fachkräfteoffensive oder auch, indem wir Menschen mit Behinderung die Möglichkeit geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Stattdessen feiert sich die Staatsregierung in schöner Regelmäßigkeit dafür, dass sie Milliarden über Milliarden in ein altes Wahlgeschenk steckt, nämlich in das Familiengeld. Haben Sie sich denn mal gefragt, wie das für eine Familie ist, der ein Kitaplatz fehlt, eine Familie, in der ein Elternteil, in der Realität meistens die Mutter, nicht in dem Ausmaß oder gar nicht arbeiten kann, weil der Kitaplatz nicht da ist? – Martin Hagen hat gestern beispielhaft einen Brief einer solchen Mutter vorgelesen. Was bringen da die 250 Euro, wenn man bedenkt, welche beruflichen Perspektiven dadurch wegbrechen und wie viel geringer die Altersversorgung ausfällt? – Dadurch fehlen der Wirtschaft auch Fachkräfte, die natürlich auch Steuern zahlen könnten, um wieder Kitaplätze zu finanzieren. Das Geld ist also komplett fehlgeleitet.

Vor allem aber wissen wir um den Mehrwert frühkindlicher Bildung für die Kinder und für deren Bildungs- und Lebensweg. Laut Bertelsmann Stiftung führt frühkindliche Bildung dazu, dass von den benachteiligten Kindern rund 70 % mehr auf ein Gymnasium gehen. Bei nicht benachteiligten Kindern sind es auch noch 40 % mehr. Alle Kinder würden also von guter frühkindlicher Bildung profitieren. Deshalb fordern wir von der FDP, dass wir in Kitaplätze und in eine vergütete Ausbildung investieren, damit wir Fachkräfte für diesen Beruf gewinnen. Wir fordern, dass wir in einen höheren Basiswert, der realitätsnah ist, investieren.

Da kann ich Ihnen folgendes Beispiel nennen: Aus dem Basiswert, also der Pauschale pro Kind, werden die Betriebs- und Personalkosten finanziert. Die Pauschale ist für das Jahr 2023 um 2,45 % gestiegen; die Löhne sind aber um 2,8 % gestiegen, das heißt, diese Pauschale deckt nicht mal den Lohnanstieg der Fachkräfte in den Kitas. Daran ändert auch der neue Haushalt nichts. Die Folge ist: Für eine qualitative Förderung der Kinder fehlt Geld. Da zitiere ich Sie, Frau Ministerin. Sie haben jetzt bei den Kitastreiks gesagt:

> Kita-Fachkräfte […] müssen angemessen bezahlt werden. Es ist ihr Recht, eine bessere Bezahlung über Streiks einzufordern.

Sie sind doch diejenige, die letztlich dafür sorgen muss, dass die Kommunen bzw. die Träger das in ihrem Haushalt gegenfinanziert bekommen, damit sie die Fachkräfte auch bezahlen können. Machen Sie Ihren Job. Schieben Sie anderen nicht den Schwarzen Peter zu. Stehlen Sie sich nicht aus der Verantwortung.

Wir von der FDP fordern Sie auf: Stellen Sie die Mittel bereit, damit die Träger die Fachkräfte entsprechend finanzieren können. Dann finden keine Streiks statt, sondern es gibt eine gute frühkindliche Bildung.

(Beifall bei der FDP)

Schaffen Sie auch Chancen für Menschen mit Behinderung. Sie verkünden stolz, dass Sie jährlich 5 Milliarden Euro für Menschen mit Behinderung ausgeben. Hören Sie mit der Märchenstunde auf. Die Wahrheit ist doch, dass Sie zu einem Großteil dieser Ausgaben per Bundesgesetz verpflichtet sind. Die Wahrheit ist doch, dass Sie sich beharrlich weigern, 65 Millionen Euro für ein Gehörlosengeld auszugeben. Die gehörlosen Menschen brauchen endlich eine Ausgleichszahlung. Sie haben so oft einen höheren Aufwand. Dolmetscher sind nur eines von vielen Beispielen. Deswegen lassen wir von der FDP auch nicht locker. Wir fordern Sie auf: Machen Sie es wie die anderen Bundesländer und geben Sie Menschen durch ein Gehörlosengeld die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Wir werden den Entwurf für den Einzelplan 10 ablehnen, da er an allen wichtigen Zielen vorbeischießt. Plempern Sie nicht weiter rum, verteilen Sie nicht Jahr für Jahr einfach Milliardenbeträge mit der Gießkanne, sondern fassen Sie sich ein Herz, stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu; denn wir von der FDP wollen Chancen für Kinder, für Familien, für Fachkräfte und auch für Menschen mit Behinderung schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung von der Kollegin Högl.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin Sandt, jetzt bin ich schon über Ihre Worte erstaunt, wonach nur eine frühkindliche Förderung in den Kitas eine hohe Übertrittsquote ins Gymnasium nach sich ziehen würde. Ehrlich gesagt finde ich das schon unglaublich, was Sie da den Eltern unterstellen, die sich für die Erziehung zu Hause entscheiden und die Kinder fördern. Sie unterstellen den Eltern sozusagen und stellen ihnen das Zeugnis aus, dass sie das nicht könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Eltern haben in Bayern die Wahlfreiheit, ob sie das Kind in Betreuung geben oder nicht; diese aber mit der Frage zu verbinden, wie hoch die Übertrittsquote ins Gymnasium ist, finde ich unerhört. Ich möchte Sie schon fragen, ob Sie das genauso empfinden.

Julika Sandt (FDP): Ich habe die Bertelsmann-Studie zitiert. Sie finden die Bertelsmann-Studie unerhört. Sie finden die Wissenschaft unerhört. Das war ein Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie, aus der ich zitiert habe. Das habe ich klar und deutlich gemacht.

(Zuruf von der CSU)

Natürlich gibt es Eltern – jetzt rede ich –, die ihre Kinder sehr gut fördern können. Dazu gehört noch einiges mehr: Zum Beispiel ist es wichtig, dass Kinder auch mit anderen Kindern zusammen sind und soziale Kontakte haben. All das gehört dazu. Natürlich gibt es auch benachteiligte Kinder. Deswegen ist auch der Unterschied bei der Wahrscheinlichkeit, auf ein Gymnasium zu gehen – das sage nicht ich, sondern die Wissenschaft –, bei geförderten und nicht geförderten benachteiligten Kindern noch größer als bei Kindern von Eltern, die die Kinder entsprechend fördern können. Frühkindliche Bildung ist also für alle Kinder von Vorteil, aber wenn die Eltern das nicht leisten können, können die Kinder nichts dafür. Natürlich wünsche ich mir, dass alle Eltern und alle, die gerade Zeit mit dem Kind verbringen, das Kind bestmöglich fördern. Dennoch können das nicht alle Eltern, und da ist es doch gut –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Sandt, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Julika Sandt (FDP): –, wenn wir entsprechende Angebote machen. Ganz viele kriegen nicht den Platz, den sie sich wünschen. Das ist doch der Punkt. Die Eltern wollen es ja.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Thomas Huber für die CSU-Fraktion.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen auch von der Opposition! Ich glaube, aus dieser Diskussion wird doch gerade deutlich, dass wir dem Auftrag der Bayerischen Verfassung doch nachkommen. Da steht drin: "Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl." – Liebe Kolleginnen Celina und Sandt, das sind bei uns keine leeren Worthülsen. Das hat sich auch in der Corona-Krise gezeigt. In unserem Land wird jedem geholfen, der Hilfe braucht. Auch jetzt, seit dem Ausbruch des unsäglichen Ukraine-Krieges, wird deutlich: Wir lassen niemanden im Stich. Meine Kollegin Barba-

ra Becker hat es nun ja vorher auch noch mal eindrucksvoll mit Zahlen belegt: Der Sozialhaushalt erfährt in diesem Jahr eine Aufstockung um 3,1 % auf rund 7,58 Milliarden Euro.Das sind 10 % des gesamten Haushaltsvolumens. Ich sage auch ganz klar: Jeder Euro, den wir hier investieren, ist gut und richtig investiertes Geld.

(Beifall bei der CSU)

Nehmen wir nur einmal das Beispiel der Sozialwirtschaft. Die Sozialwirtschaft ist mit ihren 445.000 Beschäftigten einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Bayern. Das entspricht 6 % der insgesamt Erwerbstätigen im Freistaat. Damit sind in diesem Bereich deutlich mehr Menschen tätig als beispielsweise in der Automobilindustrie. Deshalb müssen und werden wir uns auch die Sozialwirtschaft daraufhin anschauen, wie wir bei den jetzigen Herausforderungen diesen Bereich der Wirtschaft – die Sozialwirtschaft ist auch ein Teil der Wirtschaft – gemeinsam zukunftsfähig machen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales wird von vier Säulen getragen. Erstens. Wir fördern und stärken unsere Familien. Dazu gehört ganz klar die Kinderbetreuung, auch um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Zweitens. Wir spannen ein soziales Netz, das alle auffängt, die unsere Hilfe benötigen. Wir treiben auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung voran. Drittens. Wir geben Jugendlichen in Bayern bestmögliche Startchancen. Viertens. Wir ermöglichen Hilfe zur Selbsthilfe und stärken die Eigenverantwortung und die Prävention.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich den ersten Bereich beispielhaft nennen darf: Zentraler Schwerpunkt sind auch in diesem Jahr die Leistungen für die Familien mit 4,22 Milliarden Euro. Das sind 56 % des gesamten Einzelplans 10. Wir stärken mit dieser Summe unsere Familien; denn Bayerns Zukunft liegt in den Händen unserer Kinder. Allen Kritikern der Leistungen, die heute genannt wurden, sei gesagt: Mit dem Kita-Beitragszuschuss, mit dem Krippengeld und mit dem einzigartigen bayerischen Familiengeld ermöglichen wir unseren Familien ein Stück weit Wahlfreiheit. Die Fami-

lie ist nämlich der erste und der wichtigste Entwicklungs- und Bildungsort unserer Kinder, und deswegen müssen wir sie bestmöglich unterstützen. Der Staat muss deswegen natürlich Angebote wie zum Beispiel eine gute Kinderbetreuung, Ehe-, Erziehungs- und Familienberatungsstellen mit frühen Hilfen und vieles andere mehr anbieten. Dabei muss er Familien und Kommunen bestmöglich unterstützen und entlasten. Der Staat kann und darf aber niemals die Familie ersetzen. Das ist der große Unterschied in der Auffassung zwischen mir und meinen Vorrednern der Opposition. Wir wollen richtige Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht in das Familienleben der Menschen eingreifen. Wir wollen uns nicht einmischen, sondern wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, damit Familie möglich ist. Das unterscheidet uns von den Parteien der Ampelkoalition.

Zu zweitens. In Bayern wird niemand zurückgelassen. Wir haben ein soziales Netz, das jeden auffängt. Beispielhaft sei genannt, die Verbesserung der Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen. Dafür stehen in Bayern rund 3,7 Millionen Euro zur Verfügung. Herr Singer, wir unterstützen zum Beispiel den Landesverband der Tafeln mit insgesamt rund 900.000 Euro, auch weil vielen Ehrenamtlichen und deren Leistungen unsere Wertschätzung und Anerkennung verdienen. Zudem stellen wir einen Änderungsantrag – dem Sie heute zustimmen können –, in dem wir noch einmal 845.000 Euro für die verstärkte Förderung von Projekten des Aktionsplans "Hilfe bei Obdachlosigkeit" vorsehen. Wir fördern auch freiwillig die Bahnhofsmissionen. Auch das tun wir, Herr Singer.

Zu drittens. Zum Themenbereich Jugendliche: Für Maßnahmen der Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit sowie des Jugendschutzes stehen rund 43,7 Millionen Euro bereit. Liebe Frau Kollegin Doris Rauscher, auf Initiative unserer Fraktion werden wir die so wichtigen Vorschaltmaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit fortführen. Damit unterstützen wir junge Menschen, die besondere Schwierigkeiten haben, ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Mit dem Projekt "Digital Streetwork",

holen wir die Jugendlichen dort ab, wo sie viel Zeit verbringen, also im Internet und auf den sozialen Plattformen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

– Den Haushalt für das nächste Jahr beschließen wir nächstes Jahr. Jetzt reden wir vom Haushalt 2023. Da sind die notwendigen Gelder enthalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Viertens. Prävention und Hilfe zur Selbsthilfe: Die werden in Bayern großgeschrieben. Fast jeder Zweite in Bayern engagiert sich ehrenamtlich vor Ort. Wir machen eine Zustiftung zur Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern. Wir verdoppeln nämlich die Vereinspauschale, nur einmal beispielhaft. Das ist eine Unterstützung des Ehrenamtes, weil das Ehrenamt das Rückgrat unserer Gesellschaft ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Sozialministerin hat erst diese Woche das GEMA-Ticket auf den Weg gebracht. Das ist für viele gemeinnützige Vereine eine enorme finanzielle und bürokratische Entlastung.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Abschließend möchte ich ganz herzlich danken. Ich danke unserer Sozialministerin und ihrem Haus, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich danke Barbara Becker und selbstverständlich Sepp Zellmeier und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für ihr offenes Ohr. Ich danke natürlich auch unserem Finanzminister Albert Füracker, der die große Herausforderung zu bewältigen hat, einen ausgewogenen Gesamthaushalt aufzustellen, bei dem die sozialen Belange nicht zu kurz kommen dürfen. Und ich danke natürlich auch unserem Ministerpräsidenten, dem ein soziales und gerechtes Bayern immer ein Herzensanliegen ist. In diesem Sinne aber auch Danke an die Oppositionsparteien für die konstruktiven Beratungen und den konstruktiven Austausch in unserem Sozialausschuss. Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung von Julika Sandt. Bitte.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, Sie haben gesagt, Corona hat gezeigt, es wird jedem geholfen, der Hilfe braucht. Da wollte ich einmal fragen, auch wenn das über den Sozialhaushalt hinausgeht, denn das haben Sie in Bezug auf die Staatsregierung insgesamt gesagt: Wie lange sind denn seit Corona die Wartezeiten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie? Ich sehe überhaupt nicht, dass da jedem geholfen wird, der Hilfe braucht.

Was die Frage der Freiheit für die Eltern bei der Kitanutzung angeht: Was ist denn mit all den Eltern, die keinen Platz haben aufgrund des hohen ungedeckten Bedarfs? Dieser Bedarf ist bei deutschsprachigen Kindern hoch und bei nicht deutschsprachigen Kindern noch einmal deutlich höher. Was sagen Sie den Eltern, die sich einen Platz wünschen? Ist das Freiheit? Ist das wirklich die Freiheit, sein Familienleben so zu gestalten, wie es die Familien gerne möchten und wie es ihren Bedürfnissen entspricht?

Thomas Huber (CSU): Danke für diese Steilvorlage, liebe Frau Kollegin Sandt. Dazu fällt mir nur ein einziges Thema ein, und zwar das Thema Sprach-Kitas. Das ist genau die Antwort auf Ihre Frage. Liebe Frau Kollegin, sorgen Sie bei den Sprach-Kitas dafür, dass Sie auf Bundesebene mit Ihrem Finanzminister und mit Ihrer Ampel-Regierung – –

(Julika Sandt (FDP): Machen wir!)

– Haben Sie nicht. Sie haben im Koalitionsvertrag und im Wahlprogramm die Förderung der Sprach-Kitas gehabt. Sie haben dieses Versprechen gebrochen.

(Widerspruch der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE) und Julika Sandt (FDP))

Nur auf Druck der Unionsparteien wurde es um ein halbes Jahr – –

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN und der FDP)

– Lassen Sie mich ausreden. Seien Sie staad und lassen Sie mich ausreden. Sie haben mir eine Frage gestellt. Sie haben das Versprechen im Koalitionsvertrag gebrochen. Sie haben auf Druck der Union das Programm um ein halbes Jahr fortgeführt, und dann haben Sie sich im Sozialausschuss hingestellt und uns kritisiert, weil wir nicht schnell genug ein Ersatz-Sprach-Kita-Programm auf den Weg gebracht haben.

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Mit Geld vom Bund!)

Wir waren sehr schnell. Weil uns die Eltern und die betroffenen Kinder leidgetan haben, haben wir diese, im Gegensatz zu Ihnen, nicht im Regen stehen lassen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

So viel zum Thema, wir hätten kein Herz für sozial benachteiligte Kinder.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Thomas Huber (CSU): Wir führen das Sprach-Kita-Programm fort, obwohl das der Bund versprochen und das Versprechen gebrochen hat. Wir nehmen eigene Gelder in die Hand und führen es fort.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, vielen Dank.

Thomas Huber (CSU): Ich bin mit meiner Rede fertig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Eva Lettenbauer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Und jährlich grüßt das Murmeltier. Wieder bewegt sich nichts im Einzelplan 10, Soziales, und die Staatsregierung lässt weiterhin viele Menschen in Bayern im Stich. Blicken wir nun einmal auf die bayerischen Kitas. Drei Worte reichen: maximal am Limit. – Das kann auch die Bayerische Staatsregierung nicht länger schönreden. Wir brauchen jetzt endlich schnelle und wirksame Maßnahmen. Die Staatsregierung muss endlich mehr in die Qualität der Kitas und in eine ausreichende Zahl von Fachkräften investieren. Wenn wir die Beitragszuschüsse zum Beispiel sozial gerecht machen, dann wären für das Jahr 2023 über 268 Millionen Euro frei. Oder wenn wir nur ab September 2023 rechnen, dann wären 89,5 Millionen Euro vorhanden.Wir GRÜNE wollen diese Millionen eins zu eins in den Basiswert für Kitas stecken und in die Angebote für Kinder im ganzen Land. Wir helfen damit Kommunen und Kindern. Schließen Sie sich unserem Änderungsantrag an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Jugend im Land bin ich froh, dass es auf unseren Druck hin, gemeinsam mit vielen anderen, gelungen ist, sozialpädagogische Unterstützung für Schülerinnen und Schüler zu erhalten. Es geht um Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und beim erfolgreichen Start der Ausbildung. Ich spreche über die sogenannten Vorschaltmaßnahmen der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Ich will aber auch ganz deutlich sagen: Es muss für die nächsten Jahre endlich klar sein, dass die Projekte für den Übergang von der Schule in den Beruf Jahr für Jahr im Haushalt stehen müssen. Versuchen Sie nicht jedes Jahr aufs Neue, den Jugendlichen diese Unterstützung streitig zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Bund hat schon in der letzten Legislaturperiode die SGB-VIII–Reform über viele Fraktionen hinweg beschlossen, um Jugendliche mit und ohne Behinderung künftig inklusiv und aus einer Hand unterstützen zu können. Jedes Bundesland, auch Bayern,

muss deshalb das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz für die Jugendlichen umsetzen und Strukturen schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, mit Ihrem Aussitzen vernachlässigen Sie Kinder und Jugendliche in Bayern und lassen sie im Stich. Es braucht Empfehlungen und Angebote und eine Unterstützung für die örtlichen Jugendämter bei dieser Umstellung. Dafür ist Personal notwendig. Wir haben mehr Stellen im Bayerischen Landesjugendamt vorgeschlagen, Sie haben dagegen gestimmt. Auch das ist wiederum ein fatales Signal für die Jugend in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleiches gilt leider auch für die Frauenpolitik: In allen anderen Bundesländern werden die entsprechenden Ableger der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik mit finanziell gesicherten Stellen gefördert, nur nicht in Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es nicht weitergehen. Auch andere Themen im Bereich Frauenpolitik müssen endlich dringend angegangen oder verstetigt werden. Hier sei zum Beispiel die Förderung der wunderbaren Second-Stage-Projekte zu nennen. Ich sage deutlich: Wir müssen endlich raus aus der Projektförderung und rein in die Regelförderung für die Frauen, die ein Frauenhaus verlassen. Diese Frauen brauchen Unterstützung, um festen Fuß fassen zu können. Lassen Sie die von Gewalt betroffenen Frauen und die Mitarbeitenden in den Second-Stage-Einrichtungen nicht Jahr für Jahr darum bangen, ob die Projekte weitergeführt werden. Hier spreche ich insbesondere Herrn Söder an, der einmal wieder beim Sozialhaushalt nicht anwesend ist.

Wenn es um den allgemeinen Gewaltschutz geht, muss ich feststellen, dass Frauenhausplätze seit Langem fehlen. Sie fehlen weiterhin besonders für Frauen mit besonderen Bedarfen wie Sucht oder psychischer Krankheit. Auch hier schlagen wir endlich ein Förderprogramm vor.

Der Stillstand, der in Bayern gerade stattfindet, ist nicht nur schade, sondern gefährlich; denn er gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Liebe CSU, ich fordere Sie ganz

eindringlich auf, statt ständig gegen andere zu schießen, einfach mal in Bayern zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bitte schließen Sie sich unseren Änderungsanträgen an, gegen die Schockstarre der Staatsregierung und für eine gute Grundlage für unser aller Miteinander in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Kollegin Lettenbauer, bitte bleiben Sie noch hier. – Die Kollegin Susann Enders hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Lettenbauer, Sie beginnen Ihre Rede zum Sozialhaushalt von CSU und FREIEN WÄHLERN mit den Worten, dass wir viele Menschen im Stich lassen würden. Auf Bundesebene treiben Sie mit dem geplanten Gebäudeenergiegesetz und dem darin enthaltenen Sanierungszwang Familien in den Ruin. Finden Sie nicht auch, dass Sie mit einer heuchlerischen Doppelmoral argumentieren?

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Nein, ganz im Gegenteil! Die Bundesregierung plant ein verlässliches Vorgehen:

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. In neu gebauten Häusern wird schon jetzt vor allem auf klimaschonende Heizungen gesetzt. Es wäre geradezu fahrlässig, das den Häuslebauerinnen und Häuslebauern nicht zu empfehlen. Die bauen dann nämlich eine Heizung ein, die dreißig Jahre halten soll, und können diese dann nicht so lange nutzen, wie sie eigentlich funktionieren würde. Wir machen im Bund eine Politik, die soziale Härten abfedert. Genau das ist in dem Gesetz vorgesehen. Das ist ein planbares Vorgehen für alle, die jetzt ein neues Haus bauen.

Die Aufzählung, die ich gemacht habe, die meine Kollegin Kerstin Celina gemacht hat und die auch andere gemacht haben, über die fehlenden Investitionen für den sozialen Zusammenhalt war doch hoffentlich eindrucksvoll, ansonsten haben Sie nicht zugehört. Schauen Sie, dass Sie die Jugendhilfe unterstützen. Schauen Sie, dass Frauen nicht mehr länger in Frauenhäusern abgewiesen werden müssen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Lettenbauer!

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Junge Menschen brauchen ganz besonders Unterstützung, damit sie die immer noch sehr oft unbesetzt bleibenden Ausbildungsplätze antreten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf nun das Wort an Frau Staatsministerin Ulrike Scharf übergeben. Bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen im Zusammenhang mit dem Einzelplan Wirtschaft bereits ein flammendes Bekenntnis zu unserem großartigen Bayernland gehört – lieber Kollege Hans Herold. Ich möchte es gerne anders formulieren: Es ist ein Glück, in Bayern zu leben, und dieses Glück geht mit einer Verantwortung einher. Unser Sozialhaushalt in Bayern wird dieser großen Verantwortung gerecht mit einem Fokus auf Familien, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Arbeit. Unser soziales Netz fängt alle auf, die in Bayern zu Hause sind.

Ich freue mich, dass ich Ihnen heute den Einzelplan 10, den Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales zur abschließenden Beratung vorstellen darf. Es handelt sich um einen Einzelplan, der den Menschen in allen Phasen ihres Lebens Sicherheit bietet. Ich danke allen, die in den vergangenen Wochen und Monaten so intensiv mit uns gearbeitet haben. Es ist ein wirklich wertvolles

Werk entstanden, worauf wir stolz sein können. Mein besonderer Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags – lieber Tom Huber, mit dir an der Spitze natürlich. Ich danke auch den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die mit viel Kraft und Energie mitgedacht, mitdiskutiert und mitgearbeitet haben. Meinen Dank will ich auch an die hauptsächlich betroffenen Ressorts richten. An vorderster Stelle steht natürlich das Finanzministerium. Ich möchte auch unserem Finanzminister Albert Füracker danken, aber natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialministerium, die heute auch dabei sind. Herzlichen Dank für so viel Fachkompetenz und so viel Erfahrung, die Sie in diesen Haushaltsplan eingebracht haben!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Familie, Arbeit und Soziales – wir haben alle Lebensbereiche im Blick. Unser geplanter Haushalt zeigt das ganz deutlich an den vielen Hilfen und den verschiedenen Förderprojekten und an der Gesamtsumme, die in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge über 7 Milliarden Euro liegt. Unser Haushalt soll sich um rund 234 Millionen Euro erhöhen auf insgesamt 7,59 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 3,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Das ist der Beweis in Zahlen: Gerade wenn es ernst wird, können sich die Menschen bei uns in Bayern darauf verlassen, dass wir an ihrer Seite stehen. Trotz der Krisen und gerade in den Krisen spart der Freistaat nicht am sozialen Haushalt. Wir setzen neue Impulse für unser Miteinander und wir machen unseren Sozialstaat zukunftsfest.234 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – darin steckt natürlich auch einiges an gesetzlichen Leistungen. Ich darf sie kurz aufführen:

Das ist erstens die Förderung der Kindertageseinrichtungen. Hierfür soll sich unser Haushalt um 83,5 Millionen Euro auf knapp 3 Milliarden Euro erhöhen.

Das ist zweitens für die Übernahme von Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, ein Plus von 25 Millionen Euro.

Das ist drittens die Grundsicherung für aus der Ukraine Geflüchtete. Wir unterstützen die Kommunen. Wir erstatten die zusätzlichen Kosten für die Unterkunft direkt an die Kommunen.

Den Schwerpunkt in unserem Einzelplan bilden die Familien. Für unsere familienpolitischen Leistungen sind 4,2 Milliarden Euro vorgesehen; das macht 55,6 % des gesamten Einzelplans aus. Auch diese Zahl haben wir heute schon gehört; aber ich will sie gern unterstreichen.

Enthalten ist die Betriebskostenförderung für Kindertagesbetreuungseinrichtungen. Ich darf hier, rückblickend auf 2022, vielleicht noch eine Zahl nennen: Die Betriebskostenförderung, die wir an unsere Kommunen weiterleiten, hat im vergangenen Jahr die Marke von 2 Milliarden Euro überschritten. Es ist der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, es ist die Ganztagsförderung von Kombieinrichtungen zur Ganztagsbetreuung, es ist der Beitragszuschuss für unsere Kindergärten, es sind die Unterhaltsvorschussleistungen – jeder einzelne Euro ist hier richtig angelegt.

Ich will das am Beispiel des Familiengelds verdeutlichen. Unser Bayerisches Familiengeld möchte ich gern als weiß-blaues Erfolgsmodell bezeichnen. Wir investieren hierfür heuer rund 16 Millionen Euro mehr. Insgesamt bringt es unseren Familien rund 785 Millionen Euro jährlich. Nicht nur in dieser Höhe, sondern auch generell ist die Zahlung eines Familiengeldes im Bund einzigartig. Wir sind die Ersten, aber auch die Einzigen, die diese Leistung direkt an unsere Familien – zudem sehr unbürokratisch – zahlen können.

Meine Damen und Herren, der Großteil der familienpolitischen Leistungen kommt der Kindertagesbetreuung zugute. Ganz oben auf unserer Agenda stehen natürlich der weitere Ausbau von Betreuungsplätzen, eine noch bessere Qualität der frühkindlichen Bildung und die finanzielle Unterstützung unserer Eltern. Kinderbetreuung ist eine Frage der Daseinsvorsorge und eine Frage der gesamten Gesellschaft. Sie ist Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung. Sie ist vor allen Dingen das beste Funda-

ment einer guten Zukunft unseres Landes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Jüngsten profitieren ihr Leben lang von einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung. Den Eltern hilft die Kinderbetreuung ganz entscheidend, wenn es darum geht, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen.

Die Mittel für die Förderung von Kitas erhöhen sich gegenüber 2022 um 83,5 Millionen Euro auf fast 3 Milliarden Euro. Beim Ausbau der Betreuungsplätze stehen wir eng an der Seite und sind Partner unserer Kommunen und entlasten sie erheblich.

Qualität in der Kindertagesbetreuung – ich glaube, darüber sind wir uns auch einig – ist ebenso wichtig. Deshalb wollen wir hier noch einmal 27 Millionen Euro mehr investieren, um den Leitungs- und Verwaltungsbonus zu sichern. Vorher gab es die Anregung, den Leitungs- und Verwaltungsbonus in allen Kitas zu etablieren. Es gibt ihn in fast allen Kitas; über 7.000 Kitas haben ihn. Assistenzkräfte und Digitalisierungscoaches wollen wir mit diesem Mehraufwand finanzieren. Natürlich wollen wir auch die Sprach-Kitas fortführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten ja schon eine etwas emotionale Diskussion um die Sprach-Kitas. Fakt ist einfach – mein Kollege Thomas Huber hat es noch einmal dargestellt –: Im Koalitionsvertrag der Ampel wird versprochen, dass die Sprach-Kitas fortgeführt werden. Ich hatte einen Bund-Länder-Beschluss eingebracht. 16 zu 0 war das Ergebnis mit der Aufforderung, die Bundesfamilienministerin möge ihre Bemühungen fortsetzen. Aber sie hat es in den Verhandlungen nicht geschafft, dieses Programm fortzuführen.

Dann wird damit angegeben, man habe es um ein halbes Jahr verlängert. Fakt ist: Ja, um dieses halbe Jahr ist es verlängert worden. Aber das Geld dafür ist uns beim KiTa-Qualitätsgesetz abgezogen worden. Also eine reine Mogelpackung! – Wir springen ein. Wir machen das Sprach-Kita-Programm weiter, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass es für unsere Kinder ganz, ganz wichtig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Qualität braucht Fachkräfte. Wir brauchen dringend mehr Fachkräfte. Es geht um eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir haben einen Fünf-Punkte-Plan für mehr Fachkräfte und höhere Qualität entwickelt, auch in enger Abstimmung mit unserem Bündnis für frühkindliche Bildung. Wir setzen genau an den richtigen Stellen an, nämlich zum einen bei der leistungsgerechten Bezahlung. Kollegin Sandt, Sie haben das System immer noch nicht verstanden: Wir sind nicht die Arbeitgeber, sondern wir unterstützen die Kommunen bei der Finanzierung, und zwar ganz erheblich. Wir wollen aber auch attraktiv ausbilden. Heute hatten wir schon mehrfach das Thema Meisterbonus. Für diejenigen, die es noch nicht wissen: Erzieherinnen und Erzieher, die eine Ausbildung erfolgreich abschließen, profitieren auch von der Erhöhung des Meisterbonus, wofür ich sehr dankbar bin.

Wir wollen mehr Quereinsteiger gewinnen. Unser Gesamtkonzept zu Fort- und Weiterbildung ist im vergangenen Sommer auf den Weg gebracht worden. Die Resonanz ist sehr gut. Die Fortbildung der Multiplikatoren läuft sehr gut. Der dritte Kurs beginnt demnächst. Wir wollen vor allen Dingen die Rahmenbedingungen in den Kitas verbessern und das Ansehen der sozialen Berufe steigern.

Wenn es darum geht, die Ausbildungskapazitäten noch mehr zu steigern, kann ich Ihnen nur sagen: Unsere Fachakademien haben in den vergangenen zehn Jahren ihre Kapazität verdoppelt. Das heißt, das Angebot, die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher zu absolvieren, ist da. Erst gestern haben wir im Kabinett beschlossen, 400 zusätzliche Studienplätze für Soziale Arbeit und Frühkindliche Pädagogik zu etablieren. Ein herzliches Dankeschön unserem Wissenschaftsminister Markus Blume! Das sind die richtigen Signale, um das Thema Fachkräfte in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zurück zu unserem Haushalt: Ich möchte im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung noch einmal auf die Beitragsentlastung eingehen. Wir unterstützen die Eltern im Frei-

staat allein durch den Zuschuss zum Krippen- bzw. Kitabeitrag mit über einer halben Milliarde Euro. Damit investieren wir richtig – in unsere Kinder und unsere Familien.

Es gibt noch mehr wichtige, gute Nachrichten. Als Beispiel möchte ich die Alleinerziehenden nennen. Die Vorschussleistungen zur Sicherung des Unterhalts von Kindern unter 18 Jahren, die von einem Elternteil erzogen werden, sollen sich um über 17 Millionen Euro auf insgesamt 270 Millionen Euro erhöhen.

Mit Blick zur Jugend kann ich nur sagen: Eines meiner Herzensprojekte sind die digitalen Streetworker. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir das Projekt fortsetzen können. Ich bin überzeugt davon, dass wir hierdurch der Jugend besonders gut und zielgenau helfen können; weitere 2 Millionen Euro haben wir bereitgestellt. Insgesamt haben wir für die Jugendarbeit eine Steigerung auf 36,5 Millionen Euro durchgesetzt. Das sind nach dem Rekordjahr 2022 noch einmal gut 2 Millionen Euro mehr.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es vorhin schon gesagt, möchte es aber gern wiederholen: Die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind in unserem Einzelplan einer der drei Bereiche mit besonders großen Steigerungen. Die Erstattungsleistungen des Bundes erhöhen sich auf insgesamt 775 Millionen Euro; das sind 25 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Diese Bundesmittel leiten wir weiter. 75 Millionen Euro sind vorgesehen für die Übernahme von Jugendhilfekosten der Bezirke, bezogen auf Kinder und Jugendliche, die alleine zu uns kommen.

Ein Thema darf ich noch ansprechen, weil es auch wichtig ist: den Maßregelvollzug von psychisch kranken und suchtkranken Straftätern. Wir verzeichnen steigende Unterbringungszahlen. Dafür sind im Haushalt rund 354 Millionen Euro veranschlagt, 20 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Dieses Geld brauchen wir in diesem Bereich dringend.

Mit Blick auf das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder wissen wir, dass große Herausforderungen anstehen. Deswegen ist es grundlegend, dass wir die Mittel um rund 1,7 Millionen Euro auf 16,3 Millionen Euro erhöhen. Damit unterstützen wir vor allen Dingen die Second-Stage-Projekte. Diese helfen Frauen, wieder einen Start in das Leben ohne Gewalt zu finden. Ich bin sehr überzeugt von diesem Ansatz und habe einige Projekte schon besuchen können. Second Stage ist eine wichtige Einrichtung, die wir dringend weiter unterstützen und ausbauen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schwerpunkte aus dem Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales habe ich Ihnen anhand einiger Beispiele vorgestellt. Die Zeit reicht nicht aus, um umfassend darüber zu berichten, was noch alles drinsteckt. Ich will aber noch zwei, drei Stichpunkte nennen. Ob es der Landesbehindertenplan ist, ob es das Seniorenmitwirkungsgesetz ist, das das Hohe Haus auf den Weg gebracht hat, ob es das Ehrenamt ist – die Übernahme der GEMA-Gebühren durch den Freistaat ist heute schon erwähnt worden –, ob es die Tafeln sind, die wir mit 1 Million Euro unterstützen können – das sind riesige Leistungen. Bei aller Vielfalt, die in unserem Sozialhaushalt steckt – eines vereint die Themen im Einzelplan 10, liebe Kolleginnen und Kollegen: Hinter den vielen Maßnahmen und Zahlen stehen Menschen mit ihren Biografien, ihren Geschichten, ihren Sorgen und Nöten, aber auch mit ihren Wünschen und Hoffnungen. Hinter den vielen Maßnahmen und Zahlen stehen auch Menschen, die tagtäglich für andere da sind.

Ich habe es zu Beginn erwähnt und möchte damit auch gern abschließen: Es ist ein Glück, in Bayern zu leben. Dieses Glück geht mit Verantwortung einher. Wir sind dafür verantwortlich, dass alle Menschen in Bayern ein gutes Leben führen können. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass auch in Zukunft gilt: Bayern. Gemeinsam. Stark.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Staatsministerin, wir haben eine Zwischenbemerkung. – Herr Sebastian Körber, bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Wer meldet sich?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sebastian Körber.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ach, dort.

Sebastian Körber (FDP): Frau Staatsministerin, Sie haben gerade davon gesprochen, dass Sie in Ihrem Haushalt alle Lebensbereiche abbilden. Auch das Wort Vielfalt ist gerade gefallen. Unlängst hat Ihr Ministerpräsident öffentlich geäußert, er könne sich im Wahljahr plötzlich zufällig einen Queer-Aktionsplan vorstellen. Das hat die CSU-Fraktion unlängst noch bei einer Interpellation der Kollegen von den GRÜNEN zurückgewiesen. Bayern ist in Deutschland aktuell das einzige Bundesland, das keinen Queer-Aktionsplan hat. Deshalb frage ich Sie – Herr Ministerpräsident hat auch geäußert, er würde hier auf Sie zugehen –: Ist er auf Sie zugegangen? Wird dies jetzt mit Priorität verfolgt? Wie ist dieser Queer-Aktionsplan für mehr Vielfalt in Bayern im aktuellen Haushalt abgebildet?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Vielen Dank für diese Frage. Dies gibt mir die Gelegenheit, auch diesen Themenbereich zu beleuchten. Wir sind in einem ersten Schritt sehr weit gekommen, was das Queer-Leben in Bayern betrifft. Wir haben eine sehr zielgenaue und bedarfsorientierte Beratungsstruktur ausgebaut. Über 700.000 Euro sind in diesen Bereich investiert worden. Jetzt folgt der nächste Schritt. Ein Aktionsplan ist für mich ein wichtiges nächstes Ziel. Hier ist aber auch die intensive Beteiligung aller erforderlich. Dies ist ein wichtiges Zeichen. Deshalb werden wir den Aktionsplan gut vorbereiten und auf den Weg bringen. Selbstverständlich hat der Ministerpräsident mit mir über dieses Thema gesprochen. Ich freue mich darauf, dass wir einen Aktionsplan etablieren können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26762 mit 18/26878 und 18/26923 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27957.

Zunächst kommen wir zu den beiden vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen. Verwenden Sie hierfür bitte jeweils Ihr Abstimmgerät.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen" auf Drucksache 18/26806. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:22 bis 13:25 Uhr)

So, damit ist die Abstimmungszeit beendet. Ich schließe die Abstimmung. Wir müssen jetzt etwas warten, bis wir dann die zweite namentliche Abstimmung durchführen. –

Nun folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz" auf Drucksache 18/26762. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 13:27 bis 13:29 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist hiermit beendet. Ich schließe die Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen. Dies gilt auch für die Kollegen Brannekämper und Taubeneder. – Herr Kollege Brannekämpfer, würden Sie – –? – Vielen Dank. Alles in Ordnung.

Während das Abstimmergebnis ermittelt wird, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen" auf Drucksache 18/26832.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Wer ist dagegen? – CSU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD und FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Busch. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Vorhin habe ich noch Herrn Dr. Rieger (fraktionslos) gesehen. Ist er noch hier? – Nein, er ist nicht hier. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung" auf Drucksache 18/26767.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Plenk. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.Wir müssen jetzt

noch auf das zweite Abstimmungsergebnis warten; denn sonst können wir keine Gesamtabstimmung durchführen. –

Damit kann ich jetzt die Abstimmungsergebnisse der namentlichen Abstimmung bekannt geben zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen" auf Drucksache 18/26806. Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93 Abgeordnete, Stimmenthaltungen gab es 17. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz" auf Drucksache 18/26762. Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 95 Abgeordnete, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27957 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – FREIE-WÄHLER-Fraktion, CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD und die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind, glaube ich, alle Fraktionen und Abgeordneten. Zur Sicherheit: Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Pardon? Herr Plenk? War er dagegen, oder war es Enthaltung? Herr Kollege Plenk? – Enthaltung. Danke. Damit ist das natürlich trotzdem so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/27957 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26861 mit 18/26878 und 18/26923 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir starten wieder um 14:00 Uhr mit der Nachmittagssitzung. Eine schöne Mittagspause!

(Unterbrechung von 13:36 bis 14:01 Uhr)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich begrüßen nach der Mittagspause. Ich stelle fest, dass der Saal noch nicht überfüllt ist.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Gehörlosengeld einführen (Kap. 10 03 Tit. 681 01) (Drucksache 18/26806)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			X
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			X
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			X
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar			X
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar			
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			X
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	40	93	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2023; hier: Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz (Kap. 10 03 Tit. 681 01) (Drucksache 18/26762)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	56	95	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
   (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
   Drs. 18/26762

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“
   (Kap. 10 03 Tit. 698 72)
   Drs. 18/26763

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung
   (Kap. 10 05 Tit. 893 01)
   Drs. 18/26764

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
   (Kap. 10 06 Tit. 536 01)
   Drs. 18/26765

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt
   (Kap. 10 07 Tit. 536 02)
   Drs. 18/26766

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung (Kap. 10 07 Tit. 633 92)
   Drs. 18/26767

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz (Kap. 10 07 Tit. 681 02)
   Drs. 18/26768

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bayerisches Krippengeld (Kap. 10 07 Tit. 681 91)
   Drs. 18/26769

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz) (Kap. 10 07 Tit. 684 76)
   Drs. 18/26770

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Kap. 10 07 Tit. 686 58)
    Drs. 18/26771

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze (Kap. 10 07 Tit. 883 01)
    Drs. 18/26772

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Einführung eines bayerischen Gehörlosengeldes (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
    Drs. 18/26773

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Arbeit der Betreuungsvereine besser finanzieren! (Kap. 10 03 Tit. 684 01)
    Drs. 18/26774

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hilfe und Unterstützung für wohnungs- und obdachlose Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 18/26775

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für unser soziales Netz in Bayern – Zuschüsse für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
(Kap. 10 03 TG 90)
Drs. 18/26776

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 18/26777

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bessere Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) in Bayern
(Kap. 10 05 TG 73)
Drs. 18/26778

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionsförderung für Einrichtungen für Menschen mit einer seelischen Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 18/26779

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schlichtungsstelle beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 18/26780

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Barrierefreiheit finanziell besser fördern!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 18/26781

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung stärken
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 18/26782

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausweitung betreuter Frühstücksangebote auf alle Grund- und Förderschulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)
Drs. 18/26783

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Teilhabe und die Chance auf eigenverantwortliche Lebensgestaltung – Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schule
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/26784

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung in Bayern – Einrichtung einer Fach- und Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung am Institut für Jugendarbeit Gauting
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/26785

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausweitung des Sprach-Kita-Programms in Bayern
(Kap. 10 07 TG 89 neuer Tit.)
Drs. 18/26786

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Digitale Teilhabe für Seniorinnen und Senioren
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/26787

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Sonderprogramm „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/26788

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Einsamkeit verhindern – gerade im Alter!
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/26789

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Chancengerechtigkeit von Anfang an – Ausbau ganzheitlicher Konzepte in Brennpunktvierteln!
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 18/26790

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Kinderschutz – Fachberatungsstellen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 18/26791

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerns Arbeits- und Fachkräfte in der Transformation begleiten
(Kap. 10 05 TG 75 neuer Tit.)
Drs. 18/26792

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Junge Menschen am Übergang Schule-Beruf begleiten; Erhalt der Vorschaltmaßnahmen der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit
(Kap. 10 07 TG 76)
Drs. 18/26793

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kinder- und Jugendschutz ernst nehmen, Angebote der Aktion Jugendschutz stärken
(Kap. 10 07 TG 76)
Drs. 18/26794

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Jugendarbeit ist systemrelevant! – Unterstützung für die Jugendarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/26795

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderungen von barrierefreien Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 18/26796

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fachstellen für Täterarbeit stärken
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 18/26797

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kita-Qualität endlich stärken – Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal verbessern
(Kap. 10 07 TG 88 - 94)
Drs. 18/26798

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kita-Qualität verbessern – Leitungs- und Verwaltungsbonus verstetigen und auf alle Kindertageseinrichtungen ausweiten
(Kap. 10 07 TG 92)
Drs. 18/26799

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Digitale Kompetenzen schon in frühen Jahren stärken, Kitas bei der Digitalisierung unterstützen!
(Kap. 10 07 TG 96)
Drs. 18/26800

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/26801

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/26802

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zusätzliche Personalstellen für das ZBFS
(Kap. 10 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/26803

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
(Kap. 10 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/26804

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Unabhängige Ombudsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt und deren Angehörige schaffen
(Kap. 10 01 neue TG)
Drs. 18/26805

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gehörlosengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/26806

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wohnungs- und Obdachlosenhilfe stärken!
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/26807

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/26808

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
(Kap. 10 07 Titel 633 91)
Drs. 18/26809

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Familiengeld sozial staffeln
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/26810

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung sowie familienbezogene Beratung von Gemeinwesenarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/26811

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Vorschaltmaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/26812

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Second-Stage-Förderung
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/26813

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung für Frauenhäuser speziell für Frauen mit besonderen Bedarfen, Sucht und psychische Krankheit
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/26814

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausbau von Fachstellen für Täterarbeit
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/26815

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung des ehrenamtlichen Engagements
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 18/26816

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderprogramm zur Stärkung der Kindertagespflege
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/26817

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Landesprogramm für Sprach-Kitas
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/26818

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung von Streetwork für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter
(Kap. 10 07 TG 58 neuer Tit.)
Drs. 18/26819

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ansprechperson für ehrenamtliches Engagement im Bereich der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung der NS-Geschichte beim Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/26820

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern e.V.
(Kap. 10 07 TG 86)
Drs. 18/26821

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Finanzierung der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder (ZBFS)
(Kap. 10 20 Tit. 428 11)
Drs. 18/26822

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schaffung eines neuen Sachgebiets zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (SGB-VIII-Reform) am Bayerischen Landesjugendamt im ZBFS
(Kap. 10 20 Tit. 428 21)
Drs. 18/26823

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a. SPD,
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufbau einer Beschwerdestelle, Monitoringstelle und Aufklärungskampagne für das OEG/SGB XIV
(Kap. 10 03 TG 95, neuer Tit.)
Drs. 18/26824

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 10 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/26825

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 10 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/26826

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 03 Tit. 633 73)
Drs. 18/26827

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 89)
Drs. 18/26828

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 95)
Drs. 18/26829

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/26830

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beihilfen
(Kap. 10 03 Tit. 681 88)
Drs. 18/26831

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen
(Kap. 10 03 Tit. 681 89)
Drs. 18/26832

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
(Kap. 10 03 Tit. 683 87)
Drs. 18/26833

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 18/26834

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“
(Kap. 10 03 Tit. 698 72)
Drs. 18/26835

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Vorbereitung auf die Ausbildung, Sonderprogramm für Jugendliche zur Förderung der Ausbildungsreife
(Kap. 10 03 TG 60 - 61 neuer Tit.)
Drs. 18/26836

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sozialpädiatrische Zentren
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 18/26837

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung I
(Kap. 10 01 Tit. 428 15)
Drs. 18/26838

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung II
(Kap. 10 05 Tit. 536 78)
Drs. 18/26839

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung III
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 18/26840

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung IV
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 18/26841

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Erstattungen an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)
Drs. 18/26842

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)
Drs. 18/26843

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)
Drs. 18/26844

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/26845

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten für die Weiterentwicklung des Familienpakts Bayern einschließlich der Kosten für die Fortsetzung des gemeinsamen Betriebs der Servicestelle (Kap. 10 07 Tit. 532 81)
Drs. 18/26846

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zur Stärkung der Anerkennungskultur (Kap. 10 07 Tit. 541 85)
Drs. 18/26847

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten der Durchführung von Maßnahmen zur Digitalisierung (Kap. 10 07 Tit. 547 96)
Drs. 18/26848

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte (Kap. 10 07 Tit. 633 67)
Drs. 18/26849

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen an natürliche Personen (Kap. 10 07 Tit. 681 73)
Drs. 18/26850

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte (Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 18/26851

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/26852

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 684 74)
Drs. 18/26853

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 18/26854

94. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/26855

95. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen
(Schutz ungeborenes Leben; Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“)
(Kap. 10 07 Tit. 685 84)
Drs. 18/26856

96. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)
Drs. 18/26857

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 18/26858

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Diskriminierung und Rassismus
(Kap. 10 07 TG 61)
Drs. 18/26859

99. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 10 07 TG 86)
Drs. 18/26860

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Martin Bachhuber
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Gisela Sengl
Abg. Dr. Leopold Herz
Abg. Gerd Mannes
Abg. Andreas Winhart
Abg. Martina Fehlner
Abg. Christoph Skutella
Abg. Martin Schöffel
Abg. Nikolaus Kraus
Staatsministerin Michaela Kaniber
Abg. Markus Plenk

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 08

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27520 mit 18/27528, 18/27672 und 18/27705)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/27529, 18/27530, 18/27982)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27500 mit 18/27511)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27531 mit 18/27551)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27512 mit 18/27519)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27497 mit 18/27499)

Die Gesamtredezeit ist mit 45 Minuten veranschlagt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/27508 eine namentliche Abstimmung und die AfD-Fraktion zu ihren drei Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/27537, 18/27541 und 18/27551 Einzelabstimmungen in einfacher Form beantragt haben.

Ich eröffne nun die Aussprache. Als erster Redner spricht der Kollege Martin Bachhuber für die CSU-Fraktion.

Martin Bachhuber (CSU): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, liebe Michaela, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei aller Freude darüber, dass Bayern wirtschaftlich hervorragend dasteht und ein Hightech-Standort ist, wie es in Deutschland und

Europa nur selten einen gibt, dürfen wir nicht vergessen, dass Bayern nicht zuletzt auch eines ist: Bayern ist ein Bundesland, in dem Tausende unbescholtene Landwirtinnen und Landwirte jeden Tag in aller Herrgottsfrühe aufstehen mit dem Ziel, gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel zu produzieren und ganz nebenbei auch noch unsere Landschaft zu pflegen.

(Beifall bei der CSU)

Die Landwirtschaft hat seit jeher das Bild Bayerns bestimmt. Das wird sie auch in Zukunft tun. Deshalb hat die Landwirtschaft auch in diesem Hohen Haus unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

Der nun zur Abstimmung vorgelegte Haushaltsentwurf mit einem stolzen Volumen von 1,8 Milliarden Euro ist ein Beweis dafür, dass die Regierungskoalition der Landwirtschaft nicht nur genau diese Aufmerksamkeit zuteil werden lässt, sondern darüber hinaus auch noch wichtige Weichen für die Zukunft stellt. Mich freut in diesem Zusammenhang ganz besonders, dass mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben aus Förderungen in den ländlichen Raum fließt.Durch die Dorferneuerung, LEADER und die Ländliche Entwicklung fließen 200 Millionen Euro in den ländlichen Raum, um dort gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen und um unsere Dörfer und unsere Landschaft zu gestalten. Damit wird ein zentraler und wichtiger Beitrag zum Ressourcenschutz, aber auch im Hinblick auf die Klimafolgenanpassung geleistet.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt beinhaltet eine Mischung aus Altbewährtem; er gibt aber auch Antworten auf die aktuellen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. So können wir stolz darauf sein, wie die neue GAP-Förderperiode und das neue KULAP mit den Landwirten ausgearbeitet wurde. Dabei ist nicht von oben herab ein neues KULAP geschrieben worden, sondern es wurde mit den Branchenverbänden und den Landwirten entwickelt. Ich würde mir wünschen, dass andere Bundesländer auch Mittel für KULAP verwenden.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Leider sind einzelne Länder gar nicht an einer bestimmten Kofinanzierung interessiert, weil sie dafür einfach keine Mittel haben. Wer andauernd von Ökolandbau redet, ihn aber nicht unterstützt, verliert jede Glaubwürdigkeit.

Unser neues KULAP-Programm hingegen spricht für sich. Aktuell liegen rund 50.000 Anträge aus der Bauernschaft vor. Damit wird sich auch künftig jeder zweite Landwirt mit Agrarumweltmaßnahmen einbringen und damit aktiv Umwelt- und auch Klimaschutz betreiben.

Wir können auch darauf stolz sein, dass es gelungen ist, für die neuen Mehrgefahrenversicherten insgesamt 17 Millionen zur Verfügung zu stellen und damit nicht nur die Unterstützung der Obst- und Weinbauern zu erreichen.

Und ich möchte noch unbedingt darauf hinweisen: Unsere bayerische Landwirtschaftspolitik und unsere Ministerin setzen seit jeher darauf, mit den Bäuerinnen und Bauern gemeinsam Antworten auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft zu finden. Mit anderen Worten: Wir drücken niemanden par ordre du mufti etwas aufs Auge. Genau deshalb verteufeln wir auch keinen Betrieb, der nach wie vor konventionell bewirtschaftet wird.

Wir halten zugleich aber an dem Ziel fest, den Ökolandbau auf 30 % zu steigern. Wir geben dafür viel, viel Geld aus. Allein aus dem KULAP fließen 100 Millionen in den Ökolandbau. Noch einmal zur Verdeutlichung: Viele grünregierte Länder reden zwar den ganzen Tag von Öko, haben dabei aber nicht einmal ein KULAP. Da ist mir unser bayerischer Weg schon sehr viel lieber.

Kolleginnen und Kollegen, ich vergesse bei der Betrachtung dieses Haushalts auch den Forstbereich nicht. Dieser Einzelplan sieht allein für die Wälder knapp 94 Millionen vor, die nicht zuletzt für den Waldumbau vorgesehen sind. Nach der erfolgten Anpassung der Förderrichtlinien ist bei den Aufforstungsprogrammen nunmehr eine Förderung von 90 % möglich. Parallel dazu werden in diesem Jahr 30 neue Stellen für

den Waldumbau geschaffen. Auch dies ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass wir unseren Worten auch entsprechende Taten folgen lassen.

Genau das ist es, was diesen Haushalt auszeichnet: Tatkraft und Entschlossenheit gepaart mit Weitblick und Vernunft. Wir sorgen dafür, dass in Bayern die kleinstrukturierte Landwirtschaft erhalten bleibt. Wir schaffen die Voraussetzungen für die Produktion hochwertiger Lebensmittel. Wir bauen unsere Wälder so um, dass sie auf den Klimawandel vorbereitet werden, um auch künftigen Generationen sowohl als Einkommensquelle wie auch als Erholungsraum zur Verfügung zu stehen. Mein Kollege Martin Schöffel wird nachher noch detailliert und eindringlich auf die einzelnen Belange eingehen.

Ich bitte Sie wirklich, diesem Haushaltsplan vorbehaltlos zuzustimmen. Liebe Staatsministerin, liebe Michaela! Ich möchte mich ganz herzlich bei dir bedanken und wünsche dir viel Erfolg bei der Umsetzung des Haushaltes. Herzlichen Dank für die Tätigkeit, die du und deine Mitarbeiter für unsere Landwirtinnen und Landwirte leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Michaela! Der Herr Kollege Bachhuber – – Wo sitzt er denn?

(Zuruf)

– Ah, da! – Gut, ich sehe es natürlich ein bisschen anders.

(Hans Herold (CSU): Das glaube ich! – Tobias Reiß (CSU): Falsch vielleicht!)

– Vom Kollegen Schöffel kommt wahrscheinlich noch irgendwas.

(Tobias Reiß (CSU): Der kennt sich auch aus!)

Wo ich euch recht geben muss – deswegen werde ich das Thema heute auch nicht behandeln –, ist die Forstwirtschaft. Da bin ich mit dem Ministerium zufrieden.

Ansonsten sind wir sehr unzufrieden. Vielfältige Strukturen in Bayern erhalten, den Wandel begleiten, allen Betrieben eine Perspektive geben, egal, ob sie im Haupterwerb oder Nebenerwerb geführt werden, und – vor allem – die bayerische Wertschöpfungskette von der Erzeugung über die Verarbeitung bis hin zur Vermarktung richtig starkmachen – das sollten die Ziele einer guten Haushaltsplanung sein. Davon ist im vorgelegten Haushalt einfach nichts zu spüren.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Der vorgelegte Haushalt ist ein einziges Sammelsurium: Jeder bekommt was, ganz egal; man weiß eigentlich gar nicht, warum. Es ist unklar. Besonders schlimm haben es dann noch die Änderungsanträge von der CSU und den FREIEN WÄHLERN gemacht. Da werden dann aus Fraktionsgeldern einfach noch bestimmte Institutionen, Vereine und einzelne Betriebe bezuschusst. Das ist alles andere als gute Politik. Das ist rückwärtsgerichtet und im höchsten Maß verantwortungslos, gerade im Bereich Landwirtschaft und Forsten.

(Petra Guttenberger (CSU): Durch Wiederholung wird’s nicht wahrer!)

Warum ist es verantwortungslos? – Es ist verantwortungslos gegenüber unseren kommenden Generationen; denn die CSU hinterlässt wirklich eine desaströse Bilanz beim Schutz von Umwelt und Klima. Es ist verantwortungslos gegenüber unseren Landwirtinnen und Landwirten, deren Betriebe von einer in die Zukunft gerichteten Agrarpolitik abhängen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mich deshalb eigentlich gar nicht mehr länger mit diesem schlechten und rückwärtsgewandten Haushalt beschäftigen, sondern unsere Schwerpunkte und die damit verbundenen Anträge vorstellen. Diese sind übrigens alle aus Prinzip abgelehnt worden.

(Gerd Mannes (AfD): Wir haben sie aus Überzeugung abgelehnt!)

Was sind unsere Schwerpunkte? – Erstens. Wir brauchen eine Beratungsoffensive für kleine Milchviehbetriebe. Das war ein Antrag von uns – abgelehnt von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN.

Zweitens. Wir brauchen eine Stärkung der Landwirtschaftsämter und vor allem eine Stärkung des Bereiches Hauswirtschaft.

Drittens. Wir brauchen einen "Bio-Wumms".

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Zu erstens, mehr für die kleinen Betriebe tun: Was lieben die Menschen an Bayern? – Die vielen kleinen Höfe, gemütlich grasende Kühe, blühende Almwiesen. Das alles ist aber – und zwar von der CSU-Politik und von der Bauernverbandspolitik, was ja quasi fast das Gleiche ist – seit Jahrzehnten bedroht.Das wurde systematisch vernichtet. Durch was? – Investitionsförderung gab es nur, wenn größere Ställe gebaut wurden. Die Auslegung der EU-Hygienerichtlinien und der EU-Schlachtverordnung war nur in Bayern so streng, dass es wirklich alle kleinen Strukturen vernichtet hat. Dann gab es ein Landesentwicklungsprogramm, das die Ansiedlung von Discountern fördert. All das hat dazu beigetragen, dass langsam, aber sicher alle kleinen Strukturen entlang der Wertschöpfungsketten verschwunden sind; wir brauchen aber das Gegenteil: Wir brauchen die vielfältige Struktur; denn sie macht uns resilient und sichert unsere Ernährung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb und um diese Höfe in die Zukunft zu führen, legen wir für die kleinen Milchviehbetriebe ein Förderprogramm auf. Tierschutz und Arbeitswirtschaft sollen optimiert werden. Dafür brauchen wir individuelle und kreative Beratung. Das wollen wir zu 100 % fördern. Daher gehen wir ganz gezielt mit einer Beratungsoffensive auf alle kleinen Betriebe zu, um mit einer Investitionsförderung den Umbau zu unterstützen oder Möglichkeiten zur Umnutzung der Betriebsgebäude oder zur Diversifizierung aufzuzeigen. Baden-Württemberg macht das übrigens sehr gut; in Bayern wird das nicht gemacht. Das ist unser Antrag, den ihr abgelehnt habt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Unser Angebot steht: Wir lassen keinen Betrieb zurück. Wer weitermachen will, bekommt von uns die volle Unterstützung.

Zweitens. Die Landwirtschaftsämter müssen gestärkt werden. Wir wollen vor allem die Hauswirtschaft in den Landwirtschaftsämtern stärken. Wir wollen in jedem zweiten Landwirtschaftsamt eine Bereichsleitung Hauswirtschaft etablieren. Auch dieser Antrag wurde von der CSU und den FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Da sieht man mal wieder, welche Wertschätzung ihr wirklich gegenüber der Hauswirtschaft habt, nämlich gar keine. Hauswirtschaft wird sehr bald eine immer wichtigere Rolle in unserer Gesellschaft spielen. Das gilt sowohl für unsere alternde Gesellschaft als auch für unsere Kinder und Jugendlichen. Kochen, Putzen, Waschen, Nähen, Haushaltsführung und Ernährungskunde bilden die Grundfähigkeiten für ein selbstbestimmtes Leben für Männer und Frauen. Das sollten wir in der Schule mehr etablieren. Auch in die Versorgung alter Menschen müssen wir die Hauswirtschaft mehr einbinden. Dafür brauchen wir eine Stärkung der Hauswirtschaft und mehr Wertschätzung. Vor allem müssen wir das Ausbildungsangebot ausweiten.

Drittens. Wir brauchen einen "Bio-Wumms". 30 % ökologische Landwirtschaft bis 2030 ist das Ziel der Staatsregierung. Davon spiegelt sich in der Haushaltsplanung nichts wider. Andere Länder sind da sehr viel weiter. Wir haben aktuell 13 %. Wie soll das

eigentlich gehen, mit dieser Art, Politik zu machen, 30 % bis 2030 zu erreichen? – Dabei geht es hier wirklich um Grundsätzliches, um unsere Lebensgrundlagen, um gesundes, sauberes Wasser, gesunden Boden, gesunde und frische Lebensmittel.

Ich habe einen schönen Spruch gefunden und sage es mit den Worten des ehemaligen Landwirtschaftsministers Brunner: Es geht um nichts weniger als um die Achtung vor der Schöpfung. Deshalb sagen wir: Wir müssen einen Biogipfel etablieren, auf dem sich die Akteure aus der Erzeugung, Vermarktung und Verarbeitung endlich zusammensetzen. Wir brauchen eine Kampagne für die Ökolandwirtschaft und deren Erzeugnisse. Ich hätte schon einen Namen, und zwar: Mehr Bio für Bayern, ein Gewinn für uns alle. Wir brauchen ein Sonderförderprogramm Bio in der Verarbeitung und Vermarktung. Wir brauchen eine Übernahme der Kontrollkosten für Biozertifizierung. Die Gemeinschaftsverpfleger sind ein großer Hebel, um die Biolandwirtschaft zu stärken. Dafür sollten die Zertifizierungskosten übernommen werden. Das wäre ein großer Baustein. Der Staat müsste natürlich selber Vorbild sein und endlich mal mehr Bioprodukte in den staatlichen Kantinen anbieten. Da sehen wir gar nichts. Das ist der "Bio-Wumms"; Herr Söder und Frau Kaniber haben aber bis heute noch nicht verstanden, warum Biolandwirtschaft für Umwelt, Klima, Wasser und Artenvielfalt so wichtig ist. Ihr schafft nicht einmal ein "Bio-Wümmschen".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen an der Seite unserer bayerischen Bäuerinnen und Bauern. Wir unterstützen und fördern mit unseren Haushaltsanträgen nachhaltige und vielfältige Landwirtschaft und Ernährung. Das ist Politik, die zukunftstauglich ist. Diese Politik hat es auch verdient, personell und finanziell mit entsprechenden Mitteln ausgestattet zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Leopold Herz von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Gisela Sengl, weil ich selber einen Biobetrieb habe, sind wir natürlich für diese Richtung; wenn aber 80 % konventionell wirtschaften, dürfen wir die nicht verdammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): 30 % ist das gesetzliche Ziel!)

Die müssen wir genauso akzeptieren. Ich bitte darum, dass wir uns mehr an den Realitäten orientieren. Ich möchte mich beim Ministerium und bei den Haushaltspolitikern bedanken. Dieser Haushalt ist wieder gestiegen. Er ist um 16 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro gestiegen. Das ist gerade in Zeiten schwieriger Finanzlagen keine Kleinigkeit. Dafür danke ich noch mal herzlich. Die Aufgaben sind vielfältig. Ich will in aller Kürze nur ein paar dieser Punkte streifen.

Zunächst einmal ist die Mehrgefahrenversicherung ein ganz gutes Ding, das wir jetzt mit einer Kofinanzierung durch die EU begleiten können. Da geht es jetzt nicht nur um Obst- und Weinbau, sondern auch um Acker- und Grünland. Auch der Hagel wird mit einbezogen. Das wird mit etwa 8 Millionen Euro aus Bayern kofinanziert. Ich glaube, das ist ein wichtiger Beitrag. Gerade in den fränkischen Regionen wird es in Zukunft sehr wichtig sein, hier zunächst zu beginnen und Ansätze zu bringen, dieses Thema auch zu behandeln. Wir kämpfen alle mit den schwierigen Klimalagen.

Das Zweite ist jetzt natürlich auch die Wiedervernässung. Dafür haben wir 13,5 Millionen Euro zur Verfügung. Dabei weise ich darauf hin, dass wir das immer in Zusammenarbeit mit den Eigentümern machen müssen. Wer sich da ein bisschen auskennt, weiß, dass zum Beispiel das Donaumoos von dergleichen betroffen ist. Zur Wiedervernässung sage ich: Wenn die Eigentümer dabei von Anfang an eingebunden sind, dann dürfen wir sie nicht überfahren; denn da geht es um Existenzen.

Ich will einen dritten Punkt nennen. Die Fraktionsreserve ist gerade angesprochen worden; wir haben 300.000 Euro verhandelt. Ich danke besonders noch mal dem Kol-

legen Pohl. Hier brauchen wir gerade hinsichtlich der Gülle die privaten, einzelnen Landwirte, die hier weitreichende Versuche gemacht haben, um das Schleppschlauchverfahren in eine Richtung zu bringen. Dann können wir es auch der Gesellschaft vermitteln; denn es kann nicht sein, dass wir der Gesellschaft neue Techniken vorstellen, die dann nicht praxisgerecht sind. Ich habe mehr als einmal gesehen, dass Düngereste in den Gräsern zu finden waren. Da müssen wir also aufpassen. Ich glaube, das ist ein gut angelegtes Geld.

Ich will noch in aller Kürze das Kulturlandschaftsprogramm ansprechen. Da möchte ich mich beim Ministerium und den Verhandlern noch mal bedanken. Von verschiedenen EU-Abgeordneten grassieren Meinungen, wir hätten das in Bayern alles verschlafen und nicht ordentlich verhandelt. Das weise ich entschieden zurück. Ich habe es Anton Hübl schon gesagt: Ich habe da großes Vertrauen. Wenn Brüssel hier die Vorgaben so hochschraubt, dass wir hier in Bayern diese ökologischen Kriterien nicht mit einer Doppelförderung erreichen können, dann muss ich den Schwarzen Peter eindeutig von München nach Brüssel schieben. So geht es nicht. Dann hebt man Farm to Fork und Green Deal auf ein Niveau, das Bayern eigentlich vorher schon erreicht hatte, und sagt dann, Bayern sei hier schuld. Liebe Kolleginnen und Kollegen draußen, ich hoffe, dass Sie es bis nach Brüssel hören: Mir geht es nicht darum, den Schwarzen Peter hier festzumachen, der hier nicht zu finden ist, sondern noch mal vielen Dank auszusprechen.

Zum Schluss mache ich noch eine Anmerkung zu den 47 neuen Stellen an den Land- und Forstwirtschaftsämtern.Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache. Nach Jahren der Einsparung setzen wir ein deutliches Zeichen, dass wir hier Arbeitskräfte brauchen. Gerade 15 neue Stellen für den Waldumbau im Forst zeigen deutlich, dass wir hier ein Zeichen setzen wollen. Der Wald ist kein Nebenprodukt, sondern Land- und Forstwirtschaft sollten hier Hand in Hand gehen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Herz, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): Herr Kollege Leopold Herz, es ist immer wichtig zu sagen, dass die konventionelle Landwirtschaft genauso hervorragend arbeitet wie die ökologische hier in Bayern. Ich glaube, da sind wir uns einig. Trotzdem meine Frage: Die Staatsregierung macht eine aus meiner Sicht planwirtschaftliche Initiative, um den ökologischen Landbau auf 30 % auszuweiten. Warum macht ihr das? Ist es denn nicht viel besser, es dem Verbraucher zu überlassen, was er kaufen will? Die Produkte, die in der Erzeugung viel mehr kosten – du weißt das –, können die Landwirte doch gar nicht entsprechend auf dem Markt platzieren. Warum tut ihr das? Ist es denn nicht besser, dem Verbraucher zu überlassen, was er kaufen will? Warum?

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Gerd Mannes, es geht nicht darum, dass ich etwas betone; ich habe damals nicht zugestimmt. Die Mehrheit hier im Hause hat entschieden, dass wir das Volksbegehren annehmen, dass bis zum Jahr 2030 das Ziel 30 % Bio gesetzt werden soll. Ob wir das Ziel erreichen, steht auf einem anderen Blatt.

(Gerd Mannes (AfD): Das ist unmöglich, das weißt du doch!)

Es wird alles getan, um auf diesem Weg weiterzukommen. Wir können die Leute dabei nicht überfahren. In der Krise haben wir gemerkt, dass Bioprodukte weniger nachgefragt werden.

(Gerd Mannes (AfD): Genau!)

Das sind Realitäten. Dennoch müssen wir den Weg weiterfahren und das den Leuten erklären, gerade auch die Regionalität. Bio und Regionalität stehen für mich in Zusammenhang. Ich glaube, wir müssen neben Bio gerade die Regionalität betonen. Dabei haben Deutschland und Bayern noch sehr viel nachzuholen. Wenn ich in meine Nachbarländer schaue, sehe ich das immer wieder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Guten Morgen, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über die Landwirtschaft in Bayern. Dabei muss man eines feststellen und sich fragen, meine Damen und Herren: Wo ist eigentlich die schützende Position der Staatsregierung, wenn es beispielsweise um den Schutz unserer Bauern vor der Düngemittelverordnung geht? Wo ist der Schutz durch die Ministerin, wenn es um die Übergriffigkeit des Bundeslandwirtschaftsministers geht mit seinen Tierhaltungsgängeleien für Geflügel, Puten, Rindern oder bei der Schweinemast? Wo ist der Schutz der bayerischen Bauern seitens der Staatsregierung, wenn die EU übergriffig wird, beispielsweise, wenn wir über den Forst sprechen. Da bin ich im Gegensatz zu Frau Kollegin Sengl überhaupt nicht mit dem zufrieden, was da passiert; denn unsere Forstwirte haben das Problem, dass sie wahrscheinlich ab 2030 oder 2040 kein Brennholz mehr verkaufen dürfen, weil das dann auch böse und schlecht für das Klima ist.

Meine Damen und Herren, wo ist der Schutz der Landwirte und der Waldeigentümer vor den Windkraftfantasien einiger hier im Haus oder einiger in Berlin? Wo ist der Schutz der bayerischen Landwirtschaft, wenn es um die Weidetierhalter geht? Wir haben ein viel zu zögerliches Verhalten beim Thema Wolf. Man könnte längst eine Regelung haben. Wir haben sie 2021 durch einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Man hat sich aber nicht entscheiden können, der AfD ausnahmsweise einmal recht zu geben. Nein, man musste wieder eine eigene Regelung finden. Bis jetzt ist man keinen Schritt weiter. Der Landrat von Garmisch ist übrigens hier ein Vorreiter, das muss ich ganz ehrlich sagen. Auch er bemängelt, dass seitens der Staatsregierung viel zu

zögerlich etwas kommt. Dann haben wir das ganze Thema Farm to Fork und Green Deal. Wo ist hier die schützende Position?

Meine Damen und Herren, wir in Bayern entwickeln uns mehr und mehr zum Nachplapperer von Brüssel, zum Nacheiferer der grün-rot-gelben Ideen der Landwirtschaftspolitik aus Berlin. Wir, die AfD, wollen hier andere Prioritäten setzen. Deshalb haben wir hier auch zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Fangen wir beispielsweise einmal damit an, wenn es um das Geld des Steuerzahlers geht. Das betrifft die Reisekosten, die im Staatsministerium von Frau Kaniber durchaus erheblich hoch sind. Bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit könnte man den einen oder anderen Euro guten Gewissens einsparen. Bei so viel Geld, wie man hier für Öffentlichkeitsarbeit ausgibt, hat man doch fast das Gefühl, dass die bayerischen Landwirte beim nächsten Mal nicht mehr die CSU wählen werden, sondern die AfD.

(Zuruf von den GRÜNEN: So dumm sind sie nicht!)

– Haben Sie die Landwirte gerade als dumm bezeichnet?

(Zuruf von den GRÜNEN: Gerade nicht!)

Wir haben hier inhaltlich noch einiges beizutragen. Es geht um die selbstbestimmte Ernährung der bayerischen Bürger, meine Damen und Herren. Es geht darum, was ihnen aufoktroyiert werden soll, wie sie sich ernähren sollen. Die Leute wissen das doch selbst am besten. Es ist die Freiheit des einzelnen Bürgers, sich so zu ernähren, wie er das für richtig empfindet. Wir wollen die Vielfalt erhalten, und zwar zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Das Ziel 30 % ökologischer Landbau bis 2030 aus dem Volksbegehren lehnen wir weiter ab. Die Landwirte sollen sich so entscheiden, wie es der Markt hergibt und wie das der eigene Betrieb erfordert. Wir wollen gerade nicht dirigistisch in den Markt eingreifen.

Wir wollen das Tierwohl fördern, und das kommt am besten aus der Landwirtschaft heraus. Wir haben das Vertrauen in die Landwirte, dass sie wissen, was für Tiere das

Beste ist. Wir wollen das aber auch mit mehr Geld für die Staatsgüter unterstützen, um an den entsprechenden Einrichtungen mehr forschen zu können. Wir wollen die Streichung von Geldern, die nicht an bayerische Landwirte fließen, wie beispielsweise das Geld an das Zentrum für das UN-Ernährungsprogramm in München. Was soll so etwas in München? Brauchen wir so etwas? – Nein, wir brauchen so etwas nicht, liebe Freunde.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die machen eine tolle Arbeit!)

Dann gibt es die Wiedervernässung von Mooren. Meine Damen und Herren, es wurde vorhin schon angesprochen. Das geht natürlich nur dann, wenn alle damit einverstanden sind. Mir ist aber kein Projekt bekannt, bei dem ein Grundeigentümer damit einverstanden ist, dass er künftig seine Flächen nicht mehr bewirtschaften kann, damit dort Ringelnattern oder Frösche herumhüpfen.

Wir können bei der Kompensation von Wolfsschäden weitermachen. Das ist immer noch zu wenig. Wir fördern die Weide- und die Almwirtschaft deutlich mehr, als das CSU und FREIE WÄHLER tun würden. Was Sie aber komplett und vollständig vergessen haben, das ist die soziale Komponente der Landwirtschaft. Hierzu haben wir eine Interpellation, in deren Rahmen wir uns in etwa drei Wochen darüber unterhalten werden, wie erschreckend es ist, was dabei herausgekommen ist. Man müsste viel mehr für die soziale Lage in der Landwirtschaft tun. Das vernachlässigen Sie sehr. Sie geben gerne das Geld aus Brüssel weiter, das können Sie sehr gut. Da kann man auch schöne Fotos machen. Die soziale Komponente in der Landwirtschaft wird aber komplett vernachlässigt. Wir haben einen Punkt aufgegriffen, der uns besonders wichtig ist, nämlich die Dorfhelferinnen und die Betriebshelfer. Hier würden wir die Unterstützungsleistungen gern um ein Viertel erhöhen auf dann rund 5 Millionen Euro. Ich glaube, dieses Geld sollte uns das Ganze wert sein.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin: Frau Kollegin Martina Fehlner von der SPD-Fraktion.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie sieht die Landwirtschaft der Zukunft aus? – Es geht darum, die Landwirtschaft in Bayern in ihrer Vielfalt zu erhalten, und darin stimmen wir sicherlich alle überein. Wir wollen eine Landwirtschaft, von der unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern auch leben können, eine Landwirtschaft, die unsere Ernährung sichert, die bezahlbare, gesunde Lebensmittel produziert und die Tierwohl, Umweltschutz, Klimaschutz und Ressourcenschutz miteinander in Einklang bringt. In unserer Landwirtschaft wird der Grundstein für eine regionale Wertschöpfung mit nachwachsenden Ressourcen gelegt. Die Landwirtschaft betrifft alle Bereiche unseres Lebens, sie ist systemrelevant.

Für die Agrarförderung in Deutschland stehen von 2023 bis 2027 jährlich rund 6,3 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung, davon knapp 5 Milliarden Euro für die erste Säule und 1,2 Milliarden Euro für die zweite Säule. Für Bayern stehen für diesen Zeitraum insgesamt 7,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel muss es sein, die Landwirtschaft in Bayern fit für den Klimawandel zu machen und unseren bäuerlichen Betrieben eine ökologische, innovative und zugleich eine klare, überzeugende, verlässliche wirtschaftliche Zukunftsperspektive aufzuzeigen und diese zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Die Herausforderungen sind gewaltig. Wir brauchen unbedingt eine landwirtschaftliche Struktur, die auch die kleinen und mittelständischen Höfe stärkt und erhält, die gute Arbeitsbedingungen schafft und für faire, gerechte und bezahlbare Lebensmittelpreise und für Ernährungssouveränität sorgt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch unsere Landwirtschaft hart getroffen. Viele bäuerliche Betriebe haben keine finanziellen Reserven mehr; denn in den letzten Jahren konnten sie weniger erwirtschaften und weniger Erlöse erzielen.

Für Betriebe in der Nahrungsmittelproduktion, die von den Preissteigerungen bei Energie, Futter- und Düngemitteln ganz besonders betroffen sind, hat die Bundesregierung zur Unterstützung insgesamt 180 Millionen Euro zur Verfügung gestellt; 60 Millionen Euro kommen von der EU. Das sind wichtige, aber auch dringend notwendige Hilfsmaßnahmen.

Die neue GAP verfolgt verstärkt das Ziel, öffentliche Gelder für öffentliche Gemeinwohlleistungen einzusetzen. Das begrüßen wir nachdrücklich.

Auch das ist uns wichtig: Landwirte werden künftig ihr Einkommen nicht mehr nur mit der Herstellung von Lebensmitteln verdienen, sondern auch mit der Umsetzung von Artenvielfalt von Flora und Fauna – sozusagen Landwirtschaft neu denken. Der Etat für den Bereich Landwirtschaft liegt für 2023 bei insgesamt 1,8 Milliarden Euro. Das haben wir schon gehört. Diese Mittel gilt es jetzt gut und zielsicher einzusetzen.

Wie bereits erwähnt, stehen wir vor großen Herausforderungen. Das Themenspektrum ist weit gefächert: Klimawandel, tierwohlgerechte Nutztierhaltung, gesunde Produktion unserer Nahrungsmittel, Energiewende und Umbau unserer Wälder in klimaresistente Mischwälder und einiges mehr. Allerdings ist auch eine höhere Wertschätzung seitens der Verbraucherinnen und Verbraucher für unsere heimische Landwirtschaft und für die Produktion von regional erzeugten Lebensmitteln notwendig.

Im Landesprogramm BioRegio hat die Staatsregierung das Ziel festgelegt, bis 2030 30 % ökologisch bewirtschaftete Fläche zu erreichen; bisher sind es allerdings nur 13%. Jetzt wurden neun neue Modellregionen ins Leben gerufen. Das finden wir gut, nachdem wir das mehrfach und nachdrücklich gefordert hatten. Aber mehr Tempo ist notwendig. Ziel ist es, die gesamte Wertschöpfung von ökologisch produzierten Lebensmitteln auch regional umzusetzen.

Bauernland gehört in Bauernhand – Share Deals gilt es zu verhindern. Die Wertsteigerung des Bodens darf keinen Aktionären zugutekommen, sondern muss in der Land-

wirtschaft bleiben, damit Pachtpreise und Bodenpreise auch für Hofnachfolger bezahlbar bleiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einer der wichtigsten und wertvollsten CO_2-Speicher ist unser Wald. Die Waldzustandsberichte der vergangenen Jahre sprechen eine deutliche Sprache: Unserem Wald geht es nicht gut. Er steht unter großem Anpassungsstress. Schädlingsbefall durch Borkenkäfer und Co. setzt unserem Wald massiv zu. Für den dringend notwendigen zügigen Waldumbau in klimatolerante Mischwälder sind mehr Försterinnen und Förster notwendig. Das forderte meine Fraktion bereits in allen Haushaltsberatungen. Jetzt wurden neue Planstellen geschaffen. Das ist wenigstens ein kleiner Fortschritt. Aber das genügt natürlich nicht. Wir brauchen noch mehr Stellen in den Ämtern für Landwirtschaft.

Ein großes und drängendes Problem, vor allem bei uns in Unterfranken, ist die zunehmende Trockenheit und daraus folgend der Wassermangel. Unterfranken ist sozusagen die Blaupause für ganz Bayern. Dort sind Rekordtemperaturen um 40 Grad im Sommer keine Seltenheit. Die Situation wird sich noch massiv verschärfen. Das ist für unsere Obst- und Gemüsebauern, für unsere Winzerinnen und Winzer zum Teil existenzbedrohend. In diesem Zusammenhang mutet es schon fast grotesk an, dass CSU und FREIE WÄHLER in der vergangenen Woche in ihrem Antrag zum LEP eine Aufweichung des Trinkwasserschutzes gefordert haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Martina Fehlner (SPD): Das haben erst massive Proteste verhindert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen unsere Landwirtinnen und Landwirte dringender denn je. Auch von unserer Seite möchte ich mich für ihre großartige Arbeit herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Staatsministerin! Der Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein und Vorsitzende der Agrarministerkonferenz hat in einem Interview kürzlich die richtigen Worte gefunden – ich zitiere –: Grabenkämpfe bringen uns nicht weiter. Der Umbau der Nutztierhaltung erfordert gemeinsame Lösungen von Bund und Ländern. Es zeichnen sich Kompromisse ab. Aber alle Probleme heute und morgen zu lösen, ist nicht möglich.

Das beschreibt die ganze Komplexität dieses Themas. Die Frage ist nämlich auch: Wollen wir wirklich eine Landwirtschaft, die vollkommen von der öffentlichen Hand finanziert ist? Warum beteiligen wir die bestehenden erfolgreichen privatwirtschaftlichen Systeme wie zum Beispiel die Initiative Tierwohl nicht stärker? – Wir als FDP sind der Meinung, dass Bund und Länder zusammenarbeiten müssen. Deswegen haben wir in einem Änderungsantrag gefordert, dass das Bayerische Programm Tierwohl aufgestockt wird, vor allem für die fokussierte Ausgestaltung im Hinblick auf besondere Qualitäten wie die Strohschwein-Initiative.

Wir müssen die bestehenden Betriebe unterstützen. Wir müssen Betriebe unterstützen, die hochwertige Qualitätsprodukte herstellen, aber gleichzeitig auch auf andere Standbeine und Betriebszweige setzen.

Der Agrarökonom Prof. Matin Qaim, Leiter des Zentrums für Entwicklungsforschung in Bonn, meinte kürzlich auf einem Kongress der DGE – ich zitiere –: Eine Fleischsteuer müsste schon beträchtlich sein, um überhaupt eine Lenkungswirkung zu entfalten. Zudem würde bei einer Reduktion der Tierhaltung über strengere nationale Regelungen die Gefahr bestehen, dass der Fleischkonsum gleich bleibt und tierische Produkte verstärkt importiert werden müssen. – Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der FDP)

Das nächste Thema, für das viel Geld in die Hand genommen werden muss, ist der Erhalt und die Renaturierung von Mooren. Der Kollege Herz hat das schon angesprochen. Es gibt ein Problem: Einen Markt gibt es nicht wirklich, zumindest keinen, den wir als FDP ernst nehmen könnten. In Expertenkreisen glaubt keiner, dass die landwirtschaftlichen Betriebe in diesen Gebieten künftig ihr Geld mit dem Anbau von Paludikulturen erwirtschaften sollen.

Ein Thema, das die Vorredner bereits gestreift haben, ist der Ökolandbau. Ja, auch wir stehen zum Ökolandbau, aber progressiv und technologiefreundlich und nicht wie von vorgestern oder wie aus einem Märchenbuch.

Liebe Kollegin von den GRÜNEN, liebe Gisela Sengl, wenn ich mir euer Regierungsprogramm anschaue, worüber im Moment diskutiert wird und das im Mai verabschiedet werden soll, dann sieht das für mich wie rückwärtsgewandte Politik aus. Du hast vorhin von rückwärtsgewandter Politik gesprochen. Es ist kein Wort zu Technologieoffenheit oder zu Smart oder Precision Farming zu finden.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist keine Antwort auf die Frage zu finden, wie die Landwirtschaft wirklich zukunftsfähig aufgestellt werden kann. Dafür ist eine Ökoquote von 50 % enthalten. Man ist gegen die Zulassung neuer Züchtungsmethoden und für die Reduktion des Tierbestandes. Tut mir leid, aber das ist keine nachhaltige Landwirtschaftspolitik. Das klingt wie eine Vorlesestunde an der Waldorfschule, aber nicht wie Agrarpolitik in Bayern.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr gut!)

Wir brauchen nachhaltige Agrarlandschaften, aber auch ertragreiche. Wir müssen die landwirtschaftliche Produktion steigern, ohne die Umwelt zusätzlich zu belasten. Deswegen brauchen wir effiziente, aber umweltschonende Verfahren.

Der Einsatz von modernen Technologien wird oft erschwert durch Scheuklappendenken und bürokratische Hürden. Wir als FDP begrüßen ausdrücklich, dass das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft Digital weitergeführt wird. Aber es muss praktikabel ausgestaltet werden, und wir müssen unsinnige bürokratische Hürden abbauen. Ich erinnere nur an die Problematik beim Thema Sensortechnik für die Düngung: Wenn Betriebe die Sensoren gefördert bekommen, aber das Güllefass, das hintendran hängt, selber kaufen müssen, dann macht das in der Praxis keinen Sinn.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt ist die Drohnentechnik: Das ist ein Meilenstein für die Landwirtschaft. Durch den Einsatz von Drohnen wird Kraftstoff gespart und der Boden geschont. Dünge- und Pflanzenschutzmittel können präzise ausgebracht werden. Prof. Urs Niggli, der ehemalige Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau, sieht großen Entwicklungsbedarf beim Einsatz von Technik beim biologischen Pflanzenschutz. Auch hier könnte die Drohnentechnik weiterhelfen. Eine Umfrage der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft zum Thema Digitalisierung zeigt deutlich, dass 67 % der Betriebe großes Interesse haben und offen für digitale Technologien sind. Das sollten wir nutzen.

Als FDP geht es uns nicht darum, weil ich das vorhin angesprochen habe, den ökologischen Landbau schlechtzureden. Der ökologische Landbau ist großartig. Aber wir wollen keinen künstlich hochsubventionierten Markt dafür aufbauen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen, dass konventionelle Betriebe weiter – und nachhaltiger – wirtschaften. Dabei kann es nicht darum gehen, Fördergelder zu verteilen; denn auch hier steht uns manchmal die Bürokratie im Weg.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, das ist hier wie in einem Raum-Zeit-Kontinuum: Für den Redner vergeht die Redezeit immer sehr schnell, für den Zuhörer manchmal sehr langsam.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CSU)

Aber ich komme zum Schluss. Ich wollte nur noch auf das Genehmigungsverfahren hinweisen: 16 Wochen für Drohnengenehmigungen – das kann es nicht sein. Hier müssen wir besser werden. Wir stimmen aber dem Haushalt im Gesamten zu.

Herzlichen Dank für die Arbeit an die Landwirtinnen und Landwirte – und an Sie für Ihre Aufmerksamkeit.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner – er ist bereits am Rednerpult – ist Martin Schöffel von der CSU-Fraktion.

Martin Schöffel (CSU): Herr Vizepräsident, Frau Staatsministerin, liebe Michaela, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Land- und Forstwirtschaft legt die Grundlagen für unser gesamtes Leben. Sie produziert Lebensmittel. Sie produziert erneuerbare Energien. Sie ist die einzige starke CO_2-Senke – Thema: Dekarbonisierung. Sie produziert Artenvielfalt in der Fläche. Sie achtet die Schöpfung. Und sie produziert eben Lebensmittel. Deswegen ist das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eigentlich das wahre Lebensministerium. Das ist ein zentraler Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jeder Euro, der in diesem Haushalt steht, ist gut angelegtes Geld – für die Gestaltung der ländlichen Räume; für eine nachhaltige Landbewirtschaftung inklusive mehr Biodiversität und Kohlenstoffbindung, und zwar flächendeckend im ganzen Land; für die Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum; für regionale Lebensmittelproduktion und professionelle Vermarktung; für die Weiterentwicklung und echte Stärkung der Tierhaltung; für eine Zukunft der Landwirtschaft im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was unsere Landwirtschaft jetzt braucht, ist Entfesselung. Es kann doch nicht sein, dass diese Bundesregierung den Bauern in Deutschland so viele Vorschriften machen will, dass sie in der Praxis nicht mehr umsetzbar sind. Wir haben die besten Lebensmittel der ganzen Welt. Wir haben eine herausragend verantwortungsvolle Landwirtschaft. Lasst die Bauern ganz einfach ihre Arbeit machen! Sie machen es sehr gut, so wie sie es machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke auch der Landwirtschaftsverwaltung für alle Initiativen, die den Bauern unnötige Arbeit ersparen. Ich nenne beispielhaft die Abschaffung der strengen Flächenkontrolle. Bis auf 20 Zentimeter Genauigkeit ging es früher. Heute ist es ganz anders – durch digitale Lösungen. Ich nenne eine einfache Fruchtfolgeregelung, um den Ackerstatus bei Grünlandeinsaaten zu erhalten, auch wenn diese Flächen nicht nach fünf Jahren umgebrochen werden; für diese Regelung haben wir lange gearbeitet. Ich nenne, dass der Ohrmarkenverlust nicht mehr CC-relevant ist. Zur Düngung auf leicht gefrorenem Boden ist eine hervorragende Regelung gefunden worden. Ich könnte vieles andere mehr nennen.

Dass wir eine Zeitenwende haben, muss aber endlich auch in Berlin und in Brüssel ankommen, und die Neuerungen müssen Einzug halten. Deswegen wiederhole ich, was von dieser Stelle aus schon oft gesagt wurde: Der Green Deal ist gut. Aber die Ziele sind falsch. Einen Rückgang der Produktion von Agrarprodukten um 15 oder 20 % kann sich Europa nicht leisten, auch nicht eine pauschale Stilllegung, weder von Acker- noch von Waldflächen.

Genauso lehnen wir neue Auflagen in Schutzgebieten ab. Bei der Ausweisung von FFH-Gebieten hat man den Bauern zugesagt, dass sie die Flächen weiterhin bewirtschaften können. Wir haben über ein Verschlechterungsverbot gesprochen. Heute wollen manche Ideologen neue Verbote und Produktionseinschränkungen herbeiführen. Ich kann nur sagen: Nicht mit uns, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Von der Düngeverordnung muss es endlich einzelbetriebliche Ausnahmeregelungen geben für die Landwirte, die gewässerschonend produzieren. Der Bundesminister hat es ewig lang zugesagt – passieren tut nichts. Nach unserer Auffassung reichen die Daten aus, die die Landwirte heute ermitteln, um das beurteilen zu können. Der Bund muss endlich die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.

Wir setzen uns für die Tierhaltung im Freistaat Bayern ein. Wir unterstützen sowohl finanziell als auch bei Genehmigungsverfahren, gerade für kleinere Ställe. Wir decken mit unseren eigenen Programmen – ich nenne BayProTier – zusätzliche Kosten von Tierwohlleistungen. Bayern geht voran. Wir gewähren bis zu 150 Euro pro Zuchtsau im Rahmen von BayProTier und bis zu 220 Euro je Mastrind, das mit mehr Platz und Stroheinstreu gehalten wird.

Wir fördern den Umbau der Tierhaltung – zusammen mit den Bauern. Gefordert ist nun der Bund. Wann kommen denn von dort endlich verlässliche Vorgaben und sinnvolle Unterstützungen? Alle Maßnahmen, die diese Bundesregierung – konkret: Cem Özdemir – ergreift, zielen darauf ab, die Tierhaltung zu reduzieren. Die GRÜNEN schreiben es ja auch in ihr Wahlprogramm. Sie geben den Bauern eben keine Planungssicherheit bei Stallneubauten. Sie führen eine Haltungskennzeichnung ein – verpflichtend aber nur für die inländische, nicht für die ausländische Ware. Sie machen eine Düngeverordnung, die praxisfern ist und keine einzelbetrieblichen Ausnahmen zulässt. Fördermaßnahmen, die im Raume stehen, sind mit unerreichbaren Kautelen unterlegt, die kein Landwirt umsetzen kann. Es gibt zu wenig Geld. Probleme gibt es auch bei der Herkunftskennzeichnung.

Dabei trägt die Tierhaltung wesentlich zum Einkommen unserer Bauern bei. Sie ist notwendig für die Ernährung und die Pflege des Grünlands. Die Tierhaltung wird von Rot-Grün völlig zu Unrecht in ein schlechtes Licht gerückt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da Kollegin Sengl hier von den grasenden Kühen gesprochen hat, will ich ganz deutlich sagen: Was sind denn die größten Gefahren für die Alm- und Alpwirtschaft und für die Weidehaltung in Oberbayern? – Sie geben keine klare Zusage für die Kombinationshaltung. Die fanatische Ansiedlung des Wolfes und der strenge Schutzstatus treiben die Weidewirtschaft in den Ruin. Sie sind es, die gegen die Tierhaltung massiv arbeiten. Damit nehmen Sie den Bauern einen wesentlichen Teil ihres Einkommens. Dann darf man nicht beklagen, dass manche Höfe keine Tierhaltung mehr haben und nur noch im Nebenerwerb geführt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so geht es nicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Haushalt enthält eine Vielzahl von herausragenden, guten, wichtigen Ideen. Ich nenne die Mehrgefahrenversicherung, die bei Frost, Sturm, Dürre und Fraßschäden helfen kann. Je mehr sich an der Solidargemeinschaft beteiligen, desto besser ist es. Wenn sich alle beteiligen, dann werden wir den Ansatz in diesem Bereich noch einmal erhöhen.

Ich nenne unser Kompetenzzentrum für Ernährung in Kulmbach. Acht neue Stellen dort sind ein wichtiger Beitrag. Mit dieser herausragenden Einrichtung schaffen wir es, dass gesunde Ernährung mit regionalen und saisonalen Produkten in der Gemeinschaftsverpflegung und der Gastronomie noch mehr Einzug hält. Die hervorragende Arbeit dort unterstützen wir weiterhin. Kein anderes Bundesland hat ein so hervorragendes Kompetenzzentrum für Ernährung. Alle könnten sich davon eine Scheibe abschneiden.

Ich nenne unsere Verwaltung für Ländliche Entwicklung – eine der erfolgreichsten Verwaltungen, vielleicht sogar die erfolgreichste, die es gibt, die zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern hervorragende Lösungen im ländlichen Raum entwickelt. Mein Dank gilt allen, die sich hieran beteiligen.

Leider ist die Zeit auch für mich nicht ausreichend; ich könnte noch vieles darstellen. Aber ich will sagen: Dieser Haushalt ist Ausdruck eines umfassenden Ansatzes – von der Produktion über die Vermarktung der Lebensmittel bis auf den Teller. "From Farm to Fork" sagen die in Brüssel. Andere reden nur darüber; wir machen es. Wir setzen es um, und zwar so, dass Bäuerinnen und Bauern Respekt und Anerkennung für ihre tolle Arbeit genießen. Aus diesem Grund werbe ich dafür: Stimmen Sie diesem Haushalt zu!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schöffel, es gibt eine Zwischenbemerkung der Kollegin Gisela Sengl von den GRÜNEN.

Martin Schöffel (CSU): Das ist doch schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Kollege Schöffel, bloß eine Frage: Sprecht ihr euch für die neue Gentechnik aus? Seid ihr dafür, dass sie zugelassen und eingeführt wird?

Martin Schöffel (CSU): Es gab in diesem Haus eine hervorragende Anhörung zu neuen Züchtungstechnologien. Dabei sind auch die Vorteile und die Chancen ganz klar herausgestellt worden. Die Diskussion muss jetzt auf der Brüsseler Ebene geführt werden. Dafür braucht es eine Änderung des Gentechnikrechts.

Ich sage Ihnen: Wenn wir zum Beispiel bei der Reduktion von chemisch-synthetischem Pflanzenschutz wirklich vorankommen wollen, dann braucht es neue Ansätze in der Züchtung und in der Technologie. Deswegen sind in diesem Haushalt neue Ansätze enthalten für die Vermeidung von Pflanzenschutzmitteln, für den Einsatz von mechanischen Hacktechniken, für neue Technologien, für Digitalisierung. Darin liegen große Chancen, auch für mehr Biodiversität in der Fläche.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Schöffel. – Nächster Redner ist Kollege Nikolaus Kraus von den FREIEN WÄHLERN.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erfreulich ist, dass unser Haushaltseinzelplan 08 um 15 bis 16 Millionen Euro auf mittlerweile 1,8 Milliarden Euro angewachsen ist. Wir haben es schon von einigen Kollegen gehört. Mich freut es auch, dass wir zum Beispiel mehr Geld für PV-Anlagen auf Dächern staatlicher Gebäude eingestellt haben. Als ausgebildeter Bauer liegt mir der Boden sehr am Herzen. Deswegen wollen wir erst noch sehr, sehr viele Flächen für PV nutzen, bevor wir in die Agro- oder Freiflächen-Photovoltaik, die auch ihre Berechtigung hat, einsteigen.

Mir tut es ein bisschen leid, dass wir den Ansatz für die Vermarktung, Absatzförderung und Agrarstruktur zurückfahren mussten, weil unsere gut ausgebildeten jungen Landwirte beste Lebensmittel und Ware erzeugen. Erzeugen ist das eine, das Verkaufen und Vermarkten ist das andere. Die beste Erzeugung hilft nichts, wenn ich die Ware nicht gut verkaufen kann. Auch tut es mir ein bisschen leid, dass die Maßnahmen für die Unterstützung junger Unternehmer ein wenig zurückgefahren worden sind. Wir haben einen beachtlichen Haushaltsantrag betreffend die Bayerischen Staatsgüter gestellt. Hier könnten wir vielleicht einmal darüber sprechen, ob diese enorme Menge wirklich benötigt wird. Dadurch hätten wir noch ein bisschen Luft in Form übriger Mittel, die wir anderweitig verteilen könnten.

Die Landwirtschaftsämter sind schon angesprochen worden. Leider leiden die Ämter immer noch an der Reform mit Personalabbau, die vor vielen Jahren einmal beschlossen worden ist. Wenn man draußen in der Fläche unterwegs ist, stellt man fest, dies ist ein tragischer Kritikpunkt sowohl der Landwirtschaft als auch der Hauswirtschaft. Die Sorge der jungen Landwirte, die mir sehr wichtig sind, gilt – es ist angesprochen worden – der Planungssicherheit. Dafür braucht man kein Geld. Hier wäre es gut, wenn die Politik ehrlich wäre und zuverlässige Aussagen, die in der Zukunft eingehalten werden, treffen würde.

Strukturwandel und Hofnachfolge sind riesige Herausforderungen. Bauern mittleren Alters, wie ich es bin, gehen in Rente, obwohl auf vielen Höfen leider keine Nachfolger vorhanden sind. Hier sind wir in der Pflicht. Warum gibt es keine Hofnachfolger? – Dies liegt zum Teil an Bürokratie über Bürokratie, wofür wir bisher leider nur sehr wenige Lösungen gefunden haben. Sehr wichtig sind auch die Wettbewerbsfähigkeit und Ernährungssicherheit. In der letzten Zeit sind diese Themen kurzfristig wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Jetzt normalisiert sich dies leider ein bisschen. Vielleicht ist nicht alles so selbstverständlich, wie es einmal war. Der Kollege hat ein sehr gutes Beispiel zur Planungssicherheit gebracht: Was die FFH-Gebiete anbelangt, ist den Bauern damals zugesagt worden, es werde keine Verschlechterung geben. Dies schlägt jetzt leider ins Gegenteil um.

Meine Redezeit ist um. Wir stimmen dem Haushaltseinzelplan 08 zu. Wir sind hier auf dem richtigen Weg. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kraus, Sie haben noch einmal Zeit geschenkt bekommen. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Herr Kollege Kraus, es freut mich sehr, dass wir hier einer Meinung sind, dass man die Landwirtschaftsämter und die Hauswirtschaft stärken muss. Schade, dass ihr unserem Antrag nicht zugestimmt habt, aber ihr unterliegt hier immer dem Zwang der Koalition. Ich habe eine Frage bezüglich neuer Gentechnik. Wie ist denn die Meinung der FREIEN WÄHLER dazu? Seid ihr für oder gegen die neue Gentechnik?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das für eine Frage? Man merkt, dass sie sich nicht damit beschäftigt!)

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Vielen Dank, Gisela. Jetzt habe ich die Möglichkeit, mich bei dir zu bedanken. Du hast gesagt, beim Wald ist alles richtig. Das ist ein Lob für die Regierungsfraktionen. Das Thema Wald haben wir ein bisschen ausgelassen. Gegen die grüne Gentechnik habe ich persönlich ein Leben lang gekämpft. Ich war auf Demonstrationen. Mittlerweile gibt es – du sprichst es an – CRISPR/Cas, die Gentechnikschere usw. Hierzu habe ich zu wenige Informationen. In der Fraktion haben wir dazu noch keine abschließende Meinung. Ich persönlich sehe dies mehr als kritisch. Ich bin hier noch ein bisschen konventionell unterwegs. Wenn ich abwäge, was es bringt und was es kostet, Nutzen und Kosten, ist mir das Risiko persönlich momentan noch zu hoch. Wenn mich nicht noch jemand eines Besseren belehrt, bin ich momentan persönlich dagegen. Ich möchte aber nochmals betonen, dies ist meine persönliche Meinung zur grünen Gentechnik. Die Erläuterung der Gründe dafür würde länger dauern. Hier geht es auch um Patentrecht. Der Fall des Kanadiers Percy Schmeiser wird dir etwas sagen. Es geht darum, was in der Vergangenheit geschehen ist. Persönlich bin ich hier sehr, sehr skeptisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun für die Staatsregierung die Staatsministerin Michaela Kaniber.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich allen Berichterstattern von ganzem Herzen Danke sagen für die ordentliche Aussprache im Haushaltsausschuss und heute im Plenum. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in schwierigen Zeiten zeigen sich ehrliche Wegbegleiter. Man kann eine große Diskrepanz feststellen: Während in Berlin maximal gegen unsere deutsche und bayerische Landwirtschaft gearbeitet wird, setzen wir in Bayern mit diesem Haushalt ein starkes Signal. Uns geht es vor allem darum, Wertschätzung gegenüber den unverzichtbaren Leistungen der bayerischen Landwirtinnen und Landwirte zum Ausdruck zu bringen.

Was zeichnet diesen Haushalt aus? – Wir setzen auf Verlässlichkeit, aber auch auf Kontinuität. Im Vergleich zum Vorjahr haben wir 23 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Damit stehen der bayerischen Landwirtschaft 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung, und das, obwohl der Bund bedauerlicherweise die Mittel in der GAK gekürzt hat. Wir garantieren mit diesem Haushalt die Beibehaltung von Bewährtem, blicken aber auch in die Zukunft. Impulse und Innovationen sind nötig. Vor allem muss man die Zeichen der Zeit erkennen. In Bayern haben wir immer schon den bayerischen Weg gewählt. Dies ist nicht mein Verdienst, sondern das Verdienst meiner Vorgänger, die allesamt immer wieder ein Auge darauf gehabt haben, dass wir in Bayern in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, aber vor allem auch im ländlichen Raum seit Jahren und Jahren Blaupausen für viele andere Länder schaffen. Unsere Ideen und Erfolge, aber auch unser Geld werden in anderen Bundesländern sehr gern gesehen. Wenn es aber um die Wertschätzung der Errungenschaften oder auch einmal um ein Lob geht, können wir dies hier nicht erwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen setzen wir auf unsere Stärken und Möglichkeiten. Ich möchte mit der GAP beginnen. 2023 sind wir in eine neue Förderperiode eingestiegen und gestartet. Wer, wenn nicht wir in Bayern, hat hier darum gekämpft, dass die Strukturen, die sich die Gesellschaft wünscht, erhalten bleiben. Ich hätte mir so gern noch viel mehr gewünscht, liebe Frau Kollegin Sengl. Sie sprechen immer von der Kleinstrukturiertheit der Landwirtschaft. Genau das Gegenteil passiert bei den GRÜNEN! Ich hätte mir damals bei den Agrarministerkonferenzen durchaus vorstellen können, dass wir eine Degression und Kappung bei den Direktzahlungen erhalten. Wir haben darauf geachtet, dass die Stärkung der ersten Hektare kam. Das haben aber Ihre grünen Bundes- und Landeskollegen immer wieder abgelehnt. Traurig ist, dass Sie sich hier mit einer Wonne hinstellen, obwohl Sie im Glashaus sitzen. Das ist mir immer wieder ein Rätsel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Was die neue GAP betrifft – es ist schon gesagt worden –, bleiben wir bei unserem Förderflaggschiff. Wir haben 337 Millionen Euro zur Verfügung. Dies bedeutet, dass 50.000 Bauern in Bayern, das heißt jeder zweite Landwirt, auf jedem dritten Hektar Agrarumweltmaßnahmen betreiben. Bayerns Bauern können es tatsächlich, nämlich die Urproduktion von Lebensmitteln, aber auch den Schutz unseres Klimas und unserer Umwelt.

Wir sind auch Vorreiter beim Umbau der Nutztierhaltung. Es ist mehr als besorgniserregend, dass eine grüne Bundesstaatssekretärin sehr klar 50 % Absenkung bei der Nutztierhaltung einfordert. Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, diese Frage müssen Sie sich heute gefallen lassen – das ist eine rein rhetorische Frage –: In Ihrem Wahlprogramm steht, minus 20 % bei der Nutztierhaltung. Was bedeutet das? – Minus 50 % aus dem Bund und minus 20 % aus Bayern sind insgesamt minus 70 %! Sie machen mir Angst, weil Sie nicht auf die Stärken der Nutztierhaltung setzen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Es ist gut, dass ihr vor uns Angst habt!)

– Nein, es macht mir Angst für unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern. Ich fürchte mich auf keinen Fall vor den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen warten wir nicht, bis der Bund tätig wird. Wenn es um das Tierwohl geht, handeln wir in Bayern. Wir reden nicht, sondern wir handeln. Unser BayProTier haben wir bei den Zuchtsauen begonnen. Wir werden es morgen bekannt geben und vorstellen. Wir steigen ein mit den Mastschweinen sowie Mast- und Aufzuchtrindern. Der Startschuss wird im Juni fallen. Auch hier setzen wir sehr klar auf unsere Nutztierhaltung. Wie schon gesagt wurde, ist die Nutztierhaltung nun einmal das Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft. Ich möchte verdeutlichen, dass sich jeder, der sich mit der agrarischen Kreislaufwirtschaft befasst, sehr wohl weiß, dass man die Nutztierhaltung braucht. Wir lassen uns auf keinen Fall von grünen Ideologen unsere Nutztierhaltung in Bayern zerstören! Deshalb tun wir alles für deren Erhalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Skutella, ich kann Ihnen nur sagen: Schauen Sie darauf, dass der Umbau der Nutztierhaltung auch finanziert wird. Denn genau Ihr Bundesfinanzminister bringt das Geld nicht auf den Weg. Er hat, glaube ich, einen Zahlendreher drin. Borchert hat 4 Milliarden Euro für den Umbau der Nutztierhaltung pro Jahr festgelegt. Aktuell gibt es 1 Milliarde Euro für 4 Jahre. Das kann sich unmöglich um einen Zahlendreher handeln. Fragen Sie ihn mal, ob er schlecht geschlafen hat. Ich finde, er sollte die Zahlen hier anpassen.

Wir brauchen also das Geld für den Umbau. Aber wir brauchen natürlich auch, gerade was das Bau- und Immissionsschutzrecht anbelangt, deutliche Erleichterungen. Hier gibt es abstruse Hürden seitens der Bundesregierung. Der Bund plant hier, dass bei einem Umbau oder Ersatzbau die bisherige Kubatur einzuhalten ist. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, was ist die Quintessenz daraus? – Die Quintessenz ist, dass genau damit quasi die grünen Träume absoluten Rückenwind bekommen; denn genau das, was die Bundesstaatssekretärin zum Abbau der Nutztierhaltung gesagt hat, wird hier knallhart eins zu eins umgesetzt. Nur damit Sie es einmal gehört haben: Mit dem Geld, das hier aktuell für den Umbau der Nutztierhaltung zur Verfügung steht, müsste man, gerade was die Mastschweineplätze in Deutschland anbelangt, sage und schreibe 71 Jahre warten, bis tatsächlich mehr Tierwohl in Deutschland ankommt.

Was passiert da? – Das ist absolut ein moralisches Reinwaschen. Das kann es mit uns nicht geben. Was passiert? – Damit wird die Fleischproduktion ins Ausland verlagert. Damit importieren wir nicht nur negative Klimaeffekte, sondern das Tierleid, das wir in Deutschland nicht haben wollen. Genau das passiert hier. Dazu kann ich nur sagen: Bayern macht es wieder mal besser. Im Gegensatz dazu halten wir die Mittelausstattung bei der einzelbetrieblichen Förderung weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Wir liegen hier bei 80 Millionen Euro. Wir werden auch hier die Förderquoten von 800.000 Euro auf 1,2 Millionen Euro anheben.

Ich denke, zur Risikovorsorge – Mehrgefahrenversicherung – brauche ich nicht viel zu sagen. Aber auch hier wird deutlich: Wir warten nicht auf den Bund. Wir setzen 17 Millionen Euro ein und geben damit die Möglichkeit der Hilfe zur Selbsthilfe, damit unsere Bäuerinnen und Bauern auch hier bei allen Kulturen gewappnet sind für die Zukunft, wenn sich mit der Klimakrise noch weitere dürre Jahre abzeichnen. Genauso vorbildlich, um dem Klimawandel zu begegnen, sind wir bei der Photovoltaik.

Weil die grüne Lunge so oft angesprochen wurde, möchte ich dazu noch zwei, drei Sätze sagen. Ich kann, ehrlich gesagt, nur noch schmunzeln, wenn ich heute meine grünen oder linken Kollegen aus Thüringen und Hessen beobachte. Mir fällt es, ehrlich gesagt, selber schon schwer, diese politische Floskel immer wieder aufrechtzuerhalten; aber ich glaube, man muss Sie manchmal daran erinnern, dass es da, wo Sie regieren, wirklich nur bergab geht, was den Wald anbelangt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hessen hat den Wald aufgegeben. Thüringen kümmert sich nicht mehr darum. Wir in Bayern geben sage und schreibe 93,6 Millionen Euro aus. Unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, aber auch die forstlichen Zusammenschlüsse bekommen von uns hier wirklich absoluten Rückenwind.

Zur Kategorie "Versprechen gebrochen" – dieser Vorwurf ist ja gestern sehr oft von dieser linken Seite gekommen – kann ich nur sagen: Versprechen gebrochen, wenn es um die ländliche Entwicklung in unserem Land geht; denn gerade mit dem Blick auf den Sonderrahmenplan zur ländlichen Entwicklung des Bundes kann man nur sagen: Traurig, traurig, traurig! – Statt, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Mittel aufzustocken, wurde hier massiv gekürzt, nämlich von 190 Millionen Euro auf 160 Millionen Euro. Das bedeutet ein Minus für Bayern von 5,5 Millionen Euro.

Weil gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land für uns zentrale Bedeutung haben – wir sind keine Klientelpartei und keine Klientelregierung, wir schauen nicht nur, was in den Großstädten passiert, sondern versuchen, Stadt und Land zu verbin-

den –, kämpfen wir auch hier und haben einen riesigen Aufschlag mit 200 Millionen Euro in petto.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genauso könnte ich jetzt – das ist mir natürlich schon ein Herzensanliegen – bei der Digitalisierung weitermachen. Sie ist und bleibt im 21. Jahrhundert für uns eine ganz wichtige Grundlage. Aber es geht auch um Forschungsställe oder um Apps zum Beispiel zu Bewässerungsmöglichkeiten. Das sind zentrale Fragen, die wir in der Digitalisierung lösen werden, und genau dafür geben wir unsere Gelder auch aus.

Ernährung wird gesellschaftlich wirklich sehr emotional diskutiert. Natürlich wird diese Diskussion sehr deutlich befördert und befeuert von der Bundesregierung. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich möchte diese veganen Glaubenskriege so nicht führen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eine wissenschaftsbasierte Aufklärungsarbeit. Ich wünsche mir, dass junge Menschen genau wissen, dass es um eine ausgewogene Ernährung geht. Das Allheilmittel kann nicht sein, dass wir unser Grünland umbrechen und es dann dem Ackerbau zur Verfügung stellen. Das wäre ein Bärendienst an der Ökologie. Das verschweigt man bedauerlicherweise. Dem Körper fehlen dann auch noch Nährstoffe.

Deswegen geht es uns um eine Stärkung der Alltagskompetenzen und den weiteren Ausbau der Stellen an unserem Kompetenzzentrum KErn in Kulmbach, damit wir in der breiten Fläche alle ordentlich informieren können. Wir wollen die Menschen wissenschaftlich sauber untermauert und faktenbasiert informieren. Uns ist natürlich auch wichtig und ein Herzensanliegen, alle Menschen von der Kinderkrippe bis zum Seniorenheim ordentlich zu versorgen.

Genauso ist es bei den Ökomodellregionen – auch hier wollen wir Ausbau. Liebe Kollegin Sengl, ich kann da nur sagen: Zum Ökolandbau möchte ich sehr, sehr deutliche Worte finden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir setzen da tatsächlich

grundsätzlich neue Akzente in der Verlässlichkeit, während die Vertreter der Opposition in der Regel und ganz oft ohne etwas Konkretes kommen. Das war leider schon im Haushaltsausschuss sehr deutlich spüren. Ich kann nur sagen: Es gibt keine neuen Ideen von der Opposition, keine neuen Initiativen von Ihrer Seite, alles Fehlanzeige! Man hat hier und da mal einen Antrag geschrieben, so nach dem Motto: Darf's ein bisschen mehr Geld sein? – Ja, das ist immer schön, aber das Geld muss auch irgendjemand organisieren; es steht halt nicht grenzenlos zur Verfügung.

Ich darf Ihnen auch sagen: Es gibt Tage, da fällt es mir wirklich schwer, Politik zu machen. Da gibt es auch mal Rückschläge. Aber in den Debatten im Haushaltsausschuss oder heute in den Beiträgen von links bestätigt sich: Mehr an großen Themen als der Ökolandbau ist Ihnen nicht eingefallen. Liebe Kollegin Sengl, auch die 30 % werden wir in Bayern nicht erzwingen, und schon gar nicht verordnen, wie es im grünen Jargon sehr gerne gemacht wird.

Vor allem werden wir auch anderes nicht tun. Ich habe die Anträge der AfD genau angeschaut und festgestellt. Da ist alles nur noch dagegen. Alles, was den Klimawandel betrifft, leugnen Sie in einer Form, die sich gewaschen hat. Lieber Herr Winhart, eigentlich wollte ich Ihnen persönlich gar nicht so viel Aufmerksamkeit widmen, aber ich kann nur sagen: Mich wundert es, ehrlich gesagt, gar nicht, dass Sie hier so einen Schmarrn reden. Wissen Sie, warum? – Wer die Medien tatsächlich als Lügenpresse bezeichnet und sich nur in russischen Telegram-Chats tummelt, kann nicht wissen, was eine Staatsregierung tut.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Hört! Hört! – Widerspruch bei der AfD – Andreas Winhart (AfD): Unverschämt! – Zurufe von der AfD: Ein richtiger Schmarrn!)

Sie missbrauchen hier Ihr Mandat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

Sie missbrauchen Ihr Mandat auf eine Weise, die sich wirklich gewaschen hat.

(Andreas Winhart (AfD): Ich? Sie werfen mir vor, ich hätte mein Mandat missbraucht? – Unruhe)

Sie haben sich vorhin hierhingestellt und gesagt: Diese Staatsregierung würde nichts tun bei der Düngeverordnung, beim Wolf, beim Green Deal, bei RED III. Wenn Sie auch nur einen Funken Anstand hätten und in den Unterlagen nachgelesen hätten, dann wüssten Sie – –

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) – Anhaltende Unruhe)

Herr Präsident, könnten Sie mal bitte einschreiten. Ich verstehe mein eigenes Wort nicht mehr.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie sich nämlich als Abgeordneter ein bisschen Mühe gemacht hätten, dann wüssten Sie, dass ich – –

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Jetzt seien Sie mal staad!

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Doch, jetzt sind Sie mal staad!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Viel zu viel Aufmerksamkeit!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kollege Winhart, Sie haben anschließend die Gelegenheit für eine Zwischenbemerkung. Jetzt hat die Frau Ministerin das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sie haben kaum irgendwie eine Ahnung davon, was diese Staatsregierung in allen Bereichen leistet. Sie stellen sich hierher und verbreiten da irgendwelche Lügen, irgendeine

Propaganda, die Ihnen gerade so in den Kram passt. Also das bitte nicht mit mir! Lesen Sie mal nach, wo die Staatsregierung am Freitag ist: nämlich im Bundesrat, genau zur Düngeverordnung!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir bleibt nur noch der Dank – nein, stimmt nicht, ich muss noch schnell zum Ökolandbau etwas sagen. Auch da möchte ich noch schnell die Zahlen verdeutlichen: Bayern ist hier wieder mal Spitzenreiter, gerade was den Ökolandbau anbelangt, liebe Kollegin Sengl: Hessen 300 Euro, Bayern 314 Euro, im Grünland Hessen 200 Euro, Bayern 284 Euro.

Weil Sie gesagt haben, diese 30 % Ökolandbau und Bioprodukte müssten wir natürlich pushen: Das tun wir auf eine ganz herausragende Art und Weise. Wir haben ein Öko-Board, wir haben Öko-Modellregionen und geben hier richtig Gas.

Es wird aber wirklich zur Belastung, wenn sich heute grüne Abgeordnete in einer grünen Blase bewegen und nicht mehr wissen, was eigentlich draußen in der realen Welt passiert,

(Klaus Stöttner (CSU): Richtig!)

dass wir eine Inflation von über 10 % haben, dass wir Preissteigerungen bei den Lebensmitteln von über 20 % haben. Da kann sich vielleicht der kleine Bürger das eine oder andere auch mal nicht leisten. Ein bisschen mehr Verständnis hätte ich mir erwartet und nicht nur maximale Planwirtschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Liebe Kolleginnen, ich möchte zum Schluss kommen. Ich möchte mich natürlich bei allen bedanken, die sich eingebracht haben, damit dieser Haushalt zu dem geworden ist, was er ist. Ich danke natürlich dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen Albert Füracker, aber auch unseren Spitzenbeamten, die mitgeholfen haben.

Mein größter Dank gilt natürlich ausschließlich denjenigen, die Bayern gestalten, die Bayern beschützen. Das sind nun mal unsere bayerischen Landwirtinnen und Landwirte, die Gestalter, die Beschützer, die Macher des ländlichen Raums. Sie sind diejenigen, die auch durch das Ehrenamt vieles zusammenhalten.

(Unruhe)

Es gibt keine Branche in Bayern, die das Gesicht Bayerns so schön zeichnet, die das Gesicht Bayerns so herausragend gestaltet wie unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen haben sie es verdient, unterstützt und respektiert zu werden, dass sie nicht gegängelt werden, sondern dass ihnen unser Dank und unsere Wertschätzung gebührt.

(Zuruf: Allein der Glaube fehlt mir!)

Kein Bayern ohne Bauern! Daher bitte ich von ganzem Herzen um Zustimmung zu diesem Haushalt. Ich sage es jetzt ausdrücklich: Ich danke nur denjenigen, die tatsächlich die Hand für diesen Haushalt heben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Redezeit der Ministerin war jetzt vier Minuten länger als die Redezeit der größten Fraktion. – Sie dürfen ohnehin noch am Rednerpult bleiben. Es würde sich noch Redezeit für die anderen Fraktionen ergeben: 2 Minuten für die CSU, 1 Minute für die GRÜNEN, 1 Minute für die FREIEN WÄHLER, jeweils 26 Sekunden für AfD und SPD und 13 Sekunden für die FDP.

(Heiterkeit – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sind die Regeln. Das Parlament hat noch mal die Gelegenheit zu reden. Sie müssen dieses Rederecht natürlich nicht in Anspruch nehmen; aber Sie haben die Gelegenheit.

Wir haben aber jetzt zunächst drei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Kaniber, glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihrer Agrarpolitik das Höfesterben in Bayern stoppen können? Ich gebe Ihnen ein Beispiel, warum ich daran zweifle: Viele bayerische Weidetierhalter haben im alten Jahr Förderanträge für Herdenschutzzäune gestellt und haben dann im neuen Jahr Ablehnungsbescheide bekommen, weil zum Jahreswechsel die Förderkulissen geändert wurden. Wer in Ihrem Ministerium hat sich so etwas ausgedacht?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das Auftreten des Wolfes ist immer punktuell; da werden natürlich Kulissen angepasst. Mein eindringlicher Wunsch ist – und daran arbeiten wir gemeinsam mit dem bayerischen Umweltministerium –, dass wir die Kulisse tatsächlich großflächig gestalten. Mir persönlich würde es sehr gefallen, wenn die gesamte Alpenregion in eine große Kulisse fällt. Wir werden alles dafür tun. Aber Sie wissen genau, dass es oft an anderen Dingen liegt. Mir würde es auch gefallen, wenn wir endlich die FFH-Richtlinie in deutsches Recht übernehmen würden. Mir würde es auch gefallen, wenn wir den Schutzstatus des Wolfes absenken würden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Liebe Frau Staatsministerin, liebe Michaela, ich habe nur eine Frage bezüglich der neuen Gentechnik und weil da immer kommt, das sei keine Gentechnik. Es handelt sich hierbei um eine Gen-Schere, die sehr wohl in die DNA

eingreift. Wie ist die Haltung des Ministeriums? Seid ihr für oder gegen die neue Gentechnik?

(Unruhe)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Also, zunächst einmal: Bayern ist gentechnikfreies Land. In erster Linie sollten wir alles dafür tun, unsere Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, aber auch die Bauernschaft wertschätzen, die sich Jahre und jahrzehntelang für die Gentechnikfreiheit eingesetzt hat. Wenn es in den Anhörungen der Kommission dazu kommt, dass man diese Gen-Schere deutlich definieren kann, dann muss man sich das anschauen, und dann werden wir auch unsere Entscheidungen dazu treffen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Keine Ahnung!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine Zwischenbemerkung: des Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Frau Staatsministerin, Sie haben mir gerade vorgeworfen, ich würde mein Mandat missbrauchen. Das weise ich aufs Schärfste zurück. Ich weiß nicht, wie Sie auf diese Aussage kommen.

Sie haben ferner behauptet, ich würde russische Telegram-Chats konsumieren oder mitgestalten oder was auch immer. Ich weiß auch nicht, wie Sie auf diese Aussage kommen. Ich weise auch das strengstens von mir.

Ich weiß nicht, warum Sie hier so um sich schlagen.

(Heiterkeit der Staatsministerin Michaela Kaniber)

Ich habe ein paar Dinge angesprochen, die Ihnen sicherlich nicht gefallen. Ich glaube, das war berechtigt. Sie haben in den Jahren ihrer Amtszeit als Landwirtschaftsministerin eigentlich nicht viel umgesetzt, außer dem Volksbegehren, das Sie eigentlich von den GRÜNEN abgeschrieben haben.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Schauen Sie, Sie machen genau da weiter, wo Sie vorhin aufgehört haben. Sie haben keinen blassen Schimmer, was ich getan habe, was diese Staatsregierung an Anträgen, ob im Bund oder in Brüssel, eingereicht hat.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie haben keine Ahnung davon, dass ich bereits am Freitag im Bundesrat über die Düngeverordnung spreche.

Sie haben keine Ahnung, dass sich diese Staatsregierung bei RED III ganz klar positioniert und den Bund angeschrieben hat, aber auch Brüssel.

Sie haben keine Ahnung. Das meine ich damit. Sie haben ein Mandat, das sollten Sie in Ehren tragen für die Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Aber dann müssen Sie auch etwas tun. Sie müssen Leistung bringen, wenn Sie uns kontrollieren wollen. Der Landtag, dem Sie angehören, ist letztlich das Kontrollgremium für die Staatsregierung. Dann machen Sie das bitte ordentlich, aber nicht so oberflächlich und mit der Verlogenheit, wie es der AfD nun mal in den Kram passt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Staatsministerin, liebe Michaela, mich hat eigentlich deine Rede –

(Unruhe)

ich rede zwar gerade – wirklich erschüttert. Ich muss sagen, ich finde das nicht ministerinnenmäßig. So eine populistische Rede zu Themen, die uns alle betreffen, wo es genügend wissenschaftliche Studien gibt! Man könnte diese mal lesen und sich zu Gemüte führen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die erste Studie: Deutsche Gesellschaft für Ernährung. – Ich habe keine Ahnung, ob dir das etwas sagt. Es würde dir guttun, die Standards bezüglich Ernährung mal durchzulesen.

Die zweite Studie: von Prof. Hülsbergen, TU München. Es wäre auch sehr gut, wenn du sie mal lesen würdest, dann wären, glaube ich, deine Redekommentare anders und vielleicht für eine Ministerin besser.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Das habe ich von dir gelernt! – Alexander König (CSU): Das ist ja tiefe Zuneigung zwischen euch zwei! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So, jetzt redet mal sie!)

– Ihr seid – – Wahnsinn! – Noch etwas: Steuergelder. Wir hier alle leben von den Steuern. Mein Mann arbeitet dafür, dass wir hier alle sitzen können. Die kommen nicht von irgendwo her. Man kann sich nicht hier vorne hinstellen und sagen, wir müssen erst mal schauen, wo die herkommen. Sie kommen von den vielen arbeitenden Menschen in Bayern. Sie zahlen die Steuergelder, und wir müssen die Steuergelder sinnvoll verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sengl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung.

(Unruhe)

Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Frau Sengl, ich wollte Sie eigentlich vorhin schon fragen, aber ich nutze jetzt die Gelegenheit. Stimmt es, dass Sie gesagt haben, Ihnen seien Bioprodukte aus dem Ausland, aus Brasilien und Argentinien oder woher, lieber als einheimische bayerische Produkte? Das will ich Sie jetzt mal fragen.

Gisela Sengl (GRÜNE): Das Zitat ist falsch. Ich habe gesagt, ich finde Bioanbau weltweit wichtig, weil er bestimmten Standards entspricht; er ist in Bayern wichtig, aber auch weltweit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr könntet euch mal ein anderes Beispiel einfallen lassen, anstatt immer dieses komische Zitat zu bringen.

(Gerd Mannes (AfD): Sie haben auf meine Frage nicht geantwortet! Das ist doch das Problem! – Zuruf von den GRÜNEN: Doch, hat sie! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mannes, Sie haben nicht mehr das Wort. – Es gibt weitere Wortmeldungen. Als nächster Redner hat der Abgeordnete Andreas Winhart das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte nicht erwartet, dass wir beim Landwirtschaftshaushalt eine so spannende und doch emotional aufgeladene Debatte führen würden. Ich möchte aber noch einmal auf die bodenlosen Vorhaltungen eingehen. Wenn eine Ministerin hier schon von "Schmarrn" redet, den ich angeblich verbreite, meine Damen und Herren, dann sage ich: Wir haben alle ein Mandat, um den Volkswillen zu vertreten. Ich spreche mit Land- und Forstwirten, aber ich möchte hier gar nicht wiedergeben, was sie über Frau Kaniber sagen; das gehört auch zum Anstand dieses Hauses, meine Damen und Her-

ren. Wir sollten noch einmal über das Volksbegehren sprechen; das war ein großer Schlag gegen die Landwirtschaft in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der AfD)

Dafür kann man sich nur in Grund und Boden schämen. Wir stehen auch weiterhin an der Seite der bayerischen Landwirtschaft und werden dieses Volksbegehren bei nächster Gelegenheit rückgängig machen.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Sprüchbeidl! Das sagen wir in Franken!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Skutella von der FDP-Fraktion.

(Unruhe)

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerin hat gesagt, wir würden blockieren. – Das stimmt nicht. Wir haben uns für eine Tierwohlabgabe offen gezeigt, wenn sie mit einem Moratorium verbunden ist. Wenn die Auflagen für Landwirte wegfallen würden, dann würden wir auch mitgehen. Damit wäre die Finanzierung gesichert. Aber ich sage Ihnen eines: Wenn der Bundeslandwirtschaftsminister das Geld nicht beantragt, dann kann es der Bundesfinanzminister auch nicht ausgeben.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Das war sportlich! Das muss man zugeben!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie haben vier Sekunden überzogen, aber ich denke, das hohe Redetempo hat das wettgemacht.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Als nächster Redner hat der Kollege Schöffel von der CSU-Fraktion das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus meiner Sicht ist in keiner Weise angemessen, was die Kollegin Sengl jetzt nach der hervorragenden Rede unserer Staatsministerin

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

hier noch einmal abgelassen hat. Wir haben eine Rede unserer Ministerin erlebt, die mit Herz für die bayerische Landwirtschaft gesprochen hat und bei der jeder Satz unterschrieben werden kann; dabei ist der Einsatz dieser Staatsregierung für die Bäuerinnen und Bauern deutlich geworden. Im krassen Gegensatz dazu steht das, was diese Bundesregierung macht.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Oh Gott, immer die gleichen Reden!)

Sie stellen Förderprogramme und Ziele ins Schaufenster, die die Landwirtschaft in Bayern und Deutschland überhaupt nicht erfüllen kann. Sie wollen aber auch keine moderne Landwirtschaft, die die Bevölkerung versorgt, sondern Sie stehen dafür, dass zum Beispiel die Tierhaltung in Deutschland und Bayern abgebaut wird und dann die Produkte aus dem Ausland importiert werden. Das ist die grüne Doppelmoral und der völlig falsche Ansatz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau wie bei der Energie: Strom aus dem Ausland!)

Ich will die Frage des Kollegen Mannes noch einmal aufgreifen: – Es waren Sie, Kollegin Sengl, die im Agrarausschuss gesagt hat, Sie würden lieber Bioäpfel aus Südamerika als konventionelle Äpfel vom Bodensee essen. Zum Biogetreide aus dem europäischen Ausland gibt es ein ähnliches Zitat von Ihnen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Alexander König (CSU): Das ist ein Skandal! Applegate!)

Sie stehen gegen die heimische Landwirtschaft und gegen die heimischen Bauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie in diesem Haus über Agrarpolitik sprechen, dann sprechen Sie nie über die Bäuerinnen und Bauern, über die Menschen und die großartigen Leistungen. Am Ende hat sogar Renate Künast den Bauern in Deutschland die Verantwortung für den Ausbruch der Corona-Pandemie gegeben; die Politik, die Sie machen, und das, was Sie über Bauern sagen, ist doch schäbig. So geht es nicht!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir stehen zu unseren Bäuerinnen und Bauern. Sie machen hier billige Polemik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27497 mit 18/27551, 18/27672, 18/27705 und 18/27982 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27953 zugrunde.

Wir kommen zuerst zur vorab angekündigten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Beratungsoffensive, Wege aus der Anbindehaltung – für Laufstall, Weide, Mast‘" auf der Drucksache 18/27508. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Wir beginnen mit der Abstimmung. Verwenden Sie hierfür bitte Ihr Abstimmgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 11:56 bis 11:59 Uhr)

Konnten alle Kollegen ihre Abstimmung durchführen? – Damit ist die Abstimmungszeit beendet, und ich schließe die Abstimmung.

Während das Abstimmungsergebnis ermittelt wird, fahren wir mit der einfachen Abstimmung über die drei eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion fort. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle drei Änderungsanträge zur Ablehnung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen; sonst sieht man das Abstimmungsergebnis nicht richtig. – Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe erhalten: Gegen die einseitige Quotenökologisierung zu Lasten der konventionellen Landwirtschaft" auf Drucksache 18/27537.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle Fraktionen sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos), der Abgeordnete Busch (fraktionslos), der Abgeordnete Klingen (fraktionslos) und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Aufwand für Zuschüsse zur Ausbildung und zum Einsatz von Dorfhelferinnen und Betriebshelfern" auf der Drucksache 18/27541.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk, Klingen, Bayerbach und Busch. Stimmenthaltungen anzeigen! – Sehe ich keine. Der Kollege Bayerbach hat nicht abgestimmt. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Kompensation von Wolfsschäden umfassend sicherstellen" auf der Drucksache 18/27551.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die FDP-Fraktion, die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die Fraktion der SPD und die Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Busch. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmergebnisses der zuvor durchgeführten namentlichen Abstimmung unterbrochen. Erst wenn dieses Ergebnis vorliegt, können wir zur Abstimmung des Gesetzes kommen.

(Unterbrechung von 12:02 bis 12:03 Uhr)

Das war eine kurze Unterbrechung. Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es war der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Beratungsoffensive, Wege aus der Anbindehaltung – für Laufstall, Weide, Mast‘" auf der Drucksache 18/27508. Mit Ja haben 50 gestimmt. Mit Nein haben 96 gestimmt. Stimmenthaltungen: 10. Damit ist der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 08 selbst. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/27953, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte in der gleichen Weise anzeigen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Bayerbach, Klingen und Plenk. Stimmenthaltungen bitte schön ebenso anzeigen! – Stimmenthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Bayerbach und Busch. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/27953 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27520 mit 18/27530, 18/27672, 18/27705 und 18/27982 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich bekannt, dass wir nach diesem Tagesordnungspunkt die halbstündige Mittagspause machen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Beratungsoffensive "Wege aus der Anbindehaltung - für Laufstall, Weide, Mast" (Kap. 08 03 TG 95 - 96 neuer Tit.) (Drucksache 18/27508)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			X
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar			
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			X
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	50	96	10

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse im Rahmen des Bayerischen Programms Tierwohl (BayProTier)
   (Kap. 08 03 Tit. 683 05)
   Drs. 18/27497

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Investitionszuschüsse für Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans BAYERN DIGITAL II
   (Kap. 08 03 Tit. 892 98)
   Drs. 18/27498

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Förderung einer Mehrgefahrenversicherung
   (Kap. 08 06 Tit. 683 79)
   Drs. 18/27499

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
   (Kap. 08 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27500

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Geld für ökologischen Landbau nicht kürzen
   (Kap. 08 03 TG 55 Tit. 547 55)
   Drs. 18/27501

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Eigenes Geld für ökologischen Landbau und Moore
   (Kap. 08 03 TG 55)
   Drs. 18/27502

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bio-Gipfel
   (Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
   Drs. 18/27503

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kampagnen und Imagebildung zur Umsetzung des Landesprogramms BioRegio2030
   (Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
   Drs. 18/27504

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Sonderförderung Bio
   (Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
   Drs. 18/27505

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Übernahme Ökokontrollkosten
    (Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
    Drs. 18/27506

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zuschüsse für Maßnahmen zur Umsetzung des Landesprogramms BioRegio2030
    (Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
    Drs. 18/27507

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Beratungsoffensive „Wege aus der Anbindehaltung – für Laufstall, Weide, Mast“
    (Kap. 08 03 TG 95 - 96 neuer Tit.)
    Drs. 18/27508

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Bereichsleiterinnen Hauswirtschaft und Ernährung
    (Kap. 08 40 Tit. 422 01)
    Drs. 18/27509

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: neue Fachstellen BioGV – heimische Bio-Lebensmittel in der Gemeinschaftsverpflegung
(Kap. 08 40 neuer Tit.)
Drs. 18/27510

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: neue Fachstellen „Ökologisch essen“
(Kap. 08 40 neuer Tit.)
Drs. 18/27511

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern flächendeckend Ökomodellregion
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/27512

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der landwirtschaftlichen Familienberatung
(Kap. 08 03 Tit. 681 12)
Drs. 18/27513

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung biozertifizierter Karpfenerzeugung
(Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
Drs. 18/27514

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ordentliche Wertschätzung für herausragendes und vorbildliches Waldmanagement
(08 05 Tit. 531 97)
Drs. 18/27515

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mittel für Moore und Waldumbau im Staatswald
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
Drs. 18/27516

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Waldumbau in Zeiten des Klimawandels vorantreiben – Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald
(Kap.08 05 Tit. 892 97)
Drs. 18/27517

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Planstellen für die Ämter für Ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/27518

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hinreichend Personal für einen stabilen Waldumbau
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 18/27519

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 08 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/27531

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 08 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27532

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 08 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/27533

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufwand für Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 18/27534

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erstattungen für die Erbringung von Dienstleistungen in den Geschäftsbereichen Bildung und Versuchswesen
(Kap. 08 03 Tit. 532 65)
Drs. 18/27535

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ressource Wasser schonen: Wiedervernässung von Mooren als unwirksame Umweltmaßnahme nicht übermäßig fördern
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 18/27536

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe erhalten: Gegen die einseitige Quotenökologisierung zu Lasten der konventionellen Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/27537

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisung an den Fonds zur Errichtung und zum Betrieb des Innovationszentrums des UN-Welternährungsprogramms in München
(Kap. 08 03 Tit. 614 01)
Drs. 18/27538

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufwand für Zuschüsse zur Verbraucheraufklärung in Ernährungsfragen und für Projekte zur ernährungsbezogenen Gesundheitsförderung
(Kap. 08 03 Tit. 683 59)
Drs. 18/27539

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für eine selbstbestimmte Ernährung unserer Bürger ohne staatliche Einflussnahme
(Kap. 08 03 Tit. 683 59)
Drs. 18/27540

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufwand für Zuschüsse zur Ausbildung und zum Einsatz von Dorfhelferinnen und Betriebshelfern
(Kap. 08 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/27541

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fokussierung des Haushalts auf Kernthemen der Landwirtschaft beibehalten: Keine übermäßige, nachträgliche Förderung von nichtstaatlichen Bildungszentren aufgrund der Coronapandemie
(Kap. 08 03 Tit. 684 80)
Drs. 18/27542

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zu den Beiträgen der bay. Ferkelerzeuger an die Tierseuchenkasse
(Kap. 08 03 Tit. 686 13)
Drs. 18/27543

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hilfen zur Milderung von außergewöhnlichen Belastungen und Notständen (Kap. 08 03 Tit. 697 03)
Drs. 18/27544

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Urban Greening vorantreiben, Chancen der Stadtbegrünung nutzen und Lebensqualität erhöhen (Kap. 08 03 Tit. 883 58)
Drs. 18/27545

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an den Wirtschaftsbetrieb (Investitionen) (Kap. 08 03 Tit. 891 65)
Drs. 18/27546

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Weide-, Alm- und Alpwirtschaft (Kap. 08 03 Tit. 892 15)
Drs. 18/27547

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, regional und vielfältig (Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
Drs. 18/27548

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zum Insektenschutz in der Agrarlandschaft (Sonderrahmenplan) (Kap. 08 04 Tit. 683 72)
Drs. 18/27549

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Tierwohl als gesellschaftliche Zukunftsaufgabe begreifen und stärker fördern (Kap. 08 04 Tit. 892 70)
Drs. 18/27550

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kompensation von Wolfsschäden umfassend sicherstellen (Kap. 08 05 TG 88 neuer Tit.)
Drs. 18/27551

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Hans Herold
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Rainer Ludwig
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Gerd Mannes
Abg. Annette Karl
Abg. Walter Nussel
Abg. Albert Duin
Abg. Kerstin Schreyer
Staatsminister Hubert Aiwanger

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 07

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26754 mit 18/26761)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/26741 mit 18/26753 und 18/27981
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26647 mit 18/26657, 18/26659 mit 18/26672)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26673 mit 18/26737, 18/26739 und 18/26740)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/26638 mit 18/26646)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26631 mit 18/26637)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat wie immer 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/26672 und die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/26685 namentliche Abstimmung beantragt haben.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Hans Herold für die CSU-Fraktion das Wort.

(Harald Güller (SPD): Ist von der Staatsregierung überhaupt jemand da?)

– Nein, bis jetzt nicht.

(Harald Güller (SPD): Niemand?)

– Bis jetzt sehe ich keinen.

(Harald Güller (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

– Trotzdem hat der Kollege Hans Herold das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anscheinend hat das gestrige Länderspiel doch einige sehr stark beansprucht.

(Allgemeine Heiterkeit – Harald Güller (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

– Harald, ganz cool bleiben. Ich gehe davon aus, dass wir das auch ohne schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute geht es um den Einzelplan 07 für das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Man kann festhalten: "Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts."

Diesen Spruch kennen Sie sicherlich. Ich möchte darauf hinweisen, dass unsere Wirtschaft für das gesamte Bundesgebiet auch deswegen wichtig ist, weil wir aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Situation und aufgrund der guten Wirtschaftspolitik, die die Bayerische Staatsregierung seit Jahrzehnten macht, in der Lange sind, jährlich sogar 10 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich einzuzahlen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, das ist ein ganz wichtiger Hinweis in Bezug auf die Wirtschaftspolitik im Freistaat Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade die Abwicklung der Corona-Hilfen stellte, wie Sie alle wissen, auch das Wirtschaftsministerium vor große Herausforderungen, die es gut gemeistert hat. Aktuell steht der Wirtschaftsbereich hinsichtlich der Energiefragen im Fokus. Deswegen möchte ich mich gleich zu Beginn ganz herzlich bei unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie bedanken. Sie

haben die großen Herausforderungen sehr gut gemeistert. Herr Minister, herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Wir danken sonst häufig den Steuerzahlern. Wir dürfen auch den Unternehmen, den Konzernen, den vielen Freiberuflern und Selbstständigen und insbesondere unseren Familienbetrieben danken, die in Deutschland ihre Steuern bezahlen. Der Wirtschaftsetat umfasst in diesem Jahr 1,7 Milliarden Euro. Man kann deutlich erkennen, dass gerade im Jahr 2021 eine Steigerung in Höhe von 18 % zu verzeichnen gewesen ist, im Jahr 2022 eine Steigerung in Höhe von 8 %. Frau Kollegin Schreyer wird den Einzelplan wirtschaftlich bewerten, ich möchte ihn ein bisschen ins Haushaltsrecht einordnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Wirtschaftsetat verfolgt im Grunde drei Aufgaben: Erstens. Die Erfüllung der klassischen Aufgabe eines Wirtschaftsministeriums, nämlich die Bewältigung der Energiekrise und die Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Bayern. Das gelingt uns – im Gegensatz zu Berlin – geräuschlos und sehr effizient. Wir brauchen keine 90-stündigen oder 30-stündigen Sitzungen im Koalitionsausschuss, die oftmals ohne Ergebnisse ausgehen. Wir schaffen das Ganze in kürzerer Zeit und auch mit guten Ergebnissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens. Die Anbahnung von Zukunftsprojekten ist wichtig. Gerade bei den Forschungsprojekten und bei der Energie- und Technologieförderung werden viele Zahlungen logischerweise erst in den kommenden Jahren abgewickelt werden – das wissen Sie. Gerade der Freistaat ist ein verlässlicher Partner und sieht deswegen schon heute entsprechende Verpflichtungsermächtigungen auf Rekordniveau, nämlich in Höhe von 1,6 Millionen Euro, vor. Das ist eine ganz wichtige Botschaft. Damit sind die Zahlungen in den kommenden Jahren gesichert. Das ist gerade auch für unsere Wirt-

schaft enorm wichtig. Vorzeitige Förderstopps, wie sie beim Bund inzwischen leider – ich betone: leider – immer häufiger vorkommen, wollen wir in Bayern nicht; gerade Wirtschaft und Forschung brauchen Planungssicherheit.

Drittens. Wie in jedem Haushalt sind die Wünsche natürlich oftmals größer als die finanziellen Realitäten. Wir setzen daher Prioritäten und geben als Staat nur das aus, was wir auch einnehmen. Das bedeutet konkret: Vorfahrt für Krisenbewältigung und Zukunftssicherung.

Zum Thema "Prioritäten im Wirtschaftsetat": Es geht uns in erster Linie auch aufgrund der großen Herausforderungen der letzten Jahre darum, Existenzen zu retten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade im Rahmen der Bayerischen Energie-Härtefallhilfe in Höhe von insgesamt 256 Millionen Euro können Betriebe einen Zuschuss zu den Energiekosten erhalten. Die IHK für München und Oberbayern wickelt die Hilfen in bewährter Weise ab; dafür möchte ich meinen herzlichen Dank aussprechen.

Zum Thema "Energiezukunft gestalten": Wir investieren kraftvoll. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich hervorheben: Wir investieren kraftvoll in die Energiewende. Für das Jahr 2023 sind bereits 145 Millionen Euro vorgesehen und in den Folgejahren immerhin 570 Millionen Euro. Wir beschleunigen gleichzeitig die Genehmigungsverfahren bei den Regierungen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der Minister und der Staatssekretär haben entsprechende Stellenmehrungen vorgesehen. Davon profitieren vor allem Elektrolyseure, Wasserstoffleitungen und die Forschung zu Geothermie und Wasserstoff. Aktuell wird deutlicher denn je: Wir können russisches Gas nur ersetzen, wenn wir eigene Lösungen haben. Dafür ist technischer Fortschritt notwendig.

Ein wichtiger Punkt ist weiterhin das Thema "Hightech voranbringen": Bayern – darauf kann man sehr stolz sein – ist Hightech-Standort Nummer eins. Allein für Innovation und Technologie stehen im Wirtschaftsetat 791 Millionen Euro bereit. Rund ein Drittel davon ist für die Hightech Agenda vorgesehen, ein Drittel ist für die Nobelpreisfor-

schung der Max-Planck-Institute und der Fraunhofer-Institute vorgesehen und ein weiteres Drittel für Halbleiter und Raumfahrt.

Ich möchte die weiteren Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung, enthalten im Einzelplan 15, nicht unerwähnt lassen. Diesen Einzelplan wird mein Kollege Johannes Hintersberger vorstellen. Das Wissen und der Transfer in unsere Unternehmerlandschaft sichern die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft. Innovation und Wissen sind die bayerischen Rohstoffe. Ich komme gleich zum Ende meiner Ausführungen, damit noch genügend Zeit für meine Kollegin Kerstin Schreyer bleibt. Gerade als Vertreter des ländlichen Raumes möchte ich ausdrücklich betonen, dass wir im Rahmen der Regionalen Wirtschaftsförderung viele Mittel vorgesehen haben und weiterhin den Bereich des Tourismus stärken werden.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung für diesen Einzelplan und bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste – sie ist schon da – die Kollegin Barbara Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich mich beim Wirtschaftsministerium insgesamt bedanken – für die gute Zusammenarbeit, dafür, dass wir viele Themen oft bilateral klären konnten, und für die freundliche, überparteiliche Koordination. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin, wie wahrscheinlich Sie alle, oft in bayerischen Unternehmen unterwegs. Wenn ich frage, was man sich von der Wirtschaftspolitik am meisten wünscht, höre ich immer das Gleiche – es ist völlig egal, ob ich in einem Schreinerbetrieb oder in einem weltweit agierenden Zulieferbetrieb bin –: Was es braucht, ist eine verlässliche und zukunftsfähige Energieversorgung.

Bei diesem Thema hat die CSU aus unserer Sicht komplett versagt. Aber auf dieses Thema geht nachher mein Kollege Martin Stümpfig ein. Deswegen lasse ich das jetzt so stehen und gehe zum nächsten Thema weiter: Fachkräfte.

Hier haben wir einen wichtigen Punkt; denn noch immer werden Menschen aus Bayern aus Gründen abgeschoben, die niemand nachvollziehen kann. Ich kenne Beispiele von Menschen, die super integriert sind, die hier Schulabschlüsse erworben und eine Ausbildung, zum Beispiel in der Altenpflege, absolviert haben, aber jetzt abgeschoben werden mit der Ausrede – es ist eine Ausrede –, sie lebten noch in der Unterkunft. Aber es gibt halt keine Wohnungen. So werden Menschen abgeschoben, die wir brauchen – im Gesundheitsbereich, aber eben auch in der Wirtschaft.

Die Bayerische Staatsregierung verschärft die Fachkräftesituation durch eine besonders langsame Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. In Bayern dauert es 364 Tage, bis ein Arzt oder eine Ärztin seinen bzw. ihren Beruf anerkannt bekommt; in Schleswig-Holstein dauert es nur einen Tag. Kein Wunder, dass Bayern zum unbeliebtesten Bundesland unter den Zuwanderern wird. Das ist wirklich so; man kann es nachlesen.

Gleichzeitig hat der Ministerpräsident mit seinem vorschnellen Wahlkampfgetöse, die Meisterausbildung kostenfrei zu machen, große Unsicherheit ausgelöst. Wie immer wurde dann alles auf die Bundesebene abgewälzt, obwohl alle wissen, dass dieses Thema schon im Koalitionsvertrag steht.

Jetzt geht es um die Erhöhung des Meistersbonus, auch in diesem Haushalt. Natürlich sind wir dafür. Wir sind ja für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Aber in den regulären Haushaltsberatungen wurde genau dieser Antrag der Opposition, nämlich den Meisterbonus zu erhöhen, abgelehnt. Nachdem alles schon fertig war, hat man alle Haushaltspläne noch einmal geöffnet, um dieses Thema nachträglich einzuspielen. Das war ein riesiger Aufwand, einfach weil man bei einem Thema der Opposition nicht zustimmen kann. Ernst gemeinte Gleichstellung von be-

ruflicher und akademischer Bildung bedeutet aber komplette Kostenfreiheit. Insoweit gibt es noch viel zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber im Ankündigen war der Herr Ministerpräsident ja schon immer ganz groß. Im Wahlkampfjahr läuft er zu neuer Hochform auf. Zum Beispiel hat er angekündigt, dass der Freistaat 100 Millionen Euro investiert, um die bayerische Wirtschaft krisenfest zu machen und zu stützen. Schauen wir in den Haushalt: Tatsächlich stehen nur 16 Millionen Euro drin. Der größte Teil des Geldes fließt zudem in ein einziges Projekt, nämlich in eine Mehrzweckdemonstrationsanlage. Das nützt aber dem Elektriker in Oberfranken oder dem Zulieferer in Mittelfranken genau gar nichts. Hier sehe ich keine Unterstützung für die kleinen und mittleren Unternehmen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch ein wichtiges Thema, Herr Aiwanger: der Automobilfonds mit einem Volumen von 120 Millionen Euro, über den wir vor Kurzem an anderer Stelle gesprochen haben. Die Mittel kommen bisher nicht an. Ich habe die Daten ausgewertet. Bisher sind davon nur 18 Millionen Euro ausgegeben worden.

Das heißt aber nicht, dass er nicht gebraucht würde. Das heißt auch nicht, dass die Betriebe nicht dringend Unterstützung in der Transformation brauchten; wir wissen das aus verschiedenen Gesprächen. Aber die Zugriffsbedingungen bzw. die Auffindbarkeit des Programms ist so schlecht und die Hürden sind so hoch, dass der Fonds nicht ausgeschöpft wird. Ein Förderprogramm, das nicht ausgeschöpft werden kann, ist meistens nicht "handlebar". Aber es ist auf gar keinen Fall unnötig. Wir müssen die Zugangsbedingungen verändern. Der Förderdschungel ist einfach undurchschaubar und für den Mittelstand von seiner Kapazität her nicht zu durchdringen.

Umso mehr freue ich mich, dass wir einen Aspekt, nämlich die Regionalförderung, durch die Absenkung der Mindestinvestitionssumme – ich sage auch hier: gemeinsam

– verändern konnten. Dafür bin ich dankbar; denn das Programm wird auf diese Art und Weise attraktiver für kleine Betriebe. Aber wir müssen es jetzt verstetigen. Wir müssen es vor allen Dingen bekannt machen.

Insgesamt brauchen wir verlässliche politische Rahmenbedingungen. Ich bitte Sie alle: Fordern Sie Ihren Ministerpräsidenten Herrn Söder auf, damit aufzuhören, Wahlkampf auf dem Rücken des bayerischen Wirtschaftsstandortes zu machen. Bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Rainer Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Entwurf des Haushalts 2023 setzt der Freistaat seinen Kurs einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik fort. Die Rahmenbedingungen könnten allerdings derzeit herausfordernder nicht sein.

Die epochalen Veränderungen, die geopolitischen Unsicherheiten, insbesondere die Wirtschafts- und Energiekrise, stellen den Haushalt vor besondere Anforderungen. Der Einzelplan für den Bereich Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie ist deshalb wegweisend, wenn es darum geht, die angespannte Lage zu bewältigen, die Zukunft des Innovationsstandortes Bayern und somit die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes zu sichern sowie vorrangig die Resilienz unserer Unternehmen zu stärken. Ich glaube, das ist uns vorbildlich gelungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Unabhängigkeit im Energiesektor spielen eine hervorgehobene Rolle. Die Gesamtausgaben von knapp 1,8 Milliarden Euro hierfür signalisieren einen signifikanten Aufschlag. Allein für den Bereich der Allgemeinen Wirtschaftsförderung sind rund 870 Millionen Euro vorgesehen. Weitere Schwerpunkte

bilden Maßnahmen zur regionalen und strukturellen Wirtschafts- und Standortförderung mit einem Volumen von über 440 Millionen Euro. Wir setzen klare Akzente bei der Förderung von Technologie, Forschung und Entwicklung.

Ein zweites großes Leitmotiv heißt "Energiezukunft gestalten". Unter diesem Aspekt werden Investitionen von rund 146 Millionen Euro zur kraftvollen Energieförderung angestoßen. Aus dem Paket "Energie und Klima" kommen zusätzlich 500 Millionen.

Meine Damen und Herren, während die Ampel immer wieder versucht, unsere regenerativen Energien – wie Wasserkraft, Bioenergie oder den nachwachsenden Rohstoff Holz – auszubremsen oder zu diffamieren, setzen wir verantwortungsbewusst und entschlossen auf die energetische Transformation und den beschleunigten Ausbau unserer Heimatenergien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Freistaat ist auch auf diesem Gebiet führend, die Nummer eins. Dennoch investieren wir weiterhin fulminant – analog den Zielen des Bayerischen Energieplans 2030 – in Photovoltaik, in Wasserkraft, in Wind, verstärkt in das Segment Geothermie sowie in die Schlüsseltechnologie Wasserstoff. Wir setzen wichtige Impulse durch die Förderung der Elektrolyseure mit 150 Millionen Euro und der Wasserstoffinfrastruktur mit 100 Millionen Euro; für die Errichtung von Wasserstofftankstellen stehen erneut 10 Millionen Euro bereit.

Meine Damen und Herren, mein besonderer Dank diesbezüglich gilt allen voran unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und seinem Staatssekretär Roland Weigert. Mit Weitsicht und unermüdlichem Engagement werden hier die Weichen in Sachen Energiepolitik gestellt, und zwar ideologiefrei, pragmatisch und mit gesundem Menschenverstand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Speziell die bayerische Wasserstoffstrategie trägt die Handschrift unseres Wirtschaftsministers. Dank seiner Initiativen fließen weitere Mittel in die Geothermieforschung, in Bioenergieprojekte und in die Entwicklung der neuen Förderinitiative BioWärme Bayern.

Die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wird mit 5 Millionen Euro berücksichtigt. Zur Beschleunigung all dieser Verfahren werden fast 140 neue Stellen für Fachkräfte bei den Regierungen geschaffen.Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist Ausdruck für eine nachhaltige, klimaneutrale, sektorenübergreifende Energie-, Wärme- und Mobilitätswende!

Ein weiteres großes Kapitel ist die Umsetzung zusätzlicher Hightech-Maßnahmen. Für Innovation und Technologieförderung disponieren wir hier knapp 800 Millionen Euro. Ich denke, das herausragende Leuchtturmprojekt ist unsere Hightech Agenda. Hierfür sind im Einzelplan schon seit 2020 rund 1,46 Milliarden Euro veranschlagt. Auch heuer werden rund 300 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Auch dies birgt ein außerordentliches Potenzial. Für die Grundfinanzierung von Forschungseinrichtungen und neuer Maßnahmen haben wir 280 Millionen Euro veranschlagt. Zudem werden die Halbleiterindustrie sowie weitere IPCEI-Projekte mit insgesamt 90 Millionen Euro – davon alleine im Bereich Mikroelektronik 50 Millionen Euro – gefördert.

Wuchtige Signale senden wir schließlich zur Stärkung des Mittelstandes und des Handwerks. Für eine nachhaltige Mittelstandsoffensive sind bis 2025 knapp 350 Millionen Euro eingeplant. Mehr Geld gibt es, wie Sie wissen, künftig für die Fachkräfteausbildung, speziell für das Meister-BAföG 183 Millionen Euro und zusätzlich 47 Millionen Euro für den Meisterbonus. Nicht zuletzt auf unsere Initiative hin wurde dieser rückwirkend zum 01.01.2023 auf 3.000 Euro aufgestockt. Mit ihm schaffen wir nicht nur Anreize zur beruflichen Weiterbildung als gleichgestellten Abschluss, Bayern realisiert damit auch quasi die Kostenfreiheit der Meisterausbildung. Auch dies ist ein markanter Meilenstein!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Hinweisen, meine Damen und Herren, möchte ich auch noch auf das LfA-Mittelstandskreditprogramm. Mit 18 Millionen Euro wird der erhöhten Nachfrage nach zinsverbilligten Krediten infolge steigenden Zinsniveaus Rechnung getragen.

Ich darf ein Fazit ziehen: Der Einzelplan 07 ist wie der gesamte Haushalt ein energischer Schub für den führenden Wirtschaftsstandort Bayern. Er stärkt die Innovationskraft unserer Unternehmen und sorgt für deutlich mehr Energieautarkie. Er ist aber auch ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Er begegnet allen planwirtschaftlichen und ideologischen Ansätzen, meine Damen und Herren. Er ist die richtige Antwort auf die Fragen unserer Zeit. Er signalisiert nicht Verbot und Verzicht, sondern Fortschritt und Entwicklung. Insgesamt hält dieser Plan eine gute Balance zwischen notwendigen Ausgaben für die Krisenbewältigung und Zukunftssicherung in unserem Lande einerseits und einer fein austarierten finanzpolitischen Verantwortung andererseits.

Ich bedanke mich bei allen beteiligten Akteuren, bei unserem Wirtschaftsministerium, bei dem gesamten Haushaltsausschuss, speziell bei unserem Sprecher Bernhard Pohl für sein jahrelanges, vorbildliches Wirken. Ich glaube, in der derzeitigen, von Krisen geprägten Situation ist dieser Entwurf ein echter, solider fiskalpolitischer Stabilitätsanker. Er hat unsere Zustimmung verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Ludwig, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Stümpfig, dem ich das Wort erteile.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, so leicht lassen wir Sie nicht gehen.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Das habe ich erwartet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich hätte eine Frage zum 10.000-Häuser-Programm. Dieses war einmal das Flaggschiff für den Klimaschutz der Staatsregierung. Von 2022 auf

2023 ist es jetzt um 40 % gekürzt worden. Seit Jahren werden nur noch PV-Speicher gefördert. Nun liest man – seit April 2022 ist das PV-Speicher-Programm eingestellt – auf der Homepage, PV-Speicher würden sich auch ohne Förderung von selbst lohnen. Wir GRÜNE haben schon lang gesagt, dass die Förderung der PV-Speicher totaler Quatsch ist. Wir brauchen endlich eine Förderung von energetischer Sanierung. Hier frage ich Sie – der Homepage ist nichts darüber zu entnehmen, wohin es mit dem 10.000-Häuser-Programm gehen soll –: Werden Sie die energetische Sanierung von Gebäuden jetzt endlich fördern? Das ist die eigentliche Baustelle bei der Wärmewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Ludwig, bitte.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, wie Sie wissen, ist dieses 10.000-Häuser-Programm mit überragendem Erfolg in Bayern gelaufen. Wir haben daraufhin interveniert, dass dieses Programm auch vom Bund in vorbildlicher Manier übernommen werden sollte. Unser Wirtschaftsminister hat dahin gehend sehr stark Einfluss genommen. Passiert ist im Bund bis heute leider nichts. Ich spiele den Ball somit gerne zurück und würde Sie bitten, dass Sie hierfür in Berlin die Weichen stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Aiwanger, die zwei Milliarden Euro für den Haushaltsplan Ihres Ministeriums sind in Teilen für klimaideologische Transformation verplant. Dies ist aus unserer Sicht eine inakzeptable Verschwendung von Steuergeldern. Herr Aiwanger,

warum unterwerfen Sie sich dieser ökosozialistischen Planwirtschaft? Hören Sie auf, mit den GRÜNEN zu kuscheln!

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Hören Sie auf, mit den GRÜNEN zu kuscheln, Herr Pohl. Jawohl! Betreiben Sie lieber zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Lachen Sie nicht, das stimmt.

(Alexander König (CSU): Alle lachen!)

Die Staatsregierung hat immer noch nicht begriffen, dass die Energiewende große Teile unserer Industrie zerstört.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Hören Sie zu, Herr Pohl! – Der Klimaschutz stellt Teile der Wirtschaft vor unlösbare Aufgaben und ruiniert ganze Branchen. Das ist eine ernste – –.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Bayern verliert zunehmend an Attraktivität unter Ihrer Regierung, was vor allem an den explodierenden Energiekosten und staatlich verursachter Bürokratie liegt. Ich darf eine Studie zitieren: Das Institut der deutschen Wirtschaft sagt, dass der Industriestandort Bayern den letzten Platz bei Steuerlast, Arbeits- und Energiekosten belegt. Dies sollten Sie sich einmal zu Herzen nehmen! Wichtige Unternehmen verlassen derzeit fluchtartig das Land und siedeln sich im Ausland an. Die Abschaltung der Kernkraft war für die Wettbewerbsfähigkeit und Energiesicherheit ein absoluter Wahnsinn.

Die staatlich verordnete E-Mobilität ist ein Stellenvernichtungsprogramm. Der Zulieferverband CLEPA geht infolge der Verkehrswende von einem Verlust von 500.000 Arbeitsplätzen in der Zulieferindustrie aus. Wir brauchen einen Haushaltsplan, der komplett auf Technologieoffenheit setzt. Nur so bleibt Bayern wettbewerbsfähig! Der sogenannte Transformationsfonds ist ein Beispiel für falsche Haushaltsplanung. Das Greenwashing, das der Steuerzahler für bayerische Unternehmen finanziert, brauchen

wir nicht. Herr Aiwanger, ein seriöser Wirtschaftsminister darf in der aktuell ernsten wirtschaftlichen Lage kein Geld für grün lackierten Blödsinn verschleudern! Selbstverständlich stimmt die AfD einer solchen Verschwendung von Steuergeldern und damit dem gesamten Haushaltsplan nicht zu.

Der Haushalt hat aber – das haben wir schon gehört – auch sinnvolle Ansätze wie die Förderung von Start-ups, die Unterstützung von KMU und Handwerksbetrieben. Die geplanten Ausgaben für Technologie- und Medizinforschung sowie Luft- und Raumfahrtförderung gehen im Wesentlichen in Ordnung. Wir sehen hier aber noch Verbesserungspotenzial für gezielte Fördermaßnahmen. Dies gilt insbesondere für die Förderung von Start-ups und die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. In unseren 73 eingebrachten Änderungsanträgen fordern wir eine verbesserte und gezieltere Mittelverwendung.

Ich sage es noch einmal: Die sinnlose Verschwendung von Haushaltsmitteln für die sektiererische Klimaideologie ist falsch! Die Subventionierung nicht wettbewerbsfähiger Energieerzeugung lehnen wir ab. Die entsprechenden Positionen im Haushalt wollen wir streichen und damit 130 Millionen Euro einsparen. Demgegenüber schlagen wir eine Aufstockung für wertschöpfende Sektoren von 120 Millionen Euro vor. Für den Fahrzeugbau wollen wir eine komplett technologieoffene Förderpolitik. Statt einseitig auf E-Fahrzeuge zu setzen, wollen wir verstärkt an der Entwicklung alternativer Kraftstoffe arbeiten. Die AfD hält am Verbrennungsmotor fest, auch weil es weltweit bald zwei Milliarden Fahrzeuge gibt. Der größte Teil davon wird mit dem Verbrennungsmotor angetrieben. Die damit verbundenen Arbeitsplätze wollen wir unbedingt erhalten. Wer diesen wichtigen Markt politisch abwürgt, hat nicht das Wohl unserer Volkswirtschaft im Sinn.

Wir setzen mit unseren Anträgen auch auf weitere Schwerpunkte in der zukünftigen Industriepolitik. Wir wollen Haushaltsmittel für die Erforschung von Kernkraft und Kernfusion. Nur so, Herr Aiwanger, erhält Bayern in Zukunft eine robuste und grundlastfähige Energieversorgung. Wir brauchen die Erforschung der Kerntechnik, weil Bayern

kein sonnenreiches und windstarkes Land ist, sondern ein Schattenland mit häufigen Flauten.Also Windkraft- und Solaranlagen – das stimmt, glauben Sie es mir – haben an anderen Orten deutlich mehr Ertrag.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Das stimmt doch. Das können Sie doch nicht abstreiten. – Wir sollten lieber die Möglichkeiten neuer Kerntechnologien nutzen und dabei gleichzeitig den sogenannten Atommüll in neuartigen Reaktoren entsorgen. Das ist ein zukunftsfähiges Konzept zur grundlastfähigen Energieerzeugung.

Wir wollen auch den Ausbau von bayerischen Industrie-Clustern auf den Weg bringen, und zwar im Bereich Mikrochips, Robotik, Luft- und Raumfahrt, Verteidigung. Ich erinnere gern noch mal an unsere Antragsserie zum Aufbau der bayerischen Halbleiterindustrie. Sie wurde von der Regierung erst abgelehnt und dann später nahezu kopiert. Herr Aiwanger, Sie sollten sich wirklich mal fragen, warum der Chiphersteller Intel sein milliardenschweres Werk nicht in Bayern errichtet hat.

Hoffen wir, dass sich potenzielle Investoren in Zukunft für den Standort Bayern entscheiden! Insgesamt brauchen wir mehr Förderung von Hightechindustrie und günstiger Energieerzeugung. Muffige ökosozialistische Planwirtschaft schadet uns nur. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu, insbesondere – das möchte ich noch mal betonen – unserem Antrag für die Forschungsmittel zu Kernkraft und Kernfusion!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Annette Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Herr Staatsminister! Die Menschen und auch die bayerische Wirtschaft stehen seit 2020 vor großen Herausforderungen. Wir haben die Pandemie, den Angriffskrieg gegen die Ukraine, damit verbunden Lieferkettenschwierigkeiten, die Ener-

giekrise, aber auch die Themen Fachkräftemangel, Digitalisierung und Transformation. Es gibt also sehr viel zu tun in sehr kurzer Zeit für alle unsere Unternehmen.

Die Bundesregierung hat in Reaktion auf die Krisen große Hilfspakete geschnürt, um die Folgen von Corona und der Lockdowns abzufedern, aber auch zur Unterstützung bei steigenden Energiepreisen und zur Unterstützung von Anstrengungen hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Das Projekt "transform.by" ist hier ein herausragendes Beispiel.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, der Industrie, aber auch der kleinen und mittleren Unternehmen ist ein ganz wichtiger Punkt; denn wir wissen alle, dass die Wirtschaft und die dort beschäftigten Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer die Grundlage unseres Wohlstands in Bayern sind. Krisen zu bewältigen gelingt aber nur mit vereinten Anstrengungen auf allen politischen Ebenen – von EU, Bund, Land und Kommunen. Der heutige Haushaltsentwurf des Wirtschaftsministeriums spiegelt diesen Willen zu gemeinsamen Anstrengungen allerdings nicht wider.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen: Hören Sie endlich auf, unser starkes und schönes Bayern durch Ihr ewiges Gejammer Richtung Berlin kleinzureden! Das kommt mir vor wie auf dem Schulhof:

(Beifall bei der SPD)

Frau Lehrerin, Frau Lehrerin, der Nachbarsbub hat mich nicht mehr lieb und ärgert mich ständig! – Hören Sie damit auf!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn es aber stimmt!)

Schauen Sie sich die Situation in Bayern an! Führen Sie eine ordentliche Analyse der Situation durch! Prüfen Sie die Handlungsoptionen, und legen Sie dann los! Der erste Punkt dabei ist, auch mal ein bisschen Selbstkritik zu üben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Situation, dass uns durch den verpennten Ausbau von Windkraftanlagen und Stromleitungen irgendwann verschiedene Strompreiszonen in Deutschland drohen. Leider hat Bayern seine Hausaufgaben nicht gemacht.

Es gibt einige Punkte, bei denen Bayern natürlich eigene Handlungsoptionen hat und daran arbeiten kann. Ich möchte einige, die sich auch in unseren Haushaltsanträgen widerspiegeln, erwähnen. Ein Punkt zeigt ja, dass es geht. Das ist das Thema der kostenfreien Meisterausbildung. Stellen wir mal hintan, dass wir das seit Jahren fordern und immer wieder abgelehnt bekommen haben, das letzte Mal bei unserem aktuellen Haushaltsantrag bei den Haushaltsberatungen. Aber immerhin siegt am Ende dann anscheinend doch irgendwann die Vernunft; dann gab es die Änderungsanträge, und jetzt ist der Meisterbonus erhöht. Eine Sache, die wir sehr begrüßen! Was natürlich nicht fehlen darf, ist wieder der Zeigefinger nach Berlin: Ach bitte, Bundesregierung, in Zukunft zahlst du aber die Chose. – So geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang müssen wir uns natürlich das ganze Thema des Handwerks und der Ausbildungssituation genauer anschauen. Wir fordern deshalb mehr Mittel für überbetriebliche Bildungszentren des Handwerks. Diese leisten ganz hervorragende Arbeit, aber sie brauchen mehr Unterstützung bei der Ausrichtung der beruflichen Bildung auf Digital- und Technologiekompetenzen. Der Klimaschutz kann nur gelingen, wenn es auch genügend Leute gibt, die die entsprechenden handwerklichen Fähigkeiten haben.

Wir fordern die Fortführung und Weiterentwicklung des 10.000-Häuser-Programms; denn wir sind der Meinung, hier kann man noch viel tun, um die Menschen niederschwellig zu unterstützen. Hier nicht nur wieder den Finger nach Berlin richten: Bund, zahl du bitte! – Das ist nicht unsere Prämisse für politisches Handeln in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Thema Digitalbonus: ein Programm, auf das wir alle sehr stolz sind. Es ist das Vorzeigeprogramm für kleine und mittlere Unternehmen, es ist niederschwellig und unkompliziert in der Beantragung. Auch hier sind wir der Meinung, dass man dieses Programm weiterentwickeln und den Fokus stärker auf die Beschäftigten legen muss, um hier die Qualifizierung der Mitarbeiter im Bereich Digitalkompetenzen förderfähig zu machen.

Die Wärmeversorgung und stabile Energieversorgung sind auch ein wichtiger Beitrag. Hier sind wir der Meinung, dass das Geld, das für die Geothermie eingestellt ist, viel zu wenig und ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Wir brauchen hier deutlich höhere Summen, um Zuschüsse für Versicherungsprämien für die Kommunen gewähren zu können und den Kommunen damit letztendlich Planungssicherheit zu schaffen, auch Kommunen, die nicht so viel Geld haben wie zum Beispiel Unterhaching.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt: Regionale Planungsverbände. Auf sie kommen große Herausforderungen zu, sei es, Vorranggebiete auszuweisen, sei es durch das Thema "Koordinierung von Mobilitäts- und Entwicklungskonzepten". Sie müssen deshalb besser ausgestattet und besser in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Walter Nussel gemeldet.

Walter Nussel (CSU): Frau Kollegin Karl, Sie werfen uns vor, dass wir den Fingerzeig nach Berlin machen. Aber angesichts des Chaos der letzten Tage in Berlin kommen ja die Firmen, die Unternehmer zu uns und sagen: Was sollen wir denn jetzt machen? Worauf sollen wir uns denn verlassen? – Sagen Sie den Leuten, worauf sie sich verlassen sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie werfen uns das 10.000-Häuser-Programm vor. Im KfW-Programm steht, dass man jetzt, wenn man ein Fernwärmenetz hat, nicht mehr mit Holz beheizen darf. Lauter solche Dinge sind es, bei denen die Leute nicht mehr wissen, wo hinten und vorne ist. Bitte mal eine klare Aussage, wie wir uns da verhalten sollen ohne Fingerzeig nach Berlin! Ich weiß nicht, wie wir das machen sollen. Die sollen ihre Politik da drüben ordnen, damit wir genau wissen, was los ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Karl, bitte.

Annette Karl (SPD): Zwei Sätze zum Thema Chaos: Ich denke, es ist in Berlin deutlich geworden, dass wir momentan in der Ampel stellvertretend für die ganze Gesellschaft vier schwierige Konflikte ausdiskutieren und dafür planen müssen.

(Zurufe von der AfD – Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Dafür muss man sich – wie andere Bundesregierungen – manchmal auch Zeit nehmen. Was das Thema Chaos angeht, sage ich nur das Stichwort "Schutz von Trinkwasser". Was Sie da in den letzten Tagen abgezogen haben, war erbärmlich.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die FDP-Fraktion der Kollege Albert Duin.

Albert Duin (FDP): Guten Morgen, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang hatte ich mir einen Text geschrieben, der passt aber eigentlich gar nicht mehr, weil ich eigentlich nicht unzufrieden bin mit den Ergebnissen von gestern Abend in Berlin. Ich hatte echt große Befürchtungen, dass es schlimmer ausgeht. Aber ich denke mal, das war für uns auf alle Fälle ein sehr guter Kompromiss, mit dem ich leben kann.

Aber kommen wir zum Haushaltsentwurf, dem Einzelplan 07 in Bayern. Dass man sich auf der Regierungsseite feiert, ist klar, weil ihr ja so toll und so wunderschön seid und alles so prima macht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Tatsächlich ist es aber so: Es wird immer so getan, als ob das Wirtschaftsministerium unter Hubert Aiwanger so unheimlich viel getan hätte.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Meiner Meinung nach ist es tatsächlich so: Wenn der Ministerpräsident "hü" sagt, dann läuft er, sonst nämlich nicht, und wenn er "hott" sagt, dann steht er.

(Beifall bei der FDP)

Vom Wirtschaftsminister kenne ich nur, dass er durch das Land fährt und Schecks verteilt und sich ganz toll findet. Er hält Bierzeltreden, die in Wirklichkeit keinen Inhalt haben.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Den Habeck meinen Sie!)

Kommen wir gleich mal zum Meisterbonus. Seit Jahren fordern wir das immer wieder, die SPD und ich.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir auch, und wir setzen es um!)

Wenn der Ministerpräsident nicht gesagt hätte, jetzt machen wir's, würde Hubert Aiwanger heute noch herumeiern und versuchen, irgendetwas zu tun.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ihr fordert, wir setzen um! Läuft doch!)

Dann macht ihr was im Affekt – 3.000 Euro gibt es jetzt – und beachtet nicht, dass dadurch eine Überkompensation in manchen Meisterausbildungen erfolgt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weil der Bund gar nichts tut, deshalb 3.000 Euro! Dort, wo ihr regiert, geht gar nichts!)

Jetzt werden 3.000 Euro bezahlt. Das ist ja in Ordnung, darüber freue ich mich auch.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Im Ausschuss haben wir uns enthalten. Wir wollten euch erklären, dass das eine Überkompensation ist bei manchen Meisterausbildungen. Ihr habt aber wieder total vergessen, dass es noch viele schulische Ausbildungen gibt, für die die Schüler zahlen müssen, zum Beispiel: Biologisch-technische Assistentin, Chemisch-technische Assistentin, Gymnastiklehrer, Kirchenmusiker. Alle die müssen für ihre Ausbildung selber zahlen. Das verstehe ich nicht. Assistenten für Innenarchitektur, die müssen bezahlen für ihre Ausbildung. Warum das? Das sind jetzt die Letzten, die darunter leiden müssen.

Aber wir haben noch andere Themen. Ich denke an die Corona-Hilfen. Wir haben Corona-Hilfen, Soforthilfen ausgegeben. Es kann doch nicht unser Ernst sein, dass wir jetzt, nach drei Jahren, von Hunderttausenden von Leuten, Unternehmen, die Kompensation zurückfordern.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das müssen sie auch in NRW machen!)

Sie wurden einfach dichtgemacht; sie konnten gar nichts dafür. Ihnen wurde die Geschäftsgrundlage entzogen. Jetzt fordert man zurück. Wie hätten die das sonst machen sollen?

(Gerd Mannes (AfD): Dann hätte man im Wirtschaftsausschuss unserem Antrag zustimmen sollen!)

Als Nächstes kommt Uniper. Wir haben darüber gesprochen. Wir wollen, dass Bayern das zurücknimmt. Verstaatlichung? Ehrlich jetzt?

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das ist doch jetzt verstaatlicht!)

– Der Bund ist Teilhaber an einem Unternehmen. Ihr wollt es kaufen. Das ist ein Riesenunterschied. Wenn ihr von Wirtschaft nichts versteht, dann sitzt ihr in der falschen Bank. Ganz einfach, so ist es.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER – Staatsminister Hubert Aiwanger: Der Lindner ist jetzt zuständig!)

Wir kommen jetzt zur Geothermie. Die Staatsregierung gibt jetzt 7,5 Millionen Euro Zuschuss. Aber so eine Probebohrung kostet schon bis zu 10 Millionen Euro. Die kommen damit nicht weit, wenn die vorher nicht wissen, ob im Untergrund etwas ist.

Aber generell ist es so: Ihr redet zwar davon, dass ihr etwas vom Handwerk versteht und dass ihr etwas vom Mittelstand versteht und von Energie. Wisst ihr was? – Ihr habt keine Ahnung. Ihr habt wirklich keine Ahnung.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Nur du!)

Ihr versucht, den Leuten nach dem Mund zu reden. Wenn hier einer Ahnung hat, dann bin ich das, und da oben die Präsidentin.

(Heiterkeit bei der FDP – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Alles, was ihr vermasselt, schiebt ihr auf Berlin. Berlin ist schuld! Zwei Drittel eurer Anträge beginnen damit, Berlin habe irgendetwas nicht gemacht. Ein Drittel der Anträge betreffen eventuell Bayern.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Berlin ist wie ein Magnet! Das zieht immer alles an! – Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Ich komme zum Schluss: Ich bin sehr zufrieden mit Bayern. Bayern ist ein tolles Land. Es ist das beste Land in Deutschland.

(Beifall bei der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber bitte, dann haben wir doch auch das Selbstbewusstsein, das nach außen zu tragen und nicht "Mimimi" nach Berlin zu machen!

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt zwei Zwischenbemerkungen und damit eine Redezeitverlängerung. Die erste kommt von der Kollegin Barbara Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Duin, bei allem Respekt, den Zahn muss ich Ihnen leider ziehen: Es gibt hier noch mehr Leute, die sich im Handwerk auskennen.

(Zurufe)

Was Sie nicht wissen – offensichtlich hat die Absprache zwischen Ihren Kolleg*innen im Wirtschaftsausschuss und im Haushaltsausschuss nicht funktioniert –: Wir haben im Haushaltsausschuss schon geklärt, dass eine Überkompensation – das war ja die Ausrede für Ihre Enthaltung – nicht stattfinden kann, weil die Finanzierung Meister-BAföG und KfW-Darlehen, was dann dazu führt zusammen mit dem Meisterbonus, nach den tatsächlich berechneten Kosten stattfindet und nicht pauschal abgerechnet wird. Das stimmt also nicht. Sie sind nicht der Einzige, der sich auskennt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Albert Duin (FDP): Liebe Frau Kollegin Fuchs, tatsächlich habe ich aus dem Haushaltsausschuss gehört, dass es die 3.000 Euro sind; die sind festgeschrieben. Der Rest kommt aus Berlin. Dadurch haben wir automatisch eine Überkompensation. Wenn eine Meisterausbildung nur 6.000 Euro kostet, erfolgt eine Überkompensation.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Gönnen Sie es denen nicht?)

Ich bin auch noch Mittelständler, Unternehmer und Handwerker. Das kommt dazu.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Kollege Albert Duin, zum Thema Rückzahlung von Corona-Hilfen: Ja, es ist wirklich unerträglich, dass die Regierung die Unternehmer gezwungen hat, ihre Tätigkeit einzustellen. Die konnten nicht mehr ihre Arbeit machen. Wir von der AfD haben ein Moratorium für die Rückzahlung von Corona-Hilfen gefordert. Die FDP hat diesen Antrag abgelehnt. Warum?

Albert Duin (FDP): Weil wir einen besseren hatten.

(Gerd Mannes (AfD): Das ist doch Schmarrn!)

– Doch, das ist so.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Das war die zweite und letzte Zwischenbemerkung. Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass sich Albert Duin jetzt auch mit der Geothermie befasst hat. Da kann er sich dann in ganz vielen Reihen anschließen. Ich komme später noch mal zum Thema Geothermie.

Frau Fuchs hat gesagt, der Ministerpräsident soll aufhören, Wahlkampf auf dem Rücken des Mittelstandes zu machen. Frau Fuchs, ich meine, der Kollege Rainer Ludwig war es, aber auch Hans Herold, die beiden haben immer wieder formuliert, welches Geld wir dringend aus Berlin bräuchten, wo Berlin Zusagen gemacht hat und sie nicht eingehalten hat. Das ist es, was unter Schlechtreden diskutiert werden kann. Das ist Politik auf dem Rücken des Mittelstandes, was Sie da treiben. Ich finde die Aussage von Ihnen äußerst sportlich.

Frau Karl betont zu Recht, dass wir Bayern nicht schlechtreden sollten. Damit haben Sie völlig recht. Wenn Sie Frau Fuchs zugehört haben, haben Sie das Schlechtreden gut mitbekommen. Insofern, Frau Karl: Wir sind alle miteinander stolz auf dieses Bayern, und dieses Bayern floriert so, weil es eine Koalition gibt, die uns so vorwärtsbringt, dass es uns in Bayern richtig gut geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zunächst einmal möchte ich dem Herrn Minister gratulieren für die Verhandlung des Haushalts. Der Minister hat es hingekriegt, dass wir eine Steigerung um 4,42 % haben. Das ist nicht immer ganz einfach. Hans Herold hat die Zahlen sehr schön aufbereitet, deshalb will ich jetzt nicht mehr in alle Zahlen reingehen. Der Haushälter hat das so schön gemacht, ich glaube, das brauche ich nicht zu wiederholen.

Wichtig ist an den Stellen aber schon, auch mal zu schauen, wo wir gerade stehen, was wir hinbekommen haben:

Erstens. Der Wirtschaftsminister hat eine Steigerung des Haushalts.

Zweitens haben wir die Situation, dass wir bei den Zukunftsprojekten und bei der Krisenbewältigung wirklich eine sehr gute Balance haben. Bayern steht da zu seinen Leuten.

Das LfA-Mittelstandskreditprogramm wurde auf 18 Millionen Euro erhöht. Das muss man schon auch sehen: Gerade jetzt, wo der Mittelstand in große Probleme kommt, ist

das ein klares Zeichen für den Mittelstand. Deshalb bitte ich an den Stellen auch zu sehen, was hier geleistet wird.

Energie-Härtefallhilfen wurden gerade schon angesprochen. Der Bund hat ja großzügig gesagt, 155,6 Millionen Euro wird er bereitstellen. Entsperrt hat er 62,2 Millionen Euro. Das heißt also, der Bund hat die Wirtschaft mal wieder völlig im Regen stehen lassen. Er macht Politik auf dem Rücken der Unternehmerinnen und Unternehmer.

(Zuruf von der SPD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Gott sei Dank hat sich der Freistaat entschieden, die 100 Millionen bereitzustellen. Ich danke dem Herrn Minister, aber natürlich auch dem gesamten Kabinett dafür, dass der Freistaat eben nicht nur auf Berlin gezeigt, sondern gesagt hat, wenn die es nicht können, dann darf das nicht auf dem Rücken des Mittelstandes passieren. Danke dafür, dass die 100 Millionen Euro bereitgestellt werden, zusätzlich natürlich die Abwicklungskosten. Danke auch der IHK für München und Oberbayern, dass sie uns mit der zügigen Abwicklung hilft.Berlin hat den Mittelstand im Regen stehen lassen; Bayern hat das kompensiert. Danke schön, Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Meisterbonus ist jetzt schon vielfach bemüht worden. Ich bin sehr froh darüber, dass wir es hinbekommen haben, den entsprechenden Zuschuss zu gewähren und die Meister wirklich gleichzustellen; sie haben es verdient. Das war eine sehr kluge und weise Entscheidung.

Wir haben gerade auch die Fragen zu erneuerbaren Energien besprochen. Natürlich ist wichtig, dass hier neue Stellen geschaffen werden. Das Ganze kann nur dann abgewickelt werden, wenn Personen da sind. 137 neue Stellen werden ressortübergreifend geschaffen, um die Abwicklung der Anträge zu organisieren; denn nur dann funktioniert es auch.

Der Hightech-Bereich wurde von meinen Kollegen schon angesprochen. Hightech Agenda und Hightech Agenda Plus sind natürlich ganz wichtige Dinge. Persönlich freue ich mich, dass wir 10 Millionen Euro und 40 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen für die Raumfahrt eingestellt haben. Da wird auch der Ludwig Bölkow Campus in Taufkirchen und Ottobrunn massiv profitieren. Damit stärken wir einen Leuchtturm für Bayern, Deutschland und Europa. Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass dies im Blick behalten wird und es nicht nur darum geht, irgendwie Geld zu verteilen. Hier haben wir einen Leuchtturm. Danke schön dafür, dass wir hier auch weiterentwickeln können!

Ich möchte an der Stelle auch noch einmal die genannten Forschungseinrichtungen genauso wie die Initiative ansprechen, die gerade dem Ministerpräsidenten und dem Minister im Bereich Wasserstoff wichtig sind. Persönlich ist mir aber das Thema Geothermie sehr wichtig; es ist schön, wenn sich jetzt so viele Menschen dafür interessieren. Ich war diejenige, die im Gemeinderat saß und mitabgestimmt hat, als deutschlandweit das erste Geothermieprojekt in der Gemeinde Unterhaching auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb finde ich es spannend, wer an dieser Stelle alles schon Kenntnisse haben und sie offensichtlich schon über Jahre kultiviert haben will. Genauso spannend finde ich es, wenn bei der Geothermie solch merkwürdige Zahlen herumschwirren. Hier ist ordentlich Geld für die dauerhafte Förderung enthalten; es gibt zusätzliches Geld für die Forschung in Höhe von 10 Millionen Euro, weil wir es natürlich schaffen müssen, dass wir das in ganz Bayern organisieren, wenn Geothermie schon so gut funktioniert. Deswegen ist die Forschung wichtig, damit auch in Nordbayern andere Bohrverfahren organisiert werden können, sodass wir an dieses Gold herankommen.

Die Geothermie ist ein riesengroßer Schatz, den wir in diesem Land haben. Im Gemeinderat in Unterhaching wurde das auf den Weg gebracht; damals war kein einziger

Abgeordneter aus diesem Raum außer mir anwesend. Das liegt einfach am Wohnort und daran, dass wir einen innovativen Bürgermeister hatten, der das schön auf den Weg gebracht hat. – Und bevor der Zwischenruf kommt: Ja, er gehört nicht meiner Partei an. Wir haben das einstimmig im Gemeinderat auf den Weg gebracht; das ist eine große Kunst, die man auch entsprechend hinbekommen muss.

Lieber Herr Minister, insofern bin ich persönlich sehr froh darüber, dass wir sowohl in den erneuerbaren Energien gut sind als auch in der Geothermie vorwärtskommen. Ich möchte mich in diesem Fall auch als Ausschussvorsitzende beim Minister und beim Staatssekretär ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken; Sie sind immer da, wenn wir Sie anfragen. Danke schön! – Dieser Haushalt ist ein Zukunftshaushalt; ihm kann man nur zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Stümpfig. – Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin Schreyer, wir hatten letzte Woche als Fraktion der GRÜNEN im Wirtschaftsausschuss den Antrag gestellt, dass man das Projekt zur petrothermalen Geothermie in Nordbayern – in Bamberg bzw. im Bamberger Raum – stärker fördern soll. Die gerade von Ihnen angesprochenen 10 Millionen Euro haben den großen Haken, dass die Leute, die sich damit beschäftigen, private Geldgeber für dieses Pilotprojekt finden müssen; das ist die Vorgabe. Nur dann würden diese 10 Millionen Euro ausgegeben. Sie wissen hoffentlich ganz genau, dass es 15 Millionen Euro kostet, eine normale Dublette in einem Molassebecken zu bohren. Dort oben haben wir ein Pilotprojekt; da helfen diese 10 Millionen Euro überhaupt nichts. Das heißt: Das Projekt steht.

Ich frage Sie: Warum lehnen Sie unseren Antrag ab, der fordert, dass wir hier mehr Gelder bekommen? Wann kommt hier endlich auch für Nordbayern eine Geothermie-

förderung, die den Namen verdient, und nicht nur 7,5 Millionen Euro, wie jetzt im Haushalt steht? Das ist wirklich ein Tropfen auf den ganz heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, bitte schön.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Stümpfig, Ihre Wortmeldung ist wirklich äußerst mutig, weil wir es waren, die für Nordbayern bewusst gesagt haben: Wir wollen, dass man forscht und schaut, wie man mit den Bohrtechniken so hinkommt, dass das Ganze auch in Nordbayern funktioniert. Wissen Sie, es gibt einen Schalthebel, an dem wir wirklich Hilfe bräuchten; das betrifft leider Gottes das, was im Koalitionsvertrag des Bundes steht: Das ist die Fündigkeitsrisikoversicherung. Dort, wo Sie handeln könnten, schreiben Sie es zwar in einen Koalitionsvertrag, aber Sie stellen es nicht ein. Das würde allen Gemeinden helfen. Machen Sie Ihre Aufgaben dort, wo Sie in der Verantwortung sind; wir machen unsere hier.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr habt das 16 Jahre lang nicht gemacht!)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun hat der Kollege Stümpfig seine ordentliche Redezeit für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das muss der letzte Haushalt sein, den CSU und FREIE WÄHLER entworfen haben. Es gibt keine Zukunftstauglichkeit, keinen Mut für neue Wege und keine klaren Ziele.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wohin wollen Sie in der Energiepolitik steuern? – In diesem Haushalt findet man dazu rein gar nichts.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Dann hast du nicht geschaut! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– 1,7 Milliarden Euro ist Ihr Haushalt schwer, Herr Aiwanger. Mit diesen 1,7 Milliarden Euro könnte sich einiges bewegen lassen. Aber was machen Sie? – Die CO_2-Emissionen steigen; Sie bewegen überhaupt nichts.

(Tobias Reiß (CSU): Ihr seid doch die Kohleverbrenner!)

Das ist auch kein Wunder, weil Sie genauso wie Ministerpräsident Söder nur hin und her schwanken. Schauen wir auf das Thema Netzausbau: Bei Ihnen ist es so: Je nachdem, wo Sie gerade in Bayern herumstehen, sind Sie einmal dafür und einmal dagegen. Auch Ministerpräsident Söder hat im Jahr 2015 gesagt, er werde diese Leitungen über das LEP verhindern. – Sie von der Regierung sind dafür verantwortlich, dass wir im Jahr 2022 Redispatch-Kosten in Höhe von 4 Milliarden Euro hatten, weil ohne Ihre Blockade im Bund die HGÜ-Leitungen schon lange fertig wären. Das ist Ihr Verschulden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu, dass sich jetzt der gleiche Ministerpräsident Söder hinstellt und wirklich traut, in Richtung Berlin mehr Leitungen zu fordern, kann man nur sagen: Wie widersprüchlich und wie planlos ist das denn!

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Diese Planlosigkeit zieht sich durch den ganzen Haushalt. Auch bei der Wortmeldung des Kollegen Ludwig zum 10.000-Häuser-Programm hat man wieder gesehen, dass man nur auf Berlin zeigt

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zu Recht!)

und keinerlei eigene Akzente setzt. Bei Kollegin Schreyer ist es bei der Geothermie das Gleiche. Es gibt von der Bundesregierung eine Förderung von Wärmenetzen zu

40 %. Letzte Woche wurde unser Antrag im Ausschuss wieder abgelehnt, bei dem wir gesagt haben, dass es noch ein bisschen mehr braucht und auch die Staatsregierung etwas leisten soll. Es gab gar keinen Beitrag für Wärmenetze und Geothermie von Ihrer Seite. Das ist Ihre Energiepolitik. – Wirklich eine Katastrophe!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit uns GRÜNEN hätten wir schon lange ein Wärmegesetz; wir hätten Nahwärmenetze, einen Wärmeplan und einen Geothermiefonds.

(Zuruf von der AfD: Wahnsinn! – Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wir hätten PV-Anlagen auf allen Schulgebäuden usw. Sie blockieren nur; Sie bauen keine Hürden ab. Sie bauen neue auf, wie zum Beispiel bei der Windkraft. Die Bundesregierung räumt hier jetzt wirklich die Hürden aus dem Weg; Sie bauen neue bei der Kartierung der Vögel auf; das muss man sich erst einmal einfallen lassen. Die Blockade der Staatsregierung geht weiter. Deswegen sage ich ganz klar: Wenn Sie weiterhin das Geld wie Frau Holle ohne Plan und ohne Sinn und Verstand verstreuen, werden wir hier in Bayern keine vernünftige Energiepolitik haben. Deswegen sagen wir GRÜNE hier ganz klar: Diese Koalition muss im Oktober abgewählt werden.

(Walter Nussel (CSU): Gott sei Dank ist Ihre Zeit jetzt um!)

Wir brauchen hier endlich eine gute Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist der Kollege und Staatsminister Hubert Aiwanger. Bitte schön.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Danke für diese energische Debatte, an der man sieht, dass die Nerven blank lie-

gen und dass uns alle miteinander das Thema einer starken bayerischen Wirtschaft bewegt. Insofern nehme ich Ihre Angriffe auch als persönliche Ideen mit; soweit sie verwertbar sind, sind wir bereit, die Dinge einzubauen. Trotzdem glaube ich, dass dieser Haushalt und die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre in dieser Bayernkoalition goldrichtig waren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben die Themen rechtzeitig erkannt und die Probleme abgefrühstückt, schon bevor es die Spatzen von den Dächern gepfiffen haben. Jetzt springen viele auf Züge auf, die schon lange losgefahren sind, aber wir Bayern waren relativ früh vorne mit dabei.

Beginnen wir beim Thema Wasserstoff, bei dem kein anderes Bundesland auch nur annähernd solche Weichen wie Bayern gestellt hat. Wir legen jetzt ein Elektrolyseur-Förderprogramm mit 150 Millionen Euro auf und bauen als erstes und bisher einziges Bundesland überhaupt Lkw-Wasserstofftankstellen. Wir weisen seit Jahren auf die Umnutzung der Erdgasnetze Richtung Wasserstoff hin, was von der Bundesregierung – man könnte sagen – bis vor wenigen Tagen massiv verhindert worden ist. Dort hat man die "Wärmepumpen-über-alles-Strategie" gefahren und wollte 20 Millionen Haushalte in Deutschland, die heute an der Erdgasleitung hängen, in den nächsten Jahren von der Heizung abkoppeln und ihnen sagen: Erdgas muss komplett raus und Wärmepumpen rein.Auch der Wärmepumpenstrom wird aber mit Kohle, Erdgas, Öl oder Atom erzeugt und kommt nicht nur aus Wind und Sonne, vor allem im Winter in der Nacht. Wir Bayern haben die Weichen gestellt.

Jetzt, in den letzten Tagen, kommt man immer mehr zur Erkenntnis, dass die Netze durchaus umrüstbar sind. Heute gibt es einen Bericht über Open Grid Europe, der sagt: Wir können deutschlandweit die Netze umnutzen. – Die Ampel hat das jetzt um fünf nach zwölf kapiert und öffnet jetzt plötzlich die Möglichkeit, einen Heizungstausch dann nicht einzufordern, wenn man von Erdgas auf Wasserstoff umstellt. Noch vor we-

nigen Tagen und Wochen habt ihr gesagt: Es ist Spinnerei vom Aiwanger, es geht gar nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Es geht! Ihr wolltet nur nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genauso ist es beim Thema CleanTech. Da werfen Sie uns heute vor, dass wir so viel in diese Mehrzweckdemoanlage in Straubing investieren. – Jawohl, wir hätten damit, wenn sie fertig ist – sie kostet einen ordentlichen Batzen Geld –, die modernste Anlage Europas, um erneuerbaren Treibstoff in zunehmend größerem Maßstab zu erforschen, die Techniken zu erproben und damit genau das Problem zu lösen, das mit der Debatte über das Verbrennerverbot nach einer Antwort ruft. Ihr habt wohl erst Gesetze befördert und unterstützt, die alles verbieten wollten. Jetzt kurz vor knapp hat die Ampel gesagt: Okay, dann akzeptieren wir einen CO_2-freien Treibstoff respektive einen Treibstoff, der in der CO_2-Bilanz eben neutral ist. Wir haben die Technik und werden dann die Ersten sein, die wissen, wie es geht, und den anderen Ländern die Technik geben können. Wir werden das umsetzen, was Sie wieder mal erst um fünf nach zwölf kapiert haben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nächster Punkt: Meisterbonus. Es ist ja schön, dass sich jetzt viele über diese 3.000 Euro freuen. Die FDP sagt komischerweise, es wäre eine Überkompensation. Vorher hat sie sich beschwert, dass wir die Überkompensation bei den Corona-Hilfen zurückfordern, und da will sie den Handwerksmeistern die Überkompensation nicht gönnen, wenn die mal mit den jetzt 3.000 Euro pauschal ein paar Hundert Euro mehr bekämen, als sie für Kurs- und Prüfungsgebühren ausgeben mussten. Ich gönne denen das. Ich bin froh, dass wir Handwerksmeister haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Staatssekretär Roland Weigert: Bravo!)

Noch mal: Ideen und Pläne haben viele. Aber Bayern ist wieder mal das einzige Bundesland, das sie umgesetzt hat, kein anderes, auch nicht dort, wo grüne oder rote Ministerpräsidenten oder Wirtschaftspolitiker sind. In keinem anderen Bundesland gibt es die 3.000 Euro. Die gibt es nur in Bayern. Das ist Fakt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir haben auch nirgends so viel Start-up-Förderung, so viele Start-ups wie in Bayern. Wir sind stolz darauf, dass wir im letzten Jahr mit München die Start-up-Hauptstadt Deutschlands in Bayern hatten und damit Berlin überholt haben. Wir haben jetzt pro 100.000 Einwohner 14,5 Start-up-Gründungen in Bayern, in München. Berlin hat 13,6. Die weltweit und europaweit lange Zeit führende Start-up-Hauptstadt Berlin wurde von München überholt. Berlin feiert mittlerweile lieber Silvester – Bayern arbeitet.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Unsere Politik ist die der Stärkung des ländlichen Raums mit 19 digitalen Gründerzentren an 28 Standorten. Dieses System ist schon vor meiner Zeit aufs Gleis gesetzt worden. Danke, lieber Koalitionspartner! Dieses Netz beginnt jetzt zunehmend zu wirken. Wir sammeln damit die guten und intelligenten Köpfe Bayerns in der Fläche ein und ziehen die nicht alle wie ein Magnet die Eisenspäne nach München, sondern halten die guten Leute in der Fläche. Die sollen dort ihre Firmen gründen und dort mit dem Handwerk, mit dem Mittelstand zusammenarbeiten. Es ist jetzt auch unsere Vernetzungsstrategie, nicht eine abgekoppelte Elitenförderung zu betreiben, sondern diese Eliten, diese jungen Start-ups mit den Traditionsbetrieben zusammenzubringen – Start-ups, Handwerksmeister in einer bewährten Firma draußen usw. – und zu vernetzen, damit sie voneinander lernen und damit wir diese Mittelstandsbetriebe noch zu-

kunftsfester machen. Wir haben damit auch eine Rundumerneuerung im Mittelstand und pushen das Handwerk wie kein anderes Bundesland.

Meine Wahrnehmung draußen ist: Der Wind hat sich gedreht. Man schaut nicht mehr verächtlich auf das Handwerk runter, sondern Handwerk ist wieder in. Junge Leute wollen wieder Handwerker werden, auch aus Akademikerfamilien heraus. Das ist auch eine Auswirkung einer mittelstands- und handwerksfreundlichen Politik in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bezüglich der Energiewende haben wir auch so viel geliefert wie kein anderes Bundesland. Ja, ich gehe einen Schritt weiter: Bayern alleine hat in den letzten Jahren, auch im letzten Jahr wieder, mehr Freiflächen-PV-Anlagen installiert als der ganze Rest von Deutschland zusammen. Wir haben hier Akzente gesetzt. Wir stoßen jetzt natürlich an Netzengpässe, aber nicht, weil wir zu dumm gewesen wären, die Netze auszubauen,

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Doch!)

sondern weil die Verteilnetze, um die es geht, privatisierten Unternehmen gehören, die sich das von der Bundesnetzagentur bedarfsorientiert genehmigen lassen müssten.

(Florian von Brunn (SPD): Sie waren zu dumm, die Netze auszubauen! Sagen Sie doch die Wahrheit!)

Reden Sie mit der Bayernwerk AG! Die können nicht auf gut Glück Leitungen bauen.

(Staatssekretär Roland Weigert: Hört, hört!)

Die dürfen sie erst bauen, wenn die Bundesnetzagentur sagt: Da ist ein Engpass. – Sonst können sie das gar nicht abrechnen. Sie wissen also gar nicht, wovon Sie reden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Diese Netzengpässe vor allem im Verteilnetzbereich sind ja das Thema. Es geht nicht nur um die HGÜs.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Aber auch!)

Es geht darum, diese fünf Windräder, diese zehn PV-Hektar in die Netze vor Ort zu bekommen. Dazu brauchen Sie auch die 110-kV-Leitungen, nicht nur die großen. Das läuft über die Netzagentur.

(Florian von Brunn (SPD): Es ist schön, dass Sie nach Jahren das Problem auch erkannt haben!)

Also müssen wir hier in der Netzagentur eine offenere Politik gestalten, dass die überhaupt dürfen, dass die besser abrechnen dürfen und eine bessere Rentabilität bekommen; sonst machen die Ihnen das gar nicht. Reden Sie mal mit den Betroffenen! Reden Sie mit den Herren von Bayernwerk und Co.! Ich gebe Ihnen die Telefonnummern, wenn Sie die brauchen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bohren Sie bei der Bundesnetzagentur diesen Punkt auf, damit diese Leitungen überhaupt gebaut werden dürfen! Wir haben jetzt in Bayern, wenn wir nicht so schnell in die Netze kommen sollten, die Zielsetzung, zunächst einmal die Erneuerbaren in erster Linie dort auszubauen, wo die Netze das noch aufnehmen, um idealerweise die Wirtschaft vor Ort direkt zu beliefern und gar nicht so viele Netze zu brauchen, Elektrolyseure und Speichertechnik hinzustellen, um trotzdem ausbauen zu können und um hier nicht auf Engpässe zu stoßen, die überwunden werden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, wir haben jetzt auch im Bereich der Windkraft massiv die Tür geöffnet und haben über 90 Kommunen in der Beratung bei den Windkümmerern und haben Hunderte Projekte, die in der Umsetzungsplanung sind. Die Windkraft in Bayern wird also wirklich einen massiven Schub erfahren, genauso wie die Geothermie.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Auch hier sind wir mit Abstand bundesweit führend. Sie reden von "petrothermal" und dergleichen, auch in Gebieten, wo keine Warmwasserschichten unten sind. Warum machen Sie das nicht in Ihren grün regierten Bundesländern? In dieser Hinsicht passiert dort nichts. Wir haben in Bayern 80 % der bundesweit installierten Wärmeleistung in puncto Geothermie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Wenn Sie der Industrie und dem Wirtschaftsstandort Bayern etwas Gutes tun wollen, dann schließen Sie sich unserem Vorschlag an, den ich vor wenigen Tagen in der Wirtschaftsministerkonferenz gemacht habe und den ich jetzt in Berlin bei Herrn Habeck und Herrn Lindner usw. durchzusetzen versuche. Wir brauchen in Deutschland einen Industriestrompreis als Antwort darauf,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

dass die US-Amerikaner diesen IRA-Akt verabschieden mit 400 Milliarden Dollar, um die Wirtschaft massiv zu unterstützen, zu subventionieren und auch aus Deutschland abzuwerben. Während unsere Industrie bei den Stromkosten im zweistelligen Cent-Bereich unterwegs ist, bekommen die das Gas für einen Cent die Kilowattstunde.Unsere Energiepreise sind zehnfach höher, teilweise sogar noch mehr. Deshalb fordere ich einen Preis von 4 Cent netto, bezahlt aus dem "Doppelwumms" von Herrn Scholz. Da ist noch viel, viel Geld übrig. Das wären Pi mal Daumen 10 Milliarden Euro im Jahr. Damit könnten wir den Strompreis für die exportorientierte Wirtschaft und den Mittel-

stand von ungefähr 14 Cent auf 4 Cent netto heruntersubventionieren. Das könnten wir über den Mechanismus der Strompreisbremse abwickeln. Damit würde der Staat einen politischen Preis einziehen, wie das jetzt auch schon geschieht. Die Differenz wird staatlich subventioniert. Derzeit haben wir genau das gleiche System, schneiden aber nur die Spitze ab. Ich sage: Wir müssen etwas weiter heruntergehen. Wir haben mit dem "Doppelwumms" genug Geld zur Seite gelegt. Damit müssen wir die Wirtschaft in Deutschland entlasten, damit die chemische Industrie und die wettbewerbsorientierten internationalen Mittelstandsbetriebe hierbleiben und Deutschland nicht verlassen. Die Mechanismen und die Ideen wären da. Ich habe dieses Modell in der Wirtschaftsministerkonferenz vorgestellt. Auch die Roten und die GRÜNEN haben das Modell nicht schlecht gefunden. Unterstützen Sie mich dabei! Das ist der richtige Weg!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Uns wurden zwei Interventionen gemeldet. Die erste kommt von Herrn Kollegen Gerd Mannes. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, ich muss noch einmal auf Ihr Sündenregister in der Corona-Politik zu sprechen kommen. Sie haben vor zweieinhalb Jahren gnadenlos jedem Unternehmer die Tätigkeit untersagt und alles kurz und klein geschlagen. Sie haben einmal vor Wirtschaftsvertretern gesagt: Die Wirtschaft wird wissentlich und willentlich gegen die Wand gefahren. Meiner Erinnerung nach haben Sie auf Ihrer Internetseite auch behauptet, dass von den Hilfen nichts zurückbezahlt werden müsste. Die AfD hat für diese Hilfen ein Rückzahlungsmoratorium gefordert. Möchten Sie sich dieser Forderung hier und heute denn nicht anschließen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wenn ich dürfte, würde ich das vorgestern schon getan haben. Es ist aber nun einmal so, dass diese ausgereichten Steuermittel, die zu einem Großteil aus Bundesmitteln, zu einem kleineren Teil aus bayerischen Mitteln bestehen, strengen haushaltsrechtlichen Bedingungen unterworfen sind, die genau festgezurrt sind. In vielen Fällen hat

es geheißen, der Betrieb dürfe bis zu 5.000 Euro oder bis zu 10.000 Euro beantragen. Da gab es dann einen Betrieb, der bei gleichen Rahmenbedingungen 10.000 Euro beantragt hat, ein anderer Betrieb hat nur 6.000 Euro beantragt und wieder ein anderer Betrieb gar nichts.

Würde ich sagen, alles ausgereichte Geld ist draußen und bleibt draußen, dann wäre der Betrieb, der 10.000 Euro beantragt hat, obwohl er nur 4.000 Euro hätte bekommen dürfen, der Glückliche und würde im Wirtshaus zu den anderen sagen: Ihr Deppen hättet doch auch 10.000 Euro beantragen können. Wir hätten also gleich von Haus aus sagen müssen: Jeder Betrieb ab einer bestimmten Größe bekommt automatisch 5.000 Euro, 10.000 Euro oder 20.000 Euro Kopfgeld und muss das nicht mehr zurückzahlen. Genau das machen wir jetzt über die Pauschale bei den Handwerksmeistern. Wir sagen nicht: Der Handwerksmeister bekommt bis zu 3.000 Euro.

Wir können das leider nicht anders handhaben. Hier geht es um Steuergelder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Gerd Mannes (AfD): Ihre Corona-Politik war Doppelmurks!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Intervention kommt von Herrn Kollegen Albert Duin.

Albert Duin (FDP): Lieber Herr Staatsminister, lieber Hubert, du hast jetzt wissentlich falsch ausgedrückt, warum wir uns im Haushaltsausschuss beim Meisterbonus der Stimme enthalten haben.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich habe gar nichts dazu gesagt.

Albert Duin (FDP): Du hast doch gerade in deiner Rede gesagt, wir wären dagegen gewesen. Das stimmt nicht. Ich bin seit Jahren für den Meisterbonus. Aber er wurde nicht geschickt gemacht. Hättet ihr es bei den 2.000 Euro belassen und am Schluss die Differenz, die es mehr kostet, bezahlt, wäre das besser gewesen. Eine Überkom-

pensation ist einfach falsch. In vielen Lehrberufen muss heute noch die Schule für die Ausbildung bezahlt werden. Das ist die Ungerechtigkeit! Da müssen wir noch was tun!

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Lieber Albert, danke dafür, dass ich das korrigieren und richtigstellen darf. Ich habe das so im Detail gar nicht gesagt. Aber ich erkläre es dir noch einmal: Wir dürfen gar nicht ganz spitz abrechnen, weil es heißt, wir würden damit Bundesmittel ersetzen. Wir dürfen den Meisterbonus nur pauschal, quasi als Erfolgsprämie, in den Raum stellen. Diese Erfolgsprämie kann dann zufällig in etwa so hoch sein wie die Kosten oder etwas höher. Dieses Modell passt gut für die Praxis. Aber wenn wir sagen würden: Du hast Kosten in Höhe von X abzüglich des Meister-BAföG, welches Dreiviertel der Kosten ausmacht?

Ein Beispiel: Ein Tischlermeister kostet Pi mal Daumen 12.000 Euro. Das Meister-BAföG sind drei Viertel dieses Betrages, also 9.000 Euro. Dann bleiben noch 3.000 Euro übrig. Da passen unsere 3.000 Euro wie die Faust aufs Auge. In anderen Berufen liegen die Kosten bei 6.000 Euro. Nach dem Abzug von Dreiviertel der Kosten haben diese Berufe dann noch 500 oder 1.000 Euro über dem Durst. Das ist dann eben so.

Würden wir aber spitz abrechnen, dann wäre ein solcher Überschuss haushaltsrechtlich gar nicht möglich. Das ist juristisch nicht möglich. Ich werde dir das noch im Detail erklären; denn meine Zeit ist abgelaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, vielen Dank. Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Das Weitere kann gegebenenfalls schriftlich geklärt werden. – Da es hier ein bisschen nach Brand riecht: Wir sind auf der Suche nach der Ursache. Wenn es etwas hitzig geworden ist, dann hat das nichts mit der Debatte zu tun.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26631 mit 18/26657, 18/26659 mit 18/26737, 18/26739 mit 18/26761 sowie 18/27981 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27952 zugrunde.

Kolleginnen und Kollegen, vor der Abstimmung darf ich die Gelegenheit nutzen, Gäste aus der Ukraine auf der Ehrentribüne sehr herzlich willkommen zu heißen. Ich begrüße Herrn Abgeordneten Strikharskyi.

(Allgemeiner Beifall)

Der Abgeordnete Strikharskyi ist der stellvertretende Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe in der Rada. Er wird von unserem Generalkonsul der Ukraine in München Herrn Yarmilko begleitet. Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Bitte verwenden Sie Ihr Abstimmungsgerät.

Wir kommen zunächst zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bürgschaftsprogramm Geothermie" auf Drucksache 18/26672. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten, und die Abstimmung ist nun freigegeben. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 10:17 bis 10:20 Uhr)

Also, wer hier nicht abstimmen kann, möge bitte nach dort drüben gehen und dort abstimmen. Es scheint hier ein Problem zu geben. In der Sommerpause wird eine neue Anlage installiert.

Haben jetzt alle Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit gehabt, ihre Stimme abzugeben? – Noch nicht? – Gibt es noch jemanden, der noch nicht abstimmen konnte? – Also konnte jeder seine Stimme abgeben? – Ich sehe keinen, der noch nicht abstimmen konnte. Dann schließe ich die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion" auf Drucksache 18/26685. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung.

Jetzt muss ich einmal schauen, ob es schon so weit ist. Wir müssen noch einen Moment warten. Wie gesagt, im Sommer wird eine neue Anlage zum Abstimmen installiert. – Also offensichtlich gibt es heute ein bisschen Probleme. Wir müssen warten, weil das händisch nachgetragen werden muss. Bitte nehmen Sie zur Sicherheit einfach Ihre Abstimmungskarten mit, wenn es technische Probleme gibt, damit wir im Zweifelsfall mit den Urnen abstimmen können. Ich würde jetzt gerne noch warten. Wenn es technisch möglich ist, führen wir die Abstimmung in elektronischer Form durch. Es dauert noch einen Moment. – Es geht los. Wir können abstimmen.

(Namentliche Abstimmung von 10:24 bis 10:26 Uhr.)

Hat eine Kollegin oder ein Kollege seine Stimme noch nicht abgegeben? – Dann schließe ich die Abstimmung zum zweiten Antrag und verkünde das Ergebnis der Abstimmung über den ersten Antrag. Das ist der Antrag der GRÜNEN mit dem Titel "Bürgschaftsprogramm Geothermie" auf Drucksache 18/26672: Mit Ja haben 46 gestimmt. Mit Nein haben 101 gestimmt. Enthaltungen keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Wir müssen nun das zweite Ergebnis wegen der Gesamtabstimmung abwarten.

Wir haben jetzt das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion" auf Drucksache 18/26685: Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 132 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es eine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Dieser wird vom Haushaltsausschuss mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27952 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Kollege Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie die Abgeordneten Busch (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 07 in der vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Kollegen Plenk (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Wie hat der Kollege Sauter abgestimmt? War das eine Zustimmung? – Entschuldigung, dann war das der Kollege Sauter (fraktionslos), den habe ich vorher übersehen. Damit nachgeholt der Kollege Sauter.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27952 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26741 mit 18/26761 und 18/27981 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 07 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Bürgschaftsprogramm Geothermie (Kap. 07 05 neuer Tit.) (Drucksache 18/26672)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar			
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	46	101	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2023; hier: Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion (Kap. 07 02 neuer Tit.) (Drucksache 18/26685)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar			
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			X
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	12	132	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Franz Josef Pschierer u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Finanzierung des Bayerischen Auslandsrepräsentanzen-Netzwerks
   (Kap. 07 03 Tit. 547 87)
   Drs. 18/26631

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bonus für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen
   (Kap. 07 03 Tit. 681 01)
   Drs. 18/26632

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
   (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
   Drs. 18/26633

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse zur Förderung im Berufsgrundbildungsjahr
   (Kap. 07 03 Tit. 683 51)
   Drs. 18/26634

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Franz Josef Pschierer u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Förderung von Firmengemeinschaftsbeteiligungen an Messen und Ausstellungen
   (Kap. 07 03 Tit. 683 86)
   Drs. 18/26635

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse zur Förderung der Berufsbildung im Handwerk
   (Kap. 07 03 Tit. 686 52)
   Drs. 18/26636

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse zur Förderung des Handels und der Dienstleistungen
   (Kap. 07 03 Tit. 686 80)
   Drs. 18/26637

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kostenfreie Meisterausbildung gewährleisten – Meisterbonusprogramm aufstocken!
   (Kap. 07 03 Tit. 681 01)
   Drs. 18/26638

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Digitalbonus
   (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
   Drs. 18/26639

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten
    (Kap. 07 03 Tit. 894 52)
    Drs. 18/26640

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Allgemeine Wirtschaftsförderung: Förderung von dezentralen und mittelständischen Schlachtstrukturen!
    (Kap. 07 03 TG 51 - 52)
    Drs. 18/26641

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Kürzung der Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
    (Kürzung mit Blick auf Beschneiungsanlagen)
    (Kap. 07 04 Tit. 893 78)
    Drs. 18/26642

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung einer nachhaltigen Tourismuswirtschaft
(Kap. 07 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 18/26643

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fortführung und Ausweitung des 10.000-Häuser-Programms zur Förderung der Wärmewende im Gebäudesektor
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/26644

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkere Unterstützung der regionalen Planungsverbände
(Kap. 07 05 Tit. 686 79)
Drs. 18/26645

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstärkte Nutzung der Geothermie
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)
Drs. 18/26646

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
(Kap. 07 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/26647

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bonus für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen
(Kap. 07 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/26648

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayernweite Anlaufstelle für die freie Kultur- und Kreativwirtschaft für sozial-ökologische Nachhaltigkeit schaffen
(Kap. 07 03 Tit. 685 65)
Drs. 18/26649

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beton-Recyclingforschung voranbringen – EDF-Technologie fördern
(Kap 07 03 Tit. 893 71)
Drs. 18/26650

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausgaben zur Förderung des Handwerks:
Schaffung gewerkeübergreifender Schulungsstätten
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)
Drs. 18/26651

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung in Bayern etablieren
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/26652

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerisches Zentrum für Angewandte Energieforschung e. V. (ZAE Bayern) und die Energieforschung in Bayern besser fördern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/26653

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reparaturbonus zur Vermeidung von Elektroschrott und zur Unterstützung des Handwerks in Bayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/26654

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: SKZ – das Kunststoffzentrum und die sozial-ökologische Transformation der Kunststoffindustrie in Bayern besser fördern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/26655

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Akademie für Technikfolgenabschätzung
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/26656

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kürzung der Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 18/26657

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus einschließlich Saisonverlängerung
(Kap. 07 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 18/26659

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Geothermiegipfel für Bayern und Investitionsfonds für Geothermie
(Kap. 07 05 Tit. 547 75)
Drs. 18/26660

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stromsystem der Zukunft
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 18/26661

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Regionalplanung für mehr Klimaschutz
(Kap. 07 05 TG 79 neuer Tit.)
Drs. 18/26662

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neustart in der Landesentwicklung
(Kap. 07 05 TG 79 neuer Tit.)
Drs. 18/26663

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderprogramm Wärmenetze
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26664

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderprogramm Solarbiotope
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26665

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gründung Clearingstelle Windenergie und mobiler Mediations-Teams
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26666

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Energiesparberatung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26667

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gründung eines Instituts für raumbezogene Forschung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26668

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26669

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderprogramm Kommunale Klimaschutz- und Flächenmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26670

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sozial-Wärmefonds
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26671

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bürgschaftsprogramm Geothermie
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/26672

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 07 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/26673

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen an den Bund zur Mitförderung von „Important Projects of Common European Interest (IPCEI)“ in Bayern (Kap. 07 02 Tit. 631 86)
Drs. 18/26674

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für Forschungsvorhaben und sonstige Vorhaben im Bereich Wasserstoff- und Batterietechnologie sowie für sonstige Maßnahmen im Rahmen der Innovationspark-Initiative (Kap. 07 02 Tit. 683 60)
Drs. 18/26675

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Heranführung der Jugendlichen an wirtschaftliche Fragen (Kap. 07 03 Tit. 686 59)
Drs. 18/26676

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zu Projekten der Initiative „Fahrzeugtechnologie von morgen“ (Kap. 07 02 Tit. 683 86)
Drs. 18/26677

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung neuer Technologien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung (Kap. 07 03 Tit. 686 63)
Drs. 18/26678

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zu Projekten im Bereich „Mobilität der Zukunft" (Technologieförderung) (Kap. 07 02 Tit. 686 86)
Drs. 18/26679

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern (Kap. 07 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/26680

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zinsverbilligungszuschüsse an die LfA Förderbank Bayern zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen der Energieeffizienzförderung und des Ausbaus erneuerbarer Energien
(Kap. 07 05 Tit. 891 75)
Drs. 18/26681

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für Investitionen bei Forschungsvorhaben und sonstige Vorhaben im Bereich Wasserstoff- und Batterietechnologie sowie für sonstige Maßnahmen im Rahmen der Innovationspark-Initiative
(Kap. 07 02 Tit. 892 60)
Drs. 18/26682

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für Investitionen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) am Standort Augsburg
(Kap. 07 02 Tit. 893 59)
Drs. 18/26683

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zu Projekten im Bereich „Mobilität der Zukunft" (Energieförderung)
(Kap. 07 02 Tit. 893 86)
Drs. 18/26684

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/26685

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie-Großspeicher
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/26686

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufbau einer bayerischen Roboterinitiative (BYRo)
(Kap. 07 02 neuer Titel)
Drs. 18/26687

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital I – Zuschüsse zur Förderung von F&E-Verbundvorhaben und sonstiger Vorhaben der angewandten Forschung im Bereich Digitalisierungstechnologien
(Kap. 07 02 Tit. 683 57)
Drs. 18/26688

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital II – Zuschüsse und sonstige Ausgaben im Bereich 6. Generation Mobilfunk
(Kap. 07 02 Tit. 683 74)
Drs. 18/26689

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital III – Zuschüsse zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
(Kap. 07 02 Tit. 683 84)
Drs. 18/26690

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital IV – Förderung neuer Weiterbildungsformate zur Unterstützung des digitalen Transformationsprozesses
(Kap. 07 02 Tit. 686 85)
Drs. 18/26691

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital V – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 02 Tit. 883 74)
Drs. 18/26692

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital VI – Zweckgebundene Zuwendungen zum Ausbau und zur Verbesserung der Finanzierung von Innovations- und Digitalisierungsvorhaben sowie von innovativen Unternehmen
(Kap. 07 02 Tit. 891 84)
Drs. 18/26693

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital VII – Zuschüsse für innovative Vorhaben im Bereich von Verteilnetzen
(Kap. 07 02 Tit. 893 85)
Drs. 18/26694

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital VIII – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/26695

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital IX – Zuschüsse zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieprojekten zur Digitalisierung Bayerns
(Kap. 07 03 Tit. 685 69)
Drs. 18/26696

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayern Digital X – Zuschüsse zur angewandten Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 686 69)
Drs. 18/26697

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern I – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von technologieorientierten und/oder digitalen Unternehmensgründungen, Netzwerkaktivitäten und Maßnahmen in der Vorgründungsphase
(Kap. 07 02 Tit. 683 82)
Drs. 18/26698

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern II – Zuwendung zur Errichtung eines Wachstumsfonds und ScaleUp-Fonds für Beteiligungen an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase und zur Bereitstellung von Wagniskapital
(Kap. 07 02 Tit. 686 82)
Drs. 18/26699

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern III – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Betreuung von Existenzgründern und Betriebsübernehmern durch Beratung und Fortbildung sowie Finanzierung gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Gründungsdynamik und des Gründungsklimas
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)
Drs. 18/26700

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern IV – Zuschüsse zur Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen sowie von Maßnahmen in der Vorgründungsphase
(Kap. 07 03 Tit. 683 64)
Drs. 18/26701

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern V – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Gründerland Bayern“
(Kap. 07 03 Tit. 686 65)
Drs. 18/26702

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern VI – Zuschüsse und sonstige Ausgaben/Cluster-Offensive Bayern/Förderung der Clusterbildung
(Kap. 07 03 Tit. 686 92)
Drs. 18/26703

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern VII – Zuschüsse für Investitionen zur Förderung von Gründerzentren im Bereich Digitalisierung
(Kap. 07 03 Tit. 893 97)
Drs. 18/26704

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ladeinfrastruktur I – Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 02 Tit. 892 86)
Drs. 18/26705

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ladeinfrastruktur II – Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 18/26706

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Initiative BYSi I – Fördermittel für eine bayerische Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/26707

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Initiative BYSi II – Rohstoffpartnerschaften – Silizium und Seltene Erden für die bayerische Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie (Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/26708

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Initiative BYSi III – Zuschüsse für den Ausbau von Forschungseinrichtungen im Bereich Mikroelektronik und Life Science (Kap. 07 02 Tit. 686 80)
Drs. 18/26709

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Initiative BYSi IV – Zuschüsse für Investitionen beim Ausbau von Forschungseinrichtungen im Bereich Mikroelektronik und Life Science (Kap. 07 02 Tit. 893 80)
Drs. 18/26710

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Initiative BYSi V – Zuschüsse zur angewandten Forschung im Bereich Elektronische Systeme (Kap. 07 03 Tit. 683 67)
Drs. 18/26711

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Medizintechnik I – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Medizintechnik in Bayern (Kap. 07 03 Tit. 686 68)
Drs. 18/26712

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Medizintechnik II – Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen im Bereich der Medizintechnik in Bayern (Kap. 07 03 Tit. 893 68)
Drs. 18/26713

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Finanzierung einer Kompetenzstelle Elektromobilität und alternative Antriebstechnologien (Kap. 07 03 Tit. 547 98)
Drs. 18/26714

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bonus für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen
(Kap. 07 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/26715

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung im Berufsgrundbildungsjahr
(Kap. 07 03 Tit. 683 51)
Drs. 18/26716

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für ein Bioökonomieförderprogramm zur stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen und zur Investitionsförderung für Demonstrations-, First-of-its-kind und Scale-up-Anlagen
(Kap. 07 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/26717

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 18/26718

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung des Handwerks
(Kap. 07 03 Tit. 686 52)
Drs. 18/26719

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Fachkräfteversorgung der bayerischen Wirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 686 55)
Drs. 18/26720

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Berufsbildung für die Wirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 686 56)
Drs. 18/26721

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung von FuE-Verbundvorhaben und sonstiger Vorhaben der Bayerischen Luftfahrtindustrie (BayLu25)
(Kap. 07 02 Tit. 686 59)
Drs. 18/26722

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für Investitionen zur Förderung neuer Technologien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung
(Kap. 07 03 Tit. 893 62)
Drs. 18/26723

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung und Einführung neuer Technologien (Bayer. Technologieförderungsprogramm)
(Kap. 07 03 Tit. 893 65)
Drs. 18/26724

94. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)
Drs. 18/26725

95. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten für die Wirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 894 56)
Drs. 18/26726

96. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Energiewende I – Vergütungen für Arbeitnehmer zur Umsetzung der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 428 75)
Drs. 18/26727

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Energiewende II – Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 18/26728

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Energiewende III – Zuschüsse für laufende Zwecke für Maßnahmen zur Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 18/26729

99. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Energiewende IV – Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen für Maßnahmen der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 892 77)
Drs. 18/26730

100. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer für Forschungsvorhaben
(Kap. 07 05 Tit. 428 76)
Drs. 18/26731

101. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 05 Tit. 526 75)
Drs. 18/26732

102. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Fachveröffentlichungen
(Kap. 07 05 Tit. 531 75)
Drs. 18/26733

103. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausgaben für den Vollzug energierechtlicher Vorschriften
(Kap. 07 05 Tit. 532 77)
Drs. 18/26734

104. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fachbezogene Sachausgaben
(Kap. 07 05 Tit. 547 75)
Drs. 18/26735

105. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75)
Drs. 18/26736

106. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 18/26737

107. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für den Neubau und den Ausbau von Wasserkraftanlagen
(Kap. 07 05 Tit. 893 78)
Drs. 18/26739

108. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur verstärkten Nutzung der Geothermie
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)
Drs. 18/26740

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.03.2023 **Drucksache** 18/**28222**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27951) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.03.2023 **Drucksache** 18/**28224**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Dem Einzelplan 16 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/27964) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.03.2023 **Drucksache** 18/**28228**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2023;
Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 13 02, Kap. 13 03, Kap. 13 04, Kap. 13 06, Kap. 13 19, Kap. 13 23 und dem Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlagen).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

– die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen und
– den Ansatz bei Kap. 13 02 Tit. 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.03.2023 **Drucksache** 18/**28231**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 18/**25167**, 18/**28134**

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023 – HG 2023)

Beschluss zum Haushaltsgesetz 2023

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Plenarprotokoll Nr. 142 vom 30.03.2023 (EPL 13)

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Michael Hofmann
Abg. Benjamin Adjei
Abg. Gerald Pittner
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Gerd Mannes
Abg. Annette Karl
Abg. Kerstin Schreyer
Staatsministerin Judith Gerlach
Abg. Markus Plenk
Abg. Rosi Steinberger

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 16

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27417 mit 18/27419)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 18/27416)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27408 mit 18/27414)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27420 mit 18/27439)
Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 18/27415)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27401 mit 18/27407)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen für diesen Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind mittlerweile bekannt. – Ich eröffne nun die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Michael Hofmann von der CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Frau Staatsministerin, liebe Judith, Hohes Haus! Wir beraten den Einzelplan des Digitalministeriums. Wenn man heutzutage über Digitalisierung redet, dann kommt man sich immer ein wenig wie bei einem Schulausflug vor: Die einen diskutieren noch darüber, welches Ziel man sich überhaupt vornehmen soll, die anderen wissen schon ganz genau, wo es hingeht, und rennen voraus und manche muss man so richtig antreiben, damit sie bei der Gruppe bleiben und mitkommen. Das ist ein bisschen das Problem bei der Digitalisierung.

Dieses Problem gibt es nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch im Staat. Wenn wir unsere Kommunen und das Thema "Digitales Amt" anschauen, dann sehen wir, dass manche da schon voll dabei sind, während andere einfach noch ein bisschen brauchen. Wir sehen es im Übrigen auch – wir haben es gerade in dem Einzelplan vorher angesprochen – am Thema "Digitale Einreichung der Grundsteuer". Da ist immer die Frage: Will man die Menschen unbedingt zur Digitalisierung drängen oder bietet man ihnen nicht doch als Service auch das analoge Papier an, damit sie ihre Aufgaben erledigen können? Wenn wir uns die Bandbreite der Digitalisierung anschauen, dann wissen wir ganz genau, dass wir sensibel damit umgehen müssen. "Sensibel" deswegen, weil wir als verantwortungsvoller Staat und als verantwortungsvolle Gesellschaft niemanden zurücklassen dürfen. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen und nicht übersehen, dass gerade im Bereich der Digitalisierung immer wieder Neuerungen, neue Entwicklungen kommen, die uns verwundern. ChatGPT ist das letzte dieser großen Dinge, bei denen man sich die Frage stellen muss: Wie sehr wird dieses Instrument uns, dieses Land, letzten Endes verändern?

Vor dem Hintergrund kann man mit Recht sagen: Es braucht auch ein Digitalisierungsministerium. Liebe Judith, herzlichen Dank für deine Arbeit. Es ist ein bisschen schwer, nach einer einschlägigen Regierungserklärung letzte Woche jetzt auch noch den Einzelplan zu verdeutlichen. Wenn man sich im Detail über das Digitalisierungsministerium unterhält – zu den einzelnen Programmen kommen wir noch –, dann muss man verstehen – ich hoffe, du nimmst das jetzt nicht als abschätzig wahr, sondern das ist ein wahres Kompliment –, dass unser Digitalisierungsministerium die Aufgabe des "Trüffelschweins" in der Staatsregierung hat. Es muss überall dort hinschauen, wo die neuesten Entwicklungen sind, und beurteilen bei welchen dieser Entwicklungen wir etwas für diesen Staat herausholen können. Gerade deswegen, weil die Häuser immer so sehr mit ihrem eigenen Bereich beschäftigt sind, braucht es Experten, die über den Tellerrand hinausschauen und gucken, was wir für diesen Staat und für die Gesellschaft insgesamt nutzbar machen können. Genau das wird in dem Ministerium erledigt.

Im Haushaltsausschuss ist die Besoldung im Digitalisierungsministerium angesprochen worden. Sie ist weiß Gott nicht das Problem bei der Frage, warum wir in dem Zusammenhang innovativ oder nicht innovativ sind. Wir brauchen vor allem kluge Köpfe, die sich des Staates annehmen und wissen, wo wir die entsprechenden Kräfte in der freien Wirtschaft haben, damit wir sie nutzbar machen können. "Nutzbar machen" heißt gleichzeitig auch, zum Beispiel die finanziellen Mittel nicht nur für die Digitalisierung des Staates, sondern auch für das Weiterkommen der Gesellschaft zu verwenden.

Bei der Digitalisierung des Staates komme ich zum Thema "Digitales Rathaus". Liebe Judith, zehn Millionen Euro werden wir in diesem Haushalt dafür zusätzlich zur Verfügung stellen, damit die Rathäuser sich auf dem Weg in die Digitalisierung noch weiter voran bewegen, und das, obwohl wir sowieso schon Nummer eins sind in der Bundesrepublik Deutschland, was die Modernisierung von Verwaltungsdienstleistungen angeht. Insoweit können wir uns da wirklich sehen lassen. Wir ruhen uns aber nicht aus. Wir machen weiter. Das ist einer der Punkte, bei denen wir vorangehen.

Wir haben zusätzlich ein Digitalbudget in Höhe von vier Millionen Euro aufgenommen, sodass wir für Situationen, in denen wir schnell oder krisenbedingt reagieren müssen, letzten Endes finanzielle Mittel frei zur Verfügung haben, um einschreiten zu können. Auch das ist Aufgabe eines solchen Ministeriums, einzugreifen, wo schnell etwas zu erledigen ist. Dieses schlanke Ministerium ist auch dazu in der Lage, diese Dinge ohne große Prozessabläufe voranzutreiben.

Schließlich liegt mir am Herzen, dass sich das Digitalisierungsministerium auch mit einer Million Euro um die Weiterentwicklung in der Gesellschaft kümmert, Stichwort "Digital.Campus Bayern". Hier schafft der Freistaat Bayern Angebote, damit die Menschen sich bei der Digitalisierung voranentwickeln können und Schritt halten können. Das ist eine verantwortungsvolle Sache, bei der wir im Großen und Ganzen innovativ unterwegs sind mit der Ministerin Gerlach als junger Kraft, bei der wir in den letzten

Jahren mitbekommen haben, dass ganz besonders mit Herzblut an einem schwierigen Thema gearbeitet wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen bin ich es immer wieder ein bisschen leid, wenn jemand die Frage stellt: Brauchen wir unbedingt ein Digitalministerium? – Bayern hat ein solches Ministerium als erstes Bundesland eingeführt. Du, Judith, hast gezeigt, wie man ein solches Digitalministerium auch in den Bereichen führen und voranbringen kann, wo die Fachressorts zusätzlich ihren Teil beitragen können. Du bist nicht diejenige, die da von oben herab sagt, so und so muss es gemacht werden, sondern du hast den kooperativen Ansatz verinnerlicht, übrigens ein Grundprinzip in der IT, dass es kooperativ funktionieren muss.Deswegen bin ich froh darüber.

Der Freistaat Bayern hat in der Bundesrepublik Deutschland das erste Digitalgesetz auf den Weg gebracht. Insofern wissen wir, worum es in der Zukunft geht. Deswegen können wir wirklich sagen: Dieser Einzelplan 16 ist einer Zustimmung wert, die wir von den Oppositionsparteien heute aber wahrscheinlich wieder nicht bekommen werden. Es ist einfach so: Manche tun sich leichter, die Dinge schlechtzureden, anstatt positiv den Weg zu begleiten.

(Zurufe der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Anna Schwamberger (GRÜNE) – Diana Stachowitz (SPD): Vielleicht geben Sie sich mal in Berlin einen Ruck!)

– Aber vielleicht geben Sie sich heute hier einmal einen Ruck – wer weiß, ob es nicht doch funktioniert. Wir haben noch zwei weitere Einzelpläne auf der Tagesordnung. Aller guten Dinge sind schließlich drei. Dann stimmen Sie vielleicht beim dritten Tagesordnungspunkt zu. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 16.

Liebe Frau Ministerin, herzlichen Glückwunsch zu dieser Arbeit. Ich wünsche Ihnen weiterhin gute Schaffenskraft und guten Erfolg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Lieber Michael Hofmann, es war klar, dass du sagst, das Digitalministerium habe sich bewährt. Geh doch mal in die Schulen und schau dich um! Rede dort mit Schülerinnen und Schülern, mit Eltern und Lehrkräften, ob die auch der Meinung sind, dass sich die Digitalisierung in den letzten Jahren hier in Bayern bewährt hat! Geh doch mal in die Gesundheitsämter und schau dir die Faxgeräte an, mit denen wir in den vergangenen Jahren versucht haben, die Pandemie zu bekämpfen! Oder schau auf die Volkszählung im letzten Jahr, wo die Staatsregierung sich auf die Brust geklopft und gesagt hat: Wir sind die Ersten, die das digital machen. 20.000 Tablets habt ihr beschafft oder versucht zu beschaffen. Die sind aber zu spät in den Kommunen angekommen. Am Ende, als die Kommunen die Volkszählung dann damit irgendwie hinbekommen haben, war die Problematik, dass sie alles abtippen und noch einmal in eine andere Software übertragen mussten, weil die Datenübertragung nicht automatisiert stattfinden konnte. So sieht die Digitalisierung hier im Freistaat Bayern aus. Das ist peinlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts dieser Probleme helfen auch die 100 KI-Professuren, die ihr hier jetzt einführen wollt, überhaupt nicht weiter, weil Grundlagen nicht da sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Du hast jetzt immer mal von hier einer Million Euro und von da vier Millionen Euro geredet. Wir haben einen Staatshaushalt von 71 Milliarden Euro. Davon gehen 113 Millionen Euro ins Digitalministerium. Am Anfang, als ihr es eingeführt habt, habt ihr noch gesagt: Das Ministerium wird später aufgebaut. Es wird riesengroß. Wir fangen klein an, und dann wird es groß. – Das Ergebnis ist aber: Jetzt wird das Budget des Digital-

ministeriums sogar um 5 % reduziert. So viel zum Thema Vergrößerung! Im Gegenteil, das Digitalministerium wird also kleiner.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Eibl (FREIE WÄHLER))

Das genau ist die Problematik: Damit ihr jetzt und am Ende nicht nackt dasteht, habt ihr letzte Woche diesen ominösen Digitalplan veröffentlicht, mit dem angeblich 205 Maßnahmen eingeleitet werden, in dem angeblich 500 Millionen Euro drinstecken. Ich habe heute die Antwort vom Ministerium bekommen auf die Frage, wo sich die 500 Millionen Euro im Haushalt wiederfinden. Die Rückmeldung war: Keine Ahnung, wir wissen es nicht. Wir haben keine Übersicht darüber. – So sieht es beim Finanz- und Digitalministerium mit diesen angeblichen 500 Millionen Euro im Haushalt aus. Niemand weiß, wo die drinstecken und was überhaupt zur Verfügung steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann sprecht ihr im Digitalplan neue Themen an. Ihr wollt Transparenz. Angeblich wollt ihr das Regierungshandeln transparenter machen. Der Innenminister lehnt ein Transparenzgesetz in Bayern aber regelmäßig ab. Das ist der Unterschied zwischen Forderungen und Taten, die dann folgen.

Stichwort: offene Daten. Auf der einen Seite wollt ihr ein eigenes Datengesetz schaffen. Ihr wollt auch Daten zur Verfügung stellen. Was ist aber das Ergebnis? – Der Finanzminister führt einen Feldzug gegen offene Daten und klagt vor Gericht gegen alle Leute, die öffentliche Daten öffentlich zur Verfügung stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sieht die Digitalisierung im Freistaat Bayern aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Thema Kommunen; denn auf die Kommunen kommen bei der Digitalisierung große Herausforderungen zu. Sie müssen neue Aufgaben bewältigen. Gleichzeitig bleibt die Personaldecke ähnlich dünn wie bisher. Die Kassen sind leer. Zwar wiederholt ihr immer wieder mantraartig, dass ihr die Kommunen unterstützen wollt;

aber zu sehen ist überhaupt nichts. Ihr habt tatsächlich eine Forderung, die ich zum Digitalgesetz angebracht habe, übernommen. Den IT-Verbund Schleswig-Holstein kopiert ihr mit der BayKommun. Es ist zwar eine gute Sache, dass das kopiert wurde; jetzt hoffen wir aber, dass die Umsetzung dann auch passt. Sie können ja auch hier wieder kopieren. Schleswig-Holstein ist ein gutes Vorbild. Das kann man gut kopieren und abkupfern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wichtig ist dann aber auch, dass es nicht nur eine zentrale Anlaufstelle gibt, sondern dass sich die Kommunen auch horizontal miteinander vernetzen. Jetzt ist die Frage: Gerade hat es wieder geheißen, der Haushalt wird ja wieder abgelehnt von uns. Ihr lehnt ja auch unsere Änderungsanträge ab, beispielsweise bei dem Thema Digitallotsen. Wir fordern, dass an allen Landratsämtern Chef-Digitallots*innen, CIOs, eingeführt werden, um die horizontale Vernetzung zu gewährleisten. Das lehnt ihr wieder ab. Damit könntet ihr die Kommunen zielgerichtet unterstützen und entlasten. Deswegen: Nehmt diesen Änderungsantrag doch gleich an.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist eure Denkweise: zentralistisch!)

– Das ist nicht zentralistisch, sondern betrifft die Kommunen. Das ist nicht zentralistisch!

Ich komme zur digitalen Infrastruktur. Danke an den Staatssekretär für das Abschreiben unserer Forderungen beim Thema Mobilfunkausbau! Zur Erweiterung der Verfahrensfreiheit und der Einführung einer Genehmigungsfiktion, die ich im letzten Jahr gefordert habe, hatten wir eine intensive Diskussion im Wirtschaftsausschuss. Der Staatsminister hat gesagt, das geht nicht, das ist unmöglich umzusetzen. Jetzt wird es aber schwupps umgesetzt und von dem Staatsminister im Digitalplan umgesetzt. Nun heißt es: Wir wollen das machen. Ja, es geht doch. Das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt muss ich wieder in die andere Richtung schauen; aber jetzt ist der Finanzminister gerade nicht hier. Beim Thema Breitbandausbau habt ihr eure Ansprüche wieder heruntergeschraubt. Ihr redet nicht mehr von "Glasfaserausbau", sondern von "Gigabit" und meint damit vor allem Koaxialkabel. Koaxialkabel haben zwar im Labor eine hohe Geschwindigkeit, aber eben nicht in der Realität. Wir leben nicht im Labor, sondern in der Realität. Wir brauchen Glasfaserkabel in allen Häusern. Das, was ihr jetzt macht, ist, die Bevölkerung anzulügen. Ihr sagt, ihr wollt drei Millionen Haushalte mit Glasfaserkabeln anschließen. Das macht ihr aber nicht. Korrekt sagt ihr, dass ihr drei Millionen Haushalten die Möglichkeit dazu geben wollt. "Möglichkeit" heißt, dass die Kabel in der Straße landen. Wenn die Hauseigentümer ihre Häuser dann nicht selbst anschließen, hat man das Glasfaserkabel zwar in der Straße, aber nicht im Haus – mit dem Ergebnis, dass wir dann 2025 drei Millionen Haushalte haben, die ein Glasfaserkabel vor dem Haus haben, aber nicht im Haus. Unser Antrag, Glasfaserkabelanschlüsse mit Vouchers zu fördern, wird von euch abgelehnt. Das ist ein Riesenproblem, weil wir dann am Schluss keine Glasfaserkabel in die Häuser bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme noch kurz auf das Thema Film, Kino und Games zu sprechen. Dieser Bereich macht ja knapp ein Drittel des gesamten Budgets aus. Hier setzt ihr den Rotstift an und kürzt vier Millionen Euro weg. Zuschüsse für technische Innovationen, innovative Geschäftsmodelle, die ihr im letzten Haushalt schon reduziert hat, habt ihr jetzt komplett gestrichen. Auch das Filmfest wird mit weniger Geld finanziert, ohne dass dann andere Filmfeste dafür einen Ausgleich bekommen. Das heißt: Insgesamt reduziert ihr das Budget ganz maßgeblich. Das ist ein ganz klarer Schlag gegen die Kultur in der Fläche.

Damit nicht genug: Auch die wichtigen Mittel für die Aus- und Weiterbildung werden von euch sukzessive gekürzt. Das ist nicht nur sehr schade, sondern schlecht, weil

das Thema Fachkräftemangel in der Games-Branche, im Filmbereich ganz elementar ist. 75 % der Unternehmen sagen, sie kämpfen mit dem Fachkräftemangel. Dagegen muss etwas getan werden. Deshalb dürfen die Mittel nicht gekürzt werden.

Abschließend lässt sich sagen: Die Einführung des Digitalministeriums hat nach viereinhalb Jahren genau das gezeigt, was wir am Anfang kritisiert haben. Ich habe mit allen Ministern sprechen müssen, nur nicht mit Staatsministerin Judith Gerlach persönlich. Warum? – Weil alle anderen für alles Mögliche zuständig sind. Wir haben einen Zuständigkeitswirrwarr. Das Ministerium wird zwischen den verschiedenen Ministerien, die alle nicht mitmachen und nicht kooperieren wollen, zerrieben. Das Ergebnis ist jetzt, dass wir viereinhalb Jahre lang Stillstand und keinen Fortschritt haben. Damit haben wir für die Digitalisierung hier im Freistaat viereinhalb Jahre verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben zwei durchaus interessante Reden gehört. Der Kollege Hofmann bedauert, dass er immer wieder gefragt wird, warum es das Digitalministerium gibt. Da kann ich ihm nur zustimmen.Die Antwort hat ihm gerade Herr Kollege Adjei gegeben. Er hat all das beschrieben, was aus seiner Sicht im Argen liegt. Das sind die Gründe, weswegen das Digitalministerium gegründet wurde. Dafür ist nämlich nicht das Digitalministerium zuständig. Das Digitalministerium soll vielmehr die Strategie dafür entwickeln, dass es in Zukunft besser wird.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Es hat aber keine Entscheidungskompetenz!)

– Hören Sie mir doch erst einmal zu, bevor Sie dazwischenreden! Vielleicht lernen Sie dann was.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Entscheidungskompetenz ist hier nicht die Frage. Das Thema ist der Ausbau. Ich weiß, dass die GRÜNEN immer gern par ordre du mufti alles vorgeben. Das ist aber nicht unser Ansatz. Aufgabe des Digitalministeriums ist es, die Grundsatzfragen zu klären und die Digitalisierung zu koordinieren. Es soll die Digitalreferate der Fachressorts koordinieren und dafür sorgen, dass dort sinnvolle Ergebnisse erzielt werden. Das hat das Ministerium auch gut gemacht. Am 1. August 2022 ist in Bayern das erste Digitalgesetz Deutschlands in Kraft getreten.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das erste gab es in Schleswig-Holstein!)

– In Schleswig-Holstein gab es nur ein halbes Gesetz. Das war eine Zusammenfassung – vergiss es.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Digitalplan Bayern: Natürlich kann man sagen, dass er keine Substanz hat, weil damit keine Durchgriffsmöglichkeiten verbunden sind. Das ist aber auch nicht seine Aufgabe. Die Aufgabe des Digitalplans Bayern war es aufzuzeigen, was die Fachministerien in Bayern in Zukunft machen werden. Sie haben gesagt, das Digitalministerium hätte auf Anfrage nicht darstellen können, wo die 500 Millionen Euro, von denen wir immer reden, eingesetzt werden. Dann gehen Sie einmal in den Haushaltsausschuss. Dort wird Ihnen das gesagt. Dieses Geld ist in den einzelnen Kapiteln der Fachressorts versteckt.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Versteckt! Sie wissen selber nicht, wo dieses Geld ist!)

– Versteckt ist dieses Geld nur für die, die keine Ahnung haben. Wer Ahnung hat, der kann den Haushalt lesen. Sie müssen halt einmal lernen, einen Haushalt zu lesen. Dann funktioniert das auch.

Natürlich ist dies ein außergewöhnlicher Haushalt, weil er sinkt. Das ist übrigens der einzige Haushalt, der in diesem Jahr sinkt. Das hat verschiedene Gründe. Ein Grund waren die Sondereinflüsse des letzten Jahres. Wir müssen aber auch sehen, dass

dieser Haushalt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 54 Millionen Euro enthält. Dieser Haushalt ist eben ein reiner Hebel, der auf andere Ressorts wirkt. Das kann man kritisieren, man kann es schlecht finden, man kann es aber auch gut finden. Das ist eine rein ideologische Frage. Wir sind der Meinung, dass der Ansatz des Digitalministeriums, wie er jetzt vorliegt, erst einmal gut ist.

Sie haben gesagt, viereinhalb Jahre wären verloren gegangen. Das ist schlicht falsch. In den letzten zwanzig Jahren sind viele Jahre verloren gewesen. Ich sage ganz klar: In Berlin geht im Moment noch mehr verloren. Warum ist denn Deutschland nicht an der Spitze der Digitalisierung? – Weil es in der Vergangenheit nicht optimal gelaufen ist. Die Aufgabe des Digitalministeriums ist es, dies zu ändern. Das gelingt bislang sehr gut. Die Frage ist, wie die Umsetzung erfolgt. Das steht nicht in diesem Haushalt. Die Digitalministerin ist auch nicht für die Umsetzung zuständig. Diese Umsetzung ist der Lackmustest für die Regierung. Das ist noch offen. Es ist aber ein Versuch und ein Ansatz, wie man es machen kann. Davon seid ihr in Berlin weit entfernt. Ihr habt noch nicht einmal einen Ansatz oder einen Plan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben wenigstens einen Plan. Ihr könnt uns vorwerfen, dass dieser Plan nicht gelingen kann. Das ist möglich. Aber ihr habt noch nicht einmal einen Plan.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Vor eineinhalb Jahren haben wir eine Digitalstrategie gemacht!)

– Gut, ihr habt auch schon zwei Jahre verpennt. Sorry, was soll denn das? Wo habt ihr denn eine Digitalstrategie? Ihr habt 25 Punkte zusammengefasst. Schicken Sie einmal den Digitalplan Bayerns nach Berlin; da haben sie was zu lesen. Dann kommen sie vielleicht zurecht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Haushalt des Digitalministeriums ist ein kleiner und feiner Haushalt. In diesem Haushalt wurden sieben weitere Stellen geschaffen. Die reichen für das, was gemacht werden soll, aus. Dass das Ministerium in Zukunft größer werden wird, ist zu erwarten. Die Umsetzung wird ihren Preis fordern. Aber eine reine Tonnage-Mentalität nach dem Motto "Mehr Geld – mehr Leute – ist gleich besser" wäre eine Milchmädchenrechnung, mit der wir nicht weiterkommen.

Zur Filmförderung und zu Games will ich nichts sagen; denn ich glaube, die strategischen Aufgaben des Digitalministeriums sind wichtiger. Die Strukturaufgaben sind es, die das Ministerium ausmachen. Ich möchte an dieser Stelle auf den IT-Beauftragten hinweisen, der die Steuerung übernehmen sowie fach- und länderübergreifend die IT in der Staatsverwaltung voranbringen soll. Das ist eine Aufgabe von hohem Wert, die natürlich mit einer hohen Verantwortung verbunden ist. Sie bietet aber auch große Möglichkeiten.

Wir haben einen Anstoß für das E-Government gegeben. Der Bund hat sich mit dem Onlinezugangsgesetz nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Bayern mag hier zwar vorne sein, aber insgesamt haben wir die Frist gerissen. Wir haben jedoch Ansätze, um es in Zukunft besser zu machen. Die FREIEN WÄHLER sind deshalb der Meinung, dass der diesbezügliche Ansatz der Regierungskoalition gut ist und der Haushalt deshalb Zustimmung verdient. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Pittner, Sie dürfen noch am Rednerpult bleiben.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Alles andere hätte mich auch enttäuscht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben noch eine Intervention von Herrn Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Pittner, Sie haben gesagt, ich sollte einmal den Haushalt lesen. Ich habe diese Woche eine AzP an die Staatsregierung gestellt und mich nach den Maßnahmen des Digitalplans erkundigt bzw. gefragt, wo diese Maßnahmen im Haushalt stecken, wo die 500 Millionen Euro sind. Die Rückmeldung war: Damit werden einige Projekte aus den letzten Jahren weitergeführt, einige Projekte sind im Haushalt 2023 neu umgesetzt worden, und einige Projekte laufen über mehrere Haushaltsjahre. – Weiter ist dort ausgeführt: Eine detaillierte Auflistung der für die einzelnen Projekte veranschlagten Haushaltsmittel kann im Rahmen einer Anfrage zum Plenum nicht geleistet werden.

Das heißt doch ganz klar, dass das Staatsministerium für Digitales keine Liste hat, wo diese 500 Millionen Euro eigentlich verwendet werden. Und Sie sagen, das wäre eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Das Digitalministerium kann natürlich nur Fragen beantworten, die es selbst oder seinen Haushalt betreffen. Dieses Ministerium ist sicherlich nicht dafür da, die Haushalte des Wirtschaftsministeriums, des Umweltministeriums oder des Finanzministeriums darzustellen, in denen überall Ansätze für die Digitalisierung zu finden sind. Fragen Sie einmal Ihre Kollegen aus dem Haushaltsausschuss. Die werden Ihnen sagen können, wofür dieses Geld verwendet wurde.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ich weiß das nicht!)

– Frau Kollegin Köhler, es tut mir leid, wenn Sie das nicht wissen. Wir können uns aber darüber unterhalten.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Es ist nicht zu finden!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben eine weitere Intervention von Herrn Kollegen Dr. Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Pittner, ich habe fast genau die gleiche Frage. Sage jetzt bitte nicht zu mir, ich könnte den Haushalt nicht lesen.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Das würde ich nicht sagen.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Mir ist es nicht gelungen, diese Mittel im Haushalt zu finden. Ich habe tatsächlich versucht, im Haushalt nachzuvollziehen, wie man die genannten 200 Maßnahmen und die 500 Millionen Euro zusammenbringen kann. Die Staatsregierung hat nach der Kabinettssitzung der Öffentlichkeit erklärt, es gäbe 200 Maßnahmen mit einem Volumen von insgesamt 500 Millionen Euro. Ich gehe davon aus, dass diese Zahlen nicht aus der Luft gegriffen waren. Es muss doch eine Liste mit diesen Maßnahmen geben. Diese Liste hat Herr Kollege Adjei verlangt, um zu sehen, was dahintersteckt. Vielleicht kannst du mir das als Haushälter erklären. Ich behaupte, dass ich sowohl vom Digitalen als auch vom Haushalt ein bisschen Ahnung habe. Mir ist es nicht gelungen, das herauszufinden.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Natürlich kann ich wenig dazu sagen, warum dir das nicht gelungen ist. Mir lag bei den Haushaltsberatungen eine Liste vor. Ich gebe zu, dass ich nicht nachgezählt habe, ob es genau 200 Maßnahmen waren oder nicht. Nach dieser Liste kommt man aber etwa auf diese Werte.

(Harald Güller (SPD): Dann kriegen wir diese Liste nachträglich? – Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Bei den Haushaltsberatungen?)

– Da müsst ihr halt nachfragen, ich kann es nicht ändern.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Her mit der Liste! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Wo ist da die Transparenz? Das ist unglaublich! – Harald Güller (SPD): Her mit der Liste!)

Ich habe halt in meiner Fraktion gefragt. Die hatten die Liste. Wo Sie diese Liste finden, weiß ich nicht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Kollege Pittner. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Staatsministerin Gerlach, das digitalpolitische Versagen dieser Staatsregierung ist ein Problem für unseren Industriestandort. Sie haben bisher viel Geld in angebliche Leuchtturmprojekte investiert, aber wofür? Bis heute ist kaum ein erkennbarer Mehrwert für Bürger und Unternehmen entstanden.

Herr Hofmann, bei mir verfestigt sich der Eindruck, dass Söders sogenannte Vorzeigeprojekte in Wahrheit nur Potemkinsche Dörfer sind, nichts anderes. Herr Hofmann, das können auch Sie nicht schönreden.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Doch! Ich lese Ihnen jetzt einmal die Liste des Scheiterns

(Michael Hofmann (CSU): Quatsch!)

der letzten vier Jahre vor. Die hochgepriesene Luca-App wurde kaum genutzt und war eine Verschleuderung von Steuergeldern. Bei der Auszahlung der Corona-Hilfen gab es etliche technische Pannen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Die Gesundheitsämter waren mit der Datenabwicklung in der Corona-Krise völlig überfordert.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Es wurde mit Faxgeräten und Strichzetteln gearbeitet. Der Distanzunterricht war im Freistaat eine einzige Katastrophe. Die staatliche Bildungsplattform Mebis hat nicht störungsfrei funktioniert.

Frau Gerlach, statt die Digitalisierung mit wertschöpfenden Projekten voranzutreiben, will die Staatsregierung nun den Öko-Token einführen – der Einstieg in eine staatlich-digitale Verhaltenssteuerung nach chinesischem Vorbild.

(Michael Hofmann (CSU): Ein Schwachsinn!)

Diesen ökosozialistischen grünen Irrsinn wollen und brauchen wir nicht, Herr Hofmann!

(Beifall bei der AfD)

Staatliche Zensurmaßnahmen auf digitalen Plattformen lehnen wir entschieden ab.

(Zurufe des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Wissen Sie, was wir brauchen? – Das ist Meinungsfreiheit! Babbeln Sie nicht weiter; fragen Sie nachher, wenn Sie was wissen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Die Auslagerung von richterlichen Aufgaben an Facebook und Google über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz muss rückgängig gemacht werden.

Frau Gerlach, der vermeintliche Kampf gegen Hasssprache ist nur der schäbige Versuch, unbequeme Regierungskritik zu ersticken. Das ist alles peinlich und inakzeptabel.

Die zahlreichen digitalpolitischen Initiativen der Regierung ähneln also einer Dauerwerbesendung ohne messbaren Erfolg. Mit dem Digitalgesetz habe sich die Staatsregierung als Pionier des digitalen Wandels präsentiert. – In Wahrheit finden wir dort wenig Konkretes für die Umsetzung der Digitalisierung. Im Kern ging es Ihnen vor allem um Selbstvermarktung.

Der neue Digitalplan – wir haben es jetzt schon gehört – ist ebenfalls eine substanzlose PR-Kampagne, nichts anderes. Neue Inhalte bei den 200 gelisteten Projekten gab

es offensichtlich gar nicht. Die Dominanz der ausländischen Konzerne – namentlich Google, Amazon, Facebook – bei der Plattformtechnologie ist durch den Netzwerkeffekt erschreckend und bleibt erschreckend. Dem Machtzuwachs und der Datensammelwut muss Einhalt geboten werden. Wir brauchen hier in Bayern keine übermächtigen US-Konzerne, sondern endlich eine bayerische Digitalwirtschaft.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen dafür einen tragfähigen Lösungsansatz. Einheimische Unternehmen brauchen einen privilegierten Zugang zu öffentlichen Daten.

Insgesamt ist der Haushaltsplan des Digitalministeriums ein Spiegelbild der Umsetzung der Digitalisierung in Bayern: mickrig, ambitionslos, aber dafür politisch korrekt und durchgegendert.

(Beifall bei der AfD)

Insgesamt enthält Ihr Haushalt kaum sinnvolle Zuteilungen; ich habe keine gefunden. Die geplanten Ausgaben bei einem Gesamthaushalt in Bayern von sage und schreibe 70 Milliarden betragen 113 Millionen. – Zu wenig, um die Zukunftssektoren wie Künstliche Intelligenz, Robotertechnologie oder autonome Systeme weiterzubringen.

Frau Gerlach, angesichts solcher Zahlen ist für die Digitalisierung keine Durchschlagskraft Ihres – so nenne ich es mal – Attrappenministeriums zu erwarten, schlimmer noch: Sie verschleudern die knappen Mittel für ideologisch geprägten Firlefanz.

(Lachen der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Gülseren Demirel (GRÜNE))

Warum biedert sich die Staatsregierung bei diesen linksradikalen und grünen Gesellschaftszerstörern überhaupt an? Haushaltspositionen, mit denen Sie

(Zuruf des Abgeordneten Christian Zwanziger (GRÜNE))

Ihr Ministerium mit sinnlosen CO_2-Zertifikaten greenwashen wollen, sind doch überflüssig. Verschwendung von Steuergeld für solchen grünen Blödsinn ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Steuerzahler.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie wissen schon, dass die CSU regiert?)

Konzentrieren Sie sich lieber auf digitalpolitische Belange von Wirtschaft und Gesellschaft!

Laut einer Umfrage der IHK schätzen 60 % der Unternehmen ihre digitale Aufstellung als mittelmäßig ein. In Bayern fehlen – wir haben es schon gehört – 14.000 qualifizierte Arbeitskräfte in diesem Bereich. Da müssen wir ansetzen.

Wir haben konkrete Verbesserungsvorschläge für den Haushaltsentwurf erarbeitet: 12 Änderungsanträge. Wir wollen erst einmal 26 Millionen bei der ideologisch geprägten Filmförderung einsparen.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen keine staatlich gelenkte links-grüne Gehirnwäsche durch Filmemacher im Digitalhaushalt. Nein, das brauchen wir nicht. Wir wollen im Gegenzug 11 Millionen für mehr elektronische Verwaltung und für Datenteilhabe für bayerische Unternehmen ausgeben.

Wir haben Anträge für eine bayerische Blockchain-Strategie vorgelegt, weil Bayern in dieser Zukunftstechnologie kaum über Kompetenzen verfügt. Stimmen Sie unserem Antrag also bitte zu.

Wir fordern auch die Schaffung eines Datentreuhänders auf Basis – sage ich mal – der IHK für bayerische Unternehmen.

(Andreas Winhart (AfD): Sehr gut!)

Wir wollen hierfür 4,1 Millionen ausgeben.

Wir wollen die Digitalisierung der staatlichen Verwaltungsdienstleistungen auf kommunaler Ebene besser unterstützen. Dafür haben wir 5 Millionen Euro mehr vorgesehen.

(Andreas Winhart (AfD): Überfällig!)

Wir wollen auch die bayerische Spiele- und Virtual-Reality-Industrie mit 1,7 Millionen Euro fördern.

Natürlich bräuchte es deutlich mehr Mittel, um in Bayern die digitalpolitischen Weichen in Richtung Innovation und Erfolg zu stellen. Wir haben unsere Ausgaben aber im Rahmen des vorgeschlagenen Budgets gehalten. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen also zu, damit wir bei der Digitalisierung in Bayern ein Stück weit vorankommen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Staatsministerin, meine Damen und Herren! Die Regierungsfraktionen scheint das Thema Digitalisierung nur mäßig zu interessieren. Wir haben von den Regierungsfraktionen letzte Woche und auch heute trotzdem viele schöne Worte über das Digitalministerium und seine Arbeit gehört. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das täuscht aber leider nicht darüber hinweg, dass der Haushalt des Ministeriums die ganze Macht- und Zuständigkeitslosigkeit des Ministeriums widerspiegelt.

Um das schönzureden, sieht sich das Digitalministerium gerne als Thinktank, also als eine Denkfabrik für die Erforschung und Bewertung von tiefgreifenden Fragen der sich durch die Digitalisierung massiv wandelnden Gesellschaft. Nehmen wir das ernst, dann wäre also die Aufgabe des Ministeriums, eben diese tiefgreifenden Folgen von Digitalisierung tatsächlich zu erfassen und Strategien zu entwickeln im Licht der von

der Frau Ministerin letzte Woche geäußerten Sätze "Der Mensch im Mittelpunkt" und "Wir nehmen alle mit", sprich: digitale Teilhabe zu entwickeln.

Der Digitalplan zeigt aber: Nichts davon ist geleistet worden. Das fängt schon damit an, dass man sich fragen muss, wer denn eigentlich "alle" sind. Welche gesellschaftlichen Gruppen geraten gerade ins digitale Abseits? Wieso geschieht das? Was fehlt diesen Menschen? Wie kann man sie erreichen? Oder auf Neudeutsch: Wie mache ich aus Digital Standoffs Digital Experts?

Da reichen ein paar Projekte für sogenannte Senioren oder Menschen mit Behinderung nicht. Wir müssen differenzieren: 85 % der 60- bis 69-Jährigen nutzen gelegentlich oder öfter das Internet. Ab 80 Jahren ist es nur noch ein Viertel der Personen dieser Altersgruppe. Dabei braucht gerade diese Altersgruppe Digitalkompetenz, um sich das Leben zu erleichtern: um in Internet Dinge zu bestellen, um Telemedizin in Anspruch nehmen zu können, um den Kontakt zu weit entfernten Verwandten halten zu können und vieles andere mehr.

(Beifall bei der SPD)

Was fällt Ihnen dazu ein? – Ein paar neue Berater in Kommunen – 30 an der Zahl –, die dann erklären, wie man ein Smartphone einschaltet. Also bitte, das kann nicht die Lösung sein.

Ähnliches gilt für Menschen mit Behinderung. Auch hier brauchen wir eine tatsächliche Strategie, die differenziert und passgenau Lösungen für die verschiedenen Arten von Behinderung anbietet.

Ein Teil von "alle" fällt bei Ihnen völlig durchs Raster. Das sind die Menschen mit geringem Einkommen bzw. geringem Bildungsstandard, die nach dem D21-Digital-Index durchgehend geringere Digitalkompetenzen aufweisen.

Was könnte also das Digitalministerium tun, um tatsächlich eine Strategie für digitale Teilhabe zu entwickeln? – Dazu einige Vorschläge von unserer Seite.

Erstens. Zunächst einmal könnte man regelmäßig einen Digitalgipfel der Nischen einrichten zum Austausch mit Interessenverbänden und Wohlfahrtsverbänden, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln und diese auch fortzuschreiben. Das ist etwas ganz anderes, als einmal ein paar Vorschläge aufzuschreiben, diese den Verbänden zu geben und zu sagen: Jetzt äußert euch dazu mal kurz.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir brauchen messbare Ziele, die man überprüfen kann, damit man nachsteuern kann, wenn man merkt, die Richtung passt nicht ganz. Das heißt auf gut Deutsch, wir brauchen auch eine positive Fehlerkultur, wir müssen sagen können: Der Ansatz war es jetzt nicht, wir müssen neu nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir brauchen eine langfristig angelegte Grundlagenforschung zum Thema digitale Teilhabe und wie wir hier weiterkommen. Das wäre unsere Vorstellung für eine Strategie, um alle mitzunehmen. Dafür hätten wir auch gerne Geld im Haushalt gesehen.

(Beifall bei der SPD)

Die Realität ist aber, dass das Digitalministerium wohl doch nicht viel mehr ist als eine Schreibbude, die die Projekte der anderen Ministerien zusammenschreibt und das dann Digitalstrategie nennt, garniert mit ein paar teuren Events, ein bisschen Filmförderung und ein paar Projekten. Das reicht uns nicht, und deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank. – Nun kommt als nächster Redner Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Ministerin! Ich möchte mit einem Dank an Frau Kollegin Karl für Ihre Überlegungen gerade eben anfangen. Ich glaube, es ist eine sehr gute Idee, den Blickwinkel einmal zu ändern und anstatt von der sehr an Digitalexperten orientierten Diskussion, die wir führen, vom Bürger aus hinzuschauen. Dafür meinen ausdrücklichen Dank, auch wenn ich selbst immer dazu neige, von der Ebene der digitalen Experten draufzuschauen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir alle kennen die Schwachstellen, die die Digitalisierung in Bayern hat. Ich denke, die braucht man nur noch ganz kurz aufzählen. Ich erinnere an die Regierungserklärung in der letzten Woche. Der Digitalplan sollte ein Masterplan sein, der in Bayern endlich die Digitalisierung voranbringt. Erst einmal kam er viel zu spät, und er war sehr intransparent. Heute Morgen haben wir von Herrn Kollegen Adjei gelernt, dass es auch auf Nachfrage nicht möglich war herauszubekommen, was von den 200 Maßnahmen mit welchem Aufwand tatsächlich verfolgt werden soll. Auch Schwerpunkte sind für mich nur bedingt erkennbar. Soweit ich es gesehen habe, hat sich das alles sehr stark im Klein-Klein verloren.

Herr Kollege Pittner, ich hatte das Gefühl, du hast vielleicht schon wieder irgendeine Liste, die wir nicht haben.

(Heiterkeit bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Offenbar gibt es mehr als das, was uns zur Verfügung gestellt wird.

Dann zum Digitalministerium: Es ist kein richtiges Ministerium; das wissen wir. Die Kompetenzen für Breitbandausbau, Mobilfunknetze und Künstliche Intelligenz sind dort nicht drin. Die Regierung hat irgendwie nie den Mut gehabt, diese Dinge zusammenzulegen. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob das Ganze dann Digitalministerium heißt oder ob die Funktionen irgendwo gebündelt sind, bei einem anderen Mi-

nisterium oder bei der Staatskanzlei. Das ist mir völlig wurscht an dieser Stelle. Wichtig ist, dass die Kompetenzen zusammen sind, dass sie wirklich gebündelt werden. Den Eindruck hat man hier aber ausdrücklich nicht.

Das nächste Thema: Das schöne Digitalgesetz sollte Vorbildcharakter haben. Es mag ja sein, dass es formal das Erste war, aber tatsächlich haben einige Dinge gefehlt – das haben wir damals auch diskutiert –, wie beispielsweise Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Digitalbericht, effektiver Datenschutz. Jeder, der sich damit auskennt, weiß, was hier noch alles fehlt. Die Frage ist, warum in der ganzen Zeit nichts passiert ist. Weshalb ist in den letzten viereinhalb Jahren nichts passiert? Ich denke und behaupte nach wie vor, dass Bundesdigitalminister Volker Wissing hierzu Dinge vorgelegt hat, an denen man sich tatsächlich ein Beispiel nehmen kann. Er hat eine Strategie vorgelegt, in der von modernen leistungsfähigen Netzen die Rede war, von der Verfügbarkeit von Daten, von Datenwerkzeugen. Es gibt echte Aussagen dazu, was sichere und nutzerfreundliche digitale Identitäten sind, zu modernen Registern, zu Standards.

Wir müssen hier in Bayern nicht damit anfangen, eigene Standards aufzustellen. Wir müssen auch nicht an alten Dingen wie ELSTER festhalten. Das habe ich das letzte Mal schon erklärt. Wenn man sich dann tatsächlich um eigene Themen kümmert, wie Open Data, dann stellt man fest, dass das zwar formal drinsteht, faktisch aber versucht wird, das zu verhindern. Auch Herr Kollege Adjei hat das angesprochen. Da fehlt noch einiges. Wir brauchen endlich freien Zugang zu den öffentlichen Daten. Da gibt es auch neue Geschäftsmodelle, die wir verhindern, weil wir das nicht haben.

Wir müssen auch mehr Zusammenarbeit praktizieren, auch mit anderen Ländern. Dazu haben wir auch einen Antrag in der Haushaltsdiskussion gestellt, bei der Digital 9. Wir müssen endlich einmal dazugehen. Zum Thema volldigitale Verwaltung: Vielleicht haben sich andere Bundesländer auch nicht viel besser bei der Umsetzung der Behördendienstleistungen angestellt, aber wir müssen endlich beginnen, auch die Verwaltungsabläufe und nicht nur die Zugänge selbst digitaler zu machen. Bei der Cybersicherheit war es immer wieder Thema, dass wir die Kommunen unterstützen müssen.

Wenn ich aber die Zahlen nehme, die im Haushalt drinstehen, und diese auf die Kommunen umrechne, dann kommt ein halber oder ein dreiviertel Tag pro Kommune heraus. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, diese Gelder ordentlich aufzustocken. Man kann von den kleinen Kommunen nicht verlangen, dass sie einen eigenen Cybersicherheits-Experten haben.

Insgesamt betrachtet, denke ich, dass man noch einiges im Bereich der Digitalisierung tun muss. Wenn wir den Einzelplan 16 ablehnen, dann tun wir das aus zwei Gründen. Wenn ich die Filmförderung und das Gaming wegnehme, dann ist kaum noch etwas übrig, über das ich noch abstimmen kann, und selbst in dem kleinen Restbereich würde ich die Schwerpunkte anders setzen. Fazit: Auf dem Einzelplan 16 steht zwar Digitalisierung drauf, es ist aber kaum Digitalisierung drin.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Schreyer von der CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man der Debatte folgt, fragt man sich, ob sich jeder den Haushaltsplan angesehen hat und die Zahlen, die darin enthalten sind. Herr Kollege Adjei hat gerade formuliert, er würde gerne wissen, wo sich die Maßnahmen im Digitalplan wiederfinden. Das teile ich übrigens, deshalb habe ich die Ministerin auch gerade angesprochen. Sie haben gerade gesagt, Sie haben alle möglichen Minister angesprochen, ich habe einfach die zuständige Ministerin gefragt.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Ich habe es so verstanden, dass die über 200 Maßnahmen im Haushalt großteils veranschlagt sind, manche dieses Mal aber noch gar nicht stattfinden. Nicht alles fällt dieses Jahr an. Außerdem ist vieles auch in den zuständigen Ministerien drin. Ich kann das nur am Beispiel meiner ehemaligen Ministertätigkeit aufzeigen: Ministerin Judith

Gerlach und ich durften zusammen den digitalen Bauantrag auf den Weg bringen. Der digitale Bauantrag und alles, was dazugehört, fällt logischerweise in das Ressort des Bauministeriums. Dort würde man diesen Bereich finden. Das hat damit zu tun, dass das zuständige Ministerium überlegen muss, wie es mit seinen Bereichen umgeht und wie es die entwickelt. Frau Ministerin Gerlach schaut dann in jedes Ressort hinein und sagt: Bitte, bringt die Dinge auf den Weg. – Deswegen muss es zusammen funktionieren; denn die Fachleute sind in den Fachministerien. Anders kann es an dieser Stelle auch gar nicht laufen.

Deshalb war der Beitrag mit den Tablets auch völlig daneben, Herr Kollege Adjei. Ich wüsste nicht, dass Frau Ministerin Gerlach Tablets besorgt hätte. Die Frage von Schulen ist im Kultusministerium angesiedelt, nirgendwo anders.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das war das Finanzministerium! Es ging um die Volkszählung!)

Ihren Ansatz fand ich aber besonders spannend. Sie haben gesagt, Sie wollen einen CEO für die Fragen der Digitalisierung haben. Das heißt, Sie wollen direkt in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen und durchregieren. Da sage ich Ihnen aber ganz ehrlich: Das Staatssystem, in dem man komplett durchregiert und die verschiedenen Ebenen nicht berücksichtigt, das haben wir Gott sei Dank überwunden. Wir sind in einer Demokratie, wo es verschiedene Ebenen gibt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Ich weiß gar nicht, warum Sie so schreien. Ich glaube, ich habe wirklich den Punkt getroffen.

Der Kollege Mannes hat, ehrlich gesagt, eine spannende Rede gehalten, spannend insofern, als er von der Meinungsfreiheit gesprochen hat. Herr Mannes, Sie dürfen durchaus Platz nehmen, Sie müssen gar nicht stehen bleiben. Es ist nicht wie in der

Schule, wo man in die Ecke gehen muss. Sie können gerne auch so zuhören, das ist kein Problem.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Mannes, die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Gerade mir ist sie besonders wichtig. Ich stelle aber bei der AfD fest, dass sie offensichtlich nicht gewürdigt wird. Wenn Sie nämlich von einer Liste des Scheiterns sprechen, könnte einem schnell einfallen, dass Sie über die AfD sprechen. Bei den vielen Austritten, die Ihre Fraktion in dieser Legislaturperiode hatte, scheint es mit der AfD nicht wirklich zu funktionieren.

(Andreas Winhart (AfD): Wir nehmen so viele neue Mitglieder auf wie keine andere Partei!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn Sie dann von Meinungsfreiheit sprechen, ist das spannend. Im Übrigen führen Sie als Beispiel selbst die Filmförderung an, die Sie abschaffen wollen. Die Filmförderung ist aber genau das, nämlich Meinungsfreiheit. Diejenigen Regisseurinnen und Regisseure und diejenigen, die Filme auf den Weg bringen, sind eben gerade nicht durchgesteuert, sondern sie machen das so, wie sie es wollen. Das ist gut so. Das ist ein Teil von Demokratie und ein Teil von Meinungsfreiheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben vorhin kritisiert, dass der Haushalt des Digitalministeriums finanziell nicht dieselbe Höhe hat wie letztes Jahr. Ja, das liegt daran, dass das immer so funktioniert: Je nachdem, was ausgegeben wurde, ist mehr oder weniger im Haushalt. Im Jahr 2022 wurde weniger ausgegeben, als veranschlagt gewesen ist. Wenn man mit den Mitteln zurechtkommt, dann ist das auch in Ordnung. Wichtig ist doch nicht, ob die Haushaltssumme steigt, sondern wichtig ist, dass man mit den vorhandenen Mitteln die richtigen Dinge tun kann. Die Ministerin hat sieben neue Stellen angemeldet. Ihr

diese sieben neuen Stellen zu gewähren, ist klug. Natürlich könnte man immer noch mehr machen. Aber am Ende des Tages ist wichtig, dass sowohl in den Fachministerien als auch im Digitalministerium die Dinge gut funktionieren. Dies scheint mir gegeben zu sein.

Das Thema Digitalisierung ist gerade auch für die Wirtschaft relevant. Deshalb ist es wichtig, dass die Dinge gut funktionieren. Ich möchte an dieser Stelle gerne der Ministerin Judith Gerlach und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken. Sie haben dieses Ministerium so auf den Weg gebracht, dass es wirklich funktioniert. An dieser Stelle möchte ich noch einmal deutlich betonen, in Bayern ist die Digitalisierung kein Anhängsel irgendeines Ministeriums, sondern ein zentrales Element und wird aus dem Digitalministerium gesteuert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es wird nicht gesteuert!)

Genau das ist gut so. Berlin macht Anhängsel, wir machen es gescheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Kollegen Benjamin Adjei für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Liebe Kollegin Schreyer, langsam wird es echt lächerlich. Zur AzP: Als Mitglied der Regierungsfraktionen kennen Sie dieses Instrumentarium vielleicht nicht und wissen nicht, wie das eigentlich funktioniert. Dabei stellt man der Staatsregierung insgesamt eine Frage. Ich habe der Staatsregierung die Frage gestellt, wie viel Geld eigentlich in diesem Haushalt ist und wie viel Geld von diesen 500 Millionen Euro schon in vergangenen Haushalten war und wie viel Geld noch überhaupt nicht im Haushalt steckt. Darauf gab es die Rückmeldung, dass man mir das nicht sagen kann, weil man darüber keine Informationen hat. Sie sagen mir jetzt, dass Sie einfach mit dem Digitalministerium reden und dann die Informationen bekom-

men. Entweder bekomme ich die Informationen auf konkrete Nachfragen nicht, aber Sie schon, weil Sie persönlich nachfragen, oder Sie verstehen die Problematik im Moment einfach nicht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Adjei, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie keine Antwort bekommen haben, wenn Sie gefragt haben. Ich gehe davon aus, dass Sie gefragt haben, wo die Maßnahmen sind. Das Ministerium wird Ihnen dann identisch das geantwortet haben, was ich Ihnen gerade gesagt habe.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Nein!)

Es wird mitgeteilt haben, dass die Maßnahmen irgendwo im Haushalt enthalten sind. Es wird mitgeteilt haben, dass noch nicht alles veranschlagt worden ist; davon gehe ich aus. Ich gehe davon aus, dass das Ministerium mitgeteilt hat, dass man die Maßnahmen in den Ressorts wiederfinden kann. Das sind die Antworten, die eine AzP liefert. Ich habe – da haben Sie recht – als Fraktionsmitglied die AzP nicht gekannt, aber als Ministerin schon. Wenn eine AzP kommt, dann gibt es ein knappes Zeitfenster, in dem man Antworten geben kann.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So ist es!)

Wenn Sie eine AzP stellen, weiß man ganz genau, dass es überhaupt nicht möglich ist, in der Kürze der Zeit eine komplette Antwort zu liefern.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Ist die Antwort gewürfelt worden oder was?)

Wenn Sie eine Anfrage stellen, bekommen Sie eine ganz normale Antwort. Wenn Sie nur wenige Stunden anbieten, kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendein Ministerium in der Lage ist, Ihnen aus allen Häusern zusammenzustellen, wo was wie drinsteht.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Drei Tage! – Toni Schuberl (GRÜNE): Man kann schon erwarten, dass die Ministerin einen Überblick hat und sich die Antwort nicht erst raussuchen muss!)

Das wird nicht möglich sein. Die Ministerin wird vielleicht darauf eingehen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es in wenigen Stunden möglich ist, über alle Ressorts hinweg eine Antwort zu geben. Das ist auch ehrlich gesagt etwas komisch, weil es nicht nötig ist. Wenn Sie sich für ein bestimmtes Thema interessieren, dann schauen Sie halt in den Haushalt des Ressorts und dann haben Sie die Antwort.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es liegt eine weitere Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Diese kommt vom Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Schreyer, nachdem Sie mich angesprochen haben, muss ich Ihnen Folgendes sagen: Ich weise es aufs Schärfste zurück, dass ich oder wir irgendetwas mit Zensur im Sinn haben.

(Andreas Winhart (AfD): Genau! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Vom Herrn Stadler!)

Natürlich sind wir für die freie Meinungsäußerung. Es geht mir um die staatliche Zensur und um Verhaltenssteuerung. Gehen Sie einmal zwei bis drei Jahre zurück. Was war da? – Wenn jemand irgendeine Kritik im Zusammenhang mit Corona geäußert hat oder gar von Impfschäden bzw. den Folgen des Impfens gesprochen hat oder erwähnt hat, dass das Impfen in irgendeiner Art und Weise schädlich sein könnte, auch im Einzelfall, dann wurde das auf YouTube oder Facebook sofort gelöscht. Das ist Fakt. Das geht doch nicht. Das hat doch nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun.

Ich kritisiere konkret, dass diese "Aufgabe" an Dritte, an externe Dienstleister, übergeben worden ist. Ich sage Ihnen noch etwas anderes. Nachdem die ganze Kritik aufge-

kommen ist und sich der Messengerdienst Telegram als besonders effizient erwiesen hat, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende!

Gerd Mannes (AfD): – haben Sie gefordert, diesen abzuschalten. Jetzt noch einmal die Frage: Sind Sie wirklich der Meinung, dass – –

(Das Mikrofon wird ausgeschaltet)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende. Das war eine Zwischenbemerkung. Man muss auch keine Frage stellen. – Frau Schreyer hat das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Mannes, allmählich machen Sie mir wirklich Spaß. Sie reden von Meinungsfreiheit und wissen gleichzeitig witzigerweise nicht, dass Facebook und YouTube keine staatliche Aufgabe sind. Die Vorgehensweise gibt die Meinungsfreiheit her. Ich muss nicht alles gut finden, was Facebook oder YouTube machen. Aber dafür können Sie den Staat nicht verantwortlich machen.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie haben vorhin die Filmförderung angesprochen. Wenn Sie glauben, dass die Filmförderung durchregiert wird, dann haben Sie das System nicht verstanden. Ich würde Ihnen nahelegen, ihre Fragen und Debatten, wo Sie gelöscht wurden oder wo Sie in Facebook oder sonstwo drin sind, mit den Zuständigen und Verantwortlichen zu diskutieren. Das hat mit dem Staat null zu tun.

(Gerd Mannes (AfD): Das ist falsch!)

Herr Mannes, das ist keine staatliche Aufgabe.

(Beifall bei der CSU – Gerd Mannes (AfD): Das ist falsch!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nun hat die Staatsministerin Judith Gerlach für die Staatsregierung das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an alle, die sich konstruktiv mit unserem Haushalt beschäftigt haben und die das Ganze konstruktiv und positiv begleiten, was wir mit dem uns zur Verfügung stehenden Budget draußen vorantreiben wollen. Herzlichen Dank vor allem namentlich an Kerstin Schreyer und Michael Hofmann, die nicht nur heute Berichterstatter sind und den Haushalt mit vorgestellt haben, sondern die ihn darüber hinaus interessiert begleiten und vor allem unterstützen. Das ist mir extrem wichtig. Herzlichen Dank dafür. Natürlich auch ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker. Wir brauchen natürlich auch Geld. Wir brauchen die Diskussion mit dem Finanzministerium, um das Budget erfolgreich auf die Gleise zu bringen und die Projekte zu verwirklichen.

Wenn ich die Debatte hier verfolge, muss ich feststellen, dass ich sehr viele Themaverfehlungen gehört habe. Ich habe viel über den Breitbandausbau, Tablets und vieles andere mehr gehört. Allerdings arbeitet man sich hier an Themen ab, die überhaupt nicht in unseren Haushalt gehören, statt sich mit den Themen zu beschäftigen, die tatsächlich im Haushalt stehen und die wir vorantreiben.

(Beifall bei der CSU – Benjamin Adjei (GRÜNE): Das ist ja das Problem!)

Wissen Sie, ich finde es schon ein bisschen schade; Sie nennen sich selber in Berlin gerne Fortschrittskoalition oder so ähnlich, aber die Opposition hier ist sehr rückschrittlich. Die Digitalisierung scheint für Sie aus großen Schecks zu bestehen und aus Hardware. Sie reduzieren die Digitalisierung darauf. Sie messen Erfolg und Arbeit an großen Budgets. Das passt aber nicht in die heutige Zeit.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Dann schafft den Haushalt ab!)

Das passt nicht dazu, wie man Digitalisierung lebt. Sie meinen, wer den größten Förderbescheid hat, der bewegt dann auch etwas. Digitalisierung funktioniert aber anders. Sie funktioniert insofern, als man das Ganze ganzheitlich bearbeiten und betrachten muss. Das Ganze muss strategisch angegangen werden, die Menschen müssen mitgenommen werden. Das tut das Digitalministerium für Bayern, auch ohne Riesenbudget.

(Beifall bei der CSU)

Vor uns liegt ein Haushaltsplan, der Bayern klug und umsichtig für die Zukunft aufstellt. Vor einer Woche habe ich im Rahmen meiner Regierungserklärung erklärt, wie wir uns den Digitalplan vorstellen und wie die Zukunft in diesem Bereich aussehen soll. Mit unserem Digitalplan haben wir eine vollumfängliche Strategie für den digitalen Wandel unserer Heimat, die unter der Federführung unseres Hauses zusammen mit den anderen Ministerien entstand. Mit dem Digitalplan Bayern haben wir strategische Leitlinien für die nächsten Jahre formuliert, also nicht nur für diese Legislaturperiode, sondern darüber hinaus. Wir wollen digitale Technologien so umsetzen, dass sie unser Leben erleichtern und verbessern. Es gibt über 200 konkrete Maßnahmen, die es zu finanzieren gilt und die in großen Teilen in diesem Haushalt 2023 enthalten sind.Jeder Euro für die Digitalisierung wird uns eine Rendite bringen. Davon bin ich überzeugt. Wir investieren jetzt und stärken damit unsere Zukunftsfähigkeit hier in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Digitalministerium gehen wir vor allem deswegen voran, um unsere digitale Heimat zu stärken. Alles zusammengefasst, planen wir für das Haushaltsjahr 2023 mit rund 113 Millionen Euro. Das sind die Mittel, die wir in unserem Geschäftsbereich einsetzen werden. Wir bleiben da konstant auf hohem Niveau. Zahlenmäßig mögen wir vielleicht nicht das größte Ministerium sein. In Sachen Motivation, in Sachen Innovationsgeist und Teamwork sind wir aber absolute Champions League, wie ich finde. Denn wir haben schon vieles bewirkt.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne den Platz eins in Deutschland bei der Verwaltungsmodernisierung, das erste und in Deutschland bisher einzigartige Digitalgesetz und natürlich den bereits erwähnten Digitalplan Bayern. Seien Sie sicher: Wir werden auch weiterhin liefern, alles zum Wohl unserer digitalen Heimat.

Ich will auf drei größere Bereiche unseres Haushalts eingehen. Zum einen ist das der Ausbau der digitalen Verwaltung mit rund 37 Millionen Euro. Sie sehen, darauf liegt ein großer Schwerpunkt. Weitere Schwerpunkte sind das Voranbringen des digitalen Wandels, sowohl aus gesellschaftlicher wie auch aus technologischer Sicht, mit rund 22 Millionen Euro und die Förderung der audiovisuellen Medien, also Film, Games und XR, mit rund 33 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne stelle ich die Bereiche noch etwas im Detail vor. Eingangs möchte ich ein ganz konkretes Beispiel dafür herausgreifen, wie konsequent wir über alle Ressorts hinweg die Digitalisierung denken. Nehmen wir zum Beispiel das Förderwesen. Der Freistaat nimmt sehr viel Geld in die Hand, um die Bürgerinnen und Bürger, seine Kommunen und natürlich auch die Unternehmen zu stärken – sei es beispielsweise das Wohngeld, sei es der Meisterbonus. Wir haben dieses Jahr zum Beispiel wieder mehr als 10 Millionen Euro für die Digitalisierung der Kommunen im Haushalt geplant, etwa durch das Förderprogramm "Digitales Rathaus".

Uns allen muss es dabei ein ganz dringendes Anliegen sein, dass das Geld möglichst einfach und auch möglichst schnell zu den Berechtigten kommt. Hier ist zugegebenermaßen noch Luft nach oben. Wir entwickeln deswegen eine vollständige digitale Förderplattform. Diese Förderplattform kommt noch in diesem Jahr. Wir investieren da 3 Millionen Euro. Bürgerinnen und Bürger, aber natürlich auch die Kommunen, die ganz viel im Förderwesen unterwegs sind, und die Unternehmen werden dann die bayerischen Förderungen absolut gebündelt an einem Ort digital auffinden und beantragen können. Auch die Antragsbearbeitung ist digital, bis hin zur Auszahlung und Verwendungsprüfung. All das läuft digital.

Dank der Förderplattform können wir Förderprogramme zukünftig natürlich viel schneller aufsetzen. Das Ganze läuft letztendlich auch viel effizienter ab und kann dann auch effizienter abgewickelt werden.

An dem Beispiel kann man gut erkennen, wie wichtig eine digitale Verwaltung ist. Deshalb möchte ich in dem Zusammenhang auch unseren Digital.Campus Bayern hervorheben, der mir besonders wichtig ist, mit dem wir den digitalen Wandel in der gesamten Verwaltung vorantreiben und vor allem – das ist besonders wichtig – in die Weiterbildung der Mitarbeitenden investieren wollen. 1,6 Millionen Euro investieren wir für das Jahr 2023. Mit diesem Digital.Campus Bayern entsteht eine digitale Qualifizierungsplattform, die für alle Beschäftigten der öffentlichen Verwaltungen in Bayern offen ist. Damit schaffen wir ein letztendlich bayernweites Angebot mit flexibleren Lernmodulen für den Erwerb digitaler Kompetenzen, die in der modernen Verwaltung von heute, aber natürlich auch von morgen einfach unerlässlich sein werden.

So – da bin ich sicher – begegnen wir den Herausforderungen der digitalen Zukunft: mit Beschäftigten, die Verwaltung auch neu denken, damit Prozesse schneller laufen, damit Verwaltung noch besser und serviceorientierter wird.

Von unserem Digital.Campus Bayern werden explizit auch die Beschäftigten der Kommunen profitieren. Das war uns auch ganz wichtig. Für die wollen wir das auch öffnen, weil es für die nämlich bisher kein vergleichbares Angebot in Bayern gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Kontext möchte ich unsere vor gut einem Jahr gegründete Bayerische Agentur für Digitales, die byte, hervorheben. Damit stellen wir allen bayerischen Staatsministerien, aber natürlich auch den nachgelagerten Behörden einen starken Digitalisierungspartner zur Seite. Wir holen mit der Digitalagentur moderne Methoden aus der Digitalwirtschaft, aus der Start-up-Szene, in die staatliche Verwaltung.

Für mich ist die Digitalagentur ein ganz wesentliches Puzzleteil, um bei der Alltagsdigitalisierung auch wirklich auf ein neues Level zu kommen. Das ist der entscheidende

Schritt, mit dem wir unsere deutschlandweite Spitzenposition bei der digitalen Verwaltung natürlich noch weiter ausbauen wollen. Dazu bauen wir die byte zügig und mit Nachdruck weiter aus. Im Haushalt 2023 sind dafür 10 Millionen Euro vorgesehen.

In der Digitalbranche wird die byte schon aufmerksam verfolgt. Es freut mich sehr, dass die Jobs bei der byte auf großes Interesse stoßen. Wir haben bisher schon mehr als 30 Digitalexpertinnen und Digitalexperten für die byte gewinnen können. Das finde ich großartig, weil es mit Sicherheit eine einzigartige Chance ist, unseren modernen Staat mitzugestalten. Da wollen einige dabei sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben natürlich auch zahlreiche weitere Projekte auf der Agenda. Wie in der Regierungserklärung ausgeführt, ist mein besonderes Anliegen die digitale Kompetenz. Das fängt bei unseren Kleinsten an, das geht über berufliche Weiterbildung hinaus bis hin zu digitalen Einsteigern, die wir mit digitalen Möglichkeiten vertraut machen wollen.

Für digitale Einsteiger aller Altersklassen richten wir beispielsweise in 30 Kommunen Bayerns Anlaufstellen für Fragen zum Smartphone und zum Internet ein. Das neue Projekt heißt "zusammen digital". Die Bewerbungsphase für die Kommunen ist gerade zu Ende gegangen. Es gab wirklich ein extrem hohes Interesse daran. Allein in diesem Jahr werden wir eine Unterstützung von 400.000 Euro dafür vorsehen.

Zusätzlich – und dafür suchen wir immer wieder Verbündete, auch in unseren Expertenkreisen – schließen wir in Bayern mit den ansässigen IT-Unternehmen eine Allianz für digitale Kompetenzen. Hochkarätige Unternehmen sind bereit, über 40 digitale Weiterbildungsangebote letztendlich für die Allgemeinheit zu öffnen. Das sind dann über das Jahr verteilt mehrere Hundert Einzelaktionen, die Bürgern ganz kostenlos zur Verfügung stehen und sie auch bei ihrem jeweiligen Kenntnisstand abholen. Bei jeder einzelnen Aktion stärken wir die digitale Kompetenz in der Breite der Gesellschaft. Ich bin mir sicher, dass diese Allianz sehr erfolgreich wird und hoffentlich auch sehr gut angenommen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztendlich ist mir noch wichtig, den Bereich der audiovisuellen Medien, Film, Games und XR, anzusprechen. Das ist nicht nur ein wichtiger Bestandteil der Kultur bei uns hier in Bayern, sondern auch schlichtweg ein ganz bedeutender Wirtschaftsfaktor. Neben den immer stärker werdenden Digitalbranchen Games und XR hat sich zum Glück nach der Corona-Pandemie auch der Filmbereich wieder erholt. Die Kinobranche und die Filmfestivals leiden trotzdem immer noch an den Folgen der Pandemie. Umso erfreulicher ist es, dass wir letztes Jahr mit unserer Förderung durch den FilmFernsehFonds Bayern deutschlandweit absolut an der Spitze standen. In Zahlen waren das 377 Projekte.

(Beifall bei der CSU)

Es sind eben nicht nur die Zahlen, sondern letztendlich die Projekte, 377 an der Zahl, die wichtig sind, die draußen dafür sorgen, dass wir auch als Filmstandort international leuchten.

Auch dieses Jahr investieren wir wieder auf hohem Niveau in die Branche. Die Mittel, die wir dafür in die Hand nehmen, generieren dann natürlich wieder ein Vielfaches an Investitionen am Filmstandort Bayern. Das amortisiert sich sozusagen.

Besonders freut mich, dass wir mit dem Bayernbonus bei den Energiehilfen im Bereich der Kultur und zusätzlichen Mitteln für die Kinoprogrammprämien in 2023 den Kinos weiterhin stark helfen können. Das ist mir ganz wichtig. Kinos sind Kulturorte. Es ist wichtig, dass wir die unterstützen. Herzlichen Dank an alle, die das mittragen und da immer wieder auch Geld investieren!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war jetzt nur ein kurzer Einblick in unsere Agenda. Meine Zeit läuft auch gleich ab. Ich will damit verdeutlichen, dass wir ein Haus sind, das sehr motiviert ist und das trotz kleineren Budgets viel dafür tut, dass die Digitalisierung in Bayern vorangetrieben wird. Das haben wir in der Vergangenheit ge-

zeigt, und das gilt natürlich auch für die Zukunft. Dass die Digitalisierung in Bayern so erfolgreich fortgesetzt werden kann, liegt in unser aller Interesse.

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich, dem Einzelplan 16, dem Haushalt des Digitalministeriums, auch zuzustimmen. Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung! Ich freue mich auf eine weiterhin konstruktive und auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Gerlach, Sie fordern für die Digitalisierung einen ganzheitlichen Ansatz. Einen ganzheitlichen Ansatz hat die Staatsregierung während der Corona-Pandemie schmerzlich vermissen lassen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Im Gegenteil!)

Hier hätte das Digitalministerium wertvolle Dienste leisten können. Haben Sie eine Erklärung dafür, dass es bis heute keine vernünftige Datenbasis dafür gibt, um beispielsweise Todesfälle und das Auftreten bestimmter Krankheiten in den Gruppen der Geimpften versus Ungeimpften monitoren zu können?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Herr Plenk, Sie sind doch einer der Ersten, der aufschreit, wenn Daten von Bürgern erhoben werden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Beate Merk (CSU))

Das ist so. Rund um die AfD sind die Allerersten, die dann wieder schreien, die sagen, oh mein Gott, der Staat will irgendwelche Daten, ich werde gemonitort. – Es wird schon genickt in den Reihen. Selbst wenn wir das tun und vorantreiben würden – ich bin für größere Datengrundlagen, absolut –, wären Sie doch die Ersten, die schreien und ein Stoppschild hochhalten würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Rosi Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Liebe Frau Ministerin, Sie haben die Alltagskompetenzen und die 30 Modellkommunen angesprochen, die jetzt unterstützt werden. Wir begrüßen das außerordentlich. Aber natürlich sind 30 Kommunen nicht sehr viel. Nachdem die Bewerbungsfrist abgelaufen ist, würde mich interessieren: Wie viele Kommunen haben sich denn tatsächlich darauf beworben, und planen Sie, dieses Modell auf ganz Bayern auszurollen?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen jetzt nicht die hundertprozentig genaue Zahl sagen kann. Aber es waren mehr als das Doppelte. Wir können nicht allen Anfragen gerecht werden. Für uns ist das natürlich auch mal ein Test, wie es funktioniert in den Kommunen, wie es sich an den Rathäusern letztlich etabliert, wie das angenommen wird. Ich glaube, solche Programme muss man immer wieder nachjustieren. Man muss immer wieder schauen, ob die passen, ob das so gut aufgesetzt ist. Das bedeutet nicht, dass es damit dann erledigt ist. Ein Ausrollen ist wünschenswert. Ich kann jetzt natürlich nicht für die nächste Legislaturperiode sprechen, würde mich aber sehr freuen, wenn wir solche Angebote wirklich in der Breite bringen.

Ich will das gar nicht ins Lächerliche ziehen, dass man sagt, man geht da mit seinem Handy mal hin, weil man nicht weiß, wie man das anstellt, oder so. Das habe ich heute ja auch gehört. Es gibt Menschen, die einfach nicht wissen, wie sie ÖPNV digital bestellen können. Es gibt Menschen, die nicht wissen, wie eine Online-Überweisung funktioniert. Anlaufstellen zu errichten, um diesen Menschen zu helfen, finde ich extrem wichtig. Wir starten jetzt mit diesen 30 Kommunen. Alles Weitere wird sich dann mit Sicherheit in der nächsten Legislaturperiode zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 16, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27401 mit 18/27439 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27964.

Vorab ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Blockchain I – Blockchain-Strategie 3.0" auf der Drucksache 18/27422 in einfacher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FDP-Fraktion, die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 16. Der Einzelplan 16 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/27964, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 16 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der Abgeordnete Busch (fraktionslos), die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 16 mit den

vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und alle fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27964, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27416 mit 18/27419 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 16 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 16

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 16

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 16 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/27401

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software
   (Kap. 16 01 Tit. 812 99)
   Drs. 18/27402

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.
   (Kap. 16 02 Tit. 534 66)
   Drs. 18/27403

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 76)
   Drs. 18/27404

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 77)
   Drs. 18/27405

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
   (Kap. 16 04 Tit. 633 76)
   Drs. 18/27406

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Internationale Zusammenarbeit
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/27407

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Digitales
   (Kap. 16 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/27408

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kürzung der Mittel für Veranstaltungen des Staatsministeriums für Digitales
   (Kap. 16 01 Tit. 540 01)
   Drs. 18/27409

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Forschungsauftrag über Desinformation und extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke auf Kommunikations- und Gaming-Plattformen und Subkulturen im Internet
    (Kap. 16 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/27410

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Förderung für Open Government-Labore
    (Kap. 16 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/27411

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Förderung für die Entwicklung von Open Source Software
    (Kap. 16 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/27412

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: GrünFairFilm-Preis beim Bayerischen Film- und Fernsehpreis
    (Kap. 16 05 Tit. 681 01)
    Drs. 18/27413

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Innovationsförderungen für Kinos weiterführen!
(Kap. 16 05 Tit. 683 06)
Drs. 18/27414

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 16 05 Tit. 861 01)
Drs. 18/27415

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 16 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27420

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausgaben für Digitalisierung
(Kap. 16 03 Tit. 537 01)
Drs. 18/27421

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Blockchain I – Blockchain-Strategie 3.0
(Kap. 16 03 neue TG)
Drs. 18/27422

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Blockchain II – Studie zur möglichen Verwendung von NFTs in Bayern
(Kap. 16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27423

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Datentreuhänder für bayerische Unternehmen
(Kap. 16 03 Neuer Tit.)
Drs. 18/27424

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beratungsstelle für Software- und Lizenzmanagement
(Kap. 16 03 Neuer Tit.)
Drs. 18/27425

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023,
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
(Kap. 16 04 Tit. 633 76)
Drs. 18/27426

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern I: Zuschüsse für den Deutschen Computerspielpreis und die Medienstandortförderung Games
(Kap. 16 05 Tit. 686 04)
Drs. 18/27427

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern II: Ausstattung und Betriebskosten des Forschungs- und Anwenderzentrums “Virtuelle Realität Bayern”
(Kap. 16 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/27428

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern III: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und von Games
(Kap. 16 05 Tit. 892 02)
Drs. 18/27429

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung I – Nicht aufteilbare Sachausgaben
(Kap. 16 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/27430

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung II – Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 681 01)
Drs. 18/27431

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung III – Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/27432

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung IV – Zuschüsse für den Friedenspreis des Deutschen Films – Die Brücke
(Kap. 16 05 Tit. 683 02)
Drs. 18/27433

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung V – Zuschüsse an die Internationale Münchner Filmwochen GmbH – Die Brücke
(Kap. 16 05 Tit. 683 03)
Drs. 18/27434

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung VI – Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Film-, Games- und VR-Bereich
(Kap. 16 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/27435

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung VII – Zuschüsse für die Entwicklung und Herstellung von Drehbüchern für Filme und Serien und der Drehbuchwerkstatt
(Kap. 16 05 Tit. 686 03)
Drs. 18/27436

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung VIII – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 16 05 Tit. 861 01)
Drs. 18/27437

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung IX – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 02)
Drs. 18/27438

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Filmförderung X – Förderung internationaler Filmproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 03)
Drs. 18/27439

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Michael Hofmann
Abg. Tim Pargent
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Harald Güller
Abg. Albert Duin
Abg. Martin Böhm
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Wolfgang Fackler
Staatsminister Albert Füracker
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26627 mit 18/26630)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 18/27980)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26618 mit 18/26620)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26621 mit 18/26626)
Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 18/26617)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. – Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Guten Morgen Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Staatsminister Albert Füracker! Wir beraten den Einzelplan des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Ich freue mich, dass auch junge Leute heute unserer Debatte gleich in Herrgottsfrühe zuhören. Sie sind besser vertreten als die Kolleginnen und Kollegen hier unten im Plenarsaal. Machen Sie sich aber keine Sorgen, die arbeiten trotzdem, auch wenn sie ihre Plätze gerade nicht besetzt haben. Man könnte nämlich auf diesen Gedanken kommen.

Manche sind oberflächlich und bewerten die Wichtigkeit eines Ministeriums danach, wie viel Geld man hineinsteckt. Wer diesen Fehler macht, hat tatsächlich von Politik keine Ahnung. Wenn es einen wirklich wichtigen Einzelplan gibt, wenn es wirklich ein

wichtiges Ministerium gibt, dann ist es das Ministerium der Finanzen und für Heimat. In diesem Ministerium stecken 3,1 Milliarden Euro. Warum ist es besonders wichtig? – Weil der Finanzminister gerade auch in besonders schwierigen Zeiten die schwere Aufgabe hat, den Kolleginnen und Kollegen im Kabinett zu erklären, was finanziell machbar ist und was nicht. Gleichzeitig hat er gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu erklären, dass wir die beabsichtigten Ausgaben im Bewusstsein der Tätigkeit und Arbeit der Unternehmerinnen und Unternehmer und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leisten. Er hat die Aufgabe, mit den Steuergeldern verantwortungsbewusst umzugehen.

Schließlich ist dieses Ministerium auch deshalb wichtig, weil die ganze Finanzverwaltung an diesem Ministerium hängt. Würde unsere Finanzverwaltung nicht funktionieren, dann hätten wir als Staat insgesamt ein massives Problem. Daher kann man festhalten, dass wir dieses Ministerium und diesen Einzelplan gar nicht überschätzen können. Das Ministerium hat wirklich eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den einzelnen Behörden und vor allem in den Finanzämtern bedanken. Diese habe es gerade nicht leicht, vor allem was das Thema Grundsteuererklärung betrifft. Die Mitarbeiter dort haben ohnehin keinen einfachen Job, da sie den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erklären müssen, warum ein Steuerbescheid so oder so zustande kommt. Ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Finanzämtern. Wir wissen, was wir an ihnen haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Albert Füracker)

Lieber Albert Füracker, wir wissen auch, was wir an unserem Finanzminister haben. In wirtschaftlich einfachen Zeiten, in denen die Einnahmen sprudeln, die Zinsen billig sind, die Steuerzahler gut unterwegs sind und die Inflation niedrig ist, ist es leicht, einen Gesamtplan zu verantworten. Das alles haben wir zurzeit nicht. Wir haben wirt-

schaftlich schwierige Zeiten, wir haben den Ukraine-Krieg, den das Putin-Regime in Russland angestoßen hat, wir haben eine hohe Inflation, wir haben steigende Energieausgaben, und wir haben steigende Baukosten. Das alles führt dazu, dass es immer schwieriger wird zu prognostizieren, mit welchen Einnahmen der Staat rechnen kann. Vor diesem Hintergrund ist es eine herausragende Leistung, es geschafft zu haben, nach einer Ausnahmesituation in alter Tradition unseres Finanzwirtschaftens einen Einzelplan ohne Nettoneuverschuldung aufgestellt zu haben. Lieber Albert, dafür gebührt dir ein ganz besonderer Dank. Das ist eine herausragende Leistung in schwierigen Zeiten. Danke schön dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es liegen auch insoweit schwierige Voraussetzungen vor, weil wir gleichzeitig mit Begehrlichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Staates zu tun haben. Hierzu wird der Kollege Wolfgang Fackler noch einiges sagen. Ich möchte nur einen Punkt ansprechen: Wir haben mit viel Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit beschlossen, dass Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen in der Besoldungsgruppe A 13 einsteigen sollen. Dies kann man mit guten Argumenten und mit Fug und Recht vor den Lehrkräften an Grund- und Mittelschulen begründen. Es wäre aber falsch zu sagen, das wäre eine abgeschlossene Entscheidung und wir hätten damit weiter keine Schwierigkeiten. Derartige Entscheidungen wecken natürlich Begehrlichkeiten in anderen Bereichen. Wir hören natürlich auch – ich möchte das an der Stelle ganz klar sagen, weil es zu diesem Einzelplan gehört – die Rufe aus der Finanzverwaltung, die in diesem Zusammenhang darauf hinweist: Wenn ihr in dem Bereich auf A 13 geht, haben auch wir Wünsche. Deshalb möchte ich klar betonen: Niemand gibt verschwenderisch Steuergelder aus. Gleichzeitig wollen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut bezahlen.

(Kopfschütteln des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Ich weiß, in Berlin ist das anders, Kollege Güller. Deshalb war das Kopfschütteln zu Recht. Das ist in Ordnung. – Aber wir geben unser Geld nicht verschwenderisch aus. Vor diesem Hintergrund besteht ein Spannungsverhältnis: Einerseits müssen wir den Bürgern erklären, dass wir die Steuergelder vernünftig ausgeben, und andererseits wollen wir eine Vorlage liefern, damit unsere Verwaltung gerade in Zeiten von Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel weiterhin attraktiv bleibt, damit der Freistaat ein attraktiver Arbeitgeber ist. Dieses Spannungsverhältnis wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten.

Wofür ist dieses Finanzministerium noch zuständig? – Ich möchte hierzu ein Beispiel für eine Situation anführen, die in den einzelnen Stimmkreisen ähnlich sein dürfte: Wir stecken noch einmal 200 Millionen Euro in die Breitband- und Gigabitförderung. Vor Kurzem konnten wir bei mir im Stimmkreis – Landkreis Forchheim, Gemeinde Unterleinleiter, Stadt Ebermannstadt, etwa 10.000 Einwohner – den Glasfaserausbau mit 6,4 Millionen Euro fördern. Dies entspricht einem Fördersatz von 80 bis 90 %. Das kann sich sehen lassen. Was steht darüber letzten Endes in der Presse? – Es ist nur einen kleinen Einspalter wert, dass der Freistaat das Ganze fördert. Mehr ist davon nicht zu lesen. Der Aufschrei, wenn wir das nicht machen würden, wäre riesengroß. Aber ab dem Zeitpunkt, ab dem wir uns der Probleme annehmen, wird das alles wie selbstverständlich hingenommen. Auch das kennt der Finanzminister aus seiner Tätigkeit. Läuft es gut, bekommt man vielleicht ein Schulterklopfen. Läuft es schlecht, stehen schon die Ersten, die sich aufregen, an der Tür und klingeln. Wir wissen also, was mit diesem Einzelplan zu tun und zu erledigen ist.

Schließlich möchte ich noch auf die Finanzverwaltung hinweisen: Wir werden auch weiterhin in die IT-Ausstattung investieren und haben dafür noch einmal 284 Millionen Euro bereitgestellt. Wir müssen nämlich Schritt halten mit den modernen Kommunikationsformen – auch gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Schließlich komme ich zum Thema Heimatstrategie. Das ist ein Schwerpunkt dieses Einzelplans. Wir werden im Zuge der Behördenverlagerung in Windischeschenbach,

in Waldsassen, in Dinkelsbühl und in Weiden tätig werden. Wir stärken das Land in der gesamten Fläche. Wir wissen, dass der Freistaat Bayern von der Vielfalt seiner Regionen lebt. Wir wissen, dass uns diese Regionen stark machen und wir überall ein attraktives Bayern haben wollen. Mit der Heimatstrategie unterstreichen wir noch einmal das klare Bekenntnis zum ländlichen Raum. Wir beschreiten hier mit Sicherheit andere Wege als viele andere Bundesländer. Wir können stolz darauf sein. Wir wissen, wo die Stärken Bayerns sind. Wir wissen unsere ländlichen Regionen zu schätzen.

Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche dem Finanzminister, dass er den verdienten Erfolg insoweit einstreichen kann, als heute ausnahmsweise mal das gesamte Haus diesem Einzelplan zustimmt; denn die Argumente, die wir im Haushaltsausschuss gehört haben, haben mich nicht davon überzeugt, diesem Einzelplan nicht zustimmen zu können.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, geben Sie sich einen Ruck, machen Sie mal was Vernünftiges und stimmen Sie zu. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute, am Schlusstag der Haushaltsberatung, starten wir ja traditionell mit dem Finanzressort, und wir werden diesen Bereich jetzt wahrscheinlich fraktionsübergreifend loben, zwar nicht deswegen, weil er direkt finanziell, sondern weil er personell das Rückgrat des Haushalts abbildet. Die Finanzverwaltung sorgt gemeinsam mit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für die Steuereinnahmen des Landes und damit auch für das Geld, das wir jetzt hier zwei Tage fröhlich verteilt bzw. über dessen Verteilung wir gestritten haben. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Finanz-

beamtinnen und Finanzbeamten, genauso wie an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir verteilen das Geld, das überall gerne gesehen wird, beim Spatenstich hier, beim neuen Förderprogramm dort. Gerne wird von den Regierungsfraktionen auch schon mal ein Scheck verteilt, bevor der Haushalt überhaupt beraten wird. Da sind die Steuermittel immer gerne gesehen. Wenn die CSU mal wieder nach dem Bund ruft, dann in aller Regel auch nach Steuermitteln.

Aber machen wir uns mal ehrlich. Wenn sich das Finanzamt meldet, stellen sich einerseits vermutlich andere Gefühle ein als die, die wir jetzt zwei Tage lang hatten. Wenn die Betriebsprüfung mal kommt – rein statistisch kommt sie ja insbesondere bei kleinen Firmen nur sehr selten,

(Alexander König (CSU): Alle 30 Jahre!)

aber wenn sie mal kommt –, stellen sich die oben benannten Glücksgefühle sicher nicht ein. Andererseits habe ich die letzten beiden Tage weitaus mehr Forderungen nach Mehrausgaben als nach Einsparungen gehört. Ja, Steuern zu erheben macht üblicherweise weniger Freude, als Steuermittel auszugeben. Vielleicht muss das Steuerwesen mit dieser Antithese, diesem Gegensatz, von Natur aus leben.

Vielleicht liegt es aber auch an uns, nicht nur einmal im Jahr, hier am Donnerstagmorgen, und vielleicht noch bei den Finanzbeamt*innen auf der Dienststelle die Finanzverwaltung zu loben. Wie wäre es, wenn wir der Steuerverwaltung 365 Tage im Jahr den Rücken stärken, mit ausreichend Personal, mit ausreichend Technik und auch mit einer guten Politik?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Denn es liegt an uns, auch in diesem Etat, ob die Finanzverwaltung personell und technisch vernünftig ausgestattet ist. Da kann ich Ihnen jetzt die harten Zahlen zur Personalausstattung auch in diesem Jahr leider nicht ersparen.

Die Fallzahlen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen: Von 2012 bis 2020, in acht Jahren, sind die Einkommensteuerfälle um 15 % und die Gewerbesteuerfälle um 30 % gestiegen. An sich ist das sehr erfreulich. Gleichzeitig sinken leider die Erledigungsquoten bei den Feststellungen oder der Gewerbesteuer jeweils von 97 auf 87 %.

Das ist kein Wunder; denn bei der entscheidenden Zahl sieht Bayern im Ländervergleich nicht gut aus. Bei der entscheidenden Zahl, dem Verhältnis von Personalstärke zu Steuerfällen – wie viel Personal haben wir, und wie viele Steuerfälle haben wir in unserem Land –, steht Bayern im Ländervergleich 2020 auf Platz 15 von 16 der Länder.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich muss sagen: Das ist der vorletzte Platz. Das ist in der Bundesliga ein Abstiegsplatz. Das ist alarmierend und Bayerns eigentlich nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können froh sein, dass unsere fleißigen Beamtinnen und Beamten das Gröbste rausreißen. Aber politisch ist das ein Alarmsignal. Wir GRÜNE werden das nicht weiter hinnehmen.

Es ist richtig, dass wenigstens in den letzten Jahren das Personal etwas aufgestockt wurde; insbesondere in der Ausbildung wurde einige Jahre viel getan. Das reicht aber nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Weil unsere gut ausgebildeten Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten bei den Kommunen und auch in der freien Wirtschaft weiterhin sehr begehrt sind, müssen wir dringend unsere Ausbildungskapazitäten hoch halten. Wir brauchen genug Stellen für Anwärterinnen und Anwärter.

Dass sich eine höhere Prüfungsquote auch auszahlt, merkt man bei den Prüfungen von hohen Einkommen, von sogenannten Einkommensmillionären. Eigentlich ist es nur eine halbe Million, wegen der Umstellung von D-Mark auf Euro. 2012 wurden da noch 25 % der Fälle in einem Jahr geprüft. Die Prüfungsquote 2021, bis heute jährlich sinkend, liegt nur noch bei 10 bis 11 % dieser Einkommensmillionäre, die in einem Jahr geprüft werden.

Was ist das Ergebnis? – Die Mehrergebnisse, die durch diese Prüfungen entstehen, sinken auch kontinuierlich. Klar, es gibt Einzelfälle, Ausreißer in die eine oder andere Richtung, aber die Tendenz ist eindeutig, und damit bin ich bei der Steuergerechtigkeit.

Es ist nämlich nicht nur eine Einnahmenfrage, über die wir hier reden, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit. Denn Otto-Normal-Steuerpflichtige haben diese Gestaltungsmöglichkeiten nicht, wie sie große Einkommen oder wie sie vielleicht auch internationale und mobile Firmen haben. Die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben ja oftmals nicht mal eine Steuererklärung ab. Bei der Steuergerechtigkeit, muss ich sagen, ist es in der Bayerischen Staatsregierung und auch bei Ihnen, Herr Finanzminister Füracker, die letzten Jahre relativ ruhig gewesen.

Während die Prüfquoten in Bayern sinken – ich habe es ausgeführt –, habe ich in Ihrer Amtszeit keinen substanziellen Vorschlag für mehr Steuergerechtigkeit in unserem Land gehört; und das, während andere Länder vorangehen. NRW hat nun die Einrichtung eines eigenen Landesfinanzkriminalamts beschlossen. Im Bund ist ja Ähnliches geplant. Baden-Württemberg hat vor zwei Jahren ein Online-Hinweisportal geschaffen. Andere Länder wollen folgen.

Was kommt von der CSU-Staatsregierung? – Häme über einen angeblichen Steuerpranger! Aus heutiger Sicht ist das reine Stimmungsmache und völlig unberechtigt. Sie streuen Zweifel bei der OECD-Mindeststeuer, Sie blockierten bei der Bonpflicht, und jetzt gibt es wieder die Blockade bei der Bargeldobergrenze. Sie sagen kein Wort

zu den unlauteren Gewerbesteueroasen, die wir auch in Bayern beobachten. Es gibt keine Initiative gegen Steuerbetrug oder Geldwäsche. Als ob es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Ihnen Steuergerechtigkeit völlig egal ist, wollen Sie auch noch die Erbschaftsteuer senken. Wir sagen: Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatssekretär Roland Weigert: Sie verstehen es nicht!)

Die CSU vertritt immer gerne Law and Order, wenn es um die Sicherheit geht. Bei der Steuerhinterziehung, bei Finanzkriminalität ist es dann erstaunlich ruhig. Nicht nur beim politischen Willen für Steuergerechtigkeit ist diese Staatsregierung auf dem vorletzten Platz unter den Ländern, nein, sie ist auch Schlusslicht beim politischen Willen in Deutschland.

Wir GRÜNE sind klar der Meinung: Dieser Haushalt tut zu wenig für eine personell gut ausgestattete Finanzverwaltung, und es gibt kein Signal für Steuergerechtigkeit oder gegen Steuerbetrug. Einem solchen Haushalt können wir GRÜNE sicher nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ulrich Singer (AfD): Weil Sie in Wahrheit Kommunisten sind!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Franz Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Kollege Pargent, Sie haben von Gewerbesteueroasen gesprochen. Der Markt Holzkirchen fährt seit Jahren eine erfolgreiche Gewerbeansiedelungsstrategie mit einem niedrigen Gewerbesteuersatz, wodurch die Steuereinnahmen enorm prosperieren und Holzkirchen – ich sage mal – Leuchtturmgemeinde im Landkreis Miesbach ist. Da frage ich Sie, ob Sie das als Gewerbesteueroase bezeichnen. Ich betrachte das als aktive Gewerbepolitik. Sie haben Weltfirmen angesiedelt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pargent, bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Die Firmen müssen ja irgendwo herkommen und hätten sich wahrscheinlich auch so in Deutschland angesiedelt,

(Lachen und Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der AfD)

wenn sie nach einem Platz in Deutschland gesucht hätten.

(Tobias Reiß (CSU): Ist das naive Wirtschaftspolitik à la GRÜNE, oder was ist das?)

Jetzt schauen Sie zum Beispiel auf unserer Nachbargemeinde Grünwald. Dort gibt es mehr Briefkästen als Einwohner. So viel Gewerbe, wie dort formal angesiedelt wurde, wäre ja schön. Aber letztlich gehen Firmen, Holding-Strukturen und Ähnliches, aus München dort hin und zahlen weniger als die Hälfte des Gewerbesteuersatzes. Dadurch entsteht letztlich der Allgemeinheit, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bei uns, ein Schaden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Pargent, Sie erstaunen mich eigentlich nicht mehr. Das, was Sie heute wieder vorgetragen haben, ist Sozialismus pur, wie wir ihn von Ihnen seit Jahren gewohnt sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist Steuerzahler-Bashing, allerdings diesmal etwas versteckter.

(Tim Pargent (GRÜNE): Nicht-Steuerzahler-Bashing!)

Diesmal haben Sie nicht von den Kriminellen gesprochen, sondern nur vom Landesfinanzkriminalamt, was Sie sich in Bayern wünschen. Sie finden den Wettbewerb bei der Gewerbesteuer unanständig. Ja, ich weiß, für einen Sozialisten ist Wettbewerb Teufelszeug.

(Zurufe: Oh!)

Natürlich, ganz klar, Sie verteidigen den Steuerpranger in Baden-Württemberg, sind für eine Bargeldobergrenze, und die Hälfte Ihrer Rede war geprägt von den Begriffen Steuerbetrug und Geldwäsche.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Pargent, so geht man nicht mit den Steuerzahlern in Bayern um, die dafür sorgen, dass wir hier das Land am Laufen halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der FDP)

Ganz nebenbei, wenn Sie von Gestaltungsmöglichkeiten sprechen, die der Finanzminister hier in Bayern einschränken möge, lassen Sie sich gesagt sein, dass das Steuerrecht zum großen Teil Bundesrecht ist. Sie regieren ja leider Gottes jetzt doch seit über einem Jahr in Berlin. Sie können es richten, wenn Sie es denn wollen. Hoffentlich lassen Sie es so, wie es ist.

Lieber Kollege Pargent, das war jetzt keine Bewerbungsrede dafür, dass Sie einmal in politische Verantwortung kommen. Ich bin sehr froh, dass die politische Verantwortung bei dieser Koalition und diesem Finanzminister liegt. Deswegen gebührt ihm der erste Dank für einen – von Regierungsfraktionen und Kabinett gemeinsam – wieder exzellent aufgestellten Haushalt. Ich glaube, die Haushaltsberatungen haben es auch gezeigt: Der Etat ist auf breite Zustimmung gestoßen. In vielen Bereichen hat die Opposition, zumindest teilweise, konzediert, dass da vieles richtig und gut ist.

Jetzt gebe ich das Kompliment auch mal zurück. Ich weiß, es ist schwierig in der Opposition, wenn man tausend Änderungsanträge stellt und die Änderungsanträge dann nicht angenommen werden. Aber ich kann schon sagen, dass etliche der Änderungs-

anträge natürlich in die politischen Überlegungen einfließen und dann, zu einem späteren Zeitpunkt, auch Bestandteil eines Haushaltsgesetzes werden. Von dem her auch Dank an die Opposition für die fleißige Arbeit, für die vielen Anregungen, die natürlich zum Teil unterschiedlich bewertet werden; dafür sind wir in der Politik mit verschiedenen Fraktionen und verschiedenen Grundhaltungen. Aber es war viel Fleiß, viel Herzblut dabei. Vielen Dank für diese hoch qualifizierte Arbeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Haushalt lebt von den Einnahmen; denn wenn die Einnahmen sinken, dann geht es nur darum, dass man sich von Nachtragshaushalt zu Nachtragshaushalt hangelt. Das war übrigens in der Bundesrepublik Deutschland der 1970er-Jahre durchaus regelmäßig der Fall, dass die damals rot-gelbe Bundesregierung Nachtragshaushalte aufstellen musste, weil das Geld nicht reichte. Das gibt es in Bayern nicht. Deswegen kann man sagen, dass das, was am Ende herauskommt, meistens besser ist als der Haushaltsplan. Von daher ist dieser Haushaltsplan nicht nur ein Plan ohne Neuverschuldung, sondern auch ein Plan, der vermutlich genügend Potenzial hat, um die Rücklagen aufzufüllen.

Ein großes Dankeschön natürlich auch an die Finanzbeamten. Ich sage das in aller Deutlichkeit: Wir haben vor wenigen Jahren in Griechenland eine massive Staatskrise gehabt, weil dort die Finanzverwaltung eben nicht funktioniert hat. Griechenland ist nicht so weit weg; Griechenland ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Umso höher muss man es einschätzen, wie die bayerischen Steuerbeamten hier arbeiten. Hier sind wir in Deutschland spitze, nicht nur bei den Einnahmen, nein, auch bei denjenigen, die in den Finanzämtern arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir tun etwas für die Ausbildung, selbstverständlich. Das ist uns sehr wichtig. Ganz nebenbei: Es wird in Kronach, es wird in Kaufbeuren ein neuer Campus entstehen, damit die Studenten gute Voraussetzungen haben. Wir werden auch weiterhin sehr

stark auf die Ausbildung setzen, weil wir wissen, dass wir dieses hohe Niveau nur dann halten können, wenn wir auch qualifiziert und gut ausbilden.

Zwei Punkte noch: das eine ist der Breitbandausbau. Das ist gelebte Infrastruktur für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Ich kann mich noch daran erinnern, als wir hier ins Parlament kamen; der frühere Finanzminister Erwin Huber meinte, der Breitbandausbau sei Privatsache, damit habe der Staat nichts zu tun. Wir haben dann, 2008, mit 19 Millionen angefangen. Jetzt sind wir durchaus so weit, dass man sagen kann, wir sind hier gut unterwegs – für den ländlichen Raum; denn dort entstehen gerade durch eine gute Breitbandversorgung neue Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, ein zweiter Schwerpunkt für gleichwertige Lebensverhältnisse ist die Heimatstrategie. Auch hier ist Bayern vorbildlich; denn Behördenverlagerungen außerhalb der Metropolen setzen Akzente und Impulse in allen Regionen in Bayern, sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum. Ich denke, Bayern zeichnet sich dadurch aus, dass es in allen Landesteilen stark ist. Das wird durch diese Heimatstrategie befördert.

Vielen Dank, Herr Finanzminister, vielen Dank an die Regierungsfraktionen. Ich glaube, dieser Haushalt hat – der Kollege Hofmann hat es gesagt – unser aller Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist für die AfD-Fraktion die Kollegin Katrin Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staat lebt vom Geld seiner Bürger – Geld, das er nicht selbst verdient, sondern in Form von Steuern bei Bürgern und Unternehmen abschöpft. Die Voraus-

setzung für gute Steuereinnahmen ist eine starke Wirtschaft. Unter Söder verliert der früher so starke Wirtschaftsstandort Bayern leider immer mehr an Attraktivität.

(Beifall bei der AfD)

Erst vor wenigen Wochen hat die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft festgestellt, dass sich die Industrie im Freistaat unterdurchschnittlich entwickelt, und das nicht erst seit Corona und nicht erst seit der auch von der CSU mitverursachten Inflation. Schon seit Jahren läuft der Motor der bayerischen Industrie nicht mehr rund. Unser solider Vorsprung schmilzt dahin, und andere holen auf.

Heimische Spitzenunternehmen befinden sich mittlerweile auf der Flucht. Die Bayerischen Motoren Werke beispielsweise produzieren deutsche Hochtechnologie nicht mehr in Deutschland, sondern im Ausland für das Ausland. Kein Wunder also, dass auch Fachkräfte wegen der weltweit höchsten Steuer- und Abgabenlast dieses Land mittlerweile meiden wie der Teufel das Weihwasser. Schuld daran sind die radikalen Klimagesetze und die hohen Energiekosten. Dadurch geht uns jeden Tag mehr an Technologiekompetenz und Wirtschaftskraft verloren. Das alles hat neben der durch die EZB weitgehend hausgemachten Inflation, den hohen Faktorpreisen, der überbordenden Bürokratie und aufgrund völlig mangelhafter Digitalisierung negative Auswirkungen auf unsere Konjunktur.

Die schon eingangs zitierte Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erwartet einen drastischen Rückgang der Wertschöpfung und prognostiziert, dass es gerade gegen Ende dieses Jahres sehr schwer und sehr kostspielig sein wird, die Gasspeicher wieder aufzufüllen.

Die komplette CSU trägt dabei eine wesentliche Mitverantwortung dafür, dass bald eines der sichersten Kernkraftwerke der Welt, Isar 2, vom Netz genommen wird. Die energieintensiven Betriebe, die sich um das Kernkraftwerk angesiedelt haben, müssen immer höhere Energiepreise stemmen. Deutschland muss Atomstrom aus dem Aus-

land einkaufen. Einen effektiveren Plan zur Schädigung heimischer Unternehmen hat sich seit dem Sozialismus wohl keiner mehr ausgedacht.

(Beifall bei der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht nur skandalös, das ist einfach nur irre! Geht es der Wirtschaft schlecht, hat das fatale Auswirkungen auf die Staatskasse und letztlich auch auf unseren Sozialstaat. Dieser – weiß Gott nicht gerade überkomplexe – Zusammenhang könnte auch von der Bayerischen Staatsregierung verstanden werden, was er aber offensichtlich nicht wird. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Staatsregierung in noch nie dagewesener Weise Rücklagen verschleudert und auch deshalb erneut vom Bayerischen Obersten Rechnungshof ermahnt wurde.

Damit nicht genug: Die neue Grundsteuer hat zu einem allgemeinen Chaos bei den Bürgern und teilweise auch bei den Behörden geführt. Die Frist zur Abgabe wurde bis Ende April verlängert. Unsere Bürger sind verunsichert. Viele befürchten zu Recht erhebliche Steuererhöhungen für ihre Grundstücke, und dem Staat droht eine mögliche Klagewelle.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Bayerischen Staatsregierung, reiten wie Hofreiter mittlerweile ganz auf dem Gaul der links-grünen globalistischen Agenda. Während für fast alles in der Welt bayerisches Geld zur Verfügung gestellt wird, unter anderem für milliardenschwere Waffenlieferungen an die Ukraine, mangelt es bei der Finanzierung der Heimat hinten und vorne. Auch immer mehr bayerische Traditionsvereine stehen vor dem Aus. Der Grund dafür ist unter anderem die enorme Belastung finanzieller, aber auch zeitlicher und bürokratischer Art, die beispielsweise mit dem Amt als Vorsitzender eines Vereines verbunden ist.

Das Engagement des bayerischen Staates für Heimatpflege im Einzelplan 06 ist aber seit Jahren rückläufig. Natürlich, bei der Staatsregierung, der die Rettung des Weltwet-

ters und ein Stellvertreterkrieg wichtiger sind als die eigene Heimat, ist das auch nicht anders zu erwarten.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben deshalb Anfang Februar zwei Änderungsanträge zum Bereich Heimat und Heimatpflege gestellt; denn schließlich heißt das Ministerium ja Ministerium der Finanzen und für Heimat. Wir fordern sowohl die Unterstützung von Traditionsvereinen als auch die Unterstützung von Kommunen, die hauptsächlich für den Bereich Heimatpflege zuständig sind. Wir fordern die Einführung eines Titels namens "Förderungen zum Erhalt traditioneller Vereine". Dieser soll Ehrenamtliche, die eine verantwortungsvolle Position in einem traditionellen Verein innehaben, finanziell durch die Auszahlung einer Ehrenamtsprämie entlasten und somit langfristig für den Erhalt des bayerischen Brauchtums sorgen. Dieser Titel dient auch dazu, dass keine Kommune aufgrund wegbrechender kommunaler Einnahmequellen und steigender finanzieller Belastungen auf Traditionsvereine verzichten muss. Wir haben auch gefordert, mehr Mittel für die Auszeichnung von Menschen zur Verfügung zu stellen, die sich um die bayerische Heimat verdient gemacht haben; denn uns als AfD liegt die bayerische Heimat wirklich am Herzen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht als Nächster Herr Kollege Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Finanzministeriums ist für uns Anlass, heute über drei Themen zu sprechen: Erstens. Thema Einnahmen und Steuervollzug. Zweitens. Verwaltung und Umgang mit unseren Staatsbeteiligungen. Drittens. Steuerung der Verwaltung, auch beim Thema Personalgröße.

Zum ersten Thema, Einnahmen und Steuervollzug: Es ist ein Armutszeugnis für Bayern, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof in dieser Woche zum 26. Mal in Folge einen mangelnden Steuervollzug in Bayern kritisiert,

(Beifall bei der SPD)

diesmal exemplarisch in den Bereichen Besteuerung von Aufsichtsratsvergütungen und Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücksveräußerungen. Bei der Besteuerung von Aufsichtsratsvergütungen, Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht darum, den kleinen Leuten in Bayern in die Tasche zu greifen. Hier geht es um das Thema Steuergerechtigkeit und darum, dass Menschen, die viel verdienen, auch das zu bezahlen haben, was in den Steuergesetzen steht.

Die Zahlen sind leider eindrücklich: Bayern liegt beim Verhältnis Personal zu Einwohnerzahl auf dem 8. Platz in Deutschland, beim Verhältnis Betriebsprüfer zu Betrieben auf dem 13. Platz, beim Verhältnis Umsatzsteuersonderprüfer zu Unternehmen auf dem 16. Platz und beim Verhältnis der zentralen Kennzahl Personal zu Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen auf dem 15. Platz in Deutschland. Dies ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Sie vernachlässigen in diesem Haushalt eine der wichtigsten Grundlagen, nämlich sich nicht nur um die Ausgaben dieses Freistaats zu kümmern, sondern auch um die Einnahmen, und zwar nicht durch Steuererhöhungen etc., sondern indem Sie das bestehende Steuergesetz gerecht gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dies hat nichts mit Sozialismus zu tun, sondern mit Gerechtigkeit und damit, nicht bestimmten Steuerlobbygruppen auf den Leim zu gehen, die sich nur für Steuerhinterzieher und -verkürzer einsetzen und den kleinen Leuten einreden wollen, dass es in ihrem Sinne wäre, wenn Unternehmen nicht oft und konsequent kontrolliert werden.

(Hans Herold (CSU): Bei den Einnahmen erster Platz!)

Kolleginnen und Kollegen, zum zweiten Punkt, dem Umgang mit den Staatsbeteiligungen: Wir haben 68 Staatsbeteiligungen mit circa 40.000 Beschäftigten in Bayern. Im Gegensatz zur FDP bin ich und sind wir von der SPD eindeutig der Auffassung, dass es richtig ist, diese Staatsbeteiligungen zu haben. Nur sind wir der Auffassung, aus diesen Staatsbeteiligungen könnte man deutlich mehr herausholen und mit diesen Staatsbeteiligungen könnte man mehr für diesen Freistaat tun. Ich nenne zwei Beispiele.

Beispiel eins: Bayerische Eisenbahngesellschaft. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft steuert den SPNV oder soll den SPNV in Bayern steuern, und zwar in zweierlei Hinsicht: zum einen, was die bestellten Leistungen betrifft, und zum anderen sind auch Impulse zu geben, wo es zu Reaktivierungen und zu verstärktem Betrieb kommen soll. Beides kann die Bayerische Eisenbahngesellschaft derzeit bei der Personalausstattung und insbesondere mit ihrer Finanzausstattung nicht tun. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft steht nun einmal – um es konkret zu sagen – immer am Rande der Insolvenz und kann keine neuen Bestellungen vornehmen. Hier muss sich etwas ändern, und hier, Herr Finanzminister, erwarten wir mehr Steuerung durch das Finanzministerium.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel zwei: Wohnungsbau. Wir haben hervorragende Instrumente. Wir haben Instrumente wie die BayernHeim, die BayernGrund, das Siedlungswerk Nürnberg und die Stadibau sowie im Finanzierungsbereich die KfW und die LfA und nicht zuletzt die Landesbank. Nachdem die BayernHeim bezüglich der Zahlen, die wir hier schon mehrfach diskutiert haben, krachend gescheitert ist, ist es nun endlich an der Zeit, all diese Beteiligungen zusammenzuführen und eine gemeinsame Strategie für mehr und besseren Wohnungsbau in Bayern, auch unter Einbeziehung einer weiteren Gesellschaft bzw. einer Verwaltungseinheit, der Immobilien Freistaat Bayern, zu entwickeln, um endlich schlagkräftig zu werden und wenigstens annähernd die 10.000 Wohnungen zu erreichen, die der Ministerpräsident so vollmundig versprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, zum dritten Thema: Natürlich ist es auch Aufgabe des Finanzministeriums, über die Personalkosten in den einzelnen Ressorts zu steuern. Ich weiß, auch wir im Parlament, über alle demokratischen Fraktionen hinweg, fordern an einzelnen Stellen immer wieder mehr Personal. Es ist auch richtig, dass wir mehr Personal in der Bildung, in der Pflege und in der inneren Sicherheit brauchen, oder auch, wie ich finde, im Steuervollzug. Aber genauso richtig ist es, sich über die Kennzahlen auch darum zu kümmern, dass die Personalquote, die bei uns im bayerischen Haushalt inzwischen fast 40 % der Ausgaben von 71 Milliarden Euro ausmacht, nicht durch die Decke geht. Hier sehen wir keinerlei Bewegung. Bewegung würde an dieser Stelle schlicht und einfach heißen, dass man auch einmal zu große Verwaltungsteile wie zum Beispiel den Kopf des Kultusministeriums, in dem die Hälfte des Personals nur damit beschäftigt ist, jeden Tag ein neues KMS zu schreiben, oder die immer stärker werdende Staatskanzlei, die in diesem Staat alles kontrollieren will, angeht.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Null neue Stellen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies wären drei Aufgaben, wo es lohnenswert wäre, sich darum zu kümmern. Wenn Sie unsere Anregungen hierzu aufnehmen würden, so, wie es Herr Kollege Pohl angesprochen hat, könnte man zukünftigen Haushalten in den nächsten Jahren vielleicht zustimmen. Dieser Haushalt ist jedenfalls nicht zustimmungsfähig, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Güller, es gibt noch Zwischenfragen. Sie haben noch mehr Redezeit. Der Kollege Duin hat die erste Zwischenfrage.

Albert Duin (FDP): Kollege Güllner – –

Harald Güller (SPD): Ohne "n"!

Albert Duin (FDP): Okay. – Wenn ich es richtig verstanden habe, beurteilen Sie die Qualität des Staates nach der Anzahl der Mitarbeiter, die der Staat hat. Später reden Sie davon, dass unsere Staatsquote zu hoch ist. Das widerspricht sich doch! Jeder Betriebswirtschaftler weiß, dass ich mit wenig Personal, gut ausgestattet und gut digitalisiert, genauso gut zurechtkomme wie mit einer Menge von Angestellten. Jeder Betrieb würde sie rausschmeißen. Das ist ja Unsinn, einfach immer mehr Overhead obendrauf zu setzen. Das ist unbezahlbar. Dann kommen Sie mit der Staatsquote und damit, dass sie zu hoch ist. Das passt doch hinten und vorne nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Harald Güller (SPD): – Ich weiß jetzt nicht, wer in diesem Hause gerade von FREIEN WÄHLERN und CSU an dieser Stelle klatscht. Auf jeden Fall haben Sie offensichtlich nicht zugehört. Meine Rede hat damit geendet, dass die Staatsquote auch deshalb zu hoch ist, weil wir zu viel Personal im Overhead eingesetzt haben. Ich habe ganz konkret zwei Ministerien genannt. Ich habe erstens das Kultusministerium genannt, und ich habe zweitens die Staatskanzlei genannt. Da stimme ich Ihnen voll und ganz zu: Weniger Personal an dieser Stelle, teilweise auch mit besserer Digitalisierung etc., wäre viel besser als das, was wir momentan haben.

Aber lassen Sie mich die letzten 25 Sekunden, die Sie mir durch Ihre Zwischenbemerkung gegeben haben, noch dazu nutzen, ein ganz herzliches Dankeschön zu sagen, ein Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Hause, die geholfen haben, dass wir fast 990 Anträge in 46 Stunden zusätzlicher Beratung durchbekommen haben. Ebenso ein herzlicher Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, aber auch des Finanzministeriums, die uns hervorragend betreut haben; denn ansonsten wäre diese Arbeit so nicht machbar gewesen. Herzlichen Dank an alle!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt noch eine Frage an Sie. Sie können sich noch mal bedanken. Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Güller, ich will fast ins selbe Horn stoßen – zum Verhältnis von Steuerbeamten und Bürgern, das Sie angesprochen haben. Jeder hier im Hohen Haus weiß, dass ich bestimmt nicht dazu neige, eine Lanze für die Staatsregierung zu brechen. Aber ich muss hier schon konstatieren: Kann dieser relativ geringe Personalbedarf pro Steuerbürger nicht auch etwas damit zu tun haben, dass bayerische Beamte wesentlich effektiver arbeiten als Beamte in anderen Bundesländern, weil bayerische Beamte eben nicht diesem links-grünen Diktat, diesem links-grünen Regime unterliegen, das in anderen Bundesländern gute Praxis ist?

Harald Güller (SPD): Herzlichen Dank für diese Realsatire am frühen Morgen! Personalbedarf stellt völlig objektiv der Bayerische Oberste Rechnungshof fest, der dessen unverdächtig ist, dass er permanent mehr Personal fordert; sondern er fordert einen ordentlichen Personaleinsatz. Er stellt zum 26. Mal hintereinander fest, dass wir im Steuervollzug in Bayern zu wenig Personal haben. Ich zitiere gern auch noch mal die Bayerische Finanzgewerkschaft, die sagt, dass die Zahl der Steuererklärungen in den letzten 10 Jahren um 30 % gestiegen ist. Das Personal ist aber nicht entsprechend gestiegen.

Übrigens darf ich noch feststellen: Wir haben 16.785 Stellen im Plan zum 1. Januar 2022. Davon sind 1.473 Stellen unbesetzt. Es würde ja allein schon helfen, wenn wir diese Stellen, die nicht besetzt sind, die aber im Plan stehen, besetzen würden. Das ist die Antwort auf Ihre humoristische morgendliche Frage.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Güller. Das war es an Zwischenfragen. – Der nächste Redner spricht für die FDP-Fraktion, es ist Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich an den fröhlichen Morgenappell vom Kollegen Hofmann anschließen. Es tut mir leid, ich glaube, ich kann mich doch nicht überwinden, dem zuzustimmen. Ich werde gleich erklären, warum.

Ich wollte eigentlich zum Thema Beteiligung noch etwas sagen. Aber nachdem Kollege Güller schon so schön die FDP-Position erklärt hat, vielleicht nur noch der Satz dazu: Uns geht es schlicht und einfach nur darum, dass im Gesetz steht, dass wir eine Beteiligung machen, wenn ein anderer es nicht mindestens genauso gut oder besser kann. Das ist für mich das A und O. Da gehe ich durch alle Beteiligungen. Heute Morgen hatte ich gerade wieder eine schöne Pressemeldung zu dem Thema.

Nein, ich will einfach ein paar Punkte erläutern, bei denen ich schon glaube, dass wir hier in dem Bereich Einzelplan 06 noch einige Ansätze hätten. Das Personal ist schon ein paarmal angesprochen worden. Es gab sehr unterschiedliche Auffassungen, ob das Personal zu viel oder zu wenig ist. Fakt ist, dass fast 75 % des Einzelplans Personalkosten betreffen.

Ich habe aus Gesprächen – aus Gesprächen nicht mit leitenden, sondern mit jungen Beamten – immer wieder die Rückmeldung erhalten, dass zum Beispiel im Bereich Digitalisierung noch sehr viel mehr geht – Digitalisierung im Sinne von Digitalisierung der Abläufe. Ich meine, dass wir hier noch ganz schöne Spielmöglichkeiten haben, dass wir tatsächlich auch manches einsparen oder vielleicht auch effektiver arbeiten könnten, vielleicht das eine oder andere mehr machen könnten. Lasst doch mal die jungen Beamten ein bisschen probieren! Das heißt nicht, dass sie jetzt völlig frei drehen können, aber dass sie das eine oder andere ausprobieren können. Das wäre schon mal eine Möglichkeit. Ich möchte das wieder mal anregen.

Der eine Punkt, den auch Kollege Hofmann – glaube ich – am Rande angesprochen hat, ist: Ich erwarte geradezu, dass demnächst die Frage kommt, wieso die Lehrer alle auf A 13 gesetzt werden. Wenn ich die Fachkenntnisse anschaue – an der Stelle will

ich wirklich mal die Beamtenschaft in den Finanzämtern loben –, muss ich sagen, sie sind alle extrem sachkundig und auch sehr, sehr fleißig. Das möchte ich wirklich an der Stelle mal sagen. Wenn ich mir anschaue, dass sie teilweise dann geringer bezahlt werden als die Lehrer, sehe ich eine Diskussion auf uns zukommen. Ich glaube, alles andere wäre ein Wunder.

Zweiter Punkt: Grundsteuererklärung. Wir haben es hier schon oft genug diskutiert. Wir haben gesagt, dass wir letztendlich eine Chance zur Digitalisierung verpasst haben. Was mich am meisten verblüfft hat, war die Auskunft, die ich inzwischen bekommen habe, dass der Anteil der manuell eingereichten Erklärungen im Vergleich zu anderen Ländern extrem hoch ist. Dabei haben wir doch eigentlich ein Modell in Bayern festgelegt – ich bin nach wie vor ein Anhänger dieses Modells –, mit dem wir im Vergleich zu anderen ein relativ einfaches System haben. Man sollte wirklich noch mal darauf achten, wie wir das künftig handhaben.

Mit der Verlängerung der Frist hatte ich überhaupt kein Problem, muss ich sagen; denn es gibt keinen Zeitdruck. Ich fand es nur immer ganz kurios, dass man mir nicht sagen kann, wie viele Grundsteuererklärungen von den staatlichen Liegenschaften tatsächlich noch ausstehen, während man es bei den Bürgern ganz genau sagen kann.

Ein Thema wäre mir noch wichtig. Das will ich hier an der Stelle noch mal adressieren. Ich habe das schon an vielen Stellen gesagt. Ich höre hier – die Kollegin von der AfD hat es vorher auch zitiert –, dass durch die Grundsteuerreform mehr Grundsteuer zu zahlen ist. Das ist nicht so. Die Kommune setzt die Grundsteuerhöhe fest. Lediglich ein Berechnungsverfahren ist geändert worden. Das muss man immer wieder verkaufen. Draußen wird immer wieder dargestellt, dass der Freistaat insgesamt und wir als Parlament die Grundsteuer erhöht haben. Nein, das haben wir nicht! Ich lege immer Wert darauf und bitte auch Sie noch mal, Herr Finanzminister, das immer wieder zu betonen, nicht nur zu sagen, dass wir das Verfahren geändert haben, sondern klarzu-

stellen, dass es Entscheidung der Kommune ist, wie hoch die Grundsteuer am Schluss wirklich ist.

Punkt drei, den ich noch ansprechen wollte: Betriebsprüfungen. Ich hatte es beim letzten Mal auch schon im Haushaltsausschuss angeregt. Es gibt durchaus Möglichkeiten, die Auswahl, wo man denn Betriebsprüfungen durchführt, noch viel stärker risikoorientiert zu treffen. Man wird nie eine Hundert-Prozent-Prüfung hinkriegen. Ich glaube auch nicht – wie die SPD es immer darstellt und der Kollege Pargent es heute auch gesagt hat –, dass wir sozusagen einfach mit einer Erhöhung des Personalstandes dann auch zusätzliche Steuern bekommen. Das halte ich für falsch. Ich meine, dass man hier risikoorientiert vorgehen soll, wie es eine normale Wirtschaftsprüfung mit einer geschichteten Stichprobe und mehr Risikofaktoren auch macht. Da ist noch mehr drin.

Ein letzter Punkt: Behördenverlagerung. Das ist ein Lieblingsthema von mir, bei dem ich immer wieder sage, dass Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis stehen. Ich warte immer noch auf die Antwort zu einer Anfrage, die ich vor vier Monaten gestellt habe. An vielen Stellen ist Behördenverlagerung einfach Deckmantel für eine Sanierung von Gebäuden. Wenn es so wäre, hätten wir die Kosten aber an der falschen Stelle ausgewiesen.

Das sind einfach ein paar Beispiele für Kritikpunkte, wegen derer ich mich schwertue, dem Einzelplan zuzustimmen. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Je früher der Morgen, desto besser der Haushalt. – Ich sage es frei nach dem Kollegen Martin Bachhuber, der das schon gestern Abend festgestellt hat.

Umso erstaunlicher ist eigentlich die Kritik der Opposition heute Morgen; denn Finanzkunst ist es schon, wenn die Einnahmen gut verwaltet werden und die Ausgaben gut geregelt sind. Dafür ist dieser Haushalt 2023 wieder ein Paradebeispiel. Bayern liefert wieder den Beweis für diese Finanzkunst. Deshalb sage ich ein ganz herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker für seine fürsorgliche und gute Arbeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushalt hat viele klare Botschaften. Wir machen Bayern wirtschaftlich stark. Bayern hat die meisten Industriearbeitsplätze, die geringste Arbeitslosenquote und ein Bruttoinlandsprodukt, das größer ist als das Tschechiens, Portugals und Griechenlands zusammen. Bayern ist Wirtschaftsstandort Nummer eins. Wir machen Bayern stabil. Meine Damen und Herren, das lassen wir von niemandem in Abrede stellen.

Meine Damen und Herren, wir kümmern uns selbstverständlich auch um ein gutes Beteiligungsmanagement. Wir kümmern uns um unsere Heimat. Wir haben viele gute Heimatempfänge und würdigen auch das Ehrenamt. Wir machen viele andere Dinge und sorgen zum Beispiel dafür, dass die digitale Erschließung auch in diesem Land gut vorankommt. Wir bauen Datenautobahnen. Wir gestalten und fördern den ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist das Personal das Herzstück dieses Einzelplans 06. Ohne Moos ist auch im Freistaat Bayern nichts los. Das wissen auch wir. Nur ist die Formel der Opposition doch etwas sehr einfach, um nicht zu sagen: schräg. Sie fordern mehr Beamte und mehr Prüfung. Da gähnt sogar der Kollege Güller. Mehr Beamte, mehr Prüfung und mehr Kontrolle bedeuten für Sie automatisch mehr Steuern. Nein, die Formel lautet anders: Wir fordern mehr Wirtschaft, mehr Umsatz und mehr Gewinne. Das bedeutet mehr Steuern. Das ist der Schlüssel. Meine Damen und Herren, diese Gleichung müssen Sie aufstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sind die Grundsätze der Volkswirtschaft. Bayern ist letztendlich auch bei den Steuereinnahmen Nummer eins. Nicht umsonst können wir beim Länderfinanzausgleich immer diese Spitzenwerte erzielen. Meine Damen und Herren, die Formel lautet so: Erst die Leistung, dann die Steuer. Wir wollen keinen Pauschalverdacht und keine Kriminalisierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb freue ich mich im Großen und Ganzen natürlich auch darüber, dass der Beruf des Finanzbeamten heute mehrfach als unverzichtbar dargestellt wurde; denn die gesellschaftliche Anerkennung hält sich da regelmäßig sehr in Grenzen. Ich freue mich natürlich auch, dass wir 100 zusätzliche Stellen in diesem Haushalt schaffen. Auch das ist ein deutliches und klares Signal für einen verlässlichen und gerechten Steuervollzug.

Meine Damen und Herren, wenn wir von verlässlichem und gerechtem Steuervollzug sprechen, dann müssten wir eigentlich von einem einfacheren Steuerrecht reden. Die Komplexität dieses Steuerrechts ist unser Problem. Wir brauchen ein einfacheres Steuerrecht. Dass Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammen etwa 15 bis 20 % der Steuereinnahmen ausmachen und dass wir dort gleichzeitig einen Personaleinsatz von geschätzt 50 % haben, ist völlig ineffizient. Das wäre ein Bundesthema. Da könnte sich auch mal der Bundesfinanzminister rantrauen und für ein einfacheres Steuerrecht sorgen. Das wäre eine Entlastung im Steuerdschungel. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre auch eine echte Entlastung der Finanzbeamten und der Unternehmen sowie ein echter Beitrag zur Steuergerechtigkeit, aber auch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Ich freue mich natürlich schon, dass sich der Kollege mal mit dem Personalkörper auseinandersetzt; denn eigentlich fordert die Opposition jeden Tag nur neue Stellen, egal ob beim Finanz- oder Kultusministerium oder in anderen Bereichen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gäbe eine Zwischenfrage. Dann haben Sie noch mehr Redezeit.

Wolfgang Fackler (CSU): Okay, dann mache ich da später weiter.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Herr Kollege Kaltenhauser macht eine Zwischenbemerkung.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ich war jetzt ganz erstaunt, von Ihrer Seite zu hören, dass auf einmal die Forderung nach Steuererleichterung und einem vereinfachten Steuersystem erhoben wird. Wir laufen im Bund seit 10 bis 15 Jahren damit rum. Wir sind immer schwer damit an die Wand gefahren, weil es überhaupt keine Unterstützung dafür gab.

(Petra Guttenberger (CSU): Dafür macht ihr doch Steuererhöhungen!)

Wir haben gesagt, dass wir alle Ausnahmetatbestände prüfen und runterfahren müssen. Dann können wir am Schluss sogar auf niedrigere Steuersätze kommen, ohne dass wir am Gesamtvolumen einen Verlust an Steuereinnahmen haben. Darum bin ich jetzt völlig erstaunt darüber, dass es tatsächlich plötzlich doch eine Unterstützung gibt.

Wolfgang Fackler (CSU): Herr Kollege Kaltenhauser, da dürfen Sie gerne erstaunt sein. Ich persönlich unterstütze diese Forderung, dass wir Steuervereinfachungen bekommen, schon lange und schon immer. Ohne die wird es letztendlich auch nicht gehen. Darum können Sie da, wie gesagt, auch Ihrem Bundesfinanzminister den guten Vorschlag machen, dass er sich am besten an das Thema heranbegibt, statt wie jetzt im Koalitionsausschuss versteckte Steuererhöhungen zu machen. Das haben Sie

letztendlich gemacht. Sie waren eine Woche lang beschäftigt. In der Zeit, in der Sie im Koalitionsausschuss sind, machen wir hier den gesamten Haushalt. So sieht es letztendlich aus.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Meine Damen und Herren, ich freue mich also auf jeden Fall auch, dass die 40 % Personalquote mal angesprochen wird; denn eigentlich fordern Sie jeden Tag nur neue Stellen in allen Bereichen, und heute tun Sie so, als würden Sie die gar nicht wollen. Meine Damen und Herren, deswegen ist das schon sehr merkwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich glaube, der Haushalt ist gut aufgestellt, berücksichtigt alle Bereiche und bringt Bayern weiter nach vorne. Wir werden zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Fackler. – Der nächste Redner ist der Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für die doch recht sachliche Besprechung des Einzelplans 06, oder, wie er in kurzen Worten heißt: Haushalt des Finanz- und Heimatministeriums. Ich danke allen, die den Haushalt zu Recht gelobt haben. Ich danke allen, die diesen jetzt bei der Abstimmung unterstützen. Ich danke dem Haushaltsausschuss und allen, die hier guten Willens sind und auch das, was hier vorliegt, entsprechend mittragen; denn tatsächlich ist es nicht ganz einfach, in Zeiten wie diesen Haushalte zu planen, aufzustellen und dann auch noch ohne Schulden zu kalkulieren. Insofern ist uns hier, glaube ich, etwas gelungen, worum uns viele andere beneiden dürften, weil es ihnen in der Weise nicht gelingen kann.

Natürlich wurden die Steuerzahlerinnen und -zahler belobigt. Ich schließe mich diesem Lob an. Ich sage bei jeder meiner Veranstaltungen: Meine besten Freunde sind die Steuerzahlerinnen und -zahler; denn sie ermöglichen erst, dass wir Politik machen können und etwas zu verteilen haben. Auch der Anfang von Sozialpolitik ist Wirtschaft. Aller Anfang von Geldausgeben ist Wirtschaft. Das ist harte Arbeit. Darin sind wir in Bayern richtig gut, weil wir fleißige Menschen haben. Deswegen bin ich hierfür sehr dankbar. Wir geben aber auch den Menschen die Möglichkeit, sich im Rahmen ihrer Kraft und ihrer Leistungsstärke im Land zu engagieren. Wir schaffen Investitionsbedingungen, die gut sind. Wir versuchen, in Berlin auch steuerpolitisch das zu erstreiten, was zu mehr Leistung führt. Wir versuchen, nicht nur Verteilungsfragen zu diskutieren, sondern auch denen, die das erwirtschaften, weiterhin die Sicherheit zu geben, dass sich ihre Arbeit lohnt. Arbeit muss sich lohnen. Das gilt auch in Zukunft.

Herr Pargent, interessant ist, dass Sie sagen, die CSU rufe nach Steuermitteln des Bundes. Das ist das neue Wort, das in der letzten Zeit erfunden wurde: Berlin-Bashing. Meine Damen und Herren, es geht nicht um Berlin-Bashing, sondern um Aussprechen der Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Die Wahrheit ist, dass das Geld, das im Bundeshaushalt steht, zu großen Teilen auch in Bayern erwirtschaftet wird. Ich möchte den bayerischen Steuerzahlerinnen und -zahlern nicht – anders als Sie, Herr Pargent, das tun – erzählen, dass wir quasi keinen Anspruch darauf hätten, in Berlin etwas einzufordern. Ich muss auch nicht ständig Danke sagen, wenn die Bundesrepublik Deutschland in Bayern etwas tut. Sie tut es überwiegend mit bayerischem Steuergeld.

(Petra Guttenberger (CSU): Richtig!)

Ich möchte mal den Bundeshaushalt dahin gehend durchforsten, wie viele bayerische Steuergelder da drin sind und wie viele davon in Bayern ankommen. Das werde ich einmal tun, wenn Sie mir sagen, dass wir nach Steuermitteln des Bundes rufen.

Meine Damen und Herren, wir rufen nicht nach Steuermitteln, sondern wir fordern im Namen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger unser Recht ein.

(Beifall bei der CSU)

Sie erwecken den Eindruck, als stiegen die Steuereinnahmen direkt proportional zur Zahl der Finanzbeamten. Das hätte im Umkehrschluss zur Folge, dass wir dann im Länderfinanzausgleich nichts mehr bezahlen müssten;

(Petra Guttenberger (CSU): Das hätte doch was!)

denn dann hätten wir keine Steuereinnahmen, weil wir angeblich so wenige Finanzbeamte haben. Andere, die viele Finanzbeamte haben, hätten viel mehr Steuereinnahmen.Der Zusammenhang ist insofern etwas paradox, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Steuerverwaltung leistet Großartiges, und es ist wahr: Wie bei allen staatlichen Verwaltungen, die ich besuche, ist der Wunsch nach mehr Personal auch direkt nachvollziehbar. Es muss aber auch alles ausgewogen bleiben. Es ist nicht so, dass wir zu wenig staatliches Personal hätten, wie uns in der Öffentlichkeit und von der Wirtschaft vorgeworfen wird. Vielmehr haben wir die staatlichen Stellen in den letzten Jahren doch ordentlich aufgestockt, auch bei den Lehrern.

Kultusminister Piazolo sagte vor Kurzem, wir hätten genauso viele Schülerinnen und Schüler wie vor sechs Jahren, aber 7.000 Stellen mehr. Wir haben mehr Polizisten. Wir haben auch mehr Finanzbeamte, meine Damen und Herren. Seit 2009 haben wir 3.600 zusätzliche Stellen geschaffen. Auch in diesem Haushalt sind 100 zusätzliche Stellen für die Finanzgerichte und die Finanzämter enthalten. Wir haben anhaltend hohe Einstellungszahlen. Es gibt über 2.200 Auszubildende in der Finanzverwaltung; die Besetzung wird laufend erhöht. In den Finanzämtern gibt es zusätzlich 962 Vollzeitkräfte in den letzten elf Jahren; am Landesamt für Steuern, das den Finanzämtern massiv hilft, gibt es 450 zusätzliche Stellen.

Eines ist interessant, lieber Herr Pargent, auch wenn Sie das jetzt gerade nicht hören möchten. Sie haben gesagt, in anderen Ländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, werde 2023 eine Behörde gegen den Steuerbetrug gegründet. 2013 haben wir die Sonderkommission "Schwerer Steuerbetrug" installiert, bei der mittlerweile fast 200 MAK tätig sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Seit 2013 machen wir in Bayern, was anderswo jetzt 2023 angeblich erfunden und von den GRÜNEN in Bayern belobigt wird.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wir brauchen hier keinen Nachhilfeunterricht, Herr Pargent; das sage ich Ihnen in aller Ehrlichkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir prüfen risikoorientiert, also nicht jeden, bei dem ohnehin klar ist, dass kein Risiko für Steuerhinterziehung besteht. Die Mehrergebnisse je Prüfung sind im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern sehr hoch. Wir schätzen also das Risiko ein und prüfen vor allen Dingen dort, wo auch nach all dem, was ausgewertet wird, die Wahrscheinlichkeit besteht, dass Steuernachzahlungen fällig würden.

Wissen Sie, es ist immer wieder das Gleiche. – Lieber Harald Güller, du bist schon so lange da und ich habe dir das schon so oft erzählt; heute gebe ich es einmal zu Protokoll. Harald Güller sagt immer, die Stellen in den Finanzämtern seien nicht besetzt. – Wir haben in den Finanzämtern 17.106 Stellen; ich muss es vorlesen, weil ich es mir nicht immer genau merken kann, und es ändert sich auch ab und zu. – Herr Körber, filmen Sie es; ich sage das nämlich zum Stand vom 01.01.2023. Es ist die Wahrheit.

Es gibt 15.511 Stellen für die Beschäftigten der Finanzämter, hinzu kommen 195 Stellen für Auszubildende und 697 Stellen, die wir unter "sonstige Besetzungen" führen, zum Beispiel für die Altersteilzeit. Ich kann diese Stellen nicht zweimal vergeben. 703 Stellen werden für vorzeitige Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Beurlaubun-

gen oder Teilzeitveränderungen, für Stellen, die aktuell noch nicht besetzt sind, oder für aktuell noch in Ausbildung befindliche Nachwuchskräfte freigehalten; auf diese wartet diese Stelle. Alle 17.106 Stellen werden genutzt. Man kann aber die Stelle von jemandem, der in Mutterschutz oder Elternzeit ist, nicht mit jemand anderem besetzen und sagen: Wenn du wiederkommen möchtest, dann hast du Pech gehabt. – Ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich die Strategie wäre, die eine SPD befürworten würde. Deswegen nehmen Sie diese Zahlen hin. Wir haben alles besetzt, und wir werden natürlich auch in den nächsten Jahren in der Steuerverwaltung angespannt sein.

Die Grundsteuer wurde angesprochen. – Herr Dr. Kaltenhauser, ich danke für das Lob. Ja, wir haben in Bayern einen besonderen Service angeboten, und ich nehme wahr, dass insbesondere ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger die Möglichkeit der analogen Erklärung sehr intensiv nutzen. Im Übrigen bekomme ich das auch bei der Einkommensteuererklärung immer wieder gespiegelt.

Wir haben als letztes Bundesland aufgehört, den Steuerpflichtigen die Einkommensteuererklärung in Papierform zu schicken. Ich bekomme bittere Briefe von vielen älteren Menschen, die mir schreiben, sie hätten das jetzt 40 Jahre lang in Papierform gemacht; nun schreibe ihnen der bayerische Finanzminister, sie sollten doch jetzt gefälligst digitalisieren, weil man ihm im Bayerischen Landtag sonst vorwerfe, er sei ein schlechter Digitalisierer.

Wir haben mittlerweile ELSTER-Quoten im Bereich von 80 % und mehr; es läuft also auch hier gut, aber ich habe auch Verständnis, wenn insbesondere ältere Leute ihre Erklärungen in Papierform abgeben wollen. Wir scannen das in Wunsiedel; ab dem Zeitpunkt der Scannung ist es digital.

Deswegen sind wir bei der Grundsteuer auf einem sehr guten Weg. Ich bin auch hier völlig entspannt. Über 80 % der Erklärungen wurden abgegeben; das ist nicht recht viel besser oder schlechter als in anderen Bundesländern. Bei Steuerverfahren ist es ganz normal, dass bis zum Ende der Frist gut 70 % bis 80 % der Erklärungen abgege-

ben werden. Dann geht das alles seinen Gang. Irgendwann gibt es die Ermahnung, die Erklärung abzugeben. Wer sie gar nicht abgeben will, wird geschätzt. – Dann bin ich einmal gespannt, ob all diejenigen, die behaupten, sie hätten alle Daten, mit der dann gemachten Schätzung zufrieden sind oder ob man sich anschließend wieder darüber beschwert, dass der Staat nun einfach irgendwelche Daten hernimmt und gar nicht fragt, wie die Realität wirklich ist. Es ist immer wieder dasselbe. Der Widerspruch ist offensichtlich das Wappentier dieser Zeit.

Meine Damen und Herren, wir haben auch bei den Staatsbeteiligungen in den letzten Jahren unglaublich viel geleistet, lieber Harald Güller. Ich bedanke mich auch bei all denjenigen, die in schwersten Krisenzeiten staatliche Beteiligungen geführt haben. Es wäre besser gewesen, gestern mit dem Verkehrsminister als heute mit mir über BayernHeim und die Bayerische Eisenbahngesellschaft zu sprechen – nicht, weil ich mich heraushalten will, sondern weil es das Kerngeschäft des Verkehrsministeriums ist und ich dafür keine Führungsfunktion als Minister habe.

Dort, wo das Finanzministerium Führungsfunktion hat – bei den Flughäfen, Messegesellschaften und der Landesbank –, mussten in den letzten drei Jahren richtig viele Krisen bewältigt werden. Es war nicht einfach, diese Krisen zu bewältigen; auch hier gibt es wieder Widerspruch, zum Beispiel beim Flughafen. Es konnte gar nicht oft genug gerufen werden, wie schlecht es sei, dass so viele Menschen fliegen würden; der Flughafen sei ganz furchtbar. Das höre ich ja insbesondere von einer Fraktion im Parlament immer wieder.

Als dann zum Beispiel in München 8.000 Menschen in Kurzarbeit waren, kam die Frage: Herr Füracker, was tust du jetzt mit den Menschen? Es könne ja nicht sein, sie bräuchten Arbeit. – Ein Flughafen wird auf die Dauer nur funktionieren, wenn geflogen wird, meine Damen und Herren. Diese Dinge in den letzten Jahren zu handeln, war eine große Anstrengung. Die Anstrengungen waren erfolgreich. Wir haben unsere staatlichen Beteiligungen ordentlich durch die Krisen gebracht, den Münchner Flughafen zum Beispiel sogar ohne staatlichen Zuschuss. Er hat sich selbst durch die Krise

"retten" können und ist wieder auf einem guten Weg, aber jetzt müssen wir eben auch akzeptieren, dass wieder geflogen wird, meine Damen und Herren. Ich bekomme schon wieder die ersten Vorwürfe, Flüge würden dazu führen, dass der Umwelt und den Menschen Schaden zugefügt wird. – Es ist, wie es ist.

Wir haben uns hier angestrengt und im Einzelplan 06 all die Dinge abgebildet. Ich danke dafür, dass heute ehrlicherweise festgestellt wurde, dass der Glasfaserausbau sehr gut vorangekommen ist. Nirgendwo in Deutschland ist der ländliche Raum mittlerweile mit schnellem Internet besser versorgt als in Bayern. Nirgendwo! Diese Zahlen werden nicht vom bayerischen Finanzminister, sondern vom Bundesverkehrsministerium erhoben.

Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der Ampel ist hier in jeder Hinsicht unverdächtig, was aus Berlin kommt. Lieber erklärt man im Bayerischen Landtag, was in Berlin alles richtig läuft. Wer glaubt, dass die Koalitionsbeschlüsse dieser Tage dazu führen, dass der Klimaschutz durch die GRÜNEN in Berlin jetzt wesentlich präsenter ist und besser als bisher manifestiert werden konnte, glaubt auch noch an Märchen, meine sehr geehrten Damen und Herren; das muss ich auch ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen danke ich auch meiner Verwaltung. Wenn ich "meine Verwaltung" sage, dann meine ich das nicht besitzergreifendend, sondern im Sinne der Verantwortung für mein Ministerium, für alle nachgelagerten Behörden wie Finanzbehörden, Vermessungsämter und die dazugehörigen Landesämter. Hier wird richtig gute Arbeit geleistet.

Mit dem jetzt vorgestellten Haushalt können wir auch im Jahr 2023 eine Grundlage dafür schaffen, unseren Aufgaben sehr intensiv gerecht zu werden und noch viel mehr einen ordentlichen Beitrag dazu zu leisten, dass der Freistaat Bayern super funktioniert. Alles andere können wir heute zu späterer Stunde noch einmal diskutieren,

wenn es dann um das Haushaltsgesetz und den Einzelplan 13 geht. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Zustimmung, die ich mir in hoher Zahl erhoffe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26617 mit 18/26630 und 18/27980 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27951.

Ich lasse nun über den Einzelplan 06 abstimmen. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/27951, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Busch und Sauter. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. – Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27951, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26627 mit 18/26630 und 18/27980 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
   (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26617

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
   (Kap. 06 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/26618

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/26619

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Ausbildungsniveau für die Finanzverwaltung erhalten
   (Kap. 06 05 Tit. 422 21)
   Drs. 18/26620

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Treibhausgasausgleich
   (Kap. 06 02 Tit. 533 49)
   Drs. 18/26621

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
   (Kap. 06 02 Tit. 701 11)
   Drs. 18/26622

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/26623

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine
   (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
   Drs. 18/26624

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/26625

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband
    (Kap. 06 03 neuer Titel)
    Drs. 18/26626

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.04.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier